

OSTEUROPA-INSTITUT MÜNCHEN

Deutschland und die Ukraine

1934 - 1945

Tatsachen europäischer Ostpolitik

Читальня української молоді
“МОЛОДА ПРОСВІТА”
ім. Митр. А. Шептицького
Філадельфія — 23-а і Браун вуц.

Ein Vorbericht

von

Roman Ilnytskyj

ZWEITER BAND

Бюро перекладів Гур Вольфовича
Менделєєва

OSTEUROPA-INSTITUT MÜNCHEN

DEUTSCHLAND UND DIE UKRAINE

1934 - 1945

Tatsachen europäischer Ostpolitik

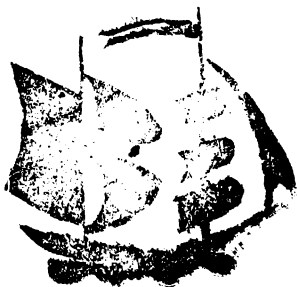
Ein Vorbericht

von

Читальня української молоді
"МОЛОДІ ПРОСВІТА"
ім. Митр. А. Шептицького
Філадельфія — 23-а і Браун вул.

Roman Ilnytzkyj

ZWEITER BAND



Urheberrechte beim Osteuropa-Institut München

1956

VORWORT

Im Vorwort zum ersten Band der vorliegenden Arbeit wurde darauf hingewiesen, daß

"die historisch-politischen Erkenntnisse, die diesem (dem ersten) Band zu Grunde gelegt worden sind, als Ergebnis der Gesamtforschung angesehen werden müssen, d. h. auch desjenigen Materials, das erst im zweiten Band zur Darstellung gelangt".

Besonders das erste Kapitel des ersten Bandes, das die allgemeine deutsche Politik im zweiten Weltkrieg charakterisiert, bedurfte der Belege durch authentisches Material. Dieser Beweisführung ist der zweite Band gewidmet. Die Konzeptionen des Ostkrieges und der Neuordnung Osteuropas von Rosenberg und Hitler finden in dem dem Verfasser zur Verfügung stehenden Material weitgehende Begründung und werden hauptsächlich im ersten Kapitel dargestellt. Die Vlassov-Konzeption wird erst im dritten, bzw. vierten Band geschildert. Im zweiten Kapitel werden die ukrainischen Vorbereitungen auf den Krieg dargelegt, wobei die schwierigste Aufgabe darin bestand, aus der Fülle des zusammengebrachten Materials (meistens aus Zeitungen, Zeitschriften und ungedruckten Vorträgen sowie Interviews) die Hauptrichtlinien der ukrainischen Politik und ihre richtungweisenden Grundsätze herauszufinden und darzustellen. Im dritten Kapitel werden erstmalig die politischen Ereignisse in der Ukraine in den ersten Tagen und Monaten des Krieges systematisch behandelt.

Der erste Band fand bei den in- und ausländischen Erforschern der deutschen Ostpolitik und bei den unmittelbar daran Beteiligten einen erfreulichen Widerhall. Beim Osteuropa-Institut München sind insgesamt 10 deutsche, 9 ukrainische, 2 amerikanische, 1 holländische und 1 polnische meist ausführliche Besprechungen eingelaufen. Alle Rezensenten haben die Richtigkeit der großen historischen Linie des Werkes anerkannt, mit einer Ausnahme, die sich auf die Konzeption Alfred Rosenbergs bezog. Der Verfasser wurde darauf aufmerksam gemacht, daß Rosenberg nur eine einzige Konzeption des Ostens hatte und daß es unrichtig sei, ihm eine zweite zuzuschreiben. Diese Konzeption hätte von Anfang an in der al-

le Völker des Ostens umfassenden Idee des Selbstbestimmungsrechtes bestanden. Zusätzliche Studien der publizistischen Schriften Rosenbergs aus den ersten Jahren seiner politischen Laufbahn haben den Verfasser jedoch in seiner Überzeugung bestärkt, daß Rosenberg erst unter dem Einfluß der Kriegserfahrungen im Osten seine Meinung revidierte und das Recht auf Eigenstaatlichkeit, das er zuerst nur dem russischen, ukrainischen und kaukasischen Volk zugestanden hatte, allen Völkern zuerkannte. Die These von den zwei Konzeptionen Rosenbergs muß daher aufrechterhalten werden.

Die Bemerkungen der verschiedenen Rezensenten, die sich mehr auf die Darstellung der Ereignisse beziehen, werden vom Verfasser bei der Drucklegung des Buches dankbar berücksichtigt werden.

Die kritischen Bemerkungen von ukrainischer Seite beziehen sich fast ausnahmslos auf Lücken, die das Werk bei der Behandlung der politischen Tätigkeit der ukrainischen legalen Parteien bzw. der Exilzentren aufweist. Der Verfasser ist sich dieses Mangels voll bewußt. Er ist dankbar für das ihm bereits zugestellte zusätzliche Material bzw. für die Hinweise, wo es zu finden ist. Grundsätzlich ist dazu zu sagen, daß dieses Material außerordentlich spärlich ist und hauptsächlich auf Grund mühsamer Interviews zusammengebracht werden muß. Es wird aber bis zum Erscheinen der Arbeit im Druck zusammengestellt werden.

Für ungerechtfertigt hält der Verfasser hingegen die Kritik seiner Auffassung, daß in der deutschen und ukrainischen neueren Geschichtsschreibung bisher niemand den Versuch unternommen habe, die deutsch-ukrainischen politischen Beziehungen im Zusammenhang darzustellen (siehe Vorwort zum ersten Band). Der Kritiker verwies den Verfasser auf die Arbeit von Dmytro Dorošenko "Die Ukraine und das Reich" als jene Darstellung, die diese Aufgabe angeblich erfüllt habe. Das Werk von Dorošenko, eines international anerkannten ukrainischen Historikers, ist ausgezeichnet, aber sein Wert liegt offensichtlich auf einem ganz anderen Gebiet. Diese Arbeit kann nicht als Geschichte der deutsch-ukrainischen politischen Beziehungen gewertet werden, weil sie lediglich eine glänzende Darstellung der deutschen Auffassungen über die Ukraine im Laufe der Jahrhunderte ist. Das ukrainische Material wurde dabei überhaupt nicht berücksichtigt, denn der Autor hatte nicht die Absicht, über die Beziehungen der beiden Völker zu berichten.

Der Verfasser, der für alle kritischen und anerkennenden Stimmen zum ersten Band sehr dankbar ist, hofft, daß der zweite Band bei den Lesern und vor allem im Kreise der Experten das gleiche Interesse findet.

München, im Herbst 1956

Der Verfasser

INHALTSVERZEICHNIS

I. K A P I T E L

DIE DEUTSCHEN VORBEREITUNGEN FÜR DEN
KRIEG GEGEN DIE SOWJETUNION

	Seite
1. Die schwere Entscheidung: Gegen England oder gegen die Sowjetunion?.....	2
2. Der Beschluß, gegen die UdSSR vorzugehen	3
3. Alfred Rosenberg wird Beauftragter für die zentrale Bearbeitung der Ostfragen	6
4. Rosenbergs gesamteuropäische Schau.....	
a) Die Ukraine als vierter Partner im europäischen Mächte- konzert	7
5. Alfred Rosenberg konkretisiert seinen Plan	13
a) Ukraine: Fortentwicklung zum selbständigen Staat im Bunde mit Deutschland.	15
b) Der kaukasische Föderativstaat im Bündnis mit Deutsch- land und der Ukraine	19
c) Rückentwicklung Estlands, Lettlands und Litauens zu einem deutschen Kerngebiet	20
d) Weißruthenien und das Don-Gebiet	21
e) Turkestan	23
f) Großrußland	24

	Seite
g) Großfinnland	25
h) Die Krim als deutsches Siedlungsgebiet	25
6. Geschichtliche und politische Begründung	26
a) Rußland als Bedrohung für Deutschland, Türkei und den mittleren Osten	27
b) Rußland - ein Vielvölkerstaat	29
c) Der jahrhundertelange Kampf zwischen Russland und Ukrainertum	30
7. Der Plan Rosenbergs für die Übergangszeit	31
a) Belebung des ukrainischen Geschichtsbewußtseins .	32
b) Zulassung politischer Betätigung	33
c) Liberale Kirchenpolitik	34
d) Einheitliche Propaganda	35
e) Die Steuerung der inneren Migration	37
f) Die Anpassung der Wirtschaftsverwaltung an die politische Zielsetzung	38
g) Einführung einer nationalen Währung	40
h) Kontingente	41
i) Auflösung der Kollektivwirtschaften	42
k) Aufbau des Verwaltungsapparates	43
8. Der Zusammenbruch der Pläne Alfred Rosenbergs und der Sieg der Konzeption Hitlers	46
9. Hermann Göring und Heinrich Himmler hintertreiben die Pläne Alfred Rosenbergs ..	49
a) Der Wirtschaftsplan Hermann Görings	49

	Seite
b) "Wirtschaftsführungsstab Ost"	49
c) Der Zusammenprall der Konzeption Hitlers und Rosenbergs innerhalb des Wirtschaftsführungsstabes . . .	52
d) Backes Forderungen an die Landwirtschaft im Osten .	57
e) Göring weist die bevorzugte Behandlung der Wirtschaft der nichtrussischen Völker zurück	60
10. Der Plan Himmlers zur Befriedung der besetzten Ostgebiete	60
a) Aufstellung der Einsatzgruppen	60
b) Die Einsatzgruppen und die Wehrmacht	61
c) Ausgliederung der Polizeigewalt aus der allgemeinen Verwaltung	63
11. Das Oberkommando der Wehrmacht im Dienste der Konzeption Adolf Hitlers . . .	63
a) Die Zivilbevölkerung außerhalb des Gesetzes	66
b) Tötung der politischen Hoheitsträger und Kommissare	68
c) Die Behandlung der Kriegsgefangenen entgegen den internationalen Vorschriften	70
d) Urteil des Chefs des OKW über die Verantwortung der Militärs für die Politik Hitlers	73

II. K A P I T E L

DIE UKRAINISCHEN VORBEREITUNGEN FÜR DEN DEUTSCH-SOWJETISCHEN KRIEG

1. Zwei Konzeptionen der ukrainischen Politik während des deutsch-sowjetischen Krieges	78
a) Die Politik der Opposition	79
aa) Das Vertrauen auf das deutsche Ostprogramm	80

ab) In Erwartung der deutschen und sowjetischen Niederlage	84
ac) Der Weg der legalen Opposition	86
b) Die Politik der Revolution	89
ba) Aufstand hinter den Linien der Roten Armee	89
bb) Die ukrainische Armee ohne politische Bindungen an Berlin und Moskau	90
bc) Die Rote Armee - der Schlüssel zur Revolution	91
bd) Revolutionäre Methoden des Kampfes	93
2. Die Vorbereitungen der OUN für den Krieg	95
a) Die Aufstellung der ukrainischen Armee	95
b) Die Marsch-Gruppen der OUN	98
c) Ukrainische Dolmetscher für die deutsche Wehrmacht	105
d) Berufung einer Kommission zur Planung des Staatsaufbaus	105
e) Der Versuch, A. Melnyk als Führer der Nation herauszustellen	106
3. Die Vorbereitungen der OUN-R für den Krieg	107
A. Die politischen Grundsätze der OUN-R	108
a) Der erste Grundsatz: Eigenstaatlichkeit und territoriale Einheit der Ukraine	108
b) Der zweite Grundsatz: Die revolutionäre Erhebung des ukrainischen Volkes als Methode im Kampfe für die Eigenstaatlichkeit	109
c) Der dritte Grundsatz: Vorbereitung auf einen langen Krieg im Osten	112
d) Der vierte Grundsatz: Die Ukraine als führende Macht in der Revolution der nicht-russischen Völker der UdSSR	117

e) Der fünfte Grundsatz: Feste Innenpolitik	120
f) Der sechste Grundsatz: Fortschrittliche Sozialpolitik	124
g) Der siebente Grundsatz: Wirksame Propaganda . . .	127
B. Der militärische Plan	128
a) Die Vorbereitungsphase vor dem Ausbruch des Krieges	129
b) Die Vorbereitungsphase im Kriege	132
c) Die Erhebung	133
d) Die Phase nach der Machtübernahme	136
3. Die Ursachen des Fehlschlages	137
4. Der Versuch der OUN-R, ihre Pläne zu verwirklichen	139
a) Die ukrainische Legion in der deutschen Wehrmacht	139
b) Die "Marschgruppen" der OUN-R	142
c) Das Ukrainische Nationalkomitee in Krakau	144
5. Die Haltung der OUN zum Ukrainischen Nationalkomitee in Krakau	148

III. K A P I T E L

DAS UKRAINISCHE VOLK IM KRIEG

1. Die ukrainische Emigration begrüßt den Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges	152
2. Das große Problem: Politik der vollende- ten Tatsachen oder Politik der Abstim- mung mit den Deutschen?	157

	Seite
3. Deutsche Antwort: Arbeiten und warten....	163
4. Das Volk steht auf	165
5. Drei Brennpunkte der Ereignisse in der Ukraine: Galizien, Polesien und die Bukowina.....	173
A. Der erste Brennpunkt: Lemberg. Proklamation der Wieder-- herstellung des ukrainischen Staates	173
a) Der Marsch der sechs Männer nach Lemberg	173
b) Die Absprache mit dem Metropoliten A. Šeptyčkyj	175
c) Nachhaltige Wirkung der Proklamation in Lemberg	179
d) Der Chef der Landesexekutive der OUN-R in Lemberg	181
e) Der Versuch, eine Solidaritätserklärung der Exil- regierung und Het'man Pavlo Skoropadskyjs zu den Ereignissen in Lemberg zu erwirken	183
f) Deutschland lehnt die Anerkennung der Regierung in Lemberg ab	186
g) Verhandlungen mit dem OKW in Warschau	188
h) Die Ernennung der Regierungsmitglieder	188
i) Der Versuch, ein revolutionäres Parlament zu bilden	190
k) Das weitere Schicksal des Ukrainischen Nationalko- mittees in Krakau	191
l) Mykola Lebed' übernimmt die Führung der OUN-R	192
m) Die ukrainische Legion weigert sich, weiterhin Dienst zu leisten	195
B. Der zweite Brennpunkt: Polesien	201
C. Der dritte Brennpunkt: Nord-Bukowina	203

	Seite
6. Ukrainer und Litauer wenden die gleiche politische Strategie an	205
7. Der Ukrainische Nationalrat in Lemberg, die ukrainische Mitte zwischen der OUN-R und dem Ukrainischen Hauptausschuß.....	208
8. Der Anschluß des ukrainischen Galizien an das Generalgouvernement	213
9. Die politische Auseinandersetzung im Nationalrat	213
10. Hitler deckt seine Ukraine-Pläne auf und ernennt Alfred Rosenberg zum Minister für die besetzten Ostgebiete	221
11. Das Schicksal der West-Ukraine wurde auch in Moskau und London besprochen	226
12. Der Kampf um die Sonderstellung Galiziens im Generalgouvernement	231
13. Das Exekutivorgan des Nationalrates wird dem Hauptausschuß in Krakau unterstellt	233
14. Der Versuch, eine Einigung der beiden OUN-Flügel herbeizuführen.....	238
15. Der Ukrainische Hauptausschuß in Krakau wird formell als die einzige Repräsentation in Galizien bestätigt.....	241
16. Die Auflösung des Nationalrates durch die Polizei.....	249
17. Die erste illegale Konferenz der OUN-R während der deutschen Besetzung	257

A N H A N G

Schilderung des bolschewistischen Terrors in Lemberg durch deutsche Kriegsberichterstatter (Juni 1941).....	262
Stimmung der ukrainischen Bevölkerung nach Einmarsch der deutschen Truppen	267
Urkunde der Proklamation zur Wiederherstellung der staatlichen Unabhängigkeit der Ukraine in Lemberg.....	272
Hirtenbrief des Metropoliten A. Šeptyčkyj vom 1. Juli 1941	273
Hirtenbrief des Bischofs der Ukrainischen Autokephalen Orthodoxen Kirche, Polikarp	274
Brief an Hitler (Februar 1942)	276
Zusammensetzung des Ukräinischen Nationalrates in Lemberg	279
Der Ukrainische Senioren-Rat an die ukrainische Bevölkerung am 15. Juli 1941	281
Schreiben der OUN-R an den Senioren-Rat vom Juli 1941	283
Die Opfer der NKVD	284
Verzeichnis der Zeitungen und Zeitschriften, die nach dem 22.6.1941 in der Ost-Ukraine erschienen.....	286

	Seite
Politische Einführung zum Jahresbericht des Deutschen Nachrichtenbüros in Rovno	289
Stellungnahme Dr. Markulls zum Bormann-Brief	293
Gutachten von Dr. Markull zur Frage des ukrainischen Wappens "Trysub"	307
Weisung Nr. 21 (Fall Barbarossa)	310
Besprechung im Führerhauptquartier am 16.7.1941	315
Erlasse Adolf Hitlers	324
1. Über die Ernennung von Wehrmachtbefehlshabern in den neu besetzten Ostgebieten	324
2. Über die Wirtschaft in den neu besetzten Ostgebieten vom 29. Juni 1941	325
3. Über die polizeiliche Sicherung der neu besetzten Ostgebiete vom 17. Juli 1941	326
4. Über die Verwaltung der neu besetzten Ostgebiete vom 17. Juli 1941	327
5. Über die Einführung der Zivilverwaltung in den neu besetzten Ostgebieten vom 17. Juli 1941	329
6. Über die vorläufige Verwaltung des Bezirks Bialystok vom 15. August 1941	330
Grundlagen für die Wirtschaftspolitik in den besetzten Ostgebieten	331
Richtlinien für die in die STALAGs und DULAGs abzustellenden Kommandos des Chefs der SIPO und des SD	334
Befehl des Feldmarschalls Erich von Manstein vom 20. November 1941	339

	Seite
Eidesstattliche Erklärung von SS-Sturmbannführer Kurt Lindow	342
Eidesstattliche Erklärung von Otto Ohlendorf	343
Stellungnahme des Admirals Canaris zur Anordnung für die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener	346
Proklamation des Generalgouverneurs H. Frank.....	349
Maßnahmen gegen Emigranten aus Osteuropa	350
Die neue Agrarordnung.....	352
Erste Ausführungsanweisung zur Agrarordnung vom 23. März 1942	366
Memorandum der OUN-R vom 23. Juni 1941	374
Denkschrift an Generalgouverneur Hans Frank vom 25.8.1941	386
Liste der Untergrundpresse der OUN-R während der deutschen Besetzung.....	400
Zusammensetzung des Ukrainischen Nationalkomitees in Krakau	406
Georg Leibbrandt - sein politischer Lebenslauf	407
Bemerkungen zum Wiener Schiedsspruch	410
Bibliographie.....	414
Personenregister.....	424
Ortsregister	434

1. DIE SCHWERE ENTSCHEIDUNG:
GEGEN ENGLAND ODER GEGEN DIE SOWJETUNION ?

Während in der OUN (Organisation Ukrainischer Nationalisten) der innere Kampf zwischen PUN (Provid Ukrainŝkych Nationalistiv - Führung Ukrainischer Nationalisten) und Landesexekutive seinem Höhepunkt zustrebte, begann Deutschland seine intensiven Vorbereitungen für den Krieg gegen die UdSSR, die im Zeichen der einander entgegengesetzten Zielsetzungen der politischen Konzeption Adolf Hitlers und Alfred Rosenbergs vor sich gingen. Im folgenden Kapitel findet der Leser die Schilderung der tragischen Zwiespältigkeit der deutschen Vorbereitungen, die schließlich mit dem Sieg der Auffassungen Hitlers und mit der Niederlage der Pläne Alfred Rosenbergs noch vor Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges endeten.

- - -

In der ersten Hälfte des Jahres 1940, nach der Niederwerfung Frankreichs, Belgiens, Hollands und Dänemarks, rang Hitler mit sich um die schicksalsschwere Entscheidung, gegen wen er sein siegreiches Heer in Bewegung setzen sollte. Auf dem Kontinent hatte er keinen Gegner mehr. Alle lagen besiegt zu seinen Füßen. Die größte Kontinentalmacht Europas - die Sowjetunion - hatte mit ihm einen Nichtangriffs- und Freundschaftspakt geschlossen; Bulgarien, Rumänien und Ungarn wurden zu seinen Satelliten; Jugoslawien befand sich auf dem Wege, seine Politik an die des Dritten Reiches anzupassen.

Sein einziger, noch unbesiegter Gegner verschanzte sich hinter dem Kanal: Großbritannien. Hitler kannte den Wert dieses Gegners. Schon in seinem Werk "Mein Kampf" zollte er ihm Anerkennung und Bewunderung.

Nun, nach den Siegen über die Gegner auf dem Kontinent, galt es, alle Kräfte zusammenzufassen und gegen die Bastion des eigentlichen Feindes, gegen England, einzusetzen. Admiral Raeder erhielt den Befehl, die Vorbereitungen für die Invasion zu treffen.¹⁾ Er bestätigte Hitler, daß sie durchaus möglich sei,²⁾ unter der Voraussetzung allerdings, daß die deutsche Luftüberlegenheit unan-

1) IMT-170-C, IMT-066-C

2) Erich von Manstein: Verlorene Siege, S. 162 ff.

fechtbar sei. So begann ein Luftkrieg größten Ausmaßes mit dem Ziel, die Luft-herrschaft über England zu erzwingen.

Bald aber zeigte sich, daß sie schwerer zu erreichen war, als es zuerst schien. Die deutsche Luftwaffe zerstörte zwar einige englische Städte, erlitt dabei aber solche Verluste, daß diese nur schwer durch die neue Produktion ersetzt werden konnten. Hitler wurde nachdenklich. Er begann zu überlegen, ob diese Auseinandersetzung nicht zu einem Kräfteverbrauch ohnegleichen führen würde, der dann von der Sowjetunion zum Angriff in seinem Rücken ausgenützt würde. Hitler vertraute Moskau nicht; an den Wert von Verträgen glaubte er überhaupt nicht. Er war sich nicht sicher, ob die Sowjetunion den Nichtangriffs- und Freundschaftspakt mit ihm nicht nur aus konjunkturellen Gründen abgeschlossen habe. Er vermutete dies um so mehr, als er sich dabei auf Informationen stützte, denen zufolge Churchill sein Friedensangebot vom Sommer 1940 nur deswegen abgelehnt haben sollte, weil er immer noch auf den Eintritt der Sowjetunion in den Krieg gegen Deutschland hoffte. Hitler glaubte einer solchen Situation vorbeugen zu müssen, daß dann, wenn seine Kräfte im Kriege gegen die demokratischen Westmächte erschöpft wären, Moskau zum Angriff gegen sein Lebenswerk, gegen das Dritte Reich, ausholen könnte.

Sollte er durch seinen Angriff auf England Stalin dafür Gelegenheit geben? Oder sollte er, geschützt vor der zweiten Front durch seine Siege auf dem Kontinent, erst die Sowjetunion besiegen und sich dadurch Großbritannien gefügig machen? Wochenlang schwankte Hitler zwischen diesen beiden Möglichkeiten, bis er sich endlich für die zweite entschied.¹⁾

2. DER BESCHLUSS, GEGEN DIE UdSSR VORZUGEHEN

Noch am 4. 6. 1940 verkündete Hitler, daß es sein Wille sei, nach der Niederwerfung Frankreichs das Heer zu vermindern, ältere Jahrgänge, insbesondere Facharbeiter, zu entlassen und den Schwerpunkt auf Luftwaffe und Marine zu legen.²⁾ Aber schon acht Wochen später, Ende Juli, gab er diesen Plan auf³⁾

1) Die ausführliche Darstellung darüber ist G. L. Weinberg: "Germany and the Soviet Union 1939-1941" und "Hitlers Entschluß zum Angriff auf Rußland" in: "Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte", Heft 4, 1953, zu entnehmen.

2) IMT-170-C

3) Admiral Raeder schreibt in seinem Memorandum vom 10. 1. 1944: "Die Be-

und legte ihn schließlich im September endgültig ad acta. ¹⁾

Am 29. Juli 1940 beauftragte der Chef des Wehrmachtsführungsstabes, General Jodl, im Namen Hitlers seinen Stellvertreter, General Warlimont, eine Studie über die Transportlage für einen Aufmarsch gegen die Sowjetunion zu entwerfen. Anfang August wurden die Generale Greiffenberg und Marcks vom Oberkommando des Heeres mit einer theoretischen Ausarbeitung über das Thema beauftragt, deren Fortführung am 3. September der neuernannte Oberquartiermeister I, General Paulus, übernahm. ²⁾

Nach der bekannten Besprechung mit dem sowjetischen Außenminister Molotov am 10. November 1940, aus der die weitreichenden Gegenpläne Moskaus ersichtlich wurden, gab es für Hitler kein Zurück mehr. Er faßte seinen bekannten "unabänderlichen Beschluß", gegen die Sowjetunion militärisch vorzugehen.

In seinem Entschluß wurde er noch durch seine Militärfachleute bestärkt, die ihm die Kampfkraft der Roten Armee als mittelmäßig bezeichneten. ³⁾

Am 5. 12. 1940 empfing Hitler den Generalstabschef des Heeres, General Halder, der ihm in großen Zügen den strategischen Plan des Krieges gegen die Sowjetunion vorlegte. ⁴⁾ Auf Grund dieses Planes gab Hitler am 18. 12. 1940 an das OKW die Weisung Nr. 21, in welcher unter der Tarnbezeichnung "Fall Barbarossa" ein Plan für einen Angriff auf die Sowjetunion (ausgearbeitet von General Jodl) gegeben wurde.

fürchtung, daß die Luftherrschaft über den Kanal sich im Herbst 1940 nicht mehr werde herstellen lassen - eine Erkenntnis, die der Führer zweifellos früher gewann als die Seekriegsleitung, die über die wahren Ergebnisse der Luftangriffe auf England (eigene Verluste) nicht in gleichem Maße aufgeklärt wurde, die er aber bis in den September hinein nicht offen aussprach, - veranlaßte den Führer sicherlich schon im August/September dazu, Überlegungen anzustellen, ob - auch vor einem Sieg im Westen - ein Ostfeldzug in Frage käme, um zunächst den letzten ernstlichen Gegner auf dem Kontinent auszuschalten. (IMT-C-66)

1) E. v. Manstein, a. a. O. S. 169 ff.

2) Erich Kordt: Wahn und Wirklichkeit, S. 305 und G. L. Weinberg a. a. O.

3) Siehe Bd. 1 dieser Arbeit, S. 11

4) IMT-1799-PS

Aus dieser Weisung ist ersichtlich:

1. Hitler dachte an den Blitzkrieg im Osten.
2. Der Beginn des Feldzuges war von ihm für Mitte Mai geplant.¹⁾
3. Der Schwerpunkt der Operationen sollte im nördlichen Operationsraum liegen, nicht in der Ukraine.

Nach Ausgabe der "Weisung 21" liefen die Vorbereitungen zum Krieg auf vollen Touren. Bezeichnend für das Tempo, mit welchem die Dinge vorangetrieben wurden, ist die Besprechung bei Hitler am 3. 2. 1941 (45 Tage nach Erlass der "Weisung 21"). Aus ihr geht hervor, daß zu jener Zeit schon bindende Befehle für die Heeresgruppe Nord, Mitte und Süd ausgegeben waren sowie zielsetzende Befehle für die Armeen.²⁾ Im großen und ganzen waren damals vorgesehen für die nördliche Gruppe: 30 Div., 13 Pz. Div., 9 mot. Div. und für die südliche Gruppe: 30 Div., 5 Pz. Div., 3 mot. Div. als Angriffskräfte, dazu OKH-Reserven. Im Süden plante man insgesamt 4 Armeen unter dem Oberbefehl des Generalfeldmarschalls von Rundstedt mit den Generälen Reichenau, von Manstein, von Kleist, von Schobert, von Stülpnagel und Rumänen. Die feindlichen Kräfte schätzte man auf etwa 100 Inf. Div., 25 Kav. Div. und etwa 30 mech. Divisionen.³⁾ Die Beurteilung der eigenen und feindlichen Kräfte war dahingehend, daß die Kräfte etwa gleich seien, die Deutschen aber die größere Qualität besäßen. In der russischen Armee gäbe es keine Führerpersönlichkeiten, lediglich Timoschenko rage heraus; überall mache sich bei den Russen materielle Minderwertigkeit in der Ausrüstung bemerkbar.⁴⁾

- 1) Wie durch die Seekriegsleitung bestätigt wird, verzögerten sich die Operationen gegen die Sowjetunion um rund fünf Wochen durch den jugoslawischen Feldzug im Mai 1941. IMT-170-C.
- 2) Bei dieser Besprechung waren anwesend: Der Führer, der Chef des OKW, Chef WFSt, Oberst Schmudt, Major Christian, Ob. d. H., Chef Genst. d. H., Chef Op. Abt. Heer, Major Engel.
- 3) Gesamtstärke (ohne dem W. B. Norwegen unterstehende Verbände) 80 Inf. Div., 1 K. D., 17 Pz. Div., 12 I. D. (mot.), 9 Sich. Div., 2 Verb. 15. Welle und 2 Inf. Div. Heeresreserven. Luftfl. 4 mit 3 Aufkl. St., 12 Kampfg., davon 1 vorübergehend, 6 Jagdgr. Luftfl. 2 mit 3 Aufkl. St., 10 Kampfg., 8 Stuka-Gr., 2 Zerst.-Gr., 1 1/3 Schlachtgr., 9 Jagdgr., davon 2 vorübergehend. Luftfl. 1 mit 2 Aufkl. St., 9 Kampfg., 3 2/3 Jagdgr., davon 2/3 vorübergehend.
- 4) IMT-872-PS und 873-PS

Der Inhalt der Besprechung deutet darauf hin, daß man sich weiterhin für Mitte Mai vorbereitete. Der Termin des Angriffes auf die Sowjetunion für den 22. 6. wurde erst am 30. 4. 1941 bekanntgegeben.^{1, 2)}

3. ALFRED ROSENBERG WIRD BEAUFTRAGTER FÜR DIE ZENTRALE BEARBEITUNG DER OSTFRAGEN

Der endgültige Entschluß, den Krieg gegen die Sowjetunion auszutragen, warf mit aller Schärfe auch das Problem seiner politischen Zielsetzung auf. Aber Hitler zögerte fast 4 Monate, bis er sich entschlossen hatte, die Planung auf diesem Gebiet zu vereinheitlichen und in die Hände Alfred Rosenbergs zu legen. Als Rosenberg am 2. 4. 1941 diesen Auftrag von Hitler erhielt, ging er allerdings mit langjährigen Erfahrungen an sie heran. Seine Konzeption der Neuordnung Europas war in großen Zügen schon längst fertig. Es galt nur noch, sie den Erfordernissen des Krieges anzupassen und in Zeit und Raum einzubauen.

Wie bereits erwähnt, liefen die Vorbereitungen für den Krieg auf einzelnen Gebieten schon seit dem 18. 12. 1940, aber es fehlte ihnen an Einheitlichkeit und Koordination. Die Beauftragung Rosenbergs vom 2. 4. 1941, das "Zentrale Politische Büro für die Ostarbeit" zu errichten, hat allerdings die Gefahren, die der Mangel an einheitlicher Planung heraufbeschwor, auch nicht ganz gebannt.³⁾ Dies sah Rosenberg ein und drängte deswegen Hitler, ihm die Vollmachten so zu erweitern, daß es ihm möglich wäre, alle Vorbereitungen, auf verschiedenen Gebieten und durch verschiedene Behörden, auf ein zentrales politisches Ziel zu steuern und auf einen gemeinsamen politischen Nenner zu bringen.

Jedoch erst am 20. April 1941 ernannte Hitler Rosenberg zum Leiter der "Dienststelle für die zentrale Bearbeitung der Fragen des osteuropäischen Raumes" und erweiterte dadurch seine Vollmachten.

Bevor wir aber zur Schilderung der Pläne Rosenbergs für den Fall des deutsch-sowjetischen Krieges übergehen, wollen wir feststellen, wie die Rosenbergsche Konzeption der Neuordnung Gesamt-Europas im allgemeinen aussah.

1) IMT-873-PS, IMT-170-C

2) Interessant, daß der englische Botschafter in Moskau am 25. 4. 1941 den Tag des Kriegsbeginns für den 22. 6. voraussagte.

3) IMT-1019-PS

4. ROSENBERGS GESAMTEUROPÄISCHE SCHAU:

a) Die Ukraine als vierter Partner im europäischen Mächtekonzert

Alfred Rosenberg hatte sich sein Urteil über die deutsche Außenpolitik und damit auch über die Neugestaltung des osteuropäischen Raumes schon am Anfang seiner politischen Laufbahn gebildet. In seiner grundlegenden Arbeit zu diesem Thema "Der Zukunftsweg einer deutschen Außenpolitik", die im Jahre 1927 in Buchform erschienen ist, aber erst durch ihre Veröffentlichung im parteiamtlichen Organ "Völkischer Beobachter" die Bedeutung einer offiziellen Stellungnahme der Parteiführung erhielt, schrieb er:

"Im heutigen Raum (d. h. im deutschen Raum, Verf.) muß aus einem 63 Millionen zählenden Menschenhaufen ein Volk erst geschaffen werden und dann Raum und Boden für ein deutsches Geschlecht von 100 Millionen."¹⁾ "... Wir haben heute zu wählen zwischen den beiden Aspekten der deutschen Geschichte. Zwischen Kreuzzugspolitik und Raumpolitik. Zwischen Weltimperialismus und völkischem Staatswillen. Zwischen Barbarossa und Heinrich dem Löwen. Zwischen Karl dem Großen und Wittekind. Zwischen Bismarck und Wilhelm II. Zwischen Stresemann-Völkerbund und dem völkischen nationalsozialistischen, germanischen Staat in Mitteleuropa."²⁾

Sein Programm der Ausbreitung des deutschen Bodens in östlicher Richtung wollte er auf Kosten Polens und der "Randstaaten" (Litauen, Lettland, Estland) durchführen. Dabei hoffte er in erster Linie, Hilfe von England und Italien und in zweiter Linie von der Ukraine zu erhalten.

"Das deutsche Erwachen muß den völkischen Imperialismus für das deutsche Volk so weit bejahen - argumentierte Alfred Rosenberg - als Lebensraum notwendig ist, um dem deutschen Volk ein gesundes, starkes Dasein zu ermöglichen. Den geographischen Verhältnissen gemäß muß dieser völkische Imperialismus dafür Sorge tragen, daß dieser Lebensraum unmittelbar mit dem Mutterlande verknüpft ist und nicht das gleiche Schicksal erleidet wie die Machtbestrebungen des deutschen Mittelalters und der Völ-

1) Alfred Rosenberg: "Der Zukunftsweg der deutschen Außenpolitik", S. 10

2) Ebenda, S. 18

kerwanderungszeit. Der deutsche Volkswille (das wäre die richtige Übersetzung für das Wort Imperialismus) muß also den Spuren Heinrich des Löwen, des Großen Kurfürsten und Friedrichs des Großen folgen. Er muß anknüpfen an die Taten der Bajuwaren, die einst die Mark im Südosten sicherten, und er muß ablehnen den Weltimperialismus des Finanzkapitals, er muß ablehnen den unfruchtbaren Militarismus Frankreichs. Er muß ablehnen den einerseits pazifistischen, andererseits wirtschafts-imperialistischen Marxismus und so allein kann sich kristallklar ein deutscher Wille herausbilden. Mit dieser Erkenntnis, daß das deutsche Volk, will es nicht in des Wortes wahrster Bedeutung untergehen, eigenen Grund und Boden für sich und seine Nachkommen braucht, und mit der zweiten nüchternen Einsicht, daß dieser Boden nicht mehr in Afrika erobert werden kann, sondern in Europa, in allererster Linie im Osten erschlossen werden muß, mit dieser Erkenntnis ist die organische Einstellung einer deutschen Außenpolitik für Jahrhunderte gegeben. Denn aus diesen Erkenntnissen ergibt sich die grundlegende Frage: Welche Mächte stehen einer stärkeren Ausweitung z. B. nach Polen feindlich gegenüber? Und wessen Staatsinteressen werden durch diese deutsche Raumererschließung nicht berührt, vielleicht auch sogar mitgefördert? Auf die erste Frage gibt es nur eine Antwort: Frankreich und Polen (Rußland ist ein Problem für sich). Die zweite Frage läßt sich mit: "England und Italien" beantworten. Frankreich wird eine Ausweitung Deutschlands nach keiner Richtung zulassen wollen, weil es nur durch Verkrüppelung des deutschen Volkes auf Fortdauer seiner unnatürlichen heutigen Machtstellung hoffen kann. Man weiß in Paris, daß die heutige Lebensenge Deutschlands zur Auswanderung zwingt und zu weiterer Industrialisierung. Das ist glatter Volksverlust, ein Blutverlust, wie nur ein Krieg ihn ähnlich herbeiführt. Da man aber in Paris in Erkenntnis seiner inneren Schwäche Bundesgenossen braucht, so ist auch Polens Sache Frankreichs ureigenste Angelegenheit, wie es die Bewaffnung Rußlands vor dem Kriege war.

Die deutsche Aufgabe also, die sich aus dem Urproblem ergibt, lautet: Isolierung Frankreichs durch Bündnisse mit Mächten, deren eigene Lebensinteressen bei ihrer Durchführung auf französische Gegnerschaft stoßen müssen, wenn nicht heute, so doch morgen. Und das sind zunächst wieder Italien und England." ¹⁾

Rosenberg beabsichtigte England für seinen Plan dadurch zu gewinnen, daß er durch die Schaffung des selbständigen ukrainischen Staates den Druck Rußlands

1) ⁴ A. Rosenberg, a. a. O., S. 20, 21

auf den mittleren Osten und auf China aufzuheben hoffte. Dies lag seiner Meinung nach im ureigensten Interesse Englands, das seit langem aus diesem Grunde antirussische Politik trieb,

"Den Krieg gegen Rußland kann England, soweit seine eigenen Mittel in Betracht kommen - schrieb er - nur mit Geld und wirtschaftlichem Boykott führen. Zur wirklichen Durchführung einer Aktion, die Moskau endgültig unterwirft, ist es jedoch auf andere Völker angewiesen und auf die bolschewistenfeindlichen Elemente in Rußland selbst, seien es nun nationalistische Großrussen oder separatistisch gesinnte Völkerschaften... Es sind von London aus verschiedene Versuche unternommen worden, deutsche Kreise zur Teilnahme an einer Niederwerfung Sowjetrußlands zu interessieren, doch sind diese Versuche von gewissen Berliner Stellen aus so energisch zurückgewiesen worden, daß England daraus selbstverständlich die Folgerung für sich zog und sich erneut fester an Frankreich schloß und damit auch auf Polen einstellte." 1)

Die Zusammenarbeit Englands mit Frankreich und Polen betrachtete Alfred Rosenberg als eine rein konjunkturelle Angelegenheit, die bei einer klugen deutschen Politik in eine englisch-deutsche Interessengemeinschaft umgewandelt werden könnte. Er schrieb:

"Die Folge der Ablehnungen in Deutschland war die Erneuerung der Entente cordiale, welche durch den Besuch des französischen Präsidenten im Mai 1927 in London besiegelt wurde. Sie stellt zwar ein : durchaus unorganisches Bündnis zwischen England und Frankreich dar, das wohl nach Beseitigung des Bolschewismus nicht mehr halten wird; jedoch ist es klar, daß Großbritannien Frankreich als Druckmittel auf Deutschland ausersehen hat und durch Konzessionen in der französischen Deutschlandpolitik sich in Kleinasien oder im Orient oder auch in Rußland selbst für die Zukunft eine Vormachtstellung ausbedungen hat... In der russischen Frage scheiden sich das französische und das englische Interesse ebenso, wie sie sich in der Kolonialpolitik bzw. in Syrien und Kleinasien begegnen. Frankreich war von jeher auf einen starken Nachbarn Deutschlands im Osten angewiesen, und seine Bestrebungen gingen, wie anfangs ausgeführt, dahin, entweder einen stärkeren polnischen Staat aufzurichten mit der Devise "von Meer zu Meer", was das Schlachtrgeschrei der Polen selbst ist, oder aber, falls

1) A. Rosenberg, a. a. O., S. 79/80

sich Polen nicht halten läßt, wieder eine großrussische Bewegung zu unterstützen, die alle Randstaaten erneut eingliedert und einen ähnlichen Zustand herbeiführt wie vor 1914. So kommt es, daß Paris zu gleicher Zeit den Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch unterstützte, dessen General Wrangel dann in Europa herumreiste und seine zersprengten Kolonnen auf dem Balkan erneut zu organisieren begann. So kommt es aber auch, daß Frankreich gerade während der Zuspitzung des englischen Konfliktes sich bemühte, die ukrainischen Gruppen an sich zu fesseln. In Warschau wirkte die ehemalige Petljuraregierung, die nach seinem Tode von seinem Minister Lewitzky geführt wurde. Dank Unterstützung mit französischem Gelde wurde das ukrainische Zentrum ausgebaut, nach Paris übertragen und gezwungen, mit dem ehemaligen ukrainischen Hetman Skoropadsky zusammenzuarbeiten.... Alle diese Gruppen versucht natürlich auch England für seine Zwecke zu mobilisieren, bzw. läßt es die französische Arbeit gewähren mit dem stillschweigenden Vorbehalte, zur rechten Zeit einzugreifen, damit nicht ein französisch eingestellter großpolnischer oder großrussischer Staat entsteht, sondern ein zusammengewürfeltes Gebilde ohne starke Zentralgewalt Moskaus.... In dem Kampf zwischen Moskau und London hat Deutschland sich klar zu entscheiden und je nach Möglichkeiten Zwischenlösungen zu schaffen bis zur endgültigen Freiheit nach dem Osten, d. h. bis zur Raumgewinnung für deutsches Volkstum in östlicher - polnischer - Stoßrichtung. Ebenso wie Deutschland im großen Kampf gegen Marxismus, internationale Finanz und Frankreich ein Bündnis mit Italien anstreben muß, aus der gleichen nüchternen Überlegung muß das gleiche Deutschland heute, und sei es auch um nicht allzugroßer augenblicklicher Vorteile willen, einen Anschluß an England suchen, gegen welches außerdem auch Italien keine Politik treiben kann. Es hat aber Vorsorge zu treffen, daß nicht etwa deutsche Männer ohne politische Zielsetzung als Landsknechte gegen Rußland eingesetzt werden, sondern so in Erscheinung treten, daß sie wertvolle Druckmittel in der Hand einer deutschen Ostpolitik werden." ¹⁾

Zusammenfassend sagte Alfred Rosenberg:

"Dieses Bündnis liegt im Lebensinteresse beider nordischen Völker, und wenn es nicht zustande kommt, dann beginnt jenes Flackern in der Weltpolitik wieder, beginnt von neuem die unorganische Bündnispsy-

1) A. Rosenberg, a. a. O., S. 78

chese, welche nur brüchige Zwischenlösungen fördert und keine dauerhafte Weltkonstellation zu schaffen vermag. Kurz ausgedrückt, lautet das Programm: Das Britentum übernimmt den Schutz der weißen Rasse in Afrika, in Indien und in Australien; Nordamerika übernimmt den Schutz der weißen Rasse auf dem amerikanischen Kontinent, Deutschland aber in ganz Zentraleuropa im engsten Bündnis mit Italien, welches die Aufsicht über das westliche Mittelmeer, die Herrschaft über die Adria erhält, zwecks Isolierung Frankreichs und Niederschlagung der französischen Versuche, das schwarze Afrika gegen das weiße Europa in den Kampf zu führen."¹⁾

Aus diesem Programm ist ersichtlich, daß Alfred Rosenberg seinen Plan der Neuordnung Europas auf drei Mächte stützen wollte, zu denen später noch die Ukraine hinzukommen sollte. In diesem Zusammenhang warnte er eindringlich vor einer deutschen Außenpolitik, die sich auf das Bündnis mit Rußland zu stützen hätte.

"Ein Bündnis mit Sowjetrußland - schrieb er - bedeutet heute wie 1921 während der Konferenz zu Genua eine Stützung des allesvernichtenden Bolschewismus in Deutschland selbst. Die Aufmerksamkeit Deutschlands hat sich vielmehr, was die Ostfrage anbetrifft, nach einer anderen Richtung hinzuwenden, d. h. die starken separatistischen Bewegungen in der Ukraine und im Kaukasus in Betracht zu ziehen. Die offizielle russische Geschichtsschreibung kannte den Begriff einer selbständigen Ukraine gar nicht mehr, vielmehr wurde ganz Südrußland als eine ethnographisch mit dem zentralen Rußland gleichförmige Masse hingestellt, und nicht nur Westeuropa, auch vielen Russen selbst kam es höchst überraschend, als sich nach Beginn der russischen Revolution eine nationale ukrainische Bewegung meldete....

Deutschland hat, wie gesagt, auf diese ganze Entwicklung (zwischen 1919-1927-Verf.) keinen Einfluß gehabt, ist aber jetzt umso mehr daran interessiert, sich für den Fall eines ukrainischen Sieges künftige Bündnismöglichkeiten mit Kiew offenzuhalten. Ausschlaggebend wäre hier die naturgegebene Todfeindschaft zwischen Ukrainern und Polen. Wie im 17. Jahrhundert, so werden die Ukrainer auch im heutigen polnischen Staat unterdrückt, ihre Schulen geschlossen, die Abgeordnetenimmunität gebrochen, ja es wird ihnen sogar verboten, sich Ukrainer zu nennen. Haben wir nun begriffen, daß die Wegräumung des

1) A. Rosenberg, a. a. O., S. 85

polnischen Staates das allererste Erfordernis Deutschlands ist, so wird ein Bündnis zwischen Kiew und Berlin und die Schaffung einer gemeinsamen Grenze zu einer völkischen und staatlichen Notwendigkeit für eine künftige deutsche Politik.

Nach dem Verhalten Englands Deutschland gegenüber wird sich sodann auch die Einstellung des deutschen Reiches zum Moskauer Staat zu richten haben, gleich, welche Formen er später auch annehmen möge. Man darf nicht vergessen, daß auch nach einer Abtrennung des Südens (und selbstverständlich auch des Kaukasus) der russische Staat immer noch ein Kolos sein kann, der allein schon vermöge seines Schwergewichts eine bedeutende Rolle zu spielen vermag. Schon Bismarck hat in seinen "Gedanken und Erinnerungen" erklärt, die Interessen Englands seien viel leichter an der russisch-polnischen Grenze zu verteidigen als in Afghanistan. Ein Bündnis zwischen Deutschland und der Ukraine wird die Möglichkeit geben, daß Deutschland England diesen Dienst der Verteidigung seiner reichsten Kolonie leistet, für den Fall, daß England die Sicherung des deutschen Westens vor den Franzosen mitübernimmt... Innerpolitisch betrachtet, würde ein Bündnis mit dem reichen ukrainischen Süden eine große Ausfuhrmöglichkeit für deutsche Industrieprodukte und chemische Erzeugnisse geben. Über die Möglichkeiten der Durchführung einer Entwicklung, wie sie oben dargestellt worden ist, kann selbstverständlich an dieser Stelle nicht gesprochen werden. Es genügt, wenn die Ziele von einem deutschen Politiker ins Auge gefaßt werden, um dann Mittel und Wege zu finden, die ukrainisch-nationale Revolution gegen das bolschewistische Moskau zu unterstützen bzw. mit vorzuarbeiten, um Verhältnisse zu schaffen, die Deutschland Raum, Freiheit und Brot gewährleisten.¹⁾

Alfred Rosenberg beschließt seine politischen Überlegungen mit der Zusammenfassung:

"Für Deutschland kann es als Staat nur den einen Grundsatz geben: Bündnis mit Mächten, deren organische Raumpolitik mit der deutschen nicht im Gegensatz steht, d. h. mit solchen, die an der Herrschaft nicht nur der Hochfinanz, sondern auch Frankreichs und des ganzen

1) A. Rosenberg, a. a. O. S. 93, 97/98

französischen Systems kein Lebensinteresse haben.

Aus diesen Gedanken heraus ergab sich als Schlußfolgerung die Befürwortung eines raumpolitischen Staatensystems, bestehend aus Völkern, deren Kraftlinien gleichsam Rücken an Rücken stehen und auch bei ihrer restlosen Auswirkung nicht in Konflikte geraten. . . .

Deutschland bietet bei gesicherter Rückendeckung im Westen und freier Hand im Osten: England den Schutz Indiens an der russisch-polnischen Grenze (ein Gedanke Bismarcks), Vernichtung von Paneuropa, Verhinderung der Antikolonialbewegung, Niederkämpfung des Bolschewismus in Zentraleuropa. Deutschland bietet Italien bei dessen Bindung Frankreichs den Druck auf Südslawien; der Ukraine bei wirtschaftlicher und politischer Unterstützung in der Randstaatenfrage, Industrie und Deckung gegen die Polen. (Dies letztere auf Gegenseitigkeit).¹⁾

So dachte A. Rosenberg 1926 und in den folgenden Jahren.

5. ALFRED ROSENBERG KONKRETISIERT SEINEN PLAN

Als Alfred Rosenberg am 2. 4. 1941 von Hitler mit der Ausarbeitung der osteuropäischen Neuordnung beauftragt wurde, sah er sich einer Weltlage gegenüber, die im großen und ganzen der Verwirklichung seiner oben dargestellten Konzeption der gesamteuropäischen Ordnung förderlich war.

Von den fünf Elementen dieser Konzeption (Gewinnung Englands, Italiens und der Ukraine als Verbündete Deutschlands - 3 Elemente - Zerstörung des französischen Bündnissystems und Raumgewinnung in "polnischer Richtung" - 4. und 5. Element) waren drei bereits verwirklicht.

Erstens war durch den Herbstfeldzug im Jahre 1939 Polen besiegt und die deutsche Grenze weit nach dem Osten verschoben. Der Rest Polens, das sogenannte Generalgouvernement, wurde zum Nebenland des Deutschen Reiches erklärt. Das deutsche Siedlungsgebiet hatte sich außerdem in Richtung Böhmen-Mähren und Österreich erweitert.

1) A. Rosenberg, a. a. O., S. 143

Zweitens wurde durch den Sommerfeldzug 1940 Frankreich besiegt und dadurch der Hauptrivale des Reiches auf dem Kontinent beseitigt.

Drittens führte Italien seine Politik im engsten Bündnis mit Deutschland und wurde damit zum ersten Eckpfeiler des von Rosenberg geplanten europäischen Viermächtebundes.

Alfred Rosenberg ging es nun darum, im Osten eine Politik zu betreiben, die auch die Verwirklichung der beiden letzten Elemente herbeiführe: durch Bündnis mit der befreiten Ukraine die Eroberungen in Polen zu sichern, weiteren Raum im Baltikum und in Weißruthenien zu gewinnen und schließlich durch Zurückdrängung Rußlands nach Norden England an einer Zusammenarbeit im Viermächtebund zu interessieren.

Der Entschluß Hitlers, gegen die Sowjetunion Krieg zu führen, und die Beauftragung Rosenbergs mit der Ausarbeitung der politischen Neugestaltung des Ostens, eröffnete ihm alle Möglichkeiten, seine Pläne Wirklichkeit werden zu lassen.

Bei der Ausarbeitung stützte sich Alfred Rosenberg auf seinen langjährigen Mitarbeiter und Inspirator in der ukrainischen Frage, Dr. Georg Leibbrandt.¹⁾ Er war es, der die Bedeutung der Ukraine stets unterstrich und für ihre staatliche Verselbständigung eintrat. Nun arbeitete er alle Vorschläge für praktische Maßnahmen aus, die die Rolle der Ukraine als Partner Deutschlands sichern sollten.

Das ganze Planen der beiden Männer stand unter dem Leitgedanken, den sie in der "Allgemeinen Instruktion für die Reichskommissare in den besetzten Ostgebieten" aussprachen:

"Das Deutsche Reich muß sich davor hüten, einen Feldzug gegen Rußland mit einer historischen Ungerechtigkeit zu beginnen, d. h. ein russisches Großreich, gleich welcher Art, wieder zu errichten."²⁾

Auf die Frage, wie Deutschland von dem Druck des russischen Großreiches im Osten befreit werden könne, antwortete Alfred Rosenberg und Georg Leibbrandt mit der Konzeption der Aufteilung der UdSSR in ihre völkischen Bestandteile. Wenn, sagten sie, im Osten kein übermächtiges Imperium existiert, aber mehrere, auf nationaler Basis aufgebaute Staaten, dann kann Deutschland

1) Lebenslauf von G. Leibbrandt, s. Anhang S. 107

2) IMT-1030-PS

militärisch unbesorgt und wirtschaftlich voll Hoffnung in die Zukunft blicken.

Im großen sahen sie sieben Komplexe, die sich als völkische Einheiten aus der Sowjetunion herausbilden ließen:¹⁾

1. Großrußland mit Moskau als Zentrum,
2. Ukraine mit Kiew als Zentrum,
3. Estland, Lettland und Litauen,
4. Weißruthenien, mit Minsk bzw. Smolensk als Hauptstadt,
5. das Dongebiet,
6. Russisch-Mittelasien oder Russisch-Turkestan,

Die politische Bestimmung der einzelnen Komplexe sah in deutscher Sicht folgendermaßen aus:

a) Ukraine:

Fortentwicklung zum selbständigen Staat im Bunde mit Deutschland

Aus allen nachstehend zitierten Äußerungen, die sich auf die Zeit von drei Monaten erstrecken - und die die Ansichten über die Ukraine gerade aus jenen Wochen widerspiegeln, in denen die letzten Entscheidungen vor dem großen Krieg im Osten fielen - sind eindeutig drei Absichten Rosenbergs herauszulesen:

1. Während des Krieges sollte die Ukraine vom deutschen Reichskommissar unter ukrainischer Beteiligung regiert werden.
2. Schon während des Krieges sollten die Deutschen mit Arbeiten beginnen, um die Fortentwicklung der Ukraine zu staatlicher Selbständigkeit herbeizuführen.
3. Der ukrainische Staat im Bunde mit Deutschland und Kaukasien war als Schutzbarriere gegen den russischen Druck gedacht.

In dem Memorandum vom 2. 4. 1941 bezeichnet Alfred Rosenberg das deutsche Ziel in bezug auf die Ukraine mit folgenden Worten:²⁾

"Die politische Aufgabe für dieses Gebiet (Ukraine - Verfasser)

1) IMT-1017-PS

2) Ebenda

wäre die Förderung des nationalen Eigenlebens bis zur evtl. Errichtung einer Eigenstaatlichkeit mit dem Ziel, allein oder in Verbindung mit dem Dongebiet und dem Kaukasus als Schwarzmeerbund Moskau stets in Schach zu halten und den großdeutschen Lebensraum von Osten her zu sichern. Wirtschaftlich aber hätte dieses Gebiet zugleich die Aufgabe, eine mächtige Rohstoff- und die ergänzende Ernährungsbasis für das Großdeutsche Reich zu bilden.

Dem von der UdSSR als rein ukrainisch angesehenen Teil wären auch noch Grenzstreifen aus dem russischen Kerngebiet zuzuschlagen - wie schon erwähnt - um jenes zu schwächen und um zugleich einen ständigen Gegensatz wachzuhalten. Hierbei dürfte es sich um Teile des Kursker und Woronescher Verwaltungsbezirks handeln.

Auf die Erreichung dieses politischen Zieles müßte dann auch die verwaltungsmäßige und wirtschaftliche Behandlung des ganzen Gebietes ausgerichtet werden."

Einen Monat später, am 7. 5. 1941, wurde in einer "Instruktion für einen Reichskommissar in der Ukraine" der Grundsatz der Eigenstaatlichkeit des ukrainischen Volkes noch eindeutiger hervorgehoben. Die Weisung für den zukünftigen Reichskommissar lautete:¹⁾

"Ziel der Arbeit eines deutschen Reichskommissars in der Ukraine ist zunächst die Sicherung von Nahrungsmitteln und Rohstoffen für das Deutsche Reich, damit Festigung der deutschen Kriegsführung, sodann die Errichtung eines freien ukrainischen Staates²⁾ im engsten Bündnis mit dem Großdeutschen Reich.

Da Deutschland voller Ehrlichkeit einen freien ukrainischen Staat anstrebt, liegen keine Bedenken vor, zu noch festzulegender Zeit dieses Ziel auszusprechen, wobei selbstverständlich die Voraussetzungen in der Verteidigung gegen Moskau und in einem Bündnis mit jenem Lande liegen, das die Ukrainer aus ihrer Unterdrückung befreit hat: Deutschland. Da der russische Druck bei der ersten Möglichkeit wieder aufleben wird, erscheint ein Bestreben, einst einen freien ukrainischen Staat zu errichten, vertretbar, da die Ukrainer durch die ständigen Bedrohungen im Norden und ohne eine feste

1) IMT-1028-PS

2) Alle Unterstreichungen in diesem Kapitel durch den Verfasser.

Grenze gezwungen sind, sich auf ihren stärkeren Nachbarn, auf das Deutsche Reich zu stützen...

Die Aufgaben eines deutschen Reichskommissars in der Ukraine können von weltgeschichtlicher Tragweite sein. Gelingt es unter Einsetzung aller politischen, psychologischen und kulturellen Mittel einen freien ukrainischen Staat bis nach Saratow zu gründen, dann ist der jahrhundertelange Alpdruck, den das deutsche Volk durch das russische Imperium empfinden müßte, gebrochen, dann ist Deutschland durch keine überseeische Blockade gefährdet und die Nahrungsmittel- und Rohstoffversorgung für alle Zukunft gesichert."¹⁾

Genau so deutlich wurde derselbe Gedanke in der "allgemeinen Instruktion für alle Reichskommissare in den besetzten Ostgebieten" ausgedrückt:²⁾

"...Die Ukraine soll ein selbständiger Staat im Bündnis mit Deutschland werden und Kaukasien mit den anschließenden Nordgebieten ein Föderativstaat mit einem deutschen Bevollmächtigten...

Deshalb muß das Deutsche Reich sich davor hüten, einen Feldzug gegen Rußland mit einer historischen Ungerechtigkeit zu beginnen, d. h. ein russisches Großreich, gleich welcher Art, wieder zu errichten. Im Gegenteil, es sind alle geschichtlichen Kämpfe der verschiedenen Völker gegen Moskau und Petersburg auf ihre heutige Tragbarkeit zu prüfen. Dies ist seitens der nationalsozialistischen Bewegung geschehen, es entspricht dem im Werk des Führers niedergelegten politischen Testament, daß nunmehr die militärische und politische Bedrohung im Osten für immer abgewälzt wird...

Es geht bei dieser großen Ostarbeit also im wesentlichen darum, neue große Staatengebilde zu gründen von gemeinsam rund 70 Millionen Einwohnern und ein anderes Staatengebilde (Rußland) auf seinen ureigenen Lebensraum zurückzuführen.

Diese Aufgabe ist riesengroß, sie erfordert von jedem einen vollen Einsatz, eine vorbildliche menschliche und politische Haltung, ein genaues Überlegen aller wirtschaftlichen und sozialen Möglichkeiten, eine kluge Koordination zwischen allgemeinen Forderungen und politischer Zielsetzung, kurz, sie bedeutet eine Aufgabe, wie sie für die nationalsozialistische Revolution und das Großdeutsche Reich

1) IMT-1028-PS

2) IMT-1030-PS

wichtiger nicht gedacht werden kann..."

In der Rede, die Alfred Rosenberg am 20. 6. 1941 hielt, bekannte er sich von neuem zu dem Ziel der Aufgliederung der Sowjetunion auf die völkischen Bestandteile und zur staatlichen Selbständigkeit der Ukraine. Er führte aus:¹⁾

"... Die Aufgabe unserer Politik scheint mir deshalb in der Richtung zu liegen, die Freiheitsbestrebungen aller dieser Völker in einer klugen und zielsicheren Form wieder aufzugreifen und sie in ganz bestimmte staatliche Form zu bringen, d.h. aus dem Riesenterritorium der Sowjetunion Staatsgebilde organisch herauszuschneiden und gegen Moskau aufzubauen, um das Deutsche Reich für kommende Jahrhunderte von dem östlichen Alpdruck zu befreien..."

Hier ergibt sich für Deutschland als Ziel die Freiheit des ukrainischen Volkes. Sie ist durchaus als politischer Programmpunkt aufzunehmen. In welcher Form und in welchem Umfang dann später ein ukrainischer Staat entstehen kann, darüber zu sprechen, hat jetzt noch keinen Sinn. Aber alle Menschen, die substantiell an den Problemen des Ostens arbeiten, müssen versuchen, sich darauf einzustellen und hier diesem Problem gegenüber eine freundschaftlichere Gesinnung an den Tag zu legen, als es vielleicht im Baltenland nötig sein wird..."

Es handelt sich praktisch um die Gründung von drei riesigen Staatengebilden, jedes nach anderem Gesetz: Das Baltenland (zunächst) in Protektoratsform, die Ukraine als Nationalstaat und Kaukasien als Föderativstaat. Für jedes Gebiet ist eine ganz verschiedene psychologische Behandlung der Völkerschaften notwendig. Rußland wird durch diese drei Staatenblöcke abgeschirmt gegen den Westen, aber nach Osten frei für seine eigene Volksentwicklung ohne jeden Zwang zur Europäisierung."

1) IMT-1058-PS

b) Der kaukasische Föderativstaat im Bündnis mit
Deutschland und der Ukraine

Während sich Rosenberg die Ukraine als einen Nationalstaat dachte, stellte er sich den Kaukasus als föderativen Staat in enger Zusammenarbeit mit Deutschland und der Ukraine vor. Ukraine und Kaukasus sollten eine Verlängerung des deutschen Schutzgürtels um Rußland bilden.

In seiner Juni-Rede führte Alfred Rosenberg auch seine Auffassung über den Kaukasus aus:¹⁾

"Als drittes Kommissariat kommt Kaukasien hinzu. Es beherbergt Dutzende von Völkerschaften und Volkssplittern, und das Entscheidende ist, daß kein einziges Staatsvolk vorherrscht.

Die Zahl der Mitglieder der verschiedenen Völkerschaften beträgt von 1 1/2 Millionen bis zu 3 Millionen und bis herunter zu 20.000. Es leben dort Georgier, Armenier, Tataren, Tscherkessen, Tschetschenzen, Abchasier, Karatschaer und wie sie alle heißen mögen. Wenn man dieses Völkergemisch allein lassen würde, würden sie sich gegenseitig die Hälse abschneiden. Das ist schon 1918/20 der Fall gewesen, als der Kaukasus von verschiedenen Mächten abwechselnd besetzt wurde. Das Ziel wird hier nicht sein, einen kaukasischen Nationalstaat zu gründen, sondern man wird eine föderative Lösung finden, die mit deutscher Hilfe so weit kommen kann, daß diese Menschen Deutschland vielleicht bitten werden, ihre kulturelle und nationale Existenz zu sichern. Deutschland braucht dabei nicht so vorzugehen, wie einst die Russen, die ihre Beamten hinschickten, sondern auch diesen Völkern kann eine selbständige Lebensgrundlage gegeben werden, die eine dauernde Befriedung sichern kann. Hier muß dann der Weg über Kaukasien und die Ukraine zum Deutschen Reich eine Verkehrsverbindung in einem Kranz von Schwarzmeerstaaten schaffen. Wenn man sentimental sein will, kann man auch sagen: einmal schien es das Schicksal dieses Raumes zu sein, ein gotisches Reich zu werden. Im 4. Jahrhundert ist dieser Traum der Goten durch die Hunnen zerschlagen worden. Man hat mir einst in der Krim jene Felsenester gezeigt, in denen die Goten sich bis zum 16. Jahrhundert gehalten haben sollen. Es erscheint jedenfalls eine politische Möglichkeit, in moderner Form einen alten Zug nach dem Osten wie-

1) IMT-1058-PS

aufzunehmen und diese alte Verbindung zwischen Zentraleuropa und dem voreuropäischen Gebiet wieder herzustellen."

c) Rückentwicklung Estlands, Lettlands und Litauens zu einem deutschen Kerngebiet

Eine ganz andere Zielsetzung als für die Ukraine und den Kaukasus stellte sich Alfred Rosenberg für die drei baltischen Staaten. Bei ihnen war eine der Ukraine entgegengesetzte Entwicklung geplant: Während sich die Ukraine aus einem deutschen Hoheits - Gebiet während des Krieges langsam in einen ukrainischen souveränen Staat fortentwickeln sollte, war für die baltischen Staaten eine Rückentwicklung aus einem Protektorat während des Krieges in ein deutsches Siedlungsgebiet vorgesehen.

In seinem ersten Memorandum vom 2. 4. 1941 schreibt Alfred Rosenberg:¹⁾

"Bei diesen Gebieten erhebt sich die Frage, ob ihnen die besondere Aufgabe zugewiesen werden sollte, deutsches Siedlungsgebiet der Zukunft unter Assimilierung der rassisch Geeignetsten zu werden.

Wird dieses Ziel gesetzt, bedürfen die Gebiete auch einer ganz besonderen Behandlung im Rahmen der Gesamtaufgabe.

Es müßte für eine notwendige Abschiebung größerer Intelligenzschichten - insbesondere lettischer - ins russische Kernland Sorge getragen werden. Die Ansiedlung einer mengenmäßig bedeutenden deutschen Landbevölkerung müßte in Angriff genommen werden, evtl. könnte ein großes Kontingent dafür geeigneter deutscher Siedler aus den Wolgadeutschen - nach Ausscheidung der unerwünschten Elemente - entnommen werden. . . , um im Laufe einer oder zweier Generationen dieses Gebiet als neues eingedeutschtes Land dem deutschen Kerngebiet anschließen zu können.

Auch wäre die Aussiedlung rassisch minderwertiger, größerer Bevölkerungsgruppen aus Litauen wohl in diesem Fall nicht zu vermeiden."

Diesen Gedanken wiederholte Rosenberg auch in seiner Instruktion für einen Reichskommissar im Ostland:²⁾

1) IMT-1017-PS

2) IMT-1029-PS

"Die ganzen Gebiete zwischen Narwa und Tilsit haben ständig eine enge Beziehung zum deutschen Volk gehabt. Eine 700jährige Geschichte hat die dort lebenden Völker zum größten Teil innerlich nach Europa ausgerichtet und trotz aller russischen Bedrohungen dieses Gebiet dem großgermanischen Lebensraum eingefügt.

Ziel eines Reichskommissars für Estland, Lettland, Litauen und Weißruthenien, muß es sein, die Form eines deutschen Protektorats zu erstreben und dann durch Eindeutschung rassisch möglicher Elemente, durch Kolonisierung germanischer Völker und durch Aussiedlung nicht erwünschter Elemente dieses Gebiet zu einem Teil des Großdeutschen Reiches umzuwandeln. Das baltische Meer muß ein germanischer Binnensee werden unter großdeutscher Obhut."

d) Weißruthenien und das Don-Gebiet

Die meisten Schwankungen zeigte Alfred Rosenberg bei den Planungen zur Lösung des weißruthenischen und Don-Gebiet-Problems. Einmal wollte er dieses Gebiet in staatlicher Hinsicht selbständig machen, dann wiederum zweifelte er an der nationalen und politischen Reife seiner Bevölkerung und plante, sie dem ukrainischen bzw. dem baltischen Raum zuzuteilen, bzw. aus Weißruthenien eine deutsche Kolonie zu machen. Am 2. 4. 1941 schrieb er:¹⁾

"Weiß-Rußland umfaßt einen kulturell wie auch wirtschaftlich sehr zurückgebliebenen Teil der UdSSR. Es enthält zugleich das zweitgrößte Judenreservoir der UdSSR mit völlig verjudeten Städten, wie Bjalystok, Minsk, Polozk, Witebsk u. a. m.

Die Erweckung eines Eigenlebens wie auch die Errichtung eines lebensfähigen staatlichen Gebildes kann als ein außerordentlich langwieriges und auch schwieriges Unterfangen gelten. Weißrußland ist kulturell viel rückständiger als z. B. Litauen und vom Judentum ausgebeuteter als Polen. Trotzdem wäre im Hinblick auf die notwendige Schwächung des russischen Kernlandes ein solcher Versuch zu befürworten.

Die UdSSR hat Weißrußland auf das Gebiet von der polnischen Nord-West-Grenze bis ungefähr zur Pronja beschränkt. Aber die eigentliche

1) IMT-1017-PS

Hauptstadt des ganzen Gebietes wäre Smolensk. Der halbe Verwaltungsbezirk gleichen Namens wie auch ein Teil des Verwaltungsbezirkes Kalinin (früher Twer) könnte bevölkerungsmäßig hinzuge-rechnet oder verwaltungsmäßig hinzugeschlagen werden. Dadurch würde die Grenze Weißrußlands bis auf ungefähr 250 km an Moskau herangerückt werden.

Falls die Errichtung eines politischen Eigenlebens für wünschenswert angesehen wird, wäre eine Zerstückelung dieses Gebietes, evtl. zugunsten des Generalgouvernement Polen, nicht zu empfehlen."

Aber schon fünf Tage später schlug Rosenberg in seiner Denkschrift Nr. 2 vor, Weißruthenien an die baltischen Staaten anzuschließen und für alle vier Gebiete einen einzigen Reichskommissar zu ernennen.¹⁾

In der "Instruktion für einen Reichskommissar im Ostland" ist diese Auffassung noch verschärft ausgedrückt:²⁾

"... Weißruthenien hatte eine Zeit lang eine starke Separationsbewegung, doch ist anzunehmen, daß es dem Bolschewismus gelungen ist, diese zu unterdrücken. In jedem Falle wird Weißruthenien zunächst die harte Aufgabe, einen Teil jener Elemente aufzunehmen, die aus Estland, Lettland, Litauen und aus dem polnischen Teil des Warthelandes ausgewiesen werden. Es erscheint zweckmäßig, die Polen nicht im Generalgouvernement, sondern im Osten Weißrutheniens (Smolensker Bezirk) unterzubringen und dort eine Zwischenschicht gegenüber dem Russentum zu bilden. Im übrigen hätte der General-Kommissar in Weißruthenien die Aufgabe, dieses wirtschaftlich nicht als Überschußgebiet zu betrachtende Land durch stärksten Arbeitseinsatz zu einer produktiven Leistung anzuspornen."

In der Rede Alfred Rosenbergs vom 20. Juni 1941 heißt es:³⁾

"... Weißruthenien hat zwar einen gänzlich anderen Charakter; aber aus diesen baltischen Ländern werden wahrscheinlich viele unsoziale Menschen angesiedelt werden müssen, und für diese unliebsamen Elemente, auch aus dem Generalgouvernement und dem Wartheland, ist Weißruthenien ein sehr geeignetes Auffanggebiet."

1) IMT-1019-PS

2) IMT-1029-PS

3) IMT-1058-PS

Ähnliche Vorstellungen wie von Weißruthenien hatte Rosenberg auch vom Don-Gebiet. Am 2. 4. 1941 schrieb er:¹⁾

"Es wird bewohnt von den Donkosaken. Sie sind national viel weniger eigenständig als die Ukrainer, kulturell moskowitzisch durchtränkt, politisch auch vorwiegend auf Moskau ausgerichtet, aber entwickelter als die Weißrussen. Die Aufgabe in diesem Gebiet wäre der in Weißrußland ähnlich.

Eine Ausdehnung dieses Gebietes nach Norden bis zum Verwaltungsbezirk Saratow, um den verwaltungsmäßigen Anschluß an das Gebiet der Wolgadeutschen herzustellen, wäre gleichfalls wünschenswert."

Dann erwähnte Rosenberg das Dongebiet nicht mehr. Nach den persönlichen Aussagen von Dr. Leibbrandt sollte es in den ukrainischen Staat unter Sicherung seiner kulturellen Autonomie eingegliedert werden, um die unmittelbare Verbindung zwischen Ukraine und Kaukasus herzustellen.

b) Turkestan

In der Überzeugung, daß der Krieg mit der Sowjetunion nur kurze Zeit in Anspruch nehmen werde²⁾ und daß dabei auf dem ganzen sowjetischen Staatsterritorium und darunter auch in den asiatischen Gebieten chaotische Zustände herrschen würden, entwarf Rosenberg einen Plan zur Neuordnung für das sogenannte "Russisch-Mittelasien" bzw. Turkestan. Er war überzeugt, daß auch dieses Gebiet sich in einen nationalen Staat organisieren und ähnlich wie die Ukraine in einer Fortentwicklung vom Reichskommissariat zur Eigenstaatlichkeit gestalten lassen würde. Diesbezügliche Auffassungen Rosenbergs lauten:³⁾

"Es ist anzunehmen, daß nach dem militärischen Zusammenbruch der Sowjets in Europa es mit sehr geringen Kräften gelingen könnte, auch die Moskauer Zwingherrschaft in Zentralasien zu beseitigen. Auch dieses Gebiet wird von sehr verschiedenartigen, vorwiegend turanisch-mongoloiden Völkerschaften bewohnt, die dem Mohammedanismus anhängen. Sie befinden sich in einem langjährigen national-konfessionellen Gegensatz zu den Sowjets und zugleich auch gegen das Russentum, ohne fürs erste in der Lage zu sein, mit eigenen Kräften die russische Herrschaft brechen zu können. Mit deutscher Hilfe und

1) IMT-1017-PS

2) Siehe erster Band, S. 11

3) IMT-1017-PS, S. 552

der in den Sowjets entstehenden Kopflösigkeit dürfte die Durchführung aber als nicht zu schwierig anzusehen sein."

Diese Äußerung vom 2. 4. 1941 ist die einzige, die wir zur Frage Turkestan in den Monaten der Vorbereitung auf den Ostkrieg in den Akten Rosenbergs finden. Die weitere Bearbeitung der turkestanischen Frage ließ er fallen, nachdem er von Hitler die Anweisung erhalten hatte, sich nur auf das europäische Gebiet der Sowjetunion zu konzentrieren.¹⁾

f) Großrußland

Die Konzeption Alfred Rosenbergs, die Sowjetunion in ihre nationalen Bestandteile aufzugliedern, beinhaltete naturgemäß auch die Bildung eines russischen nationalen Staates auf dem rein russischen und sibirischen Territorium. Alfred Rosenberg war überzeugt, dabei einer historischen Gerechtigkeit Rechnung zu tragen, indem er für die Befreiung der von den Russen unterjochten Völker eintrat.

Es ist dabei wichtig, die Evolution der Rosenbergschen Ansichten hinsichtlich der russischen Frage zu verfolgen. Während er sich noch am 2. 4. 1941 mit dem Gedanken trug, Rußland zu vernichten (ohne die Einrichtung eines zusammenfassenden neuen Staatsapparates zu fördern), und zwar durch eine sehr weitgehende Wirtschaftsausnutzung, wie Entfernung aller irgendwie entbehrlichen Vorräte, maschineller Anlagen, insbesondere des vorhandenen Transportmaterials, der Flußkähne usw., durch Zuteilung größerer Gebietsteile des russischen Kernlandes an neuzubildende Staaten, wie insbesondere an Weißruthenien und die Ukraine, hatte er diese Auffassung bis zum 20. 6. 1941 weitgehend geändert.

Rosenberg gelangte zu der Überzeugung, daß auch dem russischen Volk seine staatliche Eigenständigkeit gesichert werden müsse. Er vertrat die Ansicht, daß die Abtrennung der Ukraine, des Kaukasus, Weißrutheniens und des Baltikums die Lebensfähigkeit des russischen Staates nicht beeinträchtigen würde, weil dieser mit seinen sibirischen Gebieten auch dann noch einer der größten und reichsten Staaten der Welt bleiben würde.²⁾

- - - - -

Von den sieben erwähnten Reichskommissariaten gelangten nur vier in die engere Bearbeitung des Stabes A. Rosenbergs: Ostland mit Weißruthenien, Ukraine mit dem Don-Gebiet, Kaukasus und Rußland. Erst später kam zu diesen vier

1) Bräutigam: Überblick über die besetzten Ostgebiete während des 2. Weltkrieges. S. 5

2) I. Band, S. 8

Komplexen noch der Vorschlag Rosenbergs, durch den Anschluß Sowjet-Kareliens

g) Großfinnland

zu schaffen. Darüber äußerte sich Alfred Rosenberg das erstmal in seiner Juni-Rede:¹⁾

"Finnland wurde 1918 von deutschen Soldaten befreit und gibt als einziges Land ein Beispiel, daß es eine solche Tat nicht ganz vergessen hat. Wir müssen ehrlicherweise zugeben, daß die Finnen versucht haben, diese Dankbarkeit im Laufe des 14-jährigen Kampfes bis 1933 zum Ausdruck zu bringen... Die geschichtliche Belehrung hat Finnland im Kampfe gegen Rußland erlebt, und zwar in einer Weise, daß Finnland sich ein für alle Male besonnen hat, daß es allein die deutsche Richtung nehmen kann. Dabei bin ich der Überzeugung, daß der finnische Charakter, der sich bei allen finnischen Soldaten bewährt hat, vielleicht doch zuverlässiger ist als manche Bundesgenossen Deutschlands in der Vergangenheit."

h) Die Krim als deutsches Siedlungsgebiet

Außer den baltischen Ländern sah Alfred Rosenberg nur noch die Krim als Gebiet für eine deutsche kolonialisatorische Betätigung vor. Dabei wollte er vor dem ukrainischen Volke die Wegnahme der Krim damit rechtfertigen, daß er sie als Belohnung für die Befreiung des ukrainischen Volkes von der russischen Herrschaft und als Entschädigung für das deutsche Eigentum, das durch die bolschewistischen Verstaatlichungsmaßnahmen verloren gegangen war, hinstellte. Seine Beweisführung entnehmen wir der "Instruktion für einen Reichskommissar in der Ukraine":²⁾

"... Die Krim ist von Ukrainern nur gering besiedelt, sondern von Russen, Deutschen, Juden, Turko-Tataren, Griechen usw. bewohnt. Große Gebiete der Krim gehörten schon vor dem Kriege den deutschen Kolonisten (Kreis Simferopol zu 38 Prozent). Die Krim und ihr Vorgebände sind ein strategischer Schlüsselpunkt für die Beherrschung des ganzen Schwarzen Meeres und Sicherung der Ukraine durch Deutsch-

1) IMT-1058-PS

2) IMT-1028-PS

land. Der Grundbesitz der deutschen Kolonisten im Schwarzmeergebiet war größer als Württemberg, Baden und das Elsaß zusammengenommen. Die Krim nebst Vorgelände als eine Entschädigung für das Verlorene ist somit durchaus gerechtfertigt. Wenn ferner das die Ukraine rettende Deutsche Reich das Hoheitsgebiet der Ukraine über den Siedlungsraum hinaus bis an die Wolga (aus grenzstrategischen Gründen) auszudehnen bereit ist, so ist die Forderung nach Taurien auch hier gerechtfertigt. Die Flugplätze auf der Krim wiederum sichern auch zugleich die Grenze im Norden der Ukraine. Der Reichskommissar hat die Aufgabe, sich dieses Problems in seiner Arbeit genau anzunehmen, auf die positive Lösung hinzuwirken und durch Verwaltungsmaßnahmen in die Wege zu leiten. Unter Umständen wäre eine größere Landkompensation auf ukrainischem Boden selbst für die Ukrainer ein größeres Übel als die Abtretung der Krim, in der letzte Goten sich noch bis ins 16. Jahrhundert erhalten hatten."

An dieser Begründung ist interessant, daß Alfred Rosenberg damit von dem Gedanken einer ausgedehnten Kolonisierung der Ukraine, die in der deutschen Öffentlichkeit so stark verbreitet wurde, ausdrücklich Abstand nahm.

6. GESCHICHTLICHE UND POLITISCHE BEGRÜNDUNG

Zur Begründung seiner Pläne bediente sich Alfred Rosenberg zweier Argumente:

1. Die Aufteilung des russischen Imperiums befreit Deutschland von der Gefahr aus dem Osten.
2. Durch die Befreiung der nichtrussischen Völker erfüllt Deutschland eine historische und politische Mission.

Diese Argumente wiederholen sich in allen Schriftstücken zwischen dem 2. 4. und 20. 6. 1941.

a) Rußland als Bedrohung für Deutschland, Türkei und den mittleren Osten

In den "allgemeinen Instruktionen für alle Reichskommissare in den besetzten Ostgebieten" urteilt Alfred Rosenberg über die Bedrohung durch Rußland:¹⁾

"Eine möglicherweise deutschfeindliche aktive Haltung der Sowjetunion beschwört ein historisches Problem Europas herauf: das künftige Verhältnis Deutschlands zu Rußland. Unmittelbar an Deutschlands Grenze lag ein sich namentlich im 19. Jahrhundert immer mächtiger ausdehnender Staat, der das Deutsche Reich praktisch seiner souveränen Bewegungsfreiheit beraubte. Selber fast unangreifbar, konnte Rußland seine Bündnispolitik nach seinem Willen ausrichten, während Deutschland stets befürchten mußte, je nach russischer Willkür, in einen Zwei- oder Dreifrontenkampf hineinzugeraten. Ein neuer opferreicher Kampf findet das Deutsche Reich mit freiem Rücken auf dem Festland Europas, mit einer nie dagewesenen Ausrüstung und mit fester politischer Willenshaltung. Politisches Ziel einer kriegerischen Auseinandersetzung kann nur sein, das Deutsche Reich für Jahrhunderte von dem großrussischen Druck zu befreien. Dies entspricht nicht nur deutschem Interesse, sondern auch einer historischen Gerechtigkeit, denn der russische Imperialismus konnte seine Eroberungs- und Unterdrückungspolitik nahezu ungehindert durchführen, während er selbst Deutschland immer wieder bedrohte....

Deshalb muß dieser Riesenraum seinen geschichtlichen und volklichen Gegebenheiten entsprechend in Reichskommissariate aufgliedert werden, deren jedes für sich eine andere politische Zielsetzung in sich trägt."

Dieses Thema behandelte Alfred Rosenberg noch ausführlicher am 20. 6. 1941 in seiner Rede vor den engsten Beteiligten am Ostproblem:²⁾

"Es stehen sich hier (in Deutschland) zweifellos zwei Konzeptionen des Ostens gegenüber: eine herkömmliche, und eine, die wir, glaube ich, vertreten müssen; und je nach dem Entschluß, in Bejahung oder Verneinung einer solchen Konzeption, wird sich die Entwicklung in den kommenden Jahrhunderten abspielen. Die eine Auffassung erklärt, Deutschland sei nunmehr in den Endkampf mit dem Bolschewismus

1) IMT-1030-PS

2) IMT-1058-PS

eingetreten; dieser Endkampf sei militärisch und politisch durchzusetzen; nachher käme ein Neuaufbau der gesamten russischen Wirtschaft und ein Bündnis mit einem neuerstehenden nationalen Rußland. Dieses Bündnis bedeute dann für alle Zukunft einen europäischen Kontinentalblock und sei unangreifbar. Es würde sich eine sehr schöne Ergänzung dahin ergeben, daß Rußland ein Agrarstaat und Deutschland ein Industriestaat sei, um der kapitalistischen Welt erfolgreich gegenüberzustehen. Das ist in vielen Kreisen bis heute die Anschauung gewesen. Ich glaube, ich habe seit 20 Jahren keinen Hehl daraus gemacht, daß ich ein Gegner dieser Ideologie bin.

Wenn die deutsche Wehrmacht den Bolschewismus niederringt und wir an den Aufbau eines nationalen Rußland gehen würden, dann würde sich folgende Entwicklung ergeben: der Aufbau dieses Riesengebietes durch deutsche Techniker und Landwirte bedeutet den Abzug bester deutscher Kräfte - nicht für einen deutschen, sondern für einen russischen Aufbau. Nun ist die Gefahr der Verlockung des Ostens für alle jene klar, die einmal in diesem Osten gewesen sind. Die Menschen aus den großen Industriestädten, die einmal diesen weiten Osten gesehen haben, unterliegen der Versuchung, hier in diesem großen Lande Reichtum zu gewinnen und ihr kleineres bürgerliches Dasein zu vergessen. Und selbst im Zeitalter des Nationalismus besteht die Gefahr, daß diese Menschen, die Deutschland abgibt, nicht nur politisch, sondern auch blutmäßig verloren gehen, d. h. diese Menschen würden in kommenden Generationen die Führerschaft des russischen Reiches bilden. Das würde eine neue Germanisierung der russischen Führerschaft nach sich ziehen, die sich bald nicht mehr mit einer untergeordneten Rolle begnügen, sondern wieder die imperialistischen Forderungen des alten Russenreiches erheben würde nach dem baltischen Meer, den Dardanellen, dem Persischen Meerbusen usw. Und das würde bedeuten, wenn diese Ansprüche verwirklicht werden sollten, daß der Konflikt nach 50 Jahren wieder vor uns steht, daß wir dann mit einem Riesenblock von 200 Millionen Menschen zu rechnen haben, daß die neue Führerschaft inzwischen die industriellen Anlagen des heutigen Rußland verdoppelt, verdreifacht, ja verzehnfacht und den Ausbau der ungeheuren Reserven in Sibirien vornehmen wird. Damit würde ein neuer Kampf um die Hegemonie Europas entbrennen, und wir selbst würden die Urheber dieser Entwicklung sein. Es wäre die Wiederholung dessen, was wir in der russischen Geschichte die Petersburger Epoche nennen könnten.

Wir führen nun aber heute nicht einen "Kreuzzug" gegen den Bolschewismus, allein um die "armen Russen" vor diesem Bolschewismus für alle Zeiten zu erretten, sondern um deutsche Weltpolitik zu treiben und das Deutsche Reich zu sichern. Wir wollen nicht nur das zeitweilige bolschewistische Problem lösen, sondern auch die Probleme, die über diese Zeiterscheinung hinausreichen, als eine Ursubstanz europäischer Geschichtsmächte. Demgemäß haben wir heute systematisch unsere zukünftige Haltung einzurichten. Ein Krieg mit dem Ziel, ein ungeteiltes Rußland zu errichten, scheidet deshalb aus. Stalin mit einem neuen Zaren zu vertauschen oder gar einen nationalistischen Führer einzusetzen in diesem Gebiet, das würde alle Energien erst recht einmal gegen uns mobilisieren. Anstelle dieser, bisher allerdings geläufigen Ideologie des einheitlichen Rußland tritt nunmehr eine gänzlich andere Konzeption der östlichen Frage...."

b) Rußland - ein Vielvölkerstaat

Im weiteren empfahl Rosenberg, Rußland mit denselben Methoden zu bekämpfen, die sich im Krieg gegen die anderen Nationalitätenstaaten erfolgreich erwiesen hatten (Österreich-Ungarn und Türkei), nämlich mit den Parolen der Befreiung der unterdrückten Völker:¹⁾

"Rußland war nie ein Nationalstaat, sondern ist immer ein Nationalitätenstaat gewesen. Die großrussische Geschichtsschreibung hat es in diesen 150 Jahren mit Geschick verstanden, den Westeuropäern das Bild zu zeichnen, als ob Rußland nur von Russen bewohnt, von Russen beherrscht würde und daß es im Grunde ein ähnliches Staatengelbilde sei wie Deutschland, England oder Frankreich. Man hat dann diese Lehre vom einheitlichen Rußland auf allen deutschen Schulen und Universitäten aufgenommen und dementsprechend gelehrt; ich habe kürzlich noch erleben können, wie von den besonders "sachverständigen" Professoren andere Anschauungen zu Boden kritisiert und als wissenschaftlich unhaltbar hingestellt wurden. Was man gerade noch zugab, daß es in diesem Riesenreich Dutzende von Einsprengseln und Stämmen gab. Man versuchte, das Nationalitätenproblem zu bagatellisieren, indem man hundert Splitter zugab, aber keine wirklichen Volkstümer. Nun sind diese russischen Eroberungen

1) IMT-I058-PS

durch Riesenräume vom Westen getrennt vor sich gegangen, keine Macht Europas hatte die Kraft, Rußland an diesen Eroberungen zu hindern. Und doch haben die entscheidenden Eroberungen erst im 19. Jahrhundert stattgefunden: Finnland, der Kaukasus, Turkestan und am Ende des 19. Jahrhunderts der Ferne Osten. Das alles zusammen hat dem Zarenhof naturgemäß einen Glanz gegeben, wie ihn wenige Höfe Europas besaßen, denn er hatte ein Sechstel der Erde zu regieren. Durch diesen Glanz wurde die Intelligenz der verschiedenen unterjochten Völker so weit bestochen, daß sie an den Zarenhof kamen, verführt durch Reichtum und schöne Uniformen. Die russische Politik ist darauf ausgegangen, alle diese Intelligenzen auszusaugen und die Beamten dann entscheidend zu versetzen; Ukrainer ins Baltikum, Kaukasier nach Sibirien usw. So wurde dann der Gedanke eines "Dritten Rom" in Rußland imperial begründet und vertreten."

c) Der jahrhundertelange Kampf zwischen Russentum und Ukrainertum.

Alfred Rosenberg stellte einen Jahrhunderte andauernden Kampf zwischen dem herrschenden russischen Volk und den nichtrussischen Völkern, insbesondere den Ukrainern, fest und sah in der Befreiung der letzteren eine politische Mission Deutschlands. Er führte aus:¹⁾

".... Und doch sind alle diese Völker dem Russen fremd geblieben. Das zeigte sich 1917. In dem Augenblick als die Abtrennung möglich war, haben sich die Finnen, Esten, Letten und Litauer vom russischen Staat losgelöst und selbst Staaten gebildet. Hier hat sich die Einsicht von Mommsen bewahrheitet, der sagte: Das Russische Reich ist ein Kehrriichtfaß, das nur durch den rostigen Reif dieses Zarentums noch zusammengehalten wird. Zum Erstaunen aller meldeten sich dann auch wenige Tage nach der Revolution 30 000 Ukrainer vor dem Petersburger historischen Museum, verlangten ihre Hetman-Insignien und zogen mit ihnen im Triumph nach Kiew. 1918 wurde den deutschen Armeeführern der Vorschlag gemacht, doch die Armeen nicht nach Deutschland zurückzuführen, sondern die deutschen Soldaten ukrainische Staatsbürger werden zu lassen, um gemeinsam gegen Moskau den ukrainischen Staat zu verteidigen. Ein solcher Vorschlag

1) IMT-1058-PS

war naturgemäß in der damaligen Lage nicht annehmbar. Es begann nun die Zeit der großen Aufstände. Unter Petljura hatten sich 200000 Mann zum Kampf gegen Moskau zusammengefunden. .. Zu gleicher Zeit bildete sich im Kaukasus die freie georgische Republik und auch die Turkestaner haben damals ihre Freiheit proklamiert. Der Moskauer Zentralismus zerschlug alle diese Selbständigkeitsbestrebungen mit Ausnahme der westlichen Staaten. . . "

7. DER PLAN ROSENBERGS FÜR DIE ÜBERGANGSZEIT .

Der geschilderte Rosenbergsche Plan hatte theoretisch-prinzipiellen Charakter und wurde als das von Deutschland anzustrebende ideale Ziel ausgearbeitet. Als praktischer Politiker hatte Rosenberg noch die Antwort auf die Frage zu geben, wie dieses ideale Ziel zu erreichen sei. Dabei standen ihm zwei Wege offen.

1. Entweder konnte er die Methode anwenden, die im Falle Kroatien und Slowakei ausgeübt worden war, d. h. er konnte schon am Anfang des Krieges ukrainische, russische, kaukasische usw. Regierungen bilden und ihnen die Souveränität über die betreffenden Gebiete übertragen, oder
2. zwischen Kriegsbeginn und der Verwirklichung des idealen Zieles ein Übergangsstadium einschalten, in dem Deutschland selbst die Souveränitätsrechte ausüben hätte.

Der erste Weg bot die Chance, die nicht-russischen Völker für Deutschland zu gewinnen und in die allgemeine Front gegen Rußland einzureihen. Die zweite Methode dagegen gab der deutschen Regierung mehr Bewegungsfreiheit, nach dem gewonnenen Kriege den Plan der osteuropäischen Neuordnung so durchzuführen, wie sie es unter gegebenen Umständen für richtig halten würde.

Alfred Rosenberg entschloß sich für den zweiten Weg, weil er, wie schon ausgeführt, ¹⁾ Deutschland für stark genug hielt, den Krieg allein ohne Hilfe der Völker der UdSSR zu gewinnen, und zwar in einigen Wochen.

In Übereinstimmung mit seiner Entscheidung für den zweiten Weg sah Rosenberg in seinem Plan die Einsetzung einer deutschen Verwaltung in den besetzten

1) Siehe I. Band, Seite 11.

Ostgebieten vor, die ihre Aufgaben bis zur Verwirklichung des idealen Zieles nach dem Kriege ausüben sollte. Sie sollte in der Übergangszeit ihre Aufgaben so handhaben, daß das ideale Ziel dadurch nicht beeinträchtigt sondern gefördert würde. Insbesondere war vorgesehen:

a) Belebung des ukrainischen Geschichtsbewußtseins

Die staatliche Neugliederung des Ostens auf nationaler Grundlage konnte erst verwirklicht werden, wenn die in Betracht kommenden Völker auch tatsächlich ausreichende nationale und politische Reife zeigten. Alfred Rosenberg beschloß angesichts der bolschewistischen Zerstörungen an der nationalen Substanz der nicht-russischen Völker in der Übergangszeit eine Politik zu treiben, die das nationale Bewußtsein der einzelnen Völker der Sowjetunion wieder beleben sollte. Dies betraf vor allem das ukrainische Volk als den wichtigsten Faktor in der Konzeption Alfred Rosenbergs. Im Hinblick auf sein Fernziel des freien ukrainischen Staates, sagte Alfred Rosenberg:¹⁾

"Aus dieser Zielsetzung müssen möglichst bald alle Fragen in Angriff genommen werden, die eine psychologische Wirkung auszustrahlen im Stande sind, d. h. es müssen ukrainische Schriftsteller, Gelehrte und Politiker für die Belebung des ukrainischen Geschichtsbewußtseins angesetzt werden, um zu überwinden, was der bolschewistisch-jüdische Druck in diesen Jahren an ukrainischem Volkstum vernichtet hat (unmittelbare Emigration, Hinrichtungen, Aushungerung, Verschleppung nach Sibirien usw.). . . .

Auch den Kult mit den ukrainischen Landesführern, dem Hetman Chmelnitzki, Sagaidatschny, Mazeppa, wird man zu unterstützen vermögen. All dies werden Mittel sein, um die ukrainische Volksseele in jene Form zu bringen, daß sie wieder zu schlagen beginnt. Wenn man darin eine Gefahr für die Zukunft erblicken will, die vielleicht kommen könnte, darf man nicht übersehen, daß der Moskowiterstaat naturgemäß kein Freund, sondern ein Todfeind Deutschlands und damit auch des ukrainischen Staates sein muß. Die Ukraine wird also stets auf den Schutz einer anderen Großmacht angewiesen sein, und dies kann selbstverständlich nur Deutschland sein. . . .

Hand in Hand mit dieser Aufklärung hat die Gesetzgebung einzusetzen, um zunächst die politische Macht des Deutschen Reiches mit allen

1) IMT-1058-PS

Mitteln zu sichern, dann aber nach und nach die Ukrainer selbst zur Mitarbeit an kommunalen, wissenschaftlichen und kulturellen Einrichtungen heranzuziehen. In Angriff zu nehmen ist die Gründung einer großen Universität in Kiew und entsprechend andere Universitäten, technische Gewerbeschulen im übrigen Land. Die deutsche Akademie wird beauftragt werden, Lektoren für die deutsche Sprache in die größeren Städte der Ukraine zu entsenden. Die ukrainische erzählende und politische Literatur muß mit allen Mitteln gefördert werden. Zugleich die Darstellung deutscher Geschichte und des nationalsozialistischen Reiches in ukrainischer Sprache. Obgleich die russische Sprache noch längere Zeit nicht ganz zu vermeiden sein wird, muß das Bestreben dahin gehen, das Russische allmählich auszuschalten, als eine Fremdsprache hinzustellen und die deutsche in den strebsamen Schichten einzuführen.

Um die Ukrainer mit deutscher Wissenschaft und Kunst bekanntzumachen, können entsprechende Konzerte und Theateraufführungen in den wichtigsten Städten dem ukrainischen Volksbewußtsein zugeführt werden. . . .

Nicht vordringlich, aber doch vorzubereiten ist eine kommunale Gesetzgebung, die den Erfordernissen der neuen Zeit Rechnung trägt, aber doch ukrainische geschichtliche Gewohnheiten, Ausdrücke u. a. m. berücksichtigt. Man kann bei einem deutschen Vorgehen von heute darauf hinweisen, daß in früherer Zeit einst das Magedburger Recht entscheidend und prägend für das Entstehen des ukrainischen Stadtrechtes gewesen ist. . . ."

b) Zulassung politischer Betätigung

Als zweite Maßnahme für die Übergangszeit empfahl Alfred Rosenberg, dem ukrainischen Volk eine begrenzte politische Tätigkeit zu erlauben. Die wahre Bedeutung dieser Entscheidung kann man daraus ersehen, daß sie ausnahmsweise nur für das ukrainische Volk vorgesehen war, während die anderen Völker, wie etwa die baltischen, von ihr ausgeschlossen werden sollten. Am Tage des Kriegsausbruches sagte Alfred Rosenberg zu den Männern, die für die wichtigen Posten im Osten vorgesehen waren:¹⁾

"1918 entstand zur Wahrung der ukrainischen Selbständigkeit die

1) IMT-1058-PS

sogenannte Bewegung der "Freien Ukrainischen Kosakensschaft". Ob Name und Tradition heute noch etwas bedeuten, mag dahingestellt bleiben, aber sie könnten doch als Anknüpfungspunkt dienen für eine später zu erfolgende Gründung einer ukrainischen politischen Partei, die die Aufgaben haben soll, das Verbindungselement zwischem dem Reichskommissar, seinen späteren ukrainischen Beratern und der breiten Masse des ukrainischen Volkes herzustellen. Abzusehen ist bei dieser Gründung vollkommen von allen jenen Differenzierungen, die sich im Laufe des nationalsozialistischen Entwicklungsprozesses gezeigt haben; vor allen Dingen ist der Name "nationalsozialistisch" durchaus auszuschalten. Im Prinzip jedoch wird es das Bewußtsein und die Einsatzfreudigkeit der Ukrainer fördern, wenn durch die Hilfe bei der Gründung einer solchen Bewegung ihr Selbstständigkeitswille in Erscheinung treten könnte. . . .

Im Baltikum wird man zweifellos verhindern müssen, daß die Esten, Letten und Litauer eine politische Partei bilden, aber in der Ukraine wird man dies entsprechend einer anderen Zielsetzung je nach den Erfahrungen fördern können. . . .

Ebenso muß die verschiedene politische Gruppierung in den Reichskommissariaten abgestimmt werden. Während man im Baltenland keine politische Gruppe gestatten kann, wird man in der Ukraine später, wenn sich die Dinge irgendwie bewahrheiten, die wir erhoffen, eine politische Staatspartei fördern können. In Rußland wird man keine politische Partei dulden können, dagegen in Kaukasien mehrere allgemeine nationale Gruppierungen entstehen lassen. Jedes Problem wird in den verschiedenen Gebieten eine andere Schattierung erhalten, die jeweils durch das politische Endziel bedingt ist. Dazu ist das Zusammenwirken aller notwendig."

c) Liberale Kirchenpolitik

Obwohl Alfred Rosenberg in seinen Anschauungen an sich kirchenfeindlich war, vertrat er in der praktischen Politik die Auffassung, daß Reibungsflächen immer dort vermieden werden sollten, wo sie vermieden werden könnten. Aus dieser Überlegung heraus hat er sich wiederholt für die Kirchenfreiheit in den besetzten Gebieten ausgesprochen, in dem Sinne jedoch, daß die Kirche weder unterstützt noch verfolgt werden dürfe. In der "Instruktion für einen Reichskommissar in der Ukraine" und in der "Allgemeinen Instruktion

für alle Reichskommissare" wird dieser Grundsatz vertreten:¹⁾

"Auf kirchlichem Gebiet ist zu berücksichtigen, daß die Ukrainer zum Teil griechisch-orthodox und zu einem geringen Teil uniert-katholisch sind. Im Vatikan befindet sich eine große ukrainische Erziehungsanstalt mit dem Zweck, gegebenenfalls die Ukrainer in ihrer Heimat im römischen Sinn wirken zu lassen. Die orthodoxe Kirche wiederum war ein starkes Bindemittel des russischen Imperiums. Wie weit das Kirchtum ausgerottet ist, kann erst eine nähere Beobachtung entscheiden. An sich hat ein deutscher Reichskommissar weder die Aufgabe, das zurückgedrängte Kirchtum neu zu beleben, noch die Pflicht, in Fortführung der bisherigen bolschewistischen Haltung auf der Ausrottung zu verharren.

Die Möglichkeit konfessioneller Verbände ist gegeben, jedoch ohne staatliche Unterstützung. Das Kirchteneigentum ist Eigentum des Staates. Das Deutsche Reich tritt die Nachfolge der bisherigen ukrainischen Sowjetrepublik an und wird von sich aus zu entscheiden haben, ob und wann die Kirchtengebäude neuen konfessionellen Einrichtungen überlassen werden."

In der Instruktion für alle Reichskommissare der besetzten Ostgebiete heißt es dazu:²⁾

"Kirchtropolitisch kann durch Toleranzedikte eine Freiheit des rein religiösen Glaubens gewährleistet werden ohne jede staatliche Verpflichtung. Auch hier werden dann jedoch Maßnahmen zu treffen sein, die in jedem Reichskommissariat eine verschiedene Färbung erhalten."

d) Einheitliche Propaganda

Wie schon mehrere Male betont, vertrat Alfred Rosenberg die Auffassung, daß alle Maßnahmen im Osten an die von ihm entworfene politische Zielsetzung angepaßt werden müßten. Diesen Gedanken wollte er aus verständlichen Gründen besonders auch bei Propagandamaßnahmen verwirklicht sehen. In seiner Juni-Rede sagte er u. a. :³⁾

1) IMT-1028-PS

2) IMT-1030-PS

3) IMT-1058-PS

".... Es ist notwendig, daß Aufrufe, Flugblätter usw. entsprechend der politischen Zielsetzung zentral abgestimmt werden. Ich freue mich feststellen zu können, daß diese Dinge in bester, loyalster Form heute schon durchgeführt werden.... Der Wunsch, daß Aufrufe und Handlungen aller Stelle von vornherein auf die Zielsetzungen abgestimmt sein müssen, ist eine politische Notwendigkeit, damit das Deutsche Reich allen Fragen mit einer ähnlichen Grundhaltung gegenübertritt. Ich glaube, wenn alle Stellen diese politische Konzeption bejahen können, dann wird diese Grundhaltung auch alle übrigen Maßnahmen entscheidend bestimmen."

Zum Thema der generellen Richtlinien für die Propaganda während des Krieges äußerte sich Alfred Rosenberg:¹⁾

"Ganz generell wird man die Völker ansprechen können, daß man sie vom bolschewistischen Joch befreit hat, aber man wird verhindern, daß eine Verherrlichung des Zarentums eintritt. Man wird ihnen sagen, daß ihre Revolution gegen das Zarentum verständlich war, daß aber alle Versprechungen des Bolschewismus sich nicht verwirklicht haben, daß der Kapitalismus nirgends in der Welt gestürzt wurde, daß das Ausbeutertum nirgends, auch nicht in der Sowjetunion, sein Ende gefunden hat, daß alles Geld hierfür verschleudert wurde, daß die Führerschaft verlumpt ist, die Armee schlecht ausgerüstet und daß Stalin, um seine Herrschaft zu halten, nach und nach die Führerschaft erschießen ließ. Anstelle der alten Leibeigenschaft trat ein neues Leibeigentum, das schlimmer ist als zur Zarenzeit vor 100 Jahren. Es herrscht Wohnungselend in diesem Lande, das 1/3 des Erdballs ausmacht. Dies alles, dazu die Frauenverhöhnung und vor allen Dingen die Judenherrschaft, die trotz Tarnung bis heute besteht, sind Momente, die für die propagandistische Arbeit eingesetzt werden müssen. Ich darf hier darauf hinweisen, daß eine Schriftenreihe in meiner Dienststelle fertiggestellt worden ist, die diese Probleme behandelt. Die erste Schrift kann ich Ihnen heute übergeben. Es sind auch Schriften in russischer Schrift fertiggestellt, die die Verhältnisse in Deutschland schildern. Man wird in allen diesen Dingen nicht das russische Volk anzusprechen haben, sondern sich an alle Völker der ehemaligen Sowjetunion richten. Man wird sie auffordern, in ihrem eigenen Interesse an den Arbeitsplätzen zu bleiben, man wird ihnen auch eine gerechte soziale Lösung in Aussicht stellen können. Immer wieder werden

1) IMT-1058-PS

wir die Unüberwindlichkeit der deutschen Wehrmacht betonen müssen. Diese Fragen, verbunden mit einer ganzen Reihe anderer, die sich aus der aktiven Arbeit ergeben werden, müssen in einem Zusammenhang stehen und in Zusammenarbeit aller Dienststellen geregelt werden."

Weiter finden wir in Rosenbergs "Bericht über die vorbereitenden Arbeiten in Fragen des osteuropäischen Raumes" noch folgende aufschlußreichen Angaben über die Vorbereitung der einheitlichen Propaganda im Osten:¹⁾

"In meiner Dienststelle sind die längst vorher präparierten Arbeiten zur substantiellen Bearbeitung der Ostfragen erschienen, die ich den Vertretern der Propaganda übergeben habe. Ich lege einige Exemplare davon bei. Diese Broschüren, die später zur Verarbeitung der Presse übergeben werden können, betreffen den gesamten Aufbau und Einteilung der UdSSR, die wirtschaftlichen Möglichkeiten im Osten, die Landwirtschaft, die Völker der Sowjetunion, die Juden seit 1933 in der Sowjetunion, die Kominternarbeit seit 1889, die protokollarischen Ergebnisse der Befragung der Rußlanddeutschen, die Geschichte der Ukraine, die Geschichte des Kaukasus, die Geschichte Turkestans. Größere Werke sind für kommende verwaltungsrechtliche Grundlagen in Arbeit: Das deutsche Recht in der Ukraine, die deutsche Kunst in der Ukraine, Einfluß der deutschen Sprache auf die ukrainische Sprache, die Ukrainer im Lichte der Deutschen. Ferner werden in russischer Sprache eine Anzahl von Schriften fertig, die den Zweck haben, die Völker der Sowjetunion über die wahren Zustände in Deutschland aufzuklären. Diese Schriften eignen sich auch als Grundlage für die Zeitungsartikel in den neu besetzten Gebieten. Schließlich ist nach längerer Arbeit auf Grund letztmöglicher statistischer Angaben eine Völkerschaftskarte des Ostens in großer Anzahl gedruckt und allen Dienststellen zur Verfügung gestellt worden. Diese Karte kann als Grundlage eventueller Grenzziehung sowohl im Norden als auch im Westen und Süden gebraucht werden und gibt Anhaltspunkte für die Grenzziehungen der kommenden Reichskommissariate."

e) Die Steuerung der inneren Migration

Der Plan Rosenbergs, die Ukraine und die Kaukasische Föderation als südliches Bollwerk gegen die russische Expansion nach dem mittleren Osten und nach den

1) IMT-1039-PS

Meerengen des Schwarzen Meeres auszubauen, warf eine ganze Reihe neuer Probleme auf. Im Osten der Ukraine, zwischen ihrer Grenze am Don und dem Kaukasus, lag ein großes Gebiet, das von einer gemischten, ukrainisch-russischen Bevölkerung bewohnt war. Unter Umständen konnten die dort ansässigen Russen ein ernstes Hindernis für eine enge Verbindung zwischen der Ukraine und dem Kaukasus bilden. Um dies zu verhindern, galt es nun, dieses Territorium durch innere Migration stärker mit dem ukrainischen Element zu durchsetzen. Alfred Rosenberg meinte:¹⁾

"...Das Ziel im Ostgebiet der Ukraine muß sein, das Kommissariat Kaukasien mit dem Kommissariat Ukraine dadurch zusammenzuführen, daß die Einwanderung ukrainischer Elemente im Ostgebiet der Ukraine unterstützt und die Auswanderung großrussischer Elemente gefördert wird. Eine Sicherung des Deutschen Reiches ist nur dann möglich, und auch die ukrainische Landwirtschaft kann nur dann bestehen, wenn eine gesicherte Verbindung zwischen Tiflis und Kiew besteht, wenn eine gemeinsame politische Haltung künftig Kaukasien und die Ukraine mit Deutschland zusammenführt."

f) Die Anpassung der Wirtschaftsverwaltung an die politische Zielsetzung

Alfred Rosenberg verlangte, daß man auch in der Wirtschaftspolitik elastisch bleiben und sich an das politische Ziel anpassen müsse. Er forderte, daß in der Ukraine, dem künftigen Verbündeten, eine andere Wirtschaftspolitik betrieben werde als z. B. in Rußland, Weißruthenien oder in den baltischen Ländern:²⁾

"Da der Reichsmarschall als der Beauftragte für den Vierjahresplan vom Führer mit der obersten Lenkung der Wirtschaft des Gesamten Ostgebietes beauftragt worden ist - sagte Rosenberg -, gelten für die wirtschaftlichen Maßnahmen seine Richtlinien. ... Bei der Durchführung dieser Richtlinien ist jedoch die allgemeine politische Zielsetzung stets genauestens zu beachten. Soweit die wirtschaftspolitischen Ziele im Einzelfalle mit dieser allgemeinen politischen Zielsetzung nach Ansicht

1) IMT-1024-PS

2) IMT-1056-PS

der bearbeitenden deutschen Dienststelle in Widerspruch treten., ist in grundsätzlichen Fällen dem Reichskommissar mit der Bitte um Entscheidung zu berichten."

Rosenberg wußte, daß die eroberten Gebiete der Sowjetunion nur dann ihren Beitrag zur Kriegsführung freiwillig leisten würden, wenn ihnen in der nationalen Frage ein Entgegenkommen gezeigt würde. Er sagte:¹⁾

"Die Stärkung des Ukrainertums bildet eine der Möglichkeiten, die Sicherung der deutschen Produktion nicht nur mit militärischen Mitteln zu erzwingen, sondern auch im Laufe der Zeit durch eine freiwillige Mitarbeit der Ukraine zu fördern. Wirtschaftliches und wirtschaftspolitisches Streben des Deutschen Reiches ist also in der Ukraine zumindest zu 50 Prozent Angelegenheit der politischen Führung und Zielsetzung. . . .

- Wenn die Wirtschaftsführung des Reichsmarschalls daraus ausgehen muß, möglichst viel aus diesem Gebiet herauszuziehen, dann wird sie diese politische Haltung und politische Führung erst recht unterstützen können; denn es ist ein Unterschied, ob ich 40 Millionen Menschen nach einigen Jahren zur freiwilligen Mitarbeit gewonnen habe oder hinter jeden Bauern einen Soldaten stellen muß. Ich glaube, wenn beide Seiten diese Notwendigkeiten sehen, dann wird die Politik eine Helferin für die Wirtschaftsführung sein und umgekehrt sich die Wirtschaftsführung sehr gut auf die politische Zielsetzung einstellen können."

Und an anderer Stelle:²⁾

" An der Spitze der Forderungen der Besatzungsmacht steht die gesicherte Belieferung des Deutschen Reiches mit Rohmaterialien und Lebensmitteln. Dieses Ziel kann in bestimmten Gebieten auch gerade durch eine verständnisvolle Sonderbehandlung der betreffenden Völkertümer auf die Dauer gesehen mit weniger Kraftmitteln erreicht werden, als wenn unter Außerachtlassung dieser völkischen und politischen Situation nur mit den Mitteln der militärischen-oder Polizeimacht die Lösungen dieser Aufgabe erzwungen werden."

1) IMT-1058-PS

2) IMT-1024-PS

g) Einführung einer nationalen Währung

In Übereinstimmung mit seiner Konzeption der Neugestaltung des europäischen Ostens empfahl Alfred Rosenberg auch eine differenzierte Behandlung der einzelnen Völker in der Währungspolitik, wobei wiederum der zukünftige staatliche Status der Ukraine berücksichtigt werden sollte.

Am 28. 5. 1941, in der Besprechung bei Reichsminister Funk, äußerte sich Rosenberg:¹⁾

"Die Neugestaltung der Währung in den russischen, hauptsächlich in den ukrainischen Gebieten, sei nicht allein von wirtschaftlichen, sondern in der Hauptsache von politischen Gesichtspunkten aus zu betrachten, und zwar mit Rücksicht auf die Folgen, die eine falsch geleitete Währungspolitik zeitigen würde. Bei den Erwägungen müsse von den folgenden Tatsachen ausgegangen werden:

die wirtschaftlichen Verhältnisse des Ostens könnten auf keinen Fall mit denen des Westens verglichen werden; denn die wirtschaftlichen Zustände des Ostens seien dadurch gekennzeichnet, daß einerseits die Löhne sehr gering seien und andererseits ein großer Warenmangel herrsche. Der gewöhnliche Arbeiter sei gar nicht in der Lage, bei seinem geringen Einkommen, das umgerechnet auf ca. 20 bis 30 RM im Monat zu schätzen sei, irgendetwas zu kaufen. Sofern die Reichskreditkassenscheine eingeführt und in einem bestimmten Umrechnungskurs zum Rubel gestellt werden, müßte damit gerechnet werden, daß eine allgemeine Unzufriedenheit eintreten würde. Die in Reichsmark umgewechselten Rubel würden einen derartig geringen Entgelt darstellen, daß z. B. die ukrainische arbeitende Bevölkerung einen noch schlechteren Lebensstandard erhalten würde als das bisher der Fall war. Die Schuld an der Verschlechterung der Lebensverhältnisse würde dann den Deutschen zugeschoben werden. Da alle auftretenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten auf die Einführung des neuen Geldes zurückgeführt würden, würde eine solche Handhabung nicht tragbar sein.

1) IMT-1031-PS. Bei dieser Besprechung waren anwesend:

Reichsleiter Rosenberg, Reichsstatthalter Meyer, Stabsleiter Schickedanz, Staatssekretär Landfried, Reichsbankdirektor Wilhelm, Ministerialdirektor Schlotterer, Oberbürgermeister Winkler, Oberbereichsleiter Malletke.

Aus allen diesen Gründen erscheine es notwendig, bei der Regelung der Währung diese politischen Gesichtspunkte entscheidend zu beruckichtigen. In den einzelnen Ländern müsse deshalb auch verschieden vorgegangen werden.

In den baltischen Ländern würde darauf Bedacht zu nehmen sein, daß jede Regelung der Währung vorübergehender Natur sei, da dort wohl die Reichsmark eingeführt werden könnte. In der Ukraine und im Kaukasus dagegen würde es notwendig werden, die jetzige Währung, den Rubel, aufrechtzuerhalten, jedenfalls bis zur Gründung einer ukrainischen bzw. kaukasischen Nationalbank. Es müsste Vorsorge getroffen werden, daß genügend Rubelscheine, und zwar durch Neudruck in Deutschland und durch Anfertigung von Druckstocken, die auch dort verwertet werden könnten, sowohl für die Truppen wie für den Einkauf zur Verfügung ständen. Eine Relation zur Reichsmark während dieser Periode der Rubelzahlung festzusetzen, sei sehr bedenklich. Eine gewisse Inflation, die sich auf Grund des Neudrucks von Rubelscheinen ergeben könnte, müsste mit in Kauf genommen werden. Erst wenn die allgemeinen Verhältnisse ublickbar und gesichert wären, könnte an die Einführung einer Währung gedacht werden, welche in ein bestimmtes Verhältnis zur Reichsmark gesetzt würde."

Diese Gedanken prasentier~~te~~ Alfred Rosenberg in einer Instruktion, die lautete:

"Im Reichskommissariat Ostland wird die deutsche Mark einzuführen sein, im Reichskommissariat Ukraine eine nationale Karbowanzen-Währung (ukrainische Nationalbank), im Reichskommissariat Kaukasien ebenfalls eine Nationalwahrung für den kommenden Föderativstaat. Im Reichskommissariat Rußland wird die alte Währung beibehalten werden können. "1)

h) Kontingente

Von demselben Prinzip ausgehend, verlangte Alfred Rosenberg die bessere Behandlung der zukünftigen Verbündeten Deutschlands auch bei der Kontingentierung:²⁾

"...Damit zusammen hängt die Kontingentierung aller gewünschten

1) IMT-1030-PS

2) IMT-1024-PS

Mengen von Rohmaterialien und Lebensmitteln, und zwar in der Hinsicht, daß jene Gebiete, in denen eine staatliche Selbständigkeit und dauernde Zusammenarbeit vorgesehen ist, mehr berücksichtigt werden als andere, bei denen eine solche Möglichkeit für die Zukunft nicht ohne weiteres gegeben erscheint. Das gleiche gilt für Markenzeichen und andere Fragen, die hiermit im Laufe der Arbeit in konkreter Form auftreten werden."

i) Auflösung der Kollektivwirtschaften

Nur auf dem Gebiete der Kollektivwirtschaft wollte Alfred Rosenberg alle Völker und alle Gebiete gleich behandeln. Er war entschlossen, die kollektive Wirtschaftsform in der Landwirtschaft abzuschaffen und das Privateigentum an Grund und Boden wieder einzuführen. Allerdings war er sich im Klaren, daß die Auflösung der Kolchosen während des Krieges nicht durchgeführt werden dürfe:¹⁾

"Eine ebenso allgemeine alle Gebiete berührende Frage ist die des von dem Sowjetsystem fast völlig abgeschafften Privateigentums. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß diese Frage schon gleich bei der Besetzung des Gebietes zu praktischen Auswirkungen führt. Ein spontanes Vorgehen der völlig ungebildeten Landbevölkerung bei evtl. eigenmächtigen Auflösungen der Kolchosenwirtschaften könnte zu unabsehbaren materiellen Schädigungen führen.

Infolgedessen bedürfen diese Fragen nicht einer rayonmäßigen, sondern für alle Gebiete übergeordneten Regelung, womit sich auch gebietsmäßig bedingte Abweichungen als auch ein vielleicht verschiedenes taktisches Vorgehen leicht vereinbaren ließe."

Derselbe Grundsatz wurde auch in der "Allgemeinen Instruktion für alle Reichskommissare in den besetzten Gebieten" betont:²⁾

"Der heutige wirtschaftspolitische und sozialpolitische Zustand ist in einer 20jährigen Gewaltpolitik durchgesetzt worden und findet seine Prägung in dem Begriff der Kollektivwirtschaft. Ein solcher Zustand

1) IMT-1017-PS Die neue Agrarordnung A. Rosenbergs s. S. 352

2) IMT-1030-PS

darf nicht von einem Tag zum anderen geändert werden, wenn man nicht unabsehbare Folgen, ja ein Chaos, herbeiführen will.

Die erste allgemeine Instruktion muß also dahingehen, durch Erlasse und gerichtlichen Nachdruck alle Arbeiter, Bauern und Angestellten zu veranlassen, genau wie bisher zu arbeiten, ihren Arbeitsplatz nicht zu verlassen, ihre Werke vor Sabotage zu schützen, um auf diese Weise dem Deutschen Reich zu ermöglichen, nach Kenntnis aller Verhältnisse evtl. neue Lebensformen zu schaffen."

Dr. Bräutigam und Dr. G. Leibbrandt bescheinigen, daß in die Planung Rosenbergs die Abschaffung des Kolchosensystems als ein programmatischer Hauptpunkt aufgenommen worden war.

k) Aufbau des Verwaltungsapparates

Kurz vor dem Kriege entwarf A. Rosenberg einen Vorschlag für den Verwaltungsaufbau in den besetzten Ostgebieten, an dessen Spitze das Ministerium für die besetzten Ostgebiete stehen sollte. Für diese Benennung entschloß sich Alfred Rosenberg nur mit Vorbehalt, da er ursprünglich dafür gewesen war, daß seine Behörde die Bezeichnung Generalprotektorat erhalte. Noch am 7.4.1941 schrieb er:¹⁾

"... Unterzeichneter schlägt dem Führer vor, daß für den Eventualfall dieses jetzt bevollmächtigte und einzurichtende Zentralbüro in eine autoritär ausgerichtete, dem Führer unmittelbar unterstehende Dienststelle umgewandelt wird, und zwar etwa - um eine Wiederholung bestehender Dienstbezeichnungen zu vermeiden - in ein Generalprotektorat für die besetzten Ostgebiete mit dem Sitz in Berlin. Der Leiter dieses Protektorats könnte somit die Dienstbezeichnung "Der Generalprotektor des Deutschen Reiches für die besetzten Ostgebiete" erhalten."

Als dieser Vorschlag abgelehnt worden war, willigte Rosenberg in die Bezeichnung "Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete".

Als nachgeordnete Dienststellen des Ministeriums waren vorgesehen:

1. Reichskommissare als oberste Beamte der Reichskommissariate,

1) IMT-1019-PS

2. Generalkommissare (für den europäischen Teil der Sowjetunion insgesamt 24, davon 8 in der Ukraine),
3. Gebietskommissare insgesamt 900, davon 270 in der Ukraine,
4. Hauptkommissare. (Diese hatten als Beauftragte der Generalkommissare für die Gleichrichtung der Verwaltungsführung in den ihnen unterstellten Kriegsgebieten Sorge zu tragen).

Die Reichskommissare, Generalkommissare, Hauptkommissare und Gebietskommissare waren, abgesehen von den militärischen Dienststellen, die einzigen in den besetzten Ostgebieten vorgesehenen Reichsbehörden. Ihnen oblag die Bearbeitung aller Fragen der Verwaltung des Raumes und aller Angelegenheiten, die sich auf die Organisation und Tätigkeit der Verwaltung, einschließlich der Polizeimacht, auf die Überwachung der landeseigenen Dienststellen und Organisationen und auf die Bevölkerung bezogen.¹⁾

Diesen drei Stufen der höchsten, mittleren und unteren deutschen Verwaltung sollten die einheimischen Verwaltungen unterstellt werden:

1. Rayonverwaltungen,
2. Bürgermeister der Städte,
3. Dorfälteste und Bürgermeister der rayonfreien größeren Städte.

Über den Aufbau der landeseigenen Verwaltung gab Rosenberg eine nur allgemein gehaltene Instruktion:²⁾

"In den Städten, Dörfern, Arbeitersiedlungen, städtischen Siedlungen usw. sind möglichst bald Vertrauensleute heranzuziehen. Aus der Reihe dieser Vertrauensleute können später ein Gemeindebeauftragter (ähnlich unserem Bürgermeister) und Vertrauensräte bestellt werden, damit auf diese Weise das gemeindliche Leben wieder in Gang kommt und der Gebietskommissar Organe unter sich hat, die seine Anordnungen durchführen.

Soweit solche Beauftragten und Vertrauensräte bereits von der Militärverwaltung bestellt sind, sind sie von der Zivilverwaltung zunächst zu übernehmen. Falls zur Erfüllung dringender Aufgaben innerhalb einzelner Gemeinden Geldmittel erforderlich sind, sind diese auf dem Wege des Kredits bereitzustellen. Die Kredite sind bei landeseigenen

1) IMT-1056-PS

2) benda

Bankinstituten, oder, falls diese Möglichkeit nicht besteht, bei der Reichskreditkasse aufzunehmen.

Wo dringender Bedarf der Bevölkerung an Versorgungsgütern besteht, ist dieser im Rahmen der Möglichkeit zu befriedigen, damit Hungersnöte vermieden werden. Es kann erwünscht sein, an dringend Hilfsbedürftige (Arbeitslose u. dgl.), Unterstützungen in Geld und Naturalien zu gewähren."

Am 7. 4. 1941 schlug Rosenberg Hitler die Besetzung der Reichskommissariate durch folgende Personen vor:

Für die Ostseeprovinzen und Weißruthenien, Gauleiter Hinrich Lohse mit Sitz in Riga. Für die Ukraine, Stabsleiter Arno Schickedanz mit Sitz in Kiew, für den Kaukasus, Staatssekretär Backe mit Sitz in Tiflis, für Rußland, Gauleiter Erich Koch mit Sitz in Moskau; für das Don-Wolgagebiet, Ministerpräsident D. Klagges in Rostow.¹⁾

Die leitenden Stellen in seinem Ministerium wollte er anvertrauen: Gauleiter Dr. A. Meyer - Stellvertreter des Ministers, Reichsamtseiter Dr. Georg Leibbrandt - Leiter der politischen Abteilung, sein Stellvertreter - Generalkonsul Dr. Otto Bräutigam, Reichsamtseiter Walter Malletke - Leiter der Abt. Wirtschaftspolitische Koordination, sein Stellvertreter - Reichshauptstellenleiter Hermann Freiherr von Harder, Generalkommissar Fritz Schmidt - Leiter der Abteilung Aufklärung und Presse, seine Mitarbeiter Dr. Karl Neuscheler und Dr. Gruber. Regierungspräsident Dr. Runte und Staatsrat Freiherr von Freitagh-Loringhoven waren als leitende Beamte für die Rechtsabteilung in Erwägung gezogen.

1) IMT-1019-PS

8. DER ZUSAMMENBRUCH DER PLÄNE ALFRED ROSENBERGS UND DER SIEG DER KONZEPTION HITLERS

Die Gründe des Zusammenbruchs

Die in den letzten Abschnitten dargestellten Pläne Rosenbergs gingen nie in Erfüllung. Sie wurden schon vor dem deutsch-sowjetischen Kriege bewußt oder unbewußt (meist aus Unkenntnis der osteuropäischen Verhältnisse) hintertrieben. Im großen und ganzen gab es vier Gründe, die dazu geführt haben.

Der erste Grund lag darin, daß Hitler das Prinzip der einheitlichen Vorbereitung des Krieges und dann, nach dessen Beginn, die Einheit der Verwaltung der eroberten Gebiete verletzt hatte. Wie schon mehrmals erwähnt, schuf er neben Rosenberg, dem Beauftragten für die zentrale Bearbeitung der Ostprobleme und dann Minister für die besetzten Ostgebiete, von ihm unabhängige Stellen unter Leitung von Hermann Göring und Heinrich Himmler. Schon im Februar 1941, also lange vor der Ernennung Rosenbergs, wurde Göring beauftragt, die Vorbereitung für die wirtschaftliche Ausnutzung des Ostens zu treffen. Er nahm seine Aufgabe ganz unabhängig in Angriff und berücksichtigte die politischen Planungen Rosenbergs nicht. Dasselbe gilt auch von Himmler. Die Forderung Rosenbergs, jedes einzelne Reichskommissariat in Übereinstimmung mit seiner politischen Zielsetzung zu behandeln und insbesondere auf Ukraine und Kaukasus als angestrebte Verbündete Deutschlands Rücksicht zu nehmen, fand bei ihnen kein Gehör. Göring und Himmler betrachteten alle Völker der Sowjetunion als Objekte der deutschen kolonialen Herrschaft und führten ihre Vorbereitungen und Handlungen dementsprechend aus. Am ärgsten jedoch störte die einheitliche Kriegsvorbereitung und Verwaltung in den Ostgebieten Hitler selbst. Ohne Rücksicht auf die Berufung Rosenbergs wollte er weiterhin alle Fragen alleine entscheiden. Diese Handlungsweise ermutigte auch Göring, Himmler und andere, ihre Pläne nicht mit Rosenberg, sondern hinter dessen Rücken mit Hitler alleine abzustimmen. Auf diese Weise entstand ein Gewirr ungeklärter Zuständigkeiten. Jeder handelte auf eigene Faust. Wenn dazu noch einzelne Reichskommissare direkt mit Hitler bzw. seinem Parteisekretär Martin Bormann, unter Umgehung Rosenbergs, grundsätzliche Probleme regelten, blieb er als Minister ohne Macht und Einfluß.

"Es gab im Ostraum - urteilt J. von Ribbentrop - eine Ostministeriums-Politik, die aber nicht einheitlich war, eine Wehrmacht-Po-

litik, eine Himmlersche Politik, eine Propaganda-Politik des Propaganda-Ministeriums usw. usw. Auf diese Weise wurde hier schließlich überhaupt keine Politik gemacht." ¹⁾

Der zweite Grund bestand darin, daß Rosenberg als Politiker und Ressortminister nicht die genügende Durchschlagskraft besaß, um seine Konzeption des Ostens unter den führenden Persönlichkeiten des Dritten Reiches durchzusetzen. Es gelang ihm nicht einmal aus ihr ein politisches Glaubensbekenntnis für seine nächsten Mitarbeiter und Amtsträger zu machen. Es kam häufig vor, daß der eine oder andere hohe Beamte des Ministeriums für die besetzten Ostgebiete gegen die Richtlinien seines Ministers handelte, entweder aus Überzeugung oder aus Unkenntnis der Problematik des Ostens. Dies konnte umso leichter vorkommen, als Rosenberg selbst nicht selten bedenkliche Kompromißbereitschaft mit der Konzeption Hitlers zeigte, zumal er sich in den ersten erfolgreichen Monaten des Krieges nicht konsequent genug gegen die Verletzung der von ihm aufgestellten Prinzipien stellte. ²⁾ Dies hatte auch zur Folge, daß er dem Drängen der Umgebung Hitlers nachgab und den Leiter der politischen Abteilung seines Ministeriums, Georg Leibbrandt, entließ, der - wie erwähnt - ein konsequenter Verteidiger des deutsch-ukrainisch-kaukasischen Bündnisses war und sich mutig gegen die Verwässerung der Rosenbergschen Konzeption stellte. ³⁾

Der dritte Grund: Zum Zusammenbruch der Konzeption Alfred Rosenbergs trug schließlich auch noch sein Entschluß bei, sie erst nach dem Sieg über die Sowjetunion zu verwirklichen. Sein Plan für die Übergangszeit mußte bei den Völkern der UdSSR wie auch bei der deutschen Führung und dem Verwaltungsapparat in den besetzten Ostgebieten den Eindruck erwecken, als ob es sich hier um etwas Endgültiges handele. Deshalb ging ihnen das Verständnis für die grundsätzliche Regelung der osteuropäischen Ordnung verloren. Wenn Rosenberg sich schon am Anfang des Krieges auf repräsentative Befreiungskomitees bzw. Exilregierungen der einzelnen Völker der Sowjetunion gestützt hätte, hätte sich wahrscheinlich der Gedanke der nationalen und sozialen Befreiung der Völker des Ostens eher in der deutschen Führung und Öffentlichkeit durchgesetzt. Auf jeden Fall wäre es unter diesen Umständen für die Anhänger der Konzeption Hitlers schwieriger gewesen die Pläne Rosenbergs zu durchkreuzen.

1) Joachim von Ribbentrop: "Zwischen London und Moskau", S. 254

Noch deutlicher spricht davon Dr. Markull, Mitarbeiter der politischen Abteilung des Ministeriums für die besetzten Ostgebiete: Siehe S. 293.

2) Siehe Stellungnahme Dr. Markulls zum Bormann-Brief im Anhang S. 293

3) Urteil des Verfassers auf Grund der Aussagen von Dr. Markull.

Der vierte Grund des Zusammenbruchs der Rosenbergschen Konzeption lag in den ungenügenden Kenntnissen des Ostens unter den führenden Männern des Dritten Reiches. Der Kern der Rosenbergschen Planung bestand darin, daß er die alten Eroberungen Rußlands an fremdem Boden, wie etwa Ukraine und Kaukasus, rückgängig machen wollte. Dies konnten die Führer des Dritten Reiches einfach nicht verstehen. Für sie waren Ukraine, Weißruthenien, Kaukasus usw. genau so "russisches Gebiet" wie Rußland selbst. Wenn also Rosenberg - nach der erprobten Art der Bekämpfung von Imperien - empfahl, nur Rußland als Staatssystem und Staatsideologie zu bekämpfen, dagegen sich mit den beherrschten Völkern zu verbinden, so ging das bei den Führern des Reiches und beim einfachen Mann weit über ihren herkömmlichen Begriff von "Rußland" hinaus. Wenn sie von Rußland als Kriegsfeind hörten, so verstanden sie darunter alle Einwohner der Sowjetunion und behandelten herrschendes Volk und beherrschte Völker auf die gleiche Art und Weise. Diese Unkenntnis der wahren Verhältnisse im Osten rächte sich demzufolge an Deutschland selbst und wurde zur Tragödie mehrerer Völker, neben dem deutschen auch des ukrainischen Volkes,

Aus der Idee Rosenbergs, die Ukrainer, Kaukasier und Turkestaner für Deutschland gegen Rußland zu gewinnen, blieb somit nur noch ein hohler Plan der rein administrativen Aufteilung der Sowjetunion in mehrere Verwaltungseinheiten. Der politische Inhalt dieser Aufteilung ging durch die Unkenntnis und den schlechten Willen der Führer des Dritten Reiches verloren.

Die nachstehenden Schilderungen der Vorbereitungen auf den Krieg durch Göring, Himmler und die Wehrmacht, werden diesen Prozeß der Entwertung des Rosenbergschen Planes auf Grund der Tatsachen noch veranschaulichen

9. HERMANN GÖRING UND HEINRICH HIMMLER HINTERTREIBEN DIE
PLÄNE ALFRED ROSENBERGS.

a) Der Wirtschaftsplan Hermann Görings

Der Entschluß Hitlers, die Wirtschaft aus der allgemeinen Militär- und Zivilverwaltung herauszunehmen und sie ausschließlich Göring zu unterstellen, wurde einigen leitenden Persönlichkeiten der Wehrmacht, Partei und Regierung schon frühzeitig bekanntgegeben. Am 28. 2. 1941 rief General Thomas, Amtschef des Wirtschafts-Rüstungsamtes im OKW, seine nächsten Mitarbeiter zusammen und befahl, einen erweiterten Organisationsentwurf des Wirtschafts-Verwaltungsapparates für den Reichsmarschall aufzustellen. Mit dieser Aufgabe wurde Oberstleutnant Luther betraut. 1)

b) "Wirtschaftsführungsstab Ost"

Nach zwei Monaten war der Plan so weit fertig, daß am 29. April 1941 eine Besprechung mit den Wehrmachtsteilen stattfinden konnte, auf welcher alle Einzelheiten in bezug auf den Aufbau der Wirtschaftsorganisation zur wirtschaftlichen Beherrschung der zu besetzenden Ostgebiete bekanntgegeben und besprochen wurden.

Dabei ist bezeichnend, daß Göring es nicht für angebracht hielt, sich mit Rosenberg als politischem Beauftragten für den Osten zu beraten bzw. seinen Wirtschaftsplan in die politische Konzeption einzubauen.

Görings Organisation trug den Namen "Wirtschaftsführungsstab Ost" und stand unter seiner Leitung bzw. in seiner Vertretung unter Staatssekretär Körner. Dagegen wurde vorgeschlagen, für die Dauer der militärischen Operationen die praktische Leitung des WFS in die Hände des Chefs des Wirtschafts- und Rüstungsamtes im OKW, General der Infanterie Thomas, zu legen.

1) An der Besprechung nahmen teil: General der Inf. Thomas, Oberst Becht, Oberstleutnant Witte, Oberstleutnant Luther, Oberstleutnant Matzky, Major v. Jusovius, Major Huch, Hauptmann Emmerich, Hauptmann Dr. Hamann. - IMT-1317-PS

Der WFS war als Planungszentrum gedacht. Als sein Exekutivorgan wurde der "Wirtschaftsstab Ost" geschaffen, der sich während der Operationen in unmittelbarer Nähe vom OKH-Generalquartiermeister zu befinden hatte. Für seine Leitung war Generalleutnant Schubert vorgesehen.

In örtlicher Aufgliederung sollten dem Wirtschaftsstab Ost folgende Unterabteilungen unterstellt werden:

5 Wirtschaftinspektionen,
23 Wirtschafts-Kommandos,
12 Außenstellen,

die auf wichtige Plätze im Bereich der Wirtschafts-Kommandos verteilt werden sollten. Von den 5 Inspektionen sollten zuerst 4 eingesetzt werden, während die 5. mit vorläufig unbestimmter Verwendung in Reserve gehalten werden sollte.

Der territoriale Arbeitsbereich der einzelnen Inspektionen wurde wie folgt geplant:

1. Wirtschaftinspektion mit Sitz in Leningrad (Deckname Holstein) und mit Wirtschafts-Kommandos in Wilna, Riga, Reval, Leningrad, Murmansk und Außenstellen in Wologda, Archangelsk.
2. Wirtschaftinspektion mit Sitz in Moskau (Deckname Sachsen) und mit Wirtschaftskommandos in Minsk, Moskau, Tula, Gorkij und Außenstellen in Brjansk, Jaroslawl, Rybinsk.
3. Wirtschaftinspektion mit Sitz in Kiew (Deckname Baden) mit Wirtschafts-Kommandos in Lemberg, Kiew, Kischinew, Odessa, Charkow, Dnjepropetrowsk, Stalino, Rostow, Stalingrad und Außenstellen in Sewastopol, Kertsch, Woronesch und Kursk.
4. Wirtschaftinspektion mit Sitz in Baku (Deckname Westfalen) mit Wirtschaftskommandos in Krasnodar, Grosnyj, Tiflis, Baku und einer Außenstelle in Batum. ¹⁾

Der innere Aufbau der einzelnen Dienststellen vom Wirtschaftsführungsstab Ost bis hinunter zu den Wirtschafts-Kommandos gliederte sich in drei große Fachgruppen, nämlich in die

1) IMT-1157-PS

Gruppe M (Arbeitsgebiet: Truppenbedarf, Rüstung, wirtschaftliches Transportwesen); in die

Gruppe L, geleitet von Staatsminister Backe (Arbeitsgebiet: alle Fragen der Ernährung und Landwirtschaft) und die

Gruppe W, geleitet von General von Hanneken (Bearbeitung der gesamten gewerblichen Wirtschaft einschließlich Rohstoffe und Versorgungsbetriebe, ferner die Fragen der Forstwirtschaft, des Finanz- und Bankwesens, des Feindvermögens, des Handel- und Warenverkehrs und des Arbeitseinsatzes).¹⁾

Die Verwendung aller dieser Dienststellen sollte nur im rückwärtigen Heeresgebiet erfolgen, und zwar²⁾

"... sollte im Bereich jeder Heeresgruppe beim Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes eine Wirtschaftsinspektion eingesetzt werden, der die Leitung der wirtschaftlichen Ausnutzung des Gebietes obliegen sollte.

Von dem rückwärtigen Heeresgebiet sollte zu unterscheiden sein das eigentliche Gefechtsgebiet und das rückwärtige Armeegebiet.

In ihnen sollte die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Belange durch den IV Wi der AOK's, d. h. den VO des OKW/Wi Rü Amt bei den Armeeoberkommandos erfolgen. Für das Gefechtsgebiet sollten ihm beigegeben sein: Technische Bataillone sowie Erkundungs- und Bergungstrupps für Rohstoffe, Mineralöl, landwirtschaftliche Maschinen, insbesondere Traktoren und Produktionsmittel.

In dem zwischen dem Gefechts- und dem rückwärtigen Heeresgebiet liegenden rückwärtigen Armeegebiet sollten dem VO des Wi Rü Amtes für die Unterstützung der Sachbearbeiter des AOK bei der Versorgung der Truppe aus dem Lande sowie zur Vorbereitung der späteren allgemeinen wirtschaftlichen Ausnutzung Gruppen IV Wi bei den einzelnen Feldkommandanturen zur Verfügung gestellt sein.

1) IMT-1157-PS

2) Wörtliches Zitat aus IMT-1157-PS

Während diese Einheiten mit der Truppe mitgehen sollten, sollten die Wirtschaftsinspektionen, Wi Kdos und Außenstellen bodenständig sein.

Das Neue für die dem Wi-Stab Oldenburg unterstellte Organisation sollte sein, daß sie nicht nur die Wehrwirtschaft betreuen, sondern das Gebiet der gesamten Wirtschaft umfassen sollte. Demzufolge sollten alle Dienststellen nicht mehr als Wehrwirtschafts- oder Rü-Dienststellen, sondern ganz allgemein als Wirtschaftsinspektionen, Wirtschaftskommandos etc. bezeichnet werden."

c) Der Zusammenprall der Konzeption Hitlers und Rosenbergs innerhalb des Wirtschaftsführungsstabes

Der so geschaffene Wirtschaftsführungsstab ging sofort an die Arbeit und fertigte noch vor Ausbruch des Krieges zwei aufschlußreiche Ausarbeitungen an, die zur Klärung der deutschen Ziele im Osten wesentliches beigetragen haben. Das erste dieser Dokumente trägt die Bezeichnung

"Wirtschaftspolitische Richtlinien für Wirtschaftsorganisation Ost, Gruppe Landwirtschaft."

Es wurde am 23. Mai 1941 unter der Leitung von Staatssekretär Backe fertiggestellt.

Hier gerade kam es zum Zusammenprall der Konzeptionen von Hitler und Rosenberg. Erstere vertrat im WFS Hermann Göring, die zweite der Leiter der Gruppe Landwirtschaft, der im Schwarzmeergebiet geborene Staatssekretär Backe. Er hatte nämlich sein Programm auf der Grundthese Rosenbergs aufgebaut, daß Ukrainer, Kaukasier und Balten in wirtschaftlicher Hinsicht vorteilhafter behandelt werden sollten als die Russen. Insbesondere vertrat er die Auffassung, daß die Produktionskraft der genannten Gebiete aufrechterhalten bleiben müsse, und zwar mit aktiver Hilfe Deutschlands. Dagegen sollte das russische Gebiet sich selbst überlassen werden.

Nach seiner Überzeugung mußten die großen Lieferungen aus der Ukraine für den deutschen Verbrauch nicht unbedingt zur wirtschaftlichen Erschöpfung des Landes führen, vorausgesetzt, daß der ukrainische Export nach Rußland eingestellt werde. Die Reserven, die dadurch im Lande verbleiben würden, würden groß genug sein, um die deutschen Interessen zu befriedigen und den eigenen

Verbrauch der Ukraine zu decken. Der Verfasser der "Wirtschaftlichen Richtlinien" überlegte sich:¹:

"Es kommt darauf an, diese auch heute noch vorhandenen, wenn auch durch die Verstädterung und die Begründung einer Schwerindustrie im Donezgebiete zurückgegangenen Überschüsse restlos zur Abschöpfung für Europa freizumachen. . . . Das bedeutet:

1. Aufgabe der gesamten Industrie im Zuschußgebiet, im wesentlichen der Verarbeitungsindustrien im Moskauer und Petersburger Industriegebiet, . desgleichen des Industriegebiets im Ural. Man kann wohl annehmen, daß diese Gebiete heute einen Zuschuß aus der Produktionszone von 5-10 Mill. t. beziehen. (Aus der Ukraine - Verf.)

2. Ausgenommen werden muß das Erdölgebiet Transkaukasien, obgleich es Zuschußgebiet ist. Dieser Lieferant von Erdöl, Baumwolle, Mangan, Kupfer, Seide, Tee, muß aus besonderen politischen und wirtschaftlichen Gründen unbedingt beliefert werden. (Von der Ukraine - Verf.)

3. Jede weitere Ausnahme zwecks Erhaltung dieses oder jenes Industriebezirks oder Industrieunternehmens in der Zuschußzone muß abgelehnt werden.

4. Erhalten werden kann die Industrie nur, soweit sie im Überschußgebiet liegt. Das ist neben dem obengenannten Erdölbergbau im Kaukasus hauptsächlich die Schwerindustrie im Donezgebiet (Ukraine). Wieweit es gelingt, nach Abzug der für Deutschland erforderlichen Überschüsse diese Industrien, insbesondere die in der Ukraine gelegenen Verarbeitungsindustrien, voll zu erhalten, muß die Zukunft zeigen.

Aus dieser Lage, die die Billigung der höchsten Stellen erfahren hat, da sie auch im Einklang mit den politischen Tendenzen steht (Erhaltung des Kleinrussentums (gemeint ist das Ukrainertum - Verf.), Erhaltung des Kaukasus, der baltischen Provinzen, Weißrußlands auf Kosten der Zurückdrängung des Großrussentums), ergeben sich folgende Konsequenzen:

für die Waldzone: (Rußland - Verf.)

a) die Erzeugung in der Waldbauzone = Zuschußzone wird sich entsprechend den Vorgängen im Weltkrieg, Kriegskommunismus usw. "naturalisieren", d. h. die Landwirtschaft wird dort zur geschlossenen Hauswirtschaft übergehen. Daraus folgt, daß der Anbau der für den Markt gebauten Erzeugnisse, wie insbesondere Flachs und Hanf, auf-

1) IMT-126-EC

hören wird und die hierfür bisher benötigte Fläche mit Eigenkonsumfrüchten (Getreide, Kartoffeln) bestellt wird. Weiterhin wird die Unterbindung der Futterzufuhren zum Zusammenbruch der Milchwirtschaft und der Schweinemast in diesem Gebiet führen.

b) Ein deutsches Interesse an der Erhaltung der Erzeugungskraft dieser Gebiete ist, außer hinsichtlich der Versorgung der dort stehenden Truppen, nicht vorhanden. Die Bevölkerung wird hier nach altem Muster ihre Anbauflächen für eigene Ernährung nutzen. Hierbei zu erwarten, daß Überschüsse an Getreide usw. entstehen, ist zwecklos... Es wird darauf ankommen, die Bevölkerung in die sibirischen Räume abzulenkten...

Man muß sich stets bewußt sein, daß das Großrussentum, ob in zaristischer oder bolschewistischer Prägung, stets ein grundsätzlicher Feind nicht nur Deutschlands, sondern Europas ist. Daraus folgt auch, daß eine Marktordnung bzw. Rationierung für diese Gebiete gar nicht in Frage kommt, da eine solche Rationierung einen Anspruch der Bevölkerung gegenüber der deutschen Verwaltung bedeutet. Dieser Anspruch wird von vornherein abgelehnt."

Diese Ausführungen lassen klar erkennen, daß Backe das nationale Groß-Rußland als Kriegsfeind betrachtete, dem gegenüber er keinerlei Verpflichtungen zu haben glaubte.

Ganz anders betrachtete er die nichtrussischen Gebiete. Er schreibt:¹⁾

"Diesen Gesamtparolen für die Waldzone (Rußland - der Verf.) werden verschiedene Variationen gegenüberstehen für folgende Sondergebiete, die deren Sonderlage oder den deutschen Interessen an diesen Gebieten Rechnung tragen.

1. Baltikum (Estland, Lettland, Litauen).

Hier ist schon früher, an Rußland gemessen, die intensivste Landwirtschaft betrieben worden. Trotz der Ausraubung, die diese Gebiete unter dem Bolschewismus erfahren haben, kommt es hier darauf an, Aufbauarbeit zu leisten, um dieses Gebiet, das verkehrswirtschaftlich günstig zu Europa liegt, für die Ernährung Europas zu nutzen. Das Baltikum gab (insbesondere für Europa) ab:

1) IMT-126-EC.

Butter rd. 50 000 t, Getreide und Hackfrüchte (größtenteils für das Zuschußgebiet Petersburg) und insbesondere Samen, wie Klee, Erbsen, Bohnen, Pelusken usw. Sowohl an der Butter wie auch an dem Samenbau hat Deutschland ein überragendes Interesse. Das Baltikum ist somit genau so zu behandeln wie die neu eingegliederten Gaue des Ostens." (Warthegau usw. - Verf.)

Aus diesen Ausführungen ist eindeutig dem Gedanken Rosenbergs Rechnung getragen, das Baltikum als deutsches Siedlungsgebiet an Deutschland anzuschließen.

Auch in bezug auf Weißruthenien hatte er die politischen Pläne Rosenbergs berücksichtigt:

"Dieses Gebiet wird zunächst nicht derselben Wirtschaftsinspektion, später aber demselben Zivilkommissar wie das Baltikum unterstehen. Es hat größtenteils armen Boden und viel Wald. Es wird daher für die Holzwirtschaft von größerer Bedeutung sein als für die Landwirtschaft, da es Getreidezuschußgebiet, trotzdem aber das Zentrum der Schweinemast in Rußland ist. Da eine Zufuhr von Getreide aus dem Süden wahrscheinlich unmöglich sein wird, kommt es hier besonders darauf an, die Tierbestände für die deutschen Zwecke frühzeitig abzuschöpfen, um Viehbestand und Futtermittellage in Einklang zu bringen. Hierbei wird es notwendig sein, nicht nur die Versorgung des Heeres dort aus diesen Beständen sicherzustellen, sondern auch Ausfuhrwege zu den Häfen der Ostsee zu suchen, um das Vieh zu den Grenzschlachthäusern in Norddeutschland zu überführen. Es ist die Forderung des Führers, daß die Herabsetzung der Fleischration zum Herbst wieder aufgehoben wird. Dies ist nur durch stärkste Eingriffe in den Viehbestand Rußlands, namentlich dieser verkehrswirtschaftlich zu Deutschland am günstigsten gelegenen Provinzen zu erreichen. Eine Reihe von Spezialproblemen wird dabei auftauchen, wie Eindosen von Fleisch für Zwecke einer langen Vorratshaltung für die Wehrmacht und Konservierung von Fleisch auf anderen Wegen (Gefrieren, Pökeln, Räuchern).

Auch hinsichtlich des Flachsbaues wird die deutsche Volkswirtschaft ein Interesse an diesen Gebieten haben. Andererseits muß, wenn irgend möglich, erstrebt werden, diese Gebiete - auch aus politischen

Gründen: Gegensatz Weißrussen, Litauer gegen Großrussen - pfleglich zu behandeln. Erst die Zukunft wird zeigen, wie weit das möglich ist."

Wie Alfred Rosenberg maß auch Backe der Ukraine eine grundlegend andere Rolle bei. Sie sollte nicht zum Ausbeutungsobjekt sondern zum Wirtschaftspartner Deutschlands werden. Backe äußerte sich darüber:¹⁾

"... hier im Gegensatz zur Waldzone die erste und wichtigste Aufgabe die Erhaltung und Steigerung der Erzeugung. Es wird darauf ankommen, daß die deutschen Landwirtschaftsführer in diesem Gebiet sich möglichst bald in den besonderen Produktionsbedingungen dieser kontinentalen Gebiete zurechtfinden und hier mit einer den Verhältnissen angepaßten Erzeugungsschlacht beginnen.

Die Notwendigkeit, Überschüsse in diesem Gebiet zu erzeugen, bedeutet andererseits, daß man den Bauern in den Kolchosen lebenswürdige Zustände zubilligt und ihnen, soweit möglich, eine Betreuung zukommen läßt. Nach Mitteilung aus Rußland sind 25 Prozent der gesamten Arbeitskräfte in den Kolchosen mit Verwaltung beschäftigt, d. h. sie sind sterile Bürokratie. Es wird darauf ankommen, alle überflüssigen Esser praktischer Arbeit zuzuführen. Ist es nicht möglich, das Betriebssystem so zu intensivieren, daß diese überschüssigen Arbeitskräfte in Zukunft produktiv arbeiten können, so wird man sie anderweitig ansetzen müssen. Da die politische Richtung gegen das Großrussentum geht, wird es darauf ankommen, Großrussen in die Waldzone zu verdrängen und die freiwerdenden Kolchosen mit den übrigen Kleinrussen (Ukrainer-Verf.) zu besetzen."

Nur in einem Punkt widersprach Backe Alfred Rosenberg. Er war entschieden gegen die Auflösung der Kolchose. Seine sonstige Übereinstimmung mit Rosenberg läßt die Vermutung zu, daß er die Beibehaltung der kollektiven Wirtschaftsform nur für die Dauer des Krieges forderte. Seine Begründung lautet wie folgt:²⁾

"Voraussetzung für eine solche Erzeugungsschlacht und gleichzeitig Voraussetzung für die Möglichkeit einer Erfassung der Überschüsse ist die Beibehaltung der Großbetriebe (Kolchose und Sowchose). Man muß sich darüber klar sein, daß eine Reprivatisierung und Schaffung eines Bauerntums eine Landnahme, wie sie schon 1917/18 stattgefunden

1) IMT-126-EC

2) Ebenda

den hat, bedeutet, mit allen daraus folgenden Konsequenzen, d. h. insbesondere mit dem Zusammenbruch der Erzeugung. Schon allein der Mangel an Betriebsmitteln für kleine Bauernwirtschaften erlaubt unter keinen Umständen eine Auflösung der Güter. Aber nicht nur diese negativen Gesichtspunkte sind ausschlaggebend für die Beibehaltung der Großbetriebe. Bei der Mentalität der Russen (gemeint sind die Ukrainer - Verfasser) ist eine Erzeugungssteigerung nur möglich durch Anordnung von oben. Schon die gesamte Anzahl der Kolchosen (250 000 Stück) ist unter keinen Umständen mit deutschen Betriebsführern zu besetzen. M. a. W. : Selbst bei einer Struktur von 250 000 Gütern je 500 ha (=2000 Morgen) ist eine Bewirtschaftung im deutschen Sinne nicht möglich. Eine Aufteilung in einige Millionen Bauernwirtschaften macht eine deutsche Beeinflussung der Erzeugung zu einer Utopie. Jeder Versuch, die Großbetriebe aufzulösen, muß daher mit härtesten Mitteln bekämpft werden."

d) Backes Forderungen an die Landwirtschaft im Osten

Staatssekretär Backe hat in seinem Plan die genaue Menge an Getreide, Futter, Fleisch und Fett ausgerechnet, die für die Deckung des Wehrmachtsverbrauches und der deutschen Zivilbevölkerung aus dem Osten herausgeholt werden sollten:

Versorgung der deutschen Wehrmacht. ¹⁾

"Die Ernährungslage Deutschlands im dritten Kriegsjahr erfordert gebieterisch, daß die Wehrmacht in ihrer Gesamtverpflegung nicht aus dem großdeutschen Raum, bzw. denjenigen angegliederten oder befreundeten Gebieten, die diesen Raum durch Ausfuhren versorgen, lebt. Dieses Minimalziel, die Versorgung der Wehrmacht aus Feindesland im dritten und evtl. weiteren Kriegsjahr muß unter allen Umständen erreicht werden. Das bedeutet, daß 1/3 der Wehrmacht aus französischen Leistungen für die Besatzungsarmee voll versorgt werden muß. Die restlichen 2/3 - bei der heutigen Wehrmachtsgröße sogar etwas mehr - müssen restlos aus dem Ostraum versorgt werden. Daraus ergibt sich im einzelnen:

1. Brotgetreide. Der Bedarf der Wehrmacht an Brotgetreide beträgt jährlich etwa 1 1/2 Millionen t. Frankreich liefert laut

1) IMT-126-EC

Haager Landkriegsordnung und Waffenstillstandsvertrag 470 000 t jährlich. Diese Lieferung wird Frankreich auch im dritten Jahr beibehalten müssen. Rd. 1 Mill. t wird in Zukunft der Osten unter allen Umständen bereitstellen müssen. Bei der Belieferung der Wehrmacht mit Brotgetreide muß auch das Problem der Versorgung mit Nahrungsmitteln und mit Bier beachtet werden.

2. Hafer. Der Heeresbedarf beträgt rd. 1,8 Mill. t. Rd. 600 000 t liefern Frankreich und die übrigen besetzten Gebiete im Westen. 1,2 - 1,5 Mill. t entfallen somit auf den Osten.

3. Fleisch. Der Bedarf der Wehrmacht beträgt rd. 600 000 t jährlich. Frankreich lieferte bisher mit Holland und Danemark etwa 200 000 t und wird im dritten Kriegsjahr höchstens 125 000 t liefern. Es verbleiben somit rd. 475 000 t Fleisch, die die Ostgebiete zu liefern haben, umgerechnet in Getreidewert 2 400 000 t Getreide.

4. Fett. Der Heeresbedarf beträgt jährlich rd. 100 000 t. Frankreich hat bisher und wird auch in Zukunft kein Fett liefern können. Die gesamten 100 000 t entfallen auf die Ostgebiete.

5. Außerdem haben die Ostgebiete den entsprechenden Bedarf an Heu und Stroh für die Wehrmacht, weiterhin den Bedarf an Obst, Gemüse, Fischkonserven, Zucker, Nahrungsmitteln, Hülsenfrüchten zu liefern.

Hieraus ergibt sich, daß ca. 1 Mill. t Brotgetreide, 1,2 Mill. t Futtergetreide, 2,4 Mill. t Getreide zur Fleischproduktion, insgesamt also 4 1/2 - 5 Mill. t Getreide, aus dem Ostraum für die Heeresverpflegung neben der Belieferung mit Heu, Stroh, Fett, Eiern usw. geliefert werden müssen. Es ist zu beachten, daß hierdurch die Transportlage für die Ausfuhr nach Deutschland aus dem Osten und für den Nachschub von Deutschland ganz wesentlich entlastet wird."

Versorgung der deutschen Zivilbevölkerung

"Erst nach Abdeckung dieses Heeresbedarfs, der unter allen Umständen aus den Osträumen bereitgestellt werden muß, haben Lieferungen nach Deutschland zur Deckung des Zivilbedarfs einzusetzen. Hierbei ist jede Verzettelung auf Nebengebiete unter allen Umständen zu unterlassen. Im Vordergrund steht der Transport von Ölsaaten - insbesondere Sonnenblumenkerne, aber auch Leinsaat, Baumwollsaat, Sojabohnen - nach Deutschland, um die Fettbilanz zu verbessern. Denn für die Fettbilanz im 3. Kriegsjahr fallen rund 150 000 t Öl aus, die bisher Japan

und Maneschukuo über Rußland geliefert haben. Weiterhin werden im dritten Kriegswirtschaftsjahr die noch vorhandenen restlichen Ölsaatereserven aufgebraucht werden. Aus diesen Gründen wird es erforderlich sein, 400 - 500 000 t Öl aus dem Osten zu beziehen, die gleichzusetzen sind etwa 1 1/2 Mill. t Ölsaaten. Dieses Transportproblem muß unter allen Umständen bewältigt werden, wobei dadurch, daß im Ostraum bereits die Ölsaaten zu Öl geschlagen werden, insofern keine Transportentlastung entsteht, als Großdeutschland auf die anfallenden Ölkuchen ebenfalls nicht verzichten kann. Es wird eine Frage der Zweckmäßigkeit sein, ob unverarbeitete Ölsaaten oder Öl und Ölkuchen zum Transport kommen können. Endergebnis muß die Lieferung von rd. 400 000 t Öl und 1 Mill. t Ölkuchen sein.

Erst nach Bewältigung des Transports dieser Ölsaaten kann eine Getreideausfuhr stattfinden, die selbstverständlich außerordentlich erwünscht ist, da ja Großdeutschland in steigendem Maße die besetzten Gebiete beliefern muß und auch selbst für die Zukunft seine Reserven nach der schlechten Ernte 1940 und der bestenfalls zu erwartenden mittleren Ernte in diesem Jahre auffüllen muß. Auf jeden Fall müssen die Getreideüberschüsse der neuangegliederten Randgebiete sowie verkehrsgünstig gelegener Gebiete nach Deutschland ausgeführt werden, um bald die Mengen zu erreichen, die die Russen ohnehin freiwillig geliefert hätten. Unter allen Umständen müssen aber, wenn ein Abtransport nicht möglich ist, alle über den Heeresbedarf vorhandenen Getreideüberschüsse im Ostraum sichergestellt werden, damit diese Bestände im Laufe des kommenden Jahres nach Deutschland überführt werden können.

Wie bereits die Rationskürzung in Deutschland jetzt gezeigt hat, ist der schwächste Punkt in der deutschen Ernährung die Fleischversorgung. Die Entlastung, die dadurch entsteht, daß 2/3 des Heeres aus dem Ostraum sich mit Fleisch versorgen, ist nicht ausreichend, um die erfolgte Fleischsenkung zum Herbst wieder aufzuheben, da die Futterversorgungslage Deutschlands zwangsläufig einen weiteren Abbau der Schweine notwendig macht. Es wird daher erforderlich sein, auch für das Reich Fleischmengen aus dem Ostraum zur Verfügung zu stellen.

Während jedoch die Versorgung des Heeres aus allen Gebieten im Osten stattfinden muß (je nach den in den einzelnen Gebieten vorhandenen Truppen), und während die Ausfuhr von Ölsaaten und Getreide im

wesentlichen aus der Schwarzerdezone stattfinden wird, wird die Bereitstellung von Fleisch für deutsche Zwecke, ja sogar auch für Zwecke des laufenden Bedarfs der Wehrmacht aus der Waldzone stattfinden müssen, und hier wiederum insbesondere aus den weißrussischen und den Zentralindustriegebieten um Moskau herum."

e) Göring weist die bevorzugte Behandlung der Wirtschaft der nichtrussischen Völker zurück

Die oben dargestellte differenzierte Ausarbeitung Backes, die die einzelnen nationalen Gebiete der Sowjetunion nach ihrer politischen Sonderstellung behandelte, kam nie zur praktischen Anwendung. Sie wurde mit einer größeren, alle Gebiete der Wirtschaft umfassenden Ausarbeitung verschmolzen, die Anfang Juni 1941 in 1000 Exemplaren auf 28 Seiten unter der Bezeichnung "Richtlinien für die Führung der Wirtschaft (Grüne Mappe)" herausgegeben wurde. Sie war als amtliche Weisung für die Truppenführung und die Wirtschaftsdienststellen zur Orientierung über die wirtschaftlichen Aufgaben in den neu zu besetzenden Ostgebieten bekanntgegeben. In dieser amtlichen Weisung waren alle Hinweise auf die bevorzugte Behandlung der nichtrussischen Gebiete ausgelassen und somit die Sowjetunion als ein einheitliches Objekt der deutschen Ausbeutung hingestellt. So bracht auch auf diesem Gebiet der Plan Alfred Rosenbergs zusammen.

10. DER PLAN HIMMLERS ZUR BEFRIEDUNG DER BESETZTEN OSTGEBIETE

a) Aufstellung der Einsatzgruppen

Wie schon erwähnt, beauftragte Hitler kurz nach seinem Entschluß, den Krieg gegen die Sowjetunion zu unternehmen, Heinrich Himmler, alle Vorbereitungen zu treffen, um das eroberte Gebiet im Sinne seiner (Hitlers) Konzeption zu befrieden und alle Widerstandselemente mit allen Mitteln schnellstens und vollkommen zu brechen. Himmler machte sich sofort an die Arbeit und schuf sich dabei eine besondere Truppe, die er mit dem obengenannten Auftrag be-

traute. Dies waren spezielle Sicherheitspolizei (Sipo)- und Sicherheitsdienst (SD)-Einheiten. Sie erhielten die Bezeichnung "Einsatzgruppen" und waren wiederum in "Einsatzkommandos", "Sonderkommandos" und "Teilkommandos" unterteilt. Die Idee der Einsatzgruppen war insoweit nicht neu, als sie schon im Polenfeldzug in beschränktem Maße verwirklicht worden war. Während des Ostkrieges aber kam sie erst zum vollen Zuge.

Es gab an der Ostfront vier Einsatzgruppen: A, B, C und D. Die Gruppe A stand unter der Führung von Stahlecker, Abteilungsleiter im Auswärtigen Amt, Gruppe B unter Nebe, Chef des Amtes V (Kripo) des Hauptamtes des Chefs der Sipo und des SD (RSHA), Gruppe C unter Rasch und später Thomas, Gruppe D unter Otto Ohlendorf, Chef des SD, Amt III des Hauptamtes RSHA. ¹⁾ Eine ausführliche Schilderung der Einsatzgruppen gab Otto Ohlendorf, die wir im Anhang (S.343) wiedergeben. Dort finden wir auch die Beschreibung der Methoden, mit denen die Einsatzgruppen ihre Aufgaben erfüllten.

b) Die Einsatzgruppen und die Wehrmacht

In den Punkten 2b, 4 und 5 der "Richtlinien auf Sondergebieten zur Weisung 2: (Fall Barbarossa)" - wurde der Wehrmacht das selbständige Handeln Himmlers auf dem Gebiete des Sicherheitswesens bekannt gegeben, ²⁾ (am 13. März 1941).

1) In der Ukraine waren drei Einsatzgruppen: B (hauptsächlich in der West-Ukraine - Standorte in Lemberg, Tarnopol, Luck, Ravn und andere - unter dem Befehl des Höheren SS- und Polizeiführers Korsemann; C (in der nördlichen und mittleren Ukraine) unter dem Befehl von Thoma mit dem Standort in Kiev, einschließlich der Sonderkommandos 4a unter Blobel (Standort Kiev), 4b unter Braune (Standort Kremenčuk), 5 unter Meyr (Standort Kiev) und 6 unter Kroeger; die Einsatzgruppe D in der Süd-Ukraine unter dem Befehl von Otto Ohlendorf (Standort Nikolajev), einschließlich der Sonderkommandos 10a unter Seetzen (Standort Taganrog), 10b unter Pessterer (Standort Skadowsk) und die Einsatzkommandos 11a unter Zapp (Standort Myačka) und 12 unter Noske (Standort Michajlovka).

2) IMT-447-PS

"2b) Im Operationsgebiet des Heeres erhält der Reichsführer SS zur Vorbereitung der politischen Verwaltung Sonderaufgaben im Auftrage des Führers, die sich aus dem endgültig auszutragenden Kampf zweier entgegengesetzter politischer Systeme ergeben. Im Rahmen dieser Aufgaben handelt der Reichsführer SS selbständig und in eigener Verantwortung. Im übrigen wird die dem Ob. d. H. und den von ihm beauftragten Dienststellen übertragene vollziehende Gewalt hierdurch nicht berührt. Der Reichsführer SS sorgt dafür, daß bei Durchführung seiner Aufgaben die Operationen nicht gestört werden. Näheres regelt das OKH mit dem Reichsführer SS unmittelbar."

Im Sinne dieser allgemeinen Weisung kam es Ende Mai 1941 zu der Vereinbarung zwischen dem Generalquartiermeister des Heeres, General Wagner, und dem Chef des Reichssicherheitshauptamtes, SS Gruppenführer Heydrich, in welcher die Zusammenarbeit bzw. Abgrenzung der Befugnisse zwischen Heer und Einsatzgruppen festgelegt wurde.

Die Grundlage dieser Vereinbarung bildete der ergangene Führerbefehl, daß die SIPO und der SD im Kampfverband des Feldheeres zum Einsatz gelangen. Die einzelnen Einsatzgruppen waren dabei auf die zum Einsatz gelangenden Heeresgruppen verteilt und die einzelnen Einsatzkommandos auf die betreffenden zum Einsatz gelangenden Armeen.

In der hier besprochenen Vereinbarung war die Frage der Befehlsgewalt über die Einsatzgruppen so geregelt, daß sie in allen Frontgebieten völlig dem Feldheer unterstellt waren, taktisch, fachlich und truppendienstlich. In den rückwärtigen Operations- und Heeresgebieten waren die Einsatzgruppen bzw. -Kommandos nur truppendienstlich dem Feldheer unterstellt, dagegen befehlsmäßig und fachlich dem RSHA.¹⁾

Nachdem die grundsätzlichen Fragen zwischen Wagner und Heydrich geregelt worden waren, riefen sie Anfang Juni 1941, gemeinsam mit dem Chef des Amtes Auslands-Abwehr des OKW, sämtliche Ic-Offiziere der Armeeoberkommandos und sämtliche Ic-Offiziere aller Heeresgruppen, Armeen, Armeekorps und etlicher Divisionen, die an dem kommenden Feldzug teilnehmen sollten, zu einer gemeinsamen Besprechung im OKW-Gebäude in Berlin zusammen. Ebenfalls anwesend waren die verantwortlichen Führer der Einsatzgruppen und -Kommandos. Auf der Tagung wurden die militärische Planung gegen die

1) Eidliche Erklärung des Generalleutnants Heusinger, Chef der Operationsleitung im OKH vom 1. 12. 1945. IMT-3717-PS

Sowjetunion und Einzelheiten der zwischen Wagner und Heydrich getroffenen Vereinbarung dargestellt. Dadurch wurden die verantwortlichen Führer der Wehrmacht über die Aufgaben der Einsatzgruppen informiert, womit aber nicht gesagt ist, daß sie dabei über die geplanten Terrormaßnahmen dieser Gruppen im Bilde waren.¹⁾

c) Ausgliederung der Polizeigewalt aus der allgemeinen Verwaltung

Außer den Einsatzgruppen, die unmittelbar hinter der Front tätig waren, verfügte Himmler zum Zwecke der Befriedung der besetzten Ostgebiete noch über den üblichen Polizeiapparat. Wie schon erwähnt, bemühte sich Rosenberg um die Eingliederung dieses Apparates in die allgemeine Verwaltung, indem er seine Unterstellung unter die General- und Gebietskommissare vorschlug. Heinrich Himmler wehrte sich dagegen und konnte bei Hitler durchsetzen, daß die gesamte Polizeimacht ausschließlich von ihm abhängig war. Natürlich schadete seine Terror-Herrschaft in den Ostgebieten der politischen Konzeption Rosenbergs außerordentlich und setzte sie zu einer bloßen Theorie herab, die keinen Einfluß auf die Gestaltung der Verhältnisse im Osten mehr hatte.

11. DAS OBERKOMMANDO DER WEHRMACHT IM DIENSTE DER KONZEPTION ADOLF HITLERS

Ähnlich wie die wirtschaftlichen Vorbereitungen Hermann Görings und die polizeilichen Heinrich Himmlers, standen auch die militärischen Vorbereitungen des OKW völlig unter dem Zeichen der politischen Konzeption Hitlers. In den Dokumenten aus jener Zeit finden sich nur hie und da einzelne Sätze, die schließen lassen, daß die militärischen Führer auch die Richtlinien Rosenbergs für die Übergangszeit berücksichtigten, ohne dabei jedoch auf sein prinzipielles Ziel der politisch-staatlichen und sozialen Befreiung der Völker des Ostens einzugehen. Am 13. März 1941 gab z. B. Wilhelm Keitel "Richtlinien auf Sondergebieten zur Weisung 21 (Fall Barbarossa)" heraus, in denen es hieß:²⁾

1) IMT-3710-PS

2) IMT-447-PS

"Das im Zuge der Operationen zu besetzende russische Gebiet soll, sobald der Ablauf der Kampfhandlungen es erlaubt, nach besonderen Richtlinien in Staaten mit eigenen Regierungen aufgelöst werden."

Und dann in Punkt 2c:

"Sobald das Operationsgebiet eine ausreichende Tiefe erreicht hat, wird es rückwärts begrenzt. Das neubesetzte Gebiet rückwärts des Operationsgebietes erhält eine eigene politische Verwaltung. Es wird entsprechend den volkstumsmäßigen Grundlagen und in Anlehnung an die Grenzen der Heeresgruppen zunächst in Nord (Baltikum), Mitte (Weißrußland), und Süd (Ukraine) unterteilt. In diesen Gebieten geht die politische Verwaltung auf Reichskommissare über, die ihre Richtlinien vom Führer empfangen."

Eine Ergänzung dieser Richtlinien bildet die OKW-Weisung vom Juni 1941, Punkt d¹⁾:

"Propagandatendenzen, die auf den Zerfall der Sowjetunion in Einzelstaaten gerichtet sind, dürfen zunächst nicht zur Anwendung gebracht werden. Die deutsche Propaganda muß sich zwar in den verschiedenen Gebietsteilen der Sowjetunion der jeweils am meisten gebräuchlichen Sprache bedienen; dies darf aber nicht dazu führen, daß durch die Art der einzelnen Propagandatexte frühzeitig der Schluß auf eine beabsichtigte Zerreißung der Sowjetunion gezogen werden kann.

Unbeschadet dessen müssen jedoch die Ausdrücke "Rußland", "Russen", "russische Wehrmacht" usw. vermieden und durch "Sowjetunion", "Völker der Sowjetunion", "Rote Armee" usw. ersetzt werden."

Schließlich sind in diesem Zusammenhang die Aussagen von Feldmarschall W. Keitel auf dem Nürnberger Prozeß von Bedeutung. Auf die Frage des sowjetischen Anklagevertreters, General Rudenko, gab er eine Erläuterung, die folgendermaßen lautete:

"Rudenko: Sie behaupten unter Eid vor dem Gerichtshof, daß Sie nichts von Hitlers Plänen wußten, sich die Gebiete der Sowjetunion anzueignen und sie zu kolonisieren?"

Keitel: Nein, das ist nicht ausgesprochen worden in dieser Form.

1) IMT-447-PS

2) IMT-026-C

Es ist mir wohl zum Bewußtsein gekommen, die baltischen Provinzen in eine Abhängigkeit von Deutschland zu bringen, die Ukraine in ein enges Verhältnis von Ernährungs- oder wirtschaftlichen Beziehungen zu bringen, aber konkrete Eroberungsobjekte sind mir nicht bekannt und diese sind, wenn sie mal gestreift worden sind, von mir nicht als ernste Probleme angesehen worden. So habe ich damals aufgefaßt, ich darf ja nicht darstellen, wie ich es heute sehe, sondern wie ich es damals gesehen habe."1)

Wie wir sehen, trugen die hier angeführten Bestimmungen (zwar sehr vorsichtig und nicht eindeutig genug) wenigstens einigermaßen dem Plane Rosenbergs Rechnung.

Alle anderen Vorbereitungen, Anweisungen und Richtlinien trugen das Siegel des Geistes Hitlers, der als oberster Befehlshaber der Wehrmacht alle Voraussetzungen besaß, sie in voller Übereinstimmung mit seinen Anschauungen zu treffen. Dabei stellte sich nochmals heraus, daß er die politische Konzeption seines Ressortministers für die besetzten Ostgebiete völlig außer acht ließ. Seine Anweisungen an die Wehrmacht durchkreuzten diejenigen Alfred Rosenbergs an die Zivilverwaltung und nahmen ihnen jede praktische Bedeutung.

Das zeigte sich mit besonderer Deutlichkeit bei den Anweisungen des OKW bzw. Hitlers, die die Behandlung der Zivilbevölkerung betrafen. Während Alfred Rosenberg eine entgegenkommende Haltung der Deutschen in bezug auf die Einwohner der nichtrussischen Gebiete der Ukraine, des Baltikum und Kaukasus sowie Turkestans empfahl, befahl das OKW äußerste Härte der ganzen Bevölkerung der SU gegenüber, ohne Rücksicht auf Nationalität und Volkzugehörigkeit. Insbesondere waren vier Maßnahmen vorgesehen, die ihrem Wesen nach geeignet waren, das politische Ziel Rosenbergs außer Kraft zu setzen. Es waren

1. die Anweisung, die Zivilbevölkerung der besetzten Ostgebiete außerhalb des Gesetzes zu stellen,
2. kollektive Gewaltmaßnahmen gegen die Zivilbevölkerung anzuwenden,
3. politische Hoheitsträger und politische Kommissare ohne Gericht zu töten und
4. die Kriegsgefangenen entgegen den Bestimmungen der Genfer Konvention

1) IMT Bd. 10, S. 279

zu behandeln.

a) Die Zivilbevölkerung außerhalb des Gesetzes

Am 13. Mai 1941 gab Hitler einen Erlaß heraus, der den Titel "Die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet Barbarossa und über besondere Maßnahmen der Truppe" ¹⁾ trug. Im ersten Abschnitt "Behandlung von Straftaten feindlicher Zivilpersonen" lesen wir:

- "1. Straftaten feindlicher Zivilpersonen sind der Zuständigkeit der Kriegsgerichte und der Standgerichte bis auf weiteres entzogen.
 2. Freischärler sind durch die Truppe im Kampf oder auf der Flucht schonungslos zu erledigen.
 3. Auch alle anderen Angriffe feindlicher Zivilpersonen gegen die Wehrmacht, ihre Angehörigen und das Gefolge sind von der Truppe auf der Stelle mit den äußersten Mitteln bis zur Vernichtung des Angreifers niederzukämpfen.
 4. Wo Maßnahmen dieser Art versäumt wurden oder zunächst nicht möglich waren, werden tatverdächtige Elemente sogleich einem Offizier vorgeführt. Dieser entscheidet, ob sie zu erschießen sind.
- Gegen Ortschaften, aus denen die Wehrmacht hinterlistig oder heimtückisch angegriffen wurde, werden unverzüglich auf Anforderung eines Offiziers in der Dienststellung mindestens eines Bataillons- usw.-Kommandeurs kollektive Gewaltmaßnahmen durchgeführt, wenn die Umstände eine rasche Feststellung einzelner Täter nicht gestatten.
5. Es wird ausdrücklich verboten, verdächtige Täter zu verwahren, um sie bei Wiedereinführung der Gerichtsbarkeit über Landeseinwohner an die Gerichte abzugeben.
 6. Die Oberbefehlshaber der Heeresgruppen können im Einvernehmen mit den zuständigen Befehlshabern der Luftwaffe und der Kriegsmarine die Wehrmachtsggerichtsbarkeit über Zivilpersonen dort wieder einführen, wo das Gebiet ausreichend befriedet ist.

Für das Gebiet der politischen Verwaltung ergeht diese Anordnung durch den Chef des Oberkommandos der Wehrmacht."

1) IMT-050-C

Im Abschnitt III dieses Erlasses wird verfügt, daß die Truppenbefehlshaber persönlich dafür verantwortlich sind,

" 1. daß sämtliche Offiziere der ihnen unterstellten Einheiten über die Grundsätze zu I rechtzeitig in der eindringlichsten Form belehrt werden,

2. daß ihre Rechtsberater von diesen Weisungen und von den mündlichen Mitteilungen in denen den Oberbefehlshabern die politischen Absichten der Führung erläutert worden sind, rechtzeitig Kenntnis erhalten.

3. daß nur solche Urteile bestätigt werden, die den politischen Absichten der Führung entsprechen."

Im selben Erlaß, Abschnitt II, wurde auch verfügt, daß die Wehrmächtsangehörigen für ihre Straftaten gegen die Zivilbevölkerung der besetzten Ostgebiete nicht verfolgt werden dürfen. Wir lesen:

"1. Für Handlungen, die Angehörige der Wehrmacht und des Gefolges gegen feindliche Zivilpersonen begehen, besteht kein Verfolgungszwang, auch dann nicht, wenn die Tat zugleich ein militärisches Verbrechen oder Vergehen ist.

2. Bei der Beurteilung solcher Taten ist in jeder Verfahrenslage zu berücksichtigen, daß der Zusammenbruch im Jahre 1918, die spätere Leidenszeit des deutschen Volkes und der Kampf gegen den Nationalsozialismus mit den zahllosen Blutopfern der Bewegung entscheidend auf bolschewistischen Einfluß zurückzuführen war und daß kein Deutscher dies vergessen hat.

3. Der Gerichtsherr prüft daher, ob in solchen Fällen eine disziplinare Ahndung angezeigt oder ob ein gerichtliches Einschreiten notwendig ist. Der Gerichtsherr ordnet die Verfolgung von Taten gegen Landeseinwohner im kriegsgerichtlichen Verfahren nur dann an, wenn es die Aufrechterhaltung der Manneszucht oder die Sicherung der Truppe erfordert. Das gilt z. B. für schwere Taten, die auf geschlechtlicher Hemmungslosigkeit beruhen, einer verbrecherischen Veranlagung entspringen oder ein Anzeichen dafür sind, daß die Truppe zu verwildern droht. Nicht milder sind in der Regel zu beurteilen Straftaten, durch die sinnlos Unterkünfte sowie Vorräte oder anderes Beutegut zum Nachteil der eigenen Truppe vernichtet wurden.

Die Anordnung des Ermittlungsverfahrens bedarf in jedem einzelnen Fall der Unterschrift des Gerichtsherrn.

4. Bei der Beurteilung der Glaubwürdigkeit von Aussagen feindlicher Zivilpersonen ist äußerste Vorsicht geboten."

Durch diesen Erlaß hatte Hitler der Willkür des Militärs freie Hand gegeben. Daß sie sich nur mäßig auswirkte, war der Disziplin des deutschen Offizierskorps und der Mannschaft zu verdanken. Umso schlimmere Auswirkungen hatten ähnliche Anweisungen an die Polizei.

b) Tötung der politischen Hoheitsträger und Kommissare

Viel tragischere Folgen für die Bevölkerung im Osten hatte die andere Anweisung des OKW über die Behandlung der kommunistischen Hoheitsträger. Der Entwurf zu dieser Anweisung wurde am 6. Mai von General Warlimont, dem stellvertret. Chef des Wehrmachtsführungsstabes, ausgearbeitet. Er sah vor, daß alle politische Hoheitsträger und Kommissare sofort, aber spätestens im Durchgangslager ohne Gericht zu töten seien. Wörtlich hieß es:¹⁾

"1. Politische Hoheitsträger und Leiter (Kommissare) sind zu beseitigen.

2. Soweit sie von der Truppe ergriffen werden, Entscheidung durch einen Offizier mit Disziplinarstrafgewalt, ob der Betreffende zu beseitigen ist. Hierzu genügt die Feststellung, daß der Betreffende politischer Hoheitsträger ist.

3. Politische Leiter in der Truppe werden nicht als Gefangene anerkannt und sind spätestens in den Dulags zu erledigen. Kein Abschieben nach rückwärts.

4. Fachliche Leiter der wirtschaftlichen und technischen Betriebe sind nur zu ergreifen, wenn sie sich gegen die deutsche Wehrmacht auflehnen.

5. Die Durchführung der Operationen darf durch diese Maßnahmen nicht gestört werden. Planmäßige Such- und Säuberungsaktionen unterbleiben.

6. Im rückwärtigen Heeresgebiet sind Hoheitsträger und Kommissare mit Ausnahme der politischen Leiter in der Truppe den Einsatzkomman-

1) IMT-884-PS; außerdem siehe Anhang S. 337

dos der Sicherheitspolizeiit abzugeben."

Im Abschnitt III des Entwurfes hieß es:

" 1. Funktionäre, die sich gegen die Truppe wenden, was von dem radikalen Teil zu erwarten ist, fallen unter den "Erlaß über die Ausübung der Gerichtsbarkeit im Gebiet Barbarossa". Sie sind als Freischärler zu erledigen. Eine gleiche Behandlung sehen die "Richtlinien für das Verhalten der Truppe in Rußland" vor.

2. Funktionäre, die sich keiner feindlichen Handlung schuldig machen, werden zunächst unbehelligt bleiben. Man wird es der Truppe kaum zumuten können, die verschiedenen Dienstgrade der einzelnen Sektoren aussondern zu können. Erst bei der weiteren Durchdringung des Landes wird es möglich sein zu entscheiden, ob die verbliebenen Funktionäre an Ort und Stelle belassen werden können oder an die Sonderkommandos zu übergeben sind, sofern nicht diese selbst die Überprüfung vorzunehmen in der Lage sind.

3. Funktionäre in der Truppe werden entsprechend dem Vorschlag OKH zu behandeln sein. Diese werden nicht als Gefangene anerkannt und sind spätestens in den Durchgangslagern zu erledigen und keinesfalls nach rückwärts abzuschieben."

Alfred Rosenberg war sich klar über die Folgen, die solch ein Befehl haben könne und legte Einspruch gegen ihn ein. Aber Hitler entschied zugunsten des OKW. Der Befehl wurde kurz vorKriegsbeginn bis zu den Kompanien hinunter bekannt gegeben. Die Ungewöhnlichkeit dieses Befehles führte dazu, daß einige Befehlshaber sich weigerten ihn weiterzuleiten.⁴⁾

Mit den zunehmenden Erfolgen der Wehrmacht im Osten verschärften sich die Kriegsmaßnahmen gegen die Bevölkerung. Am 16. September 1941 wurde der "Kommunistenerlaß" herausgegeben, der anordnete, daß für einen in der Etappe getöteten deutschen Soldaten 50 - 100 Kommunisten zu erschießen seien.

→ IM1-004-PS

2) In der eidlichen Aussage des Obersten Bogislav von Bonin vom 1.12.1945 heißt es:

"Ich war zu Beginn des russischen Feldzuges erster Generalstabsoffizier der 17ten Panzerdivision, die nördlich Brest-Litowsk über den Bug anzugreifen hatte. Ganz kurz vor Beginn des Angriffs erhielt meine Division einen schriftlichen Führerbefehl vom OKW auf dem Dienstwege. In diesem Befehl war angeordnet, daß russische Kommissare bei Gefangennahme ohne gerichtliches Verfahren sofort und rücksichtslos zu erschießen wären. Dieser Befehl galt für alle Einheiten des Ostheeres. Obwohl der Befehl bis herunter zu den Kom-

Diesem folgte am 1. Oktober 1941 der "Geiselerlaß", wonach Geiseln aus nationalistischen, demokratischen, bourgeoisen und kommunistischen Kreisen erschossen werden sollten, wenn ein Angriff gegen Angehörige deutscher Streitkräfte in den besetzten Gebieten aus irgendeinem dieser Kreise erfolge. Schließlich folgte noch der berühmte "Nacht- und Nebelerlaß" vom 7. Dezember 1941. Danach sollten bei Terror- und Sabotageakten Einwohner der besetzten Gebiete bei "Nacht und Nebel" ohne Benachrichtigung der Angehörigen weggeschafft und dem SD übergeben werden. Dazu kam dann später noch (16. Dezember 1942) ein Befehl zur rücksichtslosen Bandenbekämpfung. Im Januar 1943 wurde der SS-Gruppenführer von dem Bach-Zelewski zum Chef der Bandenbekämpfung¹⁾ ernannt.

c) Die Behandlung der Kriegsgefangenen entgegen den internationalen Vorschriften

Einen schweren Schlag gegen die Pläne Alfred Rosenbergs bedeutete die gegen das internationale Recht verstoßende, vom OKW angeordnete Behandlung der sowjetischen Kriegsgefangenen. Das OKW nutzte die Tatsache aus, daß Moskau die internationale Konvention über die Kriegsgefangenen nicht unterzeichnet hatte und gab am 8. 9. 1941 die Anordnung, daß sich die deutsche Führung an diese Vorschriften nicht zu halten brauche. Der Kriegsdienst in der Roten Armee galt danach nicht als soldatische Pflichterfüllung, sondern als Verbrechen (siehe Anhang S. 346).

Die Vorschriften der Anordnung waren so abgefaßt, daß sie willkürliche Mißhandlungen und Tötungen der Kriegsgefangenen erlaubten. Außerdem wurde die Aussonderung der Zivilpersonen und politisch unerwünschten Kriegsgefangenen sowie die Entscheidung über ihr Schicksal den Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD überlassen, was in der Regel ihren Tod bedeutete (siehe Anhang S. 46). Laut Anordnung wurde eine mit Stöcken, Peitschen und

panien bekanntgegeben werden sollte, hat der kommandierende General des XXXVII Panzerkorps (General der Panzertruppen Lemelsen) die Bekanntgabe an die Truppe verboten, weil dieser Befehl nach seiner Auffassung in militärischer und moralischer Hinsicht untragbar schien.

IMT-3718-PS

1) Kordt, Erich: Wahn und Wirklichkeit, S. 104

ähnlichem ausgestattete Lagerpolizei eingerichtet, der die Bestrafung der Gefangenen übergeben wurde.

Alles dies hatte zur Folge, daß mehrere Hunderttausend sowjetischer Kriegsgefangener in den Lagern gestorben sind.

General Giovanni Messe, der Oberbefehlshaber des italienischen Expeditionskorps, bescheinigt in seinem zweiten Bericht vom Oktober 1942:¹⁾

"Die vom deutschen Oberkommando zur Regelung dieser wichtigen Frage erlassenen Bestimmungen sind bereits zahlreich, aber es kann ihnen nicht nachgesagt werden, daß sie das Ergebnis gezeitigt hätten, den Kriegsgefangenen und Überläufern eine menschliche Behandlung und erträgliche Lebensverhältnisse zu sichern. Sie haben nicht einmal den Zweck erfüllt, eine einheitliche Durchführung der die Kriegsgefangenen und Deserteure betreffenden Befehle zu gewährleisten. Nach Einsicht des politisch schädlichen Charakters der destruktiven Behandlung der ersten Zeit versuchte das deutsche Oberkommando, Lager mit besseren Lebensverhältnissen für die Kriegsgefangenen zu organisieren, mit dem Ziel, die ursprünglichen Eindrücke auszulöschen und sich ein Gegenargument gegen die feindliche Propaganda zu schaffen."

Nach Ansicht von Messe waren die Gründe des Mißerfolges dieses Planes folgende:

"Die großen Massen der in Lagern untergebrachten Kriegsgefangenen, die im Einzelfall oft die Zahl von mehreren Zehntausend erreichten, machten es schwierig, wenn überhaupt möglich, die Versprechen der Propaganda einzuhalten. . . . Auch die den Überläufern gemachten Versprechen in Flugblättern, konnten laut Rundschreiben vom 3. 3. 1942 nicht im minimalsten Umfang eingehalten werden. Der Deserteur, der sich in der Hoffnung auf gute Behandlung und bezahlte Arbeit stellte, wurde oft mit den anderen Kriegsgefangenen vermischt, um im gleichen Lager mißhandelt zu werden."

1) Giovanni Messe: "Italienisches Expeditionskorps in Rußland. Betrachtung der deutschen Kriegspolitik an der Ostfront. Russische Front - Donezbecken, Oktober 1942 (Maschinenschrift).

General Giovanni Messe bescheinigt, daß das OKW ein besonderes Rundschreiben "Über die bevorzugte Behandlung der Kriegsgefangenen einiger Völker" herausgegeben hatte. Das Rundschreiben verstand unter "einiger Völker" Ukrainer, Kaukasier, Balten und andere nichtrussische Völker der UdSSR. Über die kläglichen Folgen dieser Verordnung urteilt Messe wie folgt:

"Der Deutsche glaubt in dem Kriegsgefangenen einen Unterwürfigen, einen Vasallen und einen zu niederen Arbeiten verwendbaren Knecht befreit zu haben und wird in ihm nie den Vertreter einer alliierten Nation sehen können, wie es eigentlich hätte sein müssen, wenn ansehnliche Erfolge erzielt werden sollten. Als Folge dieser Regeln "Über die bevorzugte Behandlung der Kriegsgefangenen einiger Völker" sieht man eine große Zahl ehemaliger Kriegsgefangener als Diener in den Küchen und Casinos, als Viehhüter und Fahrer hinter den deutschen Kolonnen in einer merkwürdigen Vermischung mit den Truppen eingesetzt."

Die hier von Messe geschilderte überhebliche Einstellung wurde den deutschen Soldaten von den obersten Stellen, darunter auch vom OKH, eingeredet. Messe zitiert ein Rundschreiben des OKH (ohne Datum), in welchem die Ansichten der deutschen Heeresführung gegenüber der sowjetischen Zivilbevölkerung wiedergegeben war:

"Der deutsche Soldat in Rußland, wie kaum in einem anderen Land Europas, hat die Gelegenheit, sein gutes Recht zum Befehlen von der Bevölkerung frei anerkannt zu sehen... die Völker des Ostens müssen fühlen, daß er der Herr sei."

Die angeführten politischen Fehlentscheidungen, die vom OKW und den Oberkommandos der drei Wehrmachtsteile getroffen wurden und so entscheidend zum Fehlschlag der Konzeption Alfred Rosenbergs beigetragen haben, finden beim OKW-Chef Wilhelm Keitel eine Erläuterung, die als Urteil eines unmittelbar verantwortlichen Mannes hier angeführt werden muß:

d) Urteil des Chefs des OKW über die Verantwortung
der Militärs für die Politik Hitlers¹⁾

"Die Vorbereitungen des Ost-Feldzuges Winter 41/42 standen von vornherein unter dem Einfluß eines Rassen- und politisch weltanschaulichen Krieges nach dem Grundsatz: Kampf gegen die aktiven Träger der kommunistischen Idee und gegen alle aus der weltanschaulichen Todfeindschaft auflebenden Widerstände im Lande. Obwohl Hitler dieser seiner Auffassung mehrfach als Politiker und Staatsmann Ausdruck verlieh, hatte niemand von uns Soldaten damals eine Vorstellung, daß die Zustände sich zu einer solchen Entartung entwickeln konnten, wie es geschehen ist und daß das sein Wille sein könnte. Wir kannten seine militärischen Fähigkeiten, seine soldatische Einstellung und wir hatten seine großmütige und versöhnliche Haltung beim Abschluß des Waffenstillstandes mit Frankreich und in der Folgezeit erlebt. Alles dies würde in einem unlöslichen Widerspruch zu einer Einstellung gestanden haben, die einen solchen Kriegsverlauf vorhersehen, ja sogar beabsichtigen konnte.

Es war im März 1941 - vor dem jugoslawischen Umsturz - als er für den damals noch auf Mitte Mai 1941 beabsichtigten Angriff auf die Sowjet-Union, das war also 8 Wochen vorher, im Zusammenhang mit dem Anlauf des Eisenbahneraufmarsches zu den versammelten Generalen erstmals über seine Auffassung des weltanschaulich bedingten, von den normalen Regeln abweichenden Krieges und seiner Methoden gesprochen hat. Schon damals, nicht erst bei der letzten Besprechung Mitte Juni 1941, hatte er Ideen entwickelt, die den Generalen die Härte des Kampfes, die Gefahren der kommunistisch fanatisierten Teile der Bevölkerung, der Kommissar-Herrschaft und des zu erwartenden Partisanenkrieges aufzeigte, ferner Anwendung dementsprechender Abwehrmethoden vorschrieb. Der Eindruck war um so schwerwiegender und um so nachhaltiger, als er darauf hinwies, daß er nicht das Verständnis der Generäle erwarte, daß man ihm aber glauben müsse, weil nur er - nicht die Generäle - den in Deutschland von ihm geführten Kampf und den durch diese Idee fanatisierten Weltfeind kenne.

1) IMT-Keitel-12

Keinem der Generäle - von den wenigen, mit den Kriegsplänen vertrauten - ist damals und konnte auch nur der Gedanke kommen, von welchen Methoden dieser Krieg der Soldaten begleitet werden sollte. Kein Wort der Ausrottung der Bevölkerung oder der Juden, von Massenhinrichtungen oder Verschleppung in K. Z. -Lager ist jemals gefallen. Dagegen wurde die wirtschaftliche Nutzbarmachung des Landes, Schonung und Sicherung seiner Ernte und der Rohstoff-Vorräte stark betont. Kein General ist damals auf den Gedanken gekommen, es sollte - außer dem Selbstschutz, für den jedes Mittel anzuwenden sei - etwas von unseren Soldaten gefordert werden, was die Soldatenehre der Wehrmacht verletzen müsse. Kein General ist daher damals vorgetreten und hat Einspruch oder Protest erhoben, wenn auch wohl die Mehrzahl die Notwendigkeit dieses Krieges innerlich ablehnte und schwerste Bedenken und Sorgen gehabt hat. Ganz besonders war dies der Fall, als die Ausmerzungen der politischen Aktivisten, Agenten und Kommissare, Versagung der Aberkennung¹⁾ als Kriegsgefangene für diesen Personenkreis, Übergabe an die Gestapo und ferner zeitweise Aussetzung der Kriegsgerichtsbarkeit gegen die Bevölkerung und z. Teil auch gegen die eigenen Soldaten befohlen wurde. Das waren ernste Eingriffe in die bisher gewohnten und bekannten Regeln der Kriegsführung. Aber sie wären notfalls noch tragbar gewesen, wenn den Befehlshabern und Kommandeuren die Verantwortlichkeit für die Anwendung solcher Mittel allein, d. h. ohne gleichzeitige Ermächtigung von Nicht-Soldaten, anvertraut geblieben wäre. Keiner der hohen Befehlshaber hat die Ablehnung der Anweisungen zum Ausdruck gebracht.

In dieser Zeit, in der die schriftlichen Befehle den mündlichen Anweisungen folgen mußten, kam es zu ernststen Auseinandersetzungen zwischen mir und Hitler, besonders, als er die Einschaltung des Reichsführers SS forderte. Die Vorlage der "Richtlinien" zum Fall "Barbarossa" bzw. Verwaltung und Nutzbarmachung der zu besetzenden Gebiete, führte zu scharfen Zusammenstößen wegen der Ermächtigung für den Reichsführer SS. Es war mir klar, daß hier, neben dem Heer und dem Ob. d. H. als allein verantwortende und vollziehende Gewalt gegenüber der Bevölkerung, eine Polizei-Exekutive geschaffen wurde, deren Befugnisse (wie sie von Hitler später zugelassen wurden), bei mir stärkste Bedenken auslösten. Meine Gegenvorstellungen, die von v. Brauchitsch unterstützt wurden, blieben erfolglos; die von Hitler

1) Soll wahrscheinlich "Versagung der Anerkennung" heißen

persönlich abgeänderten "Richtlinien" erhielten die von ihm geforderte Fassung, obwohl niemand von uns die tatsächlichen Folgen übersah. Meine Befürchtungen bewiesen sich als bald als nur allzu begründet. Hitler hatte Himmler mit diesen Vollmachten den Weg freigegeben, neben der Wehrmacht ein Faktor der Kriegsführung im Osten zu werden. Dabei galt als "Rechtfertigung", die Sowjet-Regierung habe die Haager Landkriegsordnung von 1907 und die Genfer Konvention nicht ratifiziert und sich bewußt und gewollt außerhalb der Regeln des Völkerrechts gestellt, das entbinde uns in gleicher Weise.

Die Polizei unter ihrem Chef Himmler begann in grenzenloser Hemmungslosigkeit ihre Pläne zu verwirklichen. Es war ein Selbstbetrug der Wehrmacht (OKH und OKW), sich hinter dem Wortlaut der Befehle zu verstecken, daß Himmler in eigener Zuständigkeit und Selbstverantwortung handele. Beide hatten den Befehlen des gleichen obersten Vorgesetzten Hitler zu gehorchen, die Wehrmacht und die Polizei, das konnte also die Wehrmacht letzten Endes nicht unberührt lassen. Welche Formen und Auswirkungen die Ermächtigungen Himmlers annehmen würden, hat allerdings niemand vorausgesehen und voraussehen können, bei dem Schleier, den auch Hitler selbst über diese Seite der Kriegsführung vor der Wehrmacht solange breitete, bis den Ermächtigungen die Taten folgten, und die Geschehnisse manchen Befehlshaber und Kommandeur, wenn auch nicht in ihren Ausmaßen, so doch im System, nicht mehr verborgen blieben, wenn ihr Bereich betroffen wurde. Die Ungeheuerlichkeit dieser Entwicklung änderte auch nicht die Tatsache, daß Hitler immer wieder betonte, die Wehrmacht halte er bewußt aus allem heraus, was in den Augen der Öffentlichkeit oder der Welt mit dem Makel einer unehrenhaften, völkerrechtswidrigen Kriegsführung belasten könne. Für solche Aufgaben sei die Polizei da.

....

Mit den "Richtlinien" zu "Barbarossa" für die Verwaltung und Ausnutzung der eroberten Ost-Gebiete, ist die Wehrmacht - wenn auch gegen ihre Absicht und ohne Kenntnis der Voraussetzungen - in die Folgeerscheinungen und Handlungen in steigendem Maße mit hineingezogen worden.

Ich und meine Mitarbeiter hatten keine tiefere Einsicht in die Auswirkungen der Vollmachten Himmlers und keine Vorstellung von den möglichen Auswirkungen dieser Vollmachten gehabt.

Das Gleiche nehme ich auch ohne weiteres für das OKH an, das gemäß Führerbefehl die Vereinbarungen mit Himmlers Organen getroffen und die Befehle an die nachgeordneten Befehlshaber des Heeres gegeben hat.

Nicht der Ob. d. H. hatte aber in Wirklichkeit die ihm übertragene vollziehende Gewalt und die Macht der Rechtssetzung und der Rechtswahrung in den besetzten Gebieten, sondern Himmler oder Heydrich entschieden eigenmächtig über Leben und Tod der Bevölkerung und Gefangenen, einschließlich der Kriegsgefangenen, in deren Lagern sie die Exekutive wahrnahmen.

Die traditionelle Erziehung und Pflichtauffassung des deutschen Offiziers zum bedingungslosen Gehorsam, und die Verantwortlichkeit der Vorgesetzten, hat zu einer (rückschauend bedauerlichen) Haltung geführt, die trotz Erkenntnis der Gesetzlosigkeit und inneren Ablehnens, doch vor Auflehnung gegen diese Befehle und Methoden zurückschreckte.

Der Führer hat seine Autorität und seinen grundsätzlichen Befehl Nr. 1 in unverantwortlicher Weise uns gegenüber mißbraucht. Dieser Befehl Nr. 1 lautete etwa:

1. Niemand soll Kenntnis haben von geheimen Dingen, die nicht in seinen eigenen Aufgabenbereich gehören.
2. Niemand soll mehr erfahren, als er zur Erfüllung der ihm gestellten Aufgaben wissen muß.
3. Niemand soll früher Kenntnis erhalten, als es für die ihm zufallenden Obliegenheiten notwendig ist.
4. Niemand darf mehr oder früher geheim zu haltende Aufträge an nachgeordnete Stellen weitergeben, als dies zur Erreichung des Zweckes unvermeidlich ist.

Wäre der gesamte Komplex, der aus der Ermächtigung Himmlers im Osten sich entwickelte, vorher bekannt gewesen, so hätte in diesem Fall erstmalig die führende Generalität dagegen eindeutig Protest erhoben; das ist meine Überzeugung."

Indem sich diese Ungeheuerlichkeiten, die eine aus der anderen, schrittweise und ohne nähere Kenntnis der Folgen, entwickelte, nahm das Verhängnis seinen tragischen Verlauf, mit seinen verhängnisvollen Folgen."

II. KAPITEL

DIE UKRAINISCHEN VORBEREITUNGEN FÜR DEN DEUTSCH-SOWJETISCHEN KRIEG

1. ZWEI KONZEPTIONEN DER UKRAINISCHEN POLITIK WÄHREND DES DEUTSCH-SOWJETISCHEN KRIEGES

In der Zeit vom Ausbruch des deutsch-polnischen bis zum Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges beherrschten die OUN und die Exil-Zentren der Republikaner und Monarchisten das Bild des ukrainischen politischen Lebens. Diese Lage änderte sich nach dem 22. Juni 1941. Zu den bereits vorhandenen Trägern der ukrainischen Politik kamen neue hinzu, die sich im Laufe des Krieges in der Ukraine herausbildeten. Es waren dies einerseits:

1. Der Ukrainische Nationalrat in Lemberg (Juli 1941 - März 1942);
2. Der Ukrainische Nationalrat in Kiev (an der Wende 1941/42);
3. Das Ukrainische Landeskomitee in Lemberg als Teil des Ukrainischen Hauptausschusses in Krakau;
4. Organisationen der ukrainischen Intelligenz in der Ost-Ukraine, besonders in Charkov, unter der Leitung der Rechtsanwälte Dolenko und Semenenko;
5. Das Ukrainische National-Komitee in Berlin (von Anfang 1945 bis zum Ende des Krieges).

Alle diese Komitees und Organisationen vertraten, ähnlich wie die OUN, eine politische Konzeption gegenüber Deutschland, die wir hier als "Politik der Opposition" bezeichnen.

(Im weiteren bezeichnen wir denjenigen Flügel der OUN, der unter der Führung von Oberst Andrij Melnyk stand, mit "Organisation Ukrainischer Nationalisten" (Abkürzung OUN), dagegen den zweiten Flügel als "Organisation Ukrainischer Nationalisten - Revolutionäre" (Abkürzung OUN-R.)

Andererseits gab es Organisationen, die Deutschland politisch und militärisch bekämpften; ihre Politik nennen wir "Politik der Revolution". Hier-

zu gehörten außer der OUN-R noch

1. revolutionär eingestellte Intelligenz aus der Ost- und Westukraine, die in verschiedener Weise mit der OUN-R bzw. mit der UPA und mit der UHWR zusammenarbeiteten;
2. die Ukrainische Aufständische Armee (UPA);¹⁾
3. der Ukrainische Hauptbefreiungsrat (UHWR).

Im Folgenden stellen wir die wichtigsten politischen Prinzipien der ukrainischen Politik fest und bedienen uns dabei hauptsächlich der Dokumentation der beiden Flügel der OUN als Hauptrepräsentanten der genannten Konzeptionen. Im Weiteren (III. und IV. Band) schildern wir auch die Politik der anderen Organisationen der beiden politischen Richtungen. Hier muß nur allgemein festgestellt werden, daß die politischen Grundsätze, die wir als charakteristisch für die beiden OUN herausstellen, auch für die anderen Organisationen maßgebend sind.

a) Die Politik der Opposition

Während die Spaltung in der OUN in ihrer ersten Phase immer deutlicher den Charakter einer persönlichen Auseinandersetzung zwischen der PUN und den Leuten der Landesexekutive annahm, zeigte sich ihre ganze politische Tragweite erst nach dem Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges. Sie ist nämlich im Endresultat zur Geburtsstunde der zwei verschiedenen ukrainischen politischen Konzeptionen während des deutsch-sowjetischen Krieges geworden. Die beiden OUN bereiteten sich auf dem Krieg aus zwei nicht nur politisch, sondern auch psychologisch-geistig verschiedenen Positionen vor.

- 1) Der stellvertretende Chef der SIPO und des SD in Lemberg gibt die Zahl der ukrainischen Aufständischen in Galizien allein für 1944 mit 80 000 Mann an (siehe "Sučasna Ukraina" vom 19. 10. 1952).

Die OUN sah nur zwei Möglichkeiten, die zum Wiederaufbau des ukrainischen Staates hätten beitragen können:

1. Die erste lag in Deutschland selbst, d. h. in seinem politischen Ostprogramm. Wenn sich Hitler entschlossen hätte - etwa nach dem Plan Rosenbergs - den ukrainischen Staat aus der Sowjetunion herauszulösen, dann wäre das ein gangbarer Weg zur völligen ukrainischen Unabhängigkeit gewesen.
2. Zugleich rechnete die OUN mit der Möglichkeit der gleichzeitigen Aufreibung Deutschlands und der UdSSR auf dem Schlachtfeld. Als Folge wurde die gleiche Lage erwartet wie 1918, als das zaristische Rußland und das kaiserliche Deutschland gleichzeitig den Krieg verloren hatten und dadurch der Ukraine die Chance gegeben war, sich staatlich von Rußland zu lösen.

Die zweite Auffassung hatte allerdings erst spät nach Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges und nach der Enthüllung der wahren Zielsetzung Deutschlands im Osten einen bedeutenderen Einfluß auf die OUN-Politik.

Das Vertrauen an das deutsche Ostprogramm

Noch im Jahre 1942 und später versuchte die OUN der ukrainischen Politik die Voraussetzungen für die erste Möglichkeit zu schaffen. Dabei bediente sie sich der Mittel der legalen Opposition und ließ sich lange Zeit von der deutschen Ukraine-feindlichen Politik nicht beirren.

Als Hitler am Anfang des Krieges das ukrainische Volk mit der Parole "arbeiten und warten" auf die spätere Lösung seiner Probleme vertröstete, paßte sich ihr die OUN zuerst an.

Sie betrachtete nämlich die deutsche Haltung in den ersten Kriegstagen noch lange Zeit als keine endgültige Absage an das ukrainische Programm. Ihre führenden Männer hegten immer noch die Hoffnung, daß sich Deutschland früher oder später infolge besserer Einsicht oder, beeinflußt durch die feste Haltung des ukrainischen Volkes oder aber auch durch Schwierigkeiten an der Front, doch für die ukrainischen politischen Ziele bekennen werde. Deshalb hielt die OUN-Führung weiterhin an der These fest, daß die Ukraine nur an der Seite Deutschlands eine Chance habe.

Der Vorsitzende der UNO in Deutschland (die größte Organisation der ukrainischen Emigranten in Deutschland - bis 40 000 Mitglieder - die unter dem aus-

schließlich Einfluß der OUN stand) T. Omel'čenko, wandte sich z. B. in der Zeitung "Ukraïnskyj Visnyk" an die ukrainische Öffentlichkeit mit der Mahnung:¹⁾

"Versuchen wir nicht auf die Entwicklung der ukrainischen Frage in der Ukraine mit Gewalt einen Einfluß zu gewinnen, weil wir dafür unter den heutigen Verhältnissen weder die notwendigen Kräfte noch die Mittel besitzen. Wir müssen in Bereitschaft ausharren, bis unsere Zeit gekommen ist und indessen weiter die ukrainischen nationalen Kräfte sammeln und die ukrainische Nation im Ausland würdig vertreten. Seien wir uns dessen bewußt, daß die Ukraine jeden von uns rufen wird, wenn Zeit und Stunde gekommen ist, das nationale Leben auszubauen. Dieser Ausbau wird sich nach einem festen Plan vollziehen. Gemäß diesem Plan wird auch unsere Berufung in die Ukraine erfolgen, aber stets nur auf geordnete Weise. Laßt uns deshalb für unsere Organisiertheit sorgen, die Ruhe bewahren, laßt uns arbeiten und bereit sein Nur unter diesen Bedingungen wird es uns gelingen, unseren selbständigen, geeinten ukrainischen Staat wieder aufzubauen, ungeachtet aller Schwierigkeiten und Hindernisse."²⁾

Die Hoffnung auf den Wiederaufbau des ukrainischen Staates war auch tatsächlich in jenen Tagen bei der OUN noch sehr stark.

Die UNO z. B. gab in ihrem Rundschreiben am 24. 7. 1941 zu verstehen, daß in nächster Zeit mit der Bildung einer ukrainischen Regierung noch zu rechnen sei. Sie schrieb:

"Die Vorsitzenden unserer Zweigstellen sind dem Hauptvorstand der UNO und in der nächsten Zukunft der eigenen Regierung in der Ukraine (pered ridnoju vladoju) persönlich verantwortlich für die Ausführung unserer vorherigen und zukünftigen Befehle und Anordnungen.

1) "Ukraïnskyj Visnyk" in Berlin war ein Organ der Ukrainischen Nationalen Vereinigung (UNO), die mit der OUN unter Führung von Andrij Mel'nyk auf das engste verbunden war. Am 19. 7. 1941 machte das Presseorgan der OUN "Nationalist" in Prag die ukrainische Öffentlichkeit darauf aufmerksam, daß die Meinung der OUN von drei Zeitungen wiedergegeben werde: von "Ukraïnskyj Visnyk" in Berlin, "Nastup" in Prag und "Probojem" in Prag; außerdem noch durch andere Veröffentlichungen der UNO. - Auch V. Martyneč, Mitglied der PUN, rechnet alle drei Zeitungen zu den Presseorganen der OUN ("OUN 1929-1954" S. 229).

2) "Zdajmo ispyt deržavnyčnoi zrilsty" in "Ukraïnskyj Visnyk" v. 16. 7. 1941.

Niemand darf sich der falschen Hoffnung hingeben, daß er seine laufende Tätigkeit aufgeben und untätig auf die Rückkehr in die Heimat warten darf. Jeder muß sich darüber im klaren sein, daß die Zeit kommen wird, da wir unsere Regierung genau unterrichten werden, wie sich jeder in der historischen Stunde geführt hat." ¹⁾

Als wiederum im August und September die endgültige Niederlage der Sowjetunion nur noch eine Frage der Zeit schien, brachte die OUN ihre Hoffnung zum Ausdruck, daß die deutsche Regierung nach dem Abschluß des Krieges das ukrainische Problem gerecht lösen würde.

"Wir sind überzeugt, daß der Krieg gegen Moskau bald seinen glücklichen Abschluß finden wird. Das Gerechteste wäre, der ukrainischen Nation noch vor Abschluß des Krieges die Möglichkeit zu geben, sich aktiv in den Reihen der verbündeten Armeen gegen ihren größten historischen Feind zu beteiligen. Dies wäre ein feierlicher Akt der Anerkennung für die ukrainischen Kämpfer, die für die Ukraine und für Europa ihr Leben lassen mußten, und gleichzeitig die Anerkennung der Rechte der ukrainischen Nation auf Selbständigkeit im neuen Europa. Die ukrainische Wehrmacht ist der beste Garant für Ruhe und Ordnung im Osten Europas." ²⁾

Der Glaube an die spätere gerechte Lösung der ukrainischen Frage spiegelt sich auch in einer Reihe weiterer Artikel wieder, von denen wir nur zwei Beispiele anführen:

"... Wir leben in herrlichen Zeiten! Das bolschewistische Moskau ist endgültig zerschlagen. Der moskowitzische Unterdrücker flieht unter den unbarmherzigen Schlägen der deutschen Divisionen aus der Ukraine. Noch wenige Tage, und unser gestriger Traum von der befreiten Ukraine wird heilige, wunderschöne Wirklichkeit. Die Sehnsucht, in die Heimat zurückzukehren, zu schwerer, aufopferungsvoller Arbeit, wird in Erfüllung gehen." ³⁾

1) "Ukraïnskyj Visnyk" vom 24. 7. 1941

2) "Vid sekcii Kombatantiv UNO" in "Ukraïnskyj Visnyk" vom 3. 8. 41

"Das, was wir heute erleben, ist nur als ein Vorspiel dessen anzusehen, was sich nach dem Abschluß der Kriegshandlung vollziehen wird, nämlich die Lösung der politischen Frage des Ostens mit allen ihren Eigenarten. Dieser für die Ukraine historische Moment muß uns psychologisch und politisch vorbereitet finden, falls die ukrainische Nation Herr im eigenen Hause sein will und Subjekt, nicht Objekt der Ereignisse. Heute gerade erleben wir psychologisch den wichtigsten Moment." ¹⁾

Nach der Eroberung Kiews am 27. September 1941 schrieb die Zeitung "Nastup":

"Anläßlich der Befreiung der ruhmreichen Stadt Kiev nach 22 Jahren bolschewistischer Herrschaft, erinnern wir uns an die Befreiung derselben Stadt am 30. und 31. August 1919 durch die ukrainische Armee. Die ukrainische Bevölkerung begrüßt heute die tapfere deutsche Armee und ihren Führer Adolf Hitler mit derselben Begeisterung, mit welcher sie vor 22 Jahren die ukrainische Armee begrüßte".

In einem anderen Artikel vom 30. 8. 1941 heißt es:

"Der Krieg in der Ukraine nähert sich seinem Ende... vergessen wir nicht, daß dieser Krieg gegen Moskau und den Bolschewismus geführt wird und nicht gegen die Ukraine, die so viele Opfer im Kampfe gegen diese Gefahr gebracht hat." ²⁾

Dieser Gedanke klingt noch optimistischer in einem Artikel, der anläßlich der Besprechung zwischen Hitler und Mussolini am 25. - 29. August 1941 geschrieben wurde:

"Wir wollen hoffen, daß das nationale Prinzip, welches Deutschland mit so großem Erfolg in das internationale Leben eingeführt hat, keine leere Phrase bleibt, sondern zu beständiger europäischer Wirklichkeit wird. Wir wollen hoffen, daß die ukrainische Nation im neuen Europa einen ihr gebührenden Platz einnehmen wird. Während Italien die Rolle einer ordnenden Macht im Mittelmeerraum übernimmt,

1) "Oblyščjam do real'nosti" in "Ukraïnskyj Visnyk" vom 16. 11. 1941.

2) V. Bukiv: "Na Ukraini" in "Nastup" vom 30. 8. 1941

Deutschland in Mitteleuropa, vielleicht auch in West- und Nordeuropa haben Moskau und Warschau ihre Rolle endgültig ausgespielt. Sie haben sich als unfähig erwiesen, das Schicksal Osteuropas zu bestimmen. Nach tausendjähriger Unterbrechung wird Kiev wieder die führende Rolle auf dem Gebiete der Rechtsordnung, der Kultur und Zivilisation im Osten Europas übernehmen. Kiev hat schon einmal bewiesen, daß es eine solche große Mission zu erfüllen vermag."1)

Die OUN war sich indessen im klaren, daß das von ihr angestrebte Ziel der ukrainischen Eigenstaatlichkeit nur dann erreicht werden konnte, falls das ukrainische Volk sich mit einer eigenen militärischen Kraft am Kriege beteiligen würde. Deshalb bemühte sich die Führung der OUN vor allem um die deutsche Genehmigung zur Aufstellung einer ukrainischen Armee. Um diese Genehmigung zu erlangen, war sie vier Mal bei den höchsten deutschen Stellen vorstellig, das letzte Mal im März 1943. 2)

2b) In Erwartung der deutschen und sowjetischen Niederlage.

Als die Lage an der deutschen Ostfront schwieriger und nach Stalingrad sogar kritisch wurde, strebte die OUN weiterhin die Bildung einer ukrainischen Armee an, allerdings unter anderen politischen Perspektiven. Einmal betrachtete sie Moskau als den gefährlichsten Feind der Ukraine, und es lag deshalb in ihrem Interesse, die Wiederbesetzung des ukrainischen Territoriums durch die Bolschewisten zu verhindern. Andererseits aber rechnete sie damals mit der Niederlage Deutschlands und eventuell auch der Sowjetunion und wollte für beide Fälle ausgebildete ukrainische militärische Einheiten haben, um sie gegebenenfalls für die Beherrschung der Lage in der Ukraine einzusetzen. Andrij Mel'nyk forderte noch Mitte 1943 seinen Vertreter in Helsinki, B. Kentšynskyj, auf, seine Bemühungen um die Aufstellung der ukrainischen Legion gegen die Bolschewisten fortzusetzen. Bezeichnend sind in dieser Be-

1) D. Gonta: "Novyj evropejskyj porjadok", "Nastup" vom 4. 10. 1942.

2) Der erste Vorschlag wurde vom Ukrainischen Generalrat der Kombattanten (gegründet am 28. Juni 1941 in Krakau) unterbreitet. Die nächsten Vorschläge durch das Memorial an Hitler vom 14. 1. 1942, durch das Schreiben an das OKW vom März 1943, durch das Telegramm an Hitler vom 3. 3. 1943 (siehe Dmytro Andrijevskyj: "Mižnarodnja akcija OUN" in dem Sammelwerk "OUN 1929 - 1954" S. 141 und M. Kapustjanskyj "Vijskova pidhotovka OUN" S. 115).

ziehung auch das Rundschreiben der UNO vom Juni 1943¹⁾ und ein Artikel in "Ukrainſkyj Visnyk" vom 19. September 1943 mit dem Titel "Das fünfte Jahr des Krieges" :

"Wie ist unsere Position in diesem Kriege? Er hat uns anscheinend die größte Enttäuschung gebracht, wenn man bedenkt, daß wir ihm mit sehr großen Hoffnungen und Träumen erwartet haben. Die Ereignisse haben sich jedoch ganz anders entwickelt, als wir das erwartet haben. Dafür aber haben wir uns mit sehr wertvollen Erfahrungen bereichert: die bessere Zukunft kann nicht erträumt, sondern muß erkämpft werden. An jedes Problem muß man mit eigenen Plänen und eigenen Lösungen herantreten. Wir haben unsere Vorkriegsberechnungen in großem Maße von nichtukrainischen Kräften abhängig gemacht. Darin lag der große psychologische Irrtum, den wir heute büßen müssen.

Wie dem auch immer sei, der Krieg geht weiter, und mit seiner Verlängerung verschieben sich auch unsere lebenswichtigen Fragen in die Zukunft... Alles liegt noch vor uns... Noch mehr! Bis heute haben wir sehr viel gewonnen, weil einer unserer historischen Feinde zerschlagen ist und der zweite sich in einen Krieg verwickelt hat, aus dem er ganz bestimmt nicht heil hervorgehen wird."

In dem Rundschreiben der UNO heißt es:

"Beim Hauptvorstand laufen Fragen aus allen Richtungen ein: Was ist mit der Bildung der ukrainischen Streitkräfte? Dabei erklären sich die Fragesteller bereit, in ihre Reihen einzutreten. Wir erklären, daß diese Angelegenheit formell vorläufig außerhalb des erlaubten Betätigungsfeldes der UNO liegt. Trotzdem ist sie für den Hauptvorstand ebenso brennend und wichtig wie für einen jeden Ukrainer und er interessiert sich für die Frage nach wie vor. Bereits unmittelbar nach dem Kriegsausbruch im Osten Europas hat der Hauptvorstand durch offiziöse entsprechende Erklärungen die Notwendigkeit, ukrainische Streitkräfte zu bilden, hervorgehoben und die Bereitschaft der Ukrainer und unserer Organisation erklärt, in ihre Reihen in den vordersten Linien einzutreten. Diesen Standpunkt vertritt der Hauptausschuß auch heute und unterstreicht dies offiziös bei jeder Gelegenheit."

1) "Ukrainſkyj Visnyk" vom 11. 7. 1943. Dieses Rundschreiben Nr. 6 ist unterschrieben von T. Źemčenko und Dr. D. Kvitkovſkyj.

ac) Der Weg der legalen Opposition

Ihrer Auffassung entsprechend, daß der ukrainische Staat nur mit Hilfe Deutschlands aufgebaut werden könne, gegen Deutschland auf keinen Fall und ohne Deutschland nur dann, wenn Moskau und Berlin den Krieg in gleicher Weise verlieren, lehnten die OUN und die fünf anderen obangef. Organisationen einen offenen bewaffneten Kampf gegen Deutschland ab. Sie wollten lediglich durch eine Politik der Opposition Deutschland für die ukrainische Sache gewinnen.

Die Zeitung "Nastup" verurteilte z. B. die revolutionäre Politik der OUN-R und schrieb über das verflossene Jahr 1941:

"Der organisierte ukrainische Nationalismus als einziger, schätzte die harte politische Realität von Anfang an richtig ein. Die Geschichte wird ihm einmal bestätigen, daß er sich nicht auf politische Irrwege begeben hat, weil er nicht wie die OUN-R von einem Extrem in das andere verfiel. Er sank auch nicht in die Passivität, wie es mit einigen überlebenden politischen Gruppen aus der Zeit des ukrainischen Befreiungskrieges geschehen ist. Der organisierte ukrainische Nationalismus stellte sich bei der Einschätzung der außenpolitischen Möglichkeiten auf den Standpunkt (ungeachtet dessen, daß es ihm nicht möglich war, an dem bewaffneten Kampf teilzunehmen), daß der völlige Sieg Deutschlands über Moskau für uns eine unbedingte Voraussetzung zur Wiedergewinnung der Freiheit darstellt."¹⁾

"Es ist ganz klar, daß diejenigen unter uns, die auf irgendwelche Art und Weise die Schwächung der antimoskowitischen Front verursacht hätten, zu Feinden der Ukrainer und Diener Moskaus geworden wären. Dies wäre ein schändlicher Verrat gegenüber dem ukrainischen Volke und der großen Idee der ukrainischen nationalen Freiheit und Selbständigkeit. Vor einer solch schweren Sünde und vor solch einem Verbrechen möge der Herrgott jeden von uns bewahren, denn dafür erwartet jeden die Strafe Gottes, der Fluch des eigenen Volkes und das strenge Urteil der Geschichte."²⁾

1) M. Š.: "Istoryčnyj pivrik" - "Nastup" vom 18. 1. 1942. Ähnliche Auffassungen auch in "Vidbudova Ukraïny" vom 15. 2. 1942, "Boeve vychovannja naciï" vom 22. 2. 1942, "Misce Ukraïny v Evropi" vom 1. 3. 1942, "Moskovščynu treba povalyty" vom 8. 3. 1942 und "Za volu i zemlu Ukraïny" vom 29. 3. 1942.

2) "Ukrainskyj Visnyk" vom 27. 12. 1942. Ein Artikel mit demselben Inhalt auch in "Ukrainskyj Visnyk" vom 4. 4. 1943 (Der Artikel heißt: "Naivščyj čas").

Wie sehr die OUN bedacht war, sich von der antideutschen Untergrundbewegung zu distanzieren, zeigt die redaktionelle Bemerkung im "Nastup" vom 22. 2. 1942, anlässlich der Verbreitung antideutscher Flugblätter in Prag:

"Wir mahnen unsere Leser zur Vorsicht und fordern sie auf, den Ver ratern des ukrainischen Volkes kein Vertrauen zu schenken. Jede Feindseligkeit der Ukrainer gegen Deutsche, bzw. den deutschen Staat, bedeutet unter den heutigen Umständen des deutschen Krieges gegen unseren größten und ewigen Feind, Wahnsinn und Selbstver nichtung. Das können nur Entartete und Verräter des ukrainischen Volkes tun." ¹⁾

In Ubereinstimmung mit den Richtlinien einer solchen Politik veröffentlichte der "Ukraïnskyj Visnyk" am 22. 8. 1943 einen Aufruf des Bischofs von Volody myr-Volynsk und Kowel, Manuil, und des Vorsitzenden der Orthodoxen Mis sion, Protojerej Fedor Hajdenko, gegen die Partisanentätigkeit.

Im selben Jahre (am 25. Oktober 1943) unterschrieb, zusammen mit weiteren 30 Repräsentanten der führenden ukrainischen Intelligenz, das Mitglied der PUN, Ing. Volodymyr Martyneč einen Aufruf an das ukrainische Volk, in dem gegen die antideutsche Politik der OUN-r Stellung genommen wurde:

"Ukrainisches Volk! Laß es nicht zu, daß in unserem bisher so ru higen Lande die gefährlichen Feuer der Anarchie aufflammen. Wir, Vertreter und Leiter des ukrainischen organisierten Lebens, halten es für unsere heilige Pflicht, alle rechtzeitig zu warnen und allen die Augen vor dem Abgrund zu öffnen, in den uns Feinde und verhetzte Leute zu führen versuchen, während sie Unsicherheit verbreiten und zu gesetzwidrigen Taten überreden, zur Nichterfüllung der Kriegs pflichten, zur Nichtbefolgung der Gesetze und Verpflichtungen der Kriegszeit.

Aus allen diesen Gründen rufen wir: Laßt uns wie bisher so auch weiter hin die würdige, vernünftige Haltung des ukrainischen Volkes auf al len Gebieten des Lebens bewahren, damit wir den Zeitpunkt des End sieges erleben können.

Wir glauben fest an die lichte Zukunft! Laßt uns auch die morali schen und materiellen Kräfte des Volkes für diese Zukunft bewahren! Möge so wie bisher auf Wache für unsere allgemeine Entwicklung

1) Siehe auch: "Ukraïnska vidič" in "Nastup" vom 21. 11. 1943 und "Polityčna istorija" vom 28. 11. 1943.

unsere Liebe zum Vaterland, vereint mit Vernunft stehen, die den richtigen Weg zum großen Ziel weist. Möge das nationale Wachstum auf Grund von Ordnung und Arbeit unseren Glauben in die Zukunft bestärken und unsere Kräfte dafür stählen.

Wir hoffen, daß mit Hilfe Gottes das ukrainische Volk die heutigen schlimmen Zeiten glücklich überleben wird." ¹⁾

In dem Entschluß, sich der deutschen Politik in der Ukraine grundsätzlich nur mit legalen Mitteln zu widersetzen, hat auch die Führung der OUN den legalen Weg nie verlassen. Andrij Mel'nyk, Dmytro Andrijevskij, Osyp Bojduňyk, Mykola Kapustjanskij, Evhen Onačkyj, Roman Suško, Volodymyr Martyneč - alles Mitglieder der PUN - wirkten fast den ganzen Krieg hindurch (bis zur Verhaftung einiger von ihnen im Januar 1944) öffentlich und legal. Nicht im Jahre 1942 konnten öffentlich Gottesdienste zu Ehren Andrij Mel'nyks abgehalten werden. ²⁾ Die OUN konnte während des ganzen Krieges ihre Presse in Prag und Berlin herausgeben und nicht ihr Programm in gewissen Grenzen propagieren. ³⁾ Bis Ende 1943 gaben Andrij Mel'nyk und D. Andrijevskij aus Berlin Anweisungen an ihren politischen Vertreter in Helsinki, daß er nicht mit der antideutschen Aktion auftreten dürfe. In seinen Briefen an ihn bedauerte Andrij Mel'nyk Ende 1942, daß die OUN-R den offenen Kampf gegen Deutschland begonnen habe. ⁴⁾

Als halblegale Organisation entwickelte die OUN deshalb auch keine nennenswerte illegale Presse. Über ein, zwei Versuche kam sie nicht hinaus. ⁵⁾

Obwohl die Einstellung der OUN eine offene antideutsche Politik nicht zuließ, konnte sie ihr politisches Programm doch nicht ausschließlich legal durchführen. Ein Teil der Organisation, besonders in der Ostukraine, mußte sich der Methoden der Untergrundbewegung bedienen. ⁶⁾

1) "Krakivski Visti" vom 2. 11. 1943

2) "Nastup" vom 18. 1. 1942

3) Wochenzeitung "Nastup", Zeitschrift für Kultur, Wirtschaft und Politik, "Probojem" und "Nacionalist", alle in Prag und "Ukrainiskij Visnyk" in Berlin (siehe V. Martyneč "OUN 1929-1954" S. 229)

4) Bohdan Kentsynskyj: "Na skandinavskomu sektori OUN v druhij svitovij vijni" S. 16 ff.

5) V. Martyneč a. a. O. S. 229. Illegal erschienen einige Nummern der "Surma"

6) T. Hajvas: "Perelomovyj rik" in: OUN 1929-1954", S. 281

Dabei ist bezeichnend, daß die deutsche Besatzungsmacht, die von dem illegalen Wirken eines Teiles der OUN wußte und auch einzelne ihrer Aktionen auf das schärfste bekämpfte, (z. B. die Erschießung führender Männer der OUN in Żytomir im November 1941 und in Kiew im Januar-Februar 1942), jedoch nie gegen die ganze Organisation als solche und gegen ihre legal wirkende oberste Führung PUN vorging, wie sie das andererseits gegen die OUN-R tat. Sie tat dies erst im Jahre 1944, als Deutschland die gesamte Ukraine aufgeben mußte. Diese auf den ersten Blick inkonsequente deutsche Politik ist aus drei Gründen zu erklären:

1. Die Polizei war anfangs der Überzeugung, daß die OUN zu schwach sei¹⁾, um gefährlich zu werden.
2. Später urteilte sie vollkommen richtig, daß die OUN zu stark mit dem legalen Leben verquickt sei, so daß bei einem generellen Vorgehen gegen sie auch alle jene Kreise verstimmt würden, die die Verwaltung der Ukraine in ihren Händen hielten.
3. Ein wesentlicher Grund lag auch darin, daß man deutscherseits ein politisches Gegengewicht gegen die im Volke immer stärker werdende Popularität der OUN-R schaffen wollte.

Nach der Besetzung der Ukraine durch die Rote Armee waren diese drei Argumente hinfällig.

Generell kann man sagen, daß die deutsche Politik in bezug auf die OUN zwischen Bekämpfung und Toleranz schwankte, die Politik der OUN in bezug auf Deutschland dagegen, zwischen legaler Opposition und Untergrundtätigkeit.

b) Die Politik der Revolution

ba) Aufstand hinter den Linien der Roten Armee

Eine andere Auffassung vertrat die OUN-R. Zwar gab auch sie zu, daß im Kampfe der zwei größten Militärmächte der Welt (wobei die Westmächte an der Seite der Sowjetunion standen) der ukrainische Staat entweder mit Hilfe Deutschlands oder als Folge des deutschen und sowjetischen Zusammenbruchs wiederhergestellt werden könne, jedoch lehnte sie die einseitige Befreiung des ukrainischen Volkes nur durch die deutsche Wehrmacht ab. Sie wollte

1) Siehe auch Armstrong: "Ukrainian Nationalism", S. 106

in Deutschland keinen Befreier schlechthin sehen, sondern einen stärkeren Partner im gemeinsamen Kampfe gegen Moskau. Sie vertrat daher die Auffassung (im Gegensatz zur OUN), daß das ukrainische Volk eine solche Partnerschaft nur dann beanspruchen könne, wenn es von Anfang an durch eigene Initiative im Hinterland der Roten Armee eine bewaffnete Volkserhebung zur Auslösung bringen und dadurch am Feldzug gegen die Sowjetunion teilnehmen werde. Man stellte es sich so vor, daß die frontale deutsche Aktion vom Westen her und die ukrainische revolutionäre Gärung von Osten parallel laufen würden, um dann allmählich in die offene Revolution überzugehen.

Dieser Plan war für zwei Eventualitäten gedacht:

1. Im Falle einer positiven Einstellung Deutschlands zum selbständigen ukrainischen Staat sollte er mit der deutschen Führung abgestimmt und als Beitrag des ukrainischen Partners zum Sieg über die Sowjetunion betrachtet werden.
2. Im Falle einer negativen Einstellung Deutschlands sollte er mit dem Ziel durchgeführt werden, die deutsche Führung vor die vollendete Tatsache der eigenen ukrainischen Regierung im eigenen Staat zu stellen.

Falls Deutschland diese nicht respektieren sollte, war die OUN-R entschlossen (im Gegensatz zur OUN), den offenen Kampf gegen die Besatzungsmacht zu riskieren.

bb) Die ukrainische Armee ohne politische Bindungen an Berlin und Moskau
Nach anfänglichen Versuchen im Juli 1941 (zugleich mit solchen der OUN), eine ukrainische reguläre Armee als Verbündete Deutschlands aufzustellen, rückte die OUN-R von diesem Gedanken, besonders im Hinblick auf die Verhaftung der ukrainischen Regierung in Lemberg, endgültig ab. Sie entschloß sich jetzt, die ukrainische Militärführung ohne oder gegen Deutschland in Form der aufständischen Armee ins Leben zu rufen. In einer Untergrundversammlung hielt das Mitglied der OUN-R, Dr. M. Prokop, einen Vortrag, in dem er sagte:¹⁾

"..... Wir haben uns nie mit dem deutschen oder bolschewistischen Imperialismus verbunden, um gemeinsam die Ukraine aufzubauen. Wir haben unsere revolutionäre und selbständige Konzeption des Kampfes in Form eigener bewaffneter Kräfte aufgestellt, die nicht nur unabhängig von den Okkupanten, sondern auch gegen ihren Wil-

1) Volodymyr Orlovych: "Polityčna dopovid' vyhološena na I. Velykomu Zbori UHVR v červni 1944".

len gebildet wurden.

Wir haben diese Kräfte in einem solchen Ausmaß gebildet, wie es unter den schwierigen Verhältnissen der Okkupation möglich war. Heute sind sie eine politische Realität, die sowohl die Deutschen als auch die sowjetischen Imperialisten zur Kenntnis nehmen müssen.

Diese Kräfte wirken in der Form der Ukrainischen Aufständischen Armee."

Die Rote Armee - der Schlüssel zur Revolution

Die einzige Gewähr dafür, daß die ukrainische Manneskraft für eigene Interessen eingesetzt werde, sei - so verkündete die OUN-R - die Aufständische Armee. Sie allein würde eine Anziehungskraft auf die ukrainisch-patriotischen Elemente aus der Roten Armee ausüben, in der sich die eigentlichen Reserven der ukrainischen militärischen Kraft befänden. In dem erwähnten Vortrag hieß es:

"..... Der Schlüssel zur Revolution in der Sowjetunion und zum Wiederaufbau des ukrainischen Staates liegt in den Händen der Roten Armee. Darüber müssen sich vor allem diejenigen im klaren sein, die das Problem der selbständigen Ukraine unter dem Gesichtspunkt der westlichen ukrainischen Gebiete bzw. Galiziens allein betrachten und dabei die Befreiung des ukrainischen Volkes von der einen oder anderen galizisch-deutschen Division erwarten. Es gibt keine größere Gefahr als solche Anschauungen!

..... Die ukrainische Revolution muß sich in erster Linie auf die Bajonette der Rotarmisten stützen können. Alle von außen kommenden militärischen Kräfte, darunter auch die Kriegsgefangenen aus Deutschland, kommen erst später (was allerdings nicht ausschließt, daß auch sie einen Beitrag zur Revolution leisten können)...

..... Unsere Parole muß heißen: **Treibt aktive Politik** in bezug auf den **einzelnen** Rotarmisten! Kämpft um die **Seele** jedes einzelnen Soldaten der Roten Armee, um die Umstellung der ukrainischen Rotarmisten auf die Grundsätze der ukrainischen Revolution!

Ein richtiges politisches Programm und geeignete Parolen in bezug auf die Rote Armee entscheiden über Erfolg oder Mißerfolg der ukrainischen Revolution im Osten....

Es ist klar, daß der ukrainische Rotarmist sich durch kein politisches Programm ansprechen läßt und an keiner Aktion teilnehmen wird,

die irgendwie mit Deutschland zusammenhängen. Deutschland ist durch die massenhafte Tötung von Kriegsgefangenen verhaßt geworden, es hat sich als Unterdrücker der Volksmassen und als brutaler Barbar erwiesen, den der Osten während der letzten drei Okkupationsjahre zur Genüge kennengelernt hat. Es muß daher jede Hoffnung als naiv bezeichnet werden, daß die prodeutschen militärischen Einheiten (z. B. die Division "Galizien") irgendeine Rolle als politisch ansprechender Faktor in bezug auf die Rotarmisten spielen könnten. Wer diese Hoffnung hegt, beweist seine völlige Unkenntnis des Ostens. Jeder, der bemüht ist, der Divions "Galizien" (die ohne Zweifel einen militärischen Faktor darstellt) auch eine politische Bedeutung beizumessen, begeht einen schweren Fehler."

Nur in einem Fall war die OUN-R bereit, die politische Bedeutung der ukrainischen militärischen Formationen in der deutschen Wehrmacht anzuerkennen: nämlich im Falle eines deutschen Separatfriedens mit England und des damit erhofften englisch-deutschen Krieges gegen die Sowjetunion. Man rechnete mit einer solchen eventuellen Entwicklung besonders in der zweiten Hälfte des Jahres 1944.

"Während wir die ukrainischen Formationen in der Roten Armee unter dem Gesichtspunkte des zukünftigen Zusammenbruchs der Sowjetunion betrachten - schreibt der Verfasser des zitierten Vortrages - können die ukrainischen Einheiten in Deutschland eine besondere Bedeutung erlangen durch den neuen Krieg gegen die Sowjetunion. Dies ist insbesondere möglich im Falle eines freiwilligen oder unfreiwilligen Bündnisses zwischen Deutschland und England und ihres gemeinsamen Krieges gegen die Bolschewiken. In einer solchen Lage würden die von den Deutschen zwangsweise mobilisierten ukrainischen Formationen einen neuen Sinn erhalten. Erst dann wäre die Grundlage dafür geschaffen, die ukrainischen Kriegsgefangenen in die ukrainischen bewaffneten Streitkräfte (innerhalb der deutschen Wehrmacht - Anm. des Verfassers) einzureihen. Alle diese Formationen würden dann für die ukrainische politische Führung ähnliche Bedeutung haben wie die Befreiungsaktionen in der Ukraine selbst, insbesondere in den Reihen der Roten Armee.

Unter dieser Perspektive muß auch die Division "Galizien" betrachtet werden und alle zwangsweise mobilisierten Galizier. Es muß zugegeben werden, daß in einer neuen außenpolitischen Situation und

bei Vorhandensein einer einheitlichen ukrainischen politischen Führung, diese militärische Formation und die anderen, auch eine gewisse politische Bedeutung erlangen können. Dazu sind aber die zwei schon genannten Voraussetzungen unbedingt nötig, und zwar die neue außenpolitische Lage und die einheitliche politische Führung."

Diese scharfe antideutsche Politik der OUN-R kam allerdings erst einige Wochen nach Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges zur Auslösung. Bis zur Verhaftung der ukrainischen Regierung in Lemberg war auch sie bereit, gemeinsam mit der deutschen Regierung gegen Moskau zu kämpfen. Erst die deutsche feindselige Haltung und dazu noch die schon damals sich abzeichnende listige Politik Stalins veranlaßte die OUN-R eine antideutsche Front zu beziehen. Der deutsche Terror war nämlich auf dem besten Wege, die breite Masse des Volkes direkt in die Arme des Bolschewismus zu treiben. Die Moskauer Regierung nutzte die deutschen Fehler für sich aus und gab sich als Beschützer der verletzten Rechte des ukrainischen Volkes. Sie forderte die ukrainische Bevölkerung auf, den Kleinkrieg gegen Deutschland zum Schutze der eigenen Rechte zu organisieren.

Die OUN-R erkannte, daß Moskau hier aus den Fehlern der Deutschen für sich einen politischen Vorteil von großer Bedeutung zu gewinnen gedachte. Dabei wäre der eigentliche Verlierer nicht Deutschland allein, sondern auch die ukrainische Staatsideologie. Man entschloß sich also auf Seiten der OUN-R, den Schutz des Volkes vor dem deutschen Terror in die eigenen Hände zu nehmen und damit der bolschewistischen Regierung die Waffe aus der Hand zu schlagen. So kam es, daß sich die OUN-R auch aus diesem Grunde entschloß, eine antideutsche Politik zu treiben.¹⁾

bd) Revolutionäre Methoden des Kampfes

Der Entschluß, einen bewaffneten politischen Widerstand gegen die deutschen Ziele in der Ukraine zu organisieren, führte zu der weiteren logischen Entscheidung, die ganze Organisation auf eine Untergrundbewegung abzustellen.

Im Gegensatz zur OUN wirkte also die Oberste Führung der OUN-R und mit ihr die ganze Organisation grundsätzlich illegal.²⁾ Insbesondere hatte sie

1) Volodymyr Orlovyc: a. a. O.

2) Die oberste Führung der OUN-R hatte nach den Verhaftungen vom Juli-September 1941 folgende Zusammensetzung: Mykola Lebed', Myroslav Prokop, Ivan Hrynioch, Omelan Loguś, Daria Rebet, Rostyslav Volośyn, Dmytro Majivskyj, Mykola Palidovyč und Ivan Klymiv-Legenda.

(im Gegensatz zur OUN) kein einziges legales Presseorgan. Ihre Aufklärungsarbeit führte sie mit Hilfe von insgesamt 19 illegalen Zeitungen, Zeitschriften und Bulletins durch.¹⁾

Die deutsche Besatzungsmacht übte der OUN-R gegenüber nicht die Toleranz wie in bezug auf die OUN. Laut polizeilicher Anweisung war jedes Mitglied dieser Organisation mit dem Tode zu bestrafen.²⁾

"Einsatzkommando der Sicherheitspolizei und des SD C/5 O. U., den 25. November 1941
-Kdo-Tgb. Nr. 12432/41

An die Außenposten Kiew, Dnjepropetrowsk
Nikolajew, Rowno
Shitomir, Winniza

Betr. : OUN (Bandera-Bewegung)

Es wurde einwandfrei festgestellt, daß die Bandera-Bewegung einen Aufstand im Reichskommissariat vorbereitet mit dem Endziel, eine unabhängige Ukraine zu schaffen. Alle Funktionäre der Bandera-Bewegung sind sofort festzunehmen und nach einer eingehenden Vernehmung als Plünderer in aller Stille zu liquidieren.

Die Vernehmungsprotokolle sind dem Einsatzkommando C/5 zu übersenden.

Dieses Schreiben ist nach Kenntnisnahme durch den Kommandoführer zu vernichten.

Unterschrift (unl.)
SS-Obersturmbannführer"

1) Verzeichnis der illegalen Presse der OUN-R, siehe Anhang S. 400

2) IMT-014-USSR

2. DIE VORBEREITUNGEN DER OUN FÜR DEN KRIEG

In ihrer Vorbereitung für den Krieg hatte sich die OUN auf folgende Maßnahmen konzentriert:

- a) Sie traf die Vorbereitungen zur Aufstellung einer ukrainischen Armee zunächst aus Emigranten.
- b) Sie bereitete ihre Mitglieder auf die politische, kulturelle und wirtschaftliche Arbeit in der Ukraine vor.
- c) Sie stellte einen Teil ihrer Anhänger als Dolmetscher der deutschen Wehrmacht zur Verfügung.
- d) Sie rief eine "Kommission für staatliche Planung" ins Leben, die die Aufgabe hatte, Pläne für den inneren Aufbau des ukrainischen Staates zu entwerfen.
- e) Sie führte eine umfassende Propaganda unter der ukrainischen Emigration durch mit dem Ziel, die PUN als Führung der ukrainischen Nation und Andrij Mel'nyk als ihren Führer anerkennen zu lassen.

a) Die Aufstellung der ukrainischen Armee

Die OUN bemühte sich vor allem, die im Exil lebenden ukrainischen Offiziere und Soldaten organisatorisch zusammenzufassen und sie auf die Aufgabe der Bildung der ukrainischen Armee vorzubereiten. Es gelang ihr auch nach dem Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges am 29. 6. 1941 eine Dachorganisation der ukrainischen Kombattanten-Vereine aus Berlin, Prag, Krakau und Warschau zu schaffen, die unter dem Namen "Ukrainischer Generalrat der Kombattanten" ihren Willen bekundete, an dem Wiederaufbau des ukrainischen Staatsapparates und der ukrainischen Armee teilzunehmen. An die Spitze der Organisation wurde der verdiente General der ukrainischen Armee aus dem ersten Weltkrieg, M. Omelanovyč-Pavlenko berufen. Zum Vorstand gehörten außerdem die Generäle M. Kapustjanskyj, O. Udovyčenko,

V. Petriv, V. Sinkler, A. Kravs, V. Kušč, die Obersten R. Suško, T. Omel'-čenko, J. Džjubenko, M. Pohotovko, V. Maleč, V. Kolosovskij, P. Djačenko, V. Čabanivskij und die Hauptleute Chronovjat, P. Sahajdačnyj, A. Valijskij, M. Palienko, P. Samutin.

In dem Aufruf des Generalrates hieß es unter anderem: ¹⁾

"In der Stunde, da unter den gewaltigen Schlägen der deutschen Wehrmacht der sklavische Bau der roten Despotie Moskaus zusammenbricht und auf seinen Ruinen das ukrainische Volk seine eigene Nationalität wieder aufzubauen beginnt - melden wir uns, die ehemaligen Kämpfer der ukrainischen Revolution zu dieser großen historischen, verantwortungsvollen Arbeit. . . . Der Ukrainische Generalrat der Kombattanten steht auf überparteilicher Basis und hat nur den einzigen Wunsch, aus unserer Organisation die moralische Grundlage für den künftigen ukrainischen nationalen Staat zu schaffen. Aus unserer Mitte werden die notwendigen Kader für die nationale Verwaltung und die nationale Armee hervorgehen."

Unter der Aufsicht des Generalrates setzten die ukrainischen Emigranten, hauptsächlich die ukrainische Jugend, ihre sportliche Ertüchtigung vereint mit der militärischen Ausbildung fort (sie begann schon im Jahre 1940 auf Anregung der beiden OUN) und lebten in dem Glauben, schon bald in die ukrainische Armee eingereiht zu werden. Über das Ausmaß dieser Ausbildung und von dem Geist, der sie beseelte, erfahren wir aus dem Rundschreiben der UNO in Berlin vom 24. 7. 1941:²⁾

"Wir erinnern zum letzten Mal an die Pflicht, die sportliche Ausbildung unserer Mitglieder in allen jenen Zweigstellen durchzuführen, die dies bis jetzt nicht getan haben. Die Sportausbildung umfaßt nicht nur rein sportliche Ertüchtigung, sondern auch eine militärische Ausbildung und Einführung in die neuesten Erkenntnisse der Kriegskunst.

Die Zweigstellen der UNO, welche die Ausbildung abgeschlossen

1) "Nastup" vom 19. 7. 1941

2) Gemäß deutscher Anordnung durfte die UNO nur jene ukrainischen Emigranten als Mitglieder aufnehmen, die bis zum 22. 6. 1941 nach Deutschland bzw. in das Protektorat Böhmen und Mähren eingewandert waren.

haben, werden ihre Arbeit mit den Kombattanten-Abteilungen koordinieren. Die Vorsitzenden der Letztgenannten tragen die Verantwortung für die weitere Ausbildung ihrer Mitglieder. Die Vorsitzenden haben weiterhin die Pflicht, ihre Mitglieder zu unterweisen, daß ihre ausgebildeten Leute geduldig auf unseren Befehl warten müssen. Wer sich eigenmächtig zu den verschiedenen militärischen Abteilungen meldet, muß damit rechnen, daß er auf eigene Verantwortung die Verbindung mit uns verliert. ¹⁾Falls die Aufstellung unserer militärischen Abteilungen aktuell wird, werden wir dies rechtzeitig unseren Zweigstellen bekanntgeben...."

"Es gibt leider noch viele Leute, die in verschiedenen Armeen gedient, uns aber bis heute die ihnen zugeschickten Formblätter nicht ausgefüllt haben. Dasselbe betrifft auch die Spezialisten aller Gebiete...."

Wir ordnen daher an, daß

1. unsere Leute nicht eigenmächtig die Arbeitsplätze verlassen und sich nicht zu verschiedenen militärischen Abteilungen bzw. Ämtern melden dürfen,
2. man sich in allen Zweifelsfällen an die Vorsitzenden unserer Zweigstellen zu wenden hat.
3. Die Rückkehr in die Ukraine ist heute vollkommen unmöglich, selbstverständlich mit Ausnahme der Leute, die von Militärstellen zu besonderen Aufgaben berufen werden."

Hier muß noch unterstrichen werden, daß die OUN nur auf eine reguläre, mit Hilfe Deutschlands diesseits der Fronten aufgestellte Armee Wert legte. Die Aufstellung einer revolutionären aufständischen Armee hinter den bolschewistischen Linien, wie sie von der OUN-R angestrebt wurde, lehnte sie ab, Ždanovyč, ein Fachmann der OUN auf dem Gebiete der Militärpolitik, schrieb über die diesbezügliche Auffassung seiner Organisation:

"... Bei Kriegsausbruch im Jahre 1939 und 1941 war eine Bildung von Partisaneneinheiten hinter der bolschewistischen Front unzeitgemäß und unzweckmäßig, und deswegen sind sie nicht gebildet worden."²⁾

1) Diese Warnung galt denen, die sich zu den OUN-R-Legionen "Roland" und "Nachtigall" meldeten (siehe auch S. 139).

2) "25-littja OUN" S. 408

b) Die Marsch-Gruppen der OUN

Die Bezeichnung "Marsch-Gruppen" erhielten kleine Einheiten der OUN-Mitglieder, die nach politischer und oft auch militärischer Schulung meistens geheim aus der Emigration im Deutschen Reich in die Ukraine geschickt wurden.¹⁾ Leider sind keine Originaldokumente vorhanden, die heute objektiv den politischen und organisatorischen Charakter des Einsatzes beleuchten könnten. Es sind lediglich Erinnerungen der Teilnehmer des Einsatzes greifbar, die mehr oder weniger unter dem Einfluß der Nachkriegszeit stehen und darauf hinweisen, daß ihre Aufgabe darin bestanden hat, auf kulturellem, wirtschaftlichem und verwaltungsmäßigem Gebiet einen möglichst größten ukrainischen Einfluß zu sichern. Die Anweisung, die Vorbereitungen für den Einsatz zu treffen, sollte laut dieser Erinnerungen, Ende April 1941 von der PUN herausgegeben werden.²⁾ Über die Tätigkeit der Marsch-Gruppen der OUN in der Ostukraine wird erst im 3. bzw. 4. Band berichtet.

Die Frage der Methoden

mit welchen die Marsch-Gruppen der beiden OUN aus Deutschland, Böhmen-Mähren und dem General-Gouvernement in die Ukraine überführt werden sollten, wurde in den ersten Tagen des deutsch-sowjetischen Krieges ein umstrittenes Problem. Während sich die OUN-R von vornherein für die illegalen Wege entschloss. hatte, boten sich der OUN aussichtsreiche legale Möglichkeiten. Auf Grund ihrer beherrschenden Stellung in der UNO und ihres beträchtlichen Einflusses im Ukrainischen Hauptausschuß in Krakau konnte sie damit rechnen, daß ein Teil ihrer Anhänger die Einreisegenehmigung in die Ukraine von den offiziellen Stellen erhalten würde. Dies bedeutet allerdings nicht, daß sie auf die illegalen Wege verzichtete, aber sie griff auf sie nur dann zurück, wenn es sich um Persönlichkeiten handelte, welche von vornherein mit einer deutschen Einreisegenehmigung nicht rechnen konnten. Dabei ist anzunehmen, daß die OUN unter dem Druck der Anweisung des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD vom 18. Juni 1941 stand, in der alle Polizeistellen des Reiches angewiesen wurden, Emigranten aus dem sog. großrussischen Raum an ihrer Rückkehr in die Heimat zu hindern.³⁾

1) Ausführlicher auf S. 104 und 142

2) J. Šumelda: "Pochid OUN na schid" in "OUN 1929-1954", S. 200

3) IMT-1573-PS; abgedruckt im Anhang Seite 348

Auf jeden Fall wandte sich am Anfang des Krieges die Presse der OUN scharf gegen die OUN-R, die ihre Leute auf eigene Faust, ohne Einvernehmen mit den zuständigen deutschen und ukrainischen Stellen, in die Ukraine schickte.

Von den wiederholten Mahnungen in der Presse der OUN in Prag und Berlin, diesen Aufforderungen der OUN-R nicht Folge zu leisten, greifen wir einige Beispiele heraus. Am 23. 6. 1941 veröffentlichte die UNO in Prag einen Aufruf an die ukrainische Bevölkerung, in dem es hieß:

"Die außergewöhnlichen Ereignisse stellen uns die Aufgabe, alle unsere nationalen Kräfte zusammenzufassen und sie in die schöpferische Arbeit einzuschließen. Leider nützen einige gewissen- und verantwortungslose Menschen die patriotischen Gefühle unserer Bevölkerung aus, indem sie auf eigene Faust unsere Bürger zu Tätigkeiten überreden, die in Wirklichkeit weder für die ukrainische Nation noch für sie selbst Nutzen bringen können.

Die UNO im Protektorat Böhmen-Mähren ruft hiermit alle auf, sich nur in organisierter Form zum Dienst für die ukrainische Nation zu melden. Bewahrt die Ruhe und bleibt an euren Arbeitsplätzen. Die UNO, als unpolitische und überparteiliche Organisation, registriert zur Zeit alle ukrainischen Fachleute, darunter auch Nichtmitglieder der UNO, und wird ihnen Arbeitsplätze anweisen, an welchen sie den meisten Nutzen bringen werden.

Die Formblätter für diese Registrierung sind in allen Zweigstellen der UNO erhältlich."¹⁾

Einen ähnlichen Aufruf hat auch der Hauptvorstand der Ukrainischen Nationalen Vereinigung in Berlin erlassen.²⁾

Auch der ukrainische Hauptausschuß in Krakau, der zu jener Zeit auf das engste mit der UNO und der OUN zusammenarbeitete, schloß sich diesen Mahnungen an. Professor V. Kubijovyč erließ einen Aufruf an die ukrainische Bevölkerung, der die politischen Hintergründe eines solchen Entschlusses der UNO und des Hauptausschusses enthielt.

1) "Nastup" vom 23. 6. 1941.

2) "Ukraïnskyj Vistnyk" vom 30. 6. 1941

Kubijovyč schrieb:

"Noch einige Wochen vor dem historischen 22. Juni war unter der ukrainischen Gemeinschaft eine charakteristische Erscheinung zu bemerken; in einigen Ortschaften des Generalgouvernements haben zuerst einzelne Menschen, dann ganze Gruppen ihre Wohnungen verlassen und sich in die Ukraine begeben. In der letzten Zeit hat diese Erscheinung einen massiven Charakter angenommen, indem in den einzelnen Orten das ganze aktive Element seinen Arbeitsplatz und seinen Wohnsitz verlassen hat."

(Hier sind gemeint die OUN-R-Gruppen, die einige Wochen vor dem Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges in die Ukraine auf geheimen Verbindungswegen abkommandiert worden sind.)

"Daran ist nicht zu zweifeln, daß patriotische, gesunde Beweggründe diese Menschen dazu veranlaßt haben. Jeder hatte den Wunsch, wenigstens ohne Gewehr an dem großen Marsch nach dem Osten teilzunehmen, auf welchen wir zwanzig lange und schwierige Jahre gewartet haben. Diese Gefühle sind verständlich, menschlich und sogar edel. Ungeachtet dessen entspringen sie nur gefühlsmäßigen Impulsen, die nicht durch reifliche Überlegung getragen werden.

Jedes Kind kann sagen "Ich möchte, ich will", aber erst der reife Mann und Bürger ist fähig sich zu fragen, ob er nach seinem Wunsche handeln darf.

Leider hat sich nicht jeder, der seinen Arbeitsplatz verlassen hat, um sich nach dem Osten zu begeben, selbst eine solche Frage gestellt. Es unterliegt keinem Zweifel, daß es unter denen, welche nach dem Osten gegangen sind, viele gibt, die von maßgebenden deutschen und ukrainischen Stellen zur Mitarbeit berufen worden sind. Es sind auch viele solche gegangen, die keine besonderen Pflichten hier im Generalgouvernement zu verrichten hatten. Andererseits aber haben viele eigenmächtige Entscheidungen getroffen, oder sind auf Grund einer Berufung gegangen, die nicht von kompetenter Stelle gegeben wurde. Es sind viele aktive Bürger nach

dem Osten gezogen, die wichtige Stellen dem Schicksal überlassen haben, für welche sie aber persönlich verantwortlich waren. Die Bevölkerung unserer westlichen Randgebiete ist somit in hohem Maße wiederum den polnischen Einflüssen überlassen worden.

Wie ist das alles zu nennen?

Vielleicht sind die Ereignisse noch zu jung, um sie von einer richtigen Perspektive beurteilen zu können. Vielleicht sind wir z. Zt. allzusehr von den großen, mit Sehnsucht erwarteten Ereignissen hypnotisiert, um sie kritisch zu betrachten.

Erinnern wir uns an den Monat Mai des vergangenen Jahres, an die Zeit der größten Anstrengungen der deutschen Armee auf den Feldern Frankreichs. Es unterliegt keinem Zweifel, daß damals jeder Deutsche an diesen Ereignissen, durch welche das Schicksal der führenden Nationen Europas entschieden werden sollte, mit seinem ganzen Herzen beteiligt war.

Es gab ohne weiteres viele junge Deutsche, die irgendwo in einem verschlagenen Ort an der Ostgrenze ihren Pflichten nachgegangen sind, die aber gerne an den Kämpfen an der Westfront teilgenommen hätten, um auch ihren Beitrag für die Beherrschung des Kontinents, für die Existenz des Volkes zu geben bzw. sich ein Eisernes Kreuz zu verdienen. Solche Impulse wären auch verständlich, menschlich und edel, aber fragen wir uns, was wäre geschehen, wenn einige Tausend Angestellte ihre Plätze verlassen und nach ihren Gefühlen gehandelt hätten. Fragen wir uns, ob sie dann ein Eisernes Kreuz verdient hätten oder vor ein Kriegsgericht gestellt worden wären?

Wir stehen noch am Anfang der Ereignisse, die unsere Träume Wirklichkeit werden lassen können. Der innere moralische Imperativ muß bei uns allen die Staatsgesetze ersetzen. Unser Gewissen wird uns die Antwort auf die Frage erteilen, ob wir das Recht haben, die uns anvertrauten Stellen zu verlassen."1)

1) "Krakivski Visti" vom 11. 7. 1941

Diesen Ansichten gemäß stellte der Ukrainische Hauptausschuß in Zusammenarbeit mit der UNO in Deutschland und im Protektorat eine Liste der ukrainischen Fachleute auf, die den deutschen Militärstellen übergeben wurde. Alle die auf dieser Liste standen, sollten freie Einreise in die Ukraine zugesichert bekommen. Volodymyr Kubijovyč schreibt darüber:¹⁾

"Der Ukrainische Hauptausschuß bemühte sich, eine gewisse Planmäßigkeit in die Abwanderung der Ukrainer aus dem Generalgouvernement nach dem Osten einzuführen. Zu diesem Zweck wurde beim Hauptausschuß eine besondere Abteilung unter der Leitung von Ing. Roman Holod gebildet. Seine Aufgabe war es, die ukrainischen Fachkräfte im Generalgouvernement, in Deutschland und im Protektorat Böhmen und Mähren zu registrieren. Diese Liste wurde in verhältnismäßig kurzer Zeit angefertigt. Wir konnten uns nun ein Bild darüber machen, wie groß die Zahl unserer Fachleute ist und welche von ihnen im Generalgouvernement unbedingt belassen werden müßten, um das ukrainische Leben in den Randgebieten des ukrainischen Territoriums nicht entscheidend zu schwächen. Die Leiter der einzelnen Komitees waren beauftragt, die Personalbesetzung so zu ändern, daß an Stelle der Emigranten möglichst viele bodenständige Ukrainer eingesetzt würden. Wir waren uns dessen bewußt, daß ein Teil der Emigranten sowohl in die West-Ukraine als auch in die Ost-Ukraine zurückkehren müsse, um dort auf den Gebieten des sozialen und kulturellen Lebens und insbesondere als Vermittler zwischen der ukrainischen Bevölkerung und der deutschen Wehrmacht eingesetzt zu werden. Dementsprechend haben wir alle unsere Fachkräfte in drei Stufen eingeteilt: die erste Gruppe umfaßte diejenigen, die in den westlichen ukrainischen Randgebieten verbleiben sollten, die zweite diejenigen, die nach Galizien und die dritte, die in die Ost-Ukraine zurückgeführt werden sollten. Die von uns aufgestellten Listen sollten nicht nur als Grundlage unserer Personalpolitik in den westlichen ukrainischen Randgebieten dienen, sondern auch als Grundlage für unsere Organisationen in der Ukraine selbst und in gewissem Maße auch für die deutsche Wehrmachtsverwaltung. Demzufolge haben wir auf Ersuchen der deutschen Militärstellen diesen die Liste unserer Fachleute über-

1) Istorija Ukrain'skoho Central'noho Komitetu v Heneralnij Hubernii. Teil 1. S. 194-195. Manuskript aus dem Archiv des Osteuropa-Instituts München.

geben, die die Einreise in die Ukraine gesichert bekommen sollten und mit denen verschiedene Stellen in der Ukraine zu besetzen waren."

In diesem Sinne erließ der Ukrainische Hauptausschuß "Richtlinien für die weitere Arbeit":

"Angesichts der letzten Ereignisse und der tatendurstigen Stimmung der ukrainischen Bevölkerung im Generalgouvernement geben wir hiermit vorläufige Richtlinien heraus, nach denen sich die Ukrainer im Generalgouvernement in dieser verantwortungsbedürftigen Zeit richten sollen:

1. Die ukrainische Bevölkerung im Generalgouvernement muß den Aufbau ihres Lebens auf allen Gebieten fortsetzen. Auf keinem einzigen Gebiet darf es zum Stillstand bzw. zum Rückzug durch das Verlassen der Arbeitsplätze kommen. Alle Verpflichtungen gegenüber der eigenen Gemeinschaft und der deutschen Stellen müssen unbedingt erfüllt werden.
2. Der Ukrainische Hauptausschuß, die Ukrainischen Bezirkskomiteés und die ukrainischen wirtschaftlichen Verbände setzen ihre Arbeit mit den bisherigen Besetzungen fort. Niemand darf auf Grund des eigenen Entschlusses oder ohne einer ausdrücklichen Anweisung seines Vorgesetzten seine Stelle verlassen. Dasselbe bezieht sich auch auf alle Ukrainer, die im Staatsdienst im Generalgouvernement tätig sind."¹⁾

Noch im November kam der Ukrainische Hauptausschuß auf dieses Thema zu sprechen. In einem Aufruf, der in der Zeitung "Ukraïnskyj Visnyk" veröffentlicht wurde, heißt es:

"...leider fanden sich auch unter unserer Lehrerschaft undisziplinierte Einzelpersonen, die ihre Arbeitsplätze eigenmächtig verlassen haben und nach dem Osten gegangen sind, ohne darüber die Schulbehörden bzw. ihre eigene Gemeinschaft zu unterrichten.

Aus diesem planlosen und anarchistischen Abgang der Lehrer

1) "Krakivski Visti", vom 11. 7. 1941

nach dem Osten ist großer nationaler Schaden entstanden. Die überwiegende Mehrzahl jener Lehrer hat sich im Osten als nicht nützlich erwiesen; unterdessen sind in unseren westlichen Randgebieten - im Lemkenland und Cholmgebiet - über 200 Schulen geschlossen und 20.000 ukrainische Kinder ohne Unterricht... Dieser eigenmächtige Abgang der ukrainischen Lehrer nach Osten rief den Unwillen der Schulbehörden hervor, die uns stets Entgegenkommen zeigten.¹⁾

Es besteht also kein Zweifel, daß die OUN grundsätzlich für die legalen Methoden bei der Überführung der Emigranten aus dem Reich in die Ukraine eintrat.

Andererseits unterliegt es jedoch auch keinem Zweifel, daß sie einen Teil ihrer führenden Mitglieder, die sofort eingesetzt werden mußten, ohne deutsches Wissen über die "Grüne Grenze" schleufte. Sammelpunkt für dieses Unternehmen war die Kreisstadt Sanok am Nordrand der Karpathen, hart an der deutsch-sowjetischen Grenze im General-Gouvernement. Leiter dieses Unternehmens war Teofil Bak-Bojčuk.²⁾ Einige Übergangspunkte über die "Grüne Grenze" gab es auch an den Flüssen San und Bug.

Die legal und illegal in die Ukraine zurückgekehrten Mitglieder der OUN wurden meist nach einem ausgearbeiteten Plan in die Ostukraine eingesetzt. In Lemberg wurde eine eigens dafür ins Leben gerufene Stelle organisiert, die den Namen "Referentura Schidnio-Ukrainskych Zemel" führte und unter der Leitung von J. Šumelda und später von Ing. Antin Dobrianskyj stand. Die in der Ostukraine eingesetzten Gruppen der Mitglieder der OUN konzentrierten ihre Tätigkeit zuerst auf die Städte Žytomir und Kiew, wo sie schwere Verluste erlitten. Im November 1941 und dann im Januar-Februar 1942 wurden führende Politiker, Journalisten und Schriftsteller, die diesen Gruppen angehörten, erschossen.³⁾

1) "Ukrainskyj Visnyk" vom 9. 11. 1941

2) "OUN, 1929-1954" S. XIV

3) Ebendort S. 281

c) Ukrainische Dolmetscher für die deutsche Wehrmacht

Im Zuge ihrer Vorbereitungen auf den Krieg hat die OUN auch einen Teil ihrer Anhänger der deutschen Wehrmacht als Dolmetscher zur Verfügung gestellt. Dies tat sie in der Annahme, dadurch die Einstellung der deutschen Soldaten gegenüber der ukrainischen Bevölkerung zu beeinflussen. Man wollte sich dadurch auch die Überführung der eigenen Anhänger in die Ukraine erleichtern. Am 24. 7. 1941 gab die UNO folgenden Bericht:

"Die Ukrainische Nationale Vereinigung übersandte über die Ukrainische Vertrauensstelle eine Liste der Dolmetscher, die die ukrainische, russische und deutsche Sprache beherrschen. Die Mehrzahl jener Dolmetscher hat schon den Dienst in der deutschen Wehrmacht angetreten. Weitere Verzeichnisse übersenden wir demnächst auf Verlangen des OKW.

Allen unseren Mitgliedern geben wir bekannt, daß alle Meldungen zum Dolmetscherdienst an den Hauptvorstand der UNO gerichtet werden müssen, der seinerseits die Verzeichnisse an die betreffenden Kommandos weiterleitet. Niemand darf auf eigene Faust handeln, die Disziplin unserer Organisation brechen und sich eigenmächtig zum Dolmetscherdienst melden." ¹⁾

d) Berufung einer Kommission zur Planung des
Staatsaufbaus

In Prag wurde auch eine Kommission zur Planung des Staatsaufbaus mit dem Namen "Komisija Deržavnoho Planuvannja" ²⁾ unter der Leitung von Dr. V. Halahan gegründet. An den Arbeiten der Kommission waren nicht nur Mitglieder der OUN, sondern auch Wissenschaftler verschiedener Richtungen beteiligt. Die Ergebnisse der Arbeit dieser Kommission sind nicht vorhanden. Nach Angaben von PUN-Mitgliedern sind sie während des Krieges verloren gegangen.

1) "Ukrainskyj Visnyk" vom 24. 7. 1941

2) H. Polikarpenko: "OUN pid čas druhoi svitovoi sijnny", S. 53

e) Der Versuch, A. Melnyk als Führer der Nation
herauszustellen

Einen wesentlichen Teil der Vorbereitungen der OUN für den Krieg bildete ihre Bemühung, die ganze ukrainische Emigration hinter die PUN und Andrij Mel'nyk zu stellen. Eineinhalb Jahre lang, zwischen dem deutsch-polnischen und dem deutsch-sowjetischen Krieg, hat sich die Propaganda und die Politik der OUN große Mühe gegeben, die PUN als die Führung der gesamten ukrainischen Nation und Andrij Mel'nyk als ihren Führer anerkennen zu lassen. In unzähligen Artikeln der OUN-Presse sowie in Vorträgen und auch während der Parteischulungen wurde das "Führerprinzip" im allgemeinen und der Kult Andrij Melnyks im besonderen gefördert.

Im "Nastup" z. B. finden wir einen Artikel unter dem Titel "Führerkult", in dem es heißt: "Der Führer ist ein Ausdruck des ewigen, immanenten Willens des Volkes. . . er ist ein Objekt des Kultes des Volkes."

Der Leser fand reichlich Stoff zu diesem Thema in fast jeder Nummer der Zeitungen "Nastup" und "Ukraïnskyj Visnyk". Hier beschränken wir uns auf die Wiedergabe des Aufrufes der PUN an das ukrainische Volk anlässlich des Kriegsausbruches, in dem es heißt:

"Die Voraussetzungen des Endsieges sind die Einheit der ukrainischen Befreiungskräfte und die einheitliche Führung des Kampfes. Der ukrainische Nationalismus ist der Garant unseres Sieges. An seiner Spitze steht ein Revolutionär, Soldat und Staatsmann, Oberst Andrij Mel'nyk, der ehemalige Stabschef der ruhmreichen ukrainischen Armee, der nächste Mitarbeiter von Symon Petljura und Evhen Konovaleč. . . . Ukrainisches Volk, stelle dich in dieser entscheidenden Stunde in einer einheitlichen Front unter den Befehl von Andrij Mel'nyk, für den weiteren Kampf um unser höchstes Ideal! Die Führung der ukrainischen Nationalisten ist sicher, daß sich die künftige Zusammenarbeit zwischen Ukraine und Deutschland im Geiste der gegenseitigen Freundschaft und Achtung zum Wohl der beiden Völker gestalten wird." 1)

1) "Ukraïnskyj Visnyk" vom 30. 6. 1941

Derselbe Standpunkt über Andrij Mel'nyk als Führer der ganzen Nation wurde während des Krieges auch in Flugblättern in der Ukraine verbreitet.¹⁾ Er kam auch in den offiziellen Beziehungen zu den anderen Nationen zum Ausdruck. Die Delegation der OUN stellte sich z. B. dem kroatischen Staatschef, Dr. Ante Pavelić als Vertreterin "des Führers der ukrainischen Nation und der Organisation Ukrainischer Nationalisten, Andrij Mel'nyk", vor.²⁾

3. DIE VORBEREITUNGEN DER OUN-R FÜR DEN KRIEG

Wie wir gesehen haben, bestand das gemeinsame Charakteristikum für alle Vorbereitungen der OUN darin, daß ihre Durchführung in beträchtlichem Maße (und in einigen Punkten vollkommen) von der deutschen Mitarbeit abhängig war.

Auf anderen Voraussetzungen waren die Pläne der OUN-R aufgebaut. Nur ein Teil von ihnen trug denselben Charakter wie die Vorbereitungen der OUN. Der andere Teil der vorgeplanten Maßnahmen war so gedacht, daß man sie auch ohne Zustimmung bzw. Mitarbeit der Deutschen hätte verwirklichen können.

Zu den Maßnahmen, die nur mit der Zustimmung Deutschlands verwirklicht werden konnten, gehörten:

1. Aufstellung der Legionen "Nachtigall" und "Roland".
2. Bildung und Tätigkeit des Ukrainischen National-Komitees in Krakau.

Zu den Maßnahmen, die auch ohne Deutschland zur Durchführung vorgesehen waren:

1. Die Aufstellung der sogenannten "Marschgruppen der OUN-R".
2. Volkserhebung hinter den bolschewistischen Linien.
3. Bildung der ukrainischen Regierung.

1) Flugblatt "Petljura - Konovaleč - Mel'nyk, try imera odna ideja."

In: "Ukraïnskyj Visnyk" vom 28. 9. 1941.

2) "Ukraïnskyj Visnyk" vom 7. 9. 1941.

Offensichtlich begegnen wir in der Vorbereitung der OUN-R auf den Krieg einem, bzw. zwei Punkten, die in der Planung der OUN vollkommen fehlen, nämlich dem Plan der Volkserhebung hinter den Linien der Roten Armee und der damit zusammenhängenden Bildung der ukrainischen Regierung. Die breite Behandlung dieser Pläne in den nächsten Abschnitten ist dadurch möglich geworden, daß sie in ihrer Original-Niederschrift zur Verfügung stehen, wie überhaupt die Dokumentation der OUN-R-Politik viel reichhaltiger als diejenige der OUN ist.

Ehe wir aber zu der Darstellung der Gesamtvorbereitung der OUN-R übergehen, müssen wir zuerst ihre politischen Grundsätze festlegen, die einen maßgebenden Einfluß auf die Vorbereitungen selbst hatten.

A. Die politischen Grundsätze der OUN-R

a) Der erste Grundsatz: Eigenstaatlichkeit und territoriale Einheit der Ukraine

Als erster Grundsatz der OUN-R-Politik galt die These, daß die Ukraine als ein selbständiger und souveräner Staat auf dem gesamten ukrainischen ethnographischen Boden entstehen muß. Sie war unter keinen Umständen bereit, von diesem Hauptziel abzuweichen oder sich auf irgendwelche Kompromisse mit irgendjemand einzulassen. Sie lehnte somit auch den nationalsozialistischen Plan vom "Neuen Europa" ab. Angesichts des Krieges wurde dieser Grundsatz noch hartnäckiger und beständiger betont. Schon in der Einführung zu den Beschlüssen des II. Kongresses der OUN-R lesen wir:¹⁾

"Der Gedanke des souveränen und geeinten (soborna) ukrainischen Staates wurde in unserem Jahrhundert zur Grundlage der ukrainischen Weltanschauung und der neuen nationalistischen politischen Bewegung, die sich in einer harten Bewährungsprobe im Kampfe gegen die Unterdrücker zu einer politischen Organisation unter dem Namen OUN geformt hat. . .

1) "OUN v svitli postanov Velykych Zboriv, Konferencij ta inšych dokumentiv z borot'by 1929-1955" S. 24, f.

Dank des 20jährigen revolutionären Befreiungskampfes der ukrainischen Untergrundbewegung ist der Wille, einen eigenen Staat zu haben, zum Bewußtsein des ganzen Volkes geworden. Die Fremdherrschaft bestätigte sehr überzeugend die Wahrheit der nationalistischen These, daß es für einen Ukrainer kein Leben ohne den eigenen Staat gibt. Der Programmpunkt der OUN, der lautet: 'Du sollst den ukrainischen Staat erkämpfen oder für ihn sterben', ist zu einem Bekenntnis des ganzen Volkes geworden."

In den programmatischen Beschlüssen des II. Kongresses ist die diesbezügliche Einstellung der OUN-R noch klarer formuliert. In den Punkten 2 und 4 wird deklariert:¹⁾

"Nur der ukrainische souveräne Staat allein kann dem ukrainischen Volke das freie Leben und die Entwicklung aller seiner Kräfte gewährleisten. Aus diesem Grunde kämpft die OUN für den ukrainischen souveränen geeinten Staat, für die Macht des ukrainischen Volkes auf seinem eigenen Territorium; sie kämpft für eine starke Macht im ukrainischen Staat, für eine starke nationale Armee und Flotte auf der Basis einer politischen Organisation der führenden nationalen Schicht."

In den politischen Beschlüssen, Punkt 5, wird dieser Grundsatz in negativer Form zum Ausdruck gebracht:²⁾

"Die OUN kämpft gegen den russischen Imperialismus jeder Art. Sie bekämpft alle Organisationen und Bewegungen in der UdSSR, die zwar gegen das Regime sind, aber gleichzeitig sich für die Beibehaltung des russischen Imperiums in einer neuen Form einsetzen".

b) Der zweite Grundsatz: Die revolutionäre Erhebung des ukrainischen Volkes als Methode im Kampfe für die Eigenstaatlichkeit

Der zweite Grundsatz, auf welchem das ganze Programm der OUN-R ruhte, war die These, daß der ukrainische Staat nur durch das ukrainische Volk selbst

1) "OUN v svitli postanov Velykykh Zboriv..." S. 27, ...

2) Ebenda S. 32

aufgebaut werden könnte, und zwar mittels der allgemeinen revolutionären Erhebung des ganzen Volkes. Die Revolution sollte erst dann ausgelöst werden, wenn die internationale Lage und die innere Brüchigkeit der feindlichen Regime ihr den bestmöglichen Erfolg sichern. Die internationale Konjunktur und die fremde Hilfe wurden nur als Hilfsmittel für das revolutionsbereite Volk betrachtet. Die Hilfe der Nachbarvölker, (so der Polen gegen die Russen, oder der Russen gegen die Polen) wurde überhaupt nicht in Betracht gezogen und ohne Ausnahme abgelehnt.

Auf dem II. Kongreß der OUN-R entwickelte man die These, daß Deutschland nur dann den ukrainischen Staat anerkennen würde, wenn das ukrainische Volk eine ungeheure Energie und einen aufs äußerste entschlossenen Willen im Kriege zeigen würde, seinen Staat aufzubauen und ihn zu verteidigen. Nur so könnten die beiden Staaten, Ukraine und Deutschland, den Krieg gegen Sowjet-Rußland erfolgreich beenden. Diese These lag der ganzen Planung des II. Kongresses zugrunde. In den streng geheim gehaltenen Instruktionen für die führenden Mitglieder der OUN-R, welche unter dem Titel: "Borot'ba i dijajnist' OUN pidčas vijny" als praktische Auswertung der Beschlüsse des II. Kongresses im April 1941 erschienen sind, finden wir u. a. folgende Erwägungen:¹⁾

1. Die OUN wird den Krieg zwischen Moskau und den anderen Staaten - insbesondere, wenn er sich auf dem ukrainischen Boden abspielt - als einen günstigen Moment für die ukrainische Befreiungsrevolution, mit dem Ziel, den souveränen und geeinten ukrainischen Staat zu gewinnen, ausnutzen. Außer der ukrainischen Revolution wird die OUN auch den Revolutionen der anderen von Moskau unterdrückten nicht-russischen Völker die Initiative geben.

2. Die OUN tritt allen jenen opportunistischen Tendenzen entgegen, welche das ukrainische Volk in die Rolle eines passiven Statisten in den kommenden Ereignissen versetzen möchten: Sie lehnt auch die billigen Kalkulationen der Kleinkrämer, die den ukrainischen Staat von fremden Mächten geschenkt bekommen haben möchten, ab. Eine solche Haltung ist eines großen Volkes nicht würdig. Die OUN steht auf dem Standpunkt, daß nur der eigene militärische Kampf dem ukrainischen Volke die Rolle eines Mitschöpfers des eigenen Schicksals sichern kann und ihm das Recht, mit anderen Völkern als glei-

1) Archiv der Auslandsverbände der OUN.

her mit Gleichem zu reden, geben würde. Ein solcher Kampf würde auch das Gefühl der eigenen Würde und der eigenen Kraft des Volkes steigern und sein Ansehen unter den anderen Völkern heben. Nur der eigene Kampf würde den Beweis der Eigenständigkeit des ukrainischen Volkes erbringen und dem ukrainischen Staat eine würdige Geburtsurkunde ausstellen, indem er alle Beschuldigungen zunichte machen würde, daß der ukrainische Staat ein Gebilde fremder Kräfte sei.

Aus allen diesen Gründen ist die OUN entschlossen, während des Krieges eine revolutionäre Erhebung des ukrainischen Volkes für die Ehre und die Freiheit der Ukraine auszulösen. Sie ist dazu entschlossen, auch ohne Rücksicht darauf, welche rein militärische Bedeutung eine solche Revolution beim Zusammenprall der kämpfenden Mächte haben sollte."

Wie aus den oben zitierten Ausschnitten ersichtlich ist, erhob die OUN-R den Grundsatz des eigenen, von anderen Mächten nicht abhängigen Kampfes zu einem absoluten Prinzip, welches auch dann Anwendung finden sollte, wenn die internationale Lage die Entstehung des ukrainischen Staates sozusagen automatisch zulassen würde.

"Durch die ukrainische Revolution bezwecken wir folgendes zu erreichen:

- a) Einen Beweis zu erbringen, daß das ukrainische Volk allein für seine Ehre, seine Freiheit und für seine Unabhängigkeit kämpft, und daß es selbst sein Schicksal formt.
- b) Für die Ukraine den Status eines Kriegspartners gegen Moskau und eines Mitschöpfers bei der Aufteilung des russischen Imperiums zu sichern. Die ukrainische Revolution wird mithelfen, die Beziehungen zwischen der Ukraine und den gegen Moskau kämpfenden Mächten auf die Basis der Partnerschaft und des Verbündeten zu stellen, und wird verhindern, daß die Ukraine als besiegt und besetztes Land von den Besiegern Moskaus behandelt wird. . . .
- h) Die ukrainische Revolution wird aus der Ukraine ein Subjekt bei der Neuordnung Osteuropas machen und wird ihr einen führenden Platz unter den Völkern sichern, welche gleich ihr für ihre Unabhängigkeit gegen Moskau kämpfen."

Die OUN-R war sich dessen bewußt, daß der rein militärische Beitrag der ukrainischen Revolution zu der Zerschlagung der UdSSR nicht unbedingt von entscheidender Bedeutung sein würde, und deswegen wollte sie wenigstens einen möglichst großen moralischen Gewinn daraus erzielen.

"Wir können nicht erwarten, daß der militärische Effekt der ukrainischen Revolution als entscheidender Faktor und als unser ausschließliches Verdienst bei der Zertrümmerung des russischen Imperiums angesehen wird. Ihr wird nur die Bedeutung eines mitentscheidenden Faktors der militärischen Ereignisse zukommen. Bei der Frage wann, wie, in welchem Maße und in welcher Art die ukrainische Revolution vorbereitet und ausgelöst werden soll, muß weniger ein militärischer, als vielmehr ein politischer Effekt mitentscheidend sein."

Die OUN-R hat hier die Voraussetzungen formuliert, die - ihrer Ansicht nach - die Ukraine zum Partner im Kriege gegen Rußland qualifizieren, d. h. die ihr zum Status des selbständigen Staates verhelfen sollten; als Hauptvoraussetzung dazu wurde die ukrainische Revolution im Rücken der bolschewistischen Front betrachtet.

c) Der dritte Grundsatz: Vorbereitung auf einen langen Krieg im Osten

Der dritte Grundsatz, auf welchem die Kriegsplanung der OUN-R beruhte, war die Hypothese, daß der deutsch-sowjetische Krieg eine lang andauernde Auseinandersetzung sein und nicht nach der Art des deutsch-polnischen und des deutsch-französischen Krieges - im blitzartigen Zugriff sein Ende finden würde.

Man rechnete damit, daß die Rote Armee erst nach einem harten Vernichtungskrieg zurückweichen werde und zwar hauptsächlich erst dann, wenn durch die revolutionäre Gärung der nicht-russischen Völker im Inneren des Landes die moralischen Widerstandskräfte der Armee zermürbt wären. Der strategischen Planung der OUN-R wurde zu Grunde gelegt, daß Deutschland die Hilfe der ukrainischen Revolution brauchen werde. Das Signal zur allgemeinen Volkserhebung wollte man erst dann geben, wenn die moralischen

und materiellen Kräfte der bolschewistischen Front bereits stark angegriffen sein würden. Bis dahin sollte man nur intensive Vorbereitungsarbeit für die Revolution leisten und den Feind durch Propaganda und kleinere militärische Handstreichs unsicher machen.

Die Volkserhebung sollte nicht gleichzeitig auf dem ganzen ukrainischen Gebiet ausgelöst werden. Man wollte zuerst den Aufstand in den west-ukrainischen Gebieten aufflammen lassen, diese Gebiete staatlich organisieren, zur Basis der weiteren politischen und militärischen Kräfteentfaltung machen und erst dann die Revolution in der Ostukraine als Mittel der Befreiung des ganzen ukrainischen Gebietes zum Ausbruch bringen, vorausgesetzt, daß sie nicht schon früher von den ukrainischen Patrioten in der Ost-Ukraine ausgelöst werden würde. Man ging von der Überlegung aus, daß nur die West-Ukraine von der OUN-R organisationsmäßig zum Aufstand genügend vorbereitet sei.

Der Entschluß der OUN-R, die Erhebung zuerst nur in der Westukraine zu entfalten, war auch durch die Überzeugung beeinflusst, daß in den ost-ukrainischen Gebieten die bodenständigen Elemente die Initiative ergreifen und die Ereignisse unter ihre Kontrolle bringen würden.

Die nachstehenden Ausschnitte aus dem zitierten Dokument werden uns ein klares Bild über die von der OUN-R entworfene Strategie abgeben. Unter dem Titel: "Die Tätigkeit der OUN vor dem Ausbruch des Krieges und in seinen ersten Anfängen - Aktion auf den westukrainischen Gebieten" lesen wir:¹⁾

"3. Die OUN-R gibt im Augenblick (d. h. vor dem Kriege) keinen Anstoß zu einer offenen revolutionären Bewegung. Ganz im Gegenteil. Sie unterbindet alle eigenmächtigen vorzeitigen offenen militärischen Handlungen besonders dann, wenn sie unter dem Verdacht stehen, vom Feinde provoziert zu sein. Die OUN muß bedacht sein, die Kräfte für den entscheidenden Moment bereitzuhalten, um den Bolschewiken keinen Anlaß zum massenhaften Vorgehen und zur Ausrottung des Volkes zu geben. Die massenhafte revolutionäre Erhebung wird erst dann in Frage kommen, wenn die Rote Armee erschüttert ist, vorausgesetzt, daß nicht wichtige Gründe zu einem früheren Aufstand zwingen. Wenn weitere Einziehungen in die Rote

1) Vollständiger Text im Archiv der Auslandsverbände der OUN-R in Londoi, Auszüge in "OUN v' switli postanov Velykych Zhoriv. . ." S. 40 f.

Armee aktuell blieben, sollten sich die Ukrainer ihnen nicht entziehen.

7. In den ersten Tagen nach dem Ausbruch des Krieges, solange die Sowjetarmee intakt ist, darf die OUN nicht mit der Waffe in der Hand auftreten. Es ist dann nur eine verstärkte propagandistische Tätigkeit in der Armee zu führen; auch sind konkrete Pläne auszuarbeiten, wie die Staatsgewalt übernommen und die militärischen Einheiten, die Miliz, die Stadtverwaltung, die Wirtschaft und die Kultur organisiert werden könnten.

8. Erst wenn die Sowjetarmee erschüttert und das Regime unterhöhlt ist, beginnt die OUN ihren bewaffneten Kampf, der zur Parole der ukrainischen Revolution werden soll. Die militärischen Einheiten der OUN bekämpfen zuerst die NKWD-Einheiten und diejenigen Teile der sowjetischen Armee, die als Spezialgruppen für die Verteidigung des Regimes aufgestellt wurden. Die Rote Armee ist mit den Parolen "Freiheit den Völkern", "Freiheit dem Menschen" und "Soziale Gerechtigkeit" zu demobilisieren."

In einem weiteren Abschnitt mit der Überschrift: "Einmarsch der fremden Truppen in die Ukraine und der Ukrainische Staat" werden die führenden Revolutionäre wie folgt instruiert:¹⁾

"7. Die militärische Besetzung der Ukraine durch die fremden siegreichen Armeen ist als unvermeidlich anzusehen, wenn der Krieg gegen Moskau auf ukrainischem Territorium geführt wird. Diese Tatsache ergibt sich aus dem Wesen des Krieges selbst und ist eine Folge davon, daß die Ukraine nicht imstande ist eine Armee aufzustellen, die fähig wäre, allein die Front gegen Moskau zu halten. Daher ist der Einmarsch der fremden Truppen in die Ukraine einfach nicht zu vermeiden.

8. Unsere Aufgabe liegt also darin, nicht zuzulassen, daß die Ukraine nur zum Objekt der fremden Mächte herabsinkt, weil sie in einem solchen Falle unweigerlich einer fremden Herrschaft unterstellt werden würde. Es müssen alle erdenklichen Bemühungen gemacht werden, durch eigene Initiative, durch eigenen Kampf und durch den Aufbau der ukrainischen Staatlichkeit mit eigenen Kräften, sich eine Position als Partner und Mitbeteiligten am Kriege zu sichern. Wir schließen

1) "OUN v svitli postanov Velykych Zboriv. . . ." S. 51 ff.

von vorherein die Rolle des bloßen Beobachters der Ereignisse aus.

9. Wir betrachten jene Mächte, die gegen Moskau Krieg führen und dabei keine feindliche Haltung gegenüber der Ukraine zeigen, als unsere natürlichen Verbündeten. Unsere Partnerschaft wird erst dann zu einer politischen und machtmäßigen Realität, wenn wir mit unserer Initiative und unseren Anstrengungen den gegen Moskau kämpfenden Mächten nicht nachstehen. Die gegen Moskau kämpfenden Mächte werden als unsere Verbündeten nur dann angesehen, wenn sie die politischen Grundbedingungen dazu erfüllen, d. h. wenn sie die Unabhängigkeit und Souveränität des ukrainischen Staates vorbehaltlos anerkennen. Den gemeinsamen Kampf gegen Moskau betrachten wir als die sicherste und aussichtsreichste Grundlage für eine politische, militärische und wirtschaftliche Zusammenarbeit der Ukraine mit den oben genannten Mächten.

19. Falls in die Ukraine Armeen von Mächten einmarschieren, die dem ukrainischen Staate feindlich gesinnt sind, würde der ukrainische Befreiungskampf in ein ganz neues Stadium eintreten."

Diese Mahnung an die führenden Mitglieder der OUN-R läßt vermuten, daß das deutsche feindliche Verhalten von der Führung der OUN-R zwar in Rechnung gezogen wurde, doch kaum in die praktische politische Planung einkalkuliert worden war. Man dachte an die mehr oder weniger schwierige Gestaltung des Verhältnisses des Ukrainischen Staates zum Deutschen Reich, man befürchtete eine allzu große Einflußnahme Deutschlands auf die innere Gestaltung des Ukrainischen Staates (wie z. B. in der Slowakei), aber man rechnete kaum mit einer offenen deutschen Feindschaft. Wie schon gesagt, wollte die OUN-R Deutschland vor die vollendete Tatsache des bereits bestehenden ukrainischen Staates stellen und dadurch die Deutschen in eine Zwangslage bringen.

Die Instruktionen besagen weiter:

"12. Wir beginnen den Wiederaufbau des ukrainischen Staates gleichzeitig mit dem Ausbruch der revolutionären Erhebung.

13. Die OUN ruft das Volk zur Restauration des ukrainischen Staates

1) Vollständiger Text im Archiv der Auslandsverbände der OUNR in London, auszugsweise in "OUN v svitli postano Velykych Zboriv...". S. 50.

auf, übernimmt die ganze Staatsgewalt in allen von der russisch-bolschewistischen Okkupation befreiten Teilen des ukrainischen Territoriums und läßt sich dabei einzig und allein durch ukrainische Interessen leiten.

14. Unser Mandat zur Ausrufung der Unabhängigkeit des ukrainischen Staates und zur Machtübernahme leiten wir von unserem langjährigen revolutionären Befreiungskampf, von unseren Verdiensten um die nationale Revolution, von unserer schöpferischen Initiative und von unserer tatsächlich vorhandenen Kraft ab.

15. Ein ähnliches Mandat müßte auch diejenige ukrainische Kraft in den zentral- und ost-ukrainischen Gebieten in Anspruch nehmen, welche als erste die Initiative zur Volkserhebung und zum Wiederaufbau des ukrainischen Staates ergreifen würde.

16. Den einmarschierenden deutschen Truppen begegnen wir als unseren Verbündeten. Vor ihrer Ankunft bemühen wir uns mit unseren eigenen Kräften die Verhältnisse in Ordnung zu bringen. Den Deutschen erklären wir, daß die Staatsgewalt bereits in ukrainische Hände übergegangen sei und daß die OUN unter der Führung von Stepan Bandera sie übernommen habe. Die Vertreter der örtlichen ukrainischen Staatsbehörden seien bereit, die freundschaftlichen Beziehungen zu den verbündeten deutschen Truppen herzustellen, mit dem Ziel, einen gemeinsamen Kampf gegen Moskau zu führen.

Ein Teil unserer führenden Leute kann an die weiter nach dem Osten marschierenden Truppen abgezweigt werden, um in den zentral- und ost-ukrainischen Gebieten beim Wiederaufbau des ukrainischen Staates mitzuhelfen. Dabei muß aber darauf geachtet werden, daß unsere Kräfte in den west-ukrainischen Gebieten nicht allzu sehr geschwächt werden.

Es darf nicht vergessen werden, daß der Krieg gegen Moskau auch dann nicht beendet sein wird, wenn das deutsche Heer den ganzen europäischen Teil der Sowjetunion erobern und besetzen sollte. Deshalb muß dafür gesorgt werden, daß die ukrainische Armee unabhängig von irgendwelchen fremden Kräften und so schnell wie möglich aufgestellt wird. Dies hat eine entscheidende Bedeutung, weil nur dann die Deutschen und die ukrainische Armee als Sieger über Moskau auf gleicher Basis verhandeln könnten. Es ist noch zu unterstreichen, daß die ukrainische Armee sich nicht nur auf dem ukrainischen Territorium

selbst, sondern auch im Fernen Osten und auf dem russischen ethnographischen Territorium bilden und als Trägerin der ukrainischen staatlichen Souveränität in Richtung Ukraine marschieren wird. In Anbetracht einer solchen Entwicklung der Ereignisse muß die OUN ihre Politik aus der Basis der Stärke führen. Sie muß sich stets darüber im klaren sein, daß sie als Trägerin der Freiheit und der Souveränität des ukrainischen Volkes auftritt."

Wie sehr man entschlossen war, die eigene Macht in das Spiel der Kräfte zu werfen und Unabhängigkeit in bezug auf Deutschland zu bewahren, zeigt die Tatsache, daß auf den 15 Seiten der propagandistischen Instruktionen der OUN-R den Rotarmisten nur ein einziges Mal empfohlen wurde, auf die deutsche Seite überzulaufen. Sonst wurde nur davon gesprochen, daß die Soldaten der Roten Armee hauptsächlich auf die Seite der Aufständischen mit der Waffe in der Hand übergehen sollen. Man wollte eine dritte Kraft im deutsch-sowjetischen Kriege bilden, die durch ihre Macht den Krieg mit beeinflussen sollte.

d) Der vierte Grundsatz: Die Ukraine als führende Macht in der Revolution der nicht-russischen Völker der UdSSR.

Der vierte Grundsatz, den die OUN-R aufgestellt hatte, besagt, daß die Revolution des ukrainischen Volkes durch die Erhebung der übrigen nicht-russischen Völker der UdSSR begleitet werden müsse. Weißruthenen, die baltischen und kaukasischen Völker, die Turkestaner, Kosaken, sie alle sollten in ihren Bestrebungen, sich von dem russischen Joch zu befreien, von den Ukrainern unterstützt werden. Die diesbezüglichen Beschlüsse des II. Kongresses der OUN-R in Krakau lauteten:¹⁾

"1. Die OUN kämpft für den souveränen geeinten ukrainischen Staat, für die Befreiung der unterdrückten Völker Osteuropas und Asiens, für die neue gerechte Ordnung auf den Ruinen des russischen Imperiums UdSSR. Die OUN wird ihren Kampf mit allen verfügbaren Mitteln fortsetzen, ungeachtet der territorial-politischen Änderungen, die in Osteuropa stattfinden.

1) "OUN v svitli postanov Velykych Zboriv..." S. 31 f.

2. Wir sehen nur einen Weg, auf dem wir unsere Ziele erreichen können: die ukrainische Revolution im russischen Imperium UdSSR, gepaart mit dem Befreiungskampf der durch Moskau unterjochten Völker unter der Parole: "Freiheit den Völkern, Freiheit den Menschen".

3. Die OUN stellt sich an die Spitze der ukrainischen revolutionären Kräfte und arbeitet mit den revolutionären Bewegungen der von Moskau unterdrückten Völker und mit den Staaten zusammen, die die vollkommene Zertrümmerung der UdSSR anstreben. Die OUN betrachtet alle Staaten, Kräfte und politischen Gruppierungen als Verbündete der Ukraine, die an der Zertrümmerung der UdSSR interessiert sind und die der Wiederherstellung des souveränen und geeinten ukrainischen Staates nicht zuwiderhandeln. Die OUN beurteilt die Staaten und die politischen Bewegungen nicht nach ihrer politisch und ideologisch größeren oder kleineren Ähnlichkeit mit der ukrainischen nationalen Bewegung, sondern nach ihrer Einstellung zum russischen Imperium.

4. Die UdSSR ist nichts anderes als eine neue Form des russischen Imperiums, die die unterdrückten Völker in den nationalen, kulturellen und wirtschaftlichen Ruin hinabsinken läßt. Die unterdrückten Völker Osteuropas und Asiens können nur dann auf eine allseitige Entwicklung hoffen, wenn sie sich von Moskau frei machen und zusammenarbeiten.

8. Als Hauptvoraussetzung des erfolgreichen Abschlusses des ukrainischen Befreiungskampfes sehen wir die ukrainische Revolution und die gemeinsame Plattform des Kampfes aller unterdrückten Völker gegen den russischen Imperialismus. Bei der Schaffung einer gemeinsamen anti-russischen revolutionären Befreiungsfront entscheidet vor allen Dingen die politische Zweckmäßigkeit und nicht die weltanschauliche, ideologische bzw. programmatische Ähnlichkeit."

Die Organisation der Ukrainischen Nationalisten wollte die Revolution nicht auf einer bestimmten ideologischen Grundlage organisieren, sondern sie war vielmehr bereit, mit allen Kräften, ob nationalistisch, sozialistisch, monarchistisch, demokratisch oder totalitär zusammenzuarbeiten, wenn diese nur die Befreiung von der russischen Herrschaft in ihrem Programm vertraten. Diese Auffassung ist mehrere Male in den Beschlüssen des II. Kongresses zum Aus-

druck gebracht worden mit der eindeutigen Absicht, offensichtlich zu betonen, daß die OUN-R ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem nationalsozialistischen Deutschland aus politischer Zweckmäßigkeit erklärt habe.

In "Borot'ba i dijalist' OUN..." finden wir folgende Sätze:

"Die Angehörigen der unterdrückten Völker, welche auf dem ukrainischen Territorium verbleiben, betrachten wir als unsere Verbündeten und reihen sie in unsere Befreiungsfront ein. Dasselbe gilt für die Ukrainer, die auf dem Territorium der unterdrückten Völker verbleiben; sie müssen sich in den Befreiungskampf jener Völker einreihen. Auf Wunsch könnten die führenden Persönlichkeiten der unterdrückten Völker aus der Ukraine in ihre Länder entlassen werden, um den Befreiungskampf ihrer Völker dadurch zu stärken. Mit solchen Männern sind Verbindungen herzustellen und aufrechtzuerhalten." 1)

Hier wurde besonders der Vermischung der Völker in der Sowjetunion Rechnung getragen. Die verbannten Ukrainer in Turkestan, im Kaukasus, in Sibirien, Weißruthenien oder in den baltischen Ländern sollten an Ort und Stelle den Kampf gegen den Unterdrücker für die Befreiung der entsprechenden Länder aufnehmen. Die nach der Ukraine verschickten Angehörigen dieser Völker dagegen sollten sich dem ukrainischen Freiheitskampf anschließen.

Weiter wird empfohlen:

"Falls ukrainische militärische Einheiten, die auf dem Territorium eines der unterdrückten Völker verweilen, keine Möglichkeit haben, sich nach der Ukraine durchzukämpfen, sollen sie dort verbleiben und sich in den Befreiungskampf jenes Volkes eingliedern." 2)

Der ganze Plan der gemeinsamen Erhebung der nichtrussischen Völker war auf der Erkenntnis aufgebaut, daß nur die Nicht-Russen bereit sein würden, sich der Revolution anzuschließen. Die Russen selbst, als herrschendes Volk, würden auf jeden Fall auf seiten der bolschewistischen Regierung stehen, um das Imperium zu verteidigen. Die Spaltung zwischen der Regierung und dem russischen Volk sei nur dann zu erreichen, wenn das Volk durch die Revolution der Nicht-Russen in Panik und Hoffnungslosigkeit versetzt werde und keinen Sinn im weiteren Kampf mehr sehen würde.

1) Archiv der Auslandsverbände der OUN in London

2) Ebenda

e) Der fünfte Grundsatz: Feste Innenpolitik

Der Ausgangspunkt, von dem die OUN-R ihre Innenpolitik ableitete, war ihr Entschluß, nur in einem Teil des wiederaufgebauten ukrainischen Staates die Macht gleich in ihre Hände zu übernehmen. Für die Machtübernahme in dem ganzen Staat fühlte sie sich noch nicht genügend vorbereitet. Man wollte zunächst durch eine breitangelegte politische Tätigkeit Einfluß auf das ganze Volk ausüben.

In "Borot'ba i dijalist' OUN..." wurde festgelegt:¹⁾

"1. Die OUN wird erst dann die ganze Macht im ukrainischen Staate übernehmen, wenn sie durch ihre politische Tätigkeit und durch eine organisatorische Ausdehnung das ganze ukrainische Territorium in ihren Einflußbereich einbezogen hat, und wenn ihre Mitglieder eine genügende Vorbereitung zur Führung des Staates erhalten haben. Aus diesen Gründen wird die OUN in den ersten Anfängen des Staatsaufbaus nicht danach trachten, die ganze Staatsgewalt an sich zu reißen, sondern sich bemühen, dieselbe erst in der West-Ukraine zu ergreifen. In den zentral- und ost-ukrainischen Gebieten werden die Mitglieder der OUN nur insoweit die führenden Stellen im Staatsapparat einnehmen, als dafür Möglichkeiten vorhanden sind.

2. Die Tatsache allein, daß nicht einmal die OUN über genügend Kräfte verfügt, um die ganze Staatsgewalt mit voller Verantwortung in die Hände zu nehmen, beweist, daß in der Ukraine z. Zt. keine organisierte politische Kraft besteht, die einer ähnlichen Aufgabe gewachsen ist. Der Aufbau der inneren Ordnung des ukrainischen Staates auf dem Grundsatz des Einparteiensystems wäre schon im ersten Stadium seiner Entstehung schädlich für die ukrainische Staatlichkeit. Jede Partei, die sich bemühen sollte, allein die Staatsgewalt zu übernehmen, würde sich auf keinen abgeschlossenen politischen Prozeß in der Ukraine stützen können, was unweigerlich zu schweren Folgen führen würde. Andererseits ist die innere Staatsordnung, die auf der Grundlage des Mehrparteiensystems aufgebaut ist, ebenfalls als schädlich für die Ukraine anzusehen. Die Macht des ukrainischen Staates darf nicht durch eine Regierung verkörpert werden, die nach dem Schlüssel der zwischenparteilichen Koalition aufgebaut ist. Die OUN lehnt ein solches System ab und bekämpft es."

1) "OUN v svitli postanov Velykykh Zboriv..." S. 53 f.

Aus den hier angeführten Feststellungen kommt klar zum Ausdruck, daß sich die OUN-R vom Jahre 1941 programmatisch auf die Grundlage des Führerprinzips stellte. Zwar war sie bereit, vorübergehend auf diesen Grundsatz zu verzichten, aber nur aus taktischen Gründen, nämlich aus der Einsicht heraus, daß sie noch nicht genügend vorbereitet sei, die ganze Gewalt im Staate an sich zu reißen. Diesen Gedanken finden wir auch in dem programmatischen Beschluß des II. Kongresses der OUN-R, in dem es heißt:

"Die OUN kämpft für die starke Staatsgewalt im ukrainischen Staate auf der Basis einer einzigen politischen Organisation der führenden nationalen Schicht." "OUN boret'sja za orhanizaciju ukraïnskoï deržavy na osnovach syl'noi vlady, syl'noi nacjonal'noi armii i floty ta odnoi polityčnoï orhanizacii providnoho nacional'noho aktyvnyj)"

Es bedurfte erst einer tiefen und langandauernden Evolution innerhalb der OUN-R, um von dieser programmatischen Einstellung abzugehen und den demokratischen Vorstellungen über den inneren Staatsaufbau Platz zu geben. Dies geschah erst im Jahre 1943, auf dem III. Kongreß der OUN-R. (Über diese bedeutende Evolution wird in weiteren Bänden berichtet.)

Vorerst aber war die OUN-R bereit, die Autorität einer beliebigen ukrainischen Regierung anzuerkennen. Sie selbst wollte im freien Wettbewerb um die Gunst des Volkes werben. Sie verbarg nicht die Vermutung, daß in der Ost-Ukraine starke nationale Kräfte ans Tageslicht treten und die Regierungsgewalt an sich reißen würden. Auch in einem solchen Falle war die OUN-R bereit, sich diesen Kräften unterzuordnen.

Dies geht aus der folgenden Instruktion hervor:

"Als rechtmäßige Regierung des ukrainischen Staates wird von der OUN die Macht angesehen werden, die als Führerin der Befreiungsrevolution, als Initiator und Lenker des ukrainischen staatlichen Wiederaufbaus ihre Fähigkeit gezeigt hat. Eine solche Regierung müssen alle Ukrainer anerkennen."

Der Punkt 27 der "Instruktion" lautet:

"Vorausgesetzt, daß gleichzeitig und unabhängig voneinander mehrere Zentren des ukrainischen Befreiungskampfes und des

1) "OUN v svitli postanov Velykych Zboriv..." S. 55

staatlichen Wiederaufbaus entstehen sollten, würde es ihre Aufgabe sein, eine gemeinsame Regierung zu bilden. Falls sich eine solche Lösung als unmöglich erweisen sollte, würden die Pflichten und Rechte der ukrainischen Regierung demjenigen Zentrum zufallen, das über die größte organisierte Macht verfügt und dadurch den größten Teil des ukrainischen Territoriums beherrscht. " 1)

Aus dieser Instruktion ersieht man recht deutlich, daß die OUN-R die ukrainische Befreiungsrevolution nicht als eine gleichmäßige, nach einem genau aufgestellten Plan sich abwickelnde Volkserhebung ansah, sondern daß sie vielmehr darauf vorbereitet war, daß neben ihr noch andere Befreiungszentren entstehen könnten, hauptsächlich in den ost-ukrainischen Gebieten, von denen die West-Ukraine und die OUN-R lange Jahre getrennt waren. Die OUN-R war sich nur in einem sicher, nämlich darin, daß die West-Ukraine vollkommen von ihr allein beherrscht werden würde, und daß hier außer ihr kein anderes Befreiungszentrum entstehen könnte.

Diese Zuversicht spricht folgende Instruktion aus:²⁾

"Die OUN erhebt ihren Anspruch auf die gesamte Staatsgewalt nur in der West-Ukraine, obwohl sie auch Anstrengungen machen wird, durch ihren Einsatz und die Verdienste für den Befreiungskampf und den staatlichen Wiederaufbau die führende Position in der ganzen Ukraine für sich zu sichern. Falls sich in der Zentral- und Ost-Ukraine ein selbständiges Zentrum herauskristallisieren sollte, welches tatsächlich die Volkserhebung zum Ausbruch bringt und auf der Grundlage der Souveränität des ukrainischen Staates steht, würden die OUN und die von ihr aufgebaute Staatsgewalt sich einem solchen Zentrum als der ukrainischen Zentral-Regierung selbstverständlich unterstellen. Die weitere Einstellung zu einer solchen Zentral-Regierung würde davon abhängen, inwieweit sie ihren Aufgaben gewachsen sein wird."

Diese politische Grundhaltung wird von der weiteren Instruktion noch bekräftigt:³⁾

1) "OUN v svitli postanov Velykych Zboriv..." S. 55

2) Ebenda

3) Ebenda, S. 53

"Die OUN stellt sich keinesfalls zum Ziel, die ganze Initiative des Befreiungskampfes und des staatlichen Wiederaufbaus in ihren Händen zu monopolisieren. Im Gegenteil. Die OUN wird nicht nur jede revolutionäre Initiative zum Kampf für den ukrainischen Staat begrüßen, sondern diesen auch unterstützen, vorausgesetzt, daß eine solche Initiative sich als politisch zweckmäßig erweist und der Souveränität der Ukraine nicht zuwiderläuft. Dies betrifft insbesondere jene Kräfte in der Ukraine, die noch vor der OUN-Initiative die ukrainische Revolution zur Auslösung bringen oder die sich auf Gebieten betätigen, welche von der OUN nicht beherrscht werden können."

Dagegen wurde ausdrücklich festgestellt, ¹⁾ daß

"jede Organisation oder öffentliche Einrichtung, die ihr Mandat bzw. ihre Machtvollkommenheit von fremden Mächten erhalten, werden auch dann als Organisationen bzw. Einrichtungen der betreffenden Macht angesehen, wenn sie sich nur aus Ukrainern zusammensetzen. Diese dürfen keinen Anspruch erheben, die Rolle einer ukrainischen souveränen Regierung zu erfüllen. Die OUN behält sich die Einstellung einem solchen politischen Gebilde gegenüber in jedem einzelnen Falle vor."

Durch diesen Grundsatz wurde nochmals die eindeutige Absage an alle jene ausländischen Kräfte ausgesprochen, die glaubten, sich in die ukrainischen inneren Verhältnisse einmischen zu können.

Im Gegensatz zu der positiven Haltung, die die OUN-R allen politischen Kräften gegenüber einnahm, die sich im Zuge des Befreiungskampfes in der Ukraine selbst herauszukristallisieren versprochen, lehnte sie alle jene Parteien ab, die im Jahre 1939, nach der Eingliederung der West-Ukraine in die Ukrainische Sowjetische Sozialistische Republik, den Kampf aufgegeben und sich aufgelöst hatten. Eine diesbezügliche Resolution lautet:²⁾

"Die ukrainischen opportunistischen Parteien zeigten sich vollkommen unfähig, den Kampf des ukrainischen Volkes für seine staatliche Unabhängigkeit zu leiten. Die Ereignisse der letzten 20 Jahre haben die schädliche Rolle der opportunistischen Politik in unserem Kampfe er-

1) "OUN v svitli postanov Velykych Zboriv..." S. 56

2) Ebenda, S. 36

wiesen. Die OUN bekämpft alle opportunistischen Strömungen in der UdSSR, die keine Abtrennung der Ukraine von Moskau anstreben, sondern sich in der Hoffnung verlieren, die Sowjetunion auf dem Wege der Evolution und der allmählichen Zugeständnisse Moskaus stufenweise abzubauen. Die OUN bekämpft alle opportunistischen Parteien und Emigrationsgruppen, insbesondere die kleinbürgerliche Gruppe der quasi-Nationalisten um Andrij Melnyk, die Het'man-Bewegung, die ukrainische Exilregierung, die ukrainischen Sozial-Revolutionäre (ESERY), die ukrainischen Sozialdemokraten (ESDEKY), die UNDO, die FNJ, die Radikalsozialisten, Merikale und alle anderen, die die einheitliche Front des ukrainischen Volkes auseinanderreißen und sich die ukrainische Befreiung nur als Ausdruck der internationalen Konjunktur vorstellen.

Die OUN bemüht sich, die ukrainische Emigration für ihren Befreiungskampf zu gewinnen und sie außerhalb der zersetzenden Einflüsse der ukrainischen opportunistischen Gruppen zu einigen."

f) Der sechste Grundsatz: Fortschrittliche Sozialpolitik

Die Vorbereitungsarbeit der OUN-R für den Krieg und für die Revolution stellte an ihre führenden Männer besondere Anforderungen auf dem Gebiet der Sozialpolitik.

Es galt, die Revolution in einem Lande vorzubereiten, welches seit 20 Jahren unter dem Druck eines einmaligen sozialen Experimentes gestanden hatte. Allerdings wollte die OUN-R die ukrainische Revolution nicht unter der Parole der Rückkehr zum Alten ablaufen lassen, sondern sie bekannte sich vielmehr zu einer fortschrittlichen und für die breiten Volksmassen zugkräftigen sozialen Ordnung, die zugleich als Absage sowohl an den Kommunismus als auch an den Kapitalismus gedacht war. Sie wollte sich in dieser Hinsicht an keine bestimmte soziale und wirtschaftliche Doktrin binden. Sie gedachte einfach empirisch vorzugehen und dem Volke das anzubieten, was seinem Wohle zum Besten gereichen würde.

Auf dem Gebiete der landwirtschaftlichen Ordnung bekannte sich die OUN-R zu folgenden Prinzipien: ¹⁾

1) "OUN v svitli postanov Velykych Zboriv..." S. 33

"Die OUN kämpft gegen das sklavisches Kolchosensystem; sie kämpft für die Abschaffung der kollektiven Wirtschaft, für die Freiheit des ukrainischen Bauern und für die Selbstbewirtschaftung seines Hofes und in Übereinstimmung mit dem Wohle der Werktätigen und des ganzen ukrainischen Volkes für das Recht auf Privatbesitz des Bauern, der nicht größer sein darf, als dieser mit eigenen Kräften bebauen kann (Trudowa Norma); sie bekämpft jedoch Landspekulationen."

Hier hat sich die OUN-R klar für die Abschaffung der Kolchosen ausgesprochen, aber schon der nächste Beschluß läßt eine andere Eventualität offen. Man spricht davon, daß, unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten, nur um die weitgehende Umgestaltung der Kolchosen, aber nicht unbedingt um ihre vollkommene Auflösung gekämpft wird:¹⁾

"Die OUN wird ihren Kampf auf dem Gebiet der Kolchosen an die örtlichen Verhältnisse anpassen und ihn unter Umständen unter folgenden Parolen führen:

- a) Gegen die Versklavung des Bauern in den Kolchosen, gegen die wirtschaftliche Ausnutzung des kollektivierten Bauern und gegen das bolschewistische Steuersystem in der Landwirtschaft.
- b) Gegen die Diktatur der russisch-bolschewistischen Aufseher in den Kolchosen.
- c) Für die volle Selbstverwaltung und die wirtschaftliche Freiheit der landwirtschaftlichen Genossenschaften.
- d) Für die Vergrößerung des Hoflandes der kollektivierten Bauern und für die Befreiung desselben von Steuern."

Hier spricht man sogar von einer Vergrößerung des Hoflandes, nicht aber von der Auflösung der Kolchosen selbst.

Man sieht, daß die OUN-R keineswegs doktrinär auf die Verwirklichung eines bestimmten Systems hinarbeitete, sondern in der Wirtschaft die weitgehende Demokratie, d.h. die freie Wahl der Wirtschaftsformen anwenden wollte. Grundsätzlich war sie gegen die Kolchosen, aber wenn da und dort die Bevölkerung sich ihre Beibehaltung in reformierter Gestalt wünschen sollte, dann wollte man dies gewähren.

1) "OUN v svitli postanov Velykych Zboriv..." S. 34

Entschieden war sie nur gegen die gewaltsame und überstürzte Auflösung der kollektiven Wirtschaft:¹⁾

"Die OUN ist gegen die Abschaffung der Kolchosen während der Revolutionszeit. In dieser Zeit werden die Kolchosen von den gewählten Revolutionskomitees verwaltet. Die Umgestaltung der bolschewistischen Sklavenwirtschaft in die freie Wirtschaft des ukrainischen Volkes wird sich stufenweise und planmäßig vollziehen müssen, in Übereinstimmung mit dem ökonomischen und politischen Interesse der ukrainischen Nation. Sie darf nicht durch eigenmächtige hastige Methoden das wirtschaftliche Leben ruinieren. "

Auf dem Gebiet der Industrie und des Handels wollte die OUN-R folgendes verwirklicht sehen:²⁾

"a) Die Großindustrie, Gruben, Großbanken, Transportmittel und Großhandel werden verstaatlicht.

b) Dem Staat wird das Recht eingeräumt, in die sonstige Wirtschaftstätigkeit regulierend einzugreifen.

Auf dem Sozialgebiet:

a) Zulassung der freien Gewerkschaften.

b) Mitbestimmung der Arbeiter in der Führung der Betriebe und an ihren Gewinnen.

c) Gewährleistung eines Mindesteinkommens für Arbeiter.

d) Einführung der modernen Sozialversicherung in Krankheitsfällen, der Unfallversicherung, der Arbeitslosenversicherung und der Altersversorgung.

e) Staatshilfe für kinderreiche Familien.

f) Mutter- und Kinderschutz.

Im Zuge der sozialen und wirtschaftlichen Umgestaltung sollen in erster Linie die berücksichtigt werden, die sich um den ukrainischen Staat verdient gemacht hatten, und zwar Soldaten, ihre Familien, Kriegsinvaliden, politischen Häftlinge und alle jene, die Blut, Freiheit oder materielle Güter für die Freiheit des ukrainischen Volkes geopfert hatten.

1) "OUN v svitli postanov Velykych Zboriv..." S. 34

2) Ebenda, S. 28, 29

g) Der siebente Grundsatz: Wirksame Propaganda

Wie jede revolutionäre Organisation, so legte auch die OUN-R einen besonderen Wert auf die propagandistische Beeinflussung der Bevölkerung. Unter Berücksichtigung der sehr komplizierten national-politischen Lage in der Sowjetunion, hatte man sich in der OUN-R entschlossen, nicht mit einer einheitlichen Propaganda auf dem gesamten riesigen Territorium der UdSSR aufzutreten, sondern diese der nationalen und örtlichen Gegebenheit anzupassen.

Es wurden zu diesem Zweck drei Sonder-Gebiete umrissen:¹⁾

1. Propaganda für die rein-ukrainischen Gebiete, diese unterteilt auf solche
 - a) mit national und politisch ausgereifter Bevölkerung, und
 - b) in welchen die Bevölkerung dem Russifizierungs-Prozeß verfallen war.
2. Propaganda für die durch nicht-russische Völker bewohnten Gebiete der Sowjetunion, für die ebenfalls zwei Pläne ausgearbeitet wurden:
 - a) für die Völker, die sich ihrer national-politischen Sonderstellung bewußt waren und
 - b) für diejenigen, welche erst am Anfang ihres Wiedergeburtprozesses standen.
3. Propaganda unter den Russen.

Ad. 1 a) Die OUN-R sah die Aufgabe der Propaganda auf diesem Gebiet darin, daß die nationalen und staatspolitischen Momente so stark wie möglich herausgegriffen und betont werden sollten. Erst an zweiter Stelle sollte die soziale Vernachlässigung der Bevölkerung unter dem bolschewistischen System zum Ausdruck gebracht werden.

Ad. 1 b) Dagegen wollte man bei solchen Bevölkerungsschichten, bei welchen der Russifizierungseinfluß merkliche Wirkungen hinterlassen hatte, an erster Stelle die sozialen und erst nachher die nationalen Momente propagandistisch zur Geltung bringen. Wenn der progressive revolutionäre Gärungsprozeß die breiten Massen erfaßt hatte, wollte man auch die national weniger ausgereiften Teile des ukrainischen Volkes mehr und mehr mit den nationalstaatlichen Parolen begeistern.

1) "OUN v svitli postanov Velykych Zboriv..." S. 41 ff. Vollständiger Text im Archiv der Auslandsverbände der OUN in London

Ad. 2 a). Für die erste Gruppe der Völker wurde dieselbe Propaganda empfohlen, wie für die Ukrainer selbst.

Ad. 2 b) Die zweite Gruppe, besonders die Sibirier, wollte man zuerst mit föderalistischen Ideen für die Revolution gewinnen.

Ad. 3. Die Propaganda unter den Russen sollte sich hauptsächlich auf die Betonung der sozialen Rückständigkeit des Bolschewismus stützen.

Es ist für die politische Einstellung der OUN-R sehr bezeichnend, daß auf 15 Seiten der propagandistischen Indstruktionen für den Fall des Krieges kein einziges Mal empfohlen wurde, Deutschland als die Befreiungsmacht der Bevölkerung vom Bolschewismus hinzustellen. Man legte den Hauptwert darauf, das Bewußtsein der eigenen Kräfte der Nation zu wecken und sie auf die Rolle eines aktiven Partners der Gegner der UdSSR, nicht aber eines passiven, befreiten, vorzubereiten. Es wurde schon einmal darauf hingewiesen, daß die OUN-R sich nicht gewünscht hatte, daß die ukrainischen Rotarmisten zu den Deutschen überlaufen, sondern ihr Ziel war, die Soldaten auf die Seite der Aufständischen mit der Waffe in der Hand herüberzuziehen. Man war sehr darauf bedacht, nicht den leisesten Verdacht zu erwecken, daß man nur ein Instrument in den Händen der deutschen Politiker sei. Für alle Mitglieder der OUN-R wurde der Grundsatz geprägt, daß sie sich während des Revolutionsprozesses zuerst der Waffen und an zweiter Stelle der Propagandamittel bemächtigen sollten (hauptsächlich der Druckereien).

Der militärische Plan

Der militärische Plan der OUN-R sah vier Phasen der Revolution vor:¹⁾

- a) Die Vorbereitungsphase (vor dem Ausbruch des Krieges).
- b) Die Vorbereitungsphase im Kriege.
- c) Die revolutionäre Erhebung.
- d) Die Phase nach der Volkserhebung.

1) Archiv der Auslandsverbände der OUN in London.

Im Original steht überall "OUN". Der Verständlichkeit halber haben wir überall die Bezeichnung "OUN" durch "OUN-R" ersetzt.

a) Die Vorbereitungsphase vor dem Ausbruch des Krieges

Diese Vorbereitungsphase sollte sofort nach dem Abschluß des Kongresses der OUN-R¹⁾ und unmittelbar nach der Zustellung der Instruktionen durch Kuriere im Netz der revolutionären Gruppen in der Ukraine beginnen. Dort, wo die Arbeit bereits in der entworfenen Richtung geführt wurde, sollte sie fortgesetzt werden.

Die Richtlinien der militärischen Vorbereitung für die Zeit vor dem Ausbruch des Krieges gegen die UdSSR wurden folgendermaßen formuliert:

"1. In jeder Ortschaft bzw. in jeder größeren Siedlung (Kolchose, Fabrik) sind Kampfgruppen zu bilden bzw. vorzubereiten (uplanuvaty) (aus konspirativen Gründen). Die Kampfgruppe soll in einer Ortschaft mindestens 10 - 15 Leute umfassen. Es ist anzustreben, daß alle militärisch vorbereitet sind (ehem. Soldaten bzw. solche Leute, die eine vormilitärische Ausbildung erhalten haben) bzw. gute Organisatoren mit theoretischen militärischen Kenntnissen sind. Im Zuge des Anwachsens der Kampfgruppen in einer Ortschaft sollen einige Leute für die neuangestellten militärischen Einheiten während der offenen Revolution als Instruktoren abkommandiert werden.

2. Es sind Spezialgruppen für Sabotage und Diversion bzw. für die Partisanentätigkeit zu bilden bzw. vorzubereiten. Diese Gruppen sollen von unseren Leuten (d. h. OUN-R-Leuten) geleitet werden. In der Vorbereitungsphase dürfen diese Leute nur vorgemerkt werden. Eingeweiht dürfen nur diejenigen werden, die für die Leitung der Gruppe vorgesehen sind.

3. Die Aufgaben des Führers der militärischen Vorbereitung der Ortschaft sind:

a) Er muß sein Gebiet ganz genau kennenlernen, sowohl in bezug auf die Menschen (unsere Anhänger, Fremde, mit unserer Bewegung Sympathisierende; Soldaten: Offiziere, Unteroffiziere, Soldaten mit speziellen Kenntnissen, Männer, die für den militärischen Dienst taugen), wie auch in bezug auf wirtschaftliche Hilfsquellen (Pferde, Fuhrwerke, Kraftwagen, Vieh, Getreide, Waffen, Munition).

1) Siehe den ersten Band S. 271 ff.

b) Er muß vorzeitig einen Mobilisierungsplan vorbereiten:

1. Er merkt sich seinen nächsten Mitarbeiter vor (Stellvertreter, Verantwortlicher für die Durchführung der Mobilisation, für die Belieferung mit Waffen, für die Versorgung mit Verpflegung); seine engsten Mitarbeiter müssen sich schon vom vorn herein auf ihre Aufgaben vorbereiten und mit dem Ausbruch der Revolution sofort die Tätigkeit aufnehmen.
2. Er merkt sich die Menschen vor, die im Falle der allgemeinen Volkserhebung für den militärischen Dienst eingezogen werden können, wobei auf die Zahl der Unteroffiziere und auf die Waffenmenge besonders zu achten ist.
3. Er arbeitet in großen Zügen einen Plan für den Fall der allgemeinen Volkserhebung aus.
4. Führer der militärischen Vorbereitung der Ortschaft soll ein Mitglied der OUN-R werden, das über vorzügliche militärische und organisatorische Eigenschaften verfügt. In der Regel wird es der OUN-R-Führer der Ortschaft werden, der mit dem Augenblick der Volkserhebung seine zivilen Aufgaben seinem Stellvertreter übergibt und sich selbst für die militärischen Aufgaben vollkommen freimacht. Der Führer der militärischen Vorbereitung der Ortschaft wird zugleich zum Militärkommandanten derselben. Wenn der Militärkommandant mit seinen Einheiten die Ortschaft verläßt, werden seine Aufgaben vom Verantwortlichen für die Mobilisierung übernommen.
5. Die Militärkommandeure in den Rayons, Bezirken, Kreisen und Distrikten haben im Frieden die gleichen Aufgaben wie die Kommandeure der Ortschaften, lediglich mit größeren territorialen Befugnissen; sie müssen
 - a) die menschlichen und materiellen Hilfsquellen ihres Gebietes kennenlernen;
 - b) sich Kommandeure für größere Kampfgruppen (Kompanien, Bataillone, Regimenter), Stabsoffiziere und Spezialisten für verschiedene Waffengattungen (darunter können sowohl OUN-R-Leute als auch nicht zur OUN-R-Angehörenden sein) vormerken;
 - c) die wichtigen Militärobjekte im Auge behalten;
 - d) die Militäraktionen auf ihren Gebieten vorbereiten und die Zu-

sammenarbeit zwischen allen ihnen unterstellten Einheiten abstimmen. Die Art und Weise der Verbindung und der Verständigung mit den untergeordneten Einheiten für den Fall des Krieges vorplanen. Die größte Einheit, die für die Beherrschung eines Gebietes vorgesehen ist, ist die eines Rayons. Der Militärkommandant eines Rayons verkörpert in sich die höchste Autorität des Gebietes. Ihm sind unterstellt: Der Kommandant der Militärverwaltung und die Kommandeure der Einheiten, welche auf seinem Gebiet stationiert sind.

6. Vorausgesetzt, daß keine anderen Befehle erteilt werden (Kurier, Rundfunk, Fallschirm), wird die Zeit der allgemeinen Volkserhebung vom Kommandanten des Gebietes bestimmt, welcher noch eine Verbindung mit den untergeordneten Einheiten aufrechterhält. Als ideal ist anzustreben, daß 1 - 2 Distrikte die Volkserhebung gleichzeitig auslösen. In Anbetracht der großen Schwierigkeiten in der Verbindung zwischen den einzelnen Gebieten ist damit zu rechnen, daß der Kommandant eines jeden Distrikts bzw. eines jeden Bezirks und sogar eines jeden Rayons Zeit und Form der Erhebung selbst entscheiden müssen wird.

7. Der günstigste Moment zur Volkserhebung ist dann gekommen, wenn die Rote Armee und die Sowjetverwaltung (NKWD) durch die Schläge von außen oder von innen (Desertionen, Meuterei) einen Zersetzungsprozeß zeigt. Bis zu diesem Moment sind keine militärischen Handlungen zu eröffnen, weil dadurch der Feind alle unsere Kräfte vernichten würde. Eine Ausnahme kann nur dann gemacht werden, wenn die benachbarten Gebiete sich schon im Aufstande befinden.

8. In der Zeit der Vorbereitung auf die Volkserhebung müssen die Kommandeure eine Übersicht über alle militärischen, wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Objekte haben und sich genau Rechenschaft ablegen, welche Kräfte bereitgestellt werden müssen, um diese zu erobern bzw. zu vernichten. Allgemein ist zu beachten, daß die Eigenkräfte nicht allzu sehr auf verschiedene Aktionen zerstreut werden. Es ist besser nur einige wichtigere Objekte zu erobern bzw. zu vernichten, als durch die Aufteilung der Kräfte Gefahr zu laufen, keinen größeren Erfolg zu erzielen."

Die angeführten Richtlinien geben ein Bild der Vorbereitungsarbeiten, welche in der ersten Phase zu bewältigen waren; die fähigsten Soldaten sollten in den

einzelnen Ortschaften (ohne eine größere Anzahl von Leuten heranzuziehen) alles auf den Fall des Krieges vorbereiten.

b) Die Vorbereitungsphase im Kriege

Für die Zeit nach dem Ausbruch des Krieges wurden folgende Richtlinien herausgegeben:

1. Die Vorbereitungen nach den oben skizzierten Richtlinien ruhig weiterführen.
2. Sich zu vorzeitigen Handlungen nicht verleiten lassen.
3. Die für die Erhebung benötigten Leute sind aus der Armee zurückzuziehen.
4. Der Alarmzustand ist anzuordnen (nicht mehr in eigenen Wohnungen übernachten, sondern sichere Stellen vorbereiten).
5. Die Verbindungen sind zu überprüfen und weiter auszubauen.
6. Es ist der Ort zu bestimmen, in welchem sich die Leute im Falle des Alarms zu sammeln haben.
7. Es sind Maßnahmen für den Schutz der Bevölkerung auszuarbeiten.
8. Vom ersten Tage des Krieges an soll die Verwirrung des Feindes im Hinterland betrieben werden.
9. Die Leute, die für unsere Aktion überflüssig sind, sollen dem Militärdienst nicht entzogen werden. Es muß darauf geachtet werden, daß sich nicht mehr Menschen in die Illegalität begeben, als unbedingt notwendig ist.
10. Es ist Kontakt mit den ukrainischen Rotarmisten und Beamten aufzunehmen und mit ihrer Hilfe Einfluß auf die Armee und Zivilbevölkerung auszuüben.
11. Den Männern, die in die Rote Armee eingezogen werden, sind Instruktionen zu erteilen, wie sie die Propaganda unter den Soldaten betreiben sollen.

c) Die Erhebung

1. Nach dem Ausbruch des Krieges geht die OUN-R in den Kriegszustand über. Während der Erhebung sind Kriegsgerichte und Kriegsgesetze einzuführen.

2. Die Erhebung kann sich in zwei Formen vollziehen:

a) Die allgemeine Erhebung

b) Die schrittweise in einzelnen Aktionen sich vergrößernde und ausdehnende Erhebung.

Ad a) Den größten Erfolg kann die allgemeine Erhebung nur dann garantieren, wenn sie mindestens in ein oder zwei Bezirken gleichzeitig zum Ausbruch gebracht wird.

Ad b) Wenn der allgemeine Aufstand unmöglich ist, dann ist es besser, mit kleinen Aktionen zu beginnen und sie Schritt um Schritt weiter zu vergrößern und auf weitere Gebiete auszudehnen.

3. Nach der Inbesitznahme einer Ortschaft ist diese sofort von feindlichen Elementen gründlich zu säubern (NKWD, Miliz u. dgl.). Die Zivilverwaltung ist den in der Ortschaft bekannten Bürgern, welche sich allgemeiner Achtung erfreuen, zu übergeben. Diese sollen einen Eid leisten, indem sie ihren Gehorsam dem Führer der OUN-R, Stepan Bandera, zum Ausdruck bringen.

4. Nach der Ernennung der Zivilverwaltung gibt der Militärkommandant die allgemeine Mobilmachung bekannt. Über die Machtübernahme in einer Ortschaft ist sofort ein Bericht nach oben und an die Nachbarortschaften zu erstatten. Die aufgestellten militärischen Einheiten sind in Kasernen unterzubringen, bzw. in eine Gegend in der Nähe zu überführen, wo sie im Falle des feindlichen Angriffs einen guten Ausgangspunkt für Aktionen haben könnten. Die Miliz ist aus den Männern aufzustellen, die für den militärischen Dienst nicht voll tauglich sind.

5. Die Ortschaften an der Ostgrenze der Westukraine werden bemüht sein, einen Teil der militärischen Einheiten in die Zentral- und Ostukraine zu entsenden (nur dann, wenn das feindliche Regime bereits unterhöhlt ist), mit den Aufgaben:

- a) Sabotageakte und Diversion im feindlichen Hinterlande zu betreiben,
 - b) die Bevölkerung in jenen Gebieten psychologisch auf den Aufstand vorzubereiten,
 - c) den allgemeinen Aufstand vorzubereiten.
6. Als nächste Aufgabe ist die Inbesitznahme der wichtigen militärischen, wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Objekte anzusehen.
7. Infolge des improvisierten Charakters der aufständischen Einheiten und insbesondere durch die ungenügend auf ihre Arbeit vorbereiteten Kommandeure, wie auch infolge der Schwierigkeiten in der Verbindung mit den einzelnen Einheiten, werden alle Aktionen nur mit kleineren Einheiten durchgeführt werden. Ihre Taktik wird auf schnellen und überraschenden Angriffen beruhen, wobei sie in der Regel nur mit Bajonetten und Handgranaten kämpfen werden.
8. Aus diesen Gründen würde die größte Einheit, die sich noch behaupten kann, das Regiment sein (10 - 15 Ortschaften). In der Regel werden kleinere Einheiten operieren. Diese Umstände werden es mit sich bringen, daß die Kreis- und Distrikt-Kommandeure mehr zu Koordinations- als zu operativen Zentren werden.
9. Bei der Aufstellung einer größeren Einheit, wie z. B. eines Regiments, muß folgendes beachtet werden:
- a) Es muß so schnell wie möglich ein Stab für sie gebildet werden, bzw. wenn ein solcher bereits vorhanden ist, muß dieser durch Fachoffiziere aus den Reihen der Sowjetarmee vervollständigt werden. Wenn ein solcher Offizier sich als unzuverlässig erweist, muß er seine Pflichten unter Bewachung ausüben. Der erste Versuch zur Sabotage ist mit Erschießen zu bestrafen.
 - b) Es müssen die nötigen Voraussetzungen für eine solche Einheit geschaffen werden.
10. Bei der Aufstellung der aufständischen Einheiten können auch ganze Einheiten der Roten Armee aufgenommen werden. Dabei sind aber Vorsichtsmaßnahmen zu treffen. Es besteht nur dann keine Gefahr, wenn eine solche Einheit als ein Ganzes sich in Meuterei gegen die Rote Führung befand.

11. Soldaten und Offiziere ukrainischer Nationalität, die als Überläufer aus der Roten Armee in die aufständischen Einheiten aufgenommen werden, sind mit Entgegenkommen zu behandeln.

12. Nach der Entwaffnung einer sowjetischen Einheit sind die Soldaten auf ihre Nationalität zu prüfen und danach zu gruppieren. Die Ukrainer sollen in die aufständische Armee eingegliedert werden. Dasselbe betrifft auch die Soldaten der nicht-russischen Nationalitäten, wenn sie den Wunsch dazu äußern. Es können auch Sondereinheiten der nicht-russischen Soldaten in den ukrainischen aufständischen Abteilungen gebildet werden. Der Rest der entwaffneten Soldaten ist auf folgende Weise zu behandeln: Die Russen sind in deutsche Gefangenschaft zu geben bzw. gefährlichere Elemente zu erschießen. Die Soldaten der anderen Nationalitäten sind nach Hause zu entlassen. Politkommissare und bekannte Kommunisten sind zu erschießen. Dasselbe ist mit den NKWD-Angehörigen zu tun.

13. Dieselbe Rolle, die wir in der Zeit der Volkserhebung auf den west-ukrainischen Gebieten auf uns nehmen, versuchen wir auch in den zentral- und ost-ukrainischen Gebieten zu erfüllen. Hier werden wir uns unserer verwandten Mitglieder, d. h. derer, die in der Roten Armee dienen, und unserer Partisaneneinheiten, welche bereits in diesen Gebieten tätig sind, bedienen. Der Unterschied besteht nur darin, daß wir in jenen Gebieten mehr als Inspiratoren und Organisatoren wirken werden, das übrige aber der örtlichen Bevölkerung überlassen. Hier muß der Grundsatz gelten, daß die örtlichen Einwohner in den Vordergrund zu stellen sind.

14. Die Hauptaufgabe unserer militärischen Experten wird es sein, die örtliche Bevölkerung zur Bildung einer eigenen regulären Armee für den Kampf gegen Moskau zu bewegen."

(Die Punkte 15. und 16. geben Anweisungen in bezug auf die Uniformierung der militärischen Einheiten.)

"17. Unsere Hauptkräfte sind weitab von den Verkehrszentren zu konzentrieren, um weite Gebiete unter unsere Kontrolle zu nehmen. Unsere Einheiten werden dort sehr viel mit der Bereinigung des Geländes von zersprengten feindlichen Truppen zu tun haben. An den Hauptverkehrslinien sind nur kleinere bewaffnete Einheiten zu halten, deren Ziel es ist, zur gegebenen Zeit diese zu beherrschen und mit

den Verbündeten Kontakt aufzunehmen. Die Leute, die den Aufstand organisiert und die Macht übernommen haben, bleiben so lange an Ort und Stelle, bis die verbündeten Truppen kommen. Die aufständischen Einheiten, die sich in einem Gebiet organisiert haben, verbleiben in demselben, ohne eine weitere Verfolgung der Roten Armee durchzuführen.

18. Nach dem Einmarsch der verbündeten Truppen begegnen ihnen die Vertreter der OUN-R (der Vertreter der zivilen- und Militärverwaltung), begrüßen sie als Verbündete und erklären, daß die OUN-R das Gebiet bereits gesäubert und die Macht übernommen habe. Es ist an sie die Frage zu richten, ob sich bei ihnen ein Vertreter der OUN-R unter der Führung von Stepan Bandera befinde und ob sie mit ihm Kontakt aufnehmen könnten.

19. Die militärischen Vertreter erklären, daß sie gewillt seien, mit den Deutschen weiter gegen Moskau zu kämpfen und weisen diese auf die Notwendigkeit hin, eine reguläre ukrainische Armee zu bilden, der eine außerordentliche Bedeutung für die Sicherheit und Ordnung zufällt. Falls die Bildung der regulären Armee nicht in Frage käme, sind die aufständischen Einheiten in eine Miliz umzubilden; (dies ist aber nur im Notfalle zu tun).

20. Falls die Verbündeten die Auflösung der aufständischen Einheiten fordern, ist nach der besonderen Instruktion der OUN-R zu handeln."

d) Die Phase nach der Machtübernahme

Aus begreiflichen Gründen wurden für die Zeit nach der Machtübernahme in der West-Ukraine nur allgemeine grundsätzlich gefaßte Richtlinien ausgegeben. Alles andere sollte dann durch die ukrainische Regierung geregelt werden. Hier wurde folgendes bestimmt:

"1. Mit dem Moment der vollkommenen Beherrschung des gesamten Gebietes begrenzt das Militär seine Aufgaben nur auf militärische Dinge. Den Rest übernimmt die zivile Verwaltung.

2. Die aufständischen Einheiten sind dann sofort in reguläre Abteilungen umzuorganisieren.

3. Auf den west-ukrainischen Gebieten wird die ukrainische Armee von uns selbst organisiert, indem wir den Kern bilden und die Kommandoposten übernehmen. In den zentral- und ost-ukrainischen Gebieten wird diese Aufgabe den örtlichen Offizieren anvertraut, indem wir uns die beratende Rolle vorbehalten."

Aus dem Plan ist ersichtlich, daß die militärischen Instruktionen in voller Übereinstimmung mit den politischen Plänen ausgearbeitet wurden.

Der ganze Plan wurde auf drei Voraussetzungen aufgebaut:

1. Die Deutschen würden die durch Ukrainer geschaffenen Tatsachen in bezug auf die Selbständigkeit der Ukraine anerkennen.
2. Der Krieg im Osten würde lange andauern.
3. Die OUN-R würde die Revolution nur auf den west-ukrainischen Gebieten organisieren, in der Ost-Ukraine dagegen würde man die Hauptinitiative den örtlichen Elementen überlassen.

3. DIE URSACHEN DES FEHLSCHLAGES

Die vorhin besprochenen Pläne der OUN-R konnten aber nur teilweise verwirklicht werden. Die Gründe dafür waren:

1. Die Zeitspanne zwischen der Aufstellung des Programms und dem Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges war zu kurz, als daß die OUN-R seine Verwirklichung hätte genügend vorbereiten können. Das Programm wurde erst Ende April 1941 angenommen. Die Instruktionen konnten bis zum 22. Juni (also in knapp sieben Wochen) nur zu einem geringen Teil den Ortsgruppen der OUN-R in der Ukraine zugeleitet werden. Für das Kennenlernen des Programms und für die damit zusammenhängenden Vorbereitungen zu seiner Verwirklichung war die Zeitspanne zu kurz.
2. Die Voraussetzungen, auf welchen das Programm der OUN-R aufgebaut war,

gingen in ihren zwei wesentlichen Punkten nicht in Erfüllung:

a) Die Voraussage, daß der Krieg lange andauern würde, hat sich zwar bewahrheitet aber nur in seiner zweiten Phase. Die ersten Monate waren ein Blitzkrieg gewesen und hatten die Pläne der OUN-R stark beeinflußt.

b) Noch schwerwiegender war die Tatsache, daß die deutsche Wehrmacht nicht als Verbündeter sondern als Eroberer in die Ukraine einmarschiert war.

Diese beiden Tatsachen haben das Programm der OUN-R umgeworfen. Man fand sich plötzlich in einer ganz neuen Situation, die von der ganzen Organisation der Ukrainischen Nationalisten-Revolutionäre eine rasche und dadurch sehr improvisatorische Umstellung verlangte. Die west-ukrainischen Gebiete, die zum Hauptträger der geplanten Revolution werden sollten, waren in der unerwartet kurzen Zeit von 15 Tagen erobert und besetzt worden. Die Anweisungen der OUN-R-Führung an die Organisation der OUN-R über Vorbereitung, Durchführung und Sicherung der Volkserhebung wurden mit einem Male gegenstandslos. Das Schicksal schlug der OUN-R ihr sorgfältig vorbereitetes Hauptargument, die Revolution in der West-Ukraine aus der Hand. Die Deutschen, die keine sichtbare Hilfe durch das ukrainische Volk erhalten hatten, waren als Sieger in die West-Ukraine eingezogen. Man mußte sich also begnügen und den Deutschen gegenüber mit dem moralischen Argument des Rechts des ukrainischen Volkes auf seine Unabhängigkeit, und nicht, wie vorgesehen, mit dem Argument des Verdienstes an der soeben erfolgten Bezwingung der sowjetischen Armeen, auftreten. Die moralischen Argumente waren aber kaum geeignet, die damalige deutsche Staatsführung zu beeindrucken. Sie betrachtete sich als den Alleinsieger und wollte auch allein die Früchte des Sieges ernten. Sie machte auch nicht den Eindruck, als wolle sie den jahrelangen blutigen Kampf des ukrainischen Volkes für seine Freiheit und Eigenstaatlichkeit anerkennen.

4. DER VERSUCH DER OUN-R, IHRE PLÄNE ZU VERWIRKLICHEN

a) Die ukrainische Legion in der deutschen Wehrmacht. ("Nachtigall und "Roland")

Ehe sich noch die offizielle deutsche politische Zielsetzung in bezug auf die Ukraine offenbarte, realisierte die OUN-R unmittelbar vor dem Kriege und in den ersten Tagen des Krieges ihr Programm, wobei in ihren allgemeinen Vorbereitungen der ukrainischen Legion eine besondere Rolle zugedacht war.

Wie schon erwähnt, lag das Schwergewicht der OUN-R-Pläne auf der Schaffung einer eigenen ukrainischen aufständischen Armee, die die Stärke des ukrainischen Volkes zum Ausdruck bringen sollte. Auf derselben Linie lag auch das Vorhaben, die Soldaten ukrainischer Nationalität in den Reihen der Roten Armee nicht der deutschen Wehrmacht in die Hände fallen zu lassen, sondern sie noch vor der Gefangennahme in die ukrainische aufständische Armee aufzunehmen.

Wenn man sich trotzdem zur Bildung einer ukrainischen Legion im Rahmen der deutschen Wehrmacht entschloß, so tat man dies aus folgenden Überlegungen:

1. Man wollte die Verbindungen, die die OUN-R zum deutschen Oberkommando der Wehrmacht (OKW) pflegte, noch mehr festigen. Der nahende Krieg im Osten ließ dies notwendig erscheinen. Die Legion sollte eine vertrauensvolle Brücke der Verständigung zwischen der deutschen Wehrmacht und den ukrainischen Aufständischen bilden und eine wichtige Rolle bei der Umbildung der aufständischen Gruppen in eine reguläre Armee übernehmen.
2. Die Legion war als Sammelpunkt für diejenigen ukrainischen Soldaten der Roten Armee gedacht, die sich als Gefangene oder Überläufer auf deutscher Seite einfinden würden.

Die Verhandlungen zwecks Bildung der Legion wurden mit Prof. Hans Koch, Prof. Theodor Oberländer und Prof. Georg Cerulli geführt, die damals als Reserveoffiziere dem OKW angehörten und von ihm zu Verhandlungen ermächtigt waren. Auf ukrainischer Seite verhandelte Oberst Riko-Jaryj im Namen

der OUN-R.

Anfang 1941 war es bereits so weit. Die Einwilligung der zuständigen deutschen Wehrmachtsbehörden zur Bildung der ukrainischen Legion lag vor. In der abgeprochenen Vereinbarung war u. a. vorgesehen:¹⁾

1. Die ukrainische Legion ist eine Einheit, die für den Kampf um den ukrainischen Staat gebildet wird.
2. Die Legion legt ihren Eid auf den ukrainischen Staat ab, nicht aber auf Deutschland und auch nicht auf Adolf Hitler als dessen Repräsentanten.²⁾
3. Dementsprechend wird die politische Erziehung der Soldaten in absoluter Treue zu den ukrainischen politischen Zielen gewährleistet.
4. Die Legion wird von ukrainischen Offizieren befehligt. Deutsche Offiziere übernehmen nur die allgemeine Aufsicht.
5. Die Aufstellung und die Ausbildung der Legion wird streng geheim vor sich gehen.

In den ersten Tagen des Februars 1941 ließ die Führung der OUNR ihre Mitglieder wissen, daß sich Freiwillige aus ihren Reihen zum Militärdienst melden könnten. Die Führerschaft der OUN-R, die mit der Durchführung der Anordnung betraut wurde, erhielt die ausdrückliche Anweisung, daß das Stillschweigen so weit gehen müsse, daß nicht einmal die Familienangehörigen der Freiwilligen erfahren dürften, wohin und mit welchem Ziel sie weggegangen seien.

Bei der Rekrutierung wurden an erster Stelle diejenigen Mitglieder der OUN-R berücksichtigt, die eine, wenn auch kurze militärische Ausbildung hinter sich hatten. Hier kamen alle diejenigen in Frage, die im Rahmen der OUN-R eine militärische Ausbildung auf verschiedenen revolutionären Kursen und Schulen

1) "Družyny Ukraïnskych Nacionalistiv u rokach 1941 - 1942" S. 5 f.

2) Der vom ukrainischen Soldaten abzulegende Eid lautete: "Mit diesem Gewehr erkämpfe ich die Freiheit der Ukraine, oder ich werde für sie sterben." ("Družyny Ukraïnskych Nacionalistiv..." a. a. O. S. 13)

erhalten hatten.¹⁾ Das Hauptkontingent bildeten jedoch Soldaten der militärischen Organisation "Sič", die noch vor zwei Jahren in der Karpato-Ukraine gegen die Ungarn gekämpft hatten. Nach der Eroberung der Karpato-Ukraine durch Ungarn ging ein Teil der "Sič"-Soldaten nach Rumänien und nach der Slowakei und von dort aus nach Deutschland, wo wiederum ein Teil auf freiwilliger Basis in den "Werkschutz"-Einheiten neu formiert und zur Bewachung der industriellen Anlagen eingesetzt wurde. Jetzt gingen sie in die Legion über. Aus konspirativen Gründen wurden Nichtmitglieder der OUN-R nur in Ausnahmefällen angenommen. Die Größe der Legion war von vornherein begrenzt, so daß auch die Freiwilligenmeldung keine größeren Ausmaße annahm. Im ganzen wurden 700 Mann angenommen. Nach einer ärztlichen Untersuchung in Krakau wurden sie weiter nach Krynycia und Dukla verschickt, wo sie zuerst im "Arbeitsdienst" mit dem Spaten einer Musterung unterzogen wurden. Erst Mitte Mai erfolgte die Aufteilung dieser Leute in zwei Gruppen, von denen die eine nach dem Schloß Saubersdorf (50 km südlich von Wien, in der Nähe von Wiener Neustadt) und die andere nach Neuhammer (Schlesien) zur weiteren Ausbildung befohlen wurde. Die Gruppe in Saubersdorf erhielt den Namen "Roland" und die in Neuhammer stationierte "Nachtigall". Die erste wurde unter deutscher Aufsicht von Major Euhen Pobihusčvj., die zweite von Hauptmann Roman Šucevyč ausgebildet und geführt.²⁾

Zum Aufsichtsoffizier und deutschen Kommandeur der Gruppe "Nachtigall" wurde Oberleutnant Prof. Dr. Th. Oberländer ernannt. Zu seiner Unterstützung wurden ihm noch zwei deutsche Oberleutnante, einige Leutnante und Unteroffiziere zugeteilt.

Nach übereinstimmenden Aussagen der ukrainischen Mannschaften und Offiziere war die menschliche und politische Einstellung der deutschen Aufsichtsoffiziere den Ukrainern gegenüber einwandfrei und verständnisvoll. Der politischen Berufung und Bedeutung der Legion war sich besonders Prof. Oberländer bewußt. Die Aufsichtsoffiziere gaben bereitwilligst ihre Zustimmung zu öfteren Besuchen dieser Legion durch führende Männer der OUN-R, um auf diese Weise die politische Sonderstellung dieser Einheit innerhalb der deutschen Wehrmacht zu unterstreichen.

1) Ein revolutionärer Offizierskursus existierte im Jahre 1940/41 in Krakau

2) Siehe: "Družyny Ukrainskykh Nacionalistiv..." a. a. O. S. 6

Roman Sučevyč bekleidete in der deutschen Wehrmacht den Grad eines Leutnants.

Die Erziehung der Soldaten lag in den Händen der ukrainischen Offiziere und war ausgesprochen ukrainisch-patriotisch. Jeder Tag begann mit dem Hissen der ukrainischen Flagge und endete mit dem Absingen des patriotischen Gebets. Der deutsche politische bzw. weltanschauliche Lehrstoff war in das Erziehungsprogramm überhaupt nicht einbezogen.¹⁾

Dank der militärischen Vorbildung der meisten Angehörigen der Legion ging die Ausbildung schnell vonstatten. Schon am 18. Juni 1941 erhielt die Einheit "Nachtigall" den Befehl, nach dem Osten in die Gegend von Rzešov (im östlichen Teil des Generalgouvernements) zu marschieren. Die Einquartierung erfolgte in einem Dorf, (Pantalowice) 30 km vom Städtchen Radymno bei Peremyśl. Hier erlebte die Gruppe "Nachtigall" den Ausbruch des Krieges. Am 22. 6. wurde die Einheit nach Radymno und drei Tage später in Richtung Lemberg in Marsch gesetzt. Am 29. 6. erhielt die Legion "Nachtigall" den Auftrag, die Hauptstadt der West-Ukraine Lemberg mit zu erstürmen. Am 30. 6. vormittags war die Stadt bereits in deutschen Händen. Unter den einrückenden Soldaten grüßten die Einwohner der Stadt jubelnd und voller Hoffnung die ukrainischen Soldaten der Legion "Nachtigall". Ihre Einziehung in die deutsche Wehrmacht wurde allgemein als ein Zeichen der deutschen Freundschaft im ukrainischen Befreiungskampf kommentiert.

b) Die "Marschgruppen" der OUN-R

In den Plänen der OUN-R für den Kriegsfall spielten die Marschgruppen eine bedeutendere Rolle als die Legion. Diese Gruppen bildeten das Rückgrat politischer und revolutionärer Pläne der OUN-R in den ost-ukrainischen Gebieten, also auf dem Territorium, das bis zum Jahre 1939 der Sowjetunion angehört und die Ukrainische Sowjetische Sozialistische Republik gebildet hatte.

Wie schon früher ausgeführt, fühlte sich die OUN-R nur auf den west-ukrainischen Gebieten stark. Hier hatte sie ein ausgebautes Netz der illegalen Gruppen von Revolutionären und erfreute sich einer allgemeinen Popularität unter der Bevölkerung. Ganz anders sah es in der Ost-Ukraine aus. Der Terror der Bolschewisten und die hermetisch abgeriegelte Grenze am Zbruč-Fluß vereitelte alle Pläne, dort den Einfluß der OUN zu verbreiten. Eine bessere Gelegenheit bot sich erst nach der Besetzung der West-Ukraine durch die Sowjetunion im Jahre 1939. Die Grenzen waren gefallen, und die Bevölkerung konnte sich, wenn auch

1) "Družyny ..." S. 5

2) Die ausführliche Geschichte der Marsch-Gruppen der OUN siehe Lev Šankovskij: "Pochidni hrupy OUN" in "Ukrainskij Samostijnyk" Nr. 34-53/1955 und 1-53/1958.

nur langsam, vermischen. Die ungeheuer schweren Aufgaben jedoch, die der OUN-R nach dem Jahre 1939 zufielen, machten es ihr unmöglich die günstige Gelegenheit voll auszunützen. Ihre ganzen Reserven wurden von der Arbeit in der West-Ukraine in Anspruch genommen. Die für den Einsatz freistehenden Kräfte befanden sich alle im Exil - im Generalgouvernement und in Deutschland - und es galt jetzt, sie in der Ost-Ukraine einzusetzen. Es waren einige Tausend ausgeruhter, in verschiedenen politischen und technischen Zweigen neu ausgebildeter Revolutionäre. Sie sollten in die ost-ukrainischen Gebiete gebracht werden, um dort den Einfluß der OUN-R zu verbreitern. Eine günstige Gelegenheit dafür sollte der deutsch-sowjetische Krieg bilden, obwohl schon vor seinem Ausbruch die Verschickung dieser Menschen über die Grenze begonnen hatte und auch fortgesetzt wurde.

Der ganze Plan war auf lange Sicht vorbereitet. Alle Mitglieder der OUN-R im Generalgouvernement und teilweise auch in Deutschland wurden listenmäßig aufgenommen und einer der Marschgruppen zugeteilt. Im einzelnen gab es die Marschgruppe "Nord", "Mitte" und "Süd". Die Gruppe "Nord" wurde am linken Ufer des Bug konzentriert, die Gruppe "Mitte" am linken Ufer des San und die Gruppe "Süd" in den Karpaten, in der Nähe des Städtchens Sanok. Jede Gruppe wurde von einem Stab mit dem Kommandanten an der Spitze befehligt. Zum Kommandanten der Gruppe "Nord" wurde Mykola Klymyszyn, der Gruppe "Mitte" Mykola Lemyk und der Gruppe "Süd" M.R.¹⁾ ernannt. Jede dieser Gruppen war in Marsch-Ketten (Pochidni zvena) aufgeteilt, bestehend aus 7 bis 12 Mann.

Die größte war die Gruppe "Nord", die zweitgrößte die Gruppe "Mitte" und die kleinste die Gruppe "Süd". Insgesamt zählten alle drei Gruppen ca. 4 000 Mann, einschließlich derjenigen, die sich den Gruppen beim Vordringen nach dem Osten in der Ukraine selbst anschlossen.²⁾

Das Ziel der einzelnen Gruppen lautete: Die Gruppe "Nord" schlägt sich bis Kiev durch, die Gruppe "Mitte" bis Charkov und die Gruppe "Süd" bis Odessa.

Da die "Marsch-Ketten" ihre Tätigkeit unmittelbar hinter der Front ausübten, sind viele Mitglieder in den Kampfhandlungen gefallen, viele aber, nachdem die Deutschen sich nach wenigen Wochen orientiert hatten, daß es sich um eine organisierte Aktion handelte, erschossen oder verhaftet worden. So wurden

1) M.R. ist heute noch in der Ukraine.

2) Zenon Matla: "Pivdenna pochidna hrupa" S.5

der Kommandeur der Gruppe "Mitte", Mykola Lemyk, im Oktober 1941 in Myrhorod von der Gestapo erschossen und der Kommandeur der Gruppe "Nord", M. Klymysyn, in Żytomir verhaftet. Zahlreiche Verhaftete wurden nach ihren Geburtsorten in der Westukraine verschickt, wenn sie aber ein zweites Mal in der Ost-Ukraine angetroffen wurden, erfolgte meistens ihre Erschießung. Nach ungefähr 2 - 3 Monaten erreichten die "Marschgruppen"-Angehörigen ihre Bestimmungsorte. So entstand in der Ost-Ukraine ein weitverzweigtes Netz geheimer OUN-R-Gruppen, die in den darauffolgenden Kriegsjahren einen entscheidenden Einfluß auf die anti-nationalsozialistische und anti-bolschewistische Erhebung des ukrainischen Volkes hatten. Sie waren auch die aktivsten Förderer der Ukrainischen Aufständischen Armee.

Das Ziel der OUN-R war erreicht; ihr Einfluß hatte sich auch auf die ost-ukrainischen Gebiete verbreitet.

Im Oktober 1941 berichtete die Polizei nach Berlin über die Marschgruppen:

"Die stärkste Gruppe, die eine selbständige Ukraine befürwortet, ist nach wie vor die Bandera-Gruppe, (gemeint ist die OUN-R-Verf.) deren Anhänger außerordentlich aktiv sind und deren Fanatismus teils von persönlichen Gründen und teils von tiefem Nationalgefühl getragen wird.

Die Anhänger Banderas wurden bei Beginn des Feldzuges in Lemberg und Sanok in kleine Gruppen zusammengefaßt und erhielten eine kurze Schulung. Sie wurden weiterhin mit Geld und Propagandamaterial versehen. Unter dem Deckmantel der Durchführung von Ordnungsaufgaben, wie Einsetzung von Bürgermeistern, Einrichtung von Miliz und Kampf gegen Juden und Kommunisten, wurde politische Arbeit geleistet."¹⁾

c) Das Ukrainische Nationalkomitee in Krakau

Der Entschluß der OUNR, die politische Initiative und die Verantwortung für den Befreiungskampf in der West-Ukraine ausschließlich in ihre Hände zu nehmen, warf die Frage der weitgehendsten Mobilmachung nicht nur der Volksmassen, sondern auch der führenden ukrainischen Intelligenz auf, die bis zum Ausbruch des deutsch-polnischen Krieges in den legalen ukrainischen Parteien

1) IMT-102-R (Sechster Tätigkeits- und Lagebericht der Einsatzgruppen in der Sowjetunion vom 1. - 31.10.1941.)

organisiert waren.

In diesem Sinne trat die OUN-R im April 1941 mit der Initiative zur Schaffung eines Ukrainischen Nationalkomitees hervor, in welchem führende Persönlichkeiten der ukrainischen Intelligenz im Exil auf individueller, nicht aber auf parteipolitischer Basis, zusammengefaßt werden sollten.

Man rechnete damit, daß durch die Schaffung eines solchen Komitees die politisch neutralen Teile der ukrainischen Öffentlichkeit leichter im Sinne der OUN-R-Politik zu beeinflussen sein würden. Das Hauptziel des Komitees aber war, die maßgebenden deutschen Politiker vor die Tatsache der einheitlichen ukrainischen nationalen Front zu stellen, um dadurch ein Ausspielen der ukrainischen Kräfte gegeneinander von vornherein unmöglich zu machen. Angesichts der geplanten Politik der OUN-R lag ihr sehr viel daran, jeden innerukrainischen Konkurrenzkampf auszuschalten, da dieser die Chancen ihrer Verwirklichung in jedem Falle sehr ungünstig beeinflussen würde.¹⁾

Einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf den Entschluß der OUN-R, das Nationalkomitee in Krakau zu gründen, hatte auch der Gedanke, die partei-lich nicht gebundenen ukrainischen Kreise dem Einfluß des ärgsten Konkurrenten, nämlich der zweiten OUN unter der Führung von Andrij Melnyk, zu entziehen.²⁾

-
- 1) Parallel zu den Bemühungen der OUN-Revolutionäre, die ukrainischen Kräfte zu konzentrieren, lief eine ähnliche Aktion seitens der OUN. Dieser Versuch bezweckte, die ganze ukrainische politische Emigration unter der Führung von Oberst Andrij Melnyk, als dem Führer der Nation, zu vereinigen. Die Aktion wurde von Oberst Mykola Sciborskyj und Prof. Volodymyr Kubijovyč geführt. Sie blieb jedoch ohne Erfolg. (Volodymyr Kubyjovyč: Istorija Ukraïnskoho Central'noho Komitetu v Heneralnij Hubernii'. Teil 1., S. 193. (Manuskript: Osteuropa-Institut München) (Auch P. K. Bojarskyj: "Ukraïnska Vnutrišn'a Polityka", Zeneva 1947, S. 44)
 - 2) Das Ukrainische Nationalkomitee zu organisieren wurden beauftragt: Vasył Ochrymovyč, Roman Ilnyčkyj, Ivan Ravlyk, Jaroslav Staruch und Evhen Vrečiona.

Für die Organisatoren des Komitees schien es besonders schwierig, die alten ukrainischen Politiker aus den Jahren der ersten ukrainischen Revolution (1917-1921), die sich um die Exilregierung gruppierten, für ihren Plan zu gewinnen. Aber schon die ersten Verhandlungen zeigten, daß sich die einzelnen Politiker, die der Exilregierung nahestanden, keine Illusionen über ihre damalige politische Situation machten und sich ohne größere Vorbehalte bereit erklärten, dem Komitee beizutreten.¹⁾ Durch die Bildung des Komitees hofften sie, noch Anschluß an die praktische Politik zu finden, die sonst in den Händen der beiden OUN monopolisiert war.

So traten aus diesem Lager Politiker, wie Mykola Livyckyj, Petro Škurat, Mychajlo Krat, Spyrydon Dovhal, A. Makarenko, Zinaida Mirna und andere dem Komitee bei.

Ähnliche Bedenken hatten die Organisatoren auch bei den Verhandlungen mit den Politikern der zweiten bestehenden politischen Gruppierung, nämlich mit den Angehörigen der Het'man-Bewegung. Es hatte sich aber bald erwiesen, daß die ukrainischen Monarchisten keine Bedenken gegen eine Zusammenarbeit mit der OUN-R hatten; sie waren lediglich im Zweifel, ob sie neben den ukrainischen Republikanern in einem Komitee wirken könnten.

Die Verhandlungen mit den ehemaligen Mitgliedern der west-ukrainischen Parteien, die im Jahre 1939 zur Auflösung gelangten, waren auch erfolgreich. Sie begrüßten den Plan der OUN-R als eine positive politische Initiative, die aus gesamt-ukrainischen Gründen zu fördern sei.²⁾

Nach zweieinhalb-monatigen Verhandlungen, die in Krakau, Lublin, Warschau, Prag, Berlin, Kališ und Brünn geführt wurden, konnte das Ukrainische Nationalkomitee gegründet werden.

Die Gründungsversammlung wurde für Sonntag, den 22. Juni 1941 einberufen. Bis dahin war eine Liste mit 113 Persönlichkeiten, die ihre Beitrittserklärung abgegeben hatten, fertiggestellt.³⁾

Zu der Versammlung in Krakau selbst erschienen 86 Persönlichkeiten. Die Vorträge wurden von den Mitgliedern der OUN-R vorbereitet. Es gab zwei grundsätzliche Referate: das eine von Magr. Mykola Bohun über die politische

1) Eigene Erlebnisse des Verfassers

2) Eigene Erfahrung des Verfassers

3) Die Liste siehe im Anhang S. 206

und wirtschaftliche Bedeutung der Ukraine in Europa und das zweite von Dr. Volodymyr Janiv über das Recht des ukrainischen Volkes auf seinen unabhängigen Staat. Das dritte Mitglied der OUN-R, Dr. Volodymyr Horbovyj, der zum Vorsitzenden der Versammlung gewählt wurde, sprach über die Aufgaben des Nationalkomitees.¹⁾ Die Versammlung verlief in einer nervösen und gespannten Atmosphäre, da alle Anwesenden unter dem Eindruck des soeben bekanntgegebenen Ausbruchs des deutsch-sowjetischen Krieges standen. Die Vorträge wurden gekürzt, das Programm stark reduziert. Die Spannung der Beratungen errang ihren Höhepunkt, als zwei Vertreter des Sicherheitsdienstes im Saal erschienen und die Auflösung der Versammlung verlangten.²⁾ In größter Eile wurden noch die führenden Organe des Komitees mit allgemeiner Zustimmung der Anwesenden gewählt. Die Wahl entschied:

Zum Präsidenten des Nationalkomitees: General Vsevolod Petriv, aus Brünn,
zum ersten Vize-Präsidenten: Richter Dr. Volodymyr Horbovyj,
zum zweiten Vorsitzenden: Prof. Viktor Andrijevskyj,
zum ersten Sekretär: Rechtsanwalt Dr. Stepan Šuchevyč,
zum zweiten Sekretär: ehemaliger Vize-Marschall des polnischen Sejm
und Vorsitzender der UNDO, Vasył Mudryj.

Noch am selben Tage wurde im Namen des Komitees ein Memorandum an Adolf Hitler, Joachim v. Ribbentrop und Alfred Rosenberg verfaßt. Nach kurzen aufklärenden Worten über das Nationalkomitee selbst unterstrich man den Willen des ukrainischen Volkes zur staatlichen Unabhängigkeit, seine Bereitschaft, gegen Moskau zu kämpfen, und gab der Hoffnung Ausdruck, daß die deutsche Regierung den politischen Willen des ukrainischen Volkes respektieren würde.³⁾

1) Eigene Erinnerung des Verfassers

2) Viktor Andrijevskyj: "Krakivski obrazky"
in "Šlach Peremoky" vom 23. Oktober 1955

3) Ebendort

5. DIE HALTUNG DER OUN ZUM UKRAINISCHEN

NATIONALKOMITEE IN KRAKAU

Die einzige ukrainische organisierte Kraft, die sich dem Komitee widersetzte, war die OUN. Ihre negative Haltung resultierte aus prinzipiellen und taktischen Gründen:

1. Die OUN und Andrij Melnyk betrachteten sich als einzige Träger und Repräsentanten der ukrainischen Politik und waren nicht geneigt ein neues politisches, von ihnen unabhängiges Zentrum emporwachsen zu lassen.
2. Im Ukrainischen Nationalen Komitee wurden Politiker aus ehemaligen legalen Parteien zusammengefaßt, die stets Rivalen der OUN waren. Die OUN betrachtete sie als Versager im Kampfe gegen die polnische und russische Herrschaft.
3. Das Komitee stützte außerdem die Autorität der konkurrierenden OUN-R und trug zur Verbreitung ihrer Popularität in der ukrainischen Öffentlichkeit bei.

Es ist daher kein Wunder, daß Andrij Melnyk unmittelbar nach der Gründung des Komitees an die ukrainische Öffentlichkeit einen Aufruf erließ, in dem er die Zusammenarbeit der OUN-R mit den "Feinden des ukrainischen Nationalismus" auf das schärfste verurteilte.

"Nicht nur einmal in der Geschichte der Ukraine - schrieb Melnyk - kamen dunkle Kräfte der Anarchie und des Niedergangs zum Durchbruch. So haben sich auch heute gegen die Organisation der Ukrainischen Nationalisten unheilbringende Kräfte der Rebellion erhoben. (Gemeint ist die OUNR - Verf.) Sie drohen den Aufbau des ukrainischen Staates niederzuhalten und der OUN einen moralischen Schlag zu versetzen. Diese Schädlinge, die sich hinter den Parolen des ukrainischen Nationalismus verstecken, haben sich auf die Zusammenarbeit mit opportunistischen Kreisen eingelassen, mit den Feinden des ukrainischen Nationalismus und ehemaligen Sendlingen Polens und Moskaus (gemeint ist das Ukrainische Nationale Komitee in Kra-

kau - Verf.). Sie haben die Einheit der ukrainischen Befreiungsfront gesprengt und verhindert, daß sich schon heute die Staatsformen des ukrainischen Lebens bilden. . . Ich rufe alle Ukrainer zum weiteren Kampf auf und erkläre, daß in der schöpferischen Arbeit der ukrainischen Nation kein Platz für politische Kadaver, Opportunisten und Schädlinge sein darf, die die Geschichte des ukrainischen Volkes in den Parteihader und nationalen Niedergang zurückversetzen möchten. "1)

Acht Tage später erließ Andrij Melnyk einen neuen Aufruf, in dem er zu verstehen gab, daß die Zusammenarbeit mit den nichtnationalistischen Kräften zwar wünschenswert sei, aber nur als Beitrag zum Ausbau verschiedener Fachgebiete unter der politischen Führung der OUN. Wörtlich heißt es:

"In dieser großen und verantwortungsvollen Zeit rufe ich euch Ukrainer auf, deren volle Bedeutung zu verstehen, eure Kräfte nicht auf kleine, vergängliche politische Gebilde zu verzetteln, sondern einheitlich hinter der OUN als entscheidende Kraft des ukrainischen Lebens bei der Schaffung der Grundlage der ukrainischen Staatlichkeit, zu stehen. . . Im Auftrage der Führung der OUN sind Fachkörperschaften aus den Vertretern der ukrainischen Wissenschaft und Berufsverbände ins Leben gerufen worden. Sie haben die Aufgabe, Einzelheiten des Staatsaufbaus auszuarbeiten und ihre Verwirklichung vorzubereiten. Auf dieser Grundlage soll eine dauerhafte Konzentration des Ukrainertums für konkrete nationale Aufgaben geschaffen werden. "2)

Eine Woche später, am 6. Juli 1941, brachte Andrij Melnyk diesen Gedanken erneut zum Ausdruck:

"Ich rufe alle Ukrainer auf, hinter der Organisation der Ukrainischen Nationalisten zu stehen. Jeder wird einen ihm angemessenen Platz und Arbeitsbereich bekommen. "3)

Die Zeitung "Nastup" kommentierte alle diese Aufrufe:

"Durch ihren Führer Andrij Melnyk gab die OUN einen Aufruf zur Mobilmachung der ganzen ukrainischen Nation heraus, indem sie

1) "Ukrainskyj Visnyk" vom 30. 6. 1941

2) Ebendort, vom 16. 7. 1941

3) Ebendort, vom 16. 7. 1941

aufforderte, einmütig hinter dieser Organisation zu stehen und sich für den Wiederaufbau der zerstörten Ukraine zur Verfügung zu stellen.. Die OUN lehnt im Bewußtsein ihrer geschichtlichen Berufung jegliche Versuche zur "Konsolidierung", jegliche Kompromisse und Übereinkünfte, jederlei gemeinsame Fronten und "gemeinsame Programme" ab, weil sie der festen Überzeugung ist, daß eine Nation nur eine einzige Idee haben kann, die von einer Organisation unter einer Führung vertreten wird. Es ist schon so ein Naturgesetz,, daß die Vereinigung des Guten mit dem Bösen, des Gesunden mit dem Verdorbenen niemals das Böse und Verdorbene verbessert, sondern das Gute und Gesunde verdirbt. Deshalb lehnt die OUN jegliche Versuche zur politischen Konsolidierung mit jenen Elementen ab, die durch ihre bisherige Tätigkeit bewiesen haben, daß ihnen die nationale Ehre und Würde fremd ist. Sie versucht alles, um alle Kräfte der ukrainischen Nation hinter sich zu stellen und sie auf die großen Aufgaben auszurichten. So ist der Aufruf des Präsidenten der Führung der Ukrainischen Nationalisten, Andrij Melnyk, zu verstehen. "1)

1) "Nastup" Nr. 30, Jahrgang 1941. In demselben politischen Geist wurden auch andere Artikel geschrieben, darunter auch "Za koncentraciju syl", "Nastup" Nr. 33 und "Za syl'nyj nacional'nyj provid", "Nastup" Nr. 35 .

III. KAPITEL

DAS UKRAINISCHE VOLK IM KRIEG

1. DIE UKRAINISCHE EMIGRATION BEGRÜSST DEN - AUSBRUCH DES DEUTSCH-SOWJETISCHEN KRIEGES

Als der deutsch-sowjetische Krieg ausgebrochen war, setzte eine Welle von Kundgebungen unter den Ukrainern im Generalgouvernement, in Deutschland und im Protektorat Böhmen und Mähren ein. Man gab der allgemeinen Freude darüber Ausdruck, daß Moskau in den Krieg verwickelt wurde, und daß die Stunde der Befreiung der Ukraine gekommen sei.

Im Generalgouvernement hatten die Ukrainer - wie schon erwähnt- einen legalen Repräsentanten in der Person des Obmanns des Ukrainischen Hauptausschusses, Prof. Dr. Volodymyr Kubijovyč. Am Tage des Ausbruchs des deutsch-sowjetischen Krieges gab er einen Aufruf an alle Ukrainer im Generalgouvernement heraus:

"Der 22. Juni 1941 wird in die Geschichte als Datum einzigartiger Bedeutung eingehen. Auf Befehl des Führers des deutschen Volkes sind deutsche Armeen im Osten in das Reich der Dunkelheit und des jüdisch-bolschewistischen Verbrechertums einmarschiert. Die unterdrückten Völker schmachteten dort volle 25 Jahre und sind zu Millionen umgekommen. Insbesondere litt unter dieser schrecklichen Herrschaft unser Volk.

Mit dem 22. Juni 1941 öffnete sich für unseren heroischen Befreiungskampf die neue Möglichkeit, unser höchstes nationales Ideal zu verwirklichen. Unsere Herzen erfüllt die Dankbarkeit zum Allmächtigen, daß er gnädig war, uns diesen glücklichen Augenblick erleben zu lassen. Nun haben wir eine Probe unserer staatlichen Reife zu bestehen. Wir müssen jetzt zeigen, daß wir organisiert, diszipliniert, leistungsfähig und opferwillig sind. Jeder von uns muß sich darüber Rechenschaft ablegen, daß das Wohl unseres Volkes von jedem von uns abhängt. Möge jeder unserer Gedanken, jedes Wort, jede Tat das Gefühl der großen Verantwortung begleiten. Jeder von uns muß sein bestes einsetzen, um dieses Ideal verwirklichen zu können, für welches Millionen der besten Söhne

und Töchter des ukrainischen Volkes gestorben sind.

In diesem freudigen geschichtlichen Moment richten sich unsere Gefühle auf die unbesiegbaren deutschen Soldaten, die in ihren geschichtlich einmaligen Kämpfen um die neue Ordnung Europas mit ihrem Blut auch unsere Befreiung aus dem Kerker der Völker erkaufte haben. Wir werden für den Führer des deutschen Volkes, für seine ritterlichen Soldaten, für das Kriegsglück und für die Erfüllung aller seiner Pläne und für den Endsieg beten." ¹⁾

Am nächsten Tag sandte Volodymyr Kubijovyč an den Generalgouverneur Hans Frank ein Telegramm:

"Die geschichtliche Entscheidung des Führers, gegen den sowjetischen Staat der Sklaven kriegerisch vorzugehen, ist zu einem Ereignis geworden, das ungeteilte Freude innerhalb des deutschen und des ukrainischen Volkes und insbesondere unter der ukrainischen Bevölkerung des Generalgouvernements hervorgerufen hat.

Aus diesem Anlaß erlauben wir uns, Ihnen, Herr Generalgouverneur, unsere tiefste Dankbarkeit für Ihre erfolgreiche Unterstützung unserer Bevölkerung, die sie ihr bis heute gewährten, zum Ausdruck zu bringen.

Aus diesem Anlaß bitten wir Sie, uns auch in Zukunft bei der Verwirklichung unseres Memorandums vom April 1941, welches die Pläne zur Hebung des Wohles der ukrainischen Bevölkerung im Generalgouvernement zum Inhalt hatte, helfen zu wollen. ²⁾ Wir hoffen,

1) "Krakivski Visti" vom 25. 6. 1941 (Übersetzung aus dem Ukrainischen),

2) Das Memorandum wurde durch die Delegation des Ukrainischen Hauptausschusses in einer Sonderaudienz am 18. 4. 1941, Hans Frank in Anwesenheit mehrerer Abteilungschefs in der Regierung des Generalgouvernements niedergelegt. Das Memorandum zielte auf die Erlangung der Autonomie für die Ukrainer im Generalgouvernement hin. Hans Frank hat im großen und ganzen die Forderungen des Memorandums akzeptiert, aber nie verwirklicht. Von ukrainischer Seite nahmen teil: Prof. Volodymyr Kubijovyč, Ing. A. Milanyč, Red. Vasyl Hlibovyckyj; von deutscher Seite waren außer Hans Frank der Staatssekretär Dr. Kundt, der Gouverneur von Krakau, Dr. Wächter, Präsident der Inneren Verwaltung Dr. Westerkamp, der Pressechef Dr. Gasner und der stellvertretende Direktor der Abteilung Bevölkerung und Soziale Fürsorge, Dr. Fehl, anwesend.

daß Ihre Erwartungen, die Sie in die ukrainische Bevölkerung im Generalgouvernement setzen, in Erfüllung gehen werden, weil unsere Arbeit aus Dankbarkeit zu Ihnen und zu dem befreundeten deutschen Volke noch beharrlicher sein wird.

Wir bitten Sie, unsere Gefühle des Dankes dem Führer des deutschen Volkes und seinen Mitarbeitern aus Wehrmacht, Partei und Staat, die jetzt mit der Verwirklichung der Neuordnung in Osteuropa beschäftigt sind, zu übermitteln." ¹⁾

Die oberste Führung der OUN trat an die Öffentlichkeit mit dem Aufruf:

"Ukrainisches Volk! Dein langjähriger schwieriger Kampf für den eigenen Staat nähert sich dem siegreichen Abschluß.

Von deinen historischen Feinden ist Polen zerschlagen und Moskau steht vor der Niederlage. Polen und Moskau haben den Beweis ihrer Lebensunfähigkeit erbracht, indem sie ihre Existenz auf Unrecht und Unterdrückung begründeten. Die deutsche Wehrmacht betritt den ukrainischen Boden.

Nach den langen Jahren der Unfreiheit und des Leidens hast du, ukrainisches Volk, die Gelegenheit, in die Familie der europäischen Völker einzugehen. Vor dir liegt der Weg zu einem freien Leben und zum eigenstaatlichen Aufbau...

Als Voraussetzung des endgültigen Erfolges müssen die Einheitlichkeit der ukrainischen Freiheitskräfte und die einheitliche Führung im ukrainischen Freiheitskampf angesehen werden. Allein der ukrainische Nationalismus kann zum Garant des Endsieges werden. An seiner Spitze steht der Revolutionär, Soldat und Staatsmann, Oberst Andrij Mel'nyk, der ehemalige Stabschef der ruhmreichen ukrainischen Armee, der nächste Mitarbeiter von Symon Petljura und Evhen Konovalец, und in den Reihen der OUN stehen die Teilnehmer der ukrainischen Freiheitskämpfe und die ukrainische Jugend.

Ukrainisches Volk, stelle dich in dieser entscheidenden Stunde in einer einheitlichen Front unter den Befehl von Andrij Mel'nyk für den weiteren Kampf um unser höchstes Ideal!

1) "Krakivski Visti" vom 26. 6. 1941 (Übersetzung aus dem Ukrainischen)

Die Führung der ukrainischen Nationalisten ist sicher, daß sich die künftige Zusammenarbeit zwischen der Ukraine und Deutschland im Geiste der gegenseitigen Freundschaft und Achtung zum Wohl der beiden Völker gestalten wird.

Ukrainisches Volk, in deinen Händen liegt deine Zukunft! Du mußt das Gebot der Stunde verstehen, alle deine Kräfte für den Aufbau des neuen ukrainischen Lebens einsetzen und dich entschlossen gegen die dunklen Kräfte der Rebellion und Zersetzung wehren.

Die OUN ruft dich zu harter, angestrenzter Arbeit bei der Bildung der neuen Formen unseres Daseins, zum Aufbau des politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Lebens, zu Ordnung und Disziplin für die Schaffung der ukrainischen Macht und zum weiteren Kampf für den selbständigen, geeinten ukrainischen Staat.

Du, ukrainisches Volk, sollst zum rechtmäßigen und tatsächlichen Herrn auf deinem heimatlichen Boden werden. In deinen Händen liegt die Zukunft der ukrainischen Nation.

Es lebe der selbständige, geeinte ukrainische Staat! Es lebe die nationale Revolution, es lebe der Führer, Andrij Mel'nyk."¹⁾

Auch die ukrainische Kirche hatte sich auf die Seite Deutschlands gestellt.

In der ukrainischen Presse im Generalgouvernement erschien ein Aufruf des ukrainischen griechisch-katholischen apostolischen Vikariats in Jaroslau und der ukrainischen griechisch-katholischen apostolischen Administratur in Sanok, in welchem bekanntgegeben wurde, daß am Sonntag, dem 29. 6., in allen Kirchen des Generalgouvernements "Dankgottesdienste für den Siegeszug der deutschen Armee gegen die Bolschewiken, die grausamen Feinde des Christentums und des ukrainischen Volkes", abgehalten werden sollten. Den Seelsorgern wurde zur Pflicht gemacht, in den Predigten die Bedeutung des deutschen Kampfes für die Befreiung der Ukraine darzulegen.²⁾

Aus einer ganzen Reihe von deutschfreundlichen Kundgebungen erwähnen wir folgendes:

Schon am 22. 6. 1941 fanden zwei große Kundgebungen in Berlin statt. Die eine wurde von der Organisation UNO, die zweite von "Ukrainska Hromada"

1) "Nastup" vom 12. 7. 1941

2) "Krakivski Visti" vom 30. 6. 1941

(Ukrainische Gemeinde) veranstaltet. Man verfaßte Telegramme an Adolf Hitler, in welchen die Bereitschaft ausgesprochen wurde, die Pflichten gegenüber der Ukraine erfüllen zu wollen und dabei den deutschen Forderungen nachzukommen.¹⁾

Am 23. 6. forderten die ukrainischen Kombattanten der Stadt Warschau, die unter dem Einfluß der Exilregierung standen, in zwei Telegrammen an Hitler und Keitel die Schaffung einer ukrainischen Armee. Der Gouverneur des Distrikts Warschau hatte Oberst Pohotovko empfangen und seine Vorstellungen in bezug auf die Bildung der ukrainischen Armee entgegengenommen.²⁾

Am 27. 6. fand eine Kundgebung in Krakau statt.

Am 28. 6. in Prag.

Am 2. 7. wurde eine Manifestation in Krynycia und am selben Tag in Jaroslau und Horlyci veranstaltet.

Am 7. 7. in Peremyśl.³⁾

Am 8. 7. erschienen bei Baldur von Schirach - dem Reichsstatthalter von Wien - die Vorsitzenden aller ukrainischen Organisationen in Wien und brachten im Namen aller Ukrainer aus dem ehemaligen Österreich den Willen zum Ausdruck, mit allen Kräften um die Selbständigkeit der Ukraine zu kämpfen. Sie erklärten, daß das ukrainische Volk bereit sei, seinen Kampf gemeinsam mit Deutschland auszufechten.⁴⁾

1) "Kraakivskij Visti" vom 30. 6. 1941

2) Ebendort, vom 11. 7. 1941

3) Ebendort, vom 9. 7. 1941

4) Ebendort, vom 12. 7. 1941

2. DAS GROSSE PROBLEM: POLITIK DER VOLLENDETEN TATSACHEN ODER POLITIK DER ABSTIMMUNG MIT DEN DEUTSCHEN ?

Die deutsche Regierung ließ auch nach dem 22.6. über ihr Ost-Programm nichts näheres vernehmen. Hitler begann seinen Krieg im Osten mit dem Aufruf an das deutsche Volk und mit mehreren nichtssagenden Aufrufen an die Völker der Sowjetunion. Vom politischen Standpunkt aus war es charakteristisch, daß diese Aufrufe, wie unbedeutend sie auch waren, direkt an die Völker der UdSSR gerichtet waren, ohne Einvernehmen mit ihren führenden Männern in der Emigration. Der am meisten verbreitete deutsche Aufruf an das ukrainische Volk in den ersten Tagen des Krieges lautete:

"Ukrainisches Volk! Die große Stunde ist gekommen; die von dir ersehnte Zeit ist angebrochen! Die unbesiegbare deutsche Armee ist auf Befehl ihres Führers Adolf Hitler in dein Territorium einmarschiert, um dir zu helfen, die Ketten der jüdisch-bolschewistischen Unterjochung zu sprengen. In diesem geschichtlich bedeutenden Augenblick, auf welchen du die ganzen Jahrhunderte gewartet hast, machen wir dich auf zwei deutsche Aufrufe aufmerksam. Dies wird die Stunde deiner endgültigen Befreiung näherbringen, dir Blut und Opfer sparen und wird dich lehren, wie und was du, das Volk der Ukraine, zu tun hast!"

Dieser Aufruf wurde durch die Sender Donau, Breslau und Krakau jeden Tag vom 22.6.1941 an, um 11.15 Uhr ausgestrahlt. In dem Aufruf selbst, der unter dem Titel "An die Völker der Sowjetunion" übertragen wurde, hieß es wörtlich:

"Während des Ersten Weltkrieges seid ihr gezwungen gewesen, die schrecklichen Leiden auf euch zu nehmen. Die zaristischen Fürsten, die sich alle durch Größenwahn auszeichneten, schickten euch in den Kampf, ohne euch dazu genügend vorbereitet zu haben. Es

ging so weit, daß ihr euch ohne Munition und in Papierschuhcn den Deutschen entgegenstellen mußtet. Die Käuflichkeit der zaristischen Beamten und der militärischen Clique richtete eure Heimat zugrunde. Es ist kein Wunder, daß, nachdem ihr den Zaren verjagt hattet, es euer Wunsch war, in Frieden, Freiheit und Wohlstand zu leben. Ihr habt euren Glauben den Verbrechern geschenkt, die unter der Führung der Juden aus der ganzen Welt eure Heimatländer überflutet haben. Euer Glaube wurde mißbraucht; die Bolschewisten haben gesiegt; aber ihr habt weder Frieden noch Freiheit noch Wohlstand erhalten. Ihr wurdet einer Diktatur Trotzki's, Sinoviev's, Jagoda's, Mechlis, Kaganovič und anderer verbrecherischer Helfershelfer Lenins und Stalins unterworfen. An eurem Schicksal hat auch die Tatsache nichts geändert, daß diese Unterdrücker sich selbst aussrotteten. An ihre Stelle kamen neue. Die Menschen, die nur der Arbeit nachgingen, konnten kein Wort des Protestes erheben.

Millionen von denen sind verbannt worden, die diese Verhältnisse bessern wollten. Sie alle erfroren als Sklavenarbeiter in der sibirischen Taiga und im Polargebiet von Archangelsk. Allein der Bau des Weißmeer-Ostsee-Kanals forderte über 500 000 Menschenopfer. Wieviel Menschen sind in den finsternen Kellern der GPU-Gefängnisse Lubianka ermordet worden? Kinder wurden zu Spitzeln erzogen, die über ihre eigenen Eltern den Verbrechern im Kreml zu berichten hatten. Jeder Bürger der Sowjetunion, der nur ein paar Worte mit einem Ausländer wechselte, wurde sofort verhaftet und ermordet. Kein einziges Wort der Wahrheit konnte aus Europa in die Sowjetunion hineingebracht werden.

Früher, zu zaristischen Zeiten, erhob ihr den Schrei des Protestes gegen die Scheußlichkeiten, die an der Lena und in den schrecklichen sibirischen Verbannungsgebieten begangen wurden. Heute ist die ganze Sowjetunion zu einem großen Gefängnis geworden. Die jüdischen Pressegangster schwindeln euch jeden Tag in der "Pravda" und "Izvestja" über die Verhältnisse in Deutschland an. Die Wahrheit ist aber folgende: Der Führer des deutschen Volkes, Adolf Hitler, verjagte alle ehemaligen Ausbeuter, Juden und Spekulanten. Heute bietet sich zum ersten Mal die Gelegenheit, das Gleiche auch unter euren Völkern zu tun.

Ihr werdet wieder arbeiten können, ohne Angst vor dem jüdisch-bolschewistischen Spitzel zu haben. Ihr werdet wieder Häuser für euch

selbst und nicht für die Henker aus dem Kreml bauen können. Die deutsche Verwaltung wird als erstes die Glaubensfreiheit einführen. Wir Deutschen haben zwar ein anderes Glaubensbekenntnis als ihr, wir achten aber jede wirkliche religiöse Überzeugung. Wir werden euch erlauben, Glaubensgemeinschaften zu bilden, und jeder wird die Freiheit erhalten, Gott auf seine Art zu verehren.

Ihr müßt aber wissen, daß das Idol im gläsernen Sarg vor den Mauern des Kreml kein Gott ist, sondern ein Henker der von ihm unterdrückten Völker. Sein Bolschewismus hat die Macht des Judentums eingesetzt und ungeheures Elend ausgelöst, welches Millionen von Opfern forderte. Eine bessere Zukunft kann nur dann erhofft werden, wenn diese Verbrecherbande vernichtet wird.

Verjagt die jüdischen Kommissare, aber bewahrt eure industriellen und handwerklichen Anlagen vor der Zerstörung. Schützt eure Städte und Dörfer vor Sabotageakten. Deutsche Soldaten werden euch, wenn ihr keine hohen Funktionen inne hattet, nichts Böses antun. Die Deutschen werden euch von dem jüdisch-bolschewistischen Terror befreien. Wir erwarten, daß der nüchtern denkende Teil der Soldaten und Kommandeure der Roten Armee seine Gewehre gegen die Unterdrücker richten wird, um zusammen mit uns die Ketten der bolschewistischen Unterjochung zu zersprengen."¹⁾

Der zweite Aufruf, der im gleichen Geiste verfaßt wurde, war an die Kommandeure und Soldaten der Roten Armee gerichtet:

Auch der Aufruf Adolf Hitlers an das deutsche Volk enthielt nichts wesentliches in bezug auf die Völker der Sowjetunion.

Die separate deutsche, mit den Repräsentanten der Völker der UdSSR nicht abgestimmte, Politik im Osten, zog auch die separate, mit Deutschland nicht abgestimmte Politik der OUN-Revolutionäre nach sich.

Als der Krieg ausgebrochen war, richtete die OUN-R noch im Laufe des 22. 6. ein Memorandum an die höchsten Führer des Dritten Reiches, in dem das Angebot enthalten war, im Kriege gegen Moskau (unter Voraussetzung der Anerkennung der Souveränitätsrechte des ukrainischen Volkes) zusammenzuarbeiten. Da dieses Dokument als Zeugnis der politischen Haltung der OUN-R jener

1) "Krakivski Visti" vom 30. 6. 1941 (Rückübersetzung)

Zeit zu betrachten ist und zum Verständnis der deutsch-ukrainischen Auseinandersetzung der nachfolgenden Jahre wesentlich beitragen kann, wird es in Auszügen hier und vollständig im Anhang angeführt. Nach einer kurzen Darstellung der ukrainischen Geschichte seit dem 17. Jahrhundert übt das Memorandum Kritik an der deutschen Ukraine-Politik im Ersten Weltkrieg:

"Die deutsche Politik rechnete viel zu wenig mit der nationalen Psyche des Ukrainertums; sie verfolgte keine klaren politischen Ziele, sondern schwankte zwischen der staatlichen Selbständigkeit der Ukraine und der Wiederherstellung der russischen Einheit, wenn auch auf föderativer Grundlage. Bei den Ukrainern entstand daher die Überzeugung, daß dem deutschen Einmarsch in die Ukraine ausschließlich wirtschaftliche Zwecke zu Grunde lagen, um die Ernährungslage der Mittelmächte zu bessern und sicherzustellen. . ."

Zu der neuesten deutschen Politik übergehend, stellt die OUN-R mit nichts zu wünschen übriglassender Deutlichkeit fest, daß sie keiner Halblösung der ukrainischen Frage, sei es auch in der Form von Slowakei oder Kroatien, ihre Billigung erteilen könne.

"Wenn auch die deutschen Truppen bei ihrem Einmarsch in die Ukraine selbstverständlich dort zuerst als Befreier begrüßt werden, so wird sich diese Einstellung bald ändern können, falls Deutschland in die Ukraine nicht mit dem Ziel der Wiederherstellung des ukrainischen Staates und den entsprechenden Parolen kommt. . ."

Eine militärische Okkupation ist in Osteuropa auf die Dauer unhaltbar. Nur eine staatliche Neuordnung, aufgebaut auf dem völkischen Prinzip, kann dort eine gesunde Entwicklung gewährleisten. Nur ein selbständiger ukrainischer Staat wird diese Neuordnung aufrechterhalten können. . . ."

Zu wirtschaftlichen Fragen übergehend, stellte die OUN-R fest:

"Es ist verständlich, daß der Anschluß der Ukraine an das europäische Kontinentalsystem von Deutschland hauptsächlich aus wirtschaftlichen Gründen geplant ist. Die Ukraine ist heute der wichtigste Wirtschaftsfaktor der Sowjetunion und das an Bodenschätzen reichste Land von Europa. Die Ukraine wird den europäischen Großwirtschaftsraum in seiner Unabhängigkeit stärken und die europäische Wirtschaft durch ihre Produkte und ihre Fähigkeit, Waren aufzunehmen, ergänzen.

Dabei wird sie in dieser Großraumwirtschaft einen eigenen Wirtschaftsraum bilden müssen, da die Ukraine ihrer Größe und wirtschaftlichen Bedeutung nach danach verlangt. Auch hier ist von besonderer Wichtigkeit, die wirtschaftliche Selbständigkeit der Ukraine zu beachten. . . "

Ähnliche Selbständigkeit wünschte sich die OUN-R auch auf militärischem Gebiet:

"Da die Interessen beider Völker ein natürliches Bündnis verlangen, muß das deutsch-ukrainische Verhältnis auf einer aufrichtigen Freundschaft aufgebaut werden. Die Zugehörigkeit der Ukraine zu dem von Deutschland geführten neugeordneten Europa legt ihr die Verpflichtung auf, im Ostraum die Wacht zu halten. Nicht nur die geschichtliche Überlieferung und die geopolitische Gegebenheit seines Raumes zwingen das ukrainische Volk dazu, sondern auch sein völkisches Wollen, das bereits im heutigen revolutionären Kampf seinen Ausdruck gefunden hat. . .

Es ist nicht ausgeschlossen, daß Rußland, auch wenn das gegenwärtige Imperium zertrümmert werden sollte, seine Zersetzungsbearbeitung nicht aufgibt, und Europa gegenüber eine Revanchepolitik einschlägt. . .

Eine selbständige ukrainische Militärmacht, die der geistigen Haltung der Ukraine entspricht, wird ein Garant des deutsch-ukrainischen Bündnisses sein und den russischen Druck auf Europa auffangen."

Die Denkschrift schließt mit den Worten:

"Bei der Behandlung der ukrainischen Frage und der Inangriffnahme ihrer Lösung durch Deutschland spielen die psychologischen Momente, die den wirtschaftlichen und militärischen vorangehen, die Hauptrolle.

Mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen die Ukrainer die Zielsetzung der deutschen europäischen Politik, ihre Wege und die Methoden, die bei der Errichtung von neuen Staaten und bei Gebietserweiterung der mit Deutschland verbündeten Staaten angewandt werden.

Es muß festgestellt werden, daß es für die Lösung der ukrainischen Frage keine Analogie gibt. Seit 1938 sind in Europa zwei Staaten neu entstanden: die Slowakei und Kroatien. Abgesehen von dem

Größenunterschied und von der Bevölkerungsstärke der Länder, ist das ukrainische Problem von viel größerer Bedeutung, denn durch seine Lösung werden einschneidende Änderungen in der politischen und wirtschaftlichen Struktur des europäischen Kontinents vorgenommen und Fragen aufgeworfen, die von interkontinentaler Wichtigkeit sind. Aber nicht nur von der endgültigen Lösung des Problems hängt der weitere Verlauf der deutsch-ukrainischen Beziehungen ab, sondern schon von den gleich zu Anfang angewandten Methoden.

Der Ukrainer ist sich heute bewußt, daß nur eine schöpferische Arbeit des gesamten Volkes, verbunden mit der Leistung des Einzelnen, das ganze Leben in der Ukraine am schnellsten erneuern kann. Was eine solche schöpferische Arbeit und die totale Mobilisierung der Volkskräfte bedeutet, das hat die Praxis des nationalsozialistischen Deutschlands, wo der nationale Aufbau organisch erfolgte, dem Ukrainer vor Augen geführt.

Auch der Ukrainer, wie ihn die letzten zwanzig Jahre herausgebildet haben, ist fest entschlossen, die Grundlagen zu schaffen, die eine völkische Entwicklung in einem unabhängigen Staat gewährleisten. Mit dieser Entschlossenheit muß jede Macht rechnen, die, eigene Interessen dabei verfolgend, eine neue Ordnung im osteuropäischen Raum herbeiführen will.

Die Organisation Ukrainischer Nationalisten, die seit Jahren den gesunden Teil des ukrainischen Volkes im revolutionären Kampf um die staatliche Unabhängigkeit der Ukraine führt und das gesamte ukrainische Volk für diese Aufgabe erzieht, ist gewillt, diesen Kampf bis zur Verwirklichung ihres völkischen Ideals zu führen. "1)

Ein inhaltlich ähnliches Memorandum wurde auch von dem in Krakau gegründeten Ukrainischen Nationalkomitee verfaßt und abgesandt. Die deutsche Regierung überhörte aber alle diese Stimmen.

Die OUN-R beschloß daraufhin, eine von Deutschland unabhängige Politik zu treiben. Im Zusammenhang damit traf sie eine ganze Reihe von Maßnahmen und schickte ohne Einvernehmen mit den Deutschen u. a. auch die sog. Marsch-Gruppen in die Ukraine. 2)

Schon am ersten Tage des deutsch-sowjetischen Krieges erhielten die Angehörigen

1) Archiv: Osteuropa-Institut München. Das Memorandum wurde von V. Stachurski unter Mitwirkung von S. Bandera, D. Hasyn und J. Gabrusevyč verfaßt.

2) Siehe S. 142

gen dieser Gruppen den geheimen Befehl, sofort ihren Marsch in die Ukraine anzutreten. Die meisten Angehörigen der Marsch-Gruppen waren im Generalgouvernement und in Deutschland in verschiedenen ukrainischen und deutschen Ämtern und Organisationen tätig. Ihr massenhaftes Verlassen der Arbeitsstätten ohne vorherige Kündigung erregte daher allgemeines Aufsehen.

In dieser Frage prallten zum ersten Mal nach Ausbruch des Krieges die beiden verschiedenen ukrainischen Konzeptionen aufeinander. Die OUN-R vertrat den Standpunkt, daß die politische Haltung der Deutschen sie zwingt, die Politik der vollendeten Tatsachen zu führen. Der Ukrainische Hauptausschuß und die OUN hingegen hielten an der Politik der Abstimmung aller Aktionen mit den Deutschen fest.

3. DEUTSCHE ANTWORT:

ARBEITEN UND WARTEN

Die zahlreichen ukrainischen Kundgebungen und Manifestationen, sowohl in der Ukraine selbst als auch in der Emigration, sollten der deutschen Staatsführung die Wichtigkeit und die Intensität des ukrainischen Befreiungswillens vor Augen führen. Dadurch sollte die Bereitschaft des ukrainischen Volkes zum Kampfe gegen den Bolschewismus gezeigt werden.

Es wurden Hunderte von Memoranden an die verschiedensten deutschen Stellen verschickt mit dem einzigen Verlangen: "Laßt uns frei werden, laßt uns unseren Staat wiederaufbauen."

An der Front kam es zur Auflösung ganzer Divisionen der Roten Armee. Auch hier sah man in den Deutschen die Befreier.

Jener Sturm löste aber eine deutsche Reaktion aus, die für die Ukrainer zur Enttäuschung wurde. Ein namentlich nicht genannter hoher deutscher Vertreter gewährte der ukrainischen Presse ein Interview, in dem es hieß:

"Für euch Ukrainer hat sich die Lage im Laufe der Jahre zu euren Gunsten geändert. Während des Ersten Weltkrieges wart ihr in der

Welt fast unbekannt. Jetzt spricht man über die Ukraine in der ganzen Welt. Ohne Zweifel steht vor euch eine große und leuchtende Zukunft. Ihr müßt aber eure Pläne und eure Ansprüche in angemessenem Rahmen halten. In den letzten Tagen ist in den Reihen eurer Emigration in Deutschland Nervosität zu verzeichnen. Diese Unruhe ist für uns verständlich. Die Ukrainer müssen sich aber beruhigen. Wenn ihr geduldig 23 Jahre gewartet habt, dann könnt ihr auch noch eine kurze Zeit abwarten. Auf eurem Territorium werden blutige, grausame Kämpfe ausgetragen, die die Welt noch nicht gekannt hat. In diesen Kämpfen sterben neben unseren heldenhaften Soldaten auch heldenhafte Söhne und Töchter eures Volkes. Versteht die Bedeutung unserer Tage. Die wichtigste Aufgabe des deutschen Volkes ist es, diesen Kampf auf Leben und Tod zu gewinnen und den Feind zu vernichten. Die Ukrainer müssen alles daran setzen, um den Ablauf dieser Ereignisse günstig zu beeinflussen und nicht durch ihre Memoranden und Petitionen die höchsten deutschen Stellen in ihrer Arbeit stören. Es gibt sehr viel zu tun, und jeder muß das erfüllen, wozu er verpflichtet und berufen ist. Ihr dürft eines nicht vergessen: Eure Zukunft hängt davon ab, wie Ihr arbeiten werdet.“¹⁾

Denselben Gedanken äußerte ein Jahr später der Pressereferent des Reichskommissars für die Ukraine, Dr. Franz Pfaffenrott in der "Deutsche Ukraine-Zeitung". In seinem Artikel: "Zwei ukrainischen Politikern" schrieb er:

"Die Politik in bezug auf den Osten erfordert Härte und Klarheit der Weltanschauung. Romantische Vorstellungen würden nur die Leute belasten, die vor allen Dingen arbeiten müssen. Deutschland hat Verständnis für die persönliche Lage derjenigen ukrainischen Intelligenz, die im Exil lebte und die seinerzeit von den Bolschewiken verfolgt wurde. Allerdings stehen ihnen genügend Möglichkeiten zur Verfügung, um ihre Fähigkeiten zu zeigen und ihre Loyalität in bezug auf die Aufgaben des Wiederaufbaus unter Beweis zu stellen. Die Versuche der subversiven Elemente, einen Kontakt mit der Kriegsführung herzustellen, sind daher als unzeitgemäß und schädlich zu bezeichnen. Die Wehrmacht hat jetzt keine Zeit für lange Konferenzen mit den Theoretikern, wie es einst im Jahre 1918 gewesen war."²⁾

¹⁾ "Krakivski Visti", 11. Juli 1941

²⁾ "Deutsche Ukraine-Zeitung". Nr. 1-5, 10. Juli 1942

Hier wurde also die These von Minister Rosenberg wiederholt: Die Ukrainer sollen ruhig arbeiten, das Ende des Krieges abwarten, und dann wird das Deutsche Reich dem ukrainischen Volke einen Staat geben, dessen Maß an Souveränität noch nicht vorausgesehen werden kann.

4. DAS VOLK STEHT AUF

Auch der blitzschnelle Vormarsch der deutschen Truppen hinderte die ukrainische Bevölkerung nicht, sich aktiv an der Bekämpfung der zurückweichenden Bolschewisten zu beteiligen. Nach dem Rückzug der bolschewistischen Truppen nahmen die Ukrainer auf Anregung der OUN-R - in einigen Orten auch der OUN - die örtliche Verwaltung in ihre Hände und kündigten dies den einrückenden deutschen Truppen an. Zumeist geschah das in feierlicher Form, indem man vor der Einfahrt in das Dorf bzw. in die Stadt improvisierte Triumphbögen aufbaute und sie mit den Inschriften "Es lebe die selbständige Ukraine - es lebe Deutschland" und ähnlichem verzierte. Die Vertreter der neuen ukrainischen Behörden erschienen mit Salz und Brot und erklärten sich bereit, an dem Kampf gegen Moskau teilzunehmen. Im Nu wurden in der ganzen von den Bolschewiken gesäuberten West-Ukraine eine ukrainische Miliz aufgestellt und die Verwaltung aufgebaut.

Hans Frank, Generalgouverneur in Krakau, schreibt über die politische Einstellung der Ukrainer:

"Als die deutschen Truppen 1941 in Galizien einzogen, wurden sie von der gesamten Bevölkerung in geradezu beispiellos umjubeltem Triumphzug als Befreier gefeiert: es war ein Begeisterungsrausch, ein Blumenregen, ein Fahnenschwingen von solchem Ausmaß, daß ein österreichischer Offizier mir hernach berichtete, daß der Empfang der Deutschen etwa in Lemberg ihn an den Einzug Hitlers in Wien erinnerte. Und in der Tat: die Hoffnungen der Ukrainer, durch Deutschland endlich wieder von dem von ihnen entsetzlich empfundenen Joch der Großrussen Moskaus und vor allem der Bolschewiken befreit zu werden, hatten geradezu

zu einer wahren Begeisterung geführt." ¹⁾

Auch die finnische, norwegische, dänische, italienische und spanische Presse zeigte sich von der Stimmung in der Ukraine beeindruckt. ²⁾

1) Hans Frank: "Im Angesicht des Galgens", München-Gräfelfing 1953.

2) "Journale d'Italia", Milano, vom 2. Juli 1941:

"In den ukrainischen Städten und Dörfern werden die deutschen Soldaten von der ukrainischen Bevölkerung mit wahren Enthusiasmus begrüßt. Viele Männer tragen dabei die nationalen Trachten in gold-blauen Farben. Die Frauen und Kinder beschenken die deutschen Soldaten mit den restlichen Produkten, die ihnen verblieben sind. Die Denkmäler von Lenin, die von den Moskovitern in der Ukraine erbaut wurden, werden jetzt von der Bevölkerung vernichtet. Zahlreiche Dörfer haben Triumphbögen zu Ehren der deutschen Wehrmacht errichtet und in den Fenstern und auf den Balkonen sieht man überall deutsche und ukrainische Fahnen."

"Il Corriere della Sera" vom 26. Juni 1941:

"In Rußland herrschen starke Gegensätze zwischen Dorf und Stadt und starke Unzufriedenheit unter den von Moskau unterdrückten Völkern. Von den baltischen Staaten beginnend bis zur Ukraine im Süden lebt der gemeinsame Wunsch, sich von der moskowitzischen unmenschlichen Beherrschung zu befreien. Hier muß unterstrichen werden, daß es ein ungeteiltes Rußland in einem wahren Sinne nie gegeben hat und auch heute nicht gibt. Dies hat seinen Ausdruck auch darin gefunden, daß sein Souverän sich seinerzeit als Zar "aller rußländischen Länder" bezeichnete und dadurch die völkische Uneinheitlichkeit seines Imperiums zugab. Die höchstzivilisierten Völker des russischen Mosaikstaates wünschen sich nun zu befreien. Der Krieg in der Ukraine wird den originalsten Charakter im ganzen antikommunistischen und antibolschewistischen Feldzug tragen."

Geleitet von der Hoffnung, in der deutschen Wehrmacht einen Verbündeten zu finden, erfolgte, soweit das die Umstände zuließen, die aktive Bekämpfung der bolschewistischen Wehrmacht. In den Kreistädten Buczacz und Skole operierten die ukrainischen Aufständischen noch vor dem Einmarsch der deutschen Truppen, in den Kreisen Sambir, Pidhajci und Monastyryska nahm der Aufstand breitere Ausmaße an.¹⁾

Die Absicht der OUNR, die Deutschen vor vollendete Tatsachen zu stellen, zeigte sich am deutlichsten in der Hauptstadt der West-Ukraine, in Lemberg.

Am 27. Juni 1941, also drei Tage vor der deutschen Eroberung der Stadt, entschloß sich die OUN-R in Lemberg, militärisch gegen die Bolschewiken aufzutreten. Die Lage war günstig. Die Rote Armee zog sich unter dem Eindruck der deutschen Erfolge aus der Stadt zurück. Die OUN-R-Leute stellten Maschinengewehre an einigen Straßenecken auf und eröffneten das Feuer auf die zurückflutenden Bolschewisten. Die Deutschen kamen jedoch später als erwartet. Dagegen rückten noch einmal NKWD-Einheiten in die Stadt ein, führten zahlreiche Verhaftungen durch und richteten in den Gefängnissen ein Blutbad an, das zu den ärgsten des ganzen Krieges zählt. Die OUN-R war zu schwach, um die Einwohner der Stadt vor dem bolschewistischen Terror zu schützen. So mußten die Ukrainer für die Befreiung und für ihre Freiheitsliebe Tausende von Opfern bringen.

Die deutschen Kriegskorrespondenten befaßten sich eingehend sowohl mit den Beweggründen als auch mit den Folgen der Ereignisse, die sich in Lemberg und darüber hinaus im ganzen Frontgebiet der Ukraine zugetragen hatten. Wir geben einige dieser Schilderungen wieder, weil sie einerseits fast die einzigen Zeugnisse sind, sich andererseits aber durch Objektivität auszeichnen. Das erscheint vor allem bemerkenswert, wenn man bedenkt, daß die Deutschen nicht daran interessiert waren, die Verdienste der Ukrainer bei der Bekämpfung der Bolschewisten besonders herauszustellen. Wilhelm von Oven schrieb:

"Schon in den ersten Tagen, nachdem die deutsche Wehrmacht zum Vergeltungsstoß gegen die Sowjetunion angesetzt hatte, regten sich im ganzen ukrainischen Land die Nationalisten. Durch das Volk ging ein Hoffnungsschimmer; die Stunde der Befreiung vom bolschewistischen Joch, das wußte es, war nun nicht mehr fern. Zu viel hatte es leiden müssen in der letzten Zeit. Die GPU hatte mit den

1) "Istorija Ukrain'skoho Vijska, S. 651-John Armstrong:"Ukrainian Nationalism 1939-1945". S. 76-"Nastup" vom 30. 9. 1941

grausamsten Methoden jede völkische Regung unterdrückt. Die Führer waren verhaftet worden. Immer wieder erfolgten Erschießungen und neue Verhaftungen. Nur an einen hatten sich die Bolschewisten nicht herangetraut. Das war der greise, vom ganzen ukrainischen Volk verehrte Metropolit von Lemberg, Graf Szepticki, das Oberhaupt der Unierten Ukrainischen Kirche.

Der Metropolit hatte sich in die Kathedrale zurückgezogen, wo er, von seinen Vertrauten umgeben, sich vor den Sowjets verborgen hielt. In die Kathedrale einzudringen, wagten die Sowjets nicht. Es wäre zu einer allgemeinen Volkserhebung gekommen. In dem Metropoliten hätte die ukrainische Bevölkerung einen Märtyrer gehabt, der dies Volk zu allem fähig gemacht hätte. Mit jedem Tag, den die deutschen Truppen der Stadt Lemberg näher rückten, stieg die Freude der Bevölkerung. Es kam bei den ersten Nachrichten von deutschen Erfolgen gegen die Sowjetunion zu Kundgebungen in den Straßen Lembergs. Sowjetisches Militär mußte eingesetzt werden, um die Demonstranten zu zerstreuen. Die Soldateska scheute nicht davor zurück, in die wehrlose Menge zu schießen. Da griff die Bevölkerung zum Selbstschutz. Die Türen der Kathedrale wurden verbarriadiert, auf den Türmen Maschinengewehre in Stellung gebracht. Für die erste mußten sich die Sowjets mit blutigen Köpfen zurückziehen.

Aber die Abrechnung war furchtbar. Mit den bekannten skrupellosen Methoden griff die GPU ein. Nicht nur die Nationalistenführer selber, auch ihre Angehörigen, Frauen und Kinder, wurden verhaftet, eingekerkert, gefoltert. Im ganzen sind in diesen Tagen 7 000 Ukrainer in Lemberg verhaftet worden. So gelang es den Sowjets, die ukrainische Volksbewegung in Lemberg noch einmal niederzuknüppeln.

Am Samstag wurde die Lage für die Bolschewisten unhaltbar. Das Gros der Sowjettruppen machte sich auf den Rückzug. Doch vorher richtete die GPU unter den gefangenen Ukrainern ein Blutbad an, das wohl das schlimmste ist, von dem die Welt je erfahren hat. Drei Gefängnisse waren es, in denen die gefangenen Ukrainer hauptsächlich untergebracht waren.

Das Polizeipräsidium, das Untersuchungsgefängnis in der Kazimierzowskastraße und die GPU-Kaserne am Misyonarskiplatz. Hier stürzten sich am Abend des 29. Juni die Henker und Folterknechte über ihre Opfer. Im Polizeipräsidium wurden jeweils 20 Ukrainer in eine enge Zelle gepfercht. Durch die Türe hindurch jagten die bolschewistischen

Schlächter Maschinenpistolengarben in den Raum. Doch nicht genug damit, machten sich die Bestien an die einzelnen Opfer heran, von denen die meisten nur verwundet und noch am Leben waren. Mit Messern und Äxten massakrierten die Teufel ihre Opfer. Wir sahen Menschen, denen die Schädeldecke eingeschlagen, die Hände abgehackt, die Zungen herausgeschnitten waren. Auf die blutige Masse entseelter Körper wurden dann die nächsten Gefangenen geführt, und das gleiche grausige Schauspiel wiederholte sich. Als unsere Soldaten die Todeszelle öffneten, lagen 53 grauenhaft verstümmelte Leichen in den winzigen Zellen in mehreren Schichten übereinander.

Zur gleichen Stunde "liquidierten" die GPU-Henker in der GPU-Kaserne die politischen Häftlinge. Auch hier müssen die satanischen Verbrecher in einem wahren Bluttausch gehandelt haben. Das sind keine Menschen gewesen, die ihre niedrigsten Instinkte an wehrlosen Gefangenen ausließen. Das Unglaublichste ereignete sich im Untersuchungsgefängnis. Dort warf man die gefolterten, geschlagenen und von Schüssen durchbohrten Menschen stapelweise in die unterirdischen Kellerzellen, Tote und Lebende durcheinander. Dann schloß man die Zellentüren und mauerte sie zu. Am Abend, ehe die Bolschewisten abzogen, wurde das Untersuchungsgefängnis in Brand gesteckt, um die Zeugnisse ihrer Unmenschlichkeit und Grausamkeiten vor der Weltöffentlichkeit zu vernichten. Das Gefängnis brannte zwar ab, aber die Kellerzellen blieben unversehrt. Jetzt werden sie aufgebrochen und den Augen der Zuschauer bieten sich furchtbare Bilder." 1)

Aus verständlichen Gründen verlautbarten die Bolschewiken nichts über den Aufstandsversuch in Lemberg. Wir finden jedoch in einer bolschewistischen Broschüre ein sehr wertvolles Zugeständnis:

"In vollkommener Übereinstimmung mit der Instruktion der OUN

1) "Völkischer Beobachter", Münchener Ausgabe, vom 7. Juli 1941, Bericht von Wilhelm von Oven: "Die Sowjethölle von Lemberg, satanische Greuel an Tausenden von Ukrainern."

(Das schreckliche Blutbad, das die Bolschewiken den ukrainischen Patrioten in Lemberg bereiteten, schildern auch andere deutsche Politiker und Berichterstatter, von welchen wir einige im Anhang wiedergeben.)

über ihre Aufgaben für den Fall des Krieges (die, wie wir bereits berichtet haben, noch in der Friedenszeit erarbeitet wurden) organisierte sich in Lemberg und in anderen Städten und Rayons der West-Ukraine eine ukrainische Polizei. In Lemberg selbst wirkte der ukrainische Polizeiparapparat schon zwei Tage vor dem Einmarsch der Deutschen. Die Polizisten, die sich aus den aktivsten OUN-Mitgliedern rekrutierten, zeichneten sich dadurch aus, daß sie von Dächern und Fenstern auf Frauen und Kinder schossen, die zusammen mit den Einheiten der Roten Armee Lemberg verlassen wollten." 1)

Hauptsechsführer, Dr. Hans Joachim Bayer, politischer Berater des SD in Lemberg, sagte am 9. 7. 1941 ukrainischen Korrespondenten über die Ereignisse in Lemberg:

"Soweit mir bekannt ist, ist die ukrainische nationale Bevölkerung in einigen Ortschaften mit der Waffe in der Hand gegen die sowjetischen Machthaber und die Rote Armee vorgegangen. In Lemberg z. B. wurden mehrere Hundert rote Angestellte und Soldaten niedergeschossen. Die Panzer auf den Straßen erinnern an die Straßenkämpfe, die hier ausgetragen wurden. Der Großteil der Bevölkerung floh in die Wälder, um dort den Einmarsch der deutschen Truppen abzuwarten, bzw. sich zur deutschen Seite durchzuschlagen. In Lemberg bildete sich spontan die ukrainische Miliz, die am 2. Juli dem Führer der Sturmstaffel unterstellt wurde. Kommandeur der Miliz ist Ing. Vrečiona."

Diese Zeugnisse genügen, um die Lage in Lemberg und in der Ukraine überhaupt, vor dem Einmarsch der deutschen Truppen darzustellen. Die Ukrainer leisteten in der Stadt aktiven Widerstand und opferten für ihre Befreiung einige Tausend Tote. In diesem Zusammenhang wird die ukrainische Behauptung verständlich, daß Lemberg nicht ausschließlich von den Deutschen befreit wurde.

Ähnliche Opfer für seinen Kampf gegen die Unterdrücker brachte das ukrainische Volk auch in unzähligen anderen Städten und Dörfern. Dabei muß man sich den wichtigen politischen Zug der Ereignisse der ersten Tage des Krieges einprägen: Die Bolschewiken rotteten bei ihrem Rückzug nur die Ukrainer aus, obwohl in der Ukraine ziemlich starke russische, polnische und jüdische Minderheiten ansässig waren. Unter den Opfern in den Gefängnissen wurden keine Angehörigen dieser Nationalitäten gefunden.

1) Mstyslaweč: "Pid čužymy praporamy", S. 57 (Übers.)

Unter der Überschrift: "1500 Ukrainer mit Maschinengewehren in Luzk niedergemetzelt - Wieder ein neuer Massenmord der GPU entdeckt", schrieb Kurt Hampe:

"Am 24. Juni, morgens, werden die politischen Gefangenen des sowjetrussischen Gefängnisses in Luzk auf den großen Innenhof getrieben. Am 22. Juni haben die Deutschen die Grenze überschritten und stürmen bereits auf Luzk zu. Auf irgendeine Weise muß also das Gefängnis von politischen Häftlingen geräumt werden. So tritt also der Gefängnisdirektor, ein Sowjetoberst, vor diese zusammengetriebenen über 4000 Gefangenen hin und befiehlt den Häftlingen, die der ukrainischen Nationalbewegung angehören, sich in dem zweiten Hof zu versammeln, da sie freigelassen werden sollen.

1 500 Mann treten vor und gehen in den zweiten Hof hinüber. Unter den Zurückgebliebenen aber befinden sich noch zwei Ukrainer, die den Worten des Obersten nach den vorausgegangenen Schikanen und Mißhandlungen nicht trauen. Sie bleiben!

Sieben Monate sind sie hier schon eingesperrt und haben drei Monate lang jeden Tag und jede Nacht ein Verhör über sich ergehen lassen. Ihre Nerven sind nicht mehr die besten, wenn man drei Monate hindurch mit Prügeln, Nachtverhören und Scheinwerferlicht, Hungertagen und anderen Mißhandlungen zu einem Geständnis gepreßt wird. Sie haben beide standgehalten und sind den satanischen Methoden ihrer Henkersknechte nicht erlegen.

Und nun soll man sie auch am letzten Tag nicht weich kriegen! Das Geschehen, das nun aber über die 1500 abgesonderten Ukrainer hereinbricht ist in Durchführung und Methode bolschewistisch! Eine Freilassung kam selbstverständlich nicht in Frage, denn 1500 ukrainische Nationalisten sind selbst für ein Reich von 120 Millionen eine Gefahr. Der Gefängnisdirektor beschloß also als Folge des Befehls von oben, diese 1500 Mann umzubringen.

Maschinengewehre werden aufgebaut, und schon prasseln die ersten Garben in die Massen. Aufschreiend stürzen die meisten zusammen. Und die Toten begraben unter sich die Leicht- und Schwerverwundeten. Um aber das Maß der Blutschuld voll zu machen, schleudern die Bolschewisten Handgranaten in diesen Riesenknäuel von Leben, Blut und Tod. Und was die Maschinengewehre begannen, vollenden

nun die berstenden Handgranaten.

Und bei den Aufräumarbeiten werden auch die letzten Leicht- und Schwerverwundeten durch Pistolenschüsse erledigt.

Es war ein furchtbares Blutbad, Schreie und Schüsse verbreiteten unter den restlichen 2500 Gefangenen in den Zellen Angst und Grauen. Um ein übriges zu tun, schleuderten die GPU-Schergen wahllos Handgranaten in die Zellen, in denen 30 und mehr Mann zusammengepfercht lagen. "1)

Dieser Bericht erhält seine Vervollständigung in den Aussagen eines zweiten Gefangenen, die in der ukrainischen Tageszeitung "Krakivski Visti" vom 15. Juli 1941 veröffentlicht wurden:

"Vom Kiever Gefängnis wurde ich nach Luzk überführt. Hier erlebte ich den Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges. Im Gefängnis von Luzk gab es sehr viele ukrainische politische Häftlinge, deren Niveau des politischen Bewußtseins sehr hoch war. Sie riefen den moskovitischen Henkern geradeaus ins Gesicht: 'Wir wollen den ukrainischen Staat haben! Ihr werdet uns nicht vernichten können, aber wir müssen euch vernichten!' Als am 22. Juni die deutschen Flugzeuge über Luzk erschienen und ihre Bombenlast abwarfen, haben alle Häftlinge dies als ein Vorzeichen der herannahenden Befreiung begrüßt. Sie haben die Türen in allen Zellen aufgebrochen und sich in den Korridoren aufgestellt. Die Wächter waren längere Zeit nicht zu sehen. Erst am 24. Juni hat der Vorsteher des Gefängnisses den Befehl gegeben, die gewöhnlichen Häftlinge auf der linken Seite des Hofes und die Häftlinge, die der Beteiligung an der ukrainischen nationalen Bewegung beschuldigt waren, auf der rechten Seite des Hofes zu versammeln. Er hat seinen Befehl einige Male wiederholt und dabei ausdrücklich versichert, daß die ukrainischen politischen Häftlinge entlassen werden."

Im weiteren erzählt der hier erwähnte Häftling über die Art und Weise, wie die Ukrainer niedergeschossen wurden und schließt mit den Worten:

"Unter dem Stöhnen des Leidens waren die mächtigen Rufe hörbar:
'Es lebe die Ukraine! Wir sterben für die Ukraine!'"

1) "Völkischer Beobachter", Münchener Ausgabe, vom 7. Juli 1941, Bericht von Kurt Hampe: "1500 Ukrainer mit Maschinengewehren in Luzk niedergemetzelt - Wieder ein neuer Massenmord der GPU entdeckt."

Die Opfer, die das ukrainische Volk in den anderen Orten bringen mußte, waren ebenfalls beträchtlich. So z. B. in Zoločiv (649)¹⁾, Dobromyl (700), Stanyslaviv (2500),²⁾, Vynnycia (4000), Kamianec-Podolskyj, Drohobyč, Kremianeč (1500 und Bischof Simon), Čorxiv (800),³⁾ Horodok u. a.

Die deutsche Presse brachte sowohl in Berlin als auch in den Provinzstädten eine ganze Reihe von Reportagen, in welchen die feindliche Einstellung der ukrainischen Bevölkerung zum bolschewistischen Regime geschildert wurde. Auf dem russisch-ethnographischen Territorium war das Verhalten der Bevölkerung viel zurückhaltender. Dort erst sahen sich die deutschen Truppen auf feindlichem Boden.

5. DREI BRENNPUNKTE DER EREIGNISSE IN DER UKRAINE:

GALIZIEN, POLESIEN U. DIE BUKOWINA

A. Der erste Brennpunkt: Lemberg. Proklamation der Wiederherstellung des ukrainischen Staates

a) Der Marsch der sechs Männer nach Lemberg

Während dieser Ereignisse in der Ukraine schlug sich ein Trupp von sechs führenden Männern der OUN-R trotz der tobenden Kämpfe vom Generalgouvernement nach Lemberg durch. Er ging nach der Hauptstadt der West-Ukraine, um dem allgemeinen patriotischen Aufstand des ukrainischen Volkes eine politische Krönung zu geben. Die sechs Männer waren beauftragt, in Lemberg die Wiederherstellung des souveränen ukrainischen Staates zu verkünden und die erste revolutionäre, provisorische Regierung zu bilden.⁴⁾

Um die Kunde über die ukrainische staatliche Initiative in Lemberg zu verbreiten

1) Verzeichnis der Opfer im Anhang S. 284

2) "Krakivski Visti" vom 23. 7. 1941

3) Ebendort vom 27. 7. 1941

4) Zur Durchführung jener Aufgabe wurden auserwählt: Jaroslav Stečko, Lev Rebet, Jaroslav Staruch, Ivan Ravlyk, Stepan Lenkavskyi, Dmytro Jaciv. (Nach persönlichen Informationen von Lev Rebet und Jaroslav Stečko).

ten, erhielten sie die Anweisung, sich des Rundfunksenders zu bemächtigen.

Am späten Nachmittag des ersten Kriegstages, also schon am 22. Juni 1941, hatte die OUN-R ihre sechs Männer mit Kraftwagen aus Krakau nach Jaroslaw an die sowjetukrainische Grenze gebracht. Zu jener Stunde waren die deutschen Soldaten schon tief im Feindesland. An der alten Grenze standen Militärposten und ließen keinen Zivilisten den San passieren. Die Revolutionäre schmuggelten sich im Heu versteckt auf Bauernwagen durch, die zum Transport der Verwundeten aufgetrieben wurden. Auf der anderen Seite des Flusses setzten sie einen zerschossenen bolschewistischen Lastkraftwagen in stand, beklebten ihn mit allerlei Plakaten und gaben sich als Propagandaeinheit aus.¹⁾ Die selbst angefertigten Ausweispapiere dienten als Schutz gegen die verwunderten Militärpolizisten, die immer wieder darüber staunten, wieso in der vordersten Frontlinie ein so ungewöhnlicher Propagandatrupp mit einem noch ungewöhnlicheren Eifer arbeite. In jedem Dorf, das auf ihrer Route lag, berief diese "Propagandaeinheit" sofort eine Versammlung aller Dorfbewohner ein, verkündete ihnen die Befreiung vom russisch-bolschewistischen Joch und forderte auf, die ganze administrative Gewalt in ukrainische Hände zu übernehmen. So ging es bis zur Grenze der Hauptstadt Lemberg. In den Morgenstunden des 30. Juni setzten die deutschen Truppen zum Sturm auf die Stadt an, unmittelbar hinter den stürmenden Soldaten ging auch die "Propagandaeinheit" vor. Sie drang fast gleichzeitig mit den ersten Soldaten in die Stadt ein. Dort entfaltete sie sofort eine fieberhafte Tätigkeit, tatkräftig unterstützt von den Offizieren der "Nachtigall".²⁾ Die erste Sorge galt dem Rundfunksender. Dank dem OUN-Mitglied R. Savyčkyj, der während der bolschewistischen Besetzung am Sender tätig war, gelang es den Männern, die Station zu übernehmen und in Betrieb zu setzen. Den Männern gelang es auch, die Verbindung mit dem Lemberger OUN-R-Netz herzustellen. Die OUN-R in Lemberg war zu dieser Zeit sehr angeschlagen und dezimiert. Die meisten Mitglieder waren entweder verhaftet oder in den Straßenkämpfen verwundet oder erschossen worden. Aber sie war noch stark genug, um die herbeigeeilten sechs Männer tatkräftig zu unterstützen.³⁾

1) Angaben von J. Stečko

2) Rev. Ivan Hrynych, Roman Šuchevyč und Jurij Lopatynskyj.

3) Über die Eindrücke nach dem Einzug in die Stadt schreibt Jaroslav Stečko: "Nachdem wir die verschiedenartigsten Schwierigkeiten überwunden hatten, trafen wir in der Stadt ein. Wir sahen auf den Straßen große Plakate unserer OUN, die während der bolschewistischen Zeit in der West-Ukraine wirkte, mit den Ausrufen: "Es lebe der souveräne, geeinte ukrainische Staat", "Es

b) Die Absprache mit dem Metropoliten A. Šeptyčkyj

Der zweite Schritt der sechs Männer war ihre grundsätzliche Absprache mit dem Metropoliten, Graf A. Šeptyčkyj. Rev. Ivan Hrynioch und J. Stečko

lebe die OUN", "Weg mit den Okkupanten des ukrainischen Bodens", "Ukraine für die Ukrainer" und vieles mehr. Es hat nicht lange gedauert, bis wir die Verbindung zu der örtlichen OUN-Gruppe hergestellt hatten. Es wurde uns mitgeteilt, daß sich der Führer der Landesexekutive der OUN, Ivan Klymiv-Legenda, im Bezirk Zoločiv mit seinen Einheiten aufhalte. Er bemühe sich, sich durch die Front durchzuschlagen und werde in den nächsten Tagen in Lemberg erscheinen. Wir lasen den großen Aufruf an das ukrainische Volk, der von Evhen Legenda, als Oberkommandierender der ukrainischen Streitkräfte unterzeichnet war.

Schon lange bevor die Deutschen in die Stadt eingezogen waren, kämpften hier ukrainische revolutionäre Einheiten. Schon während unseres Marsches hatten wir von den Frontsoldaten die Nachricht erhalten, daß die deutschen Flieger auf den Straßen von Lemberg Straßenkämpfe beobachtet hatten. Nach ihrer Mitteilung waren bei diesen Kämpfen auch Panzer eingesetzt. Aus diesem Umstand haben sie die Folgerung gezogen, daß in Lemberg Partisanenkämpfe entbrannt seien. Tatsächlich kämpften dort die Kampfgruppen der OUN, die versuchten, die verhafteten Ukrainer aus den Gefängnissen zu befreien.

Hier muß unterstrichen werden, daß der deutsche Soldat ziemlich überrascht war, daß die Bolschewiken einen so unbedeutenden Widerstand leisteten. Sie sahen darin eine schlaue Taktik der Bolschewiken. Wir haben kaum Freude unter den deutschen Soldaten feststellen können. Sie haben die falsche Politik Hitlers instinktiv gespürt und suchten in den unendlichen Räumen des Ostens einen Verbündeten für sich. Nur dadurch ist es zu erklären, daß der deutsche Soldat uns freundlich behandelte und daß wir uns unbehindert nach vorne bis zur Stadt Lemberg selbst durchschlagen konnten. Ohne diese psychologische Einstellung der deutschen Frontsoldaten wären wir erschossen worden, bevor wir nur einige Kilometer auf dem Operationsgebiet zurückgelegt hätten.

(Veröffentlicht in der Broschüre von Petro Mirčuk: "Akt der Erneuerung der ukrainischen Eigenstaatlichkeit am 30. 6. 1941", New York 1952).

informierten ihn über die Pläne der OUN-R zur Ausrufung der Unabhängigkeit des ukrainischen Staates, ohne ihn aber davon in Kenntnis zu setzen, daß die OUN gespalten war. Das Oberhaupt der ukrainischen katholischen Kirche, der damals höchsten moralischen Autorität in der Ukraine, gab diesen Plänen seine Zustimmung und seinen Segen.¹⁾

Das Gespräch mit dem Metropoliten und seine Zustimmung waren von übertragender politischer und moralischer Bedeutung. Die erzielte Übereinstimmung zeigte, daß die beiden (in der damaligen Zeit außer der OUN einzigen) organisierten Faktoren des ukrainischen Volkes der gleichen Meinung waren und das gleiche Ziel verfolgten. Außer der ukrainischen katholischen Kirche, die dank ihrer Disziplin und der hohen Autorität ihre Souveränität gegenüber dem totalitären Staat aufrechterhalten konnte und außer den beiden OUN, die ihre politische, moralische und organisatorische Standhaftigkeit in der Untergrundbewegung unter Beweis stellten, hatte das ukrainische Volk damals keine dritte organisierte Kraft, die es als seine eigene, nicht vom Feind durchsetzte, hätte betrachten können.

Jetzt, am 30. Juni 1941 vereinigten sich diese beiden Kräfte; ihre Vertreter beschlossen, die Unabhängigkeit des ukrainischen Staates zu proklamieren.

Alle übrigen Faktoren, wenn sie damals überhaupt existierten, waren nur von untergeordneter Bedeutung. Eine solche Situation in der damaligen Ukraine gibt uns die nötigen Aufschlüsse darüber, warum die Unabhängigkeit der Ukraine nur im Namen der OUN-R ausgerufen wurde. Durch den unglücklichen historischen Prozeß wurde sie neben der OUN zum alleinigen organisierten Träger des politischen Willens des ganzen ukrainischen Volkes.

Alles, was nach dem Gespräch mit dem Metropoliten geschah, bedeutete nicht viel und stellte mehr oder weniger nur eine Formalität dar. So mußte zuerst die Nationalversammlung einberufen werden, um den politischen Akt der Unabhängigkeit zu verkünden und durch die Öffentlichkeit bestätigen zu lassen. In der damaligen Lage jedoch konnte das nicht in aller Form geschehen, wie es die demokratische Ordnung vorschreibt. Im übrigen war es auch hier so, wie in anderen ähnlichen Fällen, daß nicht die Form maßgebend war, sondern allein die innere Berechtigung derer, die solche Akte vollbrachten.²⁾

Die Nationalversammlung selbst fand in dem ehrwürdigen Gebäude der ältesten ukrainischen Nationalgesellschaft der neueren Ära, der "Prosvita", statt.

1) Angaben von J. Stečko

2) Auf eine ähnlich unformelle Weise war auch die Unabhängigkeit der Tschechoslowakei (im Exil durch J. Masaryk) proklamiert worden.

Den verhältnismäßig kleinen Raum füllten die überlebenden führenden Persönlichkeiten der ukrainischen vorbolschewistischen Zeit. Hinter dem Präsidialtisch saßen: Jaroslav Stečko als stellvertretender Vorsitzender in der Führung der OUN-R, ein Vertreter der örtlichen OUN-R, Bischof J. Slipyj als Vertreter des Metropoliten. Im Saal sah man etwa 60 Teilnehmer, darunter Professoren, führende Wirtschaftler, Politiker. Als J. Stečko den Beschluß der OUN-R bekanntgab, erhoben sich die Anwesenden von ihren Sitzen und sangen die ukrainische Nationalhymne. Anschließend ergriff Bischof J. Slipyj das Wort, nach ihm der Vertreter der OUN-R und schließlich der Sprecher der ukrainischen Legion, Hochwürden J. Hryniok. Alle Redner fanden Worte der Solidarität zum Akt der Unabhängigkeit.¹⁾

Darauf wurde das Dekret Nr. 1 des Vorsitzenden der OUN-R, Stepan Bandera, bekanntgegeben, wonach Jaroslav Stečko die Geschäfte des Chefs der Regierung übernehmen sollte. Auch dieser Beschluß wurde von den Anwesenden angenommen.

Am nächsten Tag brachte Metropolit Šeptyčkyj seinem Volke die frohe Nachricht, daß der unabhängige ukrainische Staat wieder auferstanden sei und mahnte die Bürger der Ukraine, sich ihrer Freiheit würdig zu zeigen. Der Metropolit gab seiner Hoffnung Ausdruck, daß die am 30. Juni 1941 berufene Regierung die Gerechtigkeit und den Wohlstand für alle Bürger des Staates, ungeachtet ihrer Herkunft, der Nationalität, der Rasse und des Glaubensbekenntnisses, sicherstellen würde.²⁾

In ihrer politischen Gesamtkonzeption betrachtete die OUN-R die am 30. Juni gebildete Regierung nicht als eine endgültige Regierung der gesamten Ukraine, sondern als eine Landesregierung, die ihre Befugnisse erst dann in der ganzen Ukraine auszudehnen hatte, falls sich in Kiev keine zentral-ukrainische Regierung aus den bodenständigen Elementen gebildet hätte. (Siehe Kapitel II)

Die Bildung der Regierung in Lemberg sollte die Ukraine von Anfang an zum Subjekt der Ereignisse machen, doch in der großen Konzeption der ukrainischen Revolution mußte sie bereit sein, sich einer anderen unterzuordnen und den neuen ukrainischen Kräften in der Hauptstadt der gesamten Ukraine loyal den Vorrang zu gewähren. Allerdings haben es die weiteren Ereignisse mit

1) Text der Proklamation: Anhang S. 172

2) Aufruf des Metropoliten Šeptyčkyj: Anhang S. 173

sich gebracht, daß die Regierung in Lemberg stets als die Regierung der gesamten Ukraine auftrat. In der Tat war sie nur zum Symbol des ukrainischen Staatswillens geworden. ¹⁾

Während im Gebäude der "Prosvita" die Nationalversammlung tagte, weilte der Bevollmächtigte des OKW und des Ostministeriums bei Feldmarschall von Rundstedt, dem Oberbefehlshaber der Südfront, Prof. Dr. Hans Koch, beim Metropolitan A. Šeptyčkyj. ²⁾

Hans Koch war der höchste deutsche politische Repräsentant bei der Wehrmacht in der Ukraine. Nur zufällig erfuhr er während des Gespräches mit dem Metropolitan von der Tagung der Nationalversammlung. Er unterbrach die Besprechung und begab sich sofort zum Gebäude der "Prosvita". Als er die Tagungsstätte erreicht hatte, ging die Versammlung bereits ihrem Ende zu. Dennoch ergriff er das Wort und forderte die Versammelten auf, keine übereilten Beschlüsse herbeizuführen. Er wies dabei auf die Unzeitmäßigkeit dieser Aktion hin:

"Die deutsche Wehrmacht erkennt die Ukraine als den Lebensraum eines ihr befreundeten Volkes an. Sie ist allerdings nicht vorbereitet, in diesem Moment irgendwelche Staatenbildungen auf dem Territorium zu dulden, das von ihr mit ihrem Blut erobert wurde und in ihre Verwaltung genommen worden ist. Der beste Weg, der ukrainischen Nation zu helfen, ist, alle Kräfte zusammenzufassen in der gemeinsamen Anstrengung, und der Wehrmacht bei der Bekämpfung der bolschewistisch-moskowitzischen Machthaber zu helfen."

1) Der zweite stellvertretende Führer der OUN-Revolutionäre, Mykola Lebed', schreibt über die Gründe, die zur Bildung der ukrainischen Regierung in Lemberg geführt haben, folgendes:

"Die Ausrufung der Unabhängigkeit des ukrainischen Staates wurde bewußt in Lemberg vorgenommen, weil man dadurch Deutschland schon in den ersten Kriegstagen veranlassen wollte, eine klare Haltung in der Frage der ukrainischen Staatlichkeit anzunehmen. Es war unmöglich gewesen zu warten, bis Kiev gefallen wäre und erst in der Hauptstadt der gesamten Ukraine die Ausrufung zu verkünden, weil die Deutschen bis dahin Schritte unternommen hätten, die dies verhindern würden."

(Mykola Lebed': "Ukrainische Aufständische Armee", Seite 16),

2) Angaben von Prof. Dr. Hans Koch.

Diese erste reservierte Stellungnahme eines deutschen Repräsentanten in der Ukraine überschattete die Versammlung und ließ Zweifel in bezug auf die weitere deutsche Haltung zu der ukrainischen Eigenstaatlichkeit aufkommen. 1)

c) Nachhaltige Wirkung der Proklamation in Lemberg

Die Bescheidenheit der Formen, in welchen die Unabhängigkeit der Ukraine proklamiert wurde, wurde durch die spontanen Sympathie Kundgebungen in der West- und Ost-Ukraine wettgemacht. Es gab fast kein ukrainisches Dorf, keine Stadt oder Kleinstadt in diesem Gebiet, wo solche Kundgebungen nicht stattgefunden hätten und auf welchen die Billigung des Lemberger Aktes nicht gutgeheißen worden wäre. Diese Freudenbotschaft ging wie ein Lauffeuer durch

1) Über diese Ereignisse äußert sich Dr. Otto Bräutigam, Bevollmächtigter des Ostministeriums beim OKH wie folgt:

"Als die Deutschen wenige Tage nach dem Beginn des Rußland-Feldzuges in Lemberg einrückten, bildete sich dort eine ukrainische Regierung, die dem Deutschen Reiche ihren Dank für die Befreiung zum Ausdruck brachte und ihre Unterstützung für den Kampf gegen den Bolschewismus anbot. Die Freude in ganz Galizien war umso größer, als die dortigen Ukrainer, jahrzehntelang von den Polen unterdrückt, nach der Teilung Polens auch noch den Bolschewismus von 1939-1941 mit allen seinen Schrecken über sich ergehen lassen mußten. Aber die Freude war nicht von langer Dauer. Als Hitler von der Bildung der ukrainischen Regierung erfuhr, ließ er sie sofort auflösen und die Führer in Haft nehmen. Damit sich so etwas nicht wiederhole und der ukrainischen Nationalbewegung ein Schlag versetzt werde, wurden gleichzeitig zahlreiche ukrainische Emigrantenführer in Deutschland festgesetzt. Die östliche Emigration fiel im "Dritten Reich" in die Zuständigkeit des Reichssicherheitshauptamtes. Das Auswärtige Amt war völlig ausgeschaltet und auch dem Ostministerium gelang es nicht, sich einzuschalten. Das OKW, Amt Abwehr, dessen langjährige Vertrauensleute eingesperrt worden waren, konnte sich dem RSHA gegenüber gleichfalls nicht durchsetzen und wandte sich wiederholt um Unterstützung an das Ostministerium. Aber alle Vorstellungen dieser Behörden waren vergebens." (Dr. Otto Bräutigam: Überblick über die besetzten Ostgebiete während des 2. Weltkrieges. Studien des Instituts für Besatzungsfragen in Tübingen zu den deutschen Besetzungen im 2. Weltkrieg. - Tübingen 1954, S. 18)

das ganze Land und wurde von Dorf zu Dorf, von Stadt zu Stadt, weitergetragen. Aus jedem Kreis und aus jedem Distrikt wurden die Beschlüsse der Volksversammlungen mit Fuhrwerken, Autos und der Eisenbahn abgesandt, in welchen immer wieder die Proklamation der Unabhängigkeit begrüßt und die Beachtung jenes Aktes durch die Deutschen gefordert wurden.¹⁾

Obwohl diese unverfälschte, spontane Willensäußerung des Volkes sich vor den Augen der deutschen Soldaten und in Anwesenheit der deutschen verantwortlichen Männer der Politik manifestierte, war die Reaktion mehr als kühl. Man beschloß sogar deutscherseits, diesen Willen zu vernichten, da man ihn für die deutschen Pläne als gefährlich und unerwünscht ansah. Die Triumphbögen, die in ukrainischen Dörfern zur Begrüßung der deutschen Soldaten errichtet wurden, verschwanden - die mit Freude und Jubel gefüllten Herzen der ukrainischen Bevölkerung kühlten sich ab. Man erkannte die neue Lage in ihrer wirklichen Natur: die Deutschen kamen als Feinde, nicht als Freunde - als Eroberer, nicht als Befreier. Die Illusion war vorbei.

Die Kundgebungen zogen sich bis zum Monat September hin, bis der Gestapo-Terror sie unterbrach. Die letzte Resolution kam aus Vasylykiv bei Kiev.²⁾ In den nächsten Monaten und Jahren verbarg das ukrainische Volk seine Gefühle und Gedanken hinter einem eisigen Schweigen, oder es äußerte sie in Form der Untergrundtätigkeit und der Partisanenkämpfe. Aus dem potentiellen Freund und Bundesgenossen Deutschlands war das ukrainische Volk zu dessen Feind geworden.

Die allgemeine Begeisterung der ukrainischen Bevölkerung nach der Bildung der ukrainischen Regierung in Lemberg wirkte sich nicht nur in den Kundgebungen aus, sondern insbesondere in der positiven staatlichen Initiative. In der ganzen West-Ukraine ging die Staatsverwaltung in ukrainische Hände über. Wie weit und wie gut die Ordnung im ganzen Lande eingeführt wurde, zeigt die Äußerung von Hans Koch, die er nach seiner Rundreise durch das ganze west-ukrainische Gebiet Dr. Lev Reber gegenüber machte: 'Ich kann ihnen zu der Ordnung, die im ganzen Lande durch ihre Leute eingeführt wurde,

1) Der Verfasser wurde von der OUN-R beauftragt, die Resolutionen der Kundgebungen aus dem ganzen Lande zu sammeln und sie auszuwerten. Ein Teil der Dokumente wurde den deutschen Regierungsstellen in Berlin übergeben, die Mehrzahl in einem unterirdischen Archiv in Krakau aufbewahrt. Ein großer Teil wurde von der deutschen Polizei bei der Verhaftung des Verfassers beschlagnahmt.

2) Privatarchiv des Verfassers.

gratulieren."1)

Der Wunsch des ukrainischen Volkes, seinen eigenen Staat aufzubauen, äußerte sich insbesondere in der Initiative zur Bildung einer eigenen Armee. Schon in den Monaten Juli, August und September gab es mehrere Zehntausend Männer, die ihre Bereitschaft zum Militärdienst bekundeten.²⁾ Nachdem die Bildung der Armee durch die deutsche Haltung unmöglich geworden war, wurden die Freiwilligen teilweise zum Polizeidienst eingezogen. Nur ein kleiner Bruchteil davon wurde dann von den Deutschen übernommen und als ukrainische Miliz weiter unterhalten.³⁾

d) Der Chef der Landesexekutive der OUN-R in Lemberg

Während sich die sechs Revolutionäre von Krakau nach Lemberg durchschlugen, eilte noch eine andere Gruppe der Revolutionäre in Richtung Lemberg. Sie kam aus der entgegengesetzten Richtung vom Osten, aus der Gegend der westukrainischen Bezirksstadt Zoločiv. Diese Gruppe war ungefähr 200 Mann stark und wurde von Ivan Klymiv-Legenda, dem Chef der Landesexekutive der OUN-R angeführt.⁴⁾

Die sich überstürzenden Ereignisse an der Front überraschten auch sie. Nun eilten sie nach Lemberg, um - gemäß den Plänen der OUN-R - an den Er-

1) Protokollbruch des ukrainischen Senioren-Rates

2) Nach den Meldungen der örtlichen ukrainischen Behörden bei der OUN-R-Zentrale in Lemberg

3) Oberleutnant der Polizei, Jaroslav Levyčkyj, gab in seinem Interview mit dem Korrespondenten der Tageszeitung "Livivski Visti" (am 26. August 1941) die Zahl der ukrainischen Polizisten, die von den Deutschen übernommen wurden, mit 6000 in Galizien an. (In Wolhynien gab es ungefähr dieselbe Zahl). Die ukrainischen Polizisten wurden in die Formationen der deutschen Ordnungspolizei eingereiht. Zum Kommandanten der ukrainischen Polizei in Galizien wurde deutscherseits Major Walther, zu seinem Adjutanten der ukrainische Leutnant Zenko ernannt. In Lemberg gab es eine ukrainische Polizeischule unter der Leitung von Hauptmann Dr. Ivan Kozak. Dort befanden sich 415 ukrainische Polizisten und 10 Offiziere. Kommandant der ukrainischen Polizei in Lemberg war Major Volodymyr Pitulaj, sein Stellvertreter Hauptmann L. Chonyvskyj. Die ukrainische Polizei hatte keine Rechte in bezug auf die deutsche Bevölkerung.

4) Persönliche Angaben von A. Mucha

eignissen in der Hauptstadt teilzunehmen. Als sie dort angekommen waren, waren die sechs führenden Revolutionäre aus Krakau schon am Werk. Der Akt der Erneuerung der Unabhängigkeit der Ukraine und die ersten Maßnahmen zur Sicherung der Staatsgewalt waren bereits vollzogen. Trotzdem kamen sie gerade noch zur rechten Zeit, um die Reihen der ukrainischen Miliz zu vervollständigen. Ivan Klymiv-Legenda übernahm einen Posten im Stabe der OUN-R in Lemberg. Zum Polizeipräsidenten wurde Ivan Ravlyk ernannt, der einige Tage später von Evhen Vrecona abgelöst wurde. Nachdem man nun den ukrainischen Staat proklamiert und den Chef der Regierung berufen hatte, konnte die treibende, führende Kraft, die in diesem Staat die ganze Verantwortung auf sich genommen hatte, nicht mehr in der Illegalität verbleiben. Die OUN-R wurde zur legalen politischen Organisation erklärt. In dem vorläufigen Regierungsgebäude an der Ruskastraße 4 wurde deshalb ein öffentliches Büro eingerichtet, wo sich alle Mitglieder der OUN-R melden und registrieren lassen sollten.

Als Ivan Klymiv-Legenda das erfuhr, äußerte er sofort seinen Unwillen darüber. Schon die ersten Gespräche mit den maßgebenden Deutschen in Lemberg und die Beobachtung des deutschen Verhaltens im Lande hatten ihn zu der Überzeugung gebracht, daß Deutschland die Unabhängigkeit der Ukraine nicht respektieren werde. Auf seine Veranlassung wurde das Büro an der Ruskastraße geschlossen und alle Mitglieder der OUN-R (außer denen, die aus der Emigration zurückgekehrt waren) erhielten von ihm den Befehl, sich weiter als Angehörige der illegalen Organisation zu betrachten. Jeder von ihnen sollte das Äußerste für den Wiederaufbau der Ukraine und ihrer staatlichen Einrichtungen leisten, ohne dabei seine Zugehörigkeit zur OUN-R zu verraten.

e) Der Versuch, eine Solidaritätserklärung der Exil-Regierung und Het'man Pavlo Skoropadskyjs zu den Ereignissen in Lemberg zu erwirken.

Jaroslav Stečko ernannte als Chef der Regierung vorerst keine weiteren Mitglieder, sondern arbeitete in den ersten 3 - 4 Tagen allein mit seinen Mitarbeitern aus der OUN-R. Ihre gemeinsame Hauptsorge galt der möglichst weitgehenden Verbreitung der Kunde über die Lemberger Ereignisse. Um dies zu erreichen, benutzte man zwei Tage lang den Lemberger Rundfunk. Als aber die Deutschen die Station besetzten, sah man sich von der ganzen Welt abgeschnitten. Die einzige Möglichkeit, die noch offen blieb, war die Zustellung der Nachricht durch geheime OUN-R-Verbindungen nach dem Westen und durch die diplomatischen Vertreter in Berlin. Eigens zu diesem Zweck wurden Noten an alle Weststaaten gerichtet und durch eigene Verbindungsleute nach der Schweiz verschickt. In der Schweiz jedoch gelangten diese Briefe in die Hände eines Mannes, der der OUN-R schlecht gesinnt war und sie aus diesem Grunde nicht weiterleitete. ¹⁾

Der Lemberger Akt galt nur als Erneuerung des historischen Aktes vom 22. Januar 1918, mit welchem der unabhängige ukrainische Staat in aller Form durch die Vertreter des ukrainischen Volkes in Kiev gegründet worden war. Um die Kontinuität der Tradition des ukrainischen Staates zu veranschaulichen und zur Geltung zu bringen, bat Jaroslav Stečko die beiden noch lebenden Repräsentanten des ukrainischen Staates aus den Jahren 1917-1920, Andrij 'Livyčkyj und Pavlo Skoropadskyj, ihre Haltung zu dem in Lemberg erneuerten ukrainischen Staat öffentlich kundzutun. Die offen feindselige Haltung Deutschlands zu dem erst in Bildung begriffenen ukrainischen Staat und die Verhaftung der Regierungsmitglieder veranlaßten jedoch die beiden ukrainischen Politiker, nicht mehr öffentlich aufzutreten. Die privat durchgegebene Stellungnahme lautete dahingehend, daß sie ²⁾ jederzeit zur positiven Unterstützung des ukrainischen Staates bereit seien. Auch zwei weitere legal bestehende ukrainische Repräsentationen, nämlich das Ukrainische

1) Mündliche Angaben von Jaroslav Stečko

2) Erinnerungen von Evhen Stachiv: In "Ukrainskyj Samostijnyk" vom 14. 8. 1955

Nationalkomitee und der Ukrainische Hauptausschuß in Krakau erklärten sich bereit, die neue Regierung zu unterstützen.¹⁾ Letzterer aber, der unpolitischen Charakter hatte und gewissermaßen zum Organ der deutschen Administration geworden war, ließ sehr schnell wissen, daß er nur solche politischen Aktionen zu unterstützen bereit sei, die mit einer deutschen Billigung rechnen könnten. Damit wollte der Ukrainische Hauptausschuß zum Ausdruck bringen, daß er die ukrainische Regierung nur vorbehaltlich der deutschen Billigung anzuerkennen bereit sei.²⁾

Eine besonders wertvolle Unterstützung fand die junge ukrainische Regierung im ehemaligen Ministerpräsidenten der west-ukrainischen Regierung aus dem Jahre 1918, Dr. Kostj Levyckyj, der zusammen mit dem Metropoliten A. Šeptyckyj zu den tragenden Säulen der neugegründeten Regierung geworden war. Es ist hervorzuheben, daß besonders A. Šeptyckyj seine aktive Beteiligung an den Ereignissen vom 30. 6. 1941 auch nach dem Bekanntwerden der deutschen Haltung nicht leugnete. Er äußerte nur öfters sein Mißvergnügen darüber, daß die Vertreter der OUN-R ihn von der Spaltung der OUN am Vorabend der Ereignisse nicht hatten wissen lassen.

Eine weitere Stütze für die Lemberger Regierung und für den sich bildenden Staat war die ukrainische orthodoxe Kirche. Die Bedeutung ihrer Unterstützung war um so größer, als sie zu der Zeit gewährt wurde, da der junge ukrainische Staat bereits unter dem offenen deutschen Terror stand. Der Bischof und spätere Metropolitan der ukrainischen orthodoxen Kirche, Polikarp, veröffentlichte einen Hirtenbrief, in welchem er das Volk über die Erneuerung des ukrainischen Staates informierte und die volle Unterstützung der Orthodoxen Kirche der Regierung zusicherte.³⁾

Die einzige organisierte politische Kraft, die sich den Lemberger Ereignissen kritisch gegenüberstellte, war die von A. Mel'nyk angeführte OUN. Sie vertrat die Ansicht, daß ein Sinn eines solchen Aktes nur dann gegeben wäre, wenn ihm von vornherein die deutsche Zustimmung gewiß sei. Ohne eine solche Anerkennung müßte jede Handlung dieser Art nur als Propagandaakt betrachtet werden, dem keine größere politische Bedeutung zukommen könne.⁴⁾

Am deutlichsten formulierte die Haltung der OUN der "Ukrainskyj Visnyk" in einem Leitartikel:

1) "Krakivski Visti", 13. 7. 41, Nr. 28 berichtet über die Herausgabe des "Informationsblattes" des Ukrainischen Nationalkomitees vom 1. 7. 41, in welchem die Unterstützung der Regierung verkündet wurde.

2) Angaben von Prof. V. Kubijovyč

3) Voller Wortlaut des Briefes im Anhang S. 274

4) S.Kommentare in den Zeitungen "Nastup" u. "Ukrainskyj Vysnyk" v. Juli/August 41

"Für die Proklamation der Staatlichkeit ist außer dem Willen der Bevölkerung auch noch eine bestimmte politische Lage nötig."

Nachdem der Verfasser zum Ausdruck brachte, daß im Juni-Juli 1941 in der Ukraine eine solche Lage nicht bestanden habe, schrieb er weiter:

"Es konnte keinem Zweifel unterliegen, daß auf dem von den deutschen Soldaten eroberten Territorium die deutsche Souveränität bestand. Man fragt sich, wie ohne Einwilligung dieser Macht eine andere gebildet werden konnte. Ist es überhaupt möglich, sich irgend. eine Proklamation in einem okkupierten Territorium vorzustellen, ohne vorher zu fragen, wie sich die Besatzungsmacht dazu stellt? Es ist doch selbstverständlich, daß von dieser Macht alles abhängig war. . . .

Selbstverständlich handelt es sich nicht darum, die Fremden um die Erlaubnis zur Eigenstaatlichkeit zu bitten. Natürlich ist es keine Eigenstaatlichkeit, wenn man für ihre Errichtung die Erlaubnis einholt. Es handelt sich vielmehr darum, daß man für die Proklamation eine günstige Situation erkämpft bzw. abwartet, ohne dabei die Fremden um Erlaubnis zu fragen."

Der Verfasser verwahrt sich gegen alle Vorwürfe, daß die OUN angeblich aus Feindseligkeit der OUN-R gegenüber gegen die Regierung in Lemberg Stellung genommen hatte. Die wahren Gründe lassen sich vielmehr auf folgende Weise zusammenfassen:

"Unsere Auffassung ist keinesfalls als "Hass gegen die Idee der ukrainischen Staatlichkeit" und als Haß gegen unsere politischen Gegner zu verstehen, sondern als Pietät, mit der wir uns zu den Idealen des ukrainischen, selbständigen Staates bekennen." 1)

So haben sich für die ukrainische Unabhängigkeit erklärt: die breiten Massen des Volkes (durch die Massenkundgebungen), die katholische und die orthodoxe Kirche (durch die Hirtenbriefe ihrer Oberhäupter), das Ukrainische Nationalkomitee und vorbehaltlich auch der Ukrainische Hauptausschuß.

1) U. V. 31. 8. 1941

f) Deutschland lehnt die Anerkennung der Regierung in
Lemberg ab

Die Entwicklung der deutsch-ukrainischen Verhältnisse in Lemberg wies jedoch eindeutig darauf hin, daß die Juni-Ereignisse nicht in das Bild der deutschen Politik paßten, und zwar sowohl weder der Hitlerschen noch der Rosenbergschen Richtung. Der politischen Konzeption Alfred Rosenbergs lief sie insofern entgegen, als in ihrem Plan die Schaffung des ukrainischen Staates erst nach dem Abschluß des Krieges vorgesehen war. Noch unangebrachter erschien die Handlung der OUN-R für die Anhänger der Konzeption Adolf Hitler. Der Lemberger politische Akt widersprach ihr in jedem einzelnen Punkt, da er an Stelle des von Hitler geplanten Kolonialismus im Osten das Selbstbestimmungsrecht der Völker zum tragenden Prinzip erhob. Folglich fand sich auf deutscher Seite niemand, der bereit gewesen wäre, seine Autorität hinter die Lemberger Ereignisse zu stellen. Während die Anhänger der Konzeption Hitlers auf eine gewaltsame Zerschlagung der Urheber der für sie widerspenstigen Politik drängten, empfahlen die Anhänger der Rosenbergschen Politik eine mildere Taktik. Sie verbargen jedoch ihre Mißstimmung darüber keineswegs, daß die Lemberger Ereignisse in die Planmäßigkeit des Verlaufes ihrer Pläne eine Bresche geschlagen hatten. Sie sahen sich in einer zwiespältigen Lage: einerseits lag es nicht in ihrer Absicht, die ukrainischen Kräfte niederzuhalten, andererseits wollten sie ihren politischen Fahrplan nicht gefährden lassen. Als Folge einer solchen deutschen Einstellung verlor die OUN-R in Berlin jede politische Rückendeckung. Sie konnte auf Deutschlands Unterstützung nicht mehr rechnen. Die Anhänger der Konzeption Alfred Rosenbergs, die zuerst nicht abgeneigt waren, die OUN-R zu unterstützen, schwenkten jetzt um und waren dabei sich einen anderen ukrainischen Partner zu suchen, der ihrem Plan mehr Loyalität entgegenbringen würde. Es scheint, daß sie diesen Partner einerseits im ukrainischen National-Rat sehen wollten, dann im Ukrainischen Hauptausschuß (Galizien) und andererseits in der OUN (in der Ost-Ukraine). 1)

Angesichts einer solchen Lage ist es nicht verwunderlich, daß der Versuch von J. Stečko, Kost' Levyčkyj, Jaroslav Staruch und Roman Ilnyčkyj fehl-

1) Siehe Brief Erich Kochs an A. Rosenberg, in dem er dem Letzteren den Vorwurf macht, daß er den Bürgermeister von Kiev, Bahasij, einen prominenten Mann der OUN, unterstütze (192-PS)

schlug, die Lage beim Militärkommandanten von Lemberg, Generalleutnant Roques zu klären. Der General, der mittlerweile (entgegen anderweitiger Orientierung durch Hans Koch) unter den Einfluß des Generalgouverneurs Frank geraten war, ließ sagen, daß mit der Delegation nur die Vertreter des Generalgouverneurs zu verhandeln befugt seien, die übrigens schon von Krakau nach Lemberg unterwegs seien. Zu der Verhandlung kam es aber nie. Dagegen lud der Untersturmführer Alfred Kolf aus dem Stabe des SD-Einsatzkommandos am 11. Juli 1941 J. Stečko und R. Ilnyčkyj ein und erklärte ihnen, daß auf Hitlers Anordnung alle an den Ereignissen vom 30. 6. 1941 Beteiligten entfernt werden müßten. Daraufhin führte er beide zum SD-Stab ab, wo sie dem üblichen Polizeiverhör unterzogen und gefangen gesetzt wurden. Tags darauf ging es unter der polizeilichen Eskorte im Lastwagen nach Peremyšl, von dort im Personenwagen nach Zešov und weiter nach Krakau. In Krakau fand noch ein Polizeiverhör statt. Erst dann wurden J. Stečko und R. Ilnyčkyj an die Wehrmacht übergeben. Die Behandlung durch den Wehrmachtsoffizier war anständig und respektvoll; er brachte die beiden Verhafteten per Bahn nach Berlin in das Gebäude des OKW an der Bendlerstraße. Hier wurden sie von Oberst Erwin Stoltze empfangen und verhört. Oberst Stoltze begegnete den beiden mit den Worten: "Sie haben durch Ihre Politik unsere Lage im Osten sehr kompliziert; Sie haben unsere Karten aufgedeckt, so daß wir mit einer fanatischen Verteidigung der russischen Soldaten rechnen müssen, die sich jetzt für die Einheit des Imperiums schlagen werden. Ihre Politik wird das Leben unserer Soldaten kosten." - J. Stečko gab zur Antwort: "Ich schätze die Lage ganz anders ein. Ihre Soldaten werden ihr Leben wegen Ihrer falschen Politik dem ukrainischen Volke gegenüber lassen müssen. Die Russen sind sowieso gegen sie eingestellt, schon aus dem einfachen Grunde, weil Sie den Krieg gegen ihr Imperium begonnen haben; jetzt aber werden Sie auch die Ukrainer gegen sich haben." Oberst Stoltze fragte weiter: "Welche Rolle spielte Prof. Hans Koch bei der Ausrufung der Wiedererneuerung des ukrainischen Staates?" - J. Stečkos Antwort war: "Keine - Prof. Koch kam zu der Nationalversammlung, nachdem sie schon zu Ende war. Er forderte die Versammelten auf, nach Hause zu gehen und in die deutsche Führung Vertrauen zu setzen."

Nachdem das Protokoll unterschrieben war, gab Oberst Stoltze die Erklärung ab: "Die Rolle der Wehrmacht ist in dieser Frage damit beendet. Nun übergeben wir Sie der Polizei. Was sie mit Ihnen zu tun gedenkt, ist mir unbekannt." In das Zimmer traten zwei in Zivil gekleidete Polizeibeamten und forderten J. Stečko und R. Ilnyčkyj auf, ihnen zu folgen. Der Wagen hielt vor dem Gebäude des Sicherheitsdienstes, Abteilung Ost, in Berlin-Lichter-

felde-Ost. Hier wurde nochmals ein Vernehmungsprotokoll angefertigt, wobei der vernehmende SS-Offizier Weinmann zum Schluß ungefähr folgendes erklärte: "Es tut mir leid, daß es so weit gekommen ist, daß wir Sie verhaften und aus der Ukraine entfernen mußten. Wir mußten leider auch Stepan Bandera verhaften, um das Deutsche Reich vor Überraschungen zu schützen. Jetzt gibt es aber noch eine Möglichkeit, Ihre Politik zu ändern und sie den Realitäten anzupassen. Wir sind bereit, Sie freizulassen unter der Bedingung, daß Sie Berlin nicht verlassen. Beraten Sie sich nochmals mit Ihren Kollegen und überlegen Sie sich, ob es doch nicht vernünftiger wäre, den Kurs Ihrer Politik zu ändern." Nachdem J. Stečko und R. Ilynykyj sich verpflichtet hatten, Berlin nicht zu verlassen, wurden sie auf freien Fuß gesetzt. Dies geschah am 15. Juli 1941. Die Freilassung von Stepan Bandera erfolgte 5 Tage später.¹⁾

g) Verhandlungen mit dem OKW in Warschau

Die Verhaftungen in Lemberg drängten die Führung der OUN-R, die Lage auch im OKW zu klären, mit dem sie seit Jahren enge Verbindungen unterhielt. Am 10. Juli reiste die Delegation der OUN-R nach Warschau, wo das OKW wichtige Außenstellen errichtet hatte (Riko Jary, Ivan Ravlyk, Jaroslav Javnyj, Evhen Stachiv und Mykytjuk). Die Besprechungen wurden zuerst mit Hauptmann Prof. Gerullis und dann eine ganze Woche lang mit anderen Offizieren des OKW geführt. Die deutsche Antwort lautete: Hitler ist gegen einen ukrainischen Staat und deshalb kann die Wehrmacht die Regierung in Lemberg nicht anerkennen. Galizien werde an das Generalgouvernement angeschlossen und aus den anderen ukrainischen Gebieten werde ein Reichskommissariat gebildet. Das OKW löse alle Verbindungen zur OUN-R auf. Mit dieser Antwort kehrte die Delegation am 23. Juli nach Lemberg zurück.²⁾

h) Die Ernennung der Regierungsmitglieder

J. Stečko ernannte erst am 6. Juli 1941 die weiteren Regierungsmitglieder. Die vollständige Zusammenstellung der geplanten Regierung war folgende:³⁾

1) Persönliche Erlebnisse des Verfassers

2) Erinnerungen von E. Stachiv, in: "Ukrainŭskij Samostijnyj" vom 14. 8. 1955

3) Kost' Pankivskyj: "Pered pjatnadcjaty rokamy" in "Lysty do pryjateliv" Nr. 6, 1956

J. Stečko - Chef der Regierung

Prof. Marian Paříčyšin (parteilos) - Erster Stellvertreter und Gesundheitswesen

Dr. Oleksander Bawinski (parteilos) - sein Stellvertreter im Ressort des "

Mag. Lev Rebet (OUN-R) - Zweiter Stellvertreter des Regierungschefs

Volodymyr Stachiv (OUN-R) - Auswärtige Angelegenheiten

Dr. Maritčak - Staatssekretär im Min. f. A. A.

Dr. Volodymyr Lysyj (ehem. Sozialistisch-Radikale Partei) - Minister für
Innere Angelegenheiten

Mykola Lebed (OUN-R) u. Dr. Kost' Pankivskyj (Sozialistisch-Radikale Partei) -
Staatssekretäre

General Vsevolod Petriv (parteilos) - Kriegsminister

Ing. Roman Šuchevyč (OUN-R) und Oleska Hasyn (OUN-R) - seine Stellvertr.

Dr. Julian Fedusevyč - (parteilos) - Justiz -

Dr. Bohdan Dzerovyč - (parteilos) - sein Stellvertreter

Prof. Ing. Julian Pavlykovskyj (UNDO) - Wirtschaft

Mag. Dmytro Jaciv (OUN-R) u. Mag. Roman Ilnyčkyj (OUN-R) seine Stellvertr.

Prof. Ing. Evhen Chraplyvyj (parteilos) - Ernährungs- und Landwirtschaft

Prof. Dr. Vasyl Simovyč (parteilos) - Kultur

Ing. L. Olchovyj (parteilos) - Finanzen

Ing. A. Piaseckyj (parteilos) - Forsten

Haj Holovko (parteilos) - Aufklärung und Propaganda

Jaroslav Staruch (OUN-R) - Staatssekretär im Propagandaministerium

Ivan Klymiv-Legenda (OUN-R) - Polit. Koordination

N. Moroz - Verkehr

Dr. Antin Kostyšin - Post und Telegraph.

Alle von J. Stečko vorgeschlagenen Herren nahmen die Nominierung an, außer Julian Pavlykovskyj, der aus Gründen der ungeklärten Lage den Beitritt zur Regierung ablehnte.¹⁾

Infolge des deutschen Eingreifens hatte die Regierung in der hier angeführten Zusammensetzung ihre Arbeit überhaupt nicht aufgenommen. Die deutsche Polizei wandte zweierlei Maßnahmen gegen die Regierungsmitglieder an: Diejenigen, die der OUN-R angehörten, wurden entweder verhaftet (J. Stečko, Roman Ilnyčkyj, Dmytro Jaciv, Lev Rebet, Volodymyr Stachiv), oder mit Haft bedroht (Mykola Lebed, Oleksa Hasyn, Klymiv-Legenda sind zur Untergrundbewegung übergegangen). Denjenigen dagegen, die einst den ehemaligen legalen Parteien angehört hatten oder reine Fachleute waren, wurde mei-

1) "Krakivski Visti" vom 23. 7. 1941

stens nahegelegt, sich über ihr Fachgebiet nicht hinauszuwagen. Die meisten von ihnen arbeiteten zunächst noch in dem Nationalrat, waren dann aber später mehr oder weniger mit der Untergrundbewegung verbunden. Der einzige, der aktiv gegen die OUN-R und ihre Politik arbeitete, war Kost' Pankivskyj.

i) Der Versuch, ein revolutionäres Parlament zu bilden

Es ist schwer, auf Grund der damaligen Geschehnisse heute festzustellen, wie sich die OUN-R die Staatsordnung während des Krieges vorstellte, weil der Versuch der Wiederherstellung des ukrainischen Staates sich noch im Anfangsstadium befand.

Eine gewisse Vorstellung von der Staatsordnung können wir nur dadurch erlangen, wenn wir beachten, daß Jaroslav Stečko durch das Dekret Nr. 1 von Stepan Bandera als Regierungschef bestimmt wurde. Die Nationalversammlung wurde nur um die Bestätigung gebeten. Darüber, ob Stepan Bandera Diktator werden sollte, war sich die OUN-R damals noch nicht im klaren; auf jeden Fall waren solche Tendenzen vorhanden. Erst mit der Zeit hätten die Ereignisse selbst eine Klärung gebracht. Es entspricht am ehesten dem Geist der OUN-R, daß sie für eine starke ausführende Gewalt mit diktatorischen Vollmachten war, was übrigens auch der "Plan für den Fall des Krieges" vorsah.

Auf jeden Fall ist es wichtig festzustellen, daß schon in den Anfängen der Staatsbildung, die OUN-R an die Schaffung eines parlamentarischen Organs dachte. Aus den Erinnerungen der unmittelbar Beteiligten läßt sich die klare Absicht der OUN-R erkennen, daß sie nicht allein (siehe Zusammensetzung der Regierung) und nicht ohne Mitwirkung der breiten Öffentlichkeit regieren wollte. Am 6. Juli 1941 lud die OUN-R etwa 100 führende ukrainische Persönlichkeiten zu einer Konferenz ein, auf der sie die Bildung eines Seniores-Rates als beratendes Organ der Regierung anregte.¹⁾ Diese Initiative wurde von den Anwesenden begrüßt und der Rat noch auf der gleichen Konferenz gebildet.²⁾ Dies war allerdings nur ein Teil eines größeren Planes.

1) K. Pankivskyj: "Pered pijatnadcjaty rokamy" in "Lysty do pryjateliv" Nr. 5

2) In der Resolution, die von der Versammlung angenommen wurde, heißt es: "Vertreter der ukrainischen Bevölkerung in Lemberg, die sich am 6. Jüli 1941 versammelt haben, begrüßen die unbesiegbare deutsche Wehrmacht, die dem ukrainischen Volke die Befreiung von der bolschewistischen Un-

Es war geplant, den Seniorenrat und das Ukrainische Nationalkomitee in Krakau zusammenzuführen und aus beiden ein repräsentatives Forum zu bilden in dem sich die öffentliche Meinung widerspiegeln sollte.

k) Das weitere Schicksal des Ukrainischen Nationalkomitees in Krakau

Am 23.6., dem Tag nach seiner Gründung, fand die erste Sitzung des Präsidiums des Komitees statt. Man beriet darüber, welche Politik angesichts des deutsch-sowjetischen Krieges einzuschlagen sei. In der Sitzung wurde beschlossen, die Deutschen vor die vollendete Tatsache der ukrainischen Einigkeit zu stellen und im Namen des Komitees die ukrainische Regierung in Lemberg zu bilden. 1) Interessant ist diese Tatsache deshalb, weil zwei voneinander unabhängige politische Körperschaften den selben Beschluß faßten, nämlich die OUN-R und das Nationalkomitee. Nach der Versicherung des zweiten Vorsitzenden des Komitees, Prof. Viktor Andrijevskyj, war der Beschluß der OUN-R dem Präsidium unbekannt und seine politischen Pläne wurden nur auf Grund des deutschen Verhaltens gegenüber dem ukrainischen Problem aufgestellt. Es wurden sogar einige Persönlichkeiten des Komitees vorgemerkt, die bestimmte Ämter in der Regierung hätten übernehmen sollen. 2) Die Verwunderung und Verstimmung unter den Mitgliedern des Komitees war um so größer, als sie am 30. Juni 1941 durch den Rundfunk erfuhren, daß die OUN-R, ohne sich mit ihnen vorher zu verständigen, die Unabhängigkeit der Ukraine proklamiert und eine Regierung gebildet hatte. Die nachträgliche Entschuldigung der OUN-R und die Erklärung, daß dies aus konspirativen Gründen geschehen mußte, damit diese wichtige Nachricht nicht zu den Deutschen durchsickere, beruhigte die aufgebrachtten Gemüter nur wenig. Trotz dieser

terdrückung bringt und ihm die Gelegenheit gibt, den ukrainischen selbständigen Staat wiederaufzubauen.

Die Versammelten freuen sich, daß es am 22. Juni 1941 in Krakau zu der Einigung der ukrainischen Emigration gekommen ist und rufen die ukrainischen Patrioten herzlich auf, in einer geeinten Front den Aufbau des selbständigen ukrainischen Staates zu beginnen, indem sie sich der Staatsregierung, die am 30. Juni 1941 in Lemberg gebildet wurde, unterordnen."

1) Viktor Andrijevskyj: "Krakivski obrazky" in Ślach Peremohy" vom 23. Oktober 1955

2) Ebendort

Verstimmung beschloß das Präsidium des Komitees den politischen Akt zu Lemberg gutzuheißen. Dies geschah in Form des ersten Bulletins (Nr. 1), in welchem die Lemberger Ereignisse geschildert wurden und man das ukrainische Volk aufforderte, der neugebildeten ukrainischen Staatsregierung Folge zu leisten.¹⁾ Vier Tage später forderte der Chef der Regierung des Generalgouvernements, Bühler, die Mitglieder des Präsidiums auf, bei ihm zu erscheinen. Hierzu wurde auch Stepan Bandera eingeladen. Während der längeren Aussprache wurde das Präsidium²⁾ auf seine unzeitgemäße Politik hingewiesen und aufgefordert, jede weitere Betätigung einzustellen. Stepan Bandera wurde unmittelbar nach der Aussprache verhaftet, Dr. Horbovyj und Oberst V. Jevtymovyč (Leiter der Exekutive des Komitees), zwei Tage später. Am 8. 6. wurde V. Andryjevskyj aufgefordert bei der Gestapo zu erscheinen. Ihm wurde ein Telegramm Himmlers vorgelegt, wonach die sofortige Einstellung der Tätigkeit des Nationalkomitees und insbesondere der Herausgabe des Bulletins befohlen wurde. Weitere Verhaftungen wurden nicht vorgenommen. Mit diesem Augenblick stellte das Ukrainische Nationalkomitee seine Tätigkeit zwar nicht formell, aber tatsächlich ein.

1) Mykola Lebed' übernimmt die Führung der OUN-R

Die Lage in Lemberg forderte mit jedem Tag eine immer radikalere gewaltzamere Lösung. Am 6. und 7. Juli wurden zwei Kundgebungen im großen Saal des Regierungsgebäudes abgehalten. Auf der einen Versammlung sprach Klymiv Legenda, auf der anderen Mykola Lebed'. Beide waren prominente Mitglieder der OUN-R und gehörten ihrer Führung an, so daß ihre Äußerungen als offizielle Stellungnahme der OUN-R angenommen werden mußten. Mykola Lebed' und Klymiv-Legenda sprachen in sehr scharfen Worten und riefen die Versammelten auf, der OUN-R-Politik zu folgen, die das Prinzip der ukrainischen Unabhängigkeit nie aufgeben würde. Sehr scharfe Worte wurden auch in bezug auf das Dritte Reich gebraucht, das "nicht begreifen wolle, daß Moskau nur mit Hilfe des unabhängigen ukrainischen Staates zu besiegen sei."³⁾

1) Viktor Andrijevskyj: "Krakivski Obrazky" in "Šlach Peremohy" Nr. 41-47, 1955

2) Viktor Andrijevskyj, V. Horbovyj, Vasył Mudryj und Stepan Šuchevyč

3) Persönliche Erlebnisse des Verfassers

Am 10. Juli 1941 wurde im Gebäude der Bank "Dnister" eine Sitzung jener Mitglieder der Führung der OUN-R abgehalten, die sich in Lemberg befanden. Anwesend waren: Jaroslav Stečko, Mykola Lebed', Jaroslav Staruch, Klymiv-Legenda, Lev Rebet, Ivan Ravlyk und Vasyl Turkovskij. Außer den Mitgliedern der OUN-Führung war auch Roman Ilnyčkyj, der Mitarbeiter von J. Stečko in den Regierungsangelegenheiten, eingeladen.

Die Sitzung wurde von J. Stečko mit einer kurzen Schilderung der politischen Lage eröffnet. Der erste stellvertretende Vorsitzende der OUN-R äußerte sich dahingehend, daß kein Zweifel mehr darüber bestünde, daß Deutschland die Souveränität des ukrainischen Volkes nicht anzuerkennen gedenke. Er führte weiter aus, daß schon in den nächsten Tagen mit der Verhaftung der ukrainischen Regierung gerechnet werden müßte, er wolle als Chef der Regierung die ganze Verantwortung für die Ereignisse der letzten Woche auf sich nehmen und gedenke nicht sich ihr durch Flucht zu entziehen. Im Gegensatz zu ihm müßten alle Mitglieder der Regierung und vor allem die Mitglieder der OUN-R-Führung der Verhaftung ausweichen und sich verpflichten, das ukrainische Volk im Befreiungskampf weiterzuführen. Auf Grund seines Entschlusses, den Posten des Regierungschefs nicht aufzugeben, übergab er die Führung der OUN-R an Mykola Lebed'. ¹⁾Im Falle seiner Verhaftung sollte Lev Rebet die Geschäfte des Regierungschefs übernehmen und den weiteren Kampf im Namen der Regierung aus dem Untergrund leiten.

Alle Anwesenden erklärten sich mit den Gedankengängen von J. Stečko einverstanden. Ganz besonders einig waren sich alle darin, daß das deutsche Reich nur einen kolonialen Eroberungskrieg, nicht aber einen Befreiungskrieg führe. Unter solchen Umständen müsse das ukrainische Volk aber Widerstand leisten. An die Spitze des Widerstandes müsse wieder die OUN-R treten, denn nur sie besitze organisierte und disziplinierte Mitglieds-kader, die an Kampf und Gehorsam gewöhnt seien. Alle anderen könnten sich höchstens an diesem Kampf beteiligen und auf diese oder andere Weise Hilfe leisten; mehr könne man von ihnen nicht erwarten.

1) Allerdings hatten auch nach dieser Übergabe Stepan Bandera und Jaroslav Stečko bis zu ihrer Verhaftung am 15. September 1941 weiterhin maßgebenden Einfluß auf die Politik der OUN-R. Erst von diesem Tag an bis Ende 1944, also praktisch während des ganzen Krieges, standen sie außerhalb der Ereignisse in der Ukraine. Die revolutionäre Erhebung gegen die nationalsozialistische Herrschaft und später (seit 1944) gegen die bolschewistische, wurde von neuen Männern der OUN-R geleitet.

Man besprach auf der Sitzung auch die Möglichkeit eines sofortigen Aufstandes gegen die deutsche Besatzungsmacht. Dieser Gedanke wurde jedoch verworfen, nachdem Klymiv-Legenda eine Erklärung abgegeben hatte, wonach die OUN-R weder psychologisch noch organisatorisch in der Lage war, den sofortigen Kampf gegen Deutschland aufzunehmen. Es war klar, daß man zuerst die OUN-R selbst und dann das ganze Volk mit der neuentstandenen Lage bekanntmachen und zum Widerstand gegen die Macht vorbereiten mußte, von der das Volk Hilfe für seine Befreiung erwartet hatte.

Es wurde beschlossen, die OUN-R umzuorganisieren und mit einer intensiven Vorbereitung für den Kampf gegen die Besatzungsmacht zu beginnen. Dies war die erste Resolution der OUN-R, die sich gegen das Dritte Reich richtete.

So endete der Versuch, zu Beginn des deutsch-sowjetischen Krieges die Unabhängigkeit des ukrainischen Staates wieder herzustellen.

Es dauerte dennoch eine gewisse Zeit, bis die OUN-R sich gänzlich auf die Untergrundtätigkeit umstellte und den offenen Kampf gegen das Dritte Reich eröffnete. Die Umstellung nahm fast zwei Monate in Anspruch. Die Regierung ging auch nach der Verhaftung von J. Stečko nicht in den Untergrund, da Stečko am 15. Juli wieder aus der Haft entlassen wurde und nur einer polizeilichen Aufsicht in Berlin unterworfen war, so daß seine Vollmachten an Lev Rebet nicht übertragen werden mußten. Als am 15. September plötzlich Massenverhaftungen durchgeführt wurden, war es bereits zu spät, die Vollmachten der Regierung an einen anderen zu übertragen. Verhaftet wurden u. a. : Lev Rebet, W. Stachiv, D. Jaciv und R. Ilyčkyj, also alle Mitglieder der Regierung, die der OUN-R angehörten, außer Mykola Lebed', Roman Šucevyč und Klymiv-Legenda, die beschlossen hatten, den Kampf nicht unter der Fahne der Regierung, sondern als Führer der OUN-R fortzusetzen. Somit hörte die Regierung als Symbol und als höchster politischer Repräsentant des ukrainischen Befreiungskampfes auf zu existieren.

Lev Rebet, der bis zum 15. September 1941 in Lemberg tätig war, trat nie als Sprecher der Regierung auf, sondern als Repräsentant der OUN-R. Auf dem Forum des Ukrainischen National-Rates deckte er den Rücken der OUN-R, während diese sich in die Illegalität zurückzog, bzw. ihre Vorbereitungen für den Kampf gegen die deutsche Besatzungsmacht traf.

m) Die ukrainische Legion weigert sich, weiterhin Dienst zu leisten

Wie schon ausgeführt, wurde die ukrainische Regierung am Tage des Einmarsches der ukrainischen Legion in Lemberg gebildet. Die Legionäre dachten die Geburtsstunde ihres großen Traumes erlebt zu haben. Die weiteren Ereignisse konnten sie in der Hauptstadt selbst beobachten, da die Legion für zwei Wochen in Lemberg verblieb. Ende Juli marschierte sie weiter nach dem Osten, nach Soločiv, Tarnopol, Sataniv, Proskuriv und Vynnica.

Jeder Tag lieferte einen neuen Beweis dafür, daß die deutsche und ukrainische Politik gar nicht parallel liefen und daß die ukrainische Legion ihre Daseinsberechtigung verloren hatte. Die Voraussetzungen, unter denen sie aufgebaut worden war, wurden nicht gewahrt.

Hauptmann Roman Šucevyč entschloß sich in Vynnica, ein Memorandum an das OKW zu richten und die Klärung der Lage zu verlangen. Er unterstrich darin, daß unter den von den Deutschen in der Ukraine geschaffenen politischen Verhältnissen, die Legion sich außerstande sehe, auf deutscher Seite weiterzukämpfen. Zu der Ausarbeitung des Memorandums wurde auch Prof. Oberländer hinzugezogen, der die Ansichten des Hauptmanns R. Šucevyč teilte.

Als Antwort kam am 27. 8. 41 der Befehl, die Einheit aus der Front herauszuziehen und sie nach Neuhammer zur weiteren Klärung der Lage zu verlegen. Durch einen ähnlichen Befehl wurde am selben Tage auch die Legion "Roland" aus der Südfront (bei Odessa) herausgenommen und nach Saubersdorf abkommandiert.¹⁾

Die Legion "Roland" war fast drei Wochen später als die "Nachtigall" an die Front abmarschiert. Dieser Befehl war ihr erst am 6. 7. 1941 erteilt worden.²⁾ Die Verkündung der ukrainischen Unabhängigkeit erfuhr sie am 2. 7. 1941 noch im Ausbildungsort Saubersdorf und veranstaltete aus diesem Anlaß eine kleine Feier. Die deutschen Offiziere gratulierten den ukrainischen und gaben ihrer

1) Teodor Kročak: "Vytiahy z ščodennyka 1941 - 1943 rr. pro pobut v Legionii OUN" in Sammelwerk "Družyny Ukraïnskych Nacionalistiv u 1941-1942 rikach" S. 53

2) Ebenda, S. 46

Hoffnung Ausdruck, daß Deutschland die Unabhängigkeit der Ukraine anerkennen werde.¹⁾

Aber schon die nächsten Tage bewiesen das Gegenteil. Die Stimmung, in welcher die Legion "Roland" über Ungarn und Rumänien an die Front fuhr, war deprimiert. Infolge zusätzlicher Ausbildung in Beßarabien gelangte die Einheit erst am 25. 7. 1941 zum eigentlichen Einsatz. Am selben Tage stellte die Gruppe Nord - "Nachtigall" - durch einen geheimen Kurier den Kontakt zu "Roland" her. Dieser überbrachte die neuesten Nachrichten von den Ereignissen in Lemberg: Die Regierung sei verhaftet worden, Deutschland erkenne den ukrainischen Staat nicht an.²⁾

Am 2. 8., also 5 Tage später, nahm die Legion "Roland" die geheime Verbindung zu der OUN-R-Marschgruppe Süd auf und erhielt von ihr alle Nachrichten der "Nachtigall" bestätigt. Die Marschgruppe Süd verteilte in der Südukraine bereits anti-deutsche Flugblätter. Solche und ähnliche Nachrichten verbreiteten sich blitzschnell unter den Angehörigen der Legion "Roland" und beeinflußten ihre moralische und politische Gesinnung.³⁾

Am 27. 8. 1941, nach einmonatigem militärischem Einsatz, wurde dieser Einheit der Befehl vorgelesen, daß sie auf Grund ungenügender Ausbildung wieder nach Saubersdorf beordert werde. Aber der eigentliche Grund war das Memorandum von R. Šucevyč und der Entschluß des OKW, Hitler mit der Legion nicht zu reizen, nachdem er die Anerkennung der ukrainischen Regierung in Lemberg verweigerte.⁴⁾

So geschah es, daß beide ukrainische Legionen aus der Front herausgenommen wurden. "Roland" wurde in Fokşany (Moldavien) entwaffnet.

Zwischen Saubersdorf und Neuhammer wurde Verbindung aufgenommen. Die Offiziere der beiden Gruppen berieten die Lage und suchten nach einem Ausweg. Die führende Persönlichkeit bei allen diesen Besprechungen war Roman Šucevyč.

1) Teodor Kročak a. a. O. S. 46

2) Ebenda S. 49

3) Ebenda S. 50

4) L. Ortyński in "Visti" vom Juni-Juli 1952

Am 15. 9. 1941 fand eine entscheidende Besprechung zwischen den Kommandeuren der beiden Einheiten statt. Sie beschlossen ein Memorandum mit folgenden Punkten an das OKW zu richten:

Die Legion ist nur unter folgenden Bedingungen bereit weiterzukämpfen:¹⁾

1. Die Unabhängigkeit des ukrainischen Staates ist von Deutschland nachträglich anzuerkennen.
2. Alle ukrainischen politischen Häftlinge mit Stepan Bandera an der Spitze und alle Mitglieder der Regierung in Lemberg sollen aus der Haft entlassen werden.
3. Die Legion darf nur an der Ostfront und nur auf dem ukrainischen Territorium eingesetzt werden.
4. Die Legion wird ausschließlich von ukrainischen Offizieren geführt.
5. Die Pflichten und Rechte der ukrainischen Offiziere werden denen der deutschen gleichgestellt.
6. Die verhafteten Familienangehörigen der Soldaten sollen aus der Haft entlassen und in ihren Rechten den Deutschen gleichgestellt werden.
7. Von den Soldaten darf kein Eid auf Deutschland verlangt werden, weil sie diesen schon einmal auf die Ukraine abgelegt haben.
8. Die Legion ist bereit, unter den angegebenen Voraussetzungen einen 1-jährigen Dienstvertrag zu unterzeichnen. Nach dem Ablauf eines Jahres steht es jedem Soldaten frei, aus dem Dienst auszuschneiden.
9. Den Dienstvertrag unterzeichnet jeder Soldat in seinem eigenen Namen.

Das Memorandum wurde von jedem einzelnen Soldaten der Gruppe "Nachtigall" und "Roland" unterzeichnet und nach Berlin abgesandt.

Bereits nach drei Tagen, am 18. 10. 1941, traf die Antwort des OKW in Form eines Telegramms ein. Das OKW kündigte eine baldige grundlegende Entscheidung an und teilte gleichzeitig mit, daß die beiden Gruppen sofort nach Frankfurt/Oder verlegt werden sollten.

1) Teodor Kročak, a. a. O., S. 54 f.

Am 21. 10. 1941 trafen die Legionen "Nachtigall" und "Roland" in Frankfurt/Oder ein. Nach gegenseitiger feierlicher Begrüßung und Vorbeimarsch der beiden Einheiten vor ihren Kommandeuren, wurde die Bildung einer einheitlichen Legion verkündet. Das Kommando der neuen Einheit übernahm Major Pobi-
hušcyj als rangältester Offizier, sein Stellvertreter wurde Leutnant R. Šuchevyč. Die vier Kompanien befehligten: 1. Kompanie, Leutnant Roman Šuchevyč, 2. Kompanie: Hauptmann Mychajlo Brygider, 3. Kompanie: Leutnant Sydor, 4. Kompanie: Leutnant Pavlyk.¹⁾

Am 1. November 1941 kam die lang erwartete Antwort des OKW. Sie wurde von einem hohen Offizier der Ordnungspolizei des Magdeburger Wehrkreises überbracht. Er erschien in Begleitung seines Stabes und gab vor der Front der ganzen Legion Erläuterungen zu jedem einzelnen Punkt des Memorandums. Zum Punkt 1 konnte das OKW keine Stellung nehmen, weil das Problem außerhalb seiner Befugnisse lag. Ad 2: Gegen die Verhafteten ist eine Untersuchung wegen "krimineller Vergehen" im Gange. Die Legion soll nach ihrem Abschluß über das Ergebnis rechtzeitig unterrichtet werden. Ad 3: Die Legion wird nur an der Ostfront eingesetzt. Aus militärischen Gründen kann nicht gesagt werden, in welchem Abschnitt. Ad 4: Das OKW ist einverstanden, daß die Legion von ukrainischen Offizieren befehligt wird. Die deutschen Offiziere werden nur die allgemeine Aufsicht übernehmen, so wie es bisher der Fall gewesen ist. Ad 5: Die Pflichten und Rechte der ukrainischen Offiziere werden denen der deutschen gleichgestellt. Ad 6: Die Familien der Einheitsangehörigen erhalten die volle Sicherheit nach deutschen Gesetzen. Ad 7: Der zusätzliche Eid auf Deutschland braucht nicht geleistet zu werden. Ad 8: Der Vorschlag für den 1-jährigen Dienst wird angenommen.²⁾

Obwohl die Antwort auf die politischen Punkte des Memorandums nicht zufriedenstellen konnte, entschlossen sich die Legionäre den Dienstvertrag zu unterzeichnen. Dabei spielten zwei Argumente eine maßgebende Rolle:

1. Durch den Dienst in der deutschen Wehrmacht konnten die Angehörigen der Legion eine gründliche militärische Ausbildung erhalten.
2. Der Dienstvertrag war insofern günstig, als er nach einem Jahr aufgelöst werden konnte.

1) Teodor Kročak, a. a. O. S. 56 ff.

2) Ebenda S. 58

Nur 14 Personen lehnten es ab, den Vertrag zu unterzeichnen, die restlichen 680 blieben.

Nach einer weiteren 5monatigen Ausbildung rückte die Legion am 19. März 42 aus Frankfurt/Oder nach Osten ab.¹⁾ Am 22. 3. wurde sie in Weißruthenien ausgeladen und in der Gegend von Lepel, Witebsk und Plock zur Bekämpfung bolschewistischer Partisanen eingesetzt. Die Legion wurde der 201. Division unter Generalmajor Jakobi zugeteilt, die dem Korps des SS-Generals Bach-Zelewski unterstellt war. Zum Aufsichtsoffizier der Legion wurde Hauptmann Macha ernannt, ein polnisch sprechender und ukrain-feindlicher Offizier, der das ganze Jahr hindurch keine gemeinsame Sprache mit den ukrainischen Soldaten finden konnte.²⁾ Infolge der ständigen Konflikte zwischen dem ukrainischen Kommandeur Major Pobihuŝyj und Hauptmann Macha kam die Verfügung von General Bach-Zelewski, daß Hauptmann Macha das entscheidende Wort auch in rein militärischen Angelegenheiten habe. Dieser Befehl verschärfte die feindliche Haltung der Legion zum deutschen Rahmenpersonal noch mehr, weil sie darin einen Einbruch in ihre Autonomie erblickte. Zahlreiche Konflikte ergaben sich auch daraus, daß der Versuch gemacht wurde, die Legion bei der Eintreibung der Kontingente aus der einheimischen Bevölkerung zu verwenden, wogegen sich die Offiziere und Mannschaften entschieden verwahrten. Ein Grund der Unzufriedenheit lag besonders darin, daß die Legion entgegen ihrem Wunsche nicht auf ukrainischem Territorium eingesetzt wurde und dadurch ihre politische Mission nicht erfüllen konnte. Eine Erleichterung für die Soldaten war die Tatsache, daß sie sich unter der befreundeten weißruthenischen Bevölkerung befanden, die sich gleich dem ukrainischen Volke nach der Befreiung aus der russischen Herrschaft sehnte. Dank der freundschaftlichen Haltung der Legion gegenüber den Einheimischen konnte sie stets auf deren Unterstützung rechnen.

Ihren rein militärischen Pflichten ging die Legion mit Eifer und soldatischer Tugend nach. Ihre Leistungen veranlaßten General Bach-Zelewski zu der Äußerung, sie sei die beste Einheit in seinem Befehlsbereich.³⁾

Am 31. Oktober 1942 lief die Frist des Dienstvertrages ab. Der deutsche Stab schlug vor, den Vertrag um ein weiteres Jahr zu verlängern. Am 22. 11. 1942

1) T. Kročak, a. a. O., S. 59

2) Evhen Pobihuŝyj: "Družyny Ukraïnskych Nacionalistiv na Bilorusi", S. 24
in Sammelwerk "Družyny Ukraïnskych Nacionalistiv u 1941-1942 rr."

3) E. Pobihuŝyj: a. a. O., S. 33

rückte die Legion zum Appellplatz ab. Der Vertreter des Stabes forderte diejenigen Soldaten, welche gewillt seien, den Vertrag zu verlängern auf, vorzutreten. Dieser Forderung folgte kein einziger.¹⁾ Die deutsche Politik in der Ukraine veranlaßte die Legionsangehörigen ihren weiteren Dienst im Rahmen der deutschen Wehrmacht aufzugeben. Die Pläne, die mit der Aufstellung der Legion verbunden waren, hatten sich nicht erfüllt: die Ziele, die mit ihrer Hilfe erreicht werden sollten, waren in eine nichterreichbare Ferne gerückt. Die Legion, das wirksame politische Instrument in Kampfe gegen den Bolschewismus, war als solches nicht ausgenützt worden. 680 Mann hätten zu Millionen werden können, aber das Schicksal machte nicht nur diese Millionen illusorisch, sondern bewirkte auch, daß die Legion aufhörte zu existieren.

Am 1. Dezember 1942 wurde offiziell die Auflösung der Legion verkündet; am 5. 12. ging der erste Transport 40 ehemaliger Legionsangehöriger in die Ukraine ab. Alle Offiziere wurden zusammengefaßt und am 6. 1. 1943 in einem gemeinsamen Transport unter der Aufsicht eines Gestapo-Leutnants nach Lemberg gebracht.²⁾ Die aktivsten von ihnen wurden direkt vom Bahnhof in das berüchtigte Gefängnis auf der Lontzkistraße eingeliefert. Nur Hauptmann R. Šuchevyč gelang es, aus dem Transport zu entkommen und sich der Verhaftung zu entziehen.³⁾ Alle Unteroffiziere und Mannschaften wurden in ihrem Wohnort unter polizeiliche Aufsicht gestellt, d. h. sie waren verpflichtet, sich jeden Tag bei der Polizei zu melden.⁴⁾

Die aufgelöste Legion blieb aber weiterhin bestehen, denn alle ihre Angehörigen blieben in geheimer Verbindung. Schon am 17. 1. 1943 fand die erste Besprechung der nichtverhafteten Offiziere und Unteroffiziere statt, auf welcher beschlossen wurde, sich der ukrainischen Untergrundbewegung der OUN-R anzuschließen.⁵⁾ Alle ehemaligen Angehörigen der Legion waren ja ohnehin Mitglieder der OUN-R. Hauptmann Roman Šuchevyč entwickelte eine rege Tätigkeit bei der Aufstellung der ersten militärischen Untergrundgruppen der OUN-R und wertete dabei seine im aktiven deutschen Dienst erworbenen Erfahrungen aus. Nach acht Monaten wurde er zum Oberbefehlshaber der UPA ernannt.

1) T. Kročak, a. a. O. S. 95 ff.

2) Ebenda, S. 98

3) Ebenda, S. 101

4) Ebenda, S. 102

5) Ebenda,

B, Der zweite Brennpunkt: Polesien

Während in Galizien die geschilderten Ereignisse stattfanden, bildete sich im nordwestlichen Teil der Ukraine an der ukrainisch-weißruthenischen Grenze ein zweiter Brennpunkt der ukrainischen Aktivität, in deren Mittelpunkt Taras Bulba-Boroveč stand, ein Mann, der bis dahin im ukrainischen öffentlichen Leben keinen Namen besessen hatte und kaum über seine Ortschaft Lučypol bzw. Olevsk hinaus bekannt war. Taras Bulba-Boroveč unterhielt auch keinen näheren Kontakt mit irgendeiner ukrainischen politischen Partei, außer daß er mit seinen politischen Sympathien an der Seite der ukrainischen Exilregierung in Warschau stand. Als im September 1939 die Rote Armee die westukrainischen Gebiete besetzte, verließ Bulba-Boroveč sein Städtchen und begab sich wie viele Tausend andere Ukrainer nach Westen. Zuerst lebte er in Warschau und Krakau, aber schon kurz danach, am 1. August 1940, überschritt er erneut geheim die Grenze des General-Gouvernements und begab sich in seine Gegend mit der Absicht, eine Untergrundbewegung gegen das bolschewistische Regime zu organisieren. Nach seinen persönlichen Angaben stimmte er sein Vorhaben mit A. Livyj, dem Präsidenten der UNR (Ukrainische Nationale Republik) ab, bzw. erhielt von ihm einen direkten Auftrag.¹⁾ Nach dem Übertritt über die Grenze (wobei seine Gefährtin Tina Kulčynska von den bolschewistischen Grenzposten erschossen wurde²⁾, gelang es ihm, in der Gegend von Olevsk unterzutauchen und die ersten Mitglieder für seine geheime antibolschewistische Organisation anzuwerben. Im Herbst desselben Jahres nannte er sie "Poliska Sič".³⁾

Als ein halbes Jahr später, am 22. Juni 1941, der deutsch-sowjetische Krieg begann, setzte Taras Boroveč sofort zum Partisanenkampf gegen die weichende Rote Armee an. Das waldreiche und sumpfige Gelände begünstigte ihn außerordentlich. Die allgemeine Begeisterung, mit der die ukrainische Bevölkerung den Krieg begrüßte, tat das ihre und es kam so weit, daß Taras Boroveč nach Abzug der Bolschewisten schon über eine Streitmacht von mehreren Tausend Soldaten verfügte.⁴⁾

1) Taras Bulba-Boroveč: "Zbrojna borot'ba Ukrainy (1917-1950)" S. 10

2) Šuljak O.: "V im' ja pravdy" S. 10

3) " : " " S. 10

4) " : " " S. 11 nach dieser Quelle zählte sie 10.000 Mann.

Taras Borovec wurde somit zum Mittelpunkt der ukrainischen politischen und staatlichen Wiedergeburt in Polesien. Die deutsche Wehrmacht betrat dieses unwegsame Gelände längere Zeit überhaupt nicht und war froh, daß sich örtliche Kräfte gefunden hatten, die die Verwaltung des Landes und seine Sicherung übernahmen. In den Wäldern Polesiens waren nämlich ansehnliche verstreute Gruppen der Roten Armee verblieben und es war der deutschen Wehrmachtsverwaltung nur recht, daß Bulba-Borovec die Gegend von ihnen säuberte.

Der örtliche Charakter des Unterfangens von Taras Borovec, das die Grenze Polesiens nicht überschritt und keineswegs fähig war ein breiteres, allgemein ukrainisches politisches Ausmaß anzunehmen, veranlaßte die deutsche Wehrmacht, ganze vier Monate die "Poliska Sič" zu dulden, bzw. teilweise auch zu fördern.¹⁾ Die ukrainische "Republik von Olevsk", wie sie damals hieß, umfaßte ein Territorium, das von Pinsk bis Mosyr reichte.²⁾ Erst am 16. 11. 41, also 16 Tage nachdem Erich Koch sein Amt im Reichskommissariat Ukraine übernommen hatte, wurde die "Poliska Sič" aufgefordert, die Waffen abzuliefern und sich aufzulösen.³⁾ Bulba Borovec gab seinen Soldaten den Befehl, der deutschen Aufforderung Folge zu leisten, er selbst dagegen zog sich mit ein paar Dutzend Männern in die Wälder zurück mit der Absicht, eine von den Deutschen unabhängige Partisanentätigkeit gegen die Infiltration des ukrainischen Territoriums durch bolschewistische Partisanen zu führen.⁴⁾

So scheiterte auch dieser größere Versuch der Ukrainer - der im Gegensatz zu dem in Galizien unter einem gewissen Einfluß der Exil-Regierung stand - sich aktiv am Kampf gegen Moskau zu beteiligen, an der feindseligen Haltung von Hitlers Politik.

1) J. A. Armstrong: Ukrainian Nationalism 1939 - 1945, S. 99

2) Ebenda, S. 100

3) Šuljak O. : a. a. O. S. 12

4) " " : a. a. O. S. 12

C. Der dritte Brennpunkt: Nord-Bukowina

Der dritte Brennpunkt der ukrainischen aktiven Auflehnung gegen den Bolschewismus bildete sich im Südwesten der Ukraine, in der Nord-Bukowina, die bis zum Jahre 1940 unter rumanischer Besetzung verblieben war. Sie trug allerdings insoweit einen anderen Charakter als in Polesien, als sie nicht die Tat einer einzelnen Persönlichkeit war, sondern der Initiative der weitverzweigten OUN entsprang.

Der Aufstand brach im Rücken der zurückweichenden Roten Armee aus. Die Kämpfe fanden hauptsächlich in der Gegend von Vvžnvcja - Vašktivci und Stanivci¹⁾ statt. Nach dem Einrücken der angreifenden rumänischen und ungarischen Streitkräfte konnte die OUN bis Mitte Juli die ukrainische Verwaltung in ihrer Hand behalten, in der Hoffnung, daß Deutschland die staatliche Unabhängigkeit der Ukraine respektieren würde.²⁾ Man rechnete auch damit, daß die Nord-Bukowina und ein Teil von Beßarabien, also ukrainisches ethnographisches Gebiet, dem ukrainischen Staat angehören würden. Die ukrainischen Aufständischen, mit ihrer aktiven antibolschewistischen Einstellung, mußten sich bald in ihren Hoffnungen getäuscht sehen, als die Rumänen gleich nach ihrem Erscheinen mit einer scharfen Verfolgung der ukrainischen Bewegung begannen. Der alte ukrainisch-rumänische Streit um diese Gebiete trug jetzt angesichts des gemeinsamen Feindes böse Früchte. Die ukrainische Verwaltung wurde abgeschafft, die Verhaftungen nahmen in der ganzen Bukowina großes Ausmaß an.³⁾ Am meisten waren die Mitglieder der OUN bedroht. Ihre Rettung bestand allein darin, daß sie organisiert und bewaffnet waren. So sammelten sie sich in einer größeren militärischen Einheit unter dem Namen "Bukovynskyj Kurin" (Buchenländisches Regiment) in Stärke von 500 Mann und marschierten in nordöstlicher Richtung über Vinnica, Žitomir nach Kiev, wobei sie bewaffnete Zusammenstöße mit der rumänischen Gendarmerie zu bestehen hatten.⁴⁾ Sie glaubten günstigere Voraussetzungen für

1) H. Polikarpenko: "Orhanizacija Ukraïnskych Nacionalistiv pid čas Druhoï Svitovoi Vijnny", S. 83

2) J. A. Armstrong: a. a. O., S. 91

3) " " : a. a. O., S. 91

4) Istorija Ukraïnskoho Vijnka S. 652

ihren Aufbauwillen in dem Gebiete zu finden, das unter deutscher Kontrolle stand. Man hegte die Hoffnung, daß nur die Ungarn und Rumänen Feinde der ukrainischen Eigenstaatlichkeit seien und glaubte bei den Deutschen mehr Entgegenkommen zu finden.

Inzwischen fand in Bukarest am 20. 8. 1941 eine Sitzung des rumänischen Kabinetts unter dem Vorsitz von M. Antonescu statt. Es wurde ein Kommuniqué herausgegeben, in dem von der Verwaltung der Bukowina und Beßarabiens die Rede war. Dort finden wir auch aufschlußreiche Indizien über die rumänische Haltung gegenüber den Ukrainern. Im Kommuniqué wurde nämlich festgestellt, daß in der letzten Zeit die Tätigkeit der Komitees der ukrainischen Flüchtlinge intensiviert wurde und deshalb hatte die Regierung beschlossen, daß die ukrainischen Räte bzw. Komitees auf rumänischem Territorium ihre Tätigkeit nur nach vorheriger Erlaubnis und in den ihnen gestatteten Grenzen führen dürfen. 1)

Marschall Antonescu erließ eine Reihe von Gesetzen in Form von Dekreten über die Verwaltung von Bukowina und Beßarabien.

In dem Gesetz über die Bürgerrechte wurden zwei Kategorien von Bürgern anerkannt. Zu der ersten Kategorie gehörten Bürger, die sich voller Rechte erfreuen, zu der zweiten diejenigen "die nach § 3 des Gesetzes ihre Bürgerrechte verlieren, weil sie während der rumänischen Räumung der Bukowina und Beßarabiens bzw. später, während der Besetzung dieser Gebiete, feindselige Handlungen gegenüber der rumänischen Armee und Bevölkerung verübt bzw. durch ihr Vorgehen die rumänischen Interessen verletzt bzw. ihre Feindseligkeiten gegenüber dem rumänischen Volk und Land öffentlich zum Ausdruck gebracht haben." 2)

Die Welle von Verfolgungen setzte ein.

Am 31. 3. 1942 fand in Jassy ein Prozeß gegen 15 ukrainische Nationalisten statt, die gemeinsam zu 100 Jahren Gefängnis verurteilt wurden. 3)

Auf Grund des deutsch-rumänischen Vertrages vom 19. 8. 1941 wurde ein Teil des ukrainischen Gebietes nördlich des Dnjestr an Rumänien angeschlossen.

1) "Ukraïnskyj Visnyk" vom 31. 8. 1941

2) Ebenda, vom 5. 10. 1941

3) Lev Šankowskyj: "Nimečka polityka v Ukraini" in "Kyiv" Nr. 3/1954

Am 21. 10. 1941 wurde durch ein Dekret des rumänischen Staatsführers Marschall Antonescu, Odessa dem rumänischen Verwaltungsgebiet jenseits des Dnjestr einverleibt, das den Namen "Transnistrien" erhielt. Gleichzeitig wurde Odessa zur Hauptstadt dieses Gebietes erklärt.¹⁾ Die Leitung der Verwaltung von "Transnistrien" hat Prof. Oleksianu übernommen. Der "Ukrainskyj Visnyk" hat dazu sehr scharf Stellung genommen und seine Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß die ukrainischen Gebiete nicht länger als bis Kriegsende vom ukrainischen Mutterland getrennt sein würden.

Über das weitere Schicksal der ukrainischen Aufständischen aus der Bukowina wird in weiteren Bänden berichtet. Hier muß nur noch zusammenfassend festgestellt werden, daß schon in den ersten Tagen des deutsch-sowjetischen Krieges in drei verschiedenen Teilen der Ukraine starke, der ukrainischen Eigenstaatlichkeit verbundene Aufstände entbrannten. Die Kräfte, die daran beteiligt waren, gingen in die Tausende. Sie hätten leicht in Hunderttausende verwandelt werden können, falls ihnen von der deutschen Seite Entgegenkommen und Hilfe zuteil geworden wäre. Die hoffnungsvolle Entwicklung, die sich so spontan anbahnte, wurde einerseits von den Deutschen im Keim erstickt, andererseits in Partisanentätigkeit verwandelt. Die erste große Chance, mit Hilfe des ukrainischen Volkes den Sieg über Moskau zu erzielen, wurde somit versäumt.

6) Ukrainer und Litauer wenden die gleiche politische Strategie an

Die Ereignisse in Lemberg am 30. Juni 1941 waren fast eine Wiederholung dessen, was einige Tage vorher, am 13. Juni 1941, in Litauen geschah. Auch dort hatte - ohne irgendwelche vorherige Verständigung - die litauische revolutionäre Organisation ANF (Front der Litauischen Aktivisten) unter Führung von Oberst Kasys Škirpa (dem letzten litauischen Gesandten in Berlin) eine litauische nationale Regierung gebildet und die Übernahme der Staatsgewalt proklamiert. Zum Regierungschef wurde Kasys Škirpa und zu seinem Stellvertreter Prof. Juosas Ambrasevicius berufen.²⁾

1) Archiv der Gegenwart 1941, S. 5239

2) Lev Šankovskij: "Ukraina v planach nimciv" in "Kyiv" Nr. 1/1954

Das Schicksal dieser Regierung war das gleiche, wie das der ukrainischen. R. Škirpa wurde in Berlin unter Hausarrest gehalten und ihm jegliche politische Tätigkeit verboten. Die Macht im Lande übernahmen die Deutschen.

Obwohl die eine wie die andere Regierung nur wenige Tage bestanden hatte, führten sie in beiden Völkern eine Politik, die grundsätzlich von der der anderen Völker der Sowjetunion verschieden war. Nur die Ukrainer und die Litauer stützten sich in den folgenden Kriegsjahren hauptsächlich auf eigene nationale - weder von Moskau noch Berlin abhängige - aufständische Streitkräfte. Alle übrigen Völker - darunter auch Kaukasier und Russen - entschlossen sich für die sog. legionäre Politik, d. h. sie bildeten militärische Einheiten (Legionen) innerhalb der deutschen Wehrmacht und setzten alle ihre Hoffnungen auf den Sieg Deutschlands über die Sowjetunion. Kosaken, Turkestaner, Kaukasier, Krim-Tataren, Weißruthenen, Letten, Esten, standen Seite an Seite mit Deutschland in der Hoffnung, daß es seine auf die Vernichtung jener Völker gerichtete Politik unter dem Eindruck der Rückschläge an der Front und unter dem Eindruck der anti-sowjetischen Haltung dieser Völker, doch zu ihren Gunsten ändern würde. Demzufolge entstanden aus den Reihen der Völker der Sowjetunion innerhalb der deutschen Wehrmacht unzählige Einheiten in Stärke bis zu einer Million, unter denen jedoch nur verhältnismäßig wenig ukrainische und litauische Einheiten (abgesehen von der SS-Division "Galizien") vertreten waren. Die Ukrainer betrieben im großen und ganzen eine selbständige Politik, die bestrebt war, die Unabhängigkeit sowohl von Moskau als auch von Berlin zu wahren. Dabei wurde jedoch als Hauptfeind allein die Sowjetunion angesehen.

- - -

Es ist interessant festzustellen, daß auch Polen im Jahre 1944 dieselbe Taktik anwandte, als es im Westen unter dem deutschen und im Osten unter dem russischen Druck stand. Der einzige Unterschied bestand darin, daß Polen im Jahre 1944 die Sowjetunion als ihren potentiellen Verbündeten betrachtete.¹⁾

1) Die Instruktionen, die die polnische Regierung in London der polnischen Untergrundbewegung in Polen erteilte, sind fast identisch mit denen der OUN-R vom Jahre 1941 (s. Seite 136). Sie lauteten: "Die Landesbehörden und die bewaffneten Streitkräfte im Lande geben den Vertretern der Verwaltung (natürlich Untergrundverwaltung [Verf.]) die Anweisung (zusammen mit den Kommandanten der örtlichen Militäreinheiten) den einrückenden sowjetischen Soldaten mit folgender Erklärung zu begegnen: "Gemäß

Der Aufstand in Warschau im August 1944 kam aus genau denselben Gründen zum Ausbruch wie der Aufstandsversuch und die Regierungsbildung in Lemberg im Juni 1941. Durch ihren politischen Akt hatten die Ukrainer Deutschland vor die vollendeten Tatsachen stellen wollen, das jetzt auch die Polen durch ihren Aufstand bei der Sowjetunion bezweckten.

Auch der Schlußeffekt war derselbe. Die Deutschen hatten den ukrainischen politischen Willen mißachtet, die Russen ignorierten jetzt den polnischen; die Ukrainer hatten daraufhin den Deutschen den Kampf angesagt, die Polen erklärten ihn jetzt den Russen.¹⁾

dem Befehl der Rzecz-Pospolita Polska melde ich mich bei Ihnen in der Eigenschaft des Vertreters der polnischen Staatsverwaltung (oder als Kommandant der militärischen Einheit usw.) mit dem Vorschlag, die militärischen Operationen mit den in das polnische Territorium einrückenden sowjetischen Streitkräften abzustimmen."...

Die Instruktionen besagen weiter: "Dabei ist hinzuzufügen, daß die Einheiten der Armia Krajowa, die bereits existieren, wie auch die, die erst aufgestellt werden, einen Teil der Wehrmacht des polnischen Staates bilden und der polnischen Regierung, dem polnischen Oberbefehlshaber und den Kommandanten der Armia Krajowa unterstellt sind."

(W. Anders: "Bez Ostatniego Rozdziału")

1) Es besteht noch eine zweite auffällende Analogie:

Der nationalsozialistische Sicherheitsdienst hat zweieinhalb Monate nach den Ereignissen in Lemberg Hunderte von OUN-R-Mitgliedern verhaftet, mit dem Ziel, eine weitere Entwicklung der ukrainischen Revolution zu verhindern. Dasselbe tat auch die MWD mit der Führung der polnischen Untergrundbewegung. Ende Februar 1945 lud General Ivanov (aus dem Kommando der weißruthenischen Front) 16 Vertreter der polnischen Untergrundbewegung zu sich ein unter dem Vorwand, über die Zusammenarbeit zu verhandeln. Sie wurden alle verhaftet und später in einem Prozeß in Moskau zu langjährigen Gefängnisstrafen wegen Wühlarbeit gegen die Rote Armee verurteilt.

7) Der Ukrainische National-Rat in Lemberg - die ukrainische Mitte zwischen der OUN-R und dem Ukrainischen Hauptausschuß

Während die ukrainische Regierung an der Ausübung ihrer Tätigkeit verhindert wurde und die OUN-R sich in die Illegalität zurückziehen mußte, versuchte der Ukrainische National-Rat, die Lage zu meistern. Wie schon früher erwähnt, trug er bei seiner Gründung durch die prominentesten Vertreter der Hauptstadt der Westukraine am 6. Juli 1941 den Namen "Ukrainischer Senioren-Rat."¹⁾ (Er änderte ihn erst am 30. 7. 1941. Der Einfachheit halber werden wir uns nur der Bezeichnung "Nationalrat" bedienen.) Dieser Rat, der anfänglich als ein revolutionäres Parlament gedacht war, sollte nach der Regierungsverhaftung noch fast acht Monate lang den ukrainischen politischen Willen repräsentieren. In ihm waren Persönlichkeiten mit verschiedenen Ansichten und verschiedener politischer Vergangenheit vertreten, so daß er in der Beurteilung der Lage nicht einheitlich war. Charakteristisch an ihm war, daß er auch nach der Verhaftung der Regierungsmitglieder - ähnlich wie die OUN - an einen Ausgleich mit den Deutschen dachte. In diesem Punkt bestand der grundsätzliche Unterschied zwischen dem Rat und der OUN-R.

Am 9. Juli 1941 wurde Dr. Kost' Levyckyj, der ehemalige Ministerpräsident der ukrainischen Regierung des Jahres 1918, zum Präsidenten des Rates ernannt. Seine Stellvertreter waren: Monsignore Prof. Dr. Juljan Dzerovyč und Prof. Dr. Luka Turčyn. Zum Sekretär wurde Prof. Jaroslav Bilcfkyj ernannt.

Unmittelbar nach der Verhaftung der Regierungsmitglieder setzte sich der Nationalrat mit Prof. Dr. Hans Koch in Verbindung und versuchte, die Haltung der Deutschen zu klären.

Hans Koch handelte gemäß den Plänen von Alfred Rosenberg, nach denen erst nach dem Kriege an eine Bildung des ukrainischen Staates gedacht war. Daher ist es verständlich, daß er die Bildung der ukrainischen Regierung in Lemberg als eine Handlung gegen die Rosenbergschen Pläne betrachtete. Angesichts der neuen Lage mußte er zwecks Beratung eine Reise nach Berlin unternehmen.

1) Die personelle Zusammensetzung des Rates siehe im Anhang, Seite 279

Als Hans Koch am 9. Juli wieder nach Lemberg kam, empfing er die Delegation des Ukrainischen Nationalrates.¹⁾

Laut Protokoll des Rates erklärte er der Delegation, daß Rosenberg und das Oberkommando der Wehrmacht auf dem Standpunkt der ukrainischen Eigenstaatlichkeit stünden. Er sagte: "Zu gegebener Zeit wird der ukrainische Staat auf einem größeren Territorium entstehen, als Sie sich das selbst vorgestellt haben." Im einzelnen erklärte Hans Koch:

1. 'An die Bildung des ukrainischen Staates kann nicht gedacht werden, solange Kiev, die Hauptstadt der Ukraine, in bolschewistischem Besitz ist.
 2. Deutschland erkennt die ohne seine Mitwirkung zustandegekommene ukrainische Regierung und die OUN nicht an.
 3. Von der Bildung einer ukrainischen Wehrmacht kann z. Zt. keine Rede sein. Daran kann man erst nach der Eroberung Kievs denken. Dagegen kann eine ukrainische Miliz unter der Führung der ehemaligen ukrainisch-österreichischen und der ukrainisch-polnischen Offiziere gebildet werden.
 4. Es darf ein ukrainisches Zentralorgan gebildet werden, dessen Benennung noch nicht festgelegt sei, die aber z. B. "Vertrauensrat" sein könnte. Der Vertrauensrat darf nicht nach parteipolitischen Grundsätzen aufgebaut werden, vielmehr sollen in ihm Persönlichkeiten als solche und die einzelnen ukrainischen Gebiete vertreten werden. Der Distrikt Stanislaw wird vorerst unter ungarischer und der Distrikt von Černovic unter rumänischer Besetzung bleiben. Wenn ungarische und rumänische Truppen diese Distrikte geräumt haben, sind auch ihre Vertreter im Vertrauensrat einzusetzen. (Der Distrikt Stanislaw wurde Mitte August von Gouverneur Lasch unter deutsche Verwaltung genommen).
- Selbstverständlich muß im Vertrauensrat Metropolit Šeptyckyj mitwirken. Einige Sitze sollen auch für die "jungen Leute aus der OUN" (gemeint war die OUN-R), die in der letzten Zeit sehr viel geleistet haben, reserviert werden.
5. Die west-ukrainischen Distrikte Lemberg, Drohobyč, Stanislaw, Ternopol, Rivne, Luck) müssen vorläufig in eine administrative Einheit zusammengefaßt

1) Protokolle des Senioren-Rates in Lemberg.

Archiv der Auslandsverbände der OUN in London.

werden, bis der ukrainische Staat gebildet worden ist. Die west-ukrainischen Gebiete werden als vorläufiger Lebensraum für die befreite ukrainische Nation betrachtet.

6. An der Spitze der Distrikte werden deutsche Kommissare stehen.
7. Auf den west-ukrainischen Gebieten wird die österreichische Gesetzgebung mit polnischen Novellen eingeführt, vorausgesetzt, daß diese Novellen den ukrainischen Interessen nicht entgegengesetzt sind.
8. Die Gerüchte über den Anschluß Galiziens an das Generalgouvernement sind als gewöhnliche Provokation anzusehen.
9. Das Privateigentum soll wieder eingeführt werden. Eine Ausnahme wird nur dort gemacht, wo dies den ukrainischen Interessen schaden könnte, z. B. im Fall des polnischen Großgrundbesitzes.
10. Das Schulwesen werden sich die Ukrainer so einrichten, wie sie es selbst für richtig halten. Die wissenschaftliche Ševčenko-Gesellschaft kann als Filiale der Ukrainischen Akademie der Wissenschaften in Kiev ihre Tätigkeit wieder aufnehmen.
11. Alle ukrainischen Organisationen, die vor der bolschewistischen Besetzung existiert haben, können ihre Tätigkeit wieder aufnehmen. Aus der bolschewistischen Zeit können nur solche Organisationen belassen werden, die das Ziel haben, die Produktion zu erfassen.
12. In Zukunft können ukrainische Angelegenheiten nur in Übereinstimmung mit ihm (Hans Koch) geregelt werden."

Diese höchstbedeutsame Erklärung gegenüber den ukrainischen Vertretern kann als ein Beweis dafür gewertet werden, daß Rosenberg damals noch entschlossen war, sein ukrainisches Programm durchzuführen. Er ahnte nicht, daß schon zwei Wochen später auch dieser Versuch, mit den Ukrainern politisch in Kontakt zu kommen, einer extremistischen Lösung Hitlers weichen müssen.

Einstweilen beruhigten jedoch die Mitteilungen von Hans Koch den Ukrainischen Nationalrat und erweckten in ihm Hoffnungen auf eine gerechte Lösung der ukrainischen Frage. Er glaubte jetzt eine offizielle Bestätigung erhalten zu haben, daß die deutsche Politik doch auf dem Boden der ukrainischen Eigenstaatlichkeit stehe. Die Beseitigung der ukrainischen Regierung schien nun eine nur zeitbedingte Maßnahme, die nicht so sehr aus grundsätzlichen, sondern vielmehr aus taktischen Gründen getroffen worden war. Folglich fühlte sich der

Nationalrat als vorläufig offiziell anerkannte Institution und Träger der ukrainischen staatlichen Souveränität, die nach dem Kriegsende, bzw. noch während des Krieges, voll zur Geltung kommen sollte.

Es herrschte zwar starke Skepsis gegenüber der Erklärung von Hans Koch, aber sie trug den ukrainischen Interessen Rechnung und der Nationalrat bemühte sich deshalb, sie so viel wie möglich auszunutzen.

Noch am gleichen Tage wurde eine Tagung des Rates anberaumt und die Frage der Bildung des in Aussicht gestellten Vertrauensrates besprochen. Man einigte sich auf dieser Tagung, an Stelle von "Vertrauensrat" die Bezeichnung "Ukrainfka Samoupravna Rada" (Ukrainischer Selbstverwaltungsrat) einzusetzen.¹⁾

Bereits vier Tage später (am 14. Juli) war der Nationalrat mit der Bearbeitung dieser Frage fertig und unterbreitete seinen Vorschlag über den Selbstverwaltungsrat und der personellen Besetzung seiner Ressorts Hans Koch. Dieser bat jedoch um nochmalige Überprüfung des Planes indem er vorschlug, den Namen des Rates in "Hilfsausschuß" oder "Hilfskomitee" zu ändern und bei der Besetzung der einzelnen Ressorts auch die Leute aus der OUN-R zu berücksichtigen.

Am 16. Juli 1941 stattete das Präsidium des Nationalrates Hans Koch zum dritten Male einen Besuch ab. Es gelang aber nicht, die konkreten Fragen ihrer Lösung näherzubringen. Der deutsche Politiker war diesmal offenbar nach Erhalt neuer, retardierender Instruktionen aus Berlin in bezug auf die Verwirklichung seines Planes weniger zuversichtlich, als am 10.7.

1) Es wurden vorgeschlagen:

1. Präsident des Rates ohne Ressort - Juljan Pavlykovskyj.
2. Verwaltung, Wirtschaft und Ernährung - Andrij Mudryk.
3. Finanzen - Bohdan Kozubskyj.
4. Justiz - Bohdan Ozerovyč.
5. Kultus und Aufklärung - Jaroslav Bilefkyj.
6. Landwirtschaft - Volodymyr Lysyj.
7. Handel und Industrie - Vasyl Ryževskyj.
8. Sozialfragen - Roman Dmochovskyj.

Sein Wunsch, die OUN-R-Leute im Vertrauensrat vertreten zu sehen, wurde aufrecht erhalten.

Indes entbrannte innerhalb des Nationalrates ein heftiger Kampf zwischen seiner Mehrheit und den OUN-R-Vertretern Mag. Lev Rebet und Dr. Bohdan Kordjuk um die Frage, ob der deutsche Vorschlag zur Bildung eines Vertrauensrates akzeptiert oder abgelehnt werden sollte. Schon am 10. Juli erklärten die beiden OUN-R-Sprecher, daß sie die Bildung des Selbstverwaltungsrates für anzeitgemäß hielten, da die ukrainische Regierung noch weiter bestünde und es somit nicht angebracht wäre, der weiteren Entwicklung auf diesem Gebiet durch Minimallösungen vorzugreifen.

Die Debatte um diese Frage ging tagelang weiter. Sie spitzte sich noch zu, da die politische Praxis in der ganzen Ukraine weit von dem Bild entfernt war, das Hans Koch am 10. Juli gegeben hatte. Die deutsche Besatzungsmacht nahm die Leitung des gesamten Lebens des Landes in ihre Hände, ohne dabei Notiz von dem Vorhandensein des Nationalrates zu nehmen. In dieser Lage entschloß er sich, sich mit einem Aufruf an die ukrainische Öffentlichkeit zu wenden, um sich ein größeres Gewicht zu verleihen. Der Aufruf wurde auf der Sitzung am 16. 7. beschlossen, an die Presse verschickt, aber von der deutschen Zensur verboten.¹⁾

Heute kann dieses Dokument als Illustration dafür dienen, in welcher Lage der politischen Unsicherheit und Unentschlossenheit sich der ukrainische Nationalrat in jenen Tagen befand. Einerseits war in dem Aufruf die Rede davon, daß er die Traditionen der höchsten ukrainischen Befreiungsorgane aus dem letzten Jahrhundert verkörpere, andererseits aber schreckte er davor zurück, daraus die Konsequenzen zu ziehen und sich eindeutig als das höchste politische Organ des Landes zu bezeichnen.

Die OUN-R kritisierte diese politische Haltung des Rates. Besonders verwarf sie seine Tendenz, sich nur in eine westukrainische Representation zu verwandeln. Die OUN-R beantwortete den Aufruf mit einem Schreiben²⁾, in welchem sich eine tiefe Kluft zwischen den Auffassungen der Mehrheit des Nationalrates einerseits und der OUN-R andererseits offenbarte. Die OUN-R setzte sich für zwei Ziele ein:

1) Wortlaut des Aufrufes, siehe Anhang, Seite 281

2) Wortlaut im Anhang, Seite 283

1. Für die Aufrechterhaltung des Nationalrates als Repräsentanten der ukrainischen Souveränität und
2. stellte sie sich gegen die Schmälerung ihres Einflusses im Nationalrat (was von der Mehrheit desselben angestrebt wurde).

9) Der Anschluß des ukrainischen Galizien an das Generalgouvernement

Die Hoffnungen des Nationalrates, daß sich die politische Lage der Ukraine, gemäß der Erklärung von Hans Koch, zu Gunsten der Ukraine wenden würde, wurden am 22. Juli 1941 jäh zerstört. Es waren kaum zwölf Tage verstrichen, seit der deutsche Repräsentant die Gerüchte über den Anschluß Galiziens an das Generalgouvernement als Provokation bezeichnet hatte, als sie sich für alle Ukrainer als eine schmerzliche Tatsache erwies.¹⁾

Am 22. Juli 1941 erhielt der Nationalrat von Prof. Volodymyr Kubijovyč die Nachricht, daß Galizien aus der ukrainischen ethnographischen Einheit herausgeschnitten und an das Generalgouvernement (Polen) angegliedert werden würde. Diese Nachricht bestätigte auch Hans Koch. Er begab sich sofort nach Berlin, um die plötzliche Wendung in der mit Rosenberg abgestimmten Politik zu klären; er stimmte seine Reise mit Feldmarschall von Rundstedt ab, der ebenfalls durch die getroffene Entscheidung überrascht war.¹⁾

Schon auf der Reise erfuhr Hans Koch, daß seine Fahrt nach Berlin keinen Zweck mehr habe, da die Entscheidung über den Anschluß Galiziens an das Generalgouvernement von Hitler selbst getroffen und dem Generalgouverneur Hans Frank bereits mitgeteilt worden war. Darauf unterbrach Hans Koch seine Fahrt in Krakau und hatte dort eine längere Unterredung mit Generalgouverneur Hans Frank. Dabei konnte er nur noch dem Gouverneur die Versicherung abringen, daß die Ukrainer würdig behandelt werden würden und ihnen eine Art von Autonomie im Rahmen des Generalgouvernements gewährt werden würde. Diese Zusage wurde aber nicht eingehalten.

Als sich die Nachricht von dem Anschluß Galiziens an das Generalgouvernement bestätigte, richtete der Nationalrat ein Protesttelegramm an Alfred Rosenberg und von Ribbentrop:

1) Vortrag von Hans Koch vor ukrainischem Publikum in München, Februar 1953.

"Der Ukrainische Nationalrat zu Lemberg ist als die höchste Vertretung der ganzen ukrainischen Bevölkerung des westukrainischen Territoriums durch die Gerüchte, daß das ukrainische Galizien, das sog. Ostgalizien, an das Generalgouvernement angeschlossen werden soll, höchst beunruhigt. Falls diese Gerüchte verwirklicht werden sollten, würde das einen schrecklichen Schlag für die ukrainische Nation bedeuten und könnte zu einem großen Schaden für das deutsche Volk werden. Es wäre ein unersetzlicher Verlust, wenn die herzlichsten Sympathien und das volle Vertrauen des ukrainischen Volkes zur deutschen Wehrmacht und zur deutschen Regierung dadurch zerstört würden. Die Ost-Ukraine ohne Galizien würde früher oder später zu einem Opfer Moskaus werden, da das ganze ukrainische Volk sich diesen Schritt damit erklären müßte, daß Deutschland den polnischen Staat auf Kosten der Ukraine wiedererrichten wolle. Das ukrainische Volk würde seinen Glauben an die gerechte Neuordnung Europas verlieren.

Das ukrainische Volk, das die polnische Unterdrückung und den schrecklichen bolschewistischen Terror bekämpfte, ist an große Opfer für seine nationalen Ideale gewöhnt und könnte auch jetzt auf einen solchen Schritt Deutschlands in einer Art reagieren, für die der Ukrainische Nationalrat keine Verantwortung übernehmen könnte. Der einzige richtige Ausweg, der die gerechten ukrainischen Forderungen erfüllen könnte und den wirklichen Interessen Großdeutschlands entsprechen würde, ist die Anerkennung des selbständigen und geeinten ukrainischen Staates." 1)

Das Telegramm wurde von allen Mitgliedern des Nationalrates unterschrieben. Außerdem sandten Metropolit A. Šeptyckyj, A. Melnyk und J. Stečko gesondert Protesttelegramme ab.

Andrij Melnyk schrieb:

"Die ukrainischen Nationalisten, die sich schon seit langem mit Wort und Tat für die deutsch-ukrainische Zusammenarbeit eingesetzt haben, lehnen mit Empörung die Gerüchte ab, wonach in nächster Zukunft die West-Ukraine an das Generalgouvernement angeschlossen werden soll. Ein solcher Plan widerspricht dem Lebensinteresse des ukrainischen Volkes. Er bedeutet eine weitere historische Ungerechtigkeit gegenüber

1) Protokoly narad Rady senioriv i Ukrainškoj Nacional'noj Rady (lypen-veresen 1941) Heft 1.

dem ukrainischen Volke und läßt die große Initiative des Führers bezweifeln, der für die gerechte Neuordnung Europas auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker kämpft. Wir hoffen, daß es die Weitsicht Eurer Excellenz zu verhindern wissen wird, daß ein solcher Plan der Teilung der Ukraine zur Verwirklichung gelangt.¹⁾ Die Herzen aller Ukrainer schlagen für Kiev, nicht für Krakau."

Hans Koch traf erst am 26. 7. 1941 wieder in Lemberg ein. Hier empfing er sofort das Präsidium des Nationalrates. Im Protokoll lesen wir darüber:

"Prof. Koch ist aus Krakau zurückgekehrt, wo er in der ukrainischen Angelegenheit ein Gespräch mit Generalgouverneur Hans Frank führte, das mit einem ungünstigen Resultat endete. Es hat ergeben, daß Galizien an das Generalgouvernement unter der Bezeichnung "Land Galizien" angeschlossen wird. Es wird in zwei Distrikte aufgeteilt (Lemberg und Stanislaw). Der Grund eines solchen Entschlusses des Führers resultiert aus dem persönlichen Wunsch des Generalgouverneurs Hans Frank, aus dem Wunsch eines Verbündeten Deutschlands und aus der Notwendigkeit, die Einheitlichkeit im Eisenbahnnetz aufrechtzuerhalten. An der Spitze des Landes wird Dr. Lasch stehen, der in zwei bis drei Tagen in Lemberg eintrifft und begrüßt werden soll. In zwei Wochen wird Hans Frank selbst nach Lemberg kommen und in nächster Zukunft teilweise hier und teilweise in Krakau seinen Sitz haben. Hans Koch versuchte Hans Frank zu überzeugen, daß eine solche Entscheidung für die Ukrainer wie ein Erdbeben sei und sie, obwohl Hitler herzlich ergeben, diesen Erlaß des Führers nicht mit Begeisterung aufnehmen werden.

Die Distrikte werden auf Kreise, Rayons und Gemeinden aufgeteilt. Der Gouverneur des Landes Galizien wird gleichzeitig Stellvertreter des Generalgouverneurs Hans Frank sein. An der Spitze der Kreise werden deutsche Kommissare stehen. Im Lande wird die polnische Währung eingeführt. Auf den Banknoten werden auch ukrainische Aufdrucke geführt.

Das Schulwesen werden die Ukrainer nach ihrem Belieben gestalten. Die unierte Kirche wird als Nationalkirche betrachtet. Gerichte werden ukrainisch sein. Prof. Hans Koch gibt seine bisherige Stellung auf und übernimmt einen neuen Posten in Kiev. Seinen Posten wird

1) Mstyslaveč: "Pid čužymy praporamy", S. 72

Oberst Bisanz übernehmen. Von einer ukrainischen Wehrmacht kann überhaupt nicht die Rede sein. Falls die OUN- (gemeint waren die beiden Flügel) die nicht anerkannt wird, oder überhaupt Ukrainer eine negative Haltung gegenüber diesem Entschluß einnehmen, könnte dies schwere Folgen nach sich ziehen." 1)

9) Die politische Auseinandersetzung im Nationalrat

Der Entschluß Hitlers, Galizien an das Generalgouvernement anzuschließen, löste im Nationalrat eine heftige Auseinandersetzung aus. Der Unterschied in der Beurteilung der Lage zwischen den Delegierten der OUN-R und der Mehrheit des Rates wurde immer deutlicher. Während es die Mehrheit, auch angesichts der offensichtlichen deutschen antiukrainischen Politik, nicht für angebracht hielt, in der gegebenen internationalen Lage einen offenen Konflikt mit den Deutschen zu riskieren, vertrat die OUN-R die Auffassung, daß seitens der Ukrainer eine aktive Reaktion erfolgen müsse. Am 20. Juli 1941 verbreitete sie die ersten Flugblätter gegen die deutsche Besatzungsmacht. Am 26. 7. wurden unter ihren Mitgliedern die ersten Verhaftungen vorgenommen, u. a. das Mitglied der Führung der OUN-R, S. Lenkavskyj.

Über die Lage in Galizien und darüber hinaus in der ganzen eroberten Ukraine berichtete die deutsche Polizei nach Berlin:

"Die Bandera-Gruppe tritt mit einem mit OUN unterschriebenen Brief an die Geheime Staatspolizei in Lemberg erneut für politische Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Ukraine ein.

In dem Brief wird erklärt, daß Hitler die Ukraine betrogen habe und daß Amerika, England, Rußland eine selbständige Ukraine vom San bis zum Schwarzen Meer erstehen lassen würden. In dem Brief wird weiterhin an dem für Deutschland siegreichen Ausgang des Krieges gezweifelt und erklärt, daß Deutschland ohne Ukrainer den Krieg nicht gewinnen könne.

Außerdem wird Entlassung der verhafteten Ukrainer gefordert." 2)

Auch in der Ostukraine trat die OUN-R gegen die deutsche Politik auf:

1) Protokolle des Senioren-Rates, a. a. O.

2) Ollendorf - Prozeß, Doc. Nr. 4134, Berlin 1941

"In Shitomir, Kremenschuk und Stalino konnte eine Anzahl Bandera-Anhänger festgenommen werden, die versucht hatten, die Bevölkerung für eine politische Unabhängigkeit der Ukraine zu gewinnen. Dabei wurde festgestellt, daß die Bandengruppen ihre Mitglieder und für die Bewegung arbeitende Juden mit falschen Pässen versahen. Der Sicherheitspolizei und dem SD sind Bestrebungen bekannt geworden, die auf eine Zusammenfassung der ukrainischen Jugend zu besonderen Zirkeln hinzielen. Die Jugendvereinigung führt den Namen "Sitsch", der ursprünglich einen befestigten Sitz des Hetmans auf einer Dnjeprinsel und die Ratsversammlung der Kosakengemeinschaft bezeichnen sollte. Der Name wurde später zum geheiligten Inbegriff einer Gemeinschaft von Freiheitskämpfern."

Aus Nikolajew wurde berichtet:

"Tätigkeit Banderaanhänger weiterhin beobachtet. Erneute Einsätze besonders in Nikolajew, führten zu weiteren Festnahmen und zur Sicherstellung wichtigen Materials. U. a. wurde umfangreicher Plan über Organisationsmaßnahmen der Banderagruppe erfaßt. Plan enthält Gliederung derjenigen der Organisation über Staniza, als niedrigste Einheit. Unter-Rayons über Rayons und Gebiet. Ferner Angaben über Aufgaben, Anordnung von Decknamen, Propaganda usw. In Cherson führen Fahndungen in nächsten Tagen zu weiteren Festnahmen. Allgemein ist nach Aussagen von V-Männern festzustellen, daß Propaganda der Banderaanhänger sich auf die Bevölkerung einzelner Orte insofern auswirkt, daß bisheriger Arbeitstriebe erlahmt und vereinzelt große Unzufriedenheit mit Maßnahmen der LA-Führer auftreten. Nach Besprechung mit IC AO hat AOK an unterstellte Einheiten Rundschreiben gegeben, wonach Banderatätigkeit zu unterbinden ist und Anhänger genau so behandelt werden wie von hier." 1)

Die Mehrheit des Nationalrates warnte die OUN-R vor schweren Repressalien seitens der deutschen Besatzungsmacht; aus Besorgnis um den Ausgang eines ungleichen Kampfes bemühte sie sich unablässig, die OUN-R von einem offenen Bruch mit Deutschland abzubringen.

Einige Stimmen aus der Debatte des Nationalrates werden dies veranschaulichen: Auf der Sitzung vom 19. 7. 1941 sagte Prof. Luka Tu r c y n :

1) Ollendorf-Prozeß, Doc. No. 4134, Berlin 1941.

"Die Lage des Nationalrates ist sehr schwierig, weil die OUN (OUN-R-Verfasser) und die deutschen Vertreter gegen ihn gleichzeitig auftreten."

P. Zajačkivskyj:

"Deutschland erkennt die OUN nicht an. Es weigert sich leider auch den Nationalrat anzuerkennen. Mit wem gedenkt es überhaupt zusammenzuarbeiten? Wir müssen alles daransetzen, daß es zu keinem Konflikt mit den Deutschen kommt. Wir müssen unsere Jugend davon überzeugen, daß es nicht angebracht ist, ohne Genehmigung in die Ost-Ukraine zu gehen, weil sich eine solche Aktion sowohl für Einzelpersonen wie auch für die ganze ukrainische Sache schädlich auswirken könnte. Wir müssen auf unsere Jugend erzieherischen Einfluß üben."

Zwei Tage später erklärte der Geistliche Dr. Havryil Kostelnyk auf der Sitzung vom 21. 7. :

"Die Anhänger der OUN unter der Führung von Andrij Melnyk behaupten, daß die Folgen der Politik der OUN-R sich schon in kürzester Zeit zeigen werden. Die Bandera-Anhänger - so sagen die Anhänger von Andrij Melnyk - bezeichnen in ihren Flugblättern die Deutschen als Okkupanten. Es muß vor dem einen und vor dem anderen aufs dringlichste gewarnt werden, sonst droht uns, daß wir in die Lage der Serben und Polen hinab sinken. Wir dürfen keine solche Taktik wie die Bandera-Anhänger anwenden. Wir dürfen aus unserer Politik kein Va Banque-Spiel machen, denn eine solche Politik kann das Volk blutige Opfer kosten. Wir, der Nationalrat, können zwar auch Fehler machen, aber nicht aus Unüberlegtheit."

Mir sind Informationen zugegangen, wonach der Aufruf des Nationalrates nur deshalb nicht in Zeitungen veröffentlicht werden konnte, weil wir uns mit den Bandera-Anhängern verbunden haben. Diese Zusammenarbeit nimmt uns alle Chancen, als politischer Faktor aufzutreten."

Der Rektor der Griechisch-Katholischen Theologischen Akademie und spätere Erzbischof Dr. Josef Slipyj verlangte, den Deutschen zu erklären, daß die zuletzt getriebene antideutsche Propaganda kein Werk der Ukrainer und auch nicht der Bandera-Anhänger gewesen sei. "Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß eine solche Propaganda schreckliche Folgen nach sich ziehen

kann."

Dr. Kost' Levyčkyj forderte die Bandera-Anhänger auf, den Deutschen klarzumachen, daß die zuletzt verbreiteten antideutschen Flugblätter nicht von ihnen herausgegeben worden seien.¹⁾

Die Debatten führten zu keinem Ergebnis. Als es am 27. 7. klar wurde, daß der Nationalrat außer Protesten nichts gegen den Anschluß Galiziens an das Generalgouvernement unternehmen würde, gaben die OUN-R-Vertreter die Erklärung ab, daß ihre Organisation sich aus dem Rat zurückziehe:

"Die OUN-R hat volles Verständnis für die Pläne des Nationalrates und für die Schwierigkeiten, mit welchen ihre Verwirklichung verbunden ist. Sie fürchtet jedoch die immer stärker werdenden Differenzen zwischen ihr und dem Nationalrat und sieht für sich keinen Platz mehr im Rat. Die politischen Richtlinien der OUN-R sind klar und gradlinig, während der Nationalrat seine Politik immer den Verhältnissen anpassen will und damit zur Verneinung der ukrainischen Eigenstaatlichkeit gelangen kann.

Trotz alldem wird die OUN-R die Arbeit des Nationalrates immer dann unterstützen, wenn in ihr ein Nutzen für die Nation zu erblicken ist. Wir gehen zwar auch mit den Deutschen zusammen, aber wir setzen uns für den ukrainischen Staat ein; für uns ist der Gedanke an den Anschluß Galiziens an das Generalgouvernement, d. h. an Polen, unerträglich. Die Bildung des Nationalrates begrüßen wir, aber unsere Organisation kann darin nicht mitwirken. Den Mitgliedern der OUN-R steht es frei, in den Nationalrat einzutreten."²⁾

Von nun an nahmen die Mitglieder der OUN-R nur als Privatpersonen an den Beratungen des Ukrainischen Nationalrates teil.

Der Nationalrat schwankte auch nach dem Austritt der OUN-R zwischen verbalem Prinzipialismus und tatsächlicher Anpassung an die unerfreuliche Lage in der Ukraine. Bezeichnend für die tiefe Kluft, die sich zwischen den Äußerungen des Rates und der harten Wirklichkeit aufgetan hatte, war seine Resolution vom 26. 8., in der er seine Berufung und Position innerhalb des ukrainischen Volkes formulierte:

1) Protokoly... a. a. O.

2) Ebendort

"1. Der Ukrainische Nationalrat betrachtet sich als Repräsentant des nationalen Ideals, bis der ukrainische unabhängige geeinte Staat gebildet wird.

2. Indem der Nationalrat die einzige politische Repräsentation des ukrainischen Volkes in der West-Ukraine bildet, hat er außerdem die Aufgabe, die Verantwortung für die Hauptrichtlinien in kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Fragen der west-ukrainischen Gebiete zu übernehmen. Alle anderen ukrainischen Organisationen und Institutionen sind verpflichtet, ihre Tätigkeit mit den Richtlinien des Nationalrates abzustimmen.

3. Der Ukrainische Nationalrat paßt sich den Erfordernissen der Zeit und den Forderungen der Deutschen an, um dadurch den Wiederaufbau des geeinten ukrainischen Staates - der einmütige Wunsch aller Ukrainer, ungeachtet ihrer politischen Überzeugung - zu verwirklichen." 1)

Die weitere Tätigkeit des Rates litt unter diesem unnatürlichen Zwiespalt und schwankte zwischen einer prinzipiell nationalen Haltung und Opportunismus. Seine tatsächliche Rolle im Volke wurde auf ein Nichts reduziert. Am 30.7.41 wandte sich Hans Koch mit dem Ersuchen an den Nationalrat, seine Vertreter möchten an der feierlichen Begrüßung des Generalgouverneurs Frank in Lemberg teilnehmen. 2)

Der Nationalrat beschloß, dem Ersuchen Folge zu leisten aber - getreu seinem verbalen Prinzipialismus - bei dieser Gelegenheit nochmals zwei Forderungen zu stellen. In einem Memorandum verlangte er:

1. Wiederherstellung der ukrainischen Souveränität und
2. Vereinigung aller ukrainischen Gebiete in einer staatlichen Einheit. 3)

1) Protokoly... a. a. O.

2) Hans Frank wandte sich dort mit einer Proklamation an die Bevölkerung Galiziens; s. Anhang, Seite 349

3) Der Versuch, das Memorandum an Generalgouverneur Hans Frank zu übergeben, scheiterte an der Weigerung der zuständigen deutschen Behörden, es weiterzuleiten.

Zum Sprecher der Ukrainer war Prof. Jurij Polanskyj, der Präsident der Stadt Lemberg, bestimmt.

Er bereitete seine Rede schriftlich vor und legte sie dem Amt des Gouverneurs

Gleichzeitig mit Hans Frank traf am 1.8.1941 auch Dr. Lasch in Lemberg ein und übernahm dort das Amt des Gouverneurs des "Distriktes Galizien." ¹⁾

Bei dem feierlichen Festakt der Übergabe Galiziens an den Generalgouverneur waren u. a. anwesend: Der Befehlshaber der militärischen Streitkräfte im Generalgouvernement General von Ginant, der ungarische Feldmarschall von Szombathely, und der Oberbefehlshaber der slowakischen Armee, General Čatloš. Für die Delegation des Ukrainischen Nationalrates, die im Saal erschien, war kein Platz reserviert. ²⁾

Am 1. August 1941 wurde Hans Koch - auf Antrag des neuernannten Distriktschefs Lasch - strafweise von seinem Posten abberufen und an die Front vor Kiew versetzt. Mit dieser Abberufung riß jeglicher Kontakt der deutschen Behörden zum Ukrainischen Nationalrat ab.

Als eine Delegation des Rates am 7.8.1941 um eine Audienz beim Gouverneur Dr. Lasch ersuchte, wurde ihr erklärt, sie könne nicht empfangen werden, da der Ukrainische Nationalrat nicht anerkannt sei; der Gouverneur könne lediglich mit Dr. Kost' Pankivskyj als Vertreter von Dr. Kubijovyč verhandeln. Damit trat der Konkurrenzkampf mit dem Ukrainischen Hauptausschuß in Krakau in ein akutes Stadium. Von nun an führte der Nationalrat sein Bestehen nur noch am Rande der Legalität weiter.

10) Hitler deckt seine Ukraine-Pläne auf und ernennt Alfred Rosenberg zum Minister für die besetzten Ostgebiete

Fast zur gleichen Zeit als Hans Koch den Vertretern des Nationalrates in Lemberg die Wiederherstellung des ukrainischen Staates "auf einem größeren Territorium. Dort wurde sie jedoch im politischen Sinne grundsätzlich geändert, indem man Prof. Polanskyj Richtlinien für die Zugrundelegung seiner Rede erteilte

1) Erlaß des Führers über den Anschluß von Galizien siehe Anhang Seite 329

2) Hans Koch: Vortrag vor ukrainischem Publikum in München

torium als sich die Ukrainer selbst das vorgestellt haben" versprach, wurden im Führerhauptquartier (am 16. 7.) Richtlinien für die Vernichtung der Ukraine bekanntgegeben.

Diese Pläne wurden im Vertrauen auf den sicheren Sieg über die Sowjetunion geschmiedet. Das deutsche Heer war bereits 400 km tief in das ukrainische Gebiet bis in den Raum von Žitomir vorgestoßen. Die sowjetische Front war fast vollkommen zerschlagen. Das OKW gab am 17. Juli 1941 bekannt:¹⁾

"Durch Einsatz ihrer letzten Reserven versucht die Sowjetführung dem Ansturm der deutschen Wehrmacht und ihrer Verbündeten Halt zu gebieten. Auf der gesamten Ostfront ist ein gewaltiges Ringen um die Entscheidung im Gange. Rund neun Millionen Soldaten stehen sich hier in einem Kampf gegenüber, dessen Ausmaß alle geschichtlichen Vorstellungen übertrifft. Große Erfolge bahnen sich an. Auf dem Südflügel eroberten deutsche und rumänische Truppen Kischinew, die Hauptstadt Beßarabiens."

Fünf Tage später, am 22. Juli, meldete das Oberkommando:²⁾

"Die Durchbruchoperationen der deutschen Wehrmacht und ihrer Verbündeten haben die sowjetische Verteidigungsfront in zusammenhangslose Gruppen zerrissen. Trotz zähem örtlichem Widerstand und hartnäckig geführten Gegenangriffen läßt sich eine einheitliche Führung des Feindes nicht mehr erkennen. An der gesamten Ostfront schreiten die auf Zerschlagung und Vernichtung der einzelnen Kräftegruppen der Sowjetwehrmacht hinzielenden Operationen stetig fort."

Um dem Feinde keine Informationen durch eigene Berichte zu geben, machte das Oberkommando der Wehrmacht bis zum 6. August 1941 keine näheren Angaben über den Verlauf der Kämpfe. Erst am 6. August wurden die Ausmaße der Erfolge durch eine Sondermeldung im einzelnen bekanntgegeben. Darin hieß es:

"Wie aus zahlreichen Nachrichten hervorgeht, besitzt die sowjetische Führung kein zuverlässiges Bild von der Lage ihrer eigenen Front. Beim Festhalten am Grundsatz der unbedingten Wahrheit war für die deutsche Berichterstattung daher größte Zurückhaltung geboten, wenn sie dem

1) Archiv der Gegenwart vom 17. Juli 1941

2) Ebendort, vom 22. Juli 1941

Gegner nicht wertvolle Aufschlüsse geben wollte...

Auf dem Südflügel hatte die unter dem Oberbefehl des Generalfeldmarschalls von Rundstedt stehende Heeresgruppe von Anfang an besonders schwierige Gelände- und Witterungsverhältnisse und einen zahlenmäßig stark überlegenen Feind zu überwinden. In langwierigem schwerstem frontalem Ringen mußten die Armeen des Generals der Infanterie von Stülpnagel und des Generalfeldmarschalls von Reichenau, unterstützt durch die Panzergruppe des Obersten von Kleist, sich vorwärtskämpfen, bis es gelang, den Gegner zum Weichen zu bringen und einen Stoßkeil über Shtomir bis vor die Tore vor Kiew vorzutreiben. Mit diesem weit in den Rücken der Stalin-Linie führenden Durchbruch wurde es möglich, in breiter Front zwischen Dnjestr und Dnjepr nach Süden einzudrehen, die Rückzugsverbindungen des Feindes abzuschneiden und die Umfassungsschlacht einzuleiten, die zur Zeit in vollem Gange ist. In diesen für den Gegner überaus verlustreichen Kämpfen haben ungarische und slowakische Verbände, die in treuer Waffenbrüderschaft Schulter an Schulter mit der deutschen Wehrmacht standen, hervorragenden Anteil. Gleichzeitig mit dieser Operation haben die unter dem Oberbefehl des Generals Antonescu stehenden deutsch-rumänischen Verbände den stark verteidigten Pruth bezwungen und Beßarabien trotz heftigster Gegenwehr und ungangbarstem Gelände vom Feind befreit. . Danach wurde die aus deutschen und rumänischen Korps bestehende Armee des Generalobersten Ritter von Schobert über den mittleren Dnjestr nach Nordosten angesetzt, um die Verbindung mit den von Norden kommenden Kräften herzustellen. Die bisherige Zählung in diesem Kampfabschnitt ergibt mehr als 150.000 Gefangene, 1970 Panzerkampfwagen und 2190 Geschütze. Die Luftflotte des Generalobersten Löhr ist an dem erfolgreichen Verlauf dieser Operation hervorragend beteiligt. Sie hat hierbei 980 Flugzeuge der Sowjetluftwaffe abgeschossen oder am Boden vernichtet."

Auch die Sowjets gaben ihre schwere Lage zu. Am 22. Juli meldete das Oberkommando der Roten Armee:¹⁾

"Im West- und Südwestsektor sind die Fronten derart ineinandergeschoben, daß es oft nur unter Schwierigkeiten möglich ist, den ge-

1) Archiv der Gegenwart. 1941, S. 5133

nauen Stand der Kämpfe zu beobachten und zu beurteilen. Die Aussagen gefangener höherer deutscher Offiziere bestätigen, daß ein gleiches Bild der Unübersichtlichkeit auf deutscher Seite besteht. Für die Operationen der russischen Generalstäbe hängt alles davon ab, wie lange noch und mit welcher Kraft sich die starken, im Rücken der deutschen Panzervorhut operierenden russischen Armeen halten können. Hiervon hängt der Zeitgewinn ab, der unbedingt notwendig ist, um die neuen Frontlinien zu errichten..."

Hitler dachte sein Ziel erreicht zu haben. Er sah die Sowjetunion schon geschlagen. Um so weniger war er nach all diesen Erfolgen geneigt, den Wünschen der Völker der UdSSR nach Befreiung entgegenzukommen.

Sein Plan sah vor: ¹⁾

1. Der gesamte europäische Teil der Sowjetunion bleibt deutsches Kolonialgebiet.
2. Das Baltenland, die Halbinsel Krim mit ihrem großen Hinterland, die deutsche Wolga-Kolonie, das Gebiet um Baku und Baku selbst, die Halbinsel Kola, das ukrainische Galizien und schließlich das Gebiet Bialystok bleiben deutsches Reichsgebiet.
3. Besarabien, Odessa und das Gebiet in westlicher und nordwestlicher Richtung wird an Rumänien abgetreten.
4. Finnland wird zu einem deutschen Bundesstaat. Ihm soll Ostkarelien und Leningrad mit Umgebung angeschlossen werden.
5. Der Reichtum des ganzen sowjetischen Gebietes soll ausschließlich Deutschland zugute kommen. Alle Gedanken hinsichtlich der Ausnützung dieses Gebietes durch das übrige Europa müssen mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden.
6. Keinem Volk im Osten dürfen Waffen in die Hand gegeben werden. ²⁾

1) Protokoll Martin Bormanns über die Besprechung bei Hitler am 17. 7. 1941.
IMT-2-221

2) "... Die Bildung einer militärischen Macht westlich des Ural darf nie wieder in Frage kommen und wenn wir hundert Jahre darüber Krieg führen müßten. Alle Nachfolger des Führers müssen wissen: Die Sicherheit des Reiches ist nur dann gegeben, wenn westlich des Ural kein fremdes Militär existiert; den Schutz dieses Raumes vor allen eventuellen Gefahren übernimmt Deutsch-

- 7, Für die nächsten drei Jahre wird die Ukraine die wichtigste wirtschaftliche Rolle für Deutschland spielen, Aus ihr muß daher das Äußerste herausgeholt werden.
8. Die Tätigkeit der Kirchen darf nicht zugelassen werden.

Auf dem Gebiet der politischen Taktik für die nächste Zeit sah Hitler vor:

1. Deutschland deckt bis Kriegsende seine osteuropäischen Pläne nicht auf. Nach außen tritt es weiterhin als Befreier auf, aber dabei bindet es sich durch keinerlei Versprechen gegenüber den Völkern der Sowjetunion.
2. Trotz Geheimhaltung der Pläne muß die deutsche Besatzungspolitik aufs äußerste Strenge aufgebaut werden.¹⁾

"....Wir werden also wieder betonen, daß wir gezwungen waren, ein Gebiet zu besetzen, zu ordnen und zu sichern.... Es soll also nicht erkennbar sein, daß sich damit eine endgültige Regelung anbahnt. Alle notwendigen Maßnahmen - Erschießen, Aussiedeln etc. etc. - tun wir trotzdem und können wir trotzdem tun..."

land. Eiserner Grundsatz muß sein und bleiben: Nie darf erlaubt werden, daß ein anderer Waffen trägt, als der Deutsche.

Dies ist besonders wichtig, selbst wenn es zunächst leichter erscheint, irgendwelche fremden unterworfenen Völker zur Waffenhilfe heranzuziehen, ist es falsch! Es schlägt unbedingt und unweigerlich eines Tages gegen uns aus. Nur der Deutsche darf Waffen tragen, nicht der Slawe, nicht der Tscheche, nicht der Kosak oder der Ukrainer!

Keinesfalls dürfen wir eine Schaukelpolitik führen, wie dies vor 1918 im Elsaß geschah..."

1) Protokoll Martin Bormanns, a. a. O.

Zugleich entschied Hitler (entgegen dem Vorschlag von Rosenberg, siehe Seite 45) einzelne Reichskommissariate bzw. zum Reich gehörende Gebiete wie folgt zu besetzen:

1. Ukraine - Erich Koch,
2. Baltenland - Lohse. Unter seiner Aufsicht sollte in Weißruthenien Kube eingesetzt werden,
3. Kaukasien - Schickedanz,
4. Krim - Frauenfeld,
5. Moskauer Gebiet - Kasche,
6. Halbinsel Kola - Terboven.

Die Verbindung zwischen dem Ministerium Rosenberg und Hitler sollte von Koeppen, mit Hermann Göring von Schlotterer und Ricke unterhalten werden.

Auf der Konferenz versuchte Rosenberg nochmals mit seiner ukrainischen Konzeption durchzudringen, aber angesichts der einmütig ablehnenden Haltung Hitlers, Görings, Bormanns und Keitels waren seine Bemühungen vergebens. Daß Hitler trotzdem noch am Tage der Bekanntgabe seines Ostprogramms Alfred Rosenberg zum Minister für die besetzten Ostgebiete ernannte und daß Rosenberg die Berufung annahm, ist für die Verhältnisse innerhalb der Regierung Hitlers charakteristisch. Die Ernennung Rosenbergs zum Minister wurde öffentlich erst Ende November 1941 bekanntgegeben. Bis zu diesem Zeitpunkt arbeitete das Ostministerium im Verborgenen und dadurch wurde seine Durchschlagskraft gemindert.

11) Das Schicksal der West-Ukraine wurde auch
in Moskau und London besprochen

An dem für die Ukrainer ereignisreichen Juli-Ende 1941 fand noch eine Besprechung über das Schicksal der West-Ukraine statt. Diesmal war Moskau der Tagungsort.

Am 30. Juli 1941 wurde in London ein sowjetisch-polnisches Abkommen unterzeichnet, in dem Stalin sich u. a. verpflichtete, alle Vereinbarungen zwischen der Sowjetunion und Deutschland vom Jahre 1939 für nichtig zu erklären.¹⁾

1) Das sowjetrussisch-polnische Abkommen hatte folgenden Wortlaut:

"1. Die Regierung der Sowjetunion erkennt an, daß die sowjetisch-deutschen

Hierbei legte er sich aber nicht auf eine Formel fest, aus der es klar ersichtlich gewesen wäre, daß die Sowjetunion auf die west-ukrainischen und west-weißruthenischen Gebiete verzichte. Das Abkommen wurde mit Absicht so formuliert, daß es eine zweideutige Interpretation zuließ.

Bei der Darstellung der Lage im Jahre 1941 ist es für uns wichtig, den Geist wiederzugeben, in welchem die Russen und die Polen über das ukrainische Territorium verhandelten. Er war in keiner Form anders als der, der die Besprechungen im Führerhauptquartier am 16. 7. 1941 beherrschte.

Hier geben wir das protokollarisch festgehaltene Gespräch zwischen Stalin und Sikorski, dem ehemaligen polnischen Ministerpräsidenten der Exil-Regierung in London, wieder. Sie stellten sich die Lösung des ukrainischen Problems wie folgt vor:

Verträge von 1939 hinsichtlich der territorialen Veränderung in Polen ihre Gültigkeit verloren haben. Die polnische Regierung erklärt ihrerseits, daß Polen durch keinerlei Vereinbarung mit einer dritten Macht verbunden ist, die gegen die Sowjetunion gerichtet wäre.

2. Die diplomatischen Beziehungen werden zwischen den beiden Regierungen bei Unterzeichnung dieses Vertrages wiederhergestellt und ein sofortiger Austausch von Botschaftern wird in die Wege geleitet.

3. Die beiden Regierungen sichern sich gegenseitige Hilfeleistungen und Unterstützung aller Art in dem gegenwärtigen Kriege gegen Hitler-Deutschland zu.

4. Die Regierung der Sowjetunion erklärt sich mit der Bildung einer polnischen Armee unter dem Oberbefehl eines durch die polnische Regierung im Einverständnis mit der Sowjetregierung ernannten Befehlshabers auf dem Gebiet der Sowjetunion einverstanden. Die polnische Armee, die auf dem Hoheitsgebiet der Sowjetunion gebildet wird, untersteht dem obersten Befehl der Sowjetunion bei der Durchführung der Operationen. Die polnische Armee wird in dem Oberkommando der Sowjetunion vertreten sein. Alle Einzelheiten hinsichtlich des Kommandos, der Organisation und des Einsatzes werden in einer späteren Vereinbarung festgelegt.

5. Die vorliegende Vereinbarung tritt sofort bei der Unterzeichnung und ohne Ratifizierung in Kraft.

(Archiv der Gegenwart 1941. Mit Sammel-Sachregister. - Hrsg. : "Siegler-Verlag, Kommanditgesellschaft", Wien III).

" Sikorski : Als ich gestern den Vorschlag machte, die ganze polnische Armee zwecks Aufstellung nach Persien zu verlegen, war ich der Ansicht, daß Sie in Wirklichkeit keine starke polnische Armee haben wollen. Ich gebe in dieser Hinsicht zu, daß ich mich geirrt hatte. Mir ging es um die Schaffung von Verhältnissen, die eine schnelle Aufstellung der Armee ermöglichen.

Stalin : Ich fühlte mich beleidigt, da Sie unserer aufrichtigen Absicht keinen Glauben geschenkt haben.

Sikorski : Auch ich war verstimmt, weil Sie die polnischen Bürger, die im Jahre 1939 aus den besetzten Gebieten verschleppt wurden, aus der Roten Armee und aus den Arbeitsbataillonen nicht entlassen wollten.

Stalin : Aber wir entlassen sie doch.

Anders : Man hat mit der Entlassung aus diesen Bataillonen begonnen, doch sind es nur Polen. Dagegen wurden wir offiziell benachrichtigt, daß Weißruthenen, Ukrainer und Juden nicht entlassen werden, obwohl sie polnische Bürger waren und faktisch es auch heute noch sind, weil sie alle Verträge mit Deutschland als ungültig erklärt haben.

Stalin : Was wollen Sie mit Weißruthenen, Ukrainern und mit Juden. Sie brauchen nur die Polen, das sind die besten Soldaten.

Sikorski : Ich denke jetzt nicht an die Leute, denn diese kann man gegen Polen sowjetrussischer Staatsangehörigkeit austauschen, aber ich kann vom grundsätzlichen Standpunkt aus die Ansicht über die Fluktuation der Grenzen der Republik Polen nicht annehmen. Diejenigen, die im Jahre 1939 polnische Staatsbürger waren, sind polnische Staatsbürger geblieben. Man kann nicht mit Gewalt vollendete Tatsachen schaffen. Dies würde im Westen niemand anerkennen.

Stalin : Sie haben an der Abstimmung teilgenommen und sind somit sowjetrussische Staatsbürger geworden.

Anders : Doch haben sie das nicht freiwillig getan und was die Weißruthenen anbelangt, so haben sie sich immer als Polen gefühlt und waren während des Krieges im Jahre 1939 gute Soldaten.

Sikorski : Sie sagten gestern, die Welt würde darüber lachen, wenn das ganze polnische Militär Rußland verläße. Ich muß noch hinzufügen, daß die Welt dann darüber lachen würde, wenn ich eine Diskus-

sion über die Grenzen vom Jahre 1939 und über die während des Krieges mit Gewalt geschaffenen Tatsachen unternehmen würde.

Stalin : Wir werden uns über die Grenzen bestimmt nicht streiten.

Sikorski : Haben Sie nicht selbst gesagt, daß z. B. Lemberg eine polnische Stadt sei ?

Stalin : Ja, doch werdet Ihr darum mit den Ukrainern streiten müssen.

Anders : Viele Ukrainer waren und sind auch jetzt noch Germanophile, darum hatten wir und später auch Sie sehr viele Unannehmlichkeiten.

Stalin : Das stimmt, aber es waren Eure Ukrainer, nicht unsere. Wir werden sie gemeinsam vernichten.

Sikorski : Mir geht es nicht um die Ukrainer, sondern um das Territorium.

Stalin : Wir müssen unsere gemeinsame Grenze selbst bestimmen und das noch vor der Friedenskonferenz, in dem Augenblick, in dem das polnische Militär in den Kampf geworfen wird. Wir sollten aufhören darüber zu sprechen. Behalten Sie Ruhe, wir werden Sie nicht schädigen.

Sikorski : Die Grenzen vom Jahre 1939 können nicht in Frage gestellt werden. Herr Premier gestatten, daß ich dieses Thema noch einmal zur Diskussion stelle.

Stalin : Bitte. Sehr gerne." 1)

1) Władysław Anders: "Bez Ostatniego Rozdziału. Wspomnienia z lat 1939 - 1946." - Newton, Wales 1949. S. 122 - 23.

13) Der Kampf um die Sonderstellung Galiziens im Generalgouvernement

Die Unterstellung Galiziens unter die Zivilverwaltung des Generalgouverneurs Frank hatte zwangsläufig einen großen Einfluß auf das politische Leben des ukrainischen Volkes. Sein Territorium wurde wieder einmal durch innere willkürlich gezogene Grenzen getrennt. Die ukrainische Politik mußte deshalb aus der Position zweier Staatsgebilde geführt werden, einmal aus dem Generalgouvernement, zum anderen aus dem Reichskommissariat Ukraine. Der Ukrainische Nationalrat in Lemberg beschloß die erste Aufgabe zu übernehmen, ohne zu ahnen, daß er im Ukrainischen Hauptausschuß in Krakau einen scharfen Rivalen erhalten würde. Seine anfängliche Vorstellung, eines Tages ukrainische Kräfte aus allen Gebieten der Großukraine in sich aufzunehmen und zum allukrainischen Parlament zu werden, mußte zunächst zurückgestellt werden. Seit dem 1. August 1941 beschränkte der Nationalrat seine Tätigkeit auf das galizische Gebiet. Wolhynien und das ukrainische Kerngebiet jenseits des Zbruč wurden von diesem Tage an Ausland.

Angesichts dieser neuen Lage sah der Nationalrat seine Hauptaufgabe darin, alle ukrainischen Gebiete im Generalgouvernement zu einer verwaltungsmäßigen Einheit zusammenzuschließen und ihnen die Autonomie unter der deutschen Kontrolle zu sichern. Es galt also zuerst jene ukrainischen Gebiete an Galizien anzuschließen, die bis zum Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges verwaltungsmäßig zu den Distrikten Krakau und Lublin gehörten (siehe I. Band, Seite 247).

Diesbezügliche Bemühungen wurden sofort nach dem Bekanntwerden des "Ersten Erlasses des Führers über die Einführung der Zivilverwaltung in den neu-besetzten Ostgebieten vom 17. Juli 1941" aufgenommen.¹⁾ Schon am 11. 8. und dann am 14. 8. 1941 hatte der Nationalrat entsprechende Denkschriften dem Generalgouverneur in Krakau überreicht, ohne jedoch das nötige Verständnis zu finden. Im Gegenteil, es wurden vier ukrainische Bezirke von Galizien abgetrennt und dem Distrikt Krakau angeschlossen.

Ungeachtet dieses Mißerfolges setzte der Nationalrat seine Bemühungen um die Sonderstellung Galiziens im Rahmen des Generalgouvernements fort. Er strebte jene territoriale Autonomie an, die die legalen ukrainischen Parteien

1) Anhang S. 329

im polnischen Sejm vergebens durchzusetzen versucht hatten. Außer der Verwaltung des Landes sollte den Ukrainern auch die politische Freiheit gewährt werden. Diese Forderungen stellte der Nationalrat in seinem Memorandum vom 14. 8. 1941 und er wählte zugleich eine Delegation, die es der Regierung des Generalgouvernements in Krakau unterbreiten sollte. An der Spitze der Delegation stand Dr. Kost' Pańkivskyj; zu der Abordnung zählten ferner Dipl. Ing. Marko Bačynskyj und Prof. Vasył Simovyč. Sie begaben sich am 20. 8. 1941 nach Krakau und wurden vom Chef der Inneren Verwaltung, Dr. Westerkampf, vom Chef der Unterabteilung für Fürsorge, Heinrich, und vom Chef der Unterabteilung für das Bevölkerungswesen, Dr. Weihrach, empfangen. Der Verlauf der Unterredung bedeutete für die Delegation eine Überraschung. Man erklärte ihr, daß das Memorandum des Nationalrates überhaupt nicht angenommen werden könne, weil die deutsche Regierung den Nationalrat nicht anerkennen dürfe. Im übrigen sei zur Zeit überhaupt keine Rede von einer Sonderstellung Galiziens. Als einziger Vertreter der ukrainischen Bevölkerung im Generalgouvernement betrachte die deutsche Regierung nach wie vor den ukrainischen Hauptausschuß unter dem Vorsitz von V. Kubijovyč. Die ukrainische Zentrale dürfe ihren Sitz nicht nach Lemberg verlegen, sondern müsse ihn in Krakau beibehalten.

Die ukrainische Delegation stand auf diese deutsche Antwort hin vor der Frage, was sie weiter unternehmen solle: sich den deutschen Forderungen beugen oder zurück nach Lemberg fahren und sich dort weitere Direktiven vom Nationalrat holen.

Inzwischen hatte Dr. Kost' Pańkivskyj die weitere Initiative übernommen. Er traf seine Entscheidungen nicht mehr mit M. Bačynskyj und Vasył Simovyč, sondern mit Kubijovyč und M. Demkovyč-Dobrianskyj, den verantwortlichen Männern des ukrainischen Hauptausschusses in Krakau. Über Nacht arbeiteten diese drei ein neues Memorandum aus, in dem die Konzeption des Nationalrates über die territoriale Autonomie Galiziens fallen gelassen, aber auch auf die Forderung der Regierung nach Ausdehnung des ukrainischen Hauptausschusses auf ganz Galizien nicht eingegangen wurde.¹⁾ Man setzte sich vielmehr für einen Mittelweg ein, nämlich für die Bildung einer Sonderkörperschaft für Galizien, der sogenannten "Ukrainischen Volksgemeinschaft", die in ihren Kompetenzen weit über die des Ukrainischen Hauptausschusses hinausgehen sollte. Wenn man auch auf die politische Tätigkeit verzichten mußte, so war man bestrebt, wenigstens die wirtschaftliche und kulturelle Autonomie des Landes zu sichern. Übrigens trug sich V. Kubijovyč mit diesem Plan schon lange. Sein Mitarbeiter, Dipl. Ing. A. Milanyč, unterbreitete dem Ukrainischen Nationalrat in Lemberg schon Anfang Juli einen konkreten Vorschlag

1) Anhang S. 386

einer solchen "Volksgemeinschaft", der aber vom Rat nicht gebilligt wurde.¹⁾ Bei der Verfolgung seines Planes ging Kubijovyč so weit, daß er am 14. 8. ein Schreiben an den Chef der Inneren Verwaltung der Regierung des Generalgouvernements richtete, in dem er sich ganz formell für die von ihm vorgeschlagene Sonderstellung Galiziens einsetzte.

Die von Pankivskyj, Kubijovyč und Demkovyč - Dobrianskyj ausgearbeitete Denkschrift verfolgte die gleiche politische Richtung und wurde einen Tag später der Regierung des Generalgouvernements nicht mehr im Namen des Nationalrates, sondern als persönliches Memorandum der Unterzeichner übergeben.

1) Der Vorschlag von A. Milanyč lautete:

1. Der Nationalrat soll in einen Landesrat mit 20 Mitgliedern mit dem Metropolit A. Šeptycky an der Spitze umgebildet werden.
2. Metropolit Šeptycky beruft den Vorsitzenden des Rates und bestätigt auf seinen Vorschlag die weiteren Mitglieder.
3. Der Rat übt repräsentative konsultative und Kontrollfunktionen aus.
4. Als ausführendes Organ des Rates wird das Sekretariat gebildet. An der Spitze des Sekretariates würde ein General - Sekretär stehen, der ebenfalls vom Metropolit nominiert werden soll. Der Generalsekretär nominiert seinerseits weitere Fachleute für die einzelnen Ressort.
5. Beide Organe müssen nach dem Führerprinzip aufgebaut werden, da ein anderes System von den Deutschen nicht bestätigt wird.
6. Beide Körperschaften müssen aus ihrer Arbeit jede politische Tätigkeit eliminieren.

Kost' Pankivskyj, Chef der Delegierten des Nationalrates in Lemberg, rückte somit von der politischen Linie seiner Auftraggeber ab und wechselte zur Konzeption des Ukrainischen Hauptausschusses über. Sein Verhalten ist dadurch zu erklären, daß er sich von Anfang seiner Tätigkeit im Nationalrat als Exponent des Hauptausschusses gefühlt und alles getan hatte, um dessen Ausdehnung auf ganz Galizien zu beschleunigen. Auch als er zum Vorsitzenden der Executive des Nationalrates berufen worden war, arbeitete er zugunsten des Hauptausschusses, weil er überzeugt war, daß nur er allein Chancen habe, von den Deutschen anerkannt zu werden.¹⁾ Diese seine Politik war, wie die Dinge lagen, den Interessen des Nationalrates entgegengerichtet. So kam es, daß auf dem entscheidenden Posten des Nationalrates ein Mann stand, der mit innerer Überzeugung zugunsten des Hauptausschusses und gegen die Interessen des Nationalrates arbeitete. Der Nationalrat war sich dessen zwar bewußt, konnte sich aber nicht entschließen, K. Pankivskyj durch einen anderen Mann zu ersetzen, da er fürchtete, dadurch seine Beziehungen zu Deutschland nur noch mehr zu verschlechtern.

-
- 1) Knapp sieben Tage nach seiner Wahl (am 7. 8. 1941) zum Generalsekretär erklärte K. Pankivskyj unter anderem:
- "Der Nationalrat ist von der deutschen Macht nicht anerkannt, obwohl sie weiß, daß er existiert. Der Gouverneur von Galizien kann deshalb die Delegation des Nationalrates nicht empfangen; er würde jedoch ihm (Dr. Pankivskyj) und vielleicht noch zwei, drei anderen Mitgliedern des Generalsekretariats des Nationalrates eine Audienz gewähren. Das Generalsekretariat wird in Zukunft dem Hauptausschuß in Krakau unterstehen, weil dort der Sitz der deutschen Regierung ist. An die Bildung einer besonderen Körperschaft außerhalb des Hauptausschusses kann nicht gedacht werden, weil nur er allein durch die deutsche Macht anerkannt ist. Mit dem Generalsekretariat würden die Deutschen verhandeln, weil es vom Nationalrat gewählt und vom Metropoliten bestätigt wurde. Den Ukrainern sind zwar keine Rechte zuerkannt worden, aber es besteht die Möglichkeit sie zu erkämpfen und die von den Deutschen geschaffenen Rahmen auszudehnen. Das Verhältnis von Lemberg zu Krakau und des Generalsekretariats zum Hauptausschuß wird das Leben selbst klären. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Prof. Kubijovyč als Vertreter von Galizien in Krakau fungieren würde." Dr. Kost' Pankivskyj schloß seine Erklärung mit den Worten: "Als Sekretär wünsche ich mit den Deutschen zusammenzuarbeiten, und zwar auch dann, wenn es den Plänen des Nationalrates widersprechen sollte."
- (Protokoly. . . .) a. O.)

Das Verhalten von K. Pankivskyj in Krakau löste im Nationalrat einen Sturm der Entrüstung aus. Auf der Sitzung vom 9. 9. 1941 warf man ihm vor, daß er sich dem Nationalrat gegenüber unloyal verhalten habe und sich außerdem die Bedingungen von deutscher Seite einfach habe diktieren lassen.

Während der Debatte¹⁾ stellte der Vorsitzende des Rates, Dr. Kost' Levyckyj, fest,

"daß Dr. Kost' Pankivskyj seine Vollmachten überschritten hat, indem er

1. seine Zustimmung gegeben hat, daß Krakau zum Zentrum des ukrainischen Lebens werden soll,
2. daß er dem deutschen Vorschlag zugestimmt hat, wonach die Ukrainer nach dem Führersystem organisiert werden sollten und
3. daß er Prof. Kubijovyč zu große Vollmachten gegeben hat.

Dr. Kost' Levyckyj betrachtet den Schritt von Dr. Pankivskyj als eine Unvorsichtigkeit. Seine Begründung, daß er nur unter dem Druck der Notwendigkeit gehandelt hätte, sei nicht überzeugend, weil man damit jede erdenkliche Angelegenheit begründen könne.

Dr. Volodymyr Lysyj (Sozialist):

"Wenn wir unsere nationale Würde bewahren wollen, müssen wir unser Memorandum den Deutschen zur Kenntnis bringen, und nicht das von Dr. Pankivskyj verfaßte. Der Fehler, den Dr. Pankivskyj und Prof. Kubijovyč in den vorgelegten Statuten der "Ukrainischen Volksgemeinschaft" gemacht haben, liegt darin, daß sie in ihm keine politischen Rechte für die Ukrainer eingeräumt haben. Die Satzungen des polnischen Sejm gaben den Ukrainern mehr Rechte als die genannten Statute. Man kann Verschiedenes verstehen und Verschiedenes annehmen, aber das, was Dr. Pankivskyj und Prof. Kubijovyč in Krakau getan haben, ist unannehmbar."

Dr. Lysyj schlug vor, die neuen Statute der "Ukrainischen Volksgemeinschaft" so auszuarbeiten, daß auch die politischen Belange darin berücksichtigt würden.

Dr. N. Stepaniak (OUN-R) verurteilt den Schritt von Dr. Pankivskyj und

1) Dieses und weitere Zitate aus "Protokoly..." a. a. O.

Prof. Kubijovyč in Krakau. Er spricht von einer Gruppe von Menschen, die aus rein persönlichen Überlegungen die Interessen der Allgemeinheit vergessen. Er protestierte gegen das Aufgeben einer nationalen Position nach der anderen. Mit der nationalen Würde dürfe man nicht Handel treiben. Die Lage sei schwierig und vieles könne angenommen werden, aber dabei dürften die Grenzen nicht überschritten werden. Er schlug vor, die Vorschläge von Dr. Pankivskyj abzulehnen und unterbreite seine eigenen:

1. Der Nationalrat soll auf seinen Thesen beharren, die er in seinem Memorandum zum Ausdruck gebracht hat.
2. Das Memorandum des Nationalrates wird den Deutschen zur Kenntnis zugeleitet.
3. Der Nationalrat soll Dr. Pankivskyj sein Mißtrauen aussprechen.

Ing. M. Kravciv (OUN-R) erklärte sich mit den Ausführungen des Vorredners einverstanden und warf Dr. Pankivskyj vor, er habe ohne Einvernehmen mit dem Nationalrat gehandelt.

Pater Dr. Havryl Kostelnyk (parteilos) warnte vor einer Vermischung der idealen Ziele und der realen Politik, weil dies zu schwersten Folgen für das Volk führen könnte. Man müsse das nehmen, was sich nehmen lasse und durch die Zusammenarbeit mit den Deutschen sollten Vorteile gewonnen werden. Seiner Ansicht nach könnte die von Dr. Pankivskyj vorgeschlagene "Ukrainische Volksgemeinschaft" der ukrainischen Sache dienlich sein. Die Ablehnung dieses Vorschlages würde einer Kriegserklärung an die Deutschen gleichbedeutend sein. Er schlug vor, den Delegierten Dank und Vertrauen auszusprechen.

Bischof Josef Slipyj:

"Es ist unangebracht zu sagen: aut Caesar aut nihil. Stillschweigend müssen wir uns damit einverstanden erklären, was bereits geschehen ist. Trotzdem müssen in die Statute der 'Ukrainischen Volksgemeinschaft' auch die politischen Belange des ukrainischen Volkes einbezogen werden."

Ing. Andrij Palij (parteilos) vertrat die Meinung, daß Dr. Pankivskyj nicht anders hätte handeln können. Die Satzungen erachtete er für günstig, wenn sie überhaupt ins Leben gerufen werden sollten. Ein Prinzipalismus sei gut, aber nur dann, wenn er auf Realitäten beruhe. Heute könne man nicht mehr

in demokratischen Kategorien denken. Wenn man Dr. Pankivskýj das Mißtrauen aussprechen wolle, dann müsse man gleichzeitig einen neuen Mann finden, der bereit wäre, die Verantwortung auf sich zu nehmen.

Prof. Jaroslav Bileňkýj (parteilos):

"In den Statuten, die Dr. Pankivskýj den Deutschen vorgelegt hat, sind die politischen Dinge vollkommen unberücksichtigt geblieben. Man spricht dort nur von kulturellen und wirtschaftlichen Dingen, wodurch der Anschein erweckt wird, daß wir uns mit der engen kulturellen und wirtschaftlichen Autonomie zufriedenstellen lassen würden. Das ist gerade das, was wir von den Polen nicht annehmen wollten. Das Führerprinzip, das durch die Statute eingeführt werden soll, verlangt etwas Wesentliches: Es muß ein Führer vorhanden sein. Das Führerprinzip ist immer mit einer konkreten Person verbunden. Wer soll unter uns diese Person sein?"

Prof. Luka Turčyn (parteilos) erklärte sich mit dem Vorredner vollkommen einig.

Dr. Mychajlo Roslak (Sozialist) nahm Dr. Pankivskýj in Schutz.

13) Das Exekutivorgan des Nationalrates wird dem Haupt- ausschuß in Krakau unterstellt

Die Auflehnung des Nationalrates gegen die Politik Dr. Pankivskýjs hatte keinen Erfolg. Das Sekretariat des Nationalrates, d. h. sein Exekutivorgan, das unter der Leitung von K. Pankivskýj stand, hatte inzwischen seinen Namen in "Ukrainisches Landeskomitee" geändert und fühlte sich mehr mit dem Hauptausschuß in Krakau als mit dem Nationalrat verbunden. K. Pankivskýj wurde via facti zum Stellvertreter von V. Kubijovyč, Ein Teil des Nationalrates sah sich außerstande, diese Entwicklung aufzuhalten. Die Stimmung in jenen Tagen geben die Debatten wieder, die auf der Sitzung des Nationalrates am 26. 9. 1941 geführt wurden:

Dir. Ivan Fylypovyč (parteilos):

"Es spricht alles dafür, daß die deutsche Regierung allein mit dem

1) "Protokoly..." a. a. O.

Obmann des Ukrainischen Hauptausschusses, Prof. Volodymyr Kubiwo-vyč, rechnet. Den Nationalrat und unser Generalsekretariat sieht sie nicht gerne. Sie betrachtet den Rat als ein Emigranten-Komitee, genau wie den Hauptausschuß in Krakau. Diese Tatsache, daß man auch mit den Verdiensten des Hauptausschusses rechnet, muß beachtet werden. Im Prinzip sollten sich die beiden Komitees fusionieren."

Ivan Fylypovyč erinnert ferner daran, daß Dr. Pankivskyj sich darüber ausgesprochen hätte, daß er keine Beschlüsse des Nationalrats unterschreiben würde, mit denen er nicht einverstanden sei. Diese Stellungnahme stellt alle Debatten und Beschlüsse, soweit sie mit den Ansichten von Dr. Pankivskyj auseinandergehen, in Frage.

Dir. Roman Zajačkovskyj: (UNDO)

"Die Zeit des Parlamentarismus ist vorbei, wir müssen uns auf das Führerprinzip verlegen. Unsere Arbeit im Nationalrat nimmt immer mehr einen akademischen Charakter an."

Dr. Kost' Levyckyj vertrat die Meinung, daß, wenn schon über das Führerprinzip im ukrainischen Leben gesprochen werde., nur Metropolit Andrij Šeptyckyj als der einzige Führer der Ukrainer betrachtet werden könne. Auf keinen Fall könnten die Sekretäre des Generalsekretariats einen solchen Anspruch erheben, weil sie nichts anderes als bezahlte Beamte seien.

Dr. Volodymyr Lysyj:

"Das soziologische Gesetz der Macht besagt, daß, wenn jemand die- se schon besitzt, er nicht mehr bereit ist, sie auf andere zu übertragen."

Dr. M. Roslak:

"Der Nationalrat ist eine Repräsentation des Volkes und besitzt auch sein Vertrauen. In einer gänzlich anderen Lage befindet sich das Generalsekretariat, dem sein Name genommen wurde und das man in 'Ukrainisches Landeskomitee' umbenannt hat. Gleichzeitig wurde es dem Ukrainischen Hauptausschuß in Krakau unterstellt, welchen die deutsche Macht als die einzige Repräsentation der Ukrainer im Generalgouvernement anerkennt. In Anbetracht dieser Lage hat Dr. Pankivskyj die Zusammenarbeit mit dem Hauptausschuß und

seinem Obmann, Prof. Kubijovyč, gewählt. Wir müssen damit rechnen, daß die Deutschen den Nationalrat nicht anerkennen. Sie lehnten es sogar ab, das Memorandum von ihm anzunehmen."

Bischof Dr. Slipyj erinnerte an den einstigen Beschluß des Nationalrates, daß das Ukrainische Landeskomitee auch dann für das Wohl der Bevölkerung arbeiten müsse, wenn es von den Deutschen nicht anerkannt werde.

Inzwischen hatte sich Dr. Pankivskyj so weit vom Nationalrat unabhängig gemacht, daß er ohne Einvernehmen mit diesem die Leiter der einzelnen Ressorts im Generalsekretariat bzw. im Ukrainischen Landeskomitee ernannte. Dies löste einen neuen Zusammenstoß mit dem Nationalrat aus. Im Protokoll ist darüber folgendes festgehalten:

Dr. Kost' Levyckyj ersuchte als Präsident des Nationalrates um Klärung, weshalb Personen zu Leitern des Ukrainischen Landeskomitees ernannt worden seien, von denen der Nationalrat überhaupt nichts wisse. Dr. Pankivskyj entschuldigte sich mit dem Hinweis, daß die Referenten, die vom Nationalrat berufen worden waren, keine zufriedenstellende Arbeit geleistet hatten und deswegen habe er andere Leute auf diesen Posten setzen müssen. Falls der Nationalrat mit ihm unzufrieden sei, wäre er bereit zurückzutreten. Grundsätzlich sei er nicht dagegen, daß die Referenten vom Nationalrat bestätigt würden, aber andererseits dürfe nicht vergessen werden, daß es noch einen anderen Faktor gäbe, mit dem er rechnen müsse. Er glaube nicht, daß der Nationalrat berechtigt sei, ihm Richtlinien zu erteilen, obwohl er ihm gegenüber eine loyale Haltung einnehme. Das Landeskomitee sei kein Sekretariat des Nationalrates mehr, sondern ein Teil des Hauptausschusses.

14) Der Versuch, eine Einigung der beiden
OUN-Flügel herbeizuführen

Der Nationalrat wurde sich sehr schnell dessen bewußt, daß er ohne die Zusammenarbeit der OUN keine Politik auf weite Sicht betreiben könne. Sie war im ganzen Lande die einzige straff organisierte Macht. Im Volke war das Prestige der OUN-R nach den Ereignissen vom 30.6.1941 so hoch, daß keine politische Repräsentation sich es leisten konnte, ohne sie, geschweige denn

gegen sie Politik zu treiben. Der Nationalrat erinnerte sich öfters der Worte von Prof. Hans Koch, die er seinem Präsidium gegenüber einmal äußerte:

"Ich muß es aussprechen, daß ich die höchste Anerkennung für diese jungen Leute aus der OUN (gemeint war die OUN-R - Verf.) und für die von ihnen geleistete Arbeit habe. Ich reiste überall im Lande und ich sah die Ergebnisse dieser Arbeit."

Die Tatsache jedoch, daß die OUN gespalten war, erschwerte die Zusammenarbeit mit ihr ungemein.

Der Nationalrat entschloß sich daher, einen Versuch zur Einigung der beiden Gruppen zu unternehmen. Die Spaltung, die sich im April endgültig vollzogen hatte, nahm nach dem Ausbruch des Krieges an Schärfe noch zu. Die beiden Seiten versuchten sich des Konkurrenten zu entledigen. Die Auseinandersetzung wurde umso schärfer geführt, als die OUN eine revolutionäre Organisation war, die auf dem Grundsatz des militärischen Gehorsams aufgebaut worden war. Dies hatte zur Folge, daß beide Seiten im Konkurrenzkampf leicht auf militärische Mittel zurückgriffen.

Andrij Melnyk betrachtete die Spaltung weniger unter dem politischen Aspekt, als vielmehr als Folgeerscheinung des zerrütteten Gehorsams. Schon in seinem ersten Aufruf bei Kriegsausbruch brachte er dies zum Ausdruck.¹⁾ Denselben Standpunkt äußerte auch die PUN in ihrem Aufruf an das ukrainische Volk vom 30. 6. 1941:

"... Die lang andauernde politische Unfreiheit hat ihre Spuren in der ukrainischen Seele hinterlassen. Es war nicht einmal in der Geschichte der Ukraine und oft in ihren entscheidenden Stunden, daß dunkle Kräfte sich Bahn brachen und das Volk in Anarchie und Elend stürzten. Es wäre ein unverzeihliches Verbrechen gegenüber der Ukraine und Schmach und Schande vor der Welt, wenn sich die Jahre 1917 - 18 wiederholen würden, in denen zerstörerische Kräfte den Aufbau der ukrainischen Staatlichkeit verhindert haben. ... Ukrainisches Volk, in deinen Händen liegt deine Zukunft! Du mußt das Gebot der Stunde verstehen, alle deine Kräfte für den Aufbau des neuen ukrainischen Lebens einsetzen und dich entschlossen gegen die dunklen Kräfte der Rebellion und Zersetzung wehren."²⁾

1) Siehe Seite 148

2) "Ukrainskyj Visnyk" vom 30. 6. 1941

Am 6. 7. 1941 forderte Andrij Melnyk:

"Ich rufe alle diejenigen auf, die gegen die Führung der ukrainischen Nationalisten aufgetreten sind, zu den Fahnen der Organisation zurückzukehren.

Ich bin bereit alles, was bis heute geschehen ist, zu vergessen, falls sie wirklich guten Willen und den ehrlichen Wunsch zeigen, auf den richtigen Weg zurückzufinden und sich unter eine einheitliche Führung zu stellen. Die Probleme, die uns so viel Schmerz verursacht haben, werde ich so zu lösen trachten, wie es die heutige Lage erfordert, und ich werde jedem die Möglichkeit verschaffen, dort zu arbeiten, wo seine Arbeit den meisten Nutzen bringt.

Den Mitgliedern der OUN befehle ich, keine Mühe zu scheuen, unser positives Programm zu verwirklichen, alle Energie auf die Schaffung der neuen, wirklichen Werte zu richten und der Politik und den Auseinandersetzungen Einheit zu gebieten."

Die Feindseligkeiten hatten sich auf beiden Seiten so zugespitzt, daß es auf dem ukrainischen Territorium sogar zu Schießereien kam. In dieser Hinsicht ist hier der Aufruf der Landesexekutive der OUN in der Westukraine charakteristisch. Darin heißt es:

"In dieser entscheidenden Stunde wenden wir uns an die auf Irrwege geratenen Nationalisten-Revolutionäre im Generalgouvernement und in der Emigration, die einst mit uns Schulter an Schulter gekämpft haben und jetzt in das Netz der Diversion geraten sind mit folgender Warnung: Besinnt euch solange noch Zeit ist und stellt euch, sobald ihr in die Heimat zurückgekehrt seid, sofort unter den Befehl unserer Organisation, die allein den Nationalismus vertritt. Sagt euch sofort von der Diversion los, denn sonst werden wir euch in der Heimat als Verräter behandeln, auf denen der revolutionäre Bann der Organisation und der moralische Fluch der ganzen Nation lastet! Wir sind nicht gewillt, diese Gangrän in der Heimat zu dieser historischen Stunde zu dulden! Kommt in die Heimat zurück, unter den Befehl unseres Führers, Oberst Andrij Melnyk!

Dies ist unser fester Entschluß, und zweifelt nicht an unserer Entschlossenheit, die letzten Konsequenzen zu ziehen. Wir, die wir

1) "Ukrainskyj Visnyk" vom 16. 7. 1941

in den letzten zwei Jahren die Last des Kampfes auf den Schultern getragen haben, fühlen uns moralisch berechtigt genug, die Rebellion rücksichtslos und endgültig zu zerschlagen.¹⁾

In diesem Stadium der Auseinandersetzung griff der Nationalrat vermittelnd ein. Schon am 7. Juli 1941 wurde in der ersten Plenarsitzung des Rates in Anwesenheit des Metropoliten Šeptyčkyj die Frage der Einigung der OUN als eine der Aufgaben des Rates bezeichnet. Auf der Sitzung vom 26. 7. 1941 wurde eine dreiköpfige Kommission gebildet, die zur Aufgabe hatte, den Versuch zur Einigung zu unternehmen.²⁾ Schon am nächsten Tag veranlaßte die Kommission eine gemeinsame Besprechung zwischen den führenden Leuten der beiden Gruppen.³⁾ Die Verhandlungen wurden in verständnisvoller Atmosphäre geführt, wobei aber trotzdem keine konkreten Ergebnisse erzielt werden konnten. Der Bildung dieser Kommission gingen im Nationalrat heftige Debatten voraus. Am 2. 7. 1941 wurde vom Nationalrat nach ausführlicher Aussprache mit den Vertretern der beiden Flügel, nämlich mit Mag. Lev Rebet (OUN-R) und Dr. B. Hnatevyč (OUN), folgende Resolution angenommen:

"Der Ukrainische Senioren-Rat in Lemberg trat am 21. 7. 1941 zwecks Beilegung der Zwistigkeit innerhalb der Befreiungsorganisation der OUN, zu einer Sitzung zusammen und beschloß in Anwesenheit aller Mitglieder, nach Anhören der Vertreter der beiden Gruppen, im entscheidenden historischen Moment und zum höchsten Wohle der Ukraine folgendes:

Wir bitten und fordern die beiden Gruppen der Befreiungsorganisation auf, ein für allemal alle Streitigkeiten und allen Zwist zu vergessen und zu unterlassen und einmütig den Reihen unserer ukrainischen Gemeinschaft zu schöpferischer und einträchtiger Arbeit beizutreten, damit die Fundamente für den Aufbau unseres lieben Vaterlandes geschaffen werden können, mit dem Ziel, den unabhängigen und geeinten ukrainischen Staat zu erkämpfen."

Diese Resolution wurde durch Akklamation angenommen. Gleichzeitig wandte sich der Nationalrat mit einem Sonderschreiben an Andrij Melnyk und Stepan Bandera mit der Aufforderung, Einigkeit in der OUN herbeizuführen.

1) "Nastup" vom 19. 7. 1941

2) Der Kommission gehörten an: Bischof J. Slipyj, Prof. J. Bilenkyj und Gerichtsrat J. Fedusevyč.

3) An der Besprechung nahmen seitens der OUN-R teil; Mag. L. Rebet, Dr. Stepaniak, I. Ravlyk und seitens der OUN Dr. Bohdan Hnatevyč und Ing. Osep Bojduňyk.

Die Antwort von Andrij Melnyk wurde auf der Sitzung des Nationalrates vom 6. 8. 1941 vom Präsidenten des Rates, Kost' Levyckyj, verlesen. Im Protokoll des Rates wurde darüber festgehalten:

"Dr. Kost' Levyckyj liest das Schreiben von Oberst Andrij Melnyk vor, als Antwort auf den Brief des Nationalrates zur Frage der Einigung der beiden sich in Streit befindenden OUN-Gruppen. In seinem Schreiben stellt Oberst Melnyk fest, daß die OUN der einzige Lenker und Befreier des ukrainischen Volkes sei. Die Schuld für die Spaltung der OUN tragen Stepan Bandera und Jaroslav Stečko. Seine Bemühungen, den Streit beizulegen, stoßen immer wieder auf Widerstand von jener Seite. Trotzdem ist er bereit, guten Willen zu zeigen und jedem einen Platz anzuweisen, der ihm gebührt. Er ist bereit, die Verhandlungen mit Stepan Bandera aufzunehmen und für ihn und seine Mitarbeiter gebührende Posten freizuhalten. Der Nationalrat hat die Ansicht ausgesprochen, daß das Schreiben von Oberst Melnyk keinen Fortschritt in seinen Bemühungen bedeute und übergab diese Angelegenheit dem Ausschuß des Rates."

Den Entschluß des Nationalrates begründete der Sekretär, Prof. Jaroslav Bileckyj, ausführlicher:

"In dem Brief von Oberst Melnyk gibt es keine konkreten Vorschläge, die geeignet wären, die Einigung herbeizuführen. In der Situation, in der sich die Verhandlungen um die Beilegung des Streites befinden, ist das einzige richtige Prinzip nach dem zu handeln sei "do ut des", denn nur dann ist ein Kompromiß möglich. Wenn man aber an den Partner mit der Gesinnung: "Ich verzichte auf nichts, ich trete keinen Schritt von meiner Position ab", herangeht, dann ist eine Einigung unmöglich. Angesichts der großen Ereignisse darf ein solcher Geist die Partner nicht beherrschen. Der Brief von Andrij Melnyk gibt dem Nationalrat keine Grundlage sich an Stepan Bandera mit der Aufforderung zu wenden, auch seinerseits Verzicht zu leisten. Der Nationalrat ist daher machtlos. Seine Hoffnungen haben sich nicht erfüllt."

Inzwischen hatte sich die Auseinandersetzung zwischen den beiden OUN-Gruppen so weit zugespitzt, daß sie sich mit der Waffe in der Hand zu bekämpfen begannen. Auf der einen und auf der anderen Seite fielen zahlreiche Opfer

und darunter auch zwei Mitglieder der PUN, Ing. Mykola Sciborskyj und Osyj Senyk-Hrybivskyj (3. 9. 1941 in Žytomir.¹⁾

Der Versuch des Nationalrates, die Lage zu entspannen, hatte keinen Erfolg. Der Tod der zwei Mitglieder der PUN hatte die Auseinandersetzungen zwischen den beiden OUN auf einen bisher nicht erreichten Höhepunkt getrieben. Von jetzt an versuchte die Propaganda der OUN ihren Konkurrenten als direkten Handlanger Moskaus hinzustellen.

"Am 30. August dieses Jahres - heißt es in der Bekanntmachung der PUN vom 5. 9. 1941 - fielen um 19, 30 Uhr in Žytomir, an der Schwelle des ruhmreichen Kiev, zwei Mitglieder der Führung der ukrainischen Nationalisten dem Brudermord zum Opfer... Dieses Verbrechen wurde diesmal durch die Diverſion ausgeführt, die von Moskau auf die raffinierteste Weise zur Zerschlagung der ukrainischen Befreiungsfront inszeniert wurde." ²⁾

Selbstverständlich haben solche und andere Beschuldigungen zur weiteren Versteifung der gegenseitigen Fronten beigetragen. Die beiden OUN gingen bis zum Ende des Krieges getrennte Wege.

1) Die allgemeine Auffassung war und ist noch heute, daß die beiden Mitglieder der PUN von den Anhängern der OUN-R erschossen wurden. Beweise hierfür sind jedoch nicht erbracht worden.

Über die gegenseitige Bekämpfung der beiden Gruppen berichten Aufsätze in der Zeitung "Novyj Slach", Vinnipeg, Nr. 1 (2093), 1955, O.I. Elijaševskyj: "Jasno i ctveto". - Wochenzeitung "Ukraïnske Slovo", Paris, Nr. 689, 1955, Aufsatz: "Promovyly sovist' i rozum" und Nr. 675, 1954, Aufsatz von A.D. Dobrianskyj: "Se potribno tilky vorohovi". - Wochenzeitung: "Šlach Peremohy", München, (1954), Nr. 40, Aufsatz: "Pravda proty naklepiv".

2) "Ukraïnskyj Visnyk vom 21. 9. 1941. Siehe auch "Slovo Holovy Provodu Ukraïnskych Nacionalistiv" und "Vidozva Krajevoji Ekzekuiyvy OUN" in "Nastup" vom 20. September 1941.

15. Der Ukrainische Hauptausschuß in Krakau wird formell
als die einzige Repräsentation in Galizien bestätigt

Am 13. November 1941 starb der Präsident des Nationalrates, Dr. Kost' Levyčkyj. Die Leitung der Geschäfte übernahm sein erster Stellvertreter, Prälat Prof. Dr. Juljan Dzerovyč. Nach dem Tode von Dr. Levyčkyj, der im ukrainischen politischen Leben seinem Ansehen nach nach dem Metropolitan Šeptyčkyj an zweiter Stelle stand, erlahmte die Energie des Nationalrates zusehends.

Zu einem Zusammenstoß zwischen dem Nationalrat und dem Ukrainischen Hauptausschuß kam es auf der Sitzung vom 11. Februar 1942. Anlässlich der Anwesenheit von Dr. Pankivskyj und Prof. Kubijovyč, umriß der Generalsekretär des Nationalrates, Prof. Jaroslav Bilenkyj, noch einmal die Aufgaben des Rates:¹⁾

1. Der Ukrainische Nationalrat in Lemberg ist die einzige nationale Repräsentation Galiziens und aller derjenigen Ukrainer, die außerhalb Galiziens im Generalgouvernement wohnen.
2. Der Ukrainische Nationalrat setzt sich aus 40 Mitgliedern zusammen und hat seinen Sitz in Lemberg.
3. Präsident des Ukrainischen Nationalrates ist Metropolitan Andrij Šeptyčkyj. Ihm obliegt es, die Mitglieder des Rates zu berufen, dessen Vorsitzenden und den Vorsitzenden des Ukrainischen Landeskomitees zu bestätigen.
4. Der Ukrainische Nationalrat schafft Hauptrichtlinien für das politische, kulturelle, soziale und wirtschaftliche Leben des ukrainischen Volkes.
5. Der Ukrainische Nationalrat ist die höchste Instanz, die alle Zwistigkeiten unter den ukrainischen Organisationen beizulegen hat.
6. Der Ukrainische Nationalrat wählt seinen Vorstand: einen Vorsitzenden, zwei Stellvertreter, einen Sekretär, seinen Stellvertreter und zwei Mitglieder. Der Nationalrat hat das Recht der Kontrolle des Vorstandes.

1) "Protokoly..." a. a. O.

7. Der Vorstand ist das Exekutivorgan des Nationalrates.
8. Der Ukrainische Nationalrat beruft im Einvernehmen mit seinem Präsidium den Vorsitzenden des Ukrainischen Landeskomitees; das Landeskomitee hat die Zusammenarbeit mit den Deutschen zur Aufgabe. Der Nationalrat hat die Kontrolle über den Vorsitzenden des Landeskomitees inne, und beruft auf seinen Vorschlag hin die Mitglieder desselben. Die Mitglieder des Landeskomitees sind gleichzeitig Leiter der einzelnen Ressorts für die Zusammenarbeit mit den Deutschen."

Als Antwort auf die Rede von Prof. Jaroslav Bilefskyj wurde von Dr. Pankivskyj folgende Verfügung der Regierung des Generalgouvernements in Krakau vorgelesen:

"Regierung, Hauptabteilung Innere Verwaltung, Abteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge, Akt. Z. IX 2000-02c, Krakau, den 15. 1. 42, Dr. Fö/Ad. : Mit sofortiger Wirkung wird der Wirkungsbereich und das Arbeitsgebiet des Ukrainischen Hauptausschusses Krakau im Generalgouvernement auf den Distrikt Galizien ausgedehnt. Um die notwendigen Angleichungen der dortigen Aufgaben an die bisherige Arbeitsweise innerhalb des Ukrainischen Hauptausschusses zu gewährleisten, wird eine Überleitungsstelle Lemberg des Ukrainischen Hauptausschusses Krakau neu gebildet. Damit erhalten die Satzungen des Ukrainischen Hauptausschusses sowie die erste und die zweite Geschäftsordnung nebst den Handhabungsvorschriften volle Geltung für das Gebiet des Distriktes Galizien. Die Überleitungsstelle Lemberg arbeitet getrennt von dem zu errichtenden Ukrainischen Hilfskomitee für die Stadt Lemberg, das aus den üblichen acht Mitgliedern besteht und zusätzlich zwei Beiräte bei dem Gouverneur des Distriktes Galizien (Abteilung Innere Verwaltung, Unterabteilung Bevölkerungswesen und Fürsorge) stellt. Eine Personalunion zwischen der Überleitungsstelle Lemberg und dem Ukrainischen Hilfskomitee ist statthaft."

Das Schreiben kommentierte Dr. Pankivskyj:

"Angesichts dieser Verfügung hört das Landeskomitee mit dem 28. Februar 1942 auf zu existieren. An seine Stelle tritt mit Wirkung vom 1. März 1942 der Ukrainische Hauptausschuß unter der Führung von Prof. Kubijovyč und seinem Stellvertreter Dr. Pankivskyj." -

Er führte aus, er glaube nicht an die Anerkennung des Nationalrates durch die Deutschen und er wisse auch nicht, wie der Nationalrat seine Beschlüsse realisieren wolle, wenn er keine Exekutivmacht besitze. - Dann ergriff Prof. Kubijovyč das Wort und erklärte, er sähe im Nationalrat eine große Autorität und ersuche ihn, ihm mit Rat beizustehen. Der Nationalrat könnte die Rolle einer Art Aufsichtsrates übernehmen, dessen Aufgabe es wäre, zwischen dem Hauptausschuß, der auf dem Grundsatz des Führerprinzips aufgebaut sei und dem ukrainischen Volke zu vermitteln.

Die Erklärungen von Dr. Pankivskyj und Prof. Kubijovyč lösten heftige Debatten aus:1)

Dir. Andrij Palij stellt den Antrag, die Unterstellung des Landeskomitees unter der Ukrainischen Hauptausschuß zur Kenntnis zu nehmen. Er wünscht, daß die Verhältnisse zwischen dem Hauptausschuß und dem Nationalrat weiterhin harmonisch bleiben. Wenn auch der Nationalrat heute keine breite Tätigkeit entwickeln kann, so wird einmal doch noch die Zeit kommen, wo er die Anerkennung durch die Deutschen erlangt und sich dann entwickeln können wird. Falls die deutsche Einstellung zum Nationalrat weiterhin negativ bleiben sollte, soll der Präsident die Auflösung des Rates verordnen. Das Weiterbestehen des Nationalrates kann nur dann einen Sinn haben, wenn seine Anerkennung von den Deutschen erfolgt ist.

Dr. Kost' Pankivskyj: "Es gibt noch Menschen, die weiterhin glauben, daß der Nationalrat so etwas wie ein ukrainisches Parlament ist, mit dem Recht, mich zu berufen oder zu entlassen. Setzen wir den Fall, daß der Nationalrat mir einen Befehl erteilt hat und ich diesen nicht befolgt habe. Was geschieht dann? Obwohl der Nationalrat eine übergeordnete Position gegenüber dem Landeskomitee hat und mir das Mißtrauensvotum aussprechen kann, so können aber zu gleicher Zeit die Deutschen eine ganz andere Stellungnahme beziehen. Ich bin für das ganze ukrainische Leben in dem Distrikt Galizien verantwortlich. Die Deutschen erkennen nur das Landeskomitee an und nicht den Nationalrat. Der Nationalrat muß sich ruhig verhalten, nicht Krach schlagen und darf nicht lästig werden, weil die Deutschen das nicht gerne sehen und andernfalls Überraschungen auftreten könnten". Dr. Pankivskyj meint, daß der Nationalrat weiterhin bestehen solle, aber gleichzeitig befürchtet er Repressalien seitens der Deutschen und er weiß nicht, wie

1) "Protokoly... , a. a. O.

die Verhältnisse zwischen dem Nationalrat und dem Ukrainischen Hauptausschuß gestaltet werden sollen." Die Beschlüsse des Nationalrates haben nur einen moralischen Wert. Man darf nicht vergessen, daß die Ukrainer verfolgt werden; so wurden z. B. in Kolomyja wiederum 78 Personen und in Perehinsko 38 Personen verhaftet. Wir müssen danach trachten, diese für uns schlimme und ungünstige Zeit durchzuhalten. Die heutige Zeit ist für politische Deklarationen und für eine ukrainische politische Aktivität vollkommen ungeeignet. Man darf sich nicht unwillig gebärden! Dennoch soll der Nationalrat aufrecht erhalten werden, weil er die Autorität unter der Bevölkerung besitzt."

Dr. Volodymyr Kubijovyč: "Vom ukrainischen Standpunkt aus ist der Nationalrat notwendig, er darf aber in der augenblicklichen Lage keine großen Reden halten, weil die Deutschen den Rat zunächst noch nicht anerkennen und sagen, er könne bestehen, aber er müsse ruhig sitzen, denn wenn die Regierung in Krakau etwas davon erfahre, würde es schlimm sein, wenn das aber Berlin erfahre, könnte es ganz schlimm werden." Prof. Kubijovyč hält es für unwahrscheinlich, die Anerkennung des Nationalrates bei den Deutschen durchsetzen zu können. Sie könnten ihn einfach fragen, mit welchem Recht er an den Sitzungen des Nationalrates teilnehme. Der Hauptausschuß sei zwar nur ein Hilfskomitee, er könne aber auch wichtige Funktionen im nationalen Leben erfüllen.

Dr. Stepan Kuzyk (UNDO): "Mit großem Bedauern nehmen wir zur Kenntnis, daß das Landeskomitee mit dem 28. 2. 1942 aufhört zu existieren, weil das gleichbedeutend mit der Zerstörung der Leistungen ist, die wir bis jetzt erzielt haben. Wir sind somit zu einem Hilfskomitee degradiert worden. Wir werden so behandelt, wie die Juden."

Dr. Mychajlo Vološyn (UNDO): "Der Nationalrat kann sich nicht leisten, in den Untergrund zu gehen. Indessen hat die deutsche Regierung jeglichen Kontakt der einzelnen Komitees im Lande mit uns erschwert. Falls wir nicht anerkannt werden, ist es besser, wenn wir uns auflösen. Die Deutschen haben uns gemahnt, ruhig zu sitzen."

Prof. Jaroslav Bileňkyj (parteilos): "Das Weiterbestehen des Ukrainischen Nationalrates betrachte ich als eine ukrainische Notwendigkeit, weil dies mit der Anerkennung oder Nichtanerkennung der ukrainischen Nation und ihres Selbstbestimmungsrechtes gleichbedeutend ist. Der Nationalrat gibt uns die einzige Möglichkeit, die Wünsche des ukrainischen Volkes zum

Ausdruck zu bringen. Die gewaltsame Auflösung des Nationalrates würde einen Unwillen im ganzen Lande auslösen und könnte, besonders in der Ost-Ukraine, katastrophale Folgen haben. Das würde bedeuten, daß die Deutschen dem ukrainischen Volke das Recht genommen haben, seine Gedanken auszudrücken."

Dr. Volodymyr Lysyj (USRP): "Die Autorität im Volke hat nicht der Hauptausschuß, sondern der Nationalrat. Es wäre wünschenswert, daß der Obmann des Hauptausschusses in seinem Gespräch mit dem Gouverneur Dr. Wächter die ukrainische Problematik in ein solches Licht stellt, wie dies bereits der Nationalrat getan hat. Insbesondere soll er ihm vortragen, daß das Bestehen des Nationalrates eine Notwendigkeit ist. Dabei muß berücksichtigt werden, daß z. Zt. die Schonung der biologischen Substanz des Volkes als die wichtigste Aufgabe zu betrachten ist. Der Wirtschaftsruin des ukrainischen Volkes hat seinen Höhepunkt erreicht. Am schlimmsten ist die Lage der Gebirgsbewohner, weil die Huzulen und Bojken keine Zuschüsse erhalten.¹⁾ Der deutsche Staatsapparat kümmert sich darum überhaupt nicht. Auch Podolien darf das Getreide nicht der Gebirgsbevölkerung zuführen. Wer das wagt, dem wird alles abgenommen. Der Hunger steigt! Die persönliche Freiheit des einzelnen Menschen ist noch mehr eingeengt als zu bolschewistischen Zeiten. Die Eintreibung der Kontingente wird auf eine unbarmherzige und hemmungslose Art und Weise vollzogen. Die Getreidekammern sind zerschlagen, alles ist weggenommen, die Leute werden geschlagen und für das Dorf wird dabei nichts getan."

Bischof Dr. Josef Šlipyj: In unserer Nationalinteresse müssen wir unser Leben organisatorisch so aufbauen, daß die Beschlüsse des Nationalrates für den Hauptausschuß so verbindlich werden wie die nationalen Gesetze.

Das Führerprinzip ist für uns ungeeignet. Falls der Nationalrat Beschlüsse fassen sollte, die dem Hauptausschuß nicht entsprechen, dann müßte sie der Obmann des Komitees trotzdem respektieren." Bischof Dr. Šlipyj unterstützt die Ausführungen von Dr. Lysyj, indem er auch über Hunger, Mißbrauch der Gewalt und über übermäßige Kontingente spricht. Die Menschen sterben vor Hunger. Alles das zusammengenommen, schafft eine unerträgliche Lage.

1) Der Ukrainische Hauptausschuß evakuierte aus den vom Hunger betroffenen Gebieten 25 000 Kinder, die bei der Bevölkerung in Podolien untergebracht wurden.

Prof. Kubijovyč: Die Statute des Hauptausschusses stellen mich nicht zufrieden, obwohl man in diese Formen viel Inhalt einräumen kann. Wir geben uns alle Mühe, der ukrainischen Gemeinschaft das Leben zu erleichtern und ihr zu helfen, die schweren Zeiten des Krieges durchzuhalten. Ich betrachte den Nationalrat als eine moralische Autorität, der ich mich gerne fügen möchte."



Die Gründe, die die Besatzungsmacht veranlaßten, den Nationalrat fallen und den Ukrainischen Hauptausschuß kommen zu lassen, lagen klar auf der Hand: der Nationalrat war eine politische Körperschaft. Er leitete seine Vollmachten allein vom ukrainischen Volke ab und war eng mit den Ereignissen am 30. 6. 1941 verbunden. Die Besatzungsmacht stand aber auf dem Standpunkt, daß die Politik zu den allein für sie reservierten Domänen gehöre. Niemand von den Einheimischen dürfe - ihrer Ansicht nach - auf dem von der deutschen Wehrmacht besetzten Territorium Politik betreiben. Zweitens: der Nationalrat war viel weniger gefügig als der Hauptausschuß. Ersterer fühlte sich als Repräsentant des Volkes, letzterer nur als Hilfsapparat, der die Aufgaben genau zu übernehmen hat, die ihm von den Deutschen zugewiesen werden.

16) Die Auflösung des Nationalrates durch die Polizei

Inzwischen gingen die Polizeiorgane zur völligen Auflösung des Nationalrates über. Wie sich die Ereignisse unmittelbar vor der Auflösung entwickelten, lesen wir im Protokoll vom 27. Februar 1942. Auf der Sitzung des Nationalrates berichtete der Sekretär Prof. Jaroslav Bilenkyj folgendes:

"Unmittelbar nachdem die Ausdehnung der Kompetenzen des Hauptausschusses auf das Land Galizien beschlossen wurde, begannen sich die Schwierigkeiten, die dem Nationalrat seitens der deutschen Behörden gemacht wurden, zu mehren.

Anläßlich des Amtsantritts des neuen Gouverneurs für Galizien, Dr. Wächter, der an die Stelle von Dr. Lasch getreten ist, hat der Na-

tionalrat den Versuch unternommen, bei ihm eine Audienz zu erwirken. Dafür setzte sich Metropolit Andrij Šeptyckyj ein, während ihm Dr. Wachter in Begleitung von Dr. Losacker und Oberst Bisanz in seiner Residenz einen Besuch abstattete. Auf den Vorschlag des Metropoliten, die Delegation des Nationalrates zu empfangen, antwortete Dr. Wachter: "Sehr gerne, warum denn nicht?" Nur Oberst Bisanz protestierte dagegen und sagte, daß es unmöglich sei.

Am 20. Februar 1942 beantwortete Bischof Dr. Šlipyj im Namen des Metropoliten den Besuch von Dr. Wachter. Er erneuerte den Vorschlag, die Abordnung des Nationalrates zu empfangen. Dr. Wachter gab zur Antwort: "Ich werde mich beraten", wobei Oberst Bisanz wiederum dagegen protestierte.

Am 23. Februar erklärte der SD-Funktionär Kolf dem Vorsitzenden des Landeskomitees Dr. Kost' Pankivskyj (angeblich im Zusammenhang mit dem Ersuchen von Bischof Dr. Šlipyj), daß der Nationalrat unter keinen Umständen weiterbestehen könne. Kolf äußerte sich sehr scharf gegen den Metropolit Šeptyckyj und warf ihm vor, daß er zusammen mit dem Präsidenten Prof. Velyčkovskyj, dem Präsidenten Andrij Livyckyj, dem Obersten A. Melnyk und dem General Omelanovyč Pavlenko ein Memorandum in ukrainischen Angelegenheiten für Hitler verfaßt und dieses als Präsident des Ukrainischen Nationalrates in Lemberg unterzeichnet habe.¹⁾

Dr. Pankivskyj benachrichtigte Prälat Prof. Dr. Juljan Dzerovyč über sein Gespräch mit Kolf und verlangte, daß die Tätigkeit des Rates eingestellt werde. Noch am selben Tage und an den zwei darauffolgenden meldete sich bei Prälat Prof. Dzerovyč und dann später auch bei mir (d. h. bei Prof. Bileňkyj) der Gestapo-Funktionär Durbak und erkundigte sich über die Tätigkeit der Mitglieder des Nationalrates. Er forderte mich auf, ihm die Liste der Mitglieder auszuhändigen. Ich habe ihm die Liste am 24. Februar gegeben. Er erklärte, daß er einen Bericht für Kolf vorbereiten müsse.

Am 25. Februar hat mir Dr. Pankivskyj Informationen zugeleitet, daß Oberst Bisanz telefonisch verlangte, daß der Nationalrat sofort, spätestens aber bis zum 28. Februar, die Räume, in denen er untergebracht ist, abzugeben habe. Gleichzeitig sagte er, daß der Nationalrat nicht aufgelöst, sondern in einen Beirat des Hauptausschusses umgebildet werde. Dr. Pankivskyj verlangte von mir, die innere Einrichtung des Nationalrates dem Hauptausschuß zu übergeben, worüber ich jedoch allein nicht entscheiden konnte.

1) Anhang S. 276

Vor uns stehen jetzt mehrere Möglichkeiten: entweder den Nationalrat aufzulösen, seine Tätigkeit einzustellen, sich zu vertagen, bis bessere Zeiten kommen, oder ihn in einen Beirat des Hauptausschusses umzubilden."

Die daraufhin durchgeführte Debatte ergab u. a. folgende Ansichten:

Pater Prof. Havryl Kostelnyk: "Die Deutschen verstehen uns nicht und wollen uns auch nicht verstehen. Der Nationalrat deckt mit seinem Namen vor dem Volke alles, was z. Zt. in Galizien geschieht, d. h. , er trägt die Verantwortung für alle Mißbräuche, die im Lande begangen werden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß das ukrainische Volk uns dafür einmal zur Verantwortung zieht, weil wir nicht energisch genug gegen all das Böse protestiert haben, was jetzt überall geschieht."

Aus diesem Grunde schlägt er vor:

1. Der Nationalrat soll sich auflösen.
2. Die Entscheidung darüber soll die Vollversammlung des Rates treffen
3. Der Nationalrat kann nicht zum Beirat des Hauptausschusses umgestaltet werden, seine einzelnen Mitglieder jedoch, falls sie vom Vorsitzenden des Hauptausschusses berufen werden, können dort Plätze einnehmen.
4. Die Sitzung des Rates, auf welcher die Entscheidung über die Auflösung zu treffen ist, soll im Palast des Metropoliten und unter seiner Leitung abgehalten werden.
5. Der Streit mit dem Sicherheitsdienst kann nicht gewonnen werden und deswegen sollten die Räume abgetreten und die Inneneinrichtung dem Hauptausschuß übergeben werden.

Dr. Ivan Nimčuk (UNDO) erklärt sich mit dem Vorredner vollkommen einig.

Dr. Luka Turčyn: "Es ist unsere Pflicht die Existenz des Nationalrates aufrechtzuerhalten, aber dies kann unter keinen Umständen in der Form des Beirates des Hauptausschusses geschehen. Das wäre für uns unwürdig." Prof. Turčyn erinnert nochmals an die entgegenkommende Behandlung des Nationalrates durch Prof. Hans Koch und zitiert seine Worte: "Wenn Sie nicht zu mir gekommen wären, so hätte ich zu Ihnen finden müssen". "Prof. Hans Koch sah als Bevollmächtigter des Ministers Alfred Rosenberg im Ukrainischen Nationalrat einen wichtigen Faktor," sagte weiter L. Turčyn. Der Nationalrat strebte loyal sein Ziel an, indem er in Zusammenarbeit mit den Deutschen das ukrai-

nische Leben festigen wollte. Wir haben von den Deutschen nie erwartet, daß sie die einzige ukrainische Vertretung, die den Willen des Volkes repräsentiert, so herabsetzend behandeln würde. Es zeigt sich, daß unser Partner, die Deutschen, keine Zusammenarbeit mit uns wünscht und auch nicht will, daß wir freundschaftlich und mit geeinten Kräften das neue Leben aufbauen. Dagegen ist nichts zu machen. Wenn nicht, dann nicht! Wir werden uns ihnen nicht aufdrängen! Wir sollten unsere Mandate dem Metropoliten Šeptyckyj übergeben, uns aber niemals zum Beirat des Hauptausschusses erniedrigen. Wir dürfen nicht vergessen, daß wir das Parlament Galiziens sind.

Durch die Politik der Deutschen wird ein großer Schaden entstehen, aber nicht so sehr für uns, als vielmehr für sie selbst. Sie behandeln uns mit Herabsetzung, genau so wie die Juden."

Prälat Dr. Juljan Dzerovyč: "Die Deutschen haben durch ihr Benehmen unseren Präsidenten und Metropoliten, den die ganze Ukraine als ihren Vater verehrt, der gleich der ukrainischen Kirche und dem ukrainischen Volke den Verfolgungen seitens Moskaus, Polens und nun auch seitens der Deutschen ausgesetzt war, schwer beleidigt. Er ist zum Gefangenen dieser drei Staaten geworden!

Unter solchen Umständen können wir unsere Tätigkeit nicht weiter fortsetzen. Indessen fällt auf uns eine große Verantwortung vor dem ukrainischen Volke, das von uns eine produktive Tätigkeit verlangt, und erwartet, daß wir für es eintreten und es wenigstens vor Hunger und Schlägen schützen. Aber wir sind machtlos, und zwar nur deswegen, weil die Deutschen nicht einmal zuhören wollen, was wir sagen. Der Hunger breitet sich immer mehr aus.¹⁾ Unzählige Bauern beklagen sich, daß dagegen nichts unternommen wird. Die ukrainische Sprache wird unterdrückt; alle Aufschriften der Post, der Eisenbahn und der Versicherungen werden nur in deutscher und polnischer Sprache gedruckt. Hunderte von Geistlichen werden verhaftet. Auf dem Gebiet des Schulwesens werden uns Schwierigkeiten bereitet, die Hochschule in polnische Hände übergeben."

1) Am 11. 8. 1941 wurden Lebensmittelkarten in den Städten eingeführt. Die Zuteilung für eine Person betrug pro Woche: 2 kg Brot und 200 gr Fleisch, pro Monat: 200 gr Fett und 400 gr Zucker, pro Tag: 1/2 Liter Magermilch. Aber auch diese knappen Zuteilungen wurden nicht eingehalten. ("Krakivski Visti" vom 26. 8. 1941)

So weit das Protokoll des Nationalrates vom 27. 2. 1942.

Über den Akt der Auflösung des Nationalrates selbst finden wir im Protokollbuch unter dem Titel "Pro Memoriam" von Prälat Prof. Dr. Juljan Dzerovyč und Prof. Jaroslav Bilenkyj unterzeichnet folgende Aufzeichnungen:

"Am 28. Februar 1942 erschienen der Geschäftsführer des Präsidenten, Prälat Prof. Dzerovyč und der Sekretär Prof. Bilenkyj bei seiner Excellenz dem Präsidenten und erstatteten ihm einen Bericht. Präsident Metropolit Šeptyckyj äußerte sein Einverständnis zum Beschluß des Vorstandes des Nationalrates und setzte die Vollversammlung des Rates auf Mittwoch, den 4. März 1942, 17,00 Uhr im Metropolitenpalast fest.

Am selben Tag wurde auch Dr. Kost' Pankivskyj davon in Kenntnis gesetzt und über die Übergabe der Inneneinrichtung der Räume des Nationalrates an den Hauptausschuß informiert.

Am 2. März 1942 wurde die Ausstattung in die Räume des Hauptausschusses gebracht.

Am 3. März erhielten der Vorsitzende und der Sekretär des Nationalrates eine Vorladung der Gestapo. Prälat Dzerovyč hatte sich am 4. März 1942 um 10,00 Uhr und Prof. Bilenkyj um 14,00 Uhr einzufinden.

Der Inhalt der Besprechung war in beiden Fällen fast identisch. Der Gestapo-Funktionär - wahrscheinlich Kolf - erklärte, daß der Nationalrat nicht weiter existieren könne, weil Deutschland sich damit nicht einverstanden erklärt habe. Die Kanzlei des Führers habe das vom Metropoliten Šeptyckyj, dem Präsidenten des Nationalrates unterschriebene Memorandum in ukrainischen Angelegenheiten erhalten. Dieses Memorandum sei aber dem Führer nicht übergeben worden, weil dieser mit der Führung des Krieges in seinem Hauptquartier zu sehr beschäftigt sei. Man könne ihm nicht mit solchen Memoranden die Zeit rauben. Was der Führer dazu sagen würde, falls er erfahren sollte, daß irgendein Ukrainischer Nationalrat existiert, ist kaum vorauszusehen. Die Gestapo habe aus Berlin den Befehl erhalten, mit dem Nationalrat Schluß zu machen, weil er gesetzwidrig ohne deutsche Genehmigung seine Tätigkeit ausübe. Er fordert, den Metropoliten zu beeinflussen, daß er keine Schreiben als Präsident unterzeichnen wolle und erklärt, daß die Mit-

glieder des Nationalrates verhaftet würden, falls irgendwelche Tätigkeit entwickelt oder auch Memoranden verfaßt werden sollten. Den Metropolitan könne man nicht zur Verantwortung ziehen, weil er eine zu hohe Autorität besitze und man damit rechnen müsse, daß er schon einmal zaristischer und polnischer Gefangener war.

Schließlich könnte der Nationalrat als führende und repräsentative Körperschaft existieren, aber wenn schon einmal der Hauptausschuß als solcher anerkannt wurde, könnte von der Anerkennung des Nationalrates nicht die Rede sein. Die führende Körperschaft der Ukrainer sei der Ukrainische Hauptausschuß mit Prof. Kubijovyč und seinem Stellvertreter Dr. Pankivskij an der Spitze.

Die beiden Vertreter des Nationalrates erhielten eine Erklärung zur Unterschrift, die ungefähr folgendes zum Inhalt hatte: "Der Nationalrat ist eine gesetzlich nicht anerkannte Institution, deshalb ist sie illegal und kann nicht weiter bestehen bleiben. Ich nehme zur Kenntnis, daß, falls weitere Schreiben des Nationalrates erscheinen sollten, oder falls ich an seiner Arbeit weiter teilnehmen würde - die Mitglieder des Nationalrates verhaftet werden."

Der Funktionär fügte hinzu, daß auch die anderen Mitglieder des Nationalrates zu ihm berufen würden und daß auch ihnen die gleiche Erklärung zur Unterschrift vorgelegt werde. Die unterschriebenen Erklärungen würden der Sicherheitspolizei übergeben. Sie solle darüber wachen, daß die Mitglieder des Nationalrates, die sich an seiner Tätigkeit weiterhin beteiligen, in Haft genommen werden.

In Anbetracht dessen, daß Herr Kolf sich fortwährend auf Berlin berief, war jegliche weitere Diskussion zur Verteidigung des Nationalrates zwecklos. Es gab keinen anderen Ausweg, als die vorgelegte Erklärung zu unterschreiben.

Wie der Nationalrat sich zu diesem Faktum verhalten soll, wird der Präsident des Rates nach seiner Genesung entscheiden.

Lemberg, am 6. März 1942."

Das Protokollbuch des Nationalrates schließt mit einer "Ergänzenden Notiz", die Prof. Jaroslav Bilefkyj am 17. März 1942 verfaßte:

"Obwohl uns 'versprochen' wurde, von der Gestapo vorgeladen zu

werden, hat kein Mitglied des Nationalrates eine solche Vorladung erhalten. Am 6. März hatte Dr. Pankivskyj eine Unterredung mit Herrn Kolf und beide sind übereingekommen, daß keine weiteren Mitglieder des Rates mehr gerufen werden.

Am 9. März war ich bei Dr. Pankivskyj, der mir erklärte: 'Dr. Kujovyč ist auf den Nationalrat nicht gut zu sprechen; er sagte, daß gewiß ganz andere Leute gewählt worden wären, wenn Oberst A. Melnyk den Nationalrat berufen hätte. Sie hätte er nicht berufen. Ich persönlich sehe keinen Sinn in der Aufrechterhaltung des Nationalrates.'

Die Räume des Nationalrates belegte nicht der Sicherheitsdienst, sondern die Bank 'Dnister'. -

Die Lage wurde damit klar: Eine solche Behandlung des Nationalrates durch die Deutschen entsprang nicht allein ihrem Wunsche. Schon im Juli 1941 konnte man die negative Haltung des Ukrainischen Hauptausschusses zum Nationalrat und ab Mitte August auch des Ukrainischen Landeskomitees feststellen. Dieses Komitee hatte beim Aufbau des Nationalrates große Schwierigkeiten gemacht; es wollte ihn nicht finanzieren und vieles mehr.

Einige Mitglieder des Nationalrates verhielten sich dem Landeskomitee gegenüber passiv. Das schlimmste war, daß im Nationalrat selbst weder Wille noch Kraft genügend vorhanden waren. Das Auftreten von Oberst Bisanz und der deutschen Behörden gegenüber dem Ukrainischen Nationalrat war nur deswegen negativ, weil sie in ihm keine aktive dynamische Kraft gesehen hatten. Mehrere Mitglieder des Nationalrates versuchten die Annahme der Statute zu verhindern.

Trotzdem ist der Nationalrat unumgänglich, denn die parlamentarische Körperschaft repräsentiert das Recht der vollwertigen Nation und nur sie allein hätte zum Mittelpunkt des Kampfes werden können; sie allein war berufen, auseinandergehende Meinungen auf einen Nenner zu bringen und hätte Kritiker und Aufsichtsorgan für den Hauptausschuß sein können; nur ihr allein wäre es möglich gewesen, zum Schöpfer der Pläne der nationalen Entschlüsse und zum Erzieher des Volkes zu werden - sonst niemand.

Der Ukrainische Hauptausschuß ist ohne den Ukrainischen Nationalrat ein Schiff ohne Kompaß. Der Nationalrat dagegen wäre

ohne die ausgewogenen Kräfte des Hauptausschusses wie ein Schiff ohne Segel. Ohne den Nationalrat wird sich der Ukrainische Hauptausschuß in der Einseitigkeit und den Kleinigkeiten des Alltags verlieren, oder er muß sich anstelle des Nationalrates ein Equivalent schaffen, um an das Volk herantreten zu können. Hoffentlich bildet sich der Ukrainische Hauptausschuß seinen eigenen Rat.

In dem kritischen Moment wird es wiederum an einem ordnungsbringenden Faktor fehlen und es wird wiederum ein Chaos entstehen, ähnlich wie es im Jahre 1918 in den ost-ukrainischen Gebieten der Fall war.

Wir aber vertrauen auf die Charakterfestigkeit der ukrainischen Gemeinschaft in Galizien, auf die Härte des ukrainischen Geistes und auf die politische Reife der Bürger, die eine richtige Entwicklung des Lebens des ukrainischen Volkes in Galizien ermöglichen wird. Wir glauben an dies alles, trotz der ungünstigen Lage, trotz des Wachsens des polnischen nationalen Selbstvertrauens und trotz des Egoismus und der Eigensüchtigkeit dieser oder jener Persönlichkeiten der ukrainischen Gemeinschaft.

Über das Schicksal des Nationalrates wird sein Präsident, Excellenz Metropolit Andrij Šeptyckyj, entscheiden, wahrscheinlich in Übereinstimmung mit der Meinung der Mehrheit des Rates, die dahin geht, daß der Rat nicht aufgelöst wird, sondern wegen der ungünstigen Verhältnisse seine Tätigkeit einstellt, bis die Zeit kommt, da er seine Arbeit wieder aufnehmen kann.

Über die Einstellung der Tätigkeit des Nationalrates in Lemberg wird ein von Prälat Prof. Dr. Juljan Dzerovyč und mir unterschriebenes Protokoll angefertigt."

Durch die polizeiliche Auflösung des Nationalrates fiel in der ukrainischen Politik die Kraft aus, die die mittlere Stellung repräsentiert hatte. Es blieben nur zwei extreme, sich gegenseitig ausschließende Richtungen. Die eine war auf den Kampf gegen die Deutschen eingestellt (die OUN der Revolutionäre) und die zweite paßte sich der eingetretenen Lage vollkommen an (der Ukrainische Hauptausschuß). Die Rolle der mittleren Kraft versuchte eine Zeitlang noch die OUN zu übernehmen. Es gelang ihr aber während des ganzen Krieges nicht, Kristallisationspunkt des ukrainischen Politik zu werden.

17) Die erste illegale Konferenz der OUN-Revolutionäre
während der deutschen Besetzung

Bereits sieben Monate vor der polizeilichen Auflösung des Nationalrates ging die OUN-R völlig in die Illegalität. Ihre Sprecher im Nationalrat, Dr. Bohdan Kordiuł und Mag. Lev Rebet, waren bereits seit Anfang September 1941 verhaftet. Die Führung der OUN-R und ihre Mitglieder, die während ihres Verbleibs im Generalgouvernement und dann noch während der ersten zwei Monate des deutsch-sowjetischen Krieges aus dem Untergrund hervorgetreten waren, verließen nun wieder das legale Leben und führten ihre Tätigkeit mit den alten Methoden der illegalen revolutionären Organisation. Mit Entschlossenheit ging jetzt die OUN-R an die Bekämpfung der von den Deutschen in der Ukraine geschaffenen Lage.

Dies konnte bei den Deutschen natürlich nicht unbemerkt bleiben. Sie ergriffen daraufhin Maßnahmen, um der OUN-R einen tödlichen Schlag zu versetzen, ehe sie noch gänzlich von der Oberfläche des legalen Lebens verschwinden konnte.

Dies erkannten manche Ukraine-Freunde unter den Deutschen und sie versuchten die OUN-R rechtzeitig zu warnen. Am 12. September 1941 wurde die OUN-R von Prof. Dr. Hans Koch und Prof. Dr. Gerhard von Mende gewarnt, daß sie mit schweren Folgen zu rechnen habe, falls sie ihre Politik gegenüber Deutschland nicht ändere. Die beiden Herren trafen im Gebäude der ehemaligen polnischen Botschaft in Berlin mit Stepan Bandera, Jaroslav Stečko und Voldymyr Stachiv zusammen. Sie kamen mit dem offiziellen Auftrag, die OUN-R aufzufordern, den politischen Akt vom 30. März 1941 und die anschließend gebildete ukrainische Regierung zu widerrufen. Dies sei nötig - hieß es in der Erklärung - weil zahlreiche Personen und Organisationen in der Ukraine sich auf die ukrainische Regierung als ihre oberste Behörde beriefen, die aber de facto nicht existiere und von Deutschland nicht anerkannt sei. Prof. Hans Koch und Prof. von Mende mahnten ihre Gesprächspartner wiederholt, daß die Nichtbefolgung der Aufforderung schwerste Konsequenzen nach sich ziehen würde. Die OUN-R-Vertreter erwiderten, sie seien nicht berechtigt, den politischen Akt vom 30. 6. 1941 zu widerrufen, da dies nur in der Kompetenz der Nationalversammlung liege. Im übrigen stehe die OUN-R auf dem Standpunkt der ukrainischen staatlichen Selbständigkeit, wodurch ein Widerruf des Lemberger Aktes

als unmöglich erscheine.

Die Folgen der Unbeugsamkeit der OUN-R waren, wie angekündigt, sehr ernst. Die deutsche Besatzungsmacht entfaltete gegen sie einen unbarmherzigen Kampf.

Am 15. September 1941 führte die Polizei in der Ukraine, im Generalgouvernement, in Deutschland und im Protektorat Böhmen und Mähren Massenverhaftungen unter den ihr bekannten und noch nicht ganz in die Illegalität übergegangen Mitgliedern der OUN-Revolutionäre durch. Die Führung der OUN-R, die durch den II. Kongreß berufen war, befand sich zu 80 % in Haft. Hinter Tausenden schlossen sich die Tore der Gefängnisse. Frei blieben lediglich Mykola Lebed und zwei bis drei Angehörige der alten Führung. Nach Lebed wurden Fahndungen eingeleitet.¹⁾ Fast gleichzeitig erfolgten die ersten Erschießungen der Mitglieder der OUN-Revolutionäre, wobei die Hinrichtung vom Mykola Lemyk im Oktober 1941 in Myrhorod in der Ost-Ukraine um so schmerzlicher wirkte, als er Kommandant der "Marschgruppe Mitte" war.

Der Vernichtungsschlag richtete sich ausschließlich gegen die OUN-R.

Von der Lebensfähigkeit der OUN-R zeugte die Tatsache, daß sie trotz der Verhaftungen vom 15. September nicht zusammenbrach, ja sogar noch im selben Monat eine Konferenz abhalten konnte, auf welcher die Richtlinien für die nächste Zukunft aufgestellt wurden.

Zum Führer der nun wieder illegalen OUN-R wurde Mykola Lebed. Sein Führungsstab setzte sich aus Männern zusammen, die bis zu diesem Zeitpunkt eine nur untergeordnete Rolle gespielt hatten. Die Änderung in der Führung der OUN-R hatte für die Organisation eine weit größere Bedeutung, als man es anfänglich angenommen hatte. Obwohl Stepan Bandera und seine nächsten Mitarbeiter in Gewahrsam gehalten und erst Ende 1944 entlassen wurden, trug die OUN der Revolutionäre aus propagandistischen Gründen die Bezeichnung "OUN unter der Führung von Stepan Bandera." Dies

1) Das Fahndungsersuchen des Reichskriminalpolizeiamtes in Lemberg ist in dem Artikel von Edith Kermit Roosevelt in "Ukrainian Quarterly" Nr. 2, 1956, wiedergegeben.

brachte Bandera eine ungeheure Popularität unter der Bevölkerung, die nicht einmal wußte, daß er im Gefängnis saß und den Kampf des ukrainischen Volkes nicht persönlich leitete.

Die auf der ersten Konferenz der CUN-R unter der neuen Führung gefaßten Beschlüsse lauteten:

- a) Die Staats- und Selbstverwaltung der unteren Stufen ist zu übernehmen und die von der ukrainischen Regierung begonnene Arbeit ist fortzusetzen.
- b) Unsere führenden Persönlichkeiten sollen möglichst in großer Zahl nach den zentral- und ostukrainischen Gebieten hinter dem Flusse Zbruč entsandt werden, mit dem Auftrag, dort die Arbeit fortzusetzen, die die ukrainische Regierung in der West-Ukraine begonnen hat; ferner ist folgendes zu beachten: Bei der Aufteilung der Kolchosen und Sovchosen sollen sie behilflich sein, das Vermögen vor Raub zu schützen und die ukrainische Bevölkerung auf die zu erwartende Hungersnot vorzubereiten. Die Druckereien sind in Besitz zu nehmen, damit die Herausgabe der Presse und die Verbreitung von Parolen des Befreiungskampfes gewährleistet ist. Ferner ist die Propaganda gegen die Sowjets und gegen die Deutschen fortzusetzen. Der Wiederaufbau des ukrainischen Staates ist in den Städten und Dörfern zu verkünden und in Verbindung damit sind Versammlungen unter der Bevölkerung durchzuführen.
- c) Kampf gegen den Hunger. Durch die deutschen Requisitionen wurde in den west-ukrainischen Gebieten und besonders in den Gebirgsgegenden Hungersnot verursacht. (In den kleinen Dörfern der Karpaten gab es nicht selten täglich bis zu 14 Begräbnisse von Menschen, die durch Hunger gestorben waren).
- d) Es sind Aufklärungsveranstaltungen über die Maßnahmen gegen die massenhaften Transporte von Arbeitern nach Deutschland abzuhalten. Ein passiver Widerstand (Flucht vor den Transporten etc.) soll durchgeführt werden.
- e) Gegen die Kontingente und für das Verstecken des Getreides soll ein propagandistischer Feldzug unternommen werden.
- f) Aufklärende Arbeit soll die Bevölkerung auf den aktiven Kampf gegen den deutschen Okkupanten vorbereiten. Ihr muß klagemacht werden, daß die Deutschen mit der Absicht der Unterjochung und der Kolonisierung der ukrai-

nischen Gebiete nach hier gekommen sind. Dieselbe Aktion ist gegen die Bolschewisierung der Ukraine durchzuführen, die jetzt von den Agenten Moskaus und von den bolschewistischen Partisanengruppen geführt wird.

g) Es ist eine Aktion zur Sammlung und Aufbewahrung von Waffen durchzuführen.

h) Vorbereitung der neuen führenden Kader der Revolutionäre auf den Befreiungskampf. In dieser Vorbereitungsarbeit müssen Ukrainer des ganzen Territoriums und insbesondere der Gebiete, die unter der bolschewistischen Herrschaft standen, einbezogen werden.

i) Unser ideologisches und politisches Programm und die Taktik und Methodik des Kampfes müssen den Erfordernissen der ukrainischen Bevölkerung auf dem ganzen ukrainischen Territorium angepaßt werden. Insbesondere müssen die sozialen und nationalen Errungenschaften des Volkes auf dem ganzen Territorium berücksichtigt werden." ¹⁾

Wenn die Organisation der Ukrainischen Nationalisten in ihrem Bestreben nach staatlicher Unabhängigkeit noch vor drei Monaten bereit gewesen war, mit dem deutschen Volk den Krieg gegen den gemeinsamen Feind Sowjetrußland auszufechten, so wurde sie - jetzt von zwei Seiten bedroht und nur auf sich selbst angewiesen - gezwungen, Vorbereitungen für den Kampf gegen Deutschland zu treffen.

1) Mykola Lebed: UPA, S. 17

A N H A N G

SCHILDERUNG DES BOLSCHEWISTISCHEN TERRORS IN
LEMBERG DURCH DEUTSCHE KRIEGSBERICHTERSTATTER

(Juni 1941)

"Beim Einmarsch der deutschen Truppen in L e m b e r g wurden grauenhafte Verbrechen aufgedeckt, denen Tausende von Ukrainern zum Opfer gefallen sind.

Eingehende Vernehmungen haben folgenden Tatbestand ergeben: Bereits im Laufe der ersten Kriegswoche fanden vereinzelt grausame Marterungen und Erschlagungen von Ukrainern, Männern wie Frauen, durch GPU-Kommissare statt... Gegen Ende der vergangenen Woche und in der Nacht zum Sonntag wurden aus den drei Gefängnissen der Stadt die Verbrecher freigelassen, während Ukrainer und Ukrainerinnen auf den Straßen ergriffen, ja selbst aus den Wohnungen geholt und ohne jeglichen Grund ins Gefängnis geworfen wurden. Hier und an anderen Orten, wie z. B. der GPU-Zentrale, fanden dann durch die bolschewistischen Untermenschen grauenhafte Züchtigungen statt, deren Grausamkeit der europäische Mensch sich nicht auszumalen vermag und die im einzelnen auch nicht geschildert werden können. Die Zahl der auf diese Weise in den Lemberger Gefängnissen umgebrachten Angehörigen des ukrainischen Volkstums geht in die Tausende. Eine genaue Zahlenangabe ist deshalb nicht möglich, weil die Leichen kurzerhand in die Keller der Gefängnisse geworfen und dann mit Benzin übergossen und angezündet wurden. Aus seuchenpolizeilichen Gründen ist eine nachträgliche Feststellung der Zahl der auf diese Weise von den Schergen der GPU Ermordeten nicht mehr zu ermitteln.

Es handelt sich bei diesen unglaublichen Vorgängen in Lemberg jedoch keineswegs um eine Einzelercheinung. Auch aus anderen Städten, aus denen die Bolschewisten vor der unaufhaltbaren deutschen Wehrmacht flüchteten, werden Exzesse größter Art bekannt. So sind z. B. in Sambor ebenfalls an die 500 Angehörige des ukrainischen Volkstums den viehischen Grausamkeiten zum Opfer gefallen.

Der Krakauer Vertreter des Deutschen Nachrichtenbüros hatte am vergangenen Mittwoch, d. h. also 60 Stunden nach der Besetzung der Stadt durch die deut-

schen Truppen, Gelegenheit, die Stätte des Grauens und des menschlichen Jammers in Augenschein zu nehmen. Aus dem an der Einfahrtstraße von Przemysl her gelegenen Gefängnisgebäude drang noch am Mittwoch und auch noch am Donnerstag dichter heißender Rauch. Hier brannten noch die Überreste jener unglücklichen ukrainischen Opfer des bolschewistischen Sadismus. Aus den Kellern des gleichen Gebäudes drang ein entsetzlicher Gestank von den bereits in Verwesung übergegangenen Leichen, die dort in mehreren Lagen übereinander lagen. Wegen Seuchengefahr war der Zutritt bereits untersagt und am Donnerstag wurde sogar der betreffende Straßenabschnitt, der an diesem Gefängnis entlangführt, für den Publikumsverkehr abgesperrt.

Unvergeßlich werden die Szenen bleiben, die sich auf dem Hof des GPU-Gefängnisses abspielten, der von Tausenden seelisch völlig verstörten Ukrainern, namentlich Ukrainerinnen, umlagert war.

Hier hatten die Russen bereits in der ersten Kriegswoche immer wieder Ukrainer nach unglaublichen Marterungen schließlich erschossen oder kurzerhand vor dem Einmarsch der deutschen Truppen in einem Massengrab beigelegt. Diese fast hundert Menschen waren nach dem Einmarsch wieder ausgegraben worden, um eine Identifizierung zu versuchen. Nun lagen die bedauernswerten Opfer in Reihen auf dem Boden des Gefängnishofes. In ihrer Todesstarre ließ die verkrampfte Haltung der Arme, Hände, Beine und Füße ahnen, welche grausamen Folterungen sie unterworfen worden waren.

Die Tiere in Menschengestalt vergriffen sich selbst an schwangeren Frauen, haben deren Leiber aufgeschnitten und die Embryos an die Wand genagelt. In restloser Verzweiflung irrten nun Angehörige auf dem Hof umher und versuchten eine Identifizierung der gräßlichen Leichen, weniger an den Gesichtern als an der Bekleidung oder sonstigen Anhaltspunkten vorzunehmen.

Man wußte nicht, mit wem man mehr Mitgefühl haben sollte, mit denen, die auf grausamste Weise umgebracht worden sind, oder mit deren Angehörigen, die immer noch mit einem letzten Hoffnungsschimmer von Leiche zu Leiche irrten, und schließlich dann unter der traurigen Gewißheit, ihren vermißten Angehörigen gefunden zu haben, zusammenbrachen.

In der Folterkammer im Hof der GPU-Zentrale mußte erst eine dicke Blutschicht vom Boden wegkratzt bzw. weggespült werden, um es in dem Gebäude aushalten zu können. Noch jetzt deuten Blutspuren an den Wänden, die bis zur Decke hinaufreichen, auf die grausamen Folterungen hin, die hier

vor dem Einmarsch der deutschen Truppen verübt worden sind." (Völkischer Beobachter", Münchener Ausgabe, vom 6. Juli 1941. Bericht: "Die Bluthölle von Lemberg".)



"Wir schreiten durch die dichtgedrängte Menge, die vor uns nach beiden Seiten erschreckt ausweicht. Die Menschenkette reißt, wenn wir jemand leise auf die Schulter tippen. Ein angstvolles Gesicht, das sich in ein zufriedenes Lächeln löst, wenn es unseren Rock sieht. - - -

Weinende Frauen mit zernagten Taschentüchern in den zitternden Händen irren durch die Seitengassen. Und immer wieder finden sie sich vor dem Gefängnis ein, über dem eine Wolke Gestank von süßlicher Penetranz steht. . .

Das Gefängnis - ein vierstöckiger Bau - war von den Nachbarn als zu klein befunden worden, und so hat man ein Stück Baugrund mit einem hohen Bretterzaun umschlagen, der dadurch zum Gefängnishof gehörte. Und als wir durch die kleine Holztüre in den ersten kleinen Hof traten, ringen wir würgend nach Luft. Zehn Schritte vor uns liegen fünf Tote ausgestreckt, unter ihnen eine junge Frau - über denen ein Schwarm fettglänzender Schmeißfliegen surrt. Eine Tür in der Mauer des Gefängnisses steht offen, aus der ein Geruch strömt, der uns zurückwirft. Im Dämmerlicht der großen Zelle sehen wir einen Berg Leichen. Frauen und Männer übereinander, wie sie hinfielen, als sie die Kugel traf. Wohl einen Meter hoch liegen die Toten. In wachsbleichen Gesichtern klafft der schwarze Mund, aus dem die schwarzen Bänder des gestockten Blutes sichtbar sind. Überall liegen die Toten mit Schüssen durch Rippen und Herz. Die Kellerlöcher sind mit Leichen vollgestopft. Im ersten und zweiten Stock des Gefängnisses ist jeder Raum mit Leichen bis unter die Decke angefüllt.

Lauter Ukrainer, ebenso einige Polen. Und so wahllos die Sowjetkommissare in die Menschenmassen griffen, um sich ihre Opfer zu holen, um so bezeichnender befindet sich kein einziger Jude unter den Gemordeten. Zwei, drei Tage vor ihrer Flucht hatten die Bolschewisten mit den Erschießungen der politisch verdächtigen Männer und Frauen begonnen. Sie füllten eine Zelle mit Menschen auf und erschossen sie durch das Guckloch, die Essenklappe oder durch das vergitterte Fenster. Und wenn sich kein Opfer mehr bewegte, dann trieben die Bestien vor ihren gefällten Seitengewehren einen neuen Trupp Gefangener einher, die ebenfalls in die Zelle mußten; über Leichen hinweg. Dann flog wieder die Türe zu, und der lange Pistolenlauf schob sich zum Guckloch

hinein und zielte sorgfältig nach dem Kopf jedes einzelnen. Und wenn der letzte Schrei verklungen war, hörte man bereits wieder den schlurrenden Gang wankender Menschen, die auch in die Todeszelle mußten und das ging so weiter, bis die Letzten gerade noch Platz fanden, auf dem Leichenberg zu hocken, wo ihnen ein satanisches Schicksal zur Erlösung wurde. Und dies geschah in jeder Zelle des großen Gefängnisses im ersten und zweiten Stock.

In der Kasimirgroßengasse Nr. 32 befand sich das bolschewistische Polizeikommando. Natürlich reichte auch dieses nicht für den Apparat, den Moskau in Bewegung setzte, um den Proletariern jene Würde anzuerziehen, die nun einmal notwendig ist, um an den Segnungen des Sowjetparadieses teilhaben zu dürfen. Die Nebenhäuser wurden beschlagnahmt und dem Polizeikommando angegliedert. Und auf Nr. 24 befindet sich wieder das Bezirksgericht mit 18 Gefängniszellen, die man licht, groß und geräumig nennen könnte. Diese Zellen haben ein Ausmaß von ungefähr 4 x 7 m, und in jeder einzelnen von ihnen waren nicht weniger als 84 politisch Verdächtige untergebracht.

In den Gängen des Bezirksgerichts drängen sich weinende Frauen. Durchwühlen mit fliegenden Händen die zurückgelassenen ärmlichen Kleidungsstücke, die am Boden herumliegen, um an einem Stück zu erkennen, ob der Mann, Vater oder Bruder in diesem Gefängnis eingeschlossen war. Doch von den 1032 Insassen sind nur 7 übriggeblieben. Der eine von ihnen mit einem toten Blick hinter den scharfen Brillengläsern sucht unter den durcheinandergeworfenen Kleidungsstücken sein zweites Hemd, das er sich ins Gefängnis mitgebracht hatte und das er nun nicht finden kann. Die Frauen bestürmen ihn und fragen nach ihren Männern. Und er nickt bereitwilligst und zeigt mit dem Finger auf diesen und jenen Platz, wo die Gefragten immer geschlafen hatten. Auch wo sie derzeit sind, weiß er und deutet mit dem Kopf über die Schulter zeigend irgend wohin. Und jeder weiß, was er damit sagen will: "Im Keller!"

Eine steile Steintreppe windet sich hinunter und aus der Finsternis weht kühl der scharfe Geruch von Chlorkalk. Gleich links im Gang sind noch einige Gefängniszellen in die dicken Mauern eingelassen. Sie sind ohne Fenster und Lüftungsschacht und auch die dicke Holztür weist kein Gitterfensterchen auf, um die Luft in diesen Löchern zu verbessern, in die man keinen Hund über die Nacht einschließen würde. Aber deshalb fanden sie Emissäre Moskaus gerade gut genug für ihre Zwecke. Beim Zurückgehen stolpern wir noch über ein Stück Holz, das bei näherem Besehen ein Axtstiel ist, der in einem schweren Beile steckt. Und an dem Beil klebt Blut, älteres und solches, das

kaum erst vertrocknet ist. Hier wurden Schädel gespalten, und weiter rückwärts in einem Raum, durch dessen kleines Fenster müde das Tageslicht fällt, ist Erde aufgewühlt und flüchtig festgetreten. Und die uns folgenden Frauen wollen die Erde aufwühlen, um ihre Angehörigen zu finden, um sie auf einem Friedhof zu bestatten zur letzten Ruhe. 1025 Menschen wurden im Bezirksgericht zu Lemberg hingerichtet, teils erschossen oder kurzerhand mit einer Axt niedergeschlagen.

Aber in der Kasimirgroßengasse befindet sich noch ein großer Arrest. Ein mächtiger Bau, der ebenfalls mit politisch Verdächtigen und den Kommissaren mißliebigen Männern und Frauen und auch Kindern zum Bersten angefüllt war. Noch kann nicht festgestellt werden, was mit ihnen geschehen ist, denn noch schlagen die Flammen aus den Fenstern und bricht das glühende Gebälk in sich zusammen, über dem eine glühende Fontäne schwebt.

Doch dies sind lange noch nicht alle die Opfer, die die Ukrainer dem Teufel in Moskau bringen mußten. Zu Hunderten wurden Gefangene vor die Stadt in die Wälder gebracht, aus denen den ganzen Tag die prasselnden Gewehrsalven klangen. Tausende wurden nach Sibirien deportiert, und ihre Schreie klingen nicht bis zu uns über die endlosen Tundren. Was wir gesehen haben, war nur ein flüchtiger Blick hinter den Vorhang, der vor den Augen der Welt argwöhnisch alles verbirgt, was im Sowjetparadies geschieht, um die Menschheit glücklicher zu machen."

("Völkischer Beobachter", Münchener Ausgabe, vom 9. Juli 1951, Bericht von Valent. Schuster: "Unmenschliche Schreckensszenen in den Todeskellern der GPU, Auf den Spuren des Massenmordes von Lemberg".)

STIMMUNG DER UKRAINISCHEN BEVÖLKERUNG NACH
EINMARSCH DER DEUTSCHEN TRUPPEN

(geschildert durch deutsche Kriegsberichterstatter)

Die ukrainische Einwohnerschaft der wolhynischen Stadt Dubno hatte nach dem Einzug der deutschen Truppen über 500 Märtyrer zu beklagen, die von den Bolschewisten in den ersten Tagen des Krieges im Gefängnis ermordet wurden. Von welchem Geist die Häftlinge beseelt waren als sie starben, davon schreibt der Kriegsberichterstatter E. Arndt:

"In deutschen Lazaretten von Dubno liegen neben verwundeten grauen Soldaten mehrere Insassen des Schreckenhauses, die bei dem Gemetzel mit dem Leben davongekommen sind. Die Eindrücke des Entsetzens sind noch so mächtig, daß sie nur stockend von der Nacht des Grauens berichten.

Walentyna Lepieskiewicz ist in einer Frauenzelle "durch Gottes Hilfe gesegnet," wie sie sagt, dem Tode entronnen. Als das mörderische Schießen sich ihrer Zelle näherte, haben alle Frauen gekniet und laut gebetet. Mit den Worten "Ihr glaubt wohl, die Deutschen werden Euch helfen?" seien die Mörder wie Wahnsinnige in den Raum gestürmt und hätten wild geschossen. Eine ukrainische Bäuerin habe laut gerufen: "Es lebe die Ukraine, mein Vaterland!" und sei unter den Schüssen zusammengebrochen. Erschüttert stehen wir am Krankenbett der schlichten Frau und vernehmen den Bericht ihrer Leidenszeit im bolschewistischen Kerker"

—
·
—

Schon einige Tage nach den Schreckenserlebnissen hatte sich die ukrainische Bevölkerung der Stadt und der Umgebung wieder gefaßt. Bruno Brehm bestaunte ihre Lebenskraft:

"Wir waren am vergangenen Sonntag jenseits des San bei jenen Ukrainern, die vor fast zwei Jahren unter die russische Herrschaft gekommen waren, auf dem Dorfe. Schon sangen sie wieder in ihrer kleinen alten Holzkirche, ach, und wie sangen sie. So hatte ich sie ein paar Tage nach der Befreiung von Dubno

dort in der Kirche singen gehört - es war mir, als sei jenes Gute und Weite doch nicht ganz zerstört und als könne es wieder auferstehen. In diesen schönen bunten Trachten feierte das Volk sich selbst. In den Kämpfen um die Bunkerlinie an der Grenze war in diesem Dorf ein Verbandsplatz gewesen, und zwölf deutsche Soldaten liegen dort begraben. Mit Blüten überhäufte die Mädchen die Gräber und sie selbst standen derb und bunt, mit bloßen Füßen und braunen Gesichtern unter den lichten Haaren daneben, während die Burschen aus voller Brust sangen und der Geistliche ein Dankgebet für die Befreiung sprach. Vor dem Dorfe lagen, wie auf dem Schindanger, die ungeschmückten Gräber der gefallenen Russen, die Kappen mit den rotgeränderten Bändern auf den schiefen Holzkreuzen. Vielleicht waren diese Toten auch Ukrainer gewesen, sie konnten es nicht sagen, sie waren verstummt, ihre blutige Uniform allein hatte sie hassenswert gemacht."¹⁾



Einen charakteristischen Aufsatz verfaßte Kriegsberichterstatter Otto Eckner über die Eindrücke, die er unter den ukrainischen Bauern gesammelt hatte. In diesem Artikel und in der Redaktionsanmerkung heißt es:

"Mit jedem Tag enthüllen sich in erschreckendem Umfang die Greuel, mit denen die Bolschewisten vor ihrer Flucht die Gebiete des Baltikums und Ostgaliziens heimsuchten. Nicht nur in den Städten haben sie die ihres Volkstums bewußte Intelligenzschicht mit Stumpf und Stiel auszurotten gesucht, sondern auch auf dem flachen Land wütete der Blutterror des sowjetischen Untermenschentums. So wie im Sowjetparadies selbst das Bauerntum als ein natürlicher Gegner des marxistischen Wahnsinns von den Schergen des Kremls blutig verfolgt, proletarisiert und in seinen wertvollsten Schichten abgeschlachtet wurde, so erfuhren auch die ukrainischen Bauern, was Bolschewismus bedeutet.

Wir veröffentlichen nachstehend die Schilderungen eines Kriegsberichterstatters, der auf dem flachen Land in der Westukraine dieselben Scheußlichkeiten erlebte, die seine Kameraden aus Lemberg und Dubno berichteten. Möchte dort die Zahl der Opfer um ein Vielfaches größer sein - gemessen an der Zahl der Bewohner - haben Stalins Henker in den Dörfern nicht weniger blutig getobt. Überall, wohin unsere Soldaten auf ihrem Marsche kommen, erblicken sie die gleiche bolschewistische Pest, von der die Welt nunmehr befreit ist.

1) "Völkischer Beobachter", Münchener Ausgabe, vom 3. August 1941, Bruno Brehm: "Brief und Antwort".

STIMMUNG DER UKRAINISCHEN BEVÖLKERUNG NACH
EINMARSCH DER DEUTSCHEN TRUPPEN

(geschildert durch deutsche Kriegsberichterstatter)

Die ukrainische Einwohnerschaft der wolhynischen Stadt Dubno hatte nach dem Einzug der deutschen Truppen über 500 Märtyrer zu beklagen, die von den Bolschewisten in den ersten Tagen des Krieges im Gefängnis ermordet wurden. Von welchem Geist die Häftlinge beseelt waren als sie starben, davon schreibt der Kriegsberichterstatter E. Arndt:

"In deutschen Lazaretten von Dubno liegen neben verwundeten grauen Soldaten mehrere Insassen des Schreckenhauses, die bei dem Gemetzel mit dem Leben davongekommen sind. Die Eindrücke des Entsetzens sind noch so mächtig, daß sie nur stockend von der Nacht des Grauens berichten.

Walentyna Lepieskiewicz ist in einer Frauenzelle "durch Gottes Hilfe gesegnet," wie sie sagt, dem Tode entronnen. Als das mörderische Schießen sich ihrer Zelle näherte, haben alle Frauen gekniet und laut gebetet. Mit den Worten "Ihr glaubt wohl, die Deutschen werden Euch helfen?" seien die Mörder wie Wahnsinnige in den Raum gestürmt und hätten wild geschossen. Eine ukrainische Bäuerin habe laut gerufen: "Es lebe die Ukraine, mein Vaterland!" und sei unter den Schüssen zusammengebrochen. Erschüttert stehen wir am Krankenbett der schlichten Frau und vernehmen den Bericht ihrer Leidenszeit im bolschewistischen Kerker"



Schon einige Tage nach den Schreckenserlebnissen hatte sich die ukrainische Bevölkerung der Stadt und der Umgebung wieder gefaßt. Bruno Brehm bestaunte ihre Lebenskraft:

"Wir waren am vergangenen Sonntag jenseits des San bei jenen Ukrainern, die vor fast zwei Jahren unter die russische Herrschaft gekommen waren, auf dem Dorfe. Schon sangen sie wieder in ihrer kleinen alten Holzkirche, ach, und wie sangen sie. So hatte ich sie ein paar Tage nach der Befreiung von Dubno

dort in der Kirche singen gehört - es war mir, als sei jenes Gute und Weite doch nicht ganz zerstört und als könne es wieder auferstehen. In diesen schönen bunten Trachten feierte das Volk sich selbst. In den Kämpfen um die Bunkerlinie an der Grenze war in diesem Dorf ein Verbandsplatz gewesen, und zwölf deutsche Soldaten liegen dort begraben. Mit Blüten überhäufte die Mädchen die Gräber und sie selbst standen derb und bunt, mit bloßen Füßen und braunen Gesichtern unter den lichten Haaren daneben, während die Bur-schen aus voller Brust sangen und der Geistliche ein Dankgebet für die Befreiung sprach. Vor dem Dorfe lagen, wie auf dem Schindanger, die ungeschmückten Gräber der gefallenen Russen, die Kappen mit den rotgeränderten Bändern auf den schiefen Holzkreuzen. Vielleicht waren diese Toten auch Ukrainer gewesen, sie konnten es nicht sagen, sie waren verstummt, ihre blutige Uniform allein hatte sie hassenswert gemacht."¹⁾



Einen charakteristischen Aufsatz verfaßte Kriegsberichterstatter Otto Eckner über die Eindrücke, die er unter den ukrainischen Bauern gesammelt hatte. In diesem Artikel und in der Redaktionsanmerkung heißt es:

"Mit jedem Tag enthüllen sich in erschreckendem Umfang die Greuel, mit denen die Bolschewisten vor ihrer Flucht die Gebiete des Baltikums und Ostgaliziens heimsuchten. Nicht nur in den Städten haben sie die ihres Volkstums bewußte Intelligenzschicht mit Stumpf und Stiel auszurotten gesucht, sondern auch auf dem flachen Land wütete der Blutterror des sowjetischen Untermenschentums. So wie im Sowjetparadies selbst das Bauerntum als ein natürlicher Gegner des marxistischen Wahnsinns von den Schergen des Kremls blutig verfolgt, proletarisiert und in seinen wertvollsten Schichten abgeschlachtet wurde, so erfuhren auch die ukrainischen Bauern, was Bolschewismus bedeutet.

Wir veröffentlichen nachstehend die Schilderungen eines Kriegsberichterstatters, der auf dem flachen Land in der Westukraine dieselben Scheußlichkeiten erlebte, die seine Kameraden aus Lemberg und Dubno berichteten. Möchte dort die Zahl der Opfer um ein Vielfaches größer sein - gemessen an der Zahl der Bewohner - haben Stalins Henker in den Dörfern nicht weniger blutig getobt. Überall, wohin unsere Soldaten auf ihrem Marsche kommen, erblicken sie die gleiche bolschewistische Pest, von der die Welt nunmehr befreit ist.

1) "Völkischer Beobachter", Münchener Ausgabe, vom 3. August 1941, Bruno Brehm: "Brief und Antwort".

ben, ehe man das zur Mutter flüchtende Kind mit dem Bajonett erstach. Welche Qualen muß die Mutter gelitten haben, ihr Kind so leiden zu sehen, ehe ihr selbst das Auge brach! Ihr ganzer Schmerz steht noch in den verzerrten Gesichtszügen. Die anderen größeren Kinder sind ebenfalls mit dem Bajonett erstochen und augenscheinlich dann mit den Absätzen ins Gesicht getreten worden.

Während wir noch unschlüssig vor dem grauenvollen Bilde stehen, kommt vollkommen durchnäßt und vom Schlamm bedeckt eine Frau aus den Büschen, der der irrsinnige Schrecken der letzten Stunden aus den Augen starrt. Es ist die Nachbarin, die keinen Familienangehörigen wiederfand und die die Nacht des Grauens im Sumpf stehend verbrachte und so dem Gemetzel entging. Sie erzählt unserem Dolmetscher die Tragödie der ukrainischen Bauernfamilie, deren sämtliche Angehörige hier vor uns liegen.

Am Abend kam ein deutscher Spättrupp in den Ort, den die Bolschewiken bereits geräumt hatten, um seine Feindbesetzung zu erkunden. Als die Ukrainer die deutschen Uniformen sahen, war ihre Freude so groß, und die kleine Halka, die dreijährige, lief den Soldaten entgegen, um ihnen ein Blümchen aus dem Garten in die Hand zu drücken. Es war eben das gleiche Bild, das wir in Hunderten von ukrainischen Dörfern erlebt haben: Frauen und Kinder kommen mit Blumen sowie mit Buttermilch, Eiern und Brot, um die Befreier zu begrüßen. Auch die anderen Kinder des Bauern T. standen am Straßenrand mit einer Milchsatte und die Landser hatten ihre Freude an den beiden aufgeweckten Buben und den lustigen kleinen Mädchen, die sich immer wieder hinter dem Rock der Mutter versteckten. Mit der Feststellung, daß der Ort feindfrei, wohl aber Wald und Anhöhen besetzt seien, war die Aufgabe des Spähtrupps beendet. Er ging zu seiner Einheit zurück. In der Nacht kam in das Dorf ein Trupp Bolschewiken unter Führung eines Kommissars, die schreckliche Rache an den Dorfbewohnern nahmen. Beim Hause des Bauern T. begannen sie ihr Mordwerk. Ins Haus hinein trauten sie sich nicht, sondern ließen den Vater heraufrufen und schossen ihn in der Einfahrt zum Hof nieder. Das kleinste Mädchen, der Liebling des Bauern, lief schreiend zum blutend daliegenden Vater und wurde von einem der Bolschewiken mit einem Schlag auf die Schienbeine gelähmt und dann, als es wimmernd zur ihm nachstürzenden Mutter zurückkriechen wollte, mit dem Bajonett erstochen.

Weiter kann die Nachbarin nicht erzählen. Sie ist dann, von panischem

Schreck erfaßt, aus ihrem Haus geflohen und hat die Nacht im Sumpf verbracht. Wo ihre Angehörigen sind, kann sie nicht sagen. Wir finden sie erst später mit einer großen Anzahl anderer Dorfbewohner erschlagen in einem nahen Gehölz. In einem anderen Gehöft liegt eine ebenfalls bestialisch ermordete Familie von vierzehn Köpfen, so geht es weiter durch das ganze Dorf. Über hundert Menschen, Erwachsene und Kinder, sind in dem kleinen W. der Mordwut der Bolschewiken zum Opfer gefallen. Auch ihr Blut wird vor aller Welt die Sowjets anklagen."

("Völkischer Beobachter", Münchener Ausgabe, vom 22. Juli 1941, Bericht von Edgar Bissinger: "Der große Frevel am Leben".)

U R K U N D E

DER PROKLAMATION ZUR WIEDERHERSTELLUNG DER STAAT- LICHEN UNABHÄNGIGKEIT DER UKRAINE IN LEMBERG

Im Namen des ukrainischen Volkes verkündet die Organisation Ukrainischer Nationalisten unter der Führung von Stepan Bandera die Wiederherstellung des souveränen ukrainischen Staates, für welchen die besten Söhne mehrerer Generationen des ukrainischen Volkes ihr Leben gelassen haben.

Die OUN, die unter der Führung ihres Begründers, Ewgen Konowaleč, in den letzten Jahrzehnten der blutigen bolschewistischen Herrschaft standhaft für die Freiheit der Ukraine kämpfte, ruft das ukrainische Volk auf, so lange die Waffen nicht niederzulegen, bis die souveräne Macht auf dem gesamten ukrainischen Territorium in die Hände der Ukrainer übergegangen ist.

Die ukrainische souveräne Macht wird dem ukrainischen Volke Ordnung, allseitige Entwicklung seiner Kräfte und Befriedigung seiner Bedürfnisse sichern.

Auf den west-ukrainischen Gebieten wird eine ukrainische Regierung gebildet,

die sich dann der in Kiev zu bildenden zentral-ukrainischen Regierung unterordnen soll.

Die ukrainische nationale revolutionäre Armee wird für den souveränen und geeinten ukrainischen Staat und für die neue gerechte Ordnung in der ganzen Welt weiterkämpfen.

Der neugebildete ukrainische Staat wird eng mit dem nationalsozialistischen Deutschland zusammenarbeiten, das unter der Führung seines Führers, Adolf Hitler, für die neue Ordnung in Europa und in der ganzen Welt kämpft.

Es lebe der souveräne ukrainische Staat!

Es lebe die OUN!

Es lebe der Führer der OUN, Stepan Bandera!

HIRTENBRIEF DES METROPOLITEN A. ŠEPTYĆKYJ

vom 1. Juli 1941 ¹⁾

Nach dem Willen des Allmächtigen und Allgnädigen Gottes in der Dreifaltigkeit hat die neue Epoche im Leben der staatlich geeinten, selbständigen Ukraine ihren Anfang genommen.

Die Nationalversammlung, welche gestern stattfand, bestätigte und veröffentlichte diese historische Tat.

Dich, ukrainisches Volk, von einer solchen Erhörung unserer flehentlichen Gebete benachrichtigend, rufe ich auf zum Bekenntnis der Dankbarkeit für den Allerhöchsten, der Treue zu seiner Kirche und zum Gehorsam für die Regierung. Die Kriegszeiten verlangen noch viele Opfer, doch das begonnene Werk wird in Gottes Namen und mit Gottes Segen zu einem erfolgreichen Ende geführt werden.

Die Opfer, die zur Erreichung unseres Zieles erforderlich sind, werden in erster Linie auf der gehorsamen Ausführung der berechtigten Anordnungen der Regierung beruhen, die nicht in Widerspruch stehen zu Gottes Gesetzen.

1) G. Prokoptschuk: a. a. O. S. 221 ff.

Das ukrainische Volk muß in diesem Augenblick zeigen, daß es genügend Gefühl für Autorität und lebendige Kraft hat, um eine solche Stellung zwischen den Völkern Europas zu verdienen, eine Stellung, in der es die ihm von Gott verliehenen Kräfte entwickeln kann.

Durch Disziplin, Solidarität und gewissenhafte Erfüllung der Pflichten beweist es, daß es zu einem staatlichen Leben reif geworden ist. Der berufenen Macht geben wir gebührendes Gehör. Wir anerkennen als Premier der Staatsregierung der Ukraine Herrn Jaroslaw Stečko.

Von der von ihm ins Leben gerufenen Regierung erwarten wir eine weise, gerechte Führung und Verordnungen, welche die Bedürfnisse, das Wohl aller Bürger, die unser Land bewohnen, im Auge behalten ohne Rücksicht darauf, zu welchem Glaubensbekenntnis, zu welcher Nationalität und zu welcher gesellschaftlichen Schicht sie gehören.

Gott segne alle Deine Arbeiten, Ukrainisches Volk, und gebe allen unseren Wegbereitern heilige Weisheit vom Himmel!"

LIV (Lemberg), Kathedralekirche St. Georg, 1. Juli 1941.
Andreas, Metropolit.

HIRTENBRIEF DES BISCHOFS DER UKRAINISCHEN
AUTOKEPHALEN ORTHODOXEN KIRCHE, POLIKARP.

An alle in Wolhynien wohnenden Ukrainer!
Friede sei mit Euch vom allmächtigen Vater und unserem Herrn Jesu Christo!

Meine lieben Kinder! Unser Herrgott hat uns seine Barmherzigkeit und Gerechtigkeit nähergebracht. Unser Volk mußte lange Jahre die Verfolgung und Erniedrigung über seine Ehre ergehen lassen. Im Staate des bolschewistischen Dämonen hatten der Terror und die Furcht ihren Höhepunkt erreicht. Die Verfolgung der Christen zu Zeiten der römischen Imperatoren Nero und Diokletian erreichten nie ein solches Ausmaß. Die Ungläubigen rottet den christlichen Glauben aus, indem sie die Erzbischöfe, Geistliche und Tausende

und Hunderttausende von gläubigen Christen hingerichtet und das Gesetz des Verrates und des Hasses verbreitet haben.

Vor unseren Augen hat sich die göttliche Gerechtigkeit erfüllt; Von nun an gibt es einen Gott, eine Nation und eine gemeinsame Zukunft.

Unsere seit Jahrhunderten gepflegte Hoffnung hat sich erfüllt. Aus der Stadt unseres Königs Lev verbreitet der Rundfunk über unsere Berge, Felder, Step-pen, über unseren so reich mit Blut getränkten Boden eine frohe Nachricht. Der ukrainische selbständige Staat ist wieder entstanden. Die Freude des ukrainischen Volkes teilt auch unsere vielgeprüfte Kirche. Die freie ukraini-sche orthodoxe Kirche im freien ukrainischen Staate wird eine unzertrennbare Einheit mit dem Volke bilden.

In dieser geschichtlichen Stunde wende ich mich an Euch, meine lieben Kin-der, mit den Worten des heiligen Apostels Paulus: "Ich bitte Euch im Namen Gottes Jesu Christi, damit wir alle dieselbe Sprache sprechen und damit unter uns keine Unterschiede aufkommen. Mögen wir alle in einem Gedanken und in Verständnis geeint werden." (Brief des Apostels Paulus an die Korinther, 1, 10).

Die Liebe zu Gott und zum Vaterlande ist der schönste Charakterzug des Men-schen. Der Dienst für das Vaterland ist die höchste Pflicht.

Möge der barmherzige Gott Dir, mein Volk, und Dir, unsere Regierung, beim Aufbau des selbständigen ukrainischen Staates behilflich sein. Meine Gebete zum Allmächtigen werden Eure Arbeit stets begleiten.

In dieser großen Stunde müssen alle Ukrainer einig werden, alle müssen ge-meinsam arbeiten, weil wir nur durch die Einigkeit die Macht entwickeln kön-nen.

Wir brauchen keine Parteien und keinen Kampf unter uns. Wir müssen uns alle unter unserer heiligen und erprobten Kirche, unter unserer Regierung und unter unserer nationalen Führung vereinigen.

Ich erlehe für das ganze ukrainische Volk und für seine Staatsregierung den Segen des allmächtigen Gottes.

Gegeben in Luck, Wolhynien, im Jahre Gottes 1941, Monat Juli, Tag 10.
Polikarp, Bischof von Luck.

BRIEF AN HITLER¹⁾

(Februar 1942)

An Seine Exzellenz

den Führer und Reichskanzler des Deutschen Reiches
Adolf Hitler

in Berlin

Exzellenz !

Die ukrainische Nation verband mit der Entwicklung der Lage in Osteuropa, die Mitte vorigen Jahres zum Kriege zwischen Deutschland und der Sowjetunion führte, große Hoffnungen. Die führenden Kreise des ukrainischen Volkes waren sich immer dessen bewußt, daß ein Zusammenstoß des nationalsozialistischen Deutschland mit dem bolschewistischen Moskau unausbleiblich war und daß nur das Deutsche Reich unter Führung Eurer Exzellenz imstande sein konnte, dem Bolschewismus den Todesstoß zu versetzen. Die Niederlage Rußlands sollte der Ukraine die Möglichkeit geben, sich dem politischen System Europas anzuschließen. Unter dem Einfluß ihrer führenden Kreise war die Einstellung der ukrainischen Massen dem Reich gegenüber eine durchaus freundschaftliche, und aus diesem Grunde begrüßten die Ukrainer die deutschen Waffen mit Begeisterung und waren den deutschen Soldaten behilflich, wo und wie sie nur immer konnten. Die Ukrainer in der Roten Armee gingen massenhaft auf die deutsche Seite über, weil sie glaubten, daß hier ukrainische Militärformationen bestünden und weil sie erwarteten, daß ihnen die Möglichkeit einer aktiven Teilnahme am Kampf für die Befreiung ihres Vaterlandes und für den Wiederaufbau des ukrainischen Staates nicht versagt bleiben würde. Und die Enttäuschung dieser Gefangenen war groß, als sich ihre Hoffnungen nicht erfüllten. Die ukrainische Bevölkerung wiederum ergriff große Besorgnis, als in den von den Bolschewisten befreiten Gebieten die Ereignisse eintraten, deren Zeugen wir heute sind. Das Bewußtsein unserer Pflichten unserem Volke gegenüber und das Gefühl unserer Verantwortung vor der Geschichte nötigen uns, uns auf diesem Wege an Eure Exzellenz zu wenden, da Sie das Schicksal ganz Europas in Händen halten, um Ihre Aufmerksamkeit auf die heutige Lage der Dinge in der Ukraine und auf die Gefahren zu lenken, die sie in sich birgt. Wir wollen glauben, daß unsere Absicht bei Ihnen Verständnis findet und unser Wort sich Ihr Vertrauen erwirbt. Die Nichtzulassung der Ukrainer zur Teilnahme am bewaffneten Kampf gegen ihren Erbfeind Schulter

1) Georg Prokoptschuk: Der Metropolit. Leben und Wirken des Großen Förderers der Kirchenunion Graf Andreas Scheptytzkyj. München 1955 S. 226ff

an Schulter mit den Deutschen und den mit ihnen verbündeten Armeen bebraut das antibolschewistische Lager eines wichtigen moralisch-politischen Faktors, der ohne Zweifel die militärischen Aufgaben bestehen würde, Ihre Stellung in diesem Lande zu befestigen. Die großmütige Entlassung von Ukrainern aus den Gefangenenlagern war in keinem Maße geeignet, diesen Verlust wettzumachen, zumal deren Heimkehr unter Bedingungen erfolgte, die vielen Tausenden unterwegs das Leben kostete. Ihre Gräber vergrößern nur noch das Leid des ukrainischen Volkes über den Verlust dieser menschlichen Kräfte und die Nichtbeachtung militärisch-politischer Möglichkeiten, die sich darboten. Die Eingliederung des westukrainischen Landes Galizien in das Generalgouvernement und die Übergabe Odessas samt einem ganzen Gau unter die Verwaltung Rumäniens, ohne daß dem ukrainischen Volke die Hoffnung auf einen späteren Wiederanschluß dieses Gebietes an das ukrainische Mutterland gelassen worden wäre, hat einen nicht weniger schweren Eindruck hinterlassen. Die Umstände, unter denen dies geschah, und das Regime, welches in jenen ukrainischen Gebieten eingeführt wurde, lassen daran denken, daß es sich um einen Anschluß Galiziens an Polen und Odessas an Rumänien handeln soll. Eine derartige Lösung würde die großzügigen Absichten der Neuordnung Europas zunichte machen. In den ukrainischen Kerngebieten wiederum werden den Ukrainern alle Möglichkeiten einer kulturell-nationalen Entwicklung genommen, indem man der Patriotischen Presse Schwierigkeiten macht, die traditionellen, kulturellen und volksbildnerischen Vereine verbietet, die Schulen schließt, die Erlaubnis des Betriebes der wissenschaftlichen Institutionen vorenthält und die Professorenkollegien, das Gehirn der Nation, ohne Möglichkeit wissenschaftlicher Betätigung, ja selbst ohne Mittel zum Leben läßt. Eine solche Lage der Dinge ruft unter der Bevölkerung eine Voreingenommenheit hervor, die in keiner Weise der Organisation der Arbeit und ihrer Ausgiebigkeit dienlich ist. Die führenden ukrainischen Kreise unternahmen sofort nach der Einnahme der Hauptstadt der Ukraine durch die deutschen Truppen die zur Aufnahme der Zusammenarbeit mit den deutschen Behörden in diesem Lande nötigen Schritte. Sie veranlaßten die Bildung des Ukrainischen Nationalrates in Kiev und versuchten, die Erlaubnis zu dessen Tätigkeit von der deutschen Verwaltung zu erlangen. Auf diese Weise wurde die Mobilisierung aller schöpferischen Kräfte des Landes zum Wiederaufbau des öffentlichen und wirtschaftlichen Lebens in der Ukraine angestrebt. Doch die deutsche Behörde stellte die Tätigkeit des ukrainischen Nationalrates ein.

Im selben Maße, wie ukrainische Gebiete von den deutschen Truppen besetzt

werden, verringern sich die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit der ukrainischen Bevölkerung mit den deutschen Behörden. An Stelle dessen kommen antiukrainische, ja selbst antideutsche Faktoren zur Geltung, welche ihre Positionen in diesem Lande infolge der Niederlage Polens und Rußlands verloren haben, jetzt jedoch ihren Einfluß zurückgewinnen. Dieser Umstand ist der Grund zu einer Spannung des gegenseitigen Verhältnisses in der Ukraine. Wir sind uns dessen gut bewußt, daß die Bedingungen des Kriegszustandes unweigerlich gewisse Schwierigkeiten nach sich ziehen. Doch müssen wir darauf verweisen, daß die Ukraine allzu sehr der bolschewistischen Propaganda ausgeliefert war und aus diesem Grunde einer besonderen Behandlung bedarf. Das ukrainische Volk wäre den zersetzenden Einflüssen Moskaus gegenüber sehr widerstandsfähig und bereit, selbst große Lasten zu ertragen, wenn es die Sicherheit besäße, daß sein Recht auf Leben und eine nationale Entwicklung in den ihm eigenen kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Formen anerkannt und geachtet würde.

Leider gibt die heutige Wirklichkeit den Ukrainern diese Gewißheit nicht. Deshalb herrscht unter den Volksmassen und in den leitenden Kreisen der Ukraine große Beunruhigung und Besorgnis um die Zukunft der Nation. Die heutige Situation steht in krassem Widerspruch zu den geschichtlichen Aufgaben der Ukraine, die sich aus ihrer geographischen Lage ergeben. Und wenn in der Vergangenheit das Europa von Versailles einen bedenklichen Fehler beging, indem es durch Unterstützung der Feinde der Ukraine, d. i. Polens und Rußlands, das ukrainische Volk an der Erfüllung seiner historischen Aufgaben hinderte, so ist es in das Ermessen des neuen Europa gestellt, welches unter der Führung Eurer Exzellenz nach der Vernichtung Polens einen gigantischen Kampf in den Weiten der Ukraine führt, der Ukraine das Recht auf eine selbständige Existenz zuzuerkennen. Indem wir Eurer Exzellenz den wahren Stand der Dinge in der Ukraine unterbreiten, bitten wir, in dessen negativen Seiten Abhilfe zu schaffen und die positiven Momente zu berücksichtigen, die wir hervorhoben. Denn wenn dieselben in der heutigen Wirklichkeit Anwendung fänden, so würde das eine bedeutende Besserung der Situation in unserem Lande bedeuten. Wir versichern Eurer Exzellenz, daß die führenden Kreise in der Ukraine zu einer möglichst engen Zusammenarbeit mit Deutschland bereit sind, um mit den vereinten Kräften des deutschen und ukrainischen Volkes den Kampf gegen den gemeinsamen Feind zu führen und die neue Ordnung in der Ukraine und in ganz Osteuropa tatsächlich zu verwirklichen.

Erzbischof Andreas Scheptytzkyj, m. p.
Präsident des Ukrainischen Nationalrates in Lemberg

Andreas Liwytzkyj, m. p.
Stellvertreter Simon Petluras, des Holownyj Otaman der Ukrainischen Volksrepublik, d. z. Warschau

Prof. Weletschivskyj, m. p.
Präsident des Ukrainischen Nationalrates in Kiew,

Gen. D. M. Omeljanowytsh-Pawlenko, m. p.
Vorsitzender des Generalrates der Ukrainischen Armee, derzeit Prag

Andreas Melnyk,
Woschd der Ukrainischen Nationalisten, derzeit in Berlin.

ZUSAMMENSETZUNG DES UKRAINISCHEN NATIONALRATES
IN LEMBERG

Barylak, Dr. Aleksander, Direktor der Konsumgenossenschaften "Narodna Torhovla". (Parteilos)

Bilak, Dr. Stepan, ehem. Abgeordneter der UNDO im polnischen Sejm.

Bileńkyj, Jaroslav, Professor der ukrainischen Literatur an der Universität zu Lemberg. (Parteilos)

Chraplyvyj, Dr. Evhen, Universitätsprofessor, Präsident der Vereinigung der Ukrainischen Bauern (Silskyj Hospodar). (Parteilos)

Chronovjat, Ing. Mychajlo, Vorsitzender des Ukrainischen Sportzentralverbandes "Sokil" und führender Wirtschaftler. (Parteilos)

Chrućkyj, Serhij, ehem. Abgeordneter der UNDO im polnischen Sejm.

Dmochovskij, Dr. Stepan, Arzt in Lemberg. (Parteilos)

Dombrovskij, Agaton, Vertreter der ukrainischen Bürger. (UNDO)

Dzerovyč, Dr. Bohdan, Rechtsanwalt. (Parteilos)

Dzerovyč, Dr. Juljan, Prälat und Professor der Theologie, Vorsitzender der Vereinigung "Ridna Škola".

Fedusevyč, Juljan, Landgerichtsrat. (Parteilos)

Fylypovyč, Ivan, Direktor des Revisionsverbandes der Ukrainischen Genossenschaften. (Parteilos)

- Hrabar, Ivan, Direktor des Revisionsverbandes der Ukrainischen Genossenschaften. (Parteilos)
- Kost' Levyčkyj, Dr. Ministerpräsident a. D. der West-Ukrainischen Regierung im Jahre 1918.
- Kost' Pankivskyj, Dr., Rechtsanwalt. (Sozialist)
- Kostelnyk, Dr. Havryil, Prälat und Hauptprediger in der Erzbischöflichen Kirche in Lemberg, Professor der Theologie.
- Kozubskyj, B., ehem. Abgeordneter der UNDO im polnischen Sejm.
- Kravciv, Ing. Mychajlo, Politiker der OUN-R.
- Kubijovyč, Dr. Volodymyr, Universitätsprofessor, Vorsitzender des Ukranischen Hauptausschusses in Krakau. (Parteilos)
- Kuzyk, Stepan, Direktor des Ukrainischen Kreditgenossenschaftsverbandes ("UKRAINBANK"). (UNDO)
- Levyčkyj, Prof. Severyn, Präsident des Ukrainischen Pfadfindervereins. (Parteilos)
- Lysyj, Dr. Volodymyr, ehem. Abgeordneter der Ukrainischen Sozialistischen Radikalen Partei im polnischen Sejm.
- Matčak, Dr. M., Rechtsanwalt. (Parteilos)
- Mudryj, Vasyl, Vizepräsident des polnischen Sejm und ehem. Parteivorsitzender der UNDO.
- Mudryk, Ing. Andrij, Direktor des Ukrainischen Genossenschafts-Produktionszentralverbandes Maslo-Sojuz. (Parteilos)
- Nimčuk, Dr. Ivan, Chefredakteur der führenden ukrainischen Tageszeitung "Dilo". (UNDO)
- Palij, Ing. Andrij, Generaldirektor des Ukrainischen Genossenschaftsproduktionszentralverbandes Maslo-Sojuz. (Parteilos)
- Pančyšyn, Dr. Marjan, Präsident des Ukrainischen Ärztesverbandes und Universitätsprofessor. (Parteilos)
- Polanskyj, Dr. Jurij, Universitätsprofessor. (Parteilos)
- Radzekevyč, Dr. Volodymyr, Professor der ukrainischen Literatur an der Universität zu Lemberg. (Parteilos)
- Roslak, Dr. Mychajlo, Rechtsanwalt und sozialistischer Politiker.
- Ryževskyj, Ing. Vasyl, Vorsitzender des Ukrainischen Ingenieur-Verbandes. (Parteilos)
- Simovyč, Dr. Vasyl, Universitätsprofessor. (Parteilos)
- Slipyj, Dr. Josyf, Bischof der ukrainischen unierten (gr. -kath.) Kirche in Lemberg.
- Stefanivskyj, M., Vertreter der ukrainischen Bürger. (UNDO)
- Stefanovyč, Ing. Jaroslav. (UNDO)

Turčyn, Dr. Luka, Professor an der Wirtschaftshochschule in Lemberg.
(Parteilos)

Vološyn, Dr. Mychajlo, Rechtsanwalt. (Parteilos)

Zajačківskyj, Dr. Roman, Direktor der Konsumgenossenschaften "Narodna
Torhovla". (Parteilos)

DER UKRAINISCHE SENIOREN-RAT AN DIE UKRAINISCHE
BEVÖLKERUNG AM 15. JULI 1941

KUNDMACHUNG

Am 6. Juli 1941 rief die Versammlung der ukrainischen Einwohner der altertümlichen Stadt des ukrainischen Königs Lev, auf Initiative der ukrainischen Befreiungsorganisation OUN (gemeint: OUN-R) und unter ihrer Leitung den Ukrainischen Senioren-Rat ins Leben.

Die Hauptaufgabe des Rates besteht darin, die Befugnisse des Ukrainischen National-Rates so lange zu erfüllen, bis der allukrainische National-Rat ins Leben gerufen wird.

Der Ukrainische Senioren-Rat ist eine politisch-nationale Körperschaft, die die historische Tradition des galizisch-wolhynischen Fürstenstaates, des ehemaligen Reußischen Hauptrates vom 2. Mai 1848, des Ukrainischen Hauptrates vom 1. August 1914, des Allgemeinen Ukrainischen Rates vom 5. Mai 1915 und des Ukrainischen Nationalrates vom 19. Oktober 1918 übernommen hat.

Der Reußische Hauptrat in Lemberg hat sich Verdienste durch sein politisch-nationales Programm erworben und auch dadurch, daß er im Jahre 1848 ein Regiment der ukrainischen Freiwilligen organisierte; der Ukrainische Hauptrat in Lemberg rief während des Weltkrieges im Jahre 1914 die Legion der ukrainischen "Sič"-Schützen ins Leben; der Ukrainische Nationalrat in Lemberg vom Jahre 1918 bildete in Übereinstimmung mit dem Selbstbestimmungsrecht der Völker die ukrainische Regierung und eine eigene west-ukrainische Armee und gab die Initiative zur Bildung der ukrainischen Kampforganisation

UWO (Ukrainische Militärorganisation), die durch die OUN ersetzt wurde.

Die ukrainische nationale Staatsidee, die von dem Ukrainischen National-Rat repräsentiert wurde, wurde nach der Besetzung der westukrainischen Nationalrepublik durch die polnische Armee im Jahre 1919 von dem legalen ukrainischen Staatszentrum im Exil und durch die Kampforganisation¹⁾ repräsentiert. Von hier aus führte einerseits die ukrainische Exilregierung diplomatische Aufklärungsarbeit auf internationalem Boden und andererseits die Kampforganisation unmittelbar den Kampf mit der Besatzungsmacht in der Ukraine selbst.

Die Befreiung unseres engeren Vaterlandes dank des genialen Entschlusses des großen Führers Adolf Hitler und der unbesiegbaren Armee des Großdeutschen Reiches, stellte den Ukrainischen Senioren-Rat als den Wortführer des politischen Gedankens der Bevölkerung im ganzen Lande, vor sehr verantwortliche Lebensaufgaben. Der Senioren-Rat muß die Verantwortung für das soziale und gesellschaftliche Leben (suspilne i hromadske žytt' ja) übernehmen und bei dem Aufbau des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens mithelfen.

Der Senioren-Rat hat zu seinem Ehrenpräsidenten Seine Excellenz, den Metropolitan Andrij Šeptyskyj gewählt. Zum Präsidenten wurde Dr. Kost' Levyčkyj, zu seinen Stellvertretern Monsignore Prof. Dr. Juljan Dzerovyč und Prof. Luka Turčyn und zum Sekretär Prof. Jaroslav Bileškyj ernannt. Der Ukrainische Senioren-Rat wurde mit dem Kooptierungsrecht ausgestattet, mit der Absicht, daß durch ihn alle Gebiete der West-Ukraine vertreten werden sollen.

An dem für das ganze ukrainische Volk freudigen Tage der Befreiung der Hauptstadt der Ukraine - Kiev - durch die heldenhafte deutsche Armee, ruft der Ukrainische Senioren-Rat in Lemberg die Bevölkerung aller ukrainischen Westgebiete zur Einigkeit und Disziplin bei der Erfüllung der Bürgerpflichten und zur angemessenen Zusammenarbeit mit den Behörden der deutschen Staatsgewalt auf, damit sie, von dem höchsten nationalen Ideal und durch einen politischen Gedanken geleitet, solidarisch und diszipliniert an die Erneuerung der Selbstverwaltungsorgane und an den sofortigen und energischen Wiederaufbau des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens unseres Vaterlandes im Namen der Erfüllung des Staatsideals der geeinten Ukraine herantritt.²⁾

Lemberg, 15. Juli 1941

Dr. Kost' Levyčkyj

Prof. Jaroslav Bileškyj

Präsident

Sekretär

1) Gemeint ist: UVO (Ukrainische Militärorganisation)

2) Archiv der Auslandsverbände der OUN in London

SCHREIBEN DER OUN-R AN DEN SENIOREN-RAT
vom Juli 1941 ¹⁾

"An den Senioren-Rat in Lemberg!

Die Organisation der Ukrainischen Nationalisten hat schon immer gekämpft und kämpft auch weiterhin für die Eigenstaatlichkeit und die territoriale Einheit der Ukraine.

Die OUN vertritt die Ansicht, daß die moralische und politische Konsolidierung der ganzen ukrainischen Nation, die schon immer von der OUN angestrebt wurde, nur auf Grund und im Zuge des Kampfes für die Erneuerung des selbständigen und vereinigten ukrainischen Staates erreicht werden kann.

Die OUN geht in allen Problemen der praktischen Politik von diesen grundsätzlichen Überlegungen aus.

Im Zusammenhang damit und in bezug auf die durch den Krieg geschaffene innen- und außenpolitische Lage glaubt die OUN, daß jeder Versuch, das ukrainische Problem auf der Basis des territorialen Regionalismus (sei es auch für eine kurze Zeit) zu lösen, einen verhängnisvollen Einfluß auf die Lösung des ukrainischen Staatsproblems haben muß. Diese Auffassung muß um so klarer vertreten werden, als unumstritten Tendenzen²⁾ vorhanden sind, dem ukrainischen Volke keinen ukrainischen Staat zu gewähren und die Einheit des ukrainischen Territoriums zu zerstören.

Der Vorschlag des Senioren-Rates, diesen in einen Nationalrat umzuwandeln, ist dem Versuch gleichzustellen, die Lösung des ukrainischen Problems im Rahmen der west-ukrainischen Gebiete zu finden. Der Nationalrat sollte nämlich nur aus den Vertretern der West-Ukraine und mit Befugnissen für das west-ukrainische Territorium gebildet werden. In einer solchen Situation kann die OUN den Vorschlag des Senioren-Rates nicht unterstützen, weil er den ukrainischen Staatsinteressen widerspricht.

Falls sich der Senioren-Rat dagegen in einen allukrainischen Nationalrat um-

1) Archiv der Auslandsverbände der OUN in London

2) Seitens der deutschen Regierung

organisieren wolle, müsse die OUN Einspruch gegen die Grundsätze erheben, auf welchen ein solcher allukrainischer Rat gebildet würde. Die Vertretung im Nationalrat müßte die Lage und die politischen Mehrheitsverhältnisse im Volke, wie auch die bereits erzielte Konsolidierung der ukrainischen politischen Kräfte berücksichtigen. 1)

Die OUN vertritt den Standpunkt, daß die Bildung des allukrainischen Nationalrates, in welchem sich die tatsächlichen politischen Einflüsse des Volkes widerspiegeln und der die grundsätzlichen Forderungen der ukrainischen Nation vertreten würde, einen bedeutenden und nützlichen Faktor darstellen müßte.

Als Vorbedingung zur Bildung des allukrainischen Rates ist weiterhin die Befreiung des ganzen ukrainischen Territoriums von der russischen Besetzung und die Teilnahme der Vertreter aus allen ukrainischen Gebieten anzusehen.

Falls der ukrainische Nationalrat nach den Vorschlägen des Senioren-Rates ohne die Teilnahme der OUN verwirklicht werden sollte, wird die OUN zu der Betätigung eines solchen Nationalrates jeweils nach seinen politischen Entscheidungen Stellung nehmen.

Stepovyj
für die Landesführung der OUN"

DIE OPFER DER NKVD

Verzeichnis der Ukrainer aus dem Bezirk Čortkiv, die nach dem Ausbruch des deutsch-sowjetischen Krieges im Gefängnis der Stadt Uman ermordet wurden. 2)

1. Ing. Petro Turula, geb. in Terebovlja 1907. 2. Mykola Kvasnycja, Absolvent der Theol. Akademie in Lemberg, geb. 1913 in Džuryn, Kreis Čortkiv. 3. Mykola Sysak, Abiturient, geb. in Džuryn. 4. Fed'kiv Zynovij (Kryveňke). 5. Berežanskyj Omeljan (Kryveňke). 6. Bruchal' Stefaniya (Hadynkivci). 7. Bilynskyj Viktor (Tovsteňke). 8. Sorokivskyj

- 1) Gemeint war das Ukrainische Nationalkomitee in Krakau
2) Genaue Wiedergabe der Veröffentlichung in der Zeitung "Nastup" Nr. 48/1941
Die Opfer waren in einem politischen Prozeß am 17. Mai 1941 zu Gefängnisstrafen von 5 bis 10 Jahren verurteilt worden.

Roman (Tovstenke). 9. Velyčenko Mykola. 10. Mastij Ivan. 11. Hončar Mychajlo. 12. Očeretnyj Antin. 13. Soltys Volodymyr (Ulaškyvci). 14. Glembičkyj M. 15. Bala Osyp (Kocjubynci). 16. Savyčkyj. 17. Hončar Mykola, geb. 1921. 18. Uhryn Antin. 19. Masliv Mychajlo. 20. Karatnyk Stepan. 21. Koloda Ivan. 22. Mychajljuk (Hadynkivci). 23. Masliv Antin. 24. Kovalskyj Jaroslav (Čornokinci Velyki). 25. Koval'... Mykolajevyč (Probižna). 26. Hejda Dmytro. 27. Cylynskyj Stepan. 28. Ševčuk M. A. 29. Osadca J. A. 30. Kučorskyj P. M. 31. Djak E. A. 32. Bodnar I. D. 33. Baran V. M., geb. 1921. 34. Lytvynjuk D. P. 35. Hluch I. H. 36. Ivanciv D. Ju. 37. Jaremko J. S. 38. Sovečkyj. 40. Chaba. 41. Hrabeč. 42. Domylyšyn. 43. Janyčkyj. 44. Fedorciv. 45. Havrylyšyn. 46. Hucal E. S. 47. Holovinskyj D. oder O. I. 48. Olijnyk P. S. 49. Holodivskyj I. Ja. 50. Mel'nyk M. S. 51. Proval'nyj I. P. 52. Tretjak V. Ja. 53. Holubovyč V. K. 54. Ljubinečkyj I. 55. Malyčkyj L. Ja. 56. Medvid' I. N. 57. Pročkyj L. oder R. S. 58. Hrebenjuk E. S. 59. Skoropoda P. 60. Kazanovskyj Bohdan. 61. Volochatjuk (L) A. 62. Haljas. 63. Kovjak H. 64. Maňko P. A. 65. Cymbaljuk M. 66. Zahorodnyj. 67. Caruk P. 68. Hrehoraščuk P. M. 69. Sahan (Sohan) A. 70. Maruk. 71. Jurkevyč Evhen (Paß aus Horodyšče). 72. Vinjavka Pavlo Illič. 73. Dyč (oder Heč) Il'ko (Zolotyj Potik). 74. Zaporožec A. P. (Vasil'kiv). 75. Caruk (Čortkiv). 76. Fedorovyč (polnisches Dokument). 77. Telepko Ivan Dan (Čortkiv). 78. Mychajljuk. 79. Šurgot. 80. Atamanjuk. 81. Džolk. 82. Kozlovskyj. 83. Korotnyk. 84. Kozak.

VERZEICHNIS DER ZEITUNGEN UND ZEITSCHRIFTEN, DIE
NACH DEM 22. 6. 1941 IN DER OST-UKRAINE ERSCHIENEN

(Nach Angaben des Deutschen Nachrichtenbüros in Rowno betrug ihre Gesamtauflage Ende 1942 500 000 Exemplare.)¹⁾

<u>Ortschaft</u>	<u>Titel der Zeitung</u>
Antoniny	Svitlyj promiń
Arbusynka	Ukraїnski Visti
Aleksandrija	Ukraїnskyj Bjuleteń
Berdyčiv	Nova doba
Bohuslav	Zvil' nena Ukraina
Bila-Cerkva	Dzvin Voli
Bar	Tyžnevnyk Ťarskoj Okruhy
Blyznychy	Blyznychycki Visti
Bobryneč	Bobrynečki Visti
Bohoduchiv	Ridnyj Kraj
Berdjansk	Svitanok
Berestja Lytovske	Naše Slovo
Vynnyčja	Vynnyčki Visti
Vasyl' kiv	Vasyl' kivski Visti
Voznesensk	Novyj Čas
Verchodniprovsk	Verchodniprovska Hazeta
Hajsyn	Hajsynski Visti
Hadjač	Hadjačka Hazeta
Horlivka	Ukraїnskyj Donbas
Dnipropetrovske	Dnipropetrovska Hazeta
Dubno	Školjaryk
Dunaivci	Urjadovi Dunajevečki Visti
Zaslav	Zaslavski Visti
Zvenihorodka	Ridne Slovo
Zolotonosja	Ukraїnske Slovo
Zvjahel'	Zv-jahel'ske Slovo
Zolotonosja	Zolotoniški Visti
Zaporižžja	Nove Zaporižžja

1) Verlags- und Vertriebsbericht des DNB in Rowno

<u>Ortschaft</u>	<u>Titel der Zeitung</u>
Žytomyr	Holos Volyni
Žytomyr	Vyzvolena Ukraïna
Ivankiv	Ivankiv'ski Visti
Kostopil'	Kostopil'ski Visti
Kostopil'	Ukrainska Dytyna
Kostopil'	Ukraïna
Kam-janeč-Podil'skyj	Podoljany
Krem-janeč	Krem-janečkyj Visnyk
Kyiv	Ukrainske Slovo, "Litavry"
Kyiv	Ostanni Visti
Kozjatyn	Nove Žittja
Kirovohrad	Ukrainski Visti
Kirovohrad	Dzvin
Kirovohrad	Ukraïnskyj Holos
Kirovohrad	Kirovohrad'ski Visti
Kalynivka	Kalyniv'ski Visti
Kozjatyn	Kozjatyn'ska Hazeta
Korostyšiv	Korostyšiv'ski Visti
Konstjantynohrad	Konstnatynohrad'ski Novi Visti
Kupjansk	Novyj Čas
Kryvyj Rih	Dzvin
Kamjanske	Kam-jansk'i Visti
Kremenčuk	Dniprova Chvylja
Kremenčuk	Večirnij Lystok
Konotop	Vyzvolennja
Kovel'	Kovel'ski Visti
Korsuň	Korsuň'ski Visti
Kachivka	Ukrainska Hazeta
Konstjantynivka	Vidbudova
Lučk	Ukraïnskyj Holos
Ljuboml'	Naš Visti
Lityn	Lityn'ski Visti
Lubni	Lubenskyj Visnyk
Lochvycja	Visti Lochvyččyny
Minivci	Visti
Myrhorod	Myrhorod'ski Visti
Melitopol'	Melitopol'skyj Kraj
Mykolaïv	Ukraïnska Dumka

<u>Ortschaft</u>	<u>Titel der Zeitung</u>
Novoheorhijevsk	Ukraïnska Dumka
Nikopil'	Promiñ
NiŽyn	NiŽynski Visti
Olevsk	Olevski Visti
Oster	Novyj Šljach
Oster	Visti Osterščyny
Ochtyrka	Holos Ochtyrščyny
Proskuriiv	Ukraïnskyj Holos
Pyrjatyn	Ridna Nyva
Pinske	Pinska Hazeta
Perejaslav	Perejaslavski Visti
Poltava	Holos Poltavščyny
Pervomajsk	Nove Žyttja
Petrynivka	Novyj Čas
Pavlohrad	Ukraïneć
Pryluky	Visti Pryluččyny
Rivne	Volyñ
Rivne	Orlenja
Rivne	Ukraïnskyj Chliborob
RuŽyn	RuŽynskyj Visnyk
Romyn	Vidrodžennja
Sarny	Holos Sarnenščyny
Symferopol'	Holos Krymu
Smila	Ukraïnski Novyny
Slovjanske	Donećka Hazeta
Synkiv	Žyttja Synkivščyny
Sumy	Sumski Visti
Smolensk	Ukraïnski Novyny
Starokostjantyniv	Nove Žyttja
Tarašča	Vidrodžennja
Tarašča	Ostanni Visti
Tarašča	Taraščanski Visti
Tal'ne	Tal'nivskyj Visnyk
Umañ	Umañskyj Holos
Šepetivka	Nova Šepetivščyna
Šostka	Novyj Čas
Černihiv	Ukraïnske Polissja
Čudniv	Vyzvolena Ukraïna

<u>Ortschaft</u>	<u>Titel der Zeitung</u>
Čerkasy	Ukraïnska Dumka
Charžynsk	Charžynski Visti
Cherson	Holos Dnipro
Chorol	Za krašče žyttja
Charkiv (dann Poltava)	Nova Ukraïna
Juzivka	Donečkyj Visnyk
Iarmolivne	Virnym Šljachom
Jahotyn	Ridna Nyva

Laut Erklärung A. Rosenbergs vom 14. 6. 1942 erschienen in RK-Ukraine 189 ukrainische und 6 deutsche Zeitungen. ¹⁾

POLITISCHE EINFÜHRUNG ZUM JAHRESBERICHT DES DEUTSCHEN NACHRICHTENBÜROS IN ROVNO (Ende 1942) ²⁾

Vertraulich !

Dem Deutschen Nachrichtenbüro im Reichskommissariat Ukraine ist von Anfang an neben der reinen pressemäßigen Arbeit auch eine wichtige politische Aufgabe erwachsen, die sich aus der allgemeinen Lage des Landes ergab:

Die Bolschewisten haben nach ihrem Abzug aus der Ukraine ein politisch-propagandistisches Vakuum hinterlassen, das die Führung der deutschen Verwaltung vor eine sehr ernste Entscheidung gestellt hat. Der politisch-propagandistische Apparat der Sowjets in der Ukraine war sehr stark ausgebaut und verfügte über eine große Schlagkraft. Die kommunistische Partei mit ihren Überwachungsorganen, das weit verzweigte Presse- und Rundfunknetz, die propagandistischen Erfassungsmöglichkeiten der Bevölkerung in den Jugendorganisationen, der Armee, in den Kol- und Sowchosen, das alles hörte mit dem Einzug der deutschen Truppen auf.

Die deutsche Militärverwaltung hat in der Erkenntnis der Gefahr eines solchen

1) "Ukrainskyj Visnyk" vom 28. 6. 1942

2) Archiv: Osteuropa-Institut, München

Vakuums in erster Linie die Propaganda-Abteilung Ukraine eingesetzt, die in den wenigen Monaten ihrer Tätigkeit große Arbeit geleistet hat. Die heute im RKU bestehenden etwa 70 Zeitungen wurden mit wenigen Ausnahmen fast alle von der Prop. -Abteilung Ukraine ins Leben gerufen. Sie hat ferner viele Aufklärungs-Vorträge veranstaltet und das national-kulturelle Leben der ukrainischen Bevölkerung auf den Gebieten des Theaters, der Gesangs- und Bildungsvereine, des Schulwesens und dergl. mehr, weitgehend als wirksames Mittel zur Entbolschewisierung gefördert.

Die Versorgung der Presse mit Nachrichten und sonstigem Pressematerial durch die Propaganda-Abteilung Ukraine war indes nur sehr spärlich, wodurch den Zeitungen ein großer Spielraum für Eigenarbeit übrigblieb; die meisten Blätter nutzten diesen Umstand zur reichen Ausschachtung literarischen Materials nationalen Inhalts aus, was als Reaktion auf die langjährige geistige Knechtschaft des jüdisch-bolschewistischen Systems durchaus verständlich erschien. Der große Hunger der Ukrainer nach dem geschriebenen Wort, ihre Aufgeschlossenheit für das neue "europäische" Gedankengut, der schier elementare Drang nach einer nationalen geistigen Entfaltung gab für die Betätigung der Prop. -Abteilung Ukraine einen günstigen und zugleich dankbaren Boden ab.

Die Presse- und Kulturpolitik der deutschen Militärverwaltung hat zwar an den durch die Prop. -Abteilung Ukraine geschaffenen Tatbestand angeknüpft, sonst aber eigene Wege beschritten. Dies hat bei der Intelligenz sehr bald den Eindruck erweckt, als ob die Haltung der Zivilverwaltung den nationalen und kulturellen Belangen des Ukrainertums gegenüber von der Einstellung der Militärverwaltung angeblich stark abweiche.

Die propagandistische Einwirkung auf die Bevölkerung blieb indes nach wie vor, ja noch in erhöhtem Maße, der Presse vorbehalten, nachdem die anscheinend ursprünglich bestehende Absicht, die gesamte ukrainische Presse zu verbieten und die deutsche Ukraine-Zeitung mit einer ukrainischen Seite auszustatten, fallen gelassen wurde. Aus diesem Grunde wurde die Eigenarbeit der Zeitungen auf höchstens 25 v. H. des Inhalts beschränkt und dem Deutschen Nachrichten-Büro gewissermaßen die Aufgabe einer Hauptschriftleitung der gesamten ukrainischen Blätter übertragen. Dadurch ist auch der Inhalt - namentlich der ukrainischen Dienste des DNB - von der Politik des

Reichskommissars maßgeblich bestimmt. Durch eine Reihe von Anordnungen und Weisungen des Reichskommissars wurde der Rahmen der Nachrichtengebung insbesondere für die ukrainische Korrespondenz allmählich auf das dringendste eingeeengt.

Der DNB-Dienst darf in der Hauptsache nur Meldungen militärischen Charakters enthalten. Meldungen über Freiheits- und Unabhängigkeitsbestrebungen, über nationale Regungen und Äußerungen oder kommunistische Bewegungen in anderen Ländern sind gesperrt. Meldungen aus kleineren Ländern oder aus Feindstaaten werden nach strenger Auswahl gebracht.

Ist die Einengung des DNB-Dienstes zum größten Teil durch die propagandistischen Erfordernisse der Kriegsführung bedingt, so sind die Einschränkungen für die ukrainische Korrespondenz vornehmlich auf die Politik des Reichskommissars dem Ukrainertum gegenüber zurückzuführen.

Die Richtlinien für die deutsche und ukrainische Ausgabe der ukrainischen Korrespondenz sind jedoch nicht in allen Fragen die gleichen. So sind z. B. Nachrichten aus dem Kulturleben des ukrainischen Volkes für die deutsche Ausgabe restlos gesperrt, offenbar in der Absicht, in der deutschen Öffentlichkeit eine Vorstellung von einem kulturellen Eigenleben oder irgendeiner Kulturleistung des ukrainischen Volkes nicht aufkommen zu lassen. Die entsprechende Verfügung lautet: "Wie Ihnen bereits mitgeteilt (mündlich), darf in Zukunft keinerlei Berichterstattung über das ukrainische Kultur- und Kunstleben erfolgen. Verboten ist also jede Berichterstattung über Trachtenfeste, Konzerte, Proswita-Veranstaltungen usw. Selbst wenn von anderer Seite versucht werden sollte, eine Berichterstattung über irgendwelche Veranstaltungen mit der Teilnahme deutscher Behörden oder Wehrmachtsvertreter zu begründen, so ist diese Berichterstattung abzulehnen". Aus diesem Grunde ist z. B. die Nennung von Namen ukrainischer Künstler, die in deutschen Veranstaltungen auftreten, untersagt. In diesem Sinne ist auch folgende Weisung des Reichskommissars zu verstehen: "Schewtschenko-Feiern (der größte ukrainische Dichter-Heros) in Anwesenheit des Generalkommissars sind unmöglich, weder jetzt noch in Zukunft". Es entspricht den gleichen Weisungen, wenn z. B. über den ukrainischen Volksbildungsverein Proswita in dem deutschen Text der ukrainischen Korrespondenz "bis zur Regelung dieser Frage. . . ." nicht berichtet werden darf. Der seit einigen Monaten angekündigte Erlaß über Proswita ist jedoch bis jetzt noch nicht erschienen. Für beide Ausgaben sind u. a. folgende Bezeichnungen verboten: Universität, Fakultät, Student, Hochschule, Semester, Poliklinik

u. a. m. Diese Verfügung ist darauf zurückzuführen, daß außer einer vierklassigen Volksschule keine anderen Lehranstalten in der Ukraine bestehen dürfen. Meldungen über "Soziale Betreuungen" sind unzulässig. Hingegen muß die "unsoziale Sowjetunion" in verstärktem Maße angeprangert werden. Desgleichen ist für beide Texte die Kritik an dem von den Ukrainern verhaßten bolschewistischen "Stachanow"-System untersagt. Aus der ukrainischen Geschichte dürfen nur solche Themen behandelt werden, die nicht geeignet sind, das Bewußtsein einer nationalen Tradition zu stärken. So war z. B. verboten, seinerzeit über den Todestag Petluras, der von einem bolschewistischen Juden 1924 in Paris ermordet wurde, zu schreiben, obgleich Petlura heute allgemein im ukrainischen Volke als Symbol des nationalen Kampfes gegen den Bolschewismus und das Judentum¹⁾ fortlebt und auch von den Sowjets als solcher bekämpft wird. Es ist sogar versucht worden, Artikel durch das DNB in der Presse zu verbreiten, in denen im Stile eines bolschewistischen Propaganda-Jargons dem ukrainischen Volke begreiflich gemacht werden sollte, daß ein Streben nach nationaler Eigenständigkeit ein ruchloses Unterfangen und Verrat an der ukrainischen Sache sei. Das DNB lehnte dieses Ansinnen ab, aus der Überzeugung, daß, abgesehen von dem Stil, die pressemäßige Behandlung einer solchen heiklen Frage im gegenwärtigen Augenblick weder angezeigt noch der Sache dienlich sein könnte. Trotzdem wurden solche Artikel auf anderem Wege einigen ukrainischen Blättern aufgezwungen, was lediglich Mißstimmung bei den Ukrainern hervorrief und der Feindpropaganda nur Nahrung bot.

Aus diesen kurzen Hinweisen erhellt die Grundlinie der Presse- und Propagandapolitik des Reichskommissars und läßt darüber hinaus auch die politische Haltung der deutschen Zivilverwaltung dem Ukrainertum gegenüber erkennen; die Geringschätzung, ja die Mißachtung oder Verkennung nationaler, kultureller, wirtschaftlicher und nicht selten gewöhnlicher menschlicher Belange des ukrainischen Volkes und seiner historischen Gegebenheiten, wie etwa die freundlichen Gefühle dem deutschen Volke gegenüber und die Feindschaft, die es dem Moskowitertum und Polentum - vom Judentum ganz zu schweigen -²⁾ entgegenbringt, hat das Aufkommen einer Stimmung begünstigt, die die propagandistische Leistung auch des deutschen Nachrichtenbüros in zunehmendem Maße als fragwürdig erscheinen läßt. So hat die einjährige Arbeit in der Ukraine die Erfahrung erhärtet, daß eine Propaganda, die nicht die Seele eines Volkes unmittelbar anspricht, und die überdies zu der harten Wirklichkeit des Alltags

1) Petlura war für das ukrainische Volk nie ein Symbol des Antisemitismus gewesen.

2) In der neueren Geschichte des ukrainischen Volkes hat der Antisemitismus nie die Formen einer organisierten, ernst zu nehmenden Bewegung angenommen.

oft im krassen Widerspruch steht ein sowohl undankbares als auch fruchtloses Unterfangen ist..

In dem hier nur skizzenhaft gezeichneten Bild der Politik in der Ukraine wieder spiegelt sich ein Schicksal des ukrainischen Volkes, das von allen denkenden Menschen dieses Landes als tragisch empfunden wird: Ein dem deutschen Reich stets freundlich gesinntes Volk, das wegen dieser nicht allein gefühlsmäßig bedingten Haltung von den beiden gemeinsamen Feindvölkern, den Russen und Polen, gehaßt und verfolgt wird, erleidet heute nach der Befreiung von seinen Erbfeinden, ein Schicksal, das in seinen politischen Konturen als schwerer und trostloser empfunden und erlebt wird, als das zur Zeit der Russen und Polen.

Stellungnahme Dr. Markull's zum Bormann-Brief 1)

ABSCHRIFT

Berlin, den 5. 9. 1942

Herrn Reichsminister
im Hause

In der Anlage überreiche ich eine Aufzeichnung mit Stellungnahme vom 19. 8. 42 meines Mitarbeiters Dr. Markull zum Bormann-Brief vom 23. 7.

Ich darf bitten, die Aufzeichnung als persönlich überreicht zu betrachten und sie wegen des ernsten Inhalts mir wieder persönlich zurückzugeben. Die angeschnittene Frage ist für unsere gesamte Ostpolitik von so grundsätzlicher Natur, daß ich glaube, sie Ihnen nicht vorenthalten zu dürfen.

gez. Leibbrandt.

Entwurf!
5 Exemplare

1. Exemplar
Berlin, den 18. 9. 1942

/ Geheime Reichssache /

Zum Bormann-Brief

Am 23. 7. 1942 hat Reichsleiter Bormann ein Schreiben an den Minister gerichtet, das in 8 Punkten die Grundsätze wiedergibt, die der Minister in den be-

1) Archiv: Osteuropa-Institut, München

setzten Ostgebieten durchführen soll. Der Minister hat daraufhin in einer Meldung an den Führer vom 11. 8. 42 eingehend erläutert, inwieweit diese Grundsätze schon jetzt verwirklicht bzw. der verfolgten Politik zugrundegelegt würden.

Wer diesen Briefwechsel liest, dem fällt als hervorstechendes Merkmal die vollkommene Übereinstimmung der Auffassungen ins Auge. Dem Minister sind offenbar 2 Punkte besonders wichtig gewesen: der 1. betrifft die Sicherung der deutschen Herrschaft gegen den slavischen Volksdruck, der 2. die unumgänglich nötige Vereinfachung der Verwaltung. Hier handelt es sich in der Tat um entscheidende Fragen, auf die noch näher eingegangen werden muß.

Im übrigen erhebt der Minister nicht nur keinerlei Einwendungen gegen die Grundsätze oder auch nur die Formulierungen Bormanns, er nimmt sie vielmehr zur Grundlage seiner Antwort und bemüht sich um den Nachweis ihrer Verwirklichung. In einer Abteilungsleiterbesprechung jedoch, in der das Bormannsche Schreiben von Hauptmann Zimmermann mitgeteilt wurde, erhoben sich sofort schwere Sorgen sowohl wegen der Formulierung wie auch wegen der künftigen Ausrichtung unserer Ostpolitik. Um die Berechtigung dieser Sorgen zu prüfen, geht man am besten von einer Fiktion aus, die deutlich zeigt, wie die Lage ist.

I.

Man nehme an, das Bormannsche Schreiben ginge als Ministerialerlaß an die Reichskommissare. Da der Minister ja anscheinend die gleichen Anschauungen hat, ist diese Annahme keinesweg unwirklich. Da das Ostland ein Sonderfall ist und im übrigen die Ukraine politisch auch das wichtigste Gebiet sein bzw. werden dürfte, soll vorwiegend von den dortigen Verhältnissen ausgegangen werden.

1. Die Wirkungen eines solchen Ministererlasses zeigen sich am klarsten an den Menschen, die ihn in die Praxis umsetzen sollen. Gerade der hier unterstellte Erlaß aber würde besonders wirkungsvoll und meinungsbildend sein, aus Gründen, die noch zu erörtern sind. Denkt man sich die Formulierungen des Bormannschen Schreibens übersetzt in die Sprache eines Angehörigen der deutschen Zivilverwaltung, so kommen etwa folgende Anschauungen heraus:

"Die Slaven sollen für uns arbeiten. Soweit wir sie nicht brauchen mögen sie sterben. Impfzwang und deutsche Gesundheitsfürsorge sind daher überflüssig. Die slavische Fruchtbarkeit ist unerwünscht. Sie mögen Präservative benutzen oder abtreiben, je mehr desto besser. Bildung ist gefährlich. Es genügt, wenn sie bis 100 zählen können. Höchstens die Bildung, die uns brauchbare Handlanger schafft, ist zulässig. Jeder Gebildete ist ein künftiger Feind. Die Religion lassen wir ihnen als Ablenkungsmittel. An Verpflegung bekommen sie nur das Notwendige. Wir sind die Herren, wir kommen zuerst."

Diese Sätze sind keineswegs überspitzt. Sie werden vielmehr Wort für Wort vom Geist und Text des Bormann-Briefes gedeckt. Schon hier erhebt sich die Frage, ob diese Auswirkung im Reichsinteresse erwünscht ist. Es dürfte nicht zweifelhaft sein, daß diese Auffassung im ukrainischen Volk bekannt wird. Ähnliche Meinungen bestehen ja schon heute. Wer die Verhältnisse kennt, weiß, daß diese Auffassungen zum Teil wörtlich mit dem übereinstimmen, was die bolschewistische Propaganda als Meinung der Faschisten den Massen eingehämmert hat. Die politischen Auswirkungen davon liegen auf der Hand.

2. Indessen bedarf es der zu 1. gemachten Annahme gar nicht. Die oben genannten Ansichten über unsere Stellung im Osten sind schon jetzt lebendige Wirklichkeit.

Der Reichskommissar für die Ukraine hat in drei aufeinander folgenden Reden, bei der Eröffnung des Deutschen Hauses am 16. 4. 42, zum Geburtstag des Führers und zur Errichtung des Parteibereichs seine Auffassung über das von ihm regierte ukrainische Volk dargelegt. Er hat dort und auch sonst mehrfach erklärt, dies Volk stünde tief unter uns und solle Gott danken, daß wir es am Leben ließen. Wir hätten es befreit, dafür hätte es jetzt kein anderes Ziel zu kennen als für uns zu arbeiten. Irgendeine menschliche Gemeinsamkeit mit ihm gäbe es nicht. Eine "weiche" Politik des Verständnisses käme nicht in Frage. Gebietskommissaren mit gutem Verhältnis zur Bevölkerung mißtraue er von vornherein. Die Berliner Politik mache er keinesfalls mit.

Diese Ausführungen seien kurz durch einige Redewendungen ergänzt, die jeder Besucher und Mitarbeiter der dortigen Zivilverwaltung aus eigener Kenntnis bestätigen kann. Sie sind der täglichen Erfahrung entnommen und zeigen besonders deutlich, wie gut der Boden für den Bormann-Brief vorbereitet ist:

"Genau genommen sind wir ja hier unter Negern" (Besprechung der Kulturabteilung April 42).

"Die Bevölkerung ist doch nur dreckig und faul". (Dies war eine Meinung aus dem Winter. Im Frühjahr waren dieselben Leute entgegengesetzter Ansicht).

"Wer bei mir Intelligenz verrät, wird erschossen". (Gebietskommissar Kreisleiter Becher, Gaiszin).

"Wir müssen es darauf anlegen, immer eine Gruppe gegen die andere zu hetzen". (Vor allem von der Polizei oft wiederholt).

"Wir holen hier nur heraus, was wir brauchen, das übrige kann verludern". (Von Wirtschaftsfunktionären geäußert).

"Bei allen unangenehmen Sachen muß das Odium auf die ukrainischen Rayonchefs fallen". (Allgemeine Verwaltungsmaxime).

Hinzuzufügen wäre noch, daß z. B. der Kreisleiter Knuth, den der Gauleiter trotz schwerster Angriffe gegen seine geschäftliche Sauberkeit immer noch hält, zur Kiewer Frage in Gesprächen erklärt hat, Kiew müßte durch Seuchen entvölkert werden. Es wäre überhaupt am besten, wenn der überflüssige Bevölkerungsanteil verhungerte. Aus den gleichen Kreisen wurde die Sprengung des berühmten Lavraklosters, die trotz der Bewachung durch die SS, kurz nach dem Besuche Tisos erfolgte, durchaus begrüßt, da man irrigerweise annahm, dies Ereignis schwäche das ukrainische Nationalbewußtsein, während in Wirklichkeit das Gegenteil eintrat.

3. Es besteht jedoch in diesen Auffassungen in der Ukraine keine Einheitlichkeit. Man wird sogar sagen können, daß nur die persönliche Umgebung Kochs und die von ihm ausgesuchten Mitarbeiter diese Politik vertreten. Fast alle Abteilungsleiter bei der Behörde in Rowno dagegen erklären mehr oder weniger offen diese Ansichten für unheilvoll und rücken davon ab. Im Gefühl dieser Gegnerschaft hat der Reichskommissar seinen Abteilungsleitern vor einigen Wochen in einer Besprechung erklärt, es gäbe unter ihnen zwei Gruppen, die einen arbeiteten offen gegen ihn, die anderen täten es heimlich.

Vollends unter den Gebietskommissaren sind mindestens 80 % gegen die geschilderten Auffassungen. In vielen Besprechungen bei den Generalkommissaren ist von ihnen zum Ausdruck gebracht worden, daß man das Volk anständig und verständnisvoll behandeln müsse, daß es eine überraschend hohe kulturelle

Begabung besitzt, daß die Arbeitsleistungen gut seien, daß wir aber im Begriffe wären, ein kostbares Kapital an Dankbarkeit, Liebe und Vertrauen zu verwirtschaften. Man hört laufend Urteile wie die folgenden:

"Wenn diese Politik weitergeht, gibt es ein Unglück." - "Diese Scharfmacher ziehen uns nur den Haß der Ukrainer auf den Hals." - "Wir stehen heute schon auf verlorenem Posten" usw.

Die falschen Auffassungen vom Herrenmenschentum sind im übrigen nur geeignet, die Disziplin der eingesetzten Männer zu lockern. So heißt es im Bericht des Generalkommissars Kiew März 1942:

"Es zeigt sich, daß bedauerlicherweise auch Strafsachen von Reichsdeutschen in größerer Zahl anfallen. Es ist zu hoffen, daß die Arbeit der Gerichte bald die nicht in die besetzten Ostgebiete gehörenden Elemente ausmerzen und dazu beitragen kann, daß an die Gesamthaltung eines jeden Reichsdeutschen im besetzten Gebiet allgemein erhöhte Anforderungen gestellt werden."

4. Aber nicht nur mit 80 % seiner Gebietskommissare und Sachbearbeiter, sondern auch mit den Erlassen des Ministers steht die geschilderte Politik des RKU in offenbarem Widerspruch. Der Erlaß vom 22. 1. 41 weist ausdrücklich darauf hin, daß man die Ukrainer nicht als Nigger ansehen oder gar behandeln dürfe. Der Erlaß vom 17. 3. 42 unterstreicht diese Weisung in verschärfter Form. Der Erlaß vom 13. 5. 42 wendet sich gegen die Meinung, daß die Ukrainer überhaupt kein Volk seien und gegen einen falschen Herrenstandpunkt. Trotz einjähriger Bemühungen ist es indessen nicht gelungen, den offiziellen Geist des Reichskommissariats Ukraine zu ändern. Der überwiegende Teil des Verwaltungsführerkorps setzt seine Hoffnungen auf den Minister. Ein Ministerialerlaß im Sinne des Bormann-Briefes würde dort als ein vollkommener Wandel der Auffassungen angesehen und mit tiefer Depression und Schwinden des Vertrauens aufgenommen werden.

Aber dieser Gegensatz zwischen Minister und Reichskommissar ist nicht nur in der Zivilverwaltung selbst, sondern auch in den Obersten Reichsbehörden bekannt geworden. Es haben zahlreiche Besuche von Angehörigen anderer Dienststellen in der Ukraine wie im Ostland stattgefunden. Fast alle Besucher brachten die Überzeugung nach Hause, daß das Ministerium seine Politik dort nicht durchsetzen könne und daß umgekehrt seitens der Reichskommissare, unter Hinweis auf die Stellung des Generalgouverneurs Frank, das Ministerium für vollkommen überflüssig gehalten werde.

5. Es bedarf immerhin der Prüfung, ob eine Übereinstimmung der bisherigen Politik mit dem Bormann-Brief nicht insofern festzustellen wäre, als die angeführten Erlasse und sonstigen Weisungen des Ministeriums lediglich taktisch zu verstehen seien, während im Grunde die gleichen Auffassungen bestünden. Auch das Antwortschreiben des Ministers vom 11. 8. würde ja in die gleiche Richtung weisen.

Dem ist entgegenzuhalten, daß der Minister sehr wohl weiß, daß man einen Kontinent von dem Gewicht des russischen nicht mit politischen Taktiken und vorgespiegeltem Befreiertum, sondern nur mit einer staatsmännischen Konzeption neuordnen kann, die ebenso der politischen Lage wie der Würde des Reiches entspricht. Die immer wieder geforderte differenzierte Behandlung der Völker des Ostraumes geht davon aus, daß diesen Völkern nach der Befreiung vom Bolschewismus selbstverständlich ihr nationales und kulturelles Recht werden müsse. Ohne diese Voraussetzung dürfte die Abkehr vom russischen Reichsgedanken niemals zu erwarten sein.

Die bloß taktische Auslegung der Ministerpolitik verbietet sich aber auch wegen ihrer Inkonsequenz. Denn dann hätte niemals von Befreiung gesprochen werden dürfen. Es dürfte kein Theater offen bleiben, keine Fachschule, kein ukrainisches Universitätsinstitut arbeiten. Es dürften nicht, wie es gegenwärtig geschieht, ukrainische Künstler, Ärzte, Richter zu Kursen nach Deutschland geholt werden. Es dürfte keine ukrainischen, aber auch keine estnischen, lettischen und sonstigen fremdvölkischen Hundertschaften mehr geben. Alle Verbindung mit dortigen Gelehrten, Politikern usw. müßte sofort aufhören (auch im Generalgouvernement). Jeder persönliche Umgang wäre streng zu bestrafen (was allerdings die gesamte Verwaltung lahmlegen würde). Die Neue Agrarordnung müßte bewußt hintertrieben, ihre Durchführung hinausgezögert werden, da mit ihr nur der Aufstiegswille und das Bildungsstreben der Volksmassen gefördert werden kann. Außerdem ist noch zu überlegen, daß die Agrarordnung nach erfolgter Bodenaufteilung ebenfalls vor die Alternative "Landmangel oder intensive Wirtschaft" führt, und daß die einzige mögliche Lösung der intensiven Wirtschaft (noch mehr übrigens die andere der Eroberung weiteren Siedelbodens in Sibirien) ebenfalls die Hebung des Lebensstandards und enges Zusammengehen mit dem Volk voraussetzt. Vollends die Intelligenz müßte überall zurückgedrängt und insbesondere aus den Verwaltungsstellen entfernt werden, wo sie unnötig regieren lernt. Denn gerade sie begreift am schnellsten und heute schon, daß die Ukraine nur als Mittel zum Zweck ausgenutzt, nicht aber in ihrem Eigenleben gefördert werden soll. Damit ergibt sich die weitere Konsequenz eines ungeheuer vergrößerten

Einsatzes deutscher Beamter usw. usw.

Aber auch das würde nichts helfen, da selbst bei Zugrundelegen der Bormannschen Weisungen aus wirtschaftlichen Gründen immer noch die Notwendigkeit einer gewissen Halbbildung bestehen bliebe, die auf kleinen Fachschulen, Lehrlingspressen und ähnlichen zweitrangigen Instituten eine gewisse einseitige Berufsschulbildung - mit der deutschen nicht zu vergleichen - heran-züchten müßte. Hier dürfte der schwerste Rechenfehler der erwähnten taktischen Politik zu suchen sein. Es ist in der Politik nicht möglich, bei Halbheiten stehen zu bleiben. Der Konflikt wird offenbar werden. Er wurde es schon in aller Offenheit, als im Winter die Schulen geschlossen wurden. Selbst das Minimum also, was nach Streichung aller oben angeführten Maßnahmen übrig bleiben müßte, würde in sich den Keim zu einer in wenigen Jahren anwachsenden Widerstandsbewegung tragen. Die Partisanen sind heute, wie ausdrücklich betont sei, noch keine Volksbewegung. Man wird ihnen indessen diese Zukunft nicht absprechen können.

6. Es ergibt sich also folgende Lage: Das Bormannsche Schreiben kann offenbar, obwohl es aus dem Feldquartier stammt, nicht als Ministererlaß herausgehen, weil es die gesamte Politik des Ministers desavouieren würde. Verfolgte seine Politik eine großzügige Konzeption, so wird diese geradezu zer-schlagen. Verfolgte sie nur eine bestimmte taktische Linie, so ist es auch damit vorbei, weil die Kochsche Opposition diese Taktik schon seit Anbeginn abgelehnt und sabotiert hat. Hier muß nochmals auf die augenfällige Übereinstimmung zwischen den Auffassungen Kochs und den Weisungen des Bormann-Briefes hingewiesen werden. Es sei dahingestellt, ob diese Übereinstimmung ein Zufall ist. Das Ergebnis ist jedenfalls, daß Koch gegen den Minister Recht bekommen hat. Es ist nach aller Erfahrung nicht anzunehmen, daß das Bormannsche Schreiben mindestens seiner Tendenz nach den Reichskommissaren auf die Dauer unbekannt bleiben wird. Damit erhebt sich die Frage, ob diese Entwicklung hingenommen und ob es mit der Meldung an den Führer vom 11. 8. 42 sein Bewenden haben kann. Diese Frage kann nur vom Minister selbst entschieden werden.

Immerhin sind folgende Überlegungen von Nutzen:

Seit der Gründung des Ministeriums, die unter dem Grundsatz möglicher Konzentration und Führungseinheit geschah, hat dieser Leitidee entgegen ein immer steigender Machtverlust stattgefunden. Das in der Praxis entscheidend wichtige Verhältnis zur Polizei ist zum Nachteil der Zivilverwaltung entschieden, womit die Einheit der Führung beim Gebietskommissar

aufgelöst ist. Die höheren SS- und Polizeiführer lehnen es ab, den Generalkommissaren die normalen Ehrenrechte wie Meldung u. dgl. zu erweisen. In allen technischen Dingen entscheidet Speer. Die Landwirtschaft ist eine Abteilung des Ernährungsministeriums und des Vierjahresplanes, Forst- und gewerbliche Wirtschaft desgleichen. Die volksdeutschen Fragen zieht immer mehr der Festigungskommissar an sich. In Propagandafragen ist ebenfalls keine Einigkeit der Dienststellen zu erreichen.

Es kann nicht Wunder nehmen, daß nach dieser Entwicklung der Angriff der Obersten Reichsbehörden fortgesetzt und versucht wird, eine Kompetenz nach der anderen herauszulösen. Daß unter diesen Umständen in den Berliner Dienststellen offen davon gesprochen wird, daß der Umbau des Ministeriums in einen bloßen Führungsstab zu erwarten sei, überrascht nicht weiter.

Es ist hier nicht der Ort, auf diese Dinge näher einzugehen. Sie mögen vielmehr nur als der Hintergrund dienen, von dem sich die Notwendigkeit einer grundsätzlichen politischen Klärung umso schärfer abhebt. Das Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete genießt um der Persönlichkeit seines Leiters willen in der Öffentlichkeit einen außerordentlichen Kredit. Es handelt sich dabei nicht um den Kredit eines gewandten Taktikers oder rücksichtslosen Machtmenschen, sondern in richtigem Empfinden um das Vertrauen, das man in klare geistige Lösungen zu setzen pflegt. Auch bei den übrigen obersten Reichsbehörden beruht das Prestige des Ministeriums spezifisch auf dieser Grundlage. Die bisherigen Überlegungen zwingen zu dem Schluß, daß mit der Existenz des Bormann-Briefes diese Grundlage angegriffen ist. Die geschilderte organisatorische Lage wirkt auf die Gefährdung der politischen Linie daher doppelt zurück.

II.

Aus den bisherigen Ausführungen ergibt sich die Notwendigkeit einer Klärung, deren Form und Zeitpunkt dem Minister überlassen werden muß, der sich ja in seinem Schreiben vom 11. 8. 42 den besonderen Vortrag beim Führer vorbehalten hat. Immerhin gibt es einige Punkte, die der Klärung bedürfen.

1. Ohne an den Ausführungen des Reichsleiters Bormann irgendwelche Kritik üben zu wollen, muß doch darauf hingewiesen werden, daß die Formulierungen seines Schreibens die Bedeutung des Einsatzes, um den es geht, nicht immer klar hervortreten lassen. Eine Wendung wie "schwungvoller Handel mit Verhütungsmitteln" sollte besser nicht in Verbindung mit dem Namen des

Führers gebracht werden! Auch die Abruptheit einiger anderer Formulierungen - "Impfen der nichtdeutschen Bevölkerung keinesfalls in Frage", "keinesfalls höhere Bildung", "die Bevölkerung soll kein besseres Niveau bekommen", "keinesfalls deutsche Gesundheitsfürsorge" - dürfte der Schwere der hier auftauchenden geschichtlichen Fragen nicht voll entsprechen. An der Würde des Reichsbegriffs gemessen erscheinen derartige Formulierungen als Weisungen für die deutsche Ostpolitik vollends nichtzulässig.

2. Wie bei Erörterungen der Auffassung des Reichskommissars Koch erwähnt wurde, wird von dieser Stelle eine besonders scharfe Agitation gegen die sog. "weiche" Politik getrieben. Jede verständnisvolle politisch empfehlenswerte Rücksichtnahme auf berechnete Empfindungen fremden Volkstums wird von dieser Seite sofort als Schwäche und Nachlassen des "Herrenbewußtseins" angeprangert. Auch diese Haltung aber gerät in dieselbe Unklarheit, die oben unter I. Ziff. 5 bei der Frage der Taktik erörtert wurde, so wenn Koch sich im "V. B." vom 20. 8. 42 mit Stolz auf die Förderung des kulturellen und geistigen Lebens der Ukrainer beruft. Selbst von dieser Auffassung her ist also die völlige Nichtachtung fremden Volkstums unmöglich. Der unglückselige Herrenkomplex aber verbreitet selbst um einsichtsvolle Maßnahmen jenes Zwielicht geistiger Vorbehalte und taktischer Unaufrichtigkeit, das die zaristische Nationalitätenpolitik charakterisiert. Im übrigen ist es völlig unverständlich, woher die Sorge sich begründen will, wir könnten bei slavischen Völkern "durch irgendwelche Maßnahmen ein Herrenbewußtsein züchten". (Bormannbrief, Punkt 5) Es ist ja doch wohl selbstverständlich, daß eine ukrainische oder estnische Gerichtsbarkeit oder Polizeigewalt selbst über den russifizierten Volksdeutschen undenkbar ist. Niemand kennt das deutsche Volk besser als der Führer. Er weiß genau, daß der Deutsche zuweilen die Neigung hat, zu anständig und sorglos zu sein. Er weiß aber auch, daß die Aufforderung zum Herrmentum, wie sie von Rowno gehandhabt wird, nach aller Erfahrung gerade die schlechten Instinkte zu wecken pflegt. Gewisse Vorfälle aus dem Generalgouvernement (Kreisshauptmann von Hirschfeld, Rittm. von Sahla) sind hier ein warnendes Beispiel. Es muß mit allem Nachdruck klargestellt werden, daß der deutsche Führungsstandpunkt selbstverständlich ist und daß sein ständiges mißtrauisches Überbetonen nur personalpolitische und sachliche Pannen hervorruufen kann.

3. Ein wichtiger Punkt, der unbedingt der Klärung bedarf, sind weiter die zahlreichen Geschichtsisrrtümer, von denen aus die verschiedensten Stellen ihre Meinungen begründen. Die Tätigkeit der Unruh-Kommission war ein Segen. Aber

auch in ihrem Bericht findet sich der verhängnisvolle Glaubenssatz, im Osten habe stets eine dünne Herrenschaft über eine ungeheure dumpfe Masse geherrscht. Das ist historischer Unsinn, insofern als damit gleichsam mechanisch das Funktionieren des Gesetzes der kleinen Zahl bewiesen werden soll. Diese Herrenschaft hat vielmehr nur dann wirklich regiert, wenn sie vernünftig, d. h. mit klugem Eingehen auf die Wünsche der Massen, besonders der Bauern, regiert hat. Es sollte darauf hingewiesen werden, daß seit dem Pugatschew-Aufstand bis in die jüngste Vergangenheit Rußland aus den Bauernunruhen nicht herausgekommen ist, so daß z. B. in den letzten 80 Jahren die erwähnte dünne Herrenschaft vor Angst um ihr Leben in immer steigendem Maße ihre Güter verkaufte - und das unter dem System der Autokratie. - Weiter ist es verkehrt, zu meinen, diese Massen seien dumpf und unwissend. Jeder alte Kriegsteilnehmer von 1915 ist erstaunt über das Zurückgehen des Analphabetentums. Der historische Anschauungsunterricht der letzten 40 Jahre, von der weiteren Vergangenheit zu schweigen, tut ein übriges, um im Verein mit dem Realismus der bäuerlichen Natur diese angeblich dumpfen Massen zu sehr klaren politischen Schlüssen kommen zu lassen. - Weiter ist es falsch, zu meinen, die Intelligenz sei, wie es im Westen vielfach der Fall ist, volksfremd und lediglich klüngelhaft. Das ist richtig hinsichtlich der Theorien, die den Massen im allgemeinen völlig Hekuba sind, nicht aber hinsichtlich der Persönlichkeiten, die vielfach aus dem Bauerntum hervorgegangen sind und eine gefährliche Gabe haben, im kritischen Moment das Volk anzusprechen. Die völlige Mißachtung dieser Intellektuellen, wie sie von manchen Stellen propagiert wird, ist daher nichts weniger als "realpolitisch". erinnert sei an die neueste Propaganda Banderas, der den Gauleiter Koch geradezu als seinen Schrittmacher betrachten darf. - Die Meinung, daß die Ukrainer kein Volk seien, die auch in diesen Zusammenhang gehört, ist in ihrem sträflichen Dilettantismus schon durch den Ministererlaß vom 13. 5. 42 beantwortet worden, scheint aber, wie die Bormannsche Wendung von den "sogenannten Ukrainern" vermuten läßt, noch immer lebendig zu sein. Auch dieser Irrtum, der zugleich zum Konflikt geworden ist, bedarf der Klärung.

4. Nicht zuletzt aber gilt es, gegen einen falschen Begriff von sog. "Realpolitik" Stellung zu nehmen, der einer primitiv-materialistischen Machtvorstellung entspringt. Es scheint zuweilen, als ob der Kampf gegen das Versailler Diktat und die Erfahrung mit soviel nackter Brutalität und Niedertracht auch die deutschen Vorstellungen in verhängnisvoller Weise beeinflußt hätte. Gerade die Zeit nach Versailles aber ist ein eindrucksvoller Beweis für das Wirken geistiger Kräfte, insbesondere der nationalen Idee, von der auch das

Ukrainertum zehrt, mag dieses Volk augenblicklich noch so desorganisiert, unzuverlässig und zur Heranziehung wenig geeignet sein. Daß dies zur Zeit tatsächlich so ist, und daß es nicht zu vertreten wäre, auf die zum Teil ganz unsinnigen Wünsche des Ukrainertums etwa in den Denkschriften des ukrainischen Hauptausschusses vom 11. 6. 41 oder der U. N. O. vom 4. 8. 42 einzugehen, sei ausdrücklich betont. Die Frage ist nur, ob man in überstürzter Schlußfolgerung zu einer rein herrschaftlichen Unterwerfungsmethode gelangt, oder ob man, wie es die ursprüngliche Konzeption des Ministers war, mit den Mitteln der großen Politik die Kräfte der verschiedenen Völker einspannt, für sich gewinnt und im Notfalls gegeneinander einzusetzen in der Lage ist. Der Versuch dieser politischen Lösung des Problems wird allerdings durch eine Wendung wie "die sogenannten Ukrainer" im Keime erstickt. Wir kommen damit zu der Auffassung von der grenzenlosen slavischen Masse, die erst dadurch zu einer Gefahr wird, daß man den vom Großrussentum und von den Bolschewisten durchgesetzten zentralistischen Einheitsbegriff in ihr wach hält. Die in dem Bormann-Brief angedeuteten kleinen Mittel sind von den Bolschewiken in größtem Maßstabe eingesetzt worden, ohne auch nur im geringsten an die Geburtenkraft der slavischen Völker zu rühren. Sie werden wahrscheinlich in den Händen der deutschen Besatzung und Zivilverwaltung verbleiben. Die Seuchen werden ebenso wenig dem russischen oder ukrainischen Volkskörper etwas anhaben, werden sich aber verheerend auf die anderen Völker Europas auswirken. Die entscheidenden Gefahren des slavischen Geburtdrucks liegen nicht in der Zahl der Slaven sondern in einer falschen Ordnung der slavischen Völker. Das beste Mittel, eine slavische Gesamtordnung gegen uns zu erzeugen, dürfte die gemeinsame und einheitliche Unterdrückung der in einen Topf geworfenen Völker durch uns sein. Es geht aber nicht nur um die mangelnde Eignung materialistischer Machtmethode sondern darüber hinaus um die innere Einstellung überhaupt. Die Bandera-Propaganda beweist, und wer als Verwaltungschef in der Ukraine gearbeitet hat, weiß das aus eigener Praxis, wie genau die breite Schicht der intelligenten ukrainischen Mitarbeiter die innersten Gefühle der deutschen Hoheitsträger kennt und registriert. Diese Gefühle planmäßig auf mißtrauisch-verächtliches Abstandhalten ausrichten, bedeutet, daß auch sachlich vernünftige Maßnahmen, wie z. B. die Agrarordnung oder die von Koch in seinem "V. B."-Artikel erwähnte Wiedereröffnung der Theater politisch wertlos gemacht werden. Diese Ausführungen gehen allerdings von der bisherigen allgemeinen Ansicht aus, daß es bei dem herrschenden Menschenmangel und der Knappheit an Sicherungskräften, vor allem aber wegen der Notwendigkeit, die Landwirtschaft in Gang zu halten und noch Arbeiter für das Reich zu gewinnen, wünschenswerter sei, mit dem Volk als gegen es zu regieren.

Die Tatsache, daß am 14. Juli sogar im Kreisgebiet Rowno Partisanenkämpfe stattfanden, bei denen wir Verluste hatten, - 1200 km hinter der Front - sollte uns zu denken geben.

III.

Die vorstehenden Ausführungen mögen sehr scharf erscheinen. Sie sind jedoch diktiert von Sorge und Pflicht. Der Führer selber hat einmal gesagt: "Ein Mensch, der eine Sache weiß, eine gegebene Gefahr kennt, die Möglichkeit einer Abhilfe mit seinen Augen sieht, hat die verdammte Pflicht und Schuldigkeit, 'nicht in aller Stille zu arbeiten, sondern in aller Öffentlichkeit auf- und für seine Sache einzutreten.'" (V. B. vom 10. 7. 35) Diese Mahnung gilt umso stärker, wenn es sich um die Zukunft des Reiches handelt.

1. Die Zwangsherrschaft von Versailles mußte schon deswegen scheitern, weil ohne oder gegen das Reich eine europäische Ordnung nicht denkbar ist. Hinzu aber kam ihre Unaufrichtigkeit, die umso tiefer erbittern mußte, als sie dieselben Ideale verriet, für die angeblich so viel Blut vergossen und die auch Deutschland anzuerkennen bereit war. In Versailles triumphiert noch einmal jener sterile Materialismus der Macht, der auch Ideen nur unter dem Gesichtspunkt der Taktik zu begreifen vermag. Es genügt, an die Sabotage des Minderheitenrechts bis zur Billigung der Mello Francoschen Assimilations-theorie zu erinnern, um zu erhärten, daß das Versailler Diktat nicht nur wegen seines Unrechts an Deutschland sondern vielleicht noch mehr wegen seiner moralischen Zerstörung Europas mit Schuld beladen ist. Das Reich vertritt daher in diesem Kriege nicht nur seine eigene, sondern auch die Sache Europas. Dieses sein doppeltes Recht bedeutet gesteigerte Verantwortung, und diese moralische Verantwortung gibt heute, nach dem Fortfall aller sakralen Grundlagen, dem Begriff des Reiches seinen Gehalt. Zweifellos bedeutet die Verlagerung der Reichsidee von der transzendentalen auf die moralische Ebene eine Verengung, aber ebenso wohl ein Zusammenfassen der Kraft. Das Reich ist heute nicht mehr ein fragloser, sondern ein hochempfindlicher Wert, der sofort an Autorität verliert, sobald seine Moral eine taktische, rein egozentrische wird. Nicht minder aber ist ihm in ganz Mittel- und Ost-Europa eine einzigartige Gehorsamschance geboten, sobald es den alten Kaisergedanken verwirklicht, "ein gerechter Richter zu sein." Diese Verwirklichung kann heute nicht in den Formen irgend einer germanischen Romantik, sondern nur unter Anerkennung der Ideen geschehen, deren Verwirklichung die Völker erhoffen. Die Anerkennung ihres völkischen und kulturellen Rechts ist dazu erste

Voraussetzung. Die Größe der Völker spielt dabei keine Rolle; auch Serbien war klein und vermochte doch soviel Unruhe zu erregen. Jene Anerkennung verlangt ferner, daß die Auseinandersetzung mit dem Slaventum nicht auf der Grundlage amtlich festgesetzter Minderwertigkeit sondern geachteter Andersartigkeit erfolgt. Generalgouvernement und Protektorat umschließen Völker, mit denen in absehbarer Zeit keine ehrliche Aussöhnung mehr denkbar ist. Schon von dort her drohen Gefahren, die allerdings eine rücksichtslose Härte erfordern. Die Millionenmassen der anderen slavischen Völker aber, die heute schon zum Reich gehören und seinen Charakter bestimmen, in die gleiche Todfeindschaft gegen alles Deutsche hineinzutreiben, würde die Verewigung des Versailler Denkens und der Randstaatenpolitik bedeuten. Der SS-Führer, Ministerialdirektor Dr. Best, hat in der Festgabe für Heinrich Himmler diese Einsicht mit den Worten formuliert: "Wer eine Großraumordnung schaffen und erhalten will, muß der Großraumverwaltung das Ziel setzen, die Großraumvölker erhalten und zu fördern. Wer diese Völker nicht erhalten und fördern will, kann keine Großraumordnung schaffen. Vor einer verhängnisvollen Selbsttäuschung muß an dieser Stelle nochmals gewarnt werden: vor dem Wunsche, Heilenvölker zu besitzen und auszunutzen. Alle Vorbilder der Völkergeschichte richten warnende Fanale gegen diese Mißachtung der völkischen Lebensgesetze, die die Völker nur als selbständige Lebensseinheiten und nur als Selbstzwecke menschlichen Lebens kennen."

Eine föderative Ordnung im Ostraum, wie sie die dortigen Völker erträumen mögen, verbietet die politische Lage noch auf lange Zeit. Umso wichtiger wird die verwaltungsmäßige. Im Geist der Verwaltung realisiert sich das Reich. Der Grundgedanke der Verwaltung in den besetzten Ostgebieten aber kann und darf niemals der der Unterwerfung, sondern muß der Gedanke der Führung sein. Führen aber kann man nur, wenn man achtet. Selbst in Indien, das von 370 Millionen gegenseitiger Feinde bevölkert ist, war die Mißachtung der Geführten der wirksamste Grund für Englands "verlorene Herrschaft".

2. Der Grundsatz der Führung steht aber im Gegensatz nicht nur zur Unterdrückung sondern auch zur überorganisierten Verwaltung. Das bedeutet nicht, daß eine gründliche Kenntnis der Verwaltung entbehrlich wäre. Die lockere Form der Führung, besonders über fremdvölkische Verwaltungsbehörden, beherrscht vielmehr nur der, der seinen Kram versteht. Andernfalls wird besonders das Amt des Gebietskommissars von der auch in Deutschland bekannten Sekretärswirtschaft bedroht. Es wäre ein Irrtum zu glauben, die deutschen Hoheitsträger hätten bloß mit weißen Handschuhen zu repräsentieren und

brauchten sich um die Details der Verwaltung nicht zu kümmern. Wofür die preußischen Könige sich nicht für zu gut hielten, das werden die Gebietskommissare erst recht leisten müssen, wenn sie ihr Gebiet wirklich in der Hand haben wollen. Es mag sein, daß der Beamte vielfach zu einer mehr aktenmäßigen Tätigkeit neigt. Wer aber etwas davon versteht, weiß, daß dieser Vorwurf den Verwaltungsbeamten nicht trifft. Gerade er zeichnet sich von jeher durch Wendigkeit und die Gabe raschen Einarbeitens sowie den horror formularis aus. Sitz der Bürokratisierung in den Reichskommissariaten sind vor allem die Zentralstellen. Das Schwergewicht der Büroarbeit ruht unter ihnen auf den Generalkommissariaten, die auch den Gebietskommissaren nahe genug sind, um von ihnen heilsam beeinflußt zu werden. Die Behörden der Reichskommissariate aber sind nach einhelligem Urteil schon heute weit übersetzt. Geschäftsordnungsmäßig und selbst durch vereinzelt Beamtenabbau dürfte hier erfahrungsmäßig kaum etwas zu erreichen sein. Hier hilft nur radikaler Umbau, Zusammenlegung der Abteilungen, Streichen der Papierkontingente. Im einzelnen soll hier keine Kritik geübt werden. Wer die Verhältnisse kennt, kennt auch die Erbitterung der Gebietskommissare über die vielen verwaltungstechnischen Erlasse und ihre inbrünstige Hoffnung auf die Unruh-Kommission. Erfahrungsgemäß wird gerade in den Zentralbehörden der meiste Bürokratismus ausgebrütet. Der Umbau der beiden Reichskommissariate in kleine Führungsstäbe muß daher weiter gefördert werden.

3. Hand in Hand damit muß eine verschärfte Auslese und Personalpolitik gehen. Gebietskommissare, die sich als religiöse Reformatoren fühlen und ausgerechnet den Volksdeutschen ihre Gottesdienste verbieten oder den Ukrainern Kirchengelder beschlagnahmen, sind ebenso wenig am Platze wie solche, die es für Sport erachten, persönlich eingebrachte Gefangene zu erschießen. Die Notwendigkeit einer verschärften Rechtsprechung wurde bereits erwähnt. Sie wird auch im Lagebericht des RKU vom 15. 5. 42 zugegeben. Wichtiger aber ist die vorbeugende politische Ausrichtung, die diszipliniere oder gar strafrechtliche Eingriffe überflüssig macht. Diese Ausrichtung muß unter den Reichsgedanken und die schwere Verantwortung gestellt werden, die er verlangt. Es bedarf der Klarstellung, daß eine Großraumverwaltung, wie sie heute das Reich repräsentiert, nur in hegemonialer Form zu verwirklichen ist. Der Staatslehrer Triepel drückt dies mit den Worten aus, es genüge nicht, daß sich bei den Geführten "ein gehöriges Maß von Fügsamkeit entwickelt; ein solches läßt sich ja schließlich auch durch gewaltsame Mittel bewirken. Vielmehr bedarf es der Herstellung jener seelischen Annäherung, die eine Voraussetzung für Anhänglichkeit und Treue bildet. Es ist, wie bei jedem Führungsverhältnis,

so auch hier von äußerster Wichtigkeit, daß der Geführte im Führer ein Vorbild an geistigem Vermögen, an sittlicher Kraft, an technischer Leistungsfähigkeit erblickt" (Die Hegemome, S. 224). Was hier die Staatslehre fordert, wird in großartiger Form von dem japanischen Verbündeten in seinen neuen "Südbieten" realisiert. Die Richtlinien der asiatischen Großraumverwaltung, die vor kurzem veröffentlicht worden sind, ("Auswärtige Politik", Juli-Heft 1942) geben für eine derartige Reichspolitik die klassischen Formulierungen. Die im japanischen Volkscharakter liegende Gefahr der Anmaßung, des Machtmißbrauchs, der mangelnden Achtung vor fremdem Volkstum, wird hier mit einer Offenheit und von der höchsten amtlichen Stelle durch offenes Ansprechen gebannt, die als Zeugnis unbeirrbarer Sicherheit wirkt. Die realpolitische Auffassung, die sich hier ausspricht, ist der Konzeption des Ministers überraschend verwandt. Diese Konzeption durchzusetzen oder nicht durchzusetzen, wird daher für das Schicksal des Reichsgedankens entscheidend sein.

gez. Dr. Markull

G U T A C H T E N

VON Dr. MARKULL ZUR FRAGE DES UKRAINISCHEN

WAPPENS "TRYSUB"

Der Reichskommissar für die Ukraine

Rowno, 11. Mai 1942

- II c - 3200 -

Vermerk .

Wie Herr Oberregierungsrat Marquardt mit Schreiben vom 6. 5. 42 mitgeteilt hat, wünscht der Gauleiter nicht, daß das ukrainische Wappen, der Trysub, im Siegel der ukrainischen Hilfsverwaltung erscheint. Da es sich um eine Angelegenheit von weittragender Bedeutung handelt, werden nachstehend noch einmal pflichtgemäß die Gründe vorgetragen, die für die Beibehaltung des Trysub im Siegel der Hilfsverwaltung sprechen.

a) Technische Gründe:

Gegenwärtig verhält es sich so, daß wohl überall in den rund 340 Rayons, die

der Zivilverwaltung unterstehen, der Trysub als Siegelzeichen gebraucht wird. Die Einführung eines neuen Siegels stellt also einen förmlichen Eingriff in einen bereits bestehenden und seit Kriegsbeginn stillschweigend gebilligten Zustand dar. Sie muß schon aus diesem Grunde Aufsehen erregen und weitere Kreise ziehen. Es kommt hinzu, daß in den rund 220 Rayons, die z. Zt. noch der Militärverwaltung unterstehen, ebenfalls durchweg der Trysub als Siegel geführt und von der Militärverwaltung geduldet wird. Durch die Einführung eines neutralen Siegels im Bereich des Reichskommissariats wird also in einer Angelegenheit, die über das rein Technische weit hinaus in den politischen Bereich hinüberspielt, eine Uneinheitlichkeit im Gebiet der Gesamtukraine geschaffen, die schon als solche von der Bevölkerung, insbesondere den Verwaltungskräften bemerkt und als Widerspruch empfunden werden wird. Diese Uneinheitlichkeit dürfte sich auch nicht dadurch beseitigen lassen, daß sich die Militärverwaltung den Maßnahmen des Reichskommissariats anschließt, da die Armee schon aus propagandistischen und psychologischen Gründen kein Interesse daran haben kann, den Trysub zu unterdrücken.

Es kommt weiter hinzu, daß der Trysub nicht nur als Siegel, sondern auch als Bild, als Holzschnitzerei, als Plakette usw. in den ukrainischen Verwaltungsstuben zu finden ist. Damit ergibt sich die weitere Unklarheit, ob er in dieser Form gestattet oder ebenfalls verboten werden soll. Auch wenn diese Frage zunächst offengelassen wird, bleibt zu vermuten, daß zahlreiche Gebietskommissare den Trysub auch in seinen übrigen Erscheinungsformen von sich aus verbieten würden, weil damit ihrer Meinung nach den Forderungen der "Konsequenz" und "Einheitlichkeit" Rechnung getragen wird.

b) Damit ergeben sich weiter verwaltungspolitische und geschichtliche Gründe. Der Trysub ist nicht, wie man oft fälschlich hört, ein "Freiheitszeichen" - das sich also primär gegen jede fremde Macht richtet - sondern ein uraltes Volkssymbol, das seit den Tagen Wladimirs des Großen, der es als Siegel und Münzzeichen führte, also seit rund 1000 Jahren, im ukrainischen Volksbewußtsein lebendig ist. Es stellt in dieser Form vermutlich noch ein altgermanisches Hauszeichen, ähnlich dem "Handgemal", dar, wie es der nordischen Herkunft der Kiewer Fürsten entspricht. Sein Verbot, auch nur im Siegel, würde zweifellos - wie der Bericht des Generalkommissars Nikolajew vom 6. 3. 42 und der Vermerk der Abteilung II c vom 28. 4. 42 hervorhebt - der Bandera-Bewegung, die z. Zt. noch wenig Resonanz im Volk besitzt, willkommenen Vorschub leisten. Das gilt umso mehr, als der Trysub, wie ich nach elfmonatigem Landesaufenthalt aus eigener Anschauung weiß, von Lemberg bis

Charkow als anti-bolschewistisches Zeichen neu erwachter kultureller Eigenart verwendet wird. Diese kulturelle Würde nunmehr sehr leicht in eine politische Bedeutung umschlagen können. Gegen Symbole anzukämpfen, ist im übrigen nach aller geschichtlichen Erfahrung die unzweckmäßigste und unglücklichste Form des politischen Eingriffs. Das beweist am besten die Geschichte der nationalsozialistischen Bewegung, die ihren stärksten Antrieb immer gerade aus dem Verbot ihrer Symbole erhielt. Nach alledem besteht die Gefahr, die z. Zt. noch durchaus willige Bevölkerung gerade durch ein derartiges Verbot, das nach dem zu a) Gesagten noch viel weiter greifen dürfte, zu politischer Kritik und stummer Ablehnung zu bringen. Die Verwaltungsführung würde damit erschwert, das Volumen der Arbeitsleistung höchstwahrscheinlich in Mitleidenschaft gezogen werden. Endlich ist verwaltungspolitisch darauf hinzuweisen, daß es durchaus wünschenswert erscheint, gerade manche unpopulären Maßnahmen unter dem Trysub zu veröffentlichen, anstatt unter einem widerwillig ertragenen neutralen Siegel, das eindeutig als deutsches Amtszeichen erscheint.

c) **Rechtliche Gründe:** Es ist vielleicht erforderlich, die Meinung zu berücksichtigen, als stelle die Siegelführung mit dem Trysub einen Anspruch oder gar eine Legalisierung hoheitlicher Befugnisse dar, wie sie der ukrainischen Hilfsverwaltung selbstverständlich in keiner Weise zukommen. Demgegenüber ist darauf hinzuweisen, daß die Siegelführung nach geltendem Recht zunächst nichts weiter als den Ausfluß einer gewissen Verwaltungsträgerschaft darstellt, deren Umfang und Abstufung sich nicht etwa aus dem Siegel selbst, sondern aus den Gesetzen, in diesem Fall aus den Maßnahmen der deutschen Führungsmacht ergeben. Wenngleich z. B. die deutsche Selbstverwaltung mit der ukrainischen Hilfsverwaltung natürlich in keiner Weise verglichen werden kann und darf, so können doch gewisse Grundsätze gerade ihres Rechtes zur Klärung der Rechtslage mit herangezogen werden. Im Reich ist eindeutig festgelegt, daß die Gemeinden (G. V.) grundsätzlich ihr eigenes althergebrachtes Wappen im Siegel zu führen haben. Die Führung des Reichs-Hoheitszeichens ist demgegenüber eine Ausnahme. Darüber hinaus werden Anträge auf Verleihung eines Wappens grundsätzlich entgegenkommend behandelt. Diese Praxis geht von der Erwägung aus, daß es sich bei der Führung eines eigenen Wappens um einen Ausdruck örtlichen oder landschaftlichen Gemeinschaftsbewußtseins handelt, das um seiner besonderen Empfindlichkeit wie auch um seines besonderen Wertes willen zu schonen und zu fördern ist. Aus diesem Grunde ist den Gemeinden die Führung ihres Siegels nicht nur in eigenen, sondern auch in Auftragsangelegenheiten gestattet. Der autoritäre Staat berücksichtigt also

diese örtlichen und stammesmäßigen Besonderheiten selbst im Bereich der Hoheitsverwaltung. Im Raum eines fremden Volkstums kann daraus die Folgerung gezogen werden, daß eine gleiche Verwaltungspraxis umso sicherer als rein kulturelle Rücksichtnahme empfunden wird, als hier von vornherein jedes Mißverständnis eigener hoheitlicher Ansprüche gegenüber der deutschen Führungsmacht ausgeschlossen ist. Die Zulassung des Siegels stellt vielmehr gerade bei der offenbaren Stärke der deutschen Hoheit lediglich eine Geste geschichtlicher Achtung vor dem einheimischen Volkstum dar, wie es der Sprachenerlaß des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete ebenfalls tut. Derartige Maßnahmen sind im übrigen besonders aus der englischen Empireerfahrung unter dem Begriff des "indirect rule" als zweckmäßig, und rechtlich wie politisch unschädlich bekannt geworden.

gez. Dr. Markull

GEHEIME KOMMANDOSACHE !

Der Führer und Oberste Befehlshaber der Wehrmacht F. H. Qu., den 18. 12. 40

OKW/WFSt/Abt. L (I) Nr. 33 408/40 gK Chefs.

Chef Sache 9 Ausfertigungen
Nur durch Offizier 4. Ausfertigung

Weisung Nr. 21

Fall Barbarossa.

Die deutsche Wehrmacht muß darauf vorbereitet sein, auch vor Beendigung des Krieges gegen England Sowjetrußland in einem schnellen Feldzug niederzuwerfen (Fall Barbarossa).

Das Heer wird hierzu alle verfügbaren Verbände einzusetzen haben mit der Einschränkung, daß die besetzten Gebiete gegen Überraschung gesichert sein müssen.

Für die Luftwaffe wird es darauf ankommen, für den Ostfeldzug so starke Kräfte zur Unterstützung des Heeres freizumachen, daß mit einem raschen Ablauf der Erdoperationen gerechnet werden kann und die Schädigung des ostdeutschen Raumes durch feindliche Luftangriffe so gering wie möglich bleibt. Diese Schwerpunktbildung im Osten findet ihre Grenze in der Forderung, daß der gesamte von uns beherrschte Kampf- und Rüstungsraum gegen feindliche Luftangriffe hinreichend geschützt bleiben muß und die Angriffshandlungen gegen England, insbesondere seine Zufuhr, nicht zum Erliegen kommen dürfen.

Der Schwerpunkt des Einsatzes der Kriegsmarine bleibt auch während eines Ostfeldzuges eindeutig gegen England gerichtet.

Den Aufmarsch gegen Sowjetrußland werde ich gegebenenfalls acht Wochen vor dem beabsichtigten Operationsbeginn befehlen.

Vorbereitungen, die eine längere Anlaufzeit benötigen, sind - soweit noch nicht geschehen - schon jetzt in Angriff zu nehmen und bis zum 15. 5. 41 abzuschließen.

Entscheidender Wert ist jedoch darauf zu legen, daß die Absicht eines Angriffes nicht erkennbar wird.

Die Vorbereitungen der Oberkommandos sind auf folgender Grundlage zu treffen:

I. Allgemeine Absicht:

Die im westlichen Rußland stehende Masse des russischen Heeres soll in kühnen Operationen unter weitem Vortreiben von Panzerkeilen vernichtet, der Abzug kampfkraftiger Teile in die Weite des russischen Raumes verhindert werden.

In rascher Verfolgung ist dann eine Linie zu erreichen, aus der die russische Luftwaffe reichsdeutsches Gebiet nicht mehr angreifen kann. Das Endziel der Operation ist die Abschirmung gegen das asiatische Rußland aus der allgemeinen Linie Wolga - Archangelsk. So kann erforderlichenfalls das letzte Rußland verbleibende Industriegebiet am Ural durch die Luftwaffe ausgeschaltet werden.

Im Zuge dieser Operationen wird die russische Ostseeflotte schnell ihre Stützpunkte verlieren und damit nicht mehr kampffähig sein.

Wirksames Eingreifen der russischen Luftwaffe ist schon bei Beginn der Operation durch kraftvolle Schläge zu verhindern.

II. Voraussichtliche Verbündete und deren Aufgaben :

1.) Auf den Flügeln unserer Operation ist mit der aktiven Teilnahme Rumäniens und Finnlands am Kriege gegen Sowjetrußland zu rechnen.

In welcher Form die Streitkräfte beider Länder bei ihrem Eingreifen deutschem Befehl unterstellt werden, wird das Oberkommando der Wehrmacht zeitgerecht vereinbaren und festlegen.

2.) Rumäniens Aufgabe wird es sein, zusammen mit der dort aufmarschierenden Kräftegruppe den gegenüberstehenden Gegner zu fesseln und im übrigen Hilfsdienste im rückwärtigen Gebiet zu leisten.

3.) Finnland wird den Aufmarsch der aus Norwegen kommenden abgesetzten deutschen Nordgruppe (Teile der Gruppe XXI) zu decken und mit ihr gemeinsam zu operieren haben. Daneben wird Finnland die Ausschaltung von Hangö zufallen.

4.) Mit der Möglichkeit, daß schwedische Bahnen und Straßen für den Aufmarsch der deutschen Nordgruppe spätestens von Operationsbeginn an zur Verfügung stehen, kann gerechnet werden.

III. Die Führung der Operationen :

A.) Heer (in Genehmigung der mir vorgetragenen Absichten):

In dem durch die Pripetsümpfe in eine südliche und eine nördliche Hälfte getrennten Operationsraum ist der Schwerpunkt nördlich dieses Gebietes zu bilden. Hier sind 2 Heeresgruppen vorzusehen.

Der südlichen dieser beiden Heeresgruppen - Mitte der Gesamtfront - fällt die Aufgabe zu, mit besonders starken Panzer- und mot. Verbänden aus dem Raum um und nördlich Warschau vorbrechend die feindlichen Kräfte in Weißrußland zu zersprengen. Dadurch muß die Voraussetzung geschaffen werden für das Eindrehen von starken Teilen der schnellen Truppen nach Norden, um im Zusammenwirken mit der aus Ostpreußen in allgemeiner Richtung Leningrad operierenden nördlichen Heeresgruppe die im Baltikum kämpfenden feind-

lichen Kräfte zu vernichten. Erst nach Sicherstellung dieser vordringlichsten Aufgabe, welcher die Besetzung von Leningrad und Kronstadt folgen muß, sind die Angriffsoperationen zur Besitznahme des wichtigen Verkehrs- und Rüstungszentrums Moskau fortzuführen.

Nur ein überraschend schnell eintretender Zusammenbruch der russischen Widerstandskraft könnte es rechtfertigen, beide Ziele gleichzeitig anzustreben.

Die wichtigste Aufgabe der Gruppe XXI bleibt auch weiterhin während der Operationen der Schutz Norwegens. Die darüber hinaus verfügbaren Kräfte sind im Norden (Geb. -Korps) zunächst zur Sicherung des Petsamo-Gebietes und seiner Erzgruben sowie der Eismeerstraße einzusetzen, um dann gemeinsam mit finnischen Kräften gegen die Murmansk-Bahn vorzustoßen und die Versorgung des Murmansk-Gebietes auf dem Landwege zu unterbinden.

Ob eine derartige Operation mit stärkeren deutschen Kräften (2-3 Div.) aus dem Raum von Rovaniemi und südlich geführt werden kann, hängt von der Bereitwilligkeit Schwedens ab, seine Eisenbahnen für einen solchen Aufmarsch zur Verfügung zu stellen.

Der Masse des finnischen Heeres wird die Aufgabe zufallen, in Übereinstimmung mit den Fortschritten des deutschen Nordflügels möglichst starke russische Kräfte durch Angriff westlich oder beiderseits des Ladoga-Sees zu fesseln und sich in den Besitz von Hangö zu setzen.

Bei der südlich der Pripet-Sümpfe angesetzten Heeresgruppe ist der Schwerpunkt im Raum von Lublin in allgemeiner Richtung Kiew zu bilden, um mit starken Pz. Kräften schnell in die tiefe Flanke und den Rücken der russischen Kräfte vorzugehen und diese dann im Zuge des Dnjepr aufzurollen.

Der deutsch-rumänischen Kräftegruppe fällt am rechten Flügel die Aufgabe zu

- a) den rumänischen Raum und damit den Südflügel der Gesamtoperation zu schützen,
- b) im Zuge des Angriffs am Nordflügel der Heeresgruppe Süd die gegenüberstehenden feindlichen Kräfte zu fesseln und bei fortschreitender Entwick-

lung der Lage im Verein mit der Luftwaffe ihren geordneten Rückzug über den Dnjestr im Nachstoß zu verhindern.

Sind die Schlachten südlich bzw. nördlich der Pripetsümpfe geschlagen, ist im Rahmen der Verfolgung anzustreben: im Süden die frühzeitige Besitznahme des wehrwirtschaftlich wichtigen Donez-Beckens, im Norden das schnelle Erreichen von Moskau.

Die Einnahme dieser Stadt bedeutet politisch und wirtschaftlich einen entscheidenden Erfolg, darüber hinaus den Ausfall des wichtigsten Eisenbahnknotenpunktes.

B.) Luftwaffe :

Ihre Aufgabe wird es sein, die Einwirkung der russischen Luftwaffe soweit wie möglich zu lähmen und auszuschalten sowie die Operationen des Heeres in ihren Schwerpunkten, namentlich bei der mittleren Heeresgruppe und auf dem Schwerpunktflügel der südlichen Heeresgruppe, zu unterstützen. Die russischen Bahnen werden je nach ihrer Bedeutung für die Operationen zu unterbrechen bzw. in ihren wichtigsten nahegelegenen Objekten (Flußübergänge!) durch kühnen Einsatz von Fallschirm- und Luftlandetruppen in Besitz zu nehmen sein.

Um alle Kräfte gegen die feindliche Luftwaffe und zur unmittelbaren Unterstützung des Heeres zusammenfassen zu können, ist die Rüstungsindustrie während der Hauptoperationen nicht anzugreifen. Erst nach dem Abschluß der Bewegungsoperationen kommen derartige Angriffe, in erster Linie gegen das Uralgebiet, in Frage.

C.) Kriegsmarine :

Der Kriegsmarine fällt gegen Sowjetrußland die Aufgabe zu, unter Sicherung der eigenen Küste ein Ausbrechen feindlicher Seestreitkräfte aus der Ostsee zu verhindern. Da nach dem Erreichen von Leningrad der russischen Ostseeflotte der letzte Stützpunkt genommen und diese dann in hoffnungsloser Lage sein wird, sind vorher größere Seeoperationen zu vermeiden.

Nach dem Ausschalten der russischen Flotte wird es darauf ankommen, den vollen Seeverkehr in der Ostsee, dabei auch den Nachschub für den nördlichen Heeresflügel über See, sicherzustellen (Minenräumung!).

IV. Alle von den Herren Oberbefehlshabern auf Grund dieser Weisung zu tref-

fenden Anordnungen müssen eindeutig dahin abgestimmt sein, daß es sich um Vorsichtsmaßnahmen handelt für den Fall, daß Rußland seine bisherige Haltung gegen uns ändern sollte. Die Zahl der frühzeitig zu den Vorarbeiten heranzuziehenden Offiziere ist so klein wie möglich zu halten, weitere Mitarbeiter sind so spät wie möglich und nur in dem für die Tätigkeit jedes Einzelnen erforderlichen Umfang einzuweisen. Sonst besteht die Gefahr, daß durch ein Bekanntwerden unserer Vorbereitungen, deren Durchführung zeitlich noch garnicht festliegt, schwerste politische und militärische Nachteile entstehen. 1)

Adolf Hitler

BESPRECHUNG IM FÜHRERHAUPTQUARTIER

Führerhauptquartier, 16. 7. 1941
Bo/Fu.

Geheime Reichssache

Aktenvermerk

Auf Anordnung des Führers fand heute bei ihm um 15 Uhr eine Besprechung mit Reichsleiter Rosenberg, Reichsminister Lammers, Feldmarschall Keitel, mit dem Reichsmarschall und mir statt.

Die Besprechung begann um 15 Uhr und dauerte mit einer Kaffeepause bis gegen 20 Uhr.

Einleitend betonte der Führer, er wolle zunächst einige grundsätzliche Feststellungen treffen. Verschiedene Maßnahmen seien jetzt notwendig; dies beweise u. a. ein von einer unverschämten Vichy-Zeitung gebrachter Hinweis, der Krieg gegen die Sowjet-Union sei ein Krieg Europas; er sei also auch für ganz Europa zu führen. Offenbar wolle diese Vichy-Zeitung mit diesen Hin-

1) IMT - 446 - PS

weisen erreichen, daß die Nutznießer dieses Krieges nicht allein die Deutschen sein dürften, sondern daß alle europäischen Staaten daraus ihren Nutzen ziehen müßten.

Wesentlich sei es nun, daß wir unsere Zielsetzung nicht vor der ganzen Welt bekanntgäben; dies sei auch nicht notwendig, sondern die Hauptsache sei, daß wir selbst wüßten, was wir wollten. Keinesfalls solle durch überflüssige Erklärungen unser eigener Weg erschwert werden. Derartige Erklärungen seien überflüssig, denn soweit unsere Macht reiche, könnten wir alles tun und was außerhalb unserer Macht liege, könnten wir ohnehin nicht tun.

Die Motivierung unserer Schritte vor der Welt müsse sich also nach taktischen Gesichtspunkten richten. Wir müßten hier genau so vorgehen, wie in den Fällen Norwegen, Dänemark, Holland und Belgien. Auch in diesen Fällen hätten wir nichts über unsere Absichten gesagt und wir würden dies auch weiterhin klugerweise nicht tun.

Wir werden also wieder betonen, daß wir gezwungen waren, ein Gebiet zu besetzen, zu ordnen und zu sichern; im Interesse der Landeseinwohner müßten wir für Ruhe, Ernährung, Verkehr usw. usw. sorgen; deshalb unsere Regelung. Es soll also nicht erkennbar sein, daß sich damit eine endgültige Regelung anbahnt! Alle notwendigen Maßnahmen - Erschießen, Aussiedeln etc. - tun wir trotzdem und können wir trotzdem tun.

Wir wollen uns aber nicht irgendwelche Leute vorzeitig und unnötig zu Feinden machen. Wir tun also lediglich so, als ob wir ein Mandat ausüben wollten. Uns muß aber dabei klar sein, daß wir aus diesen Gebieten nie wieder herauskommen.

Demgemäß handelt es sich darum:

- 1.) Nichts für die endgültige Regelung zu verbauen, sondern diese unter der Hand vorzubereiten;
- 2.) wir betonen, daß wir die Bringer der Freiheit wären.

Im Einzelnen:

Die Krim muß von allen Fremden geräumt und deutsch besiedelt werden.

Ebenso wird das alt-österreichische Galizien Reichsgebiet.

Jetzt ist unser Verhältnis zu Rumänien gut, aber man weiß nicht, wie künftig zu jeder Zeit unser Verhältnis sein wird. Darauf haben wir uns einzustellen und darnach haben wir unsere Grenzen einzurichten. Man soll sich nicht vom Wohlwollen Dritter abhängig machen; darnach müssen wir unser Verhältnis zu Rumänien einrichten.

Grundsätzlich kommt es also darauf an, den riesenhaften Kuchen handgerecht zu zerlegen, damit wir ihn

erstens beherrschen
zweitens verwalten und
drittens ausbeuten können.

Die Russen haben jetzt einen Befehl zum Partisanenkrieg hinter unserer Front gegeben. Dieser Partisanenkrieg hat auch wieder seinen Vorteil: er gibt uns die Möglichkeit auszurotten, was sich gegen uns stellt.

Grundsätzliches:

Die Bildung einer militärischen Macht westlich des Ural darf nie wieder in Frage kommen und wenn wir hundert Jahre darüber Krieg führen müßten. Alle Nachfolger des Führers müssen wissen: die Sicherheit des Reiches ist nur dann gegeben, wenn westlich des Ural kein fremdes Militär existiere; den Schutz dieses Raumes vor allen eventuellen Gefahren übernimmt Deutschland. Eiserner Grundsatz muß sein und bleiben:

Nie darf erlaubt werden, daß ein Anderer Waffen trägt,
als der Deutsche!

Dies ist besonders wichtig; selbst wenn es zunächst leichter erscheint, irgendwelche fremden unterworfenen Völker zur Waffenhilfe heranzuziehen, ist es falsch! Es schlägt unbedingt und unweigerlich eines Tages gegen uns aus. Nur der Deutsche darf Waffen tragen, nicht der Slawe, nicht der Tscheche, nicht der Kosak oder der Ukrainer!

Keinesfalls dürfen wir eine Schaukel-Politik führen, wie dies vor 1918 im Elsaß geschah. Was den Engländer auszeichnet, ist sein immer gleichmäßiges Verfolgen einer Linie und eines Zieles! In dieser Hinsicht müssen wir unbedingt vom Engländer lernen. Wir dürfen demgemäß unsere Stellungnahme auch nie abhängig machen von einzelnen vorhandenen Persönlichkeiten; auch hier ist das Verhalten der Engländer in Indien gegenüber den indischen Fürsten usw. ein Beispiel: Immer muß der Soldat das Regime sicherstellen!

Aus den neugewonnenen Ostgebieten müssen wir einen Garten Eden machen; sie sind für uns lebenswichtig; Kolonien spielen dagegen eine ganz untergeordnete Rolle.

Auch wenn wir einzelne Gebietsteile jetzt schon abteilen, immer müssen wir als Schützer des Rechts und der Bevölkerung vorgehen. Demgemäß seien die jetzt notwendigen Formulierungen zu wählen; wir sprechen nicht von einem neuen Reichsgebiet, sondern von einer durch den Krieg notwendigen Aufgabe.

Im einzelnen:

Im Baltikum muß jetzt das Gebiet bis zur Düna nach näherer Festlegung mit Feldmarschall Keitel in Verwaltung genommen werden.

Reichsleiter Rosenberg betont, nach seiner Auffassung sei in jedem Kommissariat eine andere Behandlung der Bevölkerung notwendig. In der Ukraine müßten wir mit einer kulturellen Betreuung einsetzen, wir müßten dort das Geschichtsbewußtsein der Ukrainer wecken, müßten eine Universität in Kiev gründen und dergleichen.

Der Reichsmarschall stellt demgegenüber fest, daß wir doch zunächst an die Sicherung unserer Ernährung denken müssen, alles andere könne doch erst viel später kommen.

(Nebenfrage: Gibt es überhaupt noch eine kulturelle Schicht in der Ukraine oder gibt es Ukrainer gehobenen Standes lediglich außerhalb des heutigen Rußland als Emigranten?)

Rosenberg fährt fort, auch in der Ukraine müßten gewisse Selbständigkeitsbestrebungen gefördert werden.

Der Reichsmarschall bittet den Führer um Mitteilung, welche Gebiete anderen Staaten zugesagt seien.

Der Führer erwidert, Antonescu wolle Beßarabien und Odessa nebst einem Streifen, der von Odessa in West-Nordwest führt.

Auf die Einwände des Reichsmarschalls und Rosenbergs stellt der Führer fest, daß die neue von Antonescu gewünschte Grenze wenig außerhalb der alten rumänischen Grenze führe.

Der Führer betont weiter, den Ungarn, den Türken und den Slowaken sei nichts Bestimmtes zugesagt worden.

Der Führer stellt dann zur Erwägung, ob man nicht den alt-österreichischen Teil Galiziens sofort zum Gouvernement geben soll; auf Einwände hin bestimmt der Führer, dieser Teil solle nicht zum Gouvernement kommen, sondern lediglich gleichzeitig dem Reichsminister Frank unterstellt werden (Lemberg).

Der Reichsmarschall hält es für richtig, verschiedene Teile des Balten-Landes, z. B. die Bialystoker Forsten, Ostpreußen zuzuteilen.

Der Führer betont, das gesamte Balten-Land müsse Reichsgebiet werden.

Ebenso müsse die Krim mit einem erheblichen Hinterland (Gebiet nördlich der Krim) Reichsgebiet werden; das Hinterland müsse möglichst groß sein.

Hiergegen hat Rosenberg Bedenken wegen der dort wohnenden Ukrainer.

(Nebenbei: Es tritt mehrfach in Erscheinung, daß Rosenberg für die Ukrainer sehr viel übrig hat; er will die alte Ukraine auch erheblich vergrößern.)

Der Führer betont weiter, auch die Wolga-Kolonie müsse deutsches Reichsgebiet werden, ebenso das Gebiet um Baku; es müsse deutsche Konzession werden (Militär-Kolonie).

Die Finnen wollen Ost-Karelien, doch soll wegen der großen Nickel-Vorkommen die Halbinsel Kola zu Deutschland kommen. Mit aller Vorsicht müsse die Angliederung Finnlands als Bundesstaat vorbereitet werden. Das Gebiet um Leningrad wird von den Finnen beansprucht; der Führer will Leningrad dem Erdboden gleichmachen lassen, um es dann den Finnen zu geben.

Es folgt dann eine längere Erörterung über die Eignung des Gauleiters Lohse, den Rosenberg als Gouverneur für das Balten-Land vorgesehen hat. Rosenberg betont immer wieder, er habe nun schon mit Lohse gesprochen und es wäre sehr peinlich, wenn Lohse nicht beauftragt würde; den westlichen Teil des Baltenlandes soll Kube unter Lohse bekommen; für die Ukraine hat Rosenberg Sauckel vorgesehen.

Demgegenüber betont der Reichsmarschall die wichtigsten Gesichtspunkte, die zunächst ausschließlich für uns bestimmend sein könnten:

Sicherung der Ernährung, soweit notwendig, der Wirtschaft; Sicherung der Straßen usw.

Der Reichsmarschall betont, entweder müsse Koch für das Balten-Land in Frage kommen, weil er das Balten-Land genau kenne, oder aber man gebe Koch die Ukraine, die sicherlich Koch am besten bewirtschaften würde, weil Koch eben die Persönlichkeit mit der stärksten Initiative und der besten Vorbildung sei.

Der Führer fragte, ob K u b e nicht als Reichskommissar für das Moskauer Gebiet in Frage kommen könne; Rosenberg und der Reichsmarschall meinen, Kube sei dazu zu alt geworden.

Auf nochmalige Vorstellung erklärte Rosenberg, er befürchte, daß Koch seinen Direktiven sehr rasch keine Folge leisten würde; Koch habe dies im Übrigen schon selbst ausgesprochen.

Der Reichsmarschall wies demgegenüber darauf hin, Rosenberg könne die eingesetzten Leute ja nun nicht ständig g ä n g e l n , sondern diese Leute müßten doch sehr selbständig arbeiten.

Für das Kaukasus-Gebiet hat Rosenberg seinen Stabsleiter Schickedanz vorgesehen; er betonte wiederholt, Schickedanz werde diese Aufgabe sicher sehr gut erfüllen, was vom Reichsmarschall bezweifelt wird.

Rosenberg erklärte dann, Lutz habe ihm den Vorschlag gemacht, verschiedene SA.-Führer einzusetzen, und zwar Scheppmann nach Kiew - Manthey - Dr. Bennecke -, Litzmann nach Estland und nach Lettland den Bürgermeister Dr. Drexler. Der Führer hat gegen die Verwendung der SA.-Führer keine Bedenken.

Rosenberg erklärt dann, er habe einen Brief von Ribbentrop erhalten, der die Einschaltung des Auswärtigen Amtes gewünscht habe; er bitte aber den Führer, festzustellen, daß die innere Gestaltung des neuen Raumes das Auswärtige Amt nichts angehe. Diese Auffassung wird vom Führer durchaus geteilt. Es genügt zunächst, wenn das Auswärtige Amt zum Reichsleiter Rosenberg einen Verbindungsmann abstellt.

Der Führer betont, das wichtigste Gebiet für die nächsten drei Jahre sei zweifellos die Ukraine. Daher werde Koch am besten dort eingesetzt; wenn Sauckel Verwendung finden solle, dann sei es besser, ihn im Balten-Land zu verwenden.

Rosenberg erklärt weiter, er wolle im Moskauer Gebiet als Kommissare Schmeer, Selzner und Manderbach verwenden.

Der Führer wünscht, daß auch Holz verwendet wird und daß die Verwaltung der Krim dem ehemaligen Gauleiter Frauenfeld übertragen wird.

Rosenberg erklärt, er wolle seiner Verdienste wegen auch den Hauptmann v. Petersdorff verwenden; allgemeines Entsetzen, allgemeine Ablehnung. Der Führer und der Reichsmarschall betonen, v. Petersdorff sei zweifellos geisteskrank.

Rosenberg erklärt weiter, daß ihm auch der Stuttgarter Oberbürgermeister Strölin zur Verwendung vorgeschlagen sei. Dagegen bestehen keine Bedenken.

Da nach Auffassung des Reichsmarschalls und Rosenbergs Kube für das Moskauer Gebiet zu alt ist, soll Kasche dieses Gebiet übernehmen.

(Vermerk für Pg. Klopfer:

Bitte erbitten Sie sich baldigst bei Dr. Meyer die Unterlagen über die beabsichtigte Organisation und über die beabsichtigten Stellen-Besetzungen.)

Der Reichsmarschall betont, er wolle die Halbinsel Kola dem Gauleiter Terboven zur Ausbeutung übergeben; der Führer ist damit einverstanden.

Der Führer betont, Lohse solle also zunächst, wenn er sich der Aufgabe gewachsen fühle, das Balten-Land übernehmen, Kasche Moskau, Koch die Ukraine, Frauenfeld die Krim, Terboven Kola und Schickedanz den Kaukasus.

Reichsleiter Rosenberg schnitt dann die Frage der Sicherung der Verwaltung an.

Der Führer sagt dem Reichsmarschall und dem Feldmarschall, er habe immer darauf gedrängt, daß die Polizei-Regimenter Panzerwagen bekämen; für den Einsatz der Polizei in den neuen Ostgebieten sei dies höchst notwendig, denn mit einer entsprechenden Anzahl von Panzerwagen könne ein Polizei-Regiment

natürlich ein Vielfaches leisten. Im übrigen, betont der Führer, aber sei die Sicherung natürlich sehr dünn. Der Reichsmarschall aber werde alle seine Übungs-Flugplätze in die neuen Gebiete verlegen und wenn es notwendig sei, dann könnten selbst Ju 52 bei Aufruhr Bomben schmeißen. Der Riesenraum müsse natürlich so rasch wie möglich befriedet werden; dies geschehe am besten dadurch, daß man Jeden, der nur schief schaue, totschieße.

Feldmarschall Keitel betont, für ihre Dinge müsse man die Einwohner selbst verantwortlich machen, denn es sei natürlich nicht möglich, für jeden Schuppen und für jeden Bahnhof eine Wache zu stellen. Die Einwohner müßten wissen, daß Jeder erschossen würde, der nicht funktioniere, und daß sie für jedes Vergehen haftbar gemacht würden.

Auf die Rückfrage Reichsleiter Rosenbergs erwiderte der Führer, Zeitungen - auch z. B. für die Ukraine - müßten wieder ins Leben gerufen werden, um die Einwirkungsmöglichkeit auf die Landeseinwohner zu bekommen.

Nach der Pause betont der Führer, wir müßten uns darüber klar sein, daß das heutige Europa nur ein geographischer Begriff sei, in Wirklichkeit ginge Asien bis zu unseren bisherigen Grenzen.

Reichsleiter Rosenberg schildert nun die von ihm beabsichtigte organisatorische Einteilung; er wolle einen ständigen Vertreter des Reichskommissars nicht von vornherein bestimmen, sondern der tüchtigste der Generalkommissare solle jeweils die Vertretung des Reichskommissars übernehmen.

Beim Reichskommissar will Rosenberg vier Abteilungen gründen: erstens für die allgemeine Verwaltung, zweitens für Politik, drittens für Wirtschaft, viertens für Technik und Bauwesen.

(Nebenbei: Der Führer betont, die Tätigkeit von Kirchen käme keinesfalls in Frage. Papen habe ihm über das Auswärtige Amt schon eine lange Denkschrift geschickt, in der behauptet würde, jetzt sei der richtige Augenblick, die Kirchen wieder einzuführen; dies komme aber keinesfalls in Frage.)

Der Reichsmarschall wird zur Dienststelle Rosenberg die Ministerialdirektoren

Schlotterer und Riecke abstellen.

Reichsleiter Rosenberg bittet um ein entsprechendes Dienstgebäude; er bittet um das Gebäude der Handelsvertretung der Sowjet-Union in der Lietzenburgerstraße; das Auswärtige Amt sei zwar der Auffassung, dieses Gebäude sei exterritorial. Der Führer erwidert, dies sei Unsinn; Reichsminister Dr. Lammers wird beauftragt, dem Auswärtigen Amt mitzuteilen, das Haus sei ohne Verhandlung augenblicklich an Rosenberg zu übergeben.

Rosenberg macht dann den Vorschlag, einen Verbindungsmann zum Führer abzustellen; diese Aufgabe solle sein Adjutant Koeppen übernehmen; der Führer ist damit einverstanden und erklärt, Koeppen solle die Parallel-Rolle zu Hewel übernehmen.

Reichsminister Dr. Lammers verliest nun die von ihm gefertigten Entwürfe (siehe Anlage!).

Eine längere Diskussion setzt über die Zuständigkeit des RFSS ein; offenbar wird dabei von allen Beteiligten aber auch an die Zuständigkeit des Reichsmarschalls gedacht.

Der Führer, der Reichsmarschall etc. betonen wiederholt, Himmler solle ja keine andere Zuständigkeit bekommen, als er sie im Reich habe; dies aber sei unbedingt notwendig.

Der Führer betont wiederholt, in der Praxis werde sich der Streit sehr rasch geben; er erinnert an die hervorragende Zusammenarbeit zwischen Heer und Luftwaffe an der Front.

Abschließend wird bestimmt, das Baltenland solle Ostland genannt werden.¹⁾

1) IMT-221-L

ERLASSE ADOLF HITLERS

1. über die Ernennung von Wehrmachtbefehlshabern in
den neu besetzten Ostgebieten ¹⁾

I.

In den neu besetzten Ostgebieten üben Wehrmachtbefehlshaber als oberste Vertreter der Wehrmacht die militärischen Hoheitsrechte und die territorialen Befehlsbefugnisse aus.

Die Wehrmachtbefehlshaber werden von mir ernannt. Sie sind dem Chef des Oberkommandos der Wehrmacht unterstellt und erhalten von diesem ihre Weisungen nach meinen Richtlinien.

II.

Den Wehrmachtbefehlshabern obliegt die militärische Sicherung des Gebietes im Innern und gegen überraschende Bedrohung von außen.

Sie unterstützen die Reichskommissare bei ihren politischen und Verwaltungsaufgaben und vertreten ihnen gegenüber einheitlich die Forderungen der Wehrmacht, besonders auch hinsichtlich der Ausnutzung des Landes für die Versorgung der kämpfenden Truppe.

III.

Die Forderungen der Wehrmacht werden im zivilen Bereich von den Reichskommissaren durchgesetzt.

Bei Gefahr im Verzuge haben die Wehrmachtbefehlshaber das Recht, auch im zivilen Bereich die Maßnahmen anzuordnen, die zur Durchführung der militärischen Aufgaben notwendig sind.

Die Wehrmachtbefehlshaber können dieses Recht vorübergehend auf örtliche Befehlshaber übertragen.

1) IMT-1280-NG

Die auf Grund dieser Befugnisse gegebenen Anweisungen der Wehrmachtsdienststellen gehen allen anderen Anordnungen vor.

IV.

Zur Durchführung und Ergänzung dieses Erlasses stellt der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht eine Dienstanweisung für die Wehrmachtsbefehlshaber auf.

Führer-Hauptquartier, den 25. Juni 1941
gez. Adolf Hitler

2) über die Wirtschaft in den neu besetzten Ostgebieten.

Vom 29. Juni 1941¹⁾

(1) In den neu besetzten Ostgebieten ordnet der Reichsmarschall Hermann Göring als Beauftragter für den Vierjahresplan im Rahmen der ihm als solchem zustehenden Befugnisse alle Maßnahmen an, die zur höchstmöglichen Ausnutzung der vorgefundenen Vorräte und Wirtschaftskapazitäten und zum Ausbau der Wirtschaftskräfte zu Gunsten der deutschen Kriegswirtschaft erforderlich sind.

(2) Hierzu kann er auch den Dienststellen der Wehrmacht in den besetzten Ostgebieten unmittelbar Weisungen erteilen.

(3) Dieser Erlaß tritt mit dem heutigen Tag in Kraft. Er ist erst auf besondere Anordnung zu veröffentlichen.

Führer-Hauptquartier, den 29. Juni 1941
Der Führer
gez. Adolf Hitler

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht
gez. Keitel

Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei
gez. Dr. Lammers

1) IMT-1280-NG

3) über die polizeiliche Sicherung der neu besetzten Ost-
gebiete. Vom 17. Juli 1941¹⁾

I.

Die polizeiliche Sicherung der neu besetzten Ostgebiete ist Sache des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei.

II.

Nach Einführung der Zivilverwaltung in diesen Gebieten ist der Reichsführer SS berechtigt, den Reichskommissaren im Rahmen seiner unter I bezeichneten Aufgabe Weisungen zu erteilen. Sofern diese Weisungen allgemeiner Art oder von politisch grundlegender Bedeutung sind, sind sie über den Reichsminister für die besetzten Ostgebiete zu leiten. Es sei denn, daß es sich um die Abwendung einer unmittelbar drohenden Gefahr handelt.

III.

Zur Durchführung der polizeilichen Sicherung tritt zu jedem Reichskommissar ein höherer SS- und Polizeiführer, der dem Reichskommissar unmittelbar und persönlich unterstellt ist.

Den Generalkommissaren, den Haupt- und Gebietskommissaren werden Führer der SS und der Polizei zugeteilt, die ihnen unmittelbar und persönlich unterstehen.

Führer-Hauptquartier, den 17. Juli 1941

Der Führer

gez. Adolf Hitler

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht

gez. Keitel

Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei

gez. Dr. Lammers

1) IMT-1688-NG

4) über die Verwaltung der neu besetzten Ostgebiete.

Vom 17. Juli 1941¹⁾

Um die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben in den neu besetzten Ostgebieten wiederherzustellen und aufrecht zu erhalten, ordne ich an:

§ 1.

Sobald und soweit die militärischen Kampfhandlungen in den neu besetzten Ostgebieten beendet sind, geht die Verwaltung dieser Gebiete von den militärischen Dienststellen auf die Dienststellen der Zivilverwaltung über. Die Gebiete, die hiernach in die Zivilverwaltung zu überführen sind, und den Zeitpunkt, in dem dies zu geschehen hat, werde ich jeweils durch besonderen Erlaß bestimmen.

§ 2.

Die Zivilverwaltung in den neu besetzten Ostgebieten untersteht, soweit diese Gebiete nicht in die Verwaltung der angrenzenden Gebiete des Reiches oder des Generalgouvernements einbezogen werden, dem "Reichsminister für die besetzten Ostgebiete".

§ 3.

Die militärischen Hoheitsrechte und Befugnisse werden in den neu besetzten Ostgebieten von den Wehrmachtbefehlshabern nach Maßgabe meines Erlasses vom 25. Juni 1941 ausgeübt.

Die Befugnisse des Beauftragten für den Vierjahresplan in den neu besetzten Ostgebieten sind durch meinen Erlaß vom 29. Juni 1941, diejenigen des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei durch meinen Erlaß vom 17. Juli 1941 besonders geregelt und werden von den nachstehenden Bestimmungen nicht berührt.

§ 4.

Zum Reichsminister für die besetzten Ostgebiete bestelle ich den Reichsleiter Alfred Rosenberg. Er hat seinen Sitz in Berlin.

1) IMT-1280-NG

§ 5.

Die dem Reichsminister für die besetzten Ostgebiete unterstehenden Teile der neu besetzten Ostgebiete werden in Reichskommissariate, diese in Generalbezirke und diese wieder in Kreisgebiete eingeteilt. Mehrere Kreisgebiete können zu einem Hauptbezirk zusammengefaßt werden. Die näheren Bestimmungen hierüber trifft der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete.

§ 6.

An der Spitze eines jeden Reichskommissariats steht ein Reichskommissar, an der Spitze eines jeden Generalbezirks ein Generalkommissar, an der Spitze eines jeden Kreisgebietes ein Gebietskommissar. Im Falle der Bildung eines Hauptbezirks steht an dessen Spitze ein Hauptkommissar.

Die Reichskommissare und die Generalkommissare werden von mir, die Leiter der Hauptabteilung in den Dienststellen der Reichskommissare sowie die Hauptkommissare und die Gebietskommissare werden vom Reichsminister für die besetzten Ostgebiete bestellt.

§ 7.

Die Reichskommissare unterstehen dem Reichsminister für die besetzten Ostgebiete und erhalten ausschließlich von ihm Weisungen, soweit nicht § 3 Anwendung findet.

§ 8.

Die Rechtsetzung für die ihm unterstehenden neu besetzten Ostgebiete obliegt dem Reichsminister für die besetzten Ostgebiete. Er kann die Befugnis, Recht zu setzen, auf die Reichskommissare übertragen.

§ 9.

Den Reichskommissaren untersteht die gesamte Verwaltung ihres Gebietes im zivilen Bereich.

Die Sicherstellung des Betriebes der Bahn und der Post obliegt den zuständigen Obersten Reichsbehörden nach den Weisungen des Chefs des Oberkommandos der Wehrmacht, solange militärische Operationen stattfinden. Für die Zeit nach Beendigung der militärischen Operationen bleibt anderweitige Regelung vorbehalten.

§ 10.

Um die Maßnahmen, die der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete oder die Reichskommissare in ihren Gebieten treffen, mit den übergeordneten Gesichtspunkten der Reichsinteressen in Einklang zu bringen, hält der Reichsminister für die besetzten Ostgebiete mit den Obersten Reichsbehörden enge Fühlung. Bei Meinungsverschiedenheiten, die durch unmittelbare Verhandlungen nicht auszuräumen sind, ist meine Entscheidung durch den Reichsminister und Chef der Reichskanzlei einzuholen.

§ 11.

Die zur Durchführung und Ergänzung dieses Erlasses erforderlichen Bestimmungen werden vom Reichsminister für die besetzten Ostgebiete im Einvernehmen mit dem Reichsminister und Chef der Reichskanzlei und Chef des Oberkommandos der Wehrmacht erlassen.

Führer-Hauptquartier, den 17. Juli 1941

Der Führer

gez. Adolf Hitler

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht

gez. Keitel

Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei

gez. Dr. Lammers

5) über die Einführung der Zivilverwaltung in den neu besetzten Ostgebieten. Vom 17. Juli 1941 ¹⁾

I.

Die Zivilverwaltung in den Bezirken Bialystok übernimmt der Oberpräsident der Provinz Ostpreußen.

Die Zivilverwaltung in dem früher zu Polen gehörigen Gebiet Galiziens übernimmt der Generalgouverneur.

Das Gebiet der früheren Freistaaten Litauen, Lettland und Estland sowie der von

1) IMT-1280-NG

Weißruthenen bewohnte Raum gehen in die dem Reichsminister für die besetzten Ostgebiete unterstehende Zivilverwaltung über. Dieses gesamte Gebiet bildet ein Reichskommissariat im Sinne meines Erlasses über die Verwaltung der neu besetzten Ostgebiete vom 17. Juli 1941 und erhält die Bezeichnung "Ostland". Die Unterstellung der Verwaltung kleinerer an der ostpreußischen Grenze liegender Teile des ehemaligen Freistaates Litauen unter den Oberpräsidenten der Provinz Ostpreußen bleibt vorbehalten.

II.

Die äußeren Grenzen des Reichskommissariats Ostland und der übrigen unter I bezeichneten Gebiete werde ich, dem jeweiligen Stande der Kampfhandlungen entsprechend, bestimmen und zu gegebener Zeit endgültig festlegen. Den Zeitpunkt für die Einführung der Zivilverwaltung in den unter I genannten Gebieten oder in Teilen von ihnen werde ich bestimmen.

III.

Zum Reichskommissar für das Ostland bestelle ich den Gauleiter und Oberpräsidenten Hinrich L o h s e . Er hat seinen Sitz in Riga.

Führerhauptquartier, den 17. Juli 1941

Der Führer
gez. Adolf Hitler

Der Chef des Oberkommandos der Wehrmacht
gez. Keitel

Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei
gez. Dr. Lammers

6) über die vorläufige Verwaltung des Bezirks Bialystok.

Vom 15. August 1941 1)

Als Chef der Zivilverwaltung führt in dem Bezirk Bialystok Oberpräsident und Gauleiter Koch die Verwaltung im zivilen Bereich.

Der Chef der Zivilverwaltung untersteht mir unmittelbar und erhält von mir Weisungen. Nach ihnen hat er für die ordnungsmäßige Verwaltung des Bezirkes

1) IMT-3480-NG

Bialystok zu sorgen. Er kann durch Verordnung Recht setzen.

Die Festlegung der äußeren Grenzen des Bezirks Bialystok erfolgt nach der Vorschrift unter II meines ersten Erlasses über die Einführung der Zivilverwaltung in den neu besetzten Ostgebieten vom 17. Juli 1941.

Die inneren Verwaltungsgrenzen bestimmt der Chef der Zivilverwaltung.

Der Reichsminister des Innern hat die Zentralstelle für eine einheitliche, auf die Bedürfnisse dieses Gebietes abzustimmende Zusammenarbeit der obersten Reichsbehörden untereinander und mit dem Chef der Zivilverwaltung Sorge zu tragen.

Um die Maßnahmen, die der Chef der Zivilverwaltung in seinem Gebiet trifft, auf die grundsätzliche Planung für den gesamtdeutschen Raum abstimmen zu können, hat dieser mit den obersten Reichsbehörden unter Beteiligung der Zentralstelle enge Fühlung zu halten. Bei Meinungsverschiedenheiten, die durch unmittelbare Verhandlungen nicht auszuräumen sind, ist meine Entscheidung durch den Reichsminister und Chef der Reichskanzlei einzuholen.

Die zur Durchführung und Ergänzung dieses Erlasses erforderlichen Anordnungen erläßt der Reichsminister des Innern.

Führer-Hauptquartier, den 15. August 1941
Der Führer
gez. Adolf Hitler
Der Reichsminister und Chef der Reichskanzlei
gez. Dr. Lammers

GRUNDLAGEN FÜR DIE WIRTSCHAFTSPOLITIK IN DEN
BESETZTEN OSTGEBIETEN

Anlage zum
Vierjahresplan 19203/6g

Berlin, 18. November 1941
W 8, Leipziger Str. 3
G e h e i m !

Die Diskussion der Wirtschaftspolitik und Organisation in den neu besetzten Ostgebieten, die am 8. November 1941 unter dem Vorsitz des Reichsmar-

schalls stattfand, führte zu den folgenden Feststellungen und Ergebnissen:

- A. Allgemeine Grundlagen für die Wirtschaftspolitik in den neu besetzten Gebieten.
- I. Für die Kriegsdauer sind die Bedürfnisse der Kriegsindustrie das höchste Gesetz aller wirtschaftlichen Unternehmen in den neu besetzten Ostgebieten.
- II. Auf lange Sicht werden die neu besetzten Gebiete nach kolonialen Methoden und Gesichtspunkten ausgebeutet werden. Die einzige Ausnahme sind jene Teile des Ostlandes, welche auf Befehl des Führers für Eindeutschung vorgesehen sind; aber auch sie fallen unter die unter I. aufgeführten Grundsätze.
- III. Der Schwerpunkt für alle Wirtschaftsarbeiten liegt in der Produktion von Nahrungsmitteln und Rohmaterialien. Die größtmöglichen Produktionspreise für die Versorgung des Reiches und der anderen europäischen Staaten sollen durch billige Produktion und Aufrechterhaltung des niedrigen Lebensniveaus erzielt werden. Auf diese Art soll eine Einkommensquelle für das deutsche Volk eröffnet werden, die es ermöglichen wird, in einigen Jahrzehnten einen großen Teil der Schulden - verursacht durch die Finanzierung des Krieges - zu decken, während der deutsche Steuerzahler soweit als möglich geschont wird, und gleichzeitig der europäische Bedarf an Nahrungsmitteln und Rohmaterialien soweit wie möglich gedeckt wird.
- IV. Weiter-Bearbeitungen werden in den besetzten Gebieten nur erlaubt, soweit dies unbedingt notwendig ist:
- a) um eine Einschränkung des Transportverkehrs zu erwirken (d. h. grundsätzlich nur für Stahl und Aluminium Ingots zutreffend),
 - b) um die dringendsten Bedürfnisse an Reparaturen im Lande selbst zu erfüllen,
 - c) um die Arbeitskraft auf dem Gebiet der Kriegsführung auszunützen.

Es muß jedoch noch entschieden werden, in welchem Ausmaß die Herstellung von Lastwagen und Traktoren während des Krieges geplant werden kann in Anbetracht der Überlastung des europäischen Industriepoten-

tials.

- V. Keine beträchtliche Verbrauchsartikel- oder Fertigwarenindustrie darf in den besetzten Gebieten gegründet werden. Es ist vielmehr eine Aufgabe der europäischen, besonders der deutschen Industrie, die Rohmaterialien und halbfertigen Produkte, die in den besetzten Ostgebieten hergestellt worden sind zu bearbeiten und die dringendsten Bedürfnisse der Ostgebiete - die nach dem Vorbild der Kolonialwirtschaft ausgebeutet werden sollen - für industrielle Waren und Produktionsmittel zu erfüllen. Je mehr Artikel des täglichen Bedarfs wir nach Rußland liefern, je mehr Rohmaterialien wir fordern können, desto größer wird der Spannungsunterschied in den Werten, und umso eher werden wir unsere Kriegsschulden abzahlen können.
- VI. Eine Belieferung der Bevölkerung mit hochwertigen Verbrauchsgütern kommt nicht in Frage. Man muß im Gegenteil allen auf die Erhöhung des allgemeinen Lebensstandards gerichteten Tendenzen durch die allerschärfsten Maßnahmen entgegenarbeiten. Hinsichtlich der Art und Menge der in die neubesetzten Ostgebiete zu liefernden Verbrauchsgüter und Erzeugungsmittel ist ein Einvernehmen mit den Wirtschaftsstellen des Reichskommissars zu erzielen.

Sogar das Ostland darf vorderhand nur mit Verbrauchsgütern im bescheidensten Ausmaß beliefert werden. Der langfristige Verdeutschungsplan für das Ostland darf nicht zu einer allgemeinen Erhöhung des Lebensstandards der gesamten dort lebenden Bevölkerung führen. Nur die im Ostland befindlichen oder umzusiedelnden Deutschen und die zu verdeutschenden Elemente können besser behandelt werden.

- VII. Das russische Preis- und Lohnniveau ist so tief wie nur irgend möglich zu halten. Jedwede Störung der ausschließlich auf das Interesse des Reiches abzielenden Preis- und Lohnpolitik wird rücksichtslos verfolgt werden. Der Grundsatz, daß die Überschüsse, besonders im landwirtschaftlichen Teil der Wirtschaft, zu den allerniedrigsten Preisen dem Reiche zufließen müssen, findet sogar auf das Ostland Anwendung.¹⁾

1) IMT-440-NJ

RICHTLINIEN FÜR DIE IN DIE STALAGS UND DULAGS AB-
ZUSTELLENDEN KOMMANDOS DES CHEFS DER
SIPO UND DES SD ¹⁾

Der Chef der Sipo und des SD
B. Nr. 21 B/41 g Rs - IV A 1 c

Berlin, den 29. Oktober 1941

Geheime Reichssache! -)

300 Ausf.
15 Ausf.

Schnellbrief!

Einsatzbefehl Nr. 14.

- Betr. : Richtlinien für die in die Stalags und Dulags abzustellenden Kommandos des Chefs der Sipo und des SD.
- Vorg. : Erlasse vom 17. 7., 12. 9. 1941
B. Nr. 21 B/41 g Rs vom 26. 9. 41 B. Nr. 539/B/41 g und vom
10. 10. 41 B. Nr. 815 B/41 g - IV A 1 c
- Anlg. : Anlage 1 und 2

In der Anlage übersende ich die Richtlinien für die Säuberung der mit sowjetischen Kriegs- und Zivilgefangenen belegten Kriegsgefangenen- und Durchgangslager im rückwärtigen Heeresgebiet zur gefl. Kenntnissnahme und Beachtung (s. Anlage 1).

Diese Richtlinien sind im Einvernehmen mit dem OKH ausgearbeitet worden. Das OKH hat die Befehlshaber des rückwärtigen Heeresgebietes sowie die Bezirkskommandanten der Kriegsgefangenen und die Kommandanten der Dulags verständigt (s. Anlage 2).

Die Einsatzgruppen stellen sofort, je nach Größe der in ihrem Einsatzbereich befindlichen Lager Sonderkommandos in ausreichender Stärke unter Leitung eines

1) IMT-014-USSR.

SS-Führers ab. Die Kommandos haben ihre Tätigkeit in den Lagern sofort aufzunehmen. Enge Zusammenarbeit mit den Lagerkommandanten und Abwehr-offizieren wird zur Pflicht gemacht. Auftretende Schwierigkeiten sind durch persönliche Verhandlungen mit den in Frage kommender Stellen der Wehrmacht zu bereinigen.

Die in Anlage 2 zum Einsatzbefehl Nr. 8 gegebenen Richtlinien sowie die hierzu ergangenen Ergänzungen und Nachtragserlasse sind sinngemäß anzuwenden.

Insbesondere mache ich zur Pflicht, daß die Einsatzbefehle Nr. 8 und 14 sowie die hierzu ergangenen Nachtragserlasse bei Gefahr im Verzuge sofort zu vernichten sind. Hierüber ist mir gegebenenfalls Bericht zu erstatten.

Verteiler:

Einsatzgruppe A	Krasnowardeisk
Einsatzkdo. Ia	
" Ib	
" 2	
" 3	
Einsatzgruppe B	Smolensk
Einsatzkdo. 7a	
" 7b	
" 8	
" 9	
Sonderkommando Moskau	
Einsatzgruppe C	Kiew
Sonderkdo. 4a	
" 4b	
" 5	
Einsatzkdo. 6	
Einsatzgruppe D	Nikolajew
Sonderkdo. 10a	
" 10b	
Einsatzkdo. 11a	
" 11b	
" 12	

Nachrichtlich

dem Höheren SS- und Polizeiführer Nord (101) Riga
dem " " Mitte (102) Mogilew
dem " " Süd (103) Kriwoi-Rog
dem " " -, b. V.
dem Reichsführer-SS und Chef der Deutschen Polizei
dem Chef der Sipo und des SD
dem Chef der Ordnungspolizei
den Amtscheis der Ämter I, II, III, IV, V, VI u. VII
dem Referat IV D 2, IV D 3
" IV D - ausl. Arbeiter
dem Gruppenleiter IV D

gez.: H e y d r i c h .

Reglaubigt: Wordert, Kanzleiassst.

No. 2

Anlage: 1

Richtlinien für die Aussonderung verdächtiger sowjetrussischer Kriegs- und Zivilgefangener des Ostfeldzuges in den Kriegsgefangenen- und Durchgangslagern im rückwärtigen Heeresgebiet.

Die Abstellung der Sonderkommandos der Sicherheitspolizei und des SD erfolgt nach Vereinbarung zwischen dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD mit dem OKH vom 7. 10. 41 (s. Anlage 2).

Die Kommandos arbeiten auf Grund besonderer Ermächtigung und gemäß den ihnen erteilten allgemeinen Richtlinien im Rahmen der Lagerordnung in eigener Verantwortlichkeit selbständig. Es ist selbstverständlich, daß die Kommandos mit den Lagerkommandanten und Abwehroffizieren engste Fühlung halten.

No. 3

Dadurch hat der bolschewistische Soldat jeden Anspruch auf Behandlung als ehrenhafter Soldat und nach dem Genfer Abkommen verloren.

No. 4

Vor allem sind ausfindig zu machen:

1) Alle bedeutenden Funktionäre des Staates und der Partei, insbesondere Be-

rufsrevolutionäre,

- 2) Funktionäre der Komintern,
- 3) alle maßgebenden Parteifunktionäre der KPd SU und ihrer Nebenorganisationen in den Zentralkomitees, den Gau- und Gebietskomitees,
- 4) alle Volkskommissare und ihre Stellvertreter,
- 5) alle ehem. Polit. Kommissare der Roten Armee,
- 6) die leitenden Persönlichkeiten der Zentral- und Mittelinstanzen bei den Staatl. Behörden,
- 7) die führenden Persönlichkeiten des Wirtschaftslebens,
- 8) die sowjetrussischen Intelligenzler und Juden, soweit es sich um Berufsrevolutionäre oder Politiker, Schriftsteller, Redakteure, Komintern-Angestellte usw. handelt.

No. 5

Anlage 2.

A m t IV

Berlin, den 17. Juli 1941

Richtlinien
für die in die Stalags abzustellenden Kommandos
des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD.

- - - -

Die Abstellung der Kommandos erfolgt nach der Vereinbarung zwischen dem Chef der Sicherheitspolizei und des SD und dem OKW vom 16. 7. 41 (siehe Anlage 1).

Die Kommandos arbeiten auf Grund besonderer Ermächtigung und gemäß der ihnen erteilten allgemeinen Richtlinien im Rahmen der Lagerordnung selbstständig. Es ist selbstverständlich, daß die Kommandos mit dem Lagerkommandanten und dem ihm zugewiesenen Abwehroffizier engste Fühlung halten.

Für die Durchführung ihrer Aufgabe können den Kommandos Hilfsmittel nicht zur Verfügung gestellt werden. Das "Deutsche Fahndungsbuch", die "Aufenthaltsermittlungsliste" und das "Sonderfahndungsbuch UdSSR" werden sich in den wenigsten Fällen als verwertbar erweisen; das "Sonderfahndungsbuch UdSSR"

ist deshalb nicht ausreichend, weil nur ein geringer Teil der als gefährlich zu bezeichnenden Sowjetrussen dar: a aufgeführt ist.

No. 6

Exekutionen dürfen nicht im Lager oder in unmittelbarer Umgebung des Lagers durchgeführt werden. Befinden sich die Lager im Generalgouvernement in unmittelbarer Nähe der Grenze, so sind die Gefangenen zur Sonderbehandlung möglichst auf ehemals sowjetrussisches Gebiet zu verbringen.

Sollten aus Gründen der Lagerdisziplin Exekutionen erforderlich sein, so hat sich dieserhalb der Leiter des EK an den Lagerkommandanten zu wenden.

Über die durchgeführten Sonderbehandlungen haben die Kommandos Listen zu führen.

No. 7

Einsatzkommando C/5
der Sicherheitspolizei u. d. SD
- Kdo - Tgb. Nr. 12432/41.

O. U., den 25. November 1941
G. R. S.

An die
Außenposten Kiew
Dnjepropetrowsk
Nikolajew
Rowno
Shitomir
Winniza

Betr. : OUN (Bandera-Bewegung)

Es wurde einwandfrei festgestellt, daß die Bandera-Bewegung einen Aufstand im Reichskommissariat vorbereitet mit dem Endziel, eine unabhängige Ukraine zu schaffen. Alle Funktionäre der Bandera-Bewegung sind sofort festzunehmen und nach einer eingehenden Vernehmung als Plünderer in aller Stille zu liquidieren.

Die Vernehmungsprotokolle sind dem Einsatzkommando C/5 zu übersenden.

Dieses Schreiben ist nach Kenntnisnahme durch den Kommandoführer sofort zu vernichten.

Unterschrift (unl.)
SS-Obersturmbannführer.

BEFEHL DES FELDMARSCHALLS ERICH v. MANSTEIN

vom 20. November 1941¹⁾

Armeeoberkommando 11
Abt. Ic/AO Nr. 2379/41 geh.

A. H. Qu., den 20. 11. 1941

G e h e i m !

Seit dem 22. 6. steht das deutsche Volk in einem Kampf auf Leben und Tod gegen das bolschewistische System.

Dieser Kampf wird nicht in hergebrachter Form gegen die Sowjetische Wehrmacht allein nach europäischen Kriegsregeln geführt.

Auch hinter der Front wird weiter gekämpft. Partisanen, in Zivil gekleidete Heckenschützen, überfallen einzelne Soldaten und kleinere Trupps und suchen durch Sabotage mit Minen und Höllenmaschinen unseren Nachschub zu stören. Zurückgebliebenen Bolschewisten halten durch Terror die vom Bolschewismus befreite Bevölkerung in Unruhe und suchen dadurch die politische und wirtschaftliche Befriedung des Landes zu sabotieren. Ernte und Fabriken werden zerstört und damit besonders die Stadtbevölkerung rücksichtslos dem Hunger ausgeliefert.

Das Judentum bildet den Mittelsmann zwischen dem Feind im Rücken und den noch kämpfenden Resten der Roten Wehrmacht und der Roten Führung. Es hält stärker als in Europa alle Schlüsselpunkte der politischen Führung und Verwaltung, des Handels und des Handwerkes besetzt und bildet weiter die Zelle für alle Unruhen und möglichen Erhebungen.

Das jüdisch-bolschewistische System muß ein für allemal ausgerottet werden.

1) IMT-4064-PS

Nie wieder darf es in unseren europäischen Lebensraum eingreifen.

Der deutsche Soldat hat daher nicht allein die Aufgabe, die militärischen Machtmittel dieses Systems zu zerschlagen. Er tritt auch als Träger einer völkischen Idee und Rächer für alle Grausamkeiten, die ihm und dem deutschen Volk zugefügt wurden, auf.

Der Kampf hinter der Front wird noch nicht ernst genug genommen. Aktive Mitarbeit aller Soldaten muß bei der Entwaffnung der Bevölkerung, der Kontrolle und Festnahme aller sich herumtreibenden Soldaten und Zivilisten und der Entfernung der bolschewistischen Symbole gefordert werden. Jede Sabotage muß sofort und mit schärfsten Maßnahmen gesühnt, alle Anzeichen hierfür gemeldet werden.

Die Ernährungslage der Heimat macht es erforderlich, daß sich die Truppe weitgehendst aus dem Lande ernährt und daß darüberhinaus möglichst große Bestände der Heimat zur Verfügung gestellt werden. Besonders in den feindlichen Städten wird ein großer Teil der Bevölkerung hungern müssen. Trotzdem darf aus mißverständener Menschlichkeit nichts von dem, was die Heimat unter Entbehrungen abgibt, an Gefangene und Bevölkerung - soweit sie nicht im Dienste der deutschen Wehrmacht stehen - verteilt werden.

Für die Notwendigkeit der harten Sühne am Judentum, dem geistigen Träger des bolschewistischen Terrors, muß der Soldat Verständnis aufbringen. Sie ist auch notwendig, um alle Erhebungen, die meist von Juden angezettelt werden, im Keime zu ersticken.

Aufgabe der Führer aller Grade ist es, den Sinn für den gegenwärtigen Kampf dauernd wach zu halten. Es muß verhindert werden, daß durch Gedankenlosigkeit der bolschewistische Kampf hinter der Front unterstützt wird.

Von den nichtbolschewistischen Ukrainern, Russen und Tartaren muß erwartet werden, daß sie sich zu der neuen Ordnung bekennen. Die Teilnahmslosigkeit zahlreicher, angeblich sowjetfeindlicher Elemente muß einer klaren Entscheidung zur aktiven Mitarbeit gegen den Bolschewismus weichen. Wo sie nicht besteht, muß sie durch entsprechende Maßnahmen erzwungen werden.

Die freiwillige Mitarbeit am Aufbau des besetzten Landes bedeutet für die Erreichung unserer wirtschaftlichen und politischen Ziele eine absolute Notwendigkeit.

Sie hat eine gerechte Behandlung aller nichtbolschewistischen Teile der Bevölkerung, die z. T. jahrelang gegen den Bolschewismus heldenhaft gekämpft haben, zur Voraussetzung.

Die Herrschaft in diesem Lande verpflichtet uns zur Leistung, zur Härte gegen sich selbst und zur Zurückstellung der Person. Die Haltung jedes Soldaten wird dauernd beobachtet. Sie macht eine feindliche Propaganda zur Unmöglichkeit oder gibt Ansatzpunkte für sie. Nimmt der Soldat auf dem Lande dem Bauern die letzte Kuh, die Zuchtsau, das letzte Huhn oder das Saatgut, so kann eine Belebung der Wirtschaft nicht erreicht werden.

Bei allen Maßnahmen ist nicht der augenblickliche Erfolg entscheidend. Alle Maßnahmen müssen deshalb auf ihre Dauerwirkung geprüft werden.

Im Verfolg dieser Gedanken kommt neben anderen durch die späte Verwaltung durchzuführenden Maßnahmen der propagandistischen Aufklärung der Bevölkerung, der Förderung der persönlichen Initiative z. B. durch Prämien, der weitgehenden Heranziehung der Bevölkerung zur Partisanenbekämpfung und dem Ausbau der einheimischen Hilfspolizei erhöhte Bedeutung zu.

Zur Erreichung dieser Ziele muß gefordert werden:

Aktive Mitarbeit der Soldaten beim Kampf gegen den Feind im Rücken,
Bei Nacht keine einzelnen Soldaten,
Alle Fahrzeuge mit ausreichender Bewaffnung,
Selbstbewußte, nicht überhebliche Haltung aller Soldaten,
Zurückhaltung gegenüber Gefangenen und dem anderen Geschlecht,
Kein Verschwenden von Lebensmitteln.

Mit aller Schärfe ist einzuschreiten:

Gegen Willkür und Eigennutz,
Gegen Verwilderung und Undisziplin,
Gegen jede Verletzung der soldatischen Ehre.

Verteiler:
Fis Rgt. und Selbst. Btl.

Der Oberbefehlshaber:
v. Manstein

Eidesstattliche Erklärung von SS-Sturmbannführer Kurt
L i n d o w

Ich, Kurt L i n d o w, mache unter Eid und nach vorheriger Einschwörung folgende Erklärung:

1. Ich war Kriminaldirektor im Amt IV des RSHA und Leiter des Referates IV A 1 von Mitte 1942 bis Mitte 1944. Ich habe den Rang eines SS-Sturmbannführers.
2. Dem Referat IV A 1 war von 1941 bis Mitte 1943 ein Sachgebiet angegliedert, das der Regierungsoberinspektor, späterer Regierungsrat, und SS Hauptsturmführer Franz K ö n i g h a u s leitete. In diesem wurden Kriegsgefangenenangelegenheiten bearbeitet. Mir ist aus diesem Sachgebiet bekannt geworden, daß Erlasse und Befehle des Reichsführers H i m m l e r aus den Jahren 1941 und 1942 bestanden, nach welchen gefangen genommene sowjetrussische politische Kommissare und jüdische Soldaten executiert werden sollten. Nach meiner Kenntnis liefen Vorschläge zu Executionen solcher Kriegsgefangener aus den einzelnen Kriegsgefangenenlagern ein. K ö n i g h a u s mußte dann die Executionsbefehle vorbereiten und legte diese dem Amtschef IV, M ü l l e r, zur Unterschrift vor. Diese Entwürfe waren so abgefaßt, daß ein Schreiben an die beantragende Dienststelle, ein zweites Schreiben an ein jeweils bestimmtes Konzentrationslager zur Anweisung der Execution zu versenden waren. Die betreffenden Kriegsgefangenen wurden vorerst formell entlassen, dann in ein Konzentrationslager zur Execution überführt.
3. Der Sachbearbeiter K ö n i g h a u s war mir in personeller Hinsicht unterstellt, und zwar von Mitte 1942 bis etwa Anfang 1943, und arbeitete sachlich direkt mit dem Gruppenleiter IV A, Regierungsdirektor P a n z i n g e r, zusammen. Das Sachgebiet wurde etwa Anfang 1943 aufgelöst und auf die Länderreferate bei IV aufgeteilt. Die für russische Kriegsgefangene in Frage kommenden Arbeiten müssen dann von IV B 2a bearbeitet worden sein. Leiter des Referates IV B 2a war Regierungsrat und Sturmbannführer Hans-Helmut W o l f.
4. In den Kriegsgefangenenlagern der Ostfront bestanden kleinere Einsatzkommandos, die von Angehörigen der Geheimen Staatspolizei (Unterbeamten) geleitet wurden. Diese Kommandos waren den Lagerkommandanten zugeteilt und hatten die Aufgabe, die Kriegsgefangenen, die für eine Execution, gemäß

den ergangenen Befehlen, in Frage kamen, auszusondern und dem Geheimen Staatspolizeiamt zu melden.

5. Ferner ist mir bekannt, daß bei Geschlechtsverkehr zwischen Polen und deutschen Frauen und Mädchen die Polen, auf Grund eines Befehles des Reichsführers Himmler, gehängt werden sollten. Die Hinrichtung der Polen und die gerichtliche Bestrafung der deutschen Frauen wurde von einem Gutachten des Rassereferenten bei dem jeweils zuständigen HSSPF abhängig gemacht. Bestand seitens des Polen eine ernsthafte Heiratsabsicht, so wurde von dem Rassereferenten geprüft, ob der Pole auf Grund seiner Gesamterscheinung "rassisch einwandfrei" und infolgedessen "eindeutschungsfähig" war. Fiel das Urteil des Rassereferenten bejahend aus, so geschah nichts, d. h. der Pole konnte das deutsche Mädchen heiraten und wurde "eingedeutscht". Fiel aber das Urteil verneinend aus, so wurde der Pole gehängt und das deutsche Mädchen dem Gericht zur Aburteilung übergeben. In jedem Einzelfalle mußte mit Einsendung von Lichtbildern, an den Reichsführer Himmler berichtet werden, der sich offenbar die Entscheidung vorbehalten hatte und der nur allein den Befehl zur Erhängung erteilte. Diese Fälle müssen vom Referat IV B 2b bearbeitet worden sein. Leiter des Referates IV B 2b war Regierungsrat und Sturmabteilungsführer Tomsen.

Die oben angeführten Tatsachen sind der Wahrheit entsprechend. Diese Erklärungen sind von mir freiwillig und ohne jeden Zwang angegeben worden und ich habe dieselben durchgelesen und unterschrieben.¹⁾

Kurt Lindow
SS - Sturmabteilungsführer

Oberursel, den 30. September 1945

Eidesstattliche Erklärung von Otto Ohlendorf

Ich, Otto Ohlendorf, erkläre hiermit an Eidesstatt:

Ich war Chef des Sicherheitsdienstes (SD), Amt III des Hauptamtes der Sicherheitspolizei und des SD (RSHA), von 1939 bis 1945. Im Juni 1941 wurde ich von Himmler bestimmt, eine der Einsatzgruppen zu führen, die damals ge-

1) IMT-2542-PS

gildet wurden, um der deutschen Armee im russischen Feldzug zu folgen. Ich war der Chef der Einsatzgruppe D. Chef der Einsatzgruppe A war Stahlecker, Abteilungsleiter im Auswärtigen Amt. Der Chef der Einsatzgruppe B war Nebe, Chef des Amtes V (KRIPD) des Hauptamtes des Chefs der Sicherheitspolizei und des SD (RSHA). Der Chef der Einsatzgruppe C war zuerst Rasch (oder Rasche) und später Thomas.

Himmler erklärte, daß ein wichtiger Teil unserer Aufgabe in der Beseitigung von Juden, Frauen, Männern und Kindern, und der Beseitigung kommunistischer Funktionäre bestünde. Ich wurde etwa vier Wochen vorher über den Angriff auf Rußland benachrichtigt.

Nach einem Abkommen mit dem OKW und dem OKH wurden die Einsatzkommandos von der Heeresgruppe oder der Armee bestimmten Korps und Divisionen des Heeres zugeteilt. Das Heer bestimmte, in welchem Gebiet die Einsatzkommandos zu operieren hatten. Alle Führungsweisungen und Befehle für die Ausführung von Hinrichtungen kamen über den Chef der SIPO und des SD (RSHA) in Berlin. Regelmäßiger Kurierdienst und Radioverbindung bestanden zwischen den Einsatzgruppen und dem Chef der SIPO und des SD.

Die Einsatzgruppen und Einsatzkommandos wurden von Personal der Gestapo, des SD oder der Kriminalpolizei geführt. Zusätzliche Mannschaften wurden von der Ordnungspolizei und von der Waffen-SS gestellt. Einsatzgruppe D bestand aus ungefähr 400 bis 500 Mann und verfügte über annähernd 170 Fahrzeuge.

Als die deutsche Armee in Rußland einmarschierte, war ich Führer der Einsatzgruppe D im südlichen Sektor, und im Laufe des Jahres, während dessen ich Führer der Einsatzgruppe D war, liquidierte sie ungefähr 90 000 Männer, Frauen und Kinder. Die Mehrzahl der Liquidierten waren Juden, aber es waren unter ihnen auch einige kommunistische Funktionäre.

In der Ausführung dieses Vernichtungsprogrammes wurden die Einsatzgruppen in Einsatzkommandos untergeteilt, und die Einsatzkommandos in noch kleinere Einheiten, die sogenannten Sonderkommandos und Teilkommandos. Gewöhnlich wurden die kleineren Einheiten von einem Angehörigen des SD, der Gestapo oder der Kriminalpolizei geführt. Die dazu ausersehene Einheit pflegte in ein Dorf oder in eine Stadt zu kommen und den führenden jüdischen Bewohnern den Befehl zu erteilen, alle Juden zwecks Umsiedlung zusammenzurufen. Sie wurden aufgefordert, ihre Wertgegenstände den Führern der Einheit zu übergeben, und kurz vor der Hinrichtung ihre Oberkleidung auszuhändigen. Die Männer, Frauen

und Kinder wurden zu einem Hinrichtungsort geführt, der sich meist neben einem vertieften Panzerabwehrgraben befand. Dann wurden sie erschossen, knieend oder stehend, und die Leichen wurden in den Graben geworfen. Ich habe in der Gruppe D das Erschießen durch Einzelpersonen nie genehmigt, sondern befohlen, daß mehrere Leute gleichzeitig schießen sollten, um direkte, persönliche Verantwortung zu vermeiden. Die Führer der Einheiten oder besonders bestimmte Personen mußten jedoch den letzten Schuß auf solche Opfer abfeuern, die nicht sofort tot waren. Ich erfuhr aus Gesprächen mit anderen Gruppenführern, daß manche von ihnen verlangten, daß die Opfer sich flach auf den Boden legten, um dann durch den Nacken geschossen zu werden. Ich billigte diese Methoden nicht.

Im Frühjahr 1942 wurde uns vom Chef der Sicherheitspolizei und des SD in Berlin Gaswagen geschickt. Diese Wagen wurden vom Amt II des RSHA beigestellt. Der Mann, der für die Wagen meiner Einsatzgruppe verantwortlich war, war Becker. Wir hatten Befehl erhalten, die Wagen für die Tötung von Frauen und Kindern zu benutzen. Jedes Mal, wenn eine Einheit eine genügende Anzahl von Opfern angesammelt hatte, wurde ein Wagen für die Liquidierung gesandt. Wir hatten auch diese Gaswagen in der Nähe der Durchgangslager stationiert, in die die Opfer gebracht wurden. Den Opfern wurde gesagt, daß sie umgesiedelt werden würden und zu diesem Zwecke in die Wagen steigen müßten. Danach wurden die Türen geschlossen und durch das Ingangsetzen der Wagen strömte das Gas ein. Die Opfer starben in 10 bis 15 Minuten. Die Wagen wurden dann zum Begräbnisplatz gefahren, wo die Leichen herausgenommen und begraben wurden.

Ich habe den Bericht von Stahlecker (Dokument L-180) über Einsatzgruppe A gesehen, in welchem Stahlecker behauptet, daß seine Gruppe 135 000 Juden und Kommunisten in den ersten vier Monaten der Aktion getötet hat. Ich kannte Stahlecker persönlich und ich bin der Ansicht, daß das Dokument authentisch ist.

Man hat mir den Brief gezeigt, den Becker an Rauff, den Leiter der Technischen Abteilung von Amt II, bezüglich der Verwendung dieser Gaswagen geschrieben hat. Ich kannte diese beiden Männer persönlich und ich bin der Ansicht, daß dieser Brief ein authentisches Dokument ist.¹⁾

Ohlendorf

1) IMT-2620-PS

STELLUNGNAHME DES ADMIRALS CANARIS ZUR ANORDNUNG
FÜR DIE BEHANDLUNG SOWJETISCHER KRIEGSGEFANGENER

Dem
Herrn Chef OKW
vorzulegen

Vortragsnotiz

Betr.: Anordnung für die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener.

Bezug: 2 f 24.11 AWA/Kriegsgef.(I) Nr. 3058/41 geh. vom 8.9.41

I. 1. Die Rechtslage ist folgende:

Das Genfer Kriegsgefangenenabkommen gilt zwischen Deutschland und der UdSSR nicht, daher gelten lediglich die Grundsätze des allgemeinen Völkerrechts über die Behandlung von Kriegsgefangenen. Diese haben sich seit dem 18. Jahrhundert dahin gefestigt, daß die Kriegsgefangenschaft weder Rache noch Strafe ist, sondern lediglich Sicherheitshaft, deren einziger Zweck es ist, die Kriegsgefangenen an der weiteren Teilnahme am Kampf zu verhindern. Dieser Grundsatz hat sich im Zusammenhang mit der bei allen Heeren geltenden Anschauung entwickelt, daß es der militärischen Auffassung widerspreche, Wehrlose zu töten oder zu verletzen; er entspricht zugleich dem Interesse eines jeden Kriegsführenden, seine eigenen Soldaten im Falle der Gefangennahme vor Mißhandlungen geschützt zu wissen.

2. Die als Anl. 1 beigefügten Anordnungen für die Behandlung sowjetischer Kriegsgefangener gehen, wie sich aus den Eingangssätzen ergibt, von einer grundsätzlich anderen Auffassung aus. Nach dieser wird der Kriegsdienst für die Sowjets grundsätzlich nicht als soldatische Pflichterfüllung betrachtet, sondern - wegen der von den Sowjettruppen begangenen Mordtaten - in seiner Gesamtheit als Verbrechen charakterisiert. Damit wird die Geltung kriegsrechtlicher Normen im Kampf gegen den Bolschewismus verneint und außerdem vieles beiseite gestellt, was nach der bisherigen Erfahrung nicht nur militärisch zweckmäßig, sondern auch als zur Aufrechterhaltung der Manneszucht und Schlagkraft der eigenen Truppe als unbedingt erforderlich angesehen wurde.
3. Die Anordnungen sind sehr allgemein gehalten. Hält man sich aber die sie beherrschende Grundauffassung vor Augen, so müssen die ausdrücklich gebilligten Maßnahmen zu willkürlichen Mißhandlungen und Tö-

tungen führen, auch wenn Willkür formal verboten ist.

a) Das ergibt sich einmal aus den Vorschriften über den Waffengebrauch bei Widersetzlichkeit. Es wird den mit den Sprachen der Kriegsgefangenen durchweg nicht vertrauten Bewachungsmannschaften und ihren Vorgesetzten häufig nicht erkennbar sein, ob Nichtbefolgung von Befehlen auf Mißverständnis oder Widersetzlichkeit zurückgeht. Der Grundsatz: "Waffengebrauch gegenüber sowjetischen Kriegsgefangenen gilt in der Regel als rechtmäßig" überhebt die Wachmannschaft jeder Pflicht zur Überlegung.

b) Die Behandlung der Kriegsgefangenen ist weitgehend der Aufsicht der Wehrmacht entzogen; nach außen wird jedoch die Verantwortung der Wehrmacht aufrecht erhalten bleiben.

aa) Die Aussonderung der Zivilpersonen und politisch unerwünschten Kriegsgefangenen sowie die Entscheidung über ihr Schicksal erfolgt durch die Einsatzkommandos der Sicherheitspolizei und des SD nach Richtlinien, die den Wehrmachtsstellen unbekannt sind, und deren Einhaltung sie nicht nachprüfen können.

c) Durch die Schlußbemerkung der Anordnung wird den Kommandanten der Kriegsgefangenenlager nahegelegt, eher noch schärfer durchzugreifen, als die Anordnungen es vorsehen, um sicher zu sein, nicht selbst zur Verantwortung gezogen zu werden.

4. Nach allgemeinen Erfahrungssätzen fordert ungerechte Behandlung den Geist der Widersetzlichkeit heraus, so daß die Bewachung dieser Kriegsgefangenen wahrscheinlich immer schwierig bleiben wird. Schon die Anordnungen sehen für den Arbeitseinsatz für je 10 Gefangene 1 Wachmann vor, so daß schon bei der jetzigen Zahl von wohl fast 1,5 Millionen einsatzfähiger Gefangener mindestens 150 000 Mann zur Bewachung benötigt werden.

5. In Anlage 2 wird Übersetzung des russischen Erlasses über Kriegsgefangene beigelegt, der den Grundsätzen des allgemeinen Völkerrechts und weitgehend auch denen des Genfer Kriegsgefangenenabkommens entspricht. Dieser Erlaß wird zweifellos von der russischen Truppe an der Front nicht beachtet, jedoch sind beide - der russische

Erlaß und die deutschen Anordnungen - vornehmlich für das Heimatgebiet bestimmt. Wenngleich kaum anzunehmen ist, daß der russische Erlaß im russischen Gebiet der Sowjetunion beachtet wird, so besteht doch die Gefahr, daß die deutschen Anordnungen von der feindlichen Propaganda erfaßt und dem sowjetrussischen Erlaß gegenübergestellt werden.

6. Der für die deutsche Kriegswirtschaft lebenswichtige Wiederaufbau in den besetzten Gebieten wird erschwert. Es wird den Kriegsgefangenen, die für die Verwaltung dieser Gebiete wegen ihrer antibolschewistischen Einstellung, irgendeiner besonderen Ausbildung oder aus sonstigen Gründen verwendet werden können, politisch unmöglich gemacht, sich nach einer Freilassung für uns einzusetzen, selbst wenn sie es nach ihren Erfahrungen in den Kriegsgefangenenlagern noch tun wollten. Statt Spannungen innerhalb der Bevölkerung der besetzten Gebiete zur Erleichterung der deutschen Verwaltung auszunutzen, wird die Mobilisierung aller inneren Gegenkräfte Rußlands zu einer einheitlichen Feindschaft erleichtert.
7. Bei den Besonderheiten des russischen Kriegsschauplatzes muß durch den feindlichen Nachrichtendienst und durch die dort sehr schnell wirkende Flüsterpropaganda der Widerstandswille der feindlichen Truppen außerordentlich gestärkt werden.
8. Mögliche Informationsquellen werden verschüttet. Kriegsgefangene, die als innerpolitische Gegner des bolschewistischen Regimes für Abwehrzwecke einsatzfähig sein könnten, insbesondere Angehörige von Minderheiten, müssen jede etwa vorhandene Bereitschaft, sich anwerben zu lassen, verlieren. Das gilt besonders für die Völkerschaften des kriegswirtschaftlich entscheidenden Gebietes des Kaukasus.
9. Es entfällt die Möglichkeit, sich gegen schlechte Behandlung deutscher Wehrmachtangehöriger in sowjetrussischer Kriegsgefangenschaft zu wenden.

II. *Эт* Ausl/Abw ist vor Erlaß dieser Anordnung oder ihrer Vorgangsvorfügung nicht beteiligt worden. Gegen sie bestehen nach Ansicht Amt Ausl/Abw sowohl vom grundsätzlichen Standpunkt aus als auch wegen der sicherlich eintretenden nachteiligen Folgen in politischer und militärischer Hinsicht schwere Bedenken.¹⁾

2 Anl.

Canaris

1) IMT-338-EC

PROKLAMATION DES GENERALGOUVERNEURS H. FRANK

An die Bevölkerung von Galizien !

Auf Befehl des Führers nehme ich in dieser Stunde als Generalgouverneur Galizien in den Bestand des Generalgouvernements und damit in den Schutz des Großdeutschen Reiches auf.

Bürger und Bürgerinnen !

Furchtbare Jahre des Leides und der Unterdrückung durch das sinnlose Willkürregiment der Warschauer Regierungsclique und die grausame Gewaltherrschaft der Sowjets liegen hinter Euch. Tausende Eurer Brüder und Schwestern fielen unschuldig dem jüdisch-bolschewistischen Blutrausch zum Opfer. Die Soldaten Adolf Hitlers haben Euch von dem System des Mordes, des Terrors und der Kulturschande unter schwersten Opfern befreit. Das mächtige Großdeutsche Reich hat Euch in seinen Schutz genommen. Der Name Adolf Hitlers bürgt Euch dafür, daß diese Schreckenszeiten nie mehr wiederkehren. Der Führer tut sein Vertrauen zu Euch kund, daß Ihr nach der über Euch gekommenen entsetzlichen Prüfung nunmehr gewillt seid, an der Neuordnung Europas mit Eurer ganzen Kraft mitzuwirken. Was immer Euch an Unrecht geschehen wird, soweit irgend möglich, wiedergutmacht werden. Euer Privateigentum soll wiederhergestellt, die Freiheit Eures völkisch-kulturellen Lebens gesichert und die freie Religionsübung gewährleistet werden. So werdet Ihr durch die Zugehörigkeit zu dem Machtbereich Großdeutschlands wieder eintreten in die europäische Kulturgemeinschaft, aus der Euch die Gewaltherrscher im Kreml hinausgedrängt haben. Galizien ist damit in den Reichszusammenhang zurückgekehrt, der durch Jahrhunderte hindurch den Aufstieg des Landes ermöglicht hat.

Ich fordere Euch auf, in vollem Vertrauen auf den Führer und die von ihm eingesetzten Männer ruhig und unbesorgt an Eure Arbeit zu gehen, damit in Galizien jene Ordnung nunmehr endgültig gesichert werden kann, die für die künftigen Generationen Wohlstand und Glück bedeuten wird.

Ich grüße Euch im Namen des Führers.

Möge der Herrgott seinen Segen geben zu dem Werk, das wir gemeinsam beginnen!

Es lebe Großdeutschland!

Es lebe seine siegreiche Wehrmacht!
Es lebe der Führer Adolf Hitler!

Frank
Generalgouverneur

MASSNAHMEN GEGEN EMIGRANTEN AUS OSTEUROPA

An alle Staatspolizei(leit)stellen pp.

(An die Staatspolizeistelle
z. Hd. v. SS. Stubaf. RR. Nosske
- oViA -
in A a c h e n .)

Betrifft: Maßnahmen gegen die aus dem großrussischen Raum stammenden
Emigranten und Zivilarbeiter und gegen ausländische Arbeiter.

Bezug: Ohne.

Zur Verhinderung der eigenwilligen und unerlaubten Rückkehr russischer, ukrainischer, weißruthenischer, kosakischer und kaukasischer Emigranten und Zivilarbeiter aus dem Reichsgebiet nach Osten und von Störungsversuchen fremdvölkischer Arbeitskräfte in der deutschen Produktion bestimme ich folgendes:

- 1.) Den Leitern der Stützpunkte der russischen, ukrainischen, weißruthenischen und kaukasischen Vertrauensstellen bzw. der Hilfskomitees und den führenden Mitgliedern russischer, ukrainischer, weißruthenischer, kosakischer und kaukasischer Emigrantorganisationen ist sofort zu eröffnen, daß sie bis auf weiteres ihren Aufenthaltsort ohne Genehmigung der Sicherheitspolizei nicht zu verlassen haben. Gleichzeitig sind sie aufzufordern, auf die von ihnen betreuten Mitglieder in gleichem Sinne einzuwirken. Sie sind darauf aufmerksam zu machen, daß gegen unerlaubtes Verlassen des Arbeitsplatzes und des Aufenthaltsortes mit Festnahme eingeschritten wird. Von der Anwesenheit der Stützpunktleiter bitte ich, sich durch möglichst tägliche Rückfragen in vorgeschützten Angelegenheiten zu überzeugen.
- 2.) Emigranten und fremdvölkische Arbeiter, die einschlägig belastet sind und

unter dem Verdacht stehen, für die UdSSR sich nachrichtendienstlich betätigt zu haben, sind, wenn es nach Sachlage unbedingt geboten erscheint, in Haft zu nehmen.

Diese Maßnahme (Ziff. 1 und 2) ist zwar vorzubereiten, jedoch erst durchzuführen nach Durchgabe des Kennwortes "Fremdvölker" mittels Blitz-FS.

3.) Bei allen fremdvölkischen Arbeitskräften ist im Falle von Arbeitsverweigerungen, Feindpropaganda oder Sabotageverdacht mit Festnahmen und Schutzhaft schärfstens durchzugreifen.

4.) Personen, die gegen die ergangenen Anordnungen verstoßen oder die in Betrieben oder Versammlungen durch aufrührerische Reden Unruhe in die Emigration oder die ausländischen Arbeitskräfte hineintragen, sind gleichfalls festzunehmen.

5.) Zur Aufrechterhaltung der deutschen Produktionsleistung muß unter allen Umständen erreicht werden, daß die Emigranten, die aus den Ostgebieten stammenden Arbeiter und die ausländischen Arbeitskräfte auf ihren Arbeitsplätzen verbleiben. Falls von dort auf Grund der örtlichen Verhältnisse besondere Maßnahmen zur Sicherung dieses Zieles für notwendig gehalten werden, bitte ich um entsprechende Veranlassung und Bericht.

Über die Durchführung dieser Maßnahmen ist dem RSHA laufend zu berichten. Der Erlaß ist auch auf die aus den baltischen Staaten stammende litauische, lettische und estnische Emigration anzuwenden. ¹⁾

In Vertretung:

gez. Müller

(L. S.)

Beglaubigt:

gez. Unterschrift

Kanzleiangestellte

DIE NEUE AGRARORDNUNG ¹⁾

Erlaß des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete

Vom 16. Februar 1942

Einführung

Bei der Besetzung großer Teile des alten Sowjetgebietes ergab sich für die deutsche Verwaltung die schwierige Aufgabe, eine Wirtschaft zu übernehmen, die sich von derjenigen aller anderen Länder grundlegend unterscheidet. Der Bolschewismus hat hier das selbständige Bauerntum völlig vernichtet. Es gibt nur noch landwirtschaftliche Großbetriebe entweder in der Form der Staatsgüter (Sowchose) oder in der Form der Kollektivwirtschaften (Kolchose), die sich aus den früheren Bauernwirtschaften zusammensetzen. Während sonst in einem Lande, über das die Welle des Krieges hinweggeht, der Bauer aus eigenem Antrieb wieder zum Pfluge greift, mußte hier eine staatlich gelenkte Landwirtschaft übernommen werden, in der die private Initiative systematisch gelähmt worden war.

In den von der Sowjetunion erst nach 1939 erworbenen Gebieten, d.h. in den baltischen Ländern und den ehemals polnischen Gebietsteilen, wo die Sowjets mit der Kollektivierung der Landwirtschaft erst einen bescheidenen Anfang gemacht hatten, konnte sich die deutsche landwirtschaftliche Organisation auf die allgemeinen Aufgaben einer landwirtschaftlichen Verwaltung beschränken. Im alten Sowjetgebiet sah sie sich dagegen von vornherein vor die schwierigen Probleme gestellt, die sich aus der eigenartigen Agrarstruktur des Landes ergeben. Durch Druckmittel und Terror hatten die Sowjets die Bauern in das Kolchossystem hineingezwängt und konnten es nur durch Zwang aufrechterhalten. Nach der Vertreibung der Bolschewiken zeigte es sich, daß die Landbevölkerung das Kolchossystem einmütig ablehnt, das den Sowjets - von der betriebswirtschaftlichen Zielsetzung ganz abgesehen - dazu gedient hatte, die Bauern politisch dem Bolschewismus zu unterwerfen und sie der jüdisch-bolschewistischen Ausbeutung auszuliefern. Die Kolchose wurden zum großen Teil von unfähigen Vertrauensleuten der bolschewistischen Partei geleitet und waren schlecht organisiert. Nur mit Widerstreben tat der Bauer seine Arbeit in den Kolchosen, in denen er den ständigen

1) A. Meyer: Das Recht der besetzten Ostgebiete. III D b 6

Schikanen seiner bolschewistischen Unterdrücker ausgesetzt war und zusehen mußte, wie die Faulen und Drückeberger auf seine Kosten mit durchgeschleppt wurden und am Ende des Jahres infolge eines raffiniert ausgeklügelten Systems der Arbeitsberechnung nur eine kärgliche Entlohnung für ihn übrigblieb. Es gab Jahre, in denen die Bauern hungerten oder sogar, wie 1933, zu Millionen Hungers starben.

Die Vertreibung der bolschewistischen Unterdrücker durch die siegreiche deutsche Wehrmacht empfanden die Bauern als den Anbruch einer neuen Zeit. Sobald der erste Schock überwunden war, gingen sie willig an die Arbeit. Sie finden bei den deutschen Dienststellen tatkräftige Unterstützung und bringen den eingesetzten deutschen Landwirtschaftsführern volles Vertrauen entgegen. Das deutsche Interesse deckt sich mit dem Interesse der Bauern; die landwirtschaftliche Produktion aufrechtzuerhalten und nach Möglichkeit zu steigern. Das dem Bauern wesensfremde bolschewistische Kolchossystem wird auch von deutscher Seite gefühlsmäßig abgelehnt. Andererseits war es klar und auch die Bauern hatten volles Verständnis dafür, daß eine sofortige und totale Auflösung der Kolchose nicht möglich war, da sie zu schweren Erschütterungen der landwirtschaftlichen Produktion und zu chaotischen Zuständen auf dem Lande hätte führen müssen.

Durch 20 Jahre bolschewistischer Mißwirtschaft und durch die umfangreichen Zerstörungen, die die Bolschewiken noch vor ihrem Abzug angerichtet hatten, ist der Wiederaufbau der Landwirtschaft auf neuer Grundlage erschwert und kann nur allmählich erfolgen. Für die Schaffung selbständiger Bauernwirtschaften fehlen nicht nur die Betriebsmittel, sondern zum großen Teil auch die geeigneten Menschen. Die tüchtigen Bauern sind von den Bolschewiken als "Kulaken" liquidiert oder verschickt worden. Es fehlen im Dorfe außerdem die Männer, die von der Roten Armee mobilisiert oder beim Abzug verschleppt wurden. Die jungen Leute aber haben zum großen Teil keine eigene Erfahrung mehr im Führen einer selbständigen Bauernwirtschaft. Es ist daher erforderlich, die vorhandenen Menschenkräfte und Betriebsmittel zusammenzufassen und ihren Einsatz planmäßig zu steuern.

Die Landfrage kann nicht etwa dadurch gelöst werden, daß jeder Bauer einfach sein früheres Land wieder zugewiesen erhält. Einmal waren die früheren Besitzverhältnisse stark reformbedürftig, ferner lassen sich die früheren Grenzen in den meisten Fällen gar nicht mehr feststellen und schließlich fehlen zum großen Teil die früheren Besitzer. Dazu kommt, daß die infolge des Krieges eingetre-

tene Wanderungsbewegung innerhalb der Bevölkerung noch in vollem Gange ist. Die Neuordnung der landwirtschaftlichen Verhältnisse muß genügend Spielraum lassen, daß die vielen Menschen, die eines Tages in ihr Heimatdorf zurückkehren - und das sind nicht die schlechtesten Elemente - nicht übergangen werden.

Die Neue Agrarordnung, die sich nur auf das alte Sowjetgebiet ausschließlich der baltischen Länder und der ehemals polnischen Gebietsteile bezieht, soll einen allmählichen und geordneten Übergang von der bolschewistischen Kollektivwirtschaft zur - genossenschaftlich gebundenen oder selbständigen - Einzelbewirtschaftung anbahnen. Die gewaltige Arbeit, die mit dieser Umstellung der Landwirtschaft verbunden ist, wird sich auf Jahre erstrecken. Zunächst wird die Kolchosverfassung aufgehoben und die Kolchose werden mit sofortiger Wirkung in Gemeinwirtschaften umgewandelt, von denen aus allmählich im Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten der Übergang zur individuellen Bodennutzung erfolgen soll.

Durch die Beseitigung der bolschewistischen Wirtschaftsformen soll die Landwirtschaft der besetzten Ostgebiete wieder auf eine gesunde Grundlage gestellt und die landwirtschaftliche Erzeugung durch die Einschaltung der privaten Initiative nach Möglichkeit gefördert werden. Damit wird nicht nur den Interessen der dortigen Landbevölkerung und ihrem Wunsch nach einer freien wirtschaftlichen Betätigung Rechnung getragen, sondern auch den großen Aufgabengedient, die diesem Raum als größtem landwirtschaftlichen Überschußgebiet Europas in der künftigen europäischen Neuordnung zufallen.

A. Aufhebung der Kolchosverfassung

1. Alle Gesetze und Verfügungen der früheren Sowjetregierung über Bildung, Verwaltung und Bewirtschaftung der Kollektivwirtschaften werden aufgehoben.
2. Das "Musterstatut des landwirtschaftlichen Artells" wird außer Kraft gesetzt.
3. Alle Kolchose werden mit sofortiger Wirkung in Gemeinwirtschaften umgewandelt.

Zu A 1: 1. Die sowjetische Gesetzgebung zur Kollektivierung der landwirtschaftlichen Betriebe beginnt mit den Dekreten vom 26.10.17 über den Boden und vom 19.2.18 über die Sozialisierung des Bodens. Ab Ende 1929

setzt sich die kollektive Bewirtschaftungsform innerhalb der Landwirtschaft vollständig durch. Nach dem Grade der Vergemeinschaftung kann man die Genossenschaft zur gemeinsamen Bodenbearbeitung (TOS), das Artell und die landwirtschaftliche Kommune unterscheiden. Die Kommune verzichtet auf jeglichen Privatbesitz, sogar an den Konsumgütern. Die gebräuchlichste Form der Kollektivierung ist das landwirtschaftliche Artell geworden. Bei der Bildung der Kolchose mußten die sich zusammenschließenden Mitglieder den Boden, der zum Staatseigentum erklärt und den Kolchosen zur ewigen und kostenlosen Nutzung überlassen wird, das gesamte Arbeits- und Zuchtvieh und die sonstigen Produktionsmittel einbringen. Von der Vergemeinschaftung waren lediglich ausgeschlossen ein zur persönlichen Nutzung überlassener Kolchoshof mit etwas Land zum Anbau von Gemüse und Obst, die Wohngebäude der Kolchosmitglieder, Kleinvieh und eine Kuh und die für die Hofwirtschaft erforderlichen Geräte. Die Nutzung des Kolchoshofes stand der Familie als einer Arbeitsvereinigung zu, die ihre Haupteinnahmen aus der gemeinschaftlich betriebenen Kolchoswirtschaft bezog, und war an die allgemeine Kolchosmitgliedschaft gebunden. Der Festigung des Kolchossystems diente die weitgehende Mechanisierung der Landwirtschaft, die die Kolchosbetriebe von den Maschinen-Traktoren-Stationen (MTS) abhängig machte. Diese erhielten die offizielle Verantwortung für die Durchsetzung des Systems und zu diesem Zweck auch 1935 politische Abteilungen; die unmittelbare Leitung der Kolchose lag bei den Rayonagrarabteilungen und den örtlichen Parteidienststellen.

2. Durch die Aufhebung der sowjetischen Kollektivierungsgesetze ist nicht der sowjetische Rechtszustand wiederhergestellt worden, sondern die Rechtsverhältnisse der früher kollektivierten Betriebe beurteilen sich jetzt nach den Bestimmungen der Agrarordnung.

Zu A 2: Das 1930 vom Staat bestätigte und 1935 erweiterte Musterstatut des landwirtschaftlichen Artells behandelt sämtliche Rechtsbeziehungen der Kolchose, u. a. das Kolchoseigentum, die Nutzung des Kolchosbodens; die Mitgliedschaft, die Vergemeinschaftung des Kolchosvermögens und den Arbeitstag als Berechnungs- und Entlohnungseinheit für die Kolchosarbeit. Das System der Ertragsverteilung war sehr verwickelt und unbeliebt. Der Meßbetrag der Kolchosarbeit war der Arbeitstag (Trudoden). Der Kolchosbauer erhält keinen Arbeitslohn, sondern entsprechend seinen Arbeitstagen einen Anteil an den Kolchoseinnahmen. Jede Arbeit wird entsprechend ihrer Schwierigkeit, ihrer Schwere und Wichtigkeit bewertet. Ein Traktorist kann z. B. an einem Werktag 4 Arbeitstage erarbeiten, während für einfache Arbeit während derselben

Zeit noch nicht einmal ein voller Arbeitstag gutgeschrieben wird. Die Arbeitskräfte der Kolchose waren in Erzeugungsbrigaden zusammengefaßt, die einen dauerhaften Mitgliederbestand hatten und z. T. dauernd dieselben Felder bearbeiteten. An ihrer Spitze stand der Brigadier, der jedem Kolchosmitglied die Abrechnung seiner Arbeitstage erteilte.

Zu A 3: Diese Umwandlung bedeutet nicht lediglich eine Umbenennung. Die Gemeinwirtschaft unterscheidet sich vom Kolchos vor allem in folgenden Punkten:

- a) Sie ist nicht wie der Kolchos eine Dauereinrichtung, sondern eine Übergangsform zu neuen Formen der Bewirtschaftung.
- b) Das Hofland wird Privatbesitz und von Steuern befreit.
- c) Das Hofland kann vergrößert werden.
- d) Die Beschränkungen für die private Viehhaltung werden aufgehoben.
- e) Dort, wo die Verhältnisse es erfordern, wird eine Auflösung der kollektiven Viehhaltung (Kolchosfarmen) und Verteilung des Viehes an die Bauern zugelassen.
- f) Soweit erforderlich, wird auch eine Verteilung der dem Kolchos gehörigen Pferde und der für tierische Zugkraft bestimmten Ackergeräte an die Bauern zur individuellen Pflege zugelassen.

B. Die Gemeinwirtschaft

1. Die Gemeinwirtschaft stellt eine betriebswirtschaftliche Übergangsform dar von der bolschewistischen Kollektivwirtschaft zu neuen Formen der Bewirtschaftung.

Die Gemeinwirtschaften arbeiten nach den Richtlinien der deutschen Verwaltung.

2. Über Organisation, Verwaltung und Wirtschaftsführung der Gemeinwirtschaften ergehen besondere Bestimmungen.

3. Das Land der Gemeinwirtschaften wird gemeinschaftlich bearbeitet.

4. Alle arbeitsfähigen Mitglieder der Gemeinwirtschaften sind zur Mitarbeit verpflichtet.

5. Die Viehhaltung der Mitglieder der Gemeinwirtschaften unterliegt keinen Beschränkungen.

6. Das Hofland, das die Bauern als Mitglieder der Gemeinwirtschaft in Nutzung haben, wird zum Privatbesitz erklärt und von Steuern befreit.

7. Das Hofland ist mit besonderer Berücksichtigung des Anbaues von Gemüse, Obst, Hackfrüchten und Futterpflanzen so intensiv wie möglich zu nutzen und soll insbesondere auch der Entwicklung der Viehzucht dienen.

8. Das Hofland der Bauern kann auf Antrag - beginnend im Jahre 1942 - vergrößert werden in einem Umfang, der die Arbeit der Bauern in der Gemeinwirtschaft nicht beeinträchtigt.

Anträge auf Vergrößerung des Hoflandes sind von den Bauern bei der Verwaltung der Gemeinwirtschaft einzureichen. Diese prüft die Anträge und arbeitet einen Plan für die Zuteilung von Hofland aus, der von der Rayonverwaltung bestätigt werden muß, ehe die Zuteilung beginnt.

9. Bei der Vergrößerung des Hoflandes sind in erster Linie die eingessessenen Bauern zu berücksichtigen, die sich in der Arbeit bewährt haben und die über eigene Arbeitskräfte in erforderlichem Umfange verfügen.

Von den Sowjets vertriebene Bauern werden bei der Zuteilung von Hofland den eingessessenen Bauern gleichgestellt.

10. Der Leiter der Gemeinwirtschaft ist für eine pünktliche Erfüllung der Abgabeverpflichtungen verantwortlich.

Zu B 1: Die Gemeinwirtschaften werden von der zuständigen Landbewirtschaftungsgesellschaft nach den Richtlinien betreut, die der RK und die ihm nachgeordneten Behörden für die landwirtschaftliche Erzeugung erlassen (vgl. die Verordnungen über die Einweisung der Landbewirtschaftungsgesellschaften: des RKO vom 16.2.42 - O III D b 4 d. Slg. - und des RKU vom 3.4.42 mit Erläuterungen zu § 2 - U III D b 2 d. Slg.).

Zu B 4: Unter arbeitsfähigen Mitgliedern der Gemeinwirtschaften sind alle arbeitsfähigen Personen zu verstehen, die zu dem Haushalt eines Bauern gehören, auch Ortsfremde, die in einem Bauernhaushalt aufgenommen sind.

Zu B 5: Die Viehhaltung der Kolchosbauern unterlag zahlenmäßigen Beschränkungen. Diese rechtlichen Beschränkungen sind weggefallen. Die natürliche Begrenzung der privaten Viehhaltung liegt in der Futterbasis des Hoflandes und den aus der Gemeinwirtschaft zuzuteilenden Futtermengen. In Ausnahmefällen darf auch das gemeinschaftliche Arbeitsvieh den Bauern zur individuellen Pflege übergeben werden.

Zu B 6: Die Steuerfreiheit des Hoflandes bedeutet, daß weder eine Grundsteuer noch eine Umsatzsteuer auf den Erlös der Hoflanderzeugnisse vom Bauern erhoben wird. Sie bedeutet nicht die Befreiung von Naturalauflagen, z. B. an Vieh, Milch, Eiern, für die der übliche Preis gezahlt wird.

Zu B 8: Die Vergrößerung des Hoflandes bringt den Bauern einen wesentlichen Vorteil gegenüber dem Kolchossystem. Das Geschenk, das ihnen damit gemacht wird, soll ihnen nicht aufgezwungen, sondern von ihnen beantragt werden und nur solchen Bauern zugute kommen, die sich bewährt haben. Im allgemeinen sollen die Hoflandflächen höchstens verdoppelt werden, Ausnahmen sind zugunsten von Bauern zulässig, die sich in der Bandenbekämpfung ausgezeichnet haben.

Zu B 9: Da gerade die tüchtigsten Bauern von den Sowjets vertrieben worden sind, sollen sie bei ihrer Rückkehr ins Dorf nicht benachteiligt werden. Es ist Vorsorge getroffen worden, daß auch die Kriegsgefangenen und die Personen, die vorübergehend auf Arbeit nach Deutschland gegangen sind, bei der Zuteilung von Hofland in gleicher Weise berücksichtigt werden wie die anderen.

C. Die Sowchose und MTS

1. Die Sowchose und Maschinen-Traktoren-Stationen werden als früheres Staatseigentum von der Deutschen Verwaltung übernommen.

Die Sowchose werden in Staatsgüter umbenannt.

2. Geeignete MT-Stationen werden zu landwirtschaftlichen Stützpunkten ausgebaut.

Die Aufgabe der Stützpunkte besteht darin, alle Maßnahmen zu treffen, die dem landwirtschaftlichen Fortschritt in ihrem Wirkungsbereich dienen, und die hierfür erforderlichen Einrichtungen zu schaffen, wie z. B. Saatgutherstellung und Saatgutwechsel, Verbesserung der Tierzucht durch Haltung hochwertiger Vatiertiere, Anwendung von großen Landmaschinen, Organisation der Schädlingbekämpfung, Anlage von Demonstrationsfeldern usw.

Zu C 2: Die Staatsgüter und die MTS werden von der zuständigen Landwirtschaftsgesellschaft für das Reich treuhänderisch verwaltet und bewirtschaftet (vgl. die Verordnungen über die Einweisung der Landbewirtschaftungsgesellschaften: des RKO vom 16. 1. 42 und der RKU vom 3. 4. 42 mit Erläuterungen zu § 2 - O III D b 4 und U III D b 2 d. Slg.).

D. Der Übergang zur individuellen Bodennutzung

1. In Gemeinwirtschaften, in denen die notwendigen wirtschaftlichen und technischen Voraussetzungen gegeben sind, kann der Boden den Bauern zur individuellen Bearbeitung und Nutzung zugeteilt werden.
2. Für den Übergang zur individuellen Bodennutzung ist die Genehmigung der zuständigen Deutschen Verwaltung erforderlich, die von der Gemeinwirtschaft nachzusuchen ist.
3. Die Genehmigung wird nur solchen Gemeinwirtschaften erteilt, die ihren Verpflichtungen gegenüber der Deutschen Verwaltung - insbesondere ihren Ablieferungsverpflichtungen - nachgekommen sind.
4. Jede eigenmächtige Aufteilung des Bodens ist verboten. Über das Land, das nach der Besetzung eigenmächtig aufgeteilt worden ist, trifft die zuständige Landwirtschaftsverwaltung eine Verfügung. Bauern, die sich nach Erlaß dieser Verfügung eigenmächtig Land aneignen, werden bestraft und verlieren ihr Anrecht auf spätere Landzuteilung.
5. Die allgemeine Form der Aufteilung des Bodens zur individuellen Bodennutzung ist die in Feldstreifen, die sich

entsprechend der Fruchtfolge auf mehrere Stellen der Dorfgemarkung verteilen (Abschnitt E).

Eine Aufteilung des Bodens in zusammenhängende Feldstücke und die Bildung von Einzelhöfen (Abschn. F) wird nur bei Vorliegen der notwendigen Voraussetzungen zugelassen.

Die Entscheidung über Zeitpunkt und Form des Überganges zur individuellen Bodennutzung liegt bei der Deutschen Verwaltung.

6. Mitglieder bäuerlicher Gemeinwirtschaften, die ihren Verpflichtungen gegenüber der deutschen Behörde oder gegenüber der Gemeinwirtschaft nicht nachgekommen sind oder die sich gegen die Anordnungen der deutschen Behörde vergangen haben oder die politisch unzuverlässig oder für eine individuelle Bodennutzung ungeeignet sind, werden von der Landzuweisung ausgeschlossen. Alle übrigen Bauern haben ein Anrecht, bei der Landzuweisung zur individuellen Bodennutzung berücksichtigt zu werden.

7. Wird in einer Gemeinwirtschaft die Aufteilung des Bodens in Feldstreifen zugelassen, so erhält jeder anteilberechtigte Bauernhof in jedem Stück der Fruchtfolge einen Anteil zur ständigen Bearbeitung und Nutzung zugewiesen. Dabei soll, um eine Gleichmäßigkeit der Verteilung zu gewährleisten, auf die Bodenbeschaffenheit und die Entfernung der Landstücke von den Höfen nach Möglichkeit Rücksicht genommen werden.

8. In der Regel erhält jeder anteilberechtigte Bauernhof, der über mindestens zwei Arbeitskräfte verfügt, einen Landanteil gleicher Größe ohne Berücksichtigung der veränderlichen Zahl der Familienmitglieder zugewiesen. Wo betriebswirtschaftliche Gründe dies erfordern, kann die Zahl der Familienangehörigen oder der arbeitsfähigen Familienmitglieder berücksichtigt werden.

9. Die Vermessungsabteilungen der Deutschen Verwaltung werden mit den Vermessungsarbeiten zur Vorbereitung und Durchführung der Landzuteilung beauftragt.

Zu D 1: 1. Schon im ersten Geltungsjahr der Neuen Agrarordnung ist im

Rahmen der vorhandenen Möglichkeiten damit begonnen worden, den Bauern das Land zur individuellen Bearbeitung und Nutzung zuzuweisen. Im allgemeinen soll dabei so vorgegangen werden, daß die großen einheitlich bebauten Feldschläge der früheren Gemeinwirtschaft erhalten bleiben und jedem anteilberechtigten Bauerngehöft in jedem Schläge der Fruchtfolge ein Landanteil zur ständigen Nutzung zugewiesen wird. Das hat zwar den Nachteil, daß die zu einer Bauernwirtschaft gehörigen Felder sich auf mehrere Stellen der Dorfflur verteilen. Es ist jedoch unter den gegenwärtigen Verhältnissen die einzige Möglichkeit, um auch nach der Aufteilung der Felder eine einheitliche und nach rationellen Gesichtspunkten ausgerichtete Bewirtschaftung der großen Flächen sicherzustellen. Der Mangel an Betriebsmitteln zwingt zu einer Konzentration der Kräfte. Außerdem handelt es sich bei den Betriebsmitteln zu einem großen Teil um solche, wie Traktoren, Mähdrescher und Traktorenanhangegeräte die im kleinen Bauernbetrieb rationell nicht genutzt werden können. Auf ihre Ausnutzung kann aber in der gegenwärtigen Situation unter keinen Umständen verzichtet werden.

2. Zu den wirtschaftlichen und technischen Voraussetzungen der Umwandlung gehören u. a. die bisherigen Leistungen der Bauern, die Gestaltung des Geländes, insbesondere seine mehr oder weniger gute Eignung für die Großbetriebsform, die Verkehrslage an Eisenbahnen, Chauseen und Flußläufen, das Vorhandensein ausreichenden Inventars.

3. Grundsätzlich soll die Umstellung nur geschlossen für ein ganzes Dorf oder eine ganze Gemeinwirtschaft vorgenommen werden. Personen, die für eine Landzuweisung nicht in Frage kommen, werden auf Staatsgütern oder anderen Betrieben angesetzt.

4. Ein begrenzter Teil der Fläche wird regelmäßig als Reserveland von der Aufteilung ausgeschlossen, damit später eine Nachverteilung möglich bleibt. Das Reserveland ist genossenschaftlich zu bewirtschaften oder an einzelne, besonders geeignete Bauern zu verpachten.

Zu D 6 : Landberechtigt sind auch diejenigen Bauern oder früheren Kulaken, die von den Sowjets aus politischen Gründen vertrieben worden sind. Eine Rückkehr in den Heimatort ist für die Landzuweisung nicht erforderlich, da sie auch anderwärts angesetzt werden können. Durch die Aussicht auf Landzuteilung darf keine Wanderungsbewegung ausgelöst werden, die, besonders nach den dichtbevölkerten Gebieten, unerwünscht ist.

In den Kreis der Landberechtigten können ferner einbezogen werden: Aufsichts-

kräfte, Dorfhandwerker und Spezialarbeiter. Auch den in der landwirtschaftlichen Verwaltung bewährten Agronomen und Tierzüchtern, die in den Gebieten der Landbaugenossenschaften arbeiten, können auf Antrag Grundstücke aus dem Reserveland zugeteilt werden.

Zu D 7 : Der Boden darf nicht zersplittert werden, es ist daher je nach den örtlichen Verhältnissen eine Mindestgröße des Landanteils festzusetzen. Ein allmählicher Übergang zur individuellen Bodennutzung, indem tüchtigen Bauern nach Bewährung der Landanteil schrittweise bis zur vollen Aufteilung vergrößert wird, ist aus betriebswirtschaftlichen Gründen nicht durchführbar. Bei schlechten Leistungen droht jederzeit die Fortnahme des Landanteils zugunsten anderer (vgl. Abschnitt E Nr. 8 und Nr. 10 Satz 3), so daß auch später noch tüchtigen Bauern durch zusätzliche Landzuweisungen eine Aufstiegsmöglichkeit geboten werden kann.

Zu D 8 : Nach der Tradition der Ostgebiete würden die Felder nach der Seelenzahl aufzuteilen sein. Das würde jedoch bei einer Veränderung des Bevölkerungsstandes nach einigen Jahren eine neue Umteilung notwendig machen, wie sie unter dem Mir-System üblich war. Diese ewige Unruhe muß von den Dörfern ferngehalten werden. Es soll daher in der Regel jeder Bauernhof einen Landanteil gleicher Größe zugewiesen erhalten und die Zahl der Familienmitglieder soll nur dort berücksichtigt werden, wo betriebswirtschaftliche Gründe es erfordern, also z. B. in Dörfern, in denen keine überschüssigen Arbeitskräfte zum Ausgleich des Arbeitseinsatzes vorhanden sind.

Zu D 9 : Zur Beschleunigung der Umbildung und vorläufigen Ersparung von Vermessungsarbeiten ist der Landanteil vielfach "Hofgruppen" von etwa zehn Bauernhöfen zugeteilt worden, die ihn mit Hilfe ortsansässiger Vermessungstechniker unter sich weiter aufteilen.

E. Die Landbau-Genossenschaft

1. Die Bauern, denen das Land zur individuellen Nutzung in Feldstreifen zugeteilt wird, schließen sich zu einer Landbau-Genossenschaft zusammen, über deren Organisation, Verwaltung und Wirtschaftsführung besondere Bestimmungen ergehen.

2. Der Anbauplan wird für sämtliche Feldstreifen von der Landbau-Genossenschaft nach den Richtlinien der Deutschen Verwaltung festgesetzt, wobei die Einheitlichkeit der Feld-

bearbeitung im Rahmen einer rationellen Fruchtfolge aufrechtzuerhalten ist.

3. Das Nutzvieh und das Zugvieh, die für tierische Zugkraft bestimmten landwirtschaftlichen Maschinen und die landwirtschaftlichen Geräte der Gemeinwirtschaften werden bei deren Umwandlung in Landbau-Genossenschaften nach den Grundsätzen der wirtschaftlichen Zweckmäßigkeit gruppenweise oder einzeln an die Bauern verteilt. Die großen Landmaschinen, Traktoren, Traktorenanhängegeräte und großen Dreschmaschinen bleiben im Besitz der MTS oder der Landbau-Genossenschaft.

4. In der Regel erfolgt die Bestellung der Felder, h. d. das Pflügen und Einsäen, gemeinschaftlich, wobei die Bauern einen Vertrag mit der MTS abschließen oder genossenschaftlich Maschinen anwenden oder das Inventar und das Zugvieh benutzen, das sie aus dem früheren Kolchoseigentum gruppenweise oder einzeln erhalten haben.

5. Die Bauern sind verpflichtet, das ihnen übergebene Zugvieh und Inventar für die gemeinschaftlichen Bestellungsarbeiten voll einzusetzen, andernfalls es ihnen abgenommen wird.

6. Eine individuelle Bestellung der Felder kann nur dann zugelassen werden, wenn die Bauernhöfe genügend mit Inventar und Zugvieh ausgestattet sind und eine ordnungsgemäße Arbeit gewährleistet ist.

7. Nach der gemeinschaftlichen Bestellung der Felder werden die durch die Aufteilung bestimmten individuellen Grenzen wieder hergestellt. Jeder Bauer hat für die Bearbeitung und das Abernten der ihm zugewiesenen Feldstücke zu sorgen. Das Abernten und das Dreschen kann auch durch Maschinen erfolgen, die genossenschaftlich genutzt werden.

8. Die Bauern sind verpflichtet, die ihnen zugeteilten Feldstücke ordnungsgemäß zu bearbeiten. Bauern, die dieser Verpflichtung nicht nachkommen, verlieren ihren Landanteil zugunsten anderer.

9. Die Viehzucht wird in der Landbau-Genossenschaft ausschließlich individuell betrieben und unterliegt keinen Be-

schränkungen.

10. Von dem zur individuellen Nutzung aufgeteilten Boden ist eine Naturalabgabe zu entrichten. Die Naturalabgabe wird von der Landbau-Genossenschaft in der Gesamtheit erhoben und von dieser auf die Mitglieder der Genossenschaft umgelegt. Mitglieder, die ihren Abgabeverpflichtungen nicht nachkommen verlieren ihren Landanteil zugunsten anderer.

11. Die Naturalabgabe kann in der Form erhoben werden, daß der abzuliefernde Ernteteil durch die MTS oder den Stützpunkt unmittelbar vom Felde geerntet und eingebracht wird.

Zu E 1: In großen Dörfern können mehrere Landbaugenossenschaften gebildet werden. Weide und Wald bleiben in gemeinschaftlicher Nutzung, dagegen können die Wiesenflächen in ähnlicher Weise wie die Ackerflächen zur individuellen Nutzung vergeben werden.

Zu E 2: Die Landbaugenossenschaft hat dafür zu sorgen, daß die Bauern auf den individuell genutzten Flächen den Anbauplan einhalten. Außer durch die Festsetzung eines Anbauplanes wird durch Anweisungen über die Sortenwahl, die Düngung, die Schädlingsbekämpfung usw. auf die Aufrechterhaltung des agrartechnischen Leistungsstandes zu achten sein.

Zu E 3: In den meisten Fällen wird das Zugvieh zahlenmäßig für eine Aufteilung auf die einzelnen Bauern nicht ausreichen, dann können mehrere Bauern zu Gruppen zusammengefaßt werden, die die zu verteilenden Tiere gruppenweise übernehmen.

Zu E 8: Das abgenommene Land kommt vorerst zur Landreserve und wird durch die Landbaugenossenschaft genutzt.

Zu E 9: Die individuelle Viehhaltung läßt sich mit dem genossenschaftlichen Landbau gut vereinen. Das Futter wird im genossenschaftlichen Landbau gewonnen. Jeder Bauer verwendet den anfallenden Stallmist auf den ihm zugewiesenen Feldstreifen; da er diese auch in den folgenden Jahren nutzt, entspricht eine allmähliche Verbesserung der Bodenkultur durch planmäßige Düngung seinem eigenen Vorteil.

Zu E 10: Die Gesamtverantwortung des Dorfes für die Steuern und Abgaben der

Bauern ist eine alte russische Tradition.

F. Bäuerliche Einzelwirtschaft

1. Die Aufteilung des Bodens in zusammenhängende Feldstücke, die dem Flurzwang nicht unterliegen und die Bildung von bäuerlichen Einzelwirtschaften wird erst dann zugelassen, wenn das notwendige Inventar und das Zugvieh zur Führung einer selbständigen Bauernwirtschaft vorhanden ist.

2. Für die Zuweisung eines zusammenhängenden Feldstückes zur ständigen Bearbeitung und Nutzung kommen nur besonders fähige und tüchtige Bauern in Frage, die sich durch ihre Leistungen hervorgetan haben und durch ihre Person die Gewähr für die ordnungsmäßige Führung der Wirtschaft bieten.

3. Die selbständigen Bauern sind verpflichtet, das ihnen zugewiesene Land ordnungsgemäß und vollständig zu bearbeiten und dabei die von der Deutschen Verwaltung vorgeschriebenen Anbaupläne und Regeln der Agrartechnik einzuhalten und die auf sie entfallenden Naturalabgaben pünktlich zu entrichten.

4. Bauern, die das ihnen zugeteilte Land schlecht bewirtschaften oder ihrer Ablieferungspflicht nicht nachkommen, verlieren das Land zugunsten anderer.

Zu F 1: Einzelwirtschaften werden besonders dort zuzulassen sein, wo infolge der Gestaltung des Landes keine großen, zusammenhängenden Ackerflächen vorhanden sind und eine Aufteilung in Streifen ihren Sinn verliert.

Zu F 3: Den selbständigen Bauern wird, wenn sie auch grundsätzlich den Anbauvorschriften der deutschen Verwaltung unterliegen, ein größeres Maß von Selbständigkeit eingeräumt werden als den Landbaugenossenschaften.

(OKVR Dr. Schiller und ORR Dr. Szogs)

ERSTE AUSFÜHRUNGSANWEISUNG ZUR AGRARORDNUNG

(Für Weißruthenien) Vom 23. März 1942

Einführung

Die ersten Paragraphen beziehen sich auf organisatorische Fragen, die für das materielle Recht der Agrarordnung ohne Bedeutung sind und deswegen hier nicht abgedruckt werden.

Die neue Agrarordnung (Erlaß des Reichsministers für die besetzten Ostgebiete vom 16. Februar 1942) ist im Generalbezirk Weißruthenien nach folgenden Richtlinien durchzuführen:

§ 4. Auflösung der Gemeinwirtschaft

1. Antrag auf Übergang zur individuellen Bodennutzung

Wenn die Mitglieder einer Gemeinwirtschaft den Übergang zur individuellen Bodennutzung beabsichtigen, beruft der Vorsitzende eine Vollversammlung ein, welche über die Auflösung der Gemeinwirtschaft abstimmt. Wenn mehr als 50 vH. der stimmberechtigten Bauern in einer Gemeinwirtschaft für den Übergang zur individuellen Bodennutzung stimmen, reicht der Vorsitzende bei dem zuständigen Gebietskommissar (Kreislandwirt) einen Antrag mit ausgefülltem Fragebogen ein. Sobald der Vorsitzende eine zustimmende Antwort von dem Gebietskommissar (Kreislandwirt) erhalten hat, wird von ihm wieder eine Vollversammlung einberufen. Auf dieser werden für jedes Dorf ein Dorfältester, sein Gehilfe und sein Rechnungsführer gewählt, deren Wahl der Bestätigung des zuständigen Gebietskommissars (Kreislandwirts) bedarf. Bei dieser Wahl wählen die Bauern eines jeden Dorfes getrennt.

Es wird ferner darüber abgestimmt, ob das Inventar gruppenweise oder einzeln zur Verteilung gelangt und ob eine Schätzung des Inventars stattfinden soll. Im letzteren Falle werden

- a) zwei Sachverständige für die Schätzung des Inventars mit einfacher Stimmenmehrheit gewählt,
- b) bestimmt die Vollversammlung den Lohn für die gemeinsame Pflugarbeit und für die Arbeitsleistung mit Pferden.

2. Festsetzung der Zahl der Landberechtigten

Der Vorsitzende der Gemeinwirtschaften stellt die Anzahl der Landberechtigten an dem Lande der Gemeinwirtschaft, für jedes Dorf gesondert, fest.

Auf einen Landanteil zur individuellen Nutzung haben Anspruch, soweit sie nicht politisch unzuverlässig oder aus anderen Gründen ungeeignet sind:

- a) alle vollberechtigten, einen Hof besitzenden Mitglieder der Gemeinwirtschaft,
- b) auf Antrag auch solche Bauern, welche von den Sowjets wegen antibolschewistischer Einstellung aus dem Dorf vertrieben sind, hier Land und Inventar besessen haben und für Landarbeit geeignet sind.

Anm. : Falls diese Bauern nicht an ihrem ehemaligen Heimatort wohnhaft sind und in ihrem neuen Wohnort mit Land versorgt werden können, hat dieses zu erfolgen, um unnötige Umzüge zu vermeiden.

- c) Außerdem können auf Antrag auch solche Bauern einen Landanteil erhalten, welche zwar nicht Mitglieder einer Gemeinwirtschaft sind oder keine Hofhaltung in der Gemeinwirtschaft hatten, aber mit einfacher Stimmenmehrheit auf der Vollversammlung der Dorfbauern vor der Verteilung des Landes als landberechtigt anerkannt werden oder durch den zuständigen Gebietskommissar (Kreislandwirt) dazu bestimmt werden, aus dem Landbesitz der Gemeinwirtschaft Land zu bekommen.

3. Die Art der Aufteilung des Landes

Der Acker wird so aufgeteilt, daß die bisherigen Feldschläge für die Bearbeitung bestehen bleiben sowie die Fruchtfolge weiter beibehalten werden kann, und zwar:

- a) Es wird von jedem Schlag der Fruchtfolge eine solche Anzahl gleichgroßer Stücke ausgemessen, wie sie der Zahl der landberechtigten Bauern des Dorfes entspricht,
- b) in gleichgroße Abschnitte, welche in einer der Zahl der landberechtigten Bauern entsprechenden Menge durch alle Felder laufen, wenn deren Lage zueinander eine solche Teilung durchführen läßt.

Anm. : Bei der Zusammensetzung eines jeden Landanteils muß in bezug auf verschiedenartigen Boden und Entfernung vom Wohnort eine gerechte Einteilung angestrebt werden.

Die Wiesen werden in gleichwertige Stücke aufgeteilt. Das Weideland des Dorfes bleibt als Gemeinschaftsweide ungeteilt. Familien mit besonders großer Arbeitskraft können in der Umgebung ihres Heimatdorfes aus etwa vorhandenen Landreserven an Ödland oder aus außerhalb der Fruchtfolge liegenden Feldschlägen ihrer Arbeitskraft entsprechende Zulagen zu der für das Dorf geltenden Landzuteilung zur zeitweiligen Nutzung erhalten.

Die ausgemessenen gleichgroßen Landstücke an Acker und gleichwertige an Wiesen werden an alle Berechtigten verteilt. Wenn sich bei der Verteilung Uneinigheiten über die Zuweisung bestimmter Landstücke ergeben, wird durch das Los entschieden.

Bei landberechtigten Bauern, die über weniger als zwei Arbeitskräfte innerhalb ihrer Haushaltung verfügen und bei denen die Bearbeitung eines ganzen Landanteils des entsprechenden Dorfes nicht gewährleistet erscheint, soll in der Regel auf zwei Landberechtigte die Größe eines Landanteils im entsprechenden Dorf gegeben werden.

4. Größe des Landanteils

In Dörfern, in denen bis sieben Hektar Ackerland je Haushalt anfällt, macht der Dorfälteste die Verteilung von sich aus unter Aufsicht des Fachmannes des zuständigen Gemeindebezirks. In Dörfern mit einer größeren Ackerfläche je Haushalt hat der Gebietskommissar (Kreislandwirt) zu entscheiden, ob der einzelne Anteil vergrößert werden soll, ob auswärtige Bauern mit Inventar hinzugezogen werden sollen oder ob der Landüberschuß auf andere Weise bewirtschaftet werden kann und soll.

5. Verteilung des Inventars

Das lebende Inventar der Gemeinwirtschaft und das bäuerliche Kleininventar für Pferdezugkraft gelangen unter die für die individuelle Bodennutzung bestimmten Bauern zur Verteilung.

Das Inventar für Motorenzugkraft, soweit es Staatseigentum war, geht in die Verfügung der nächsten MTS über.

Ist das Inventar für Motorenzugkraft Eigentum der Gemeinwirtschaft, so bleibt dieses wie auch die Maschinen für Pferdezugkraft zur Benutzung für alle Bauern des Dorfes. Die Ordnung der Benutzung der Maschinen bestimmt der Dorfälteste.

Das zur Verteilung gelangende Inventar kann

- a) an Gruppen von Höfen in gleichmäßig, entsprechend dem Verhältnis zwischen der Anzahl der Höfe und dem Inventarbestand, zusammengesetzten Gruppen an lebendem Inventar und Geräten kostenlos verteilt werden oder
- b) an Einzelpersonen durch das Los verteilt werden. Bei dieser Verteilung an Einzelpersonen kann die Bauernversammlung bestimmen, daß diejenigen Bauern, die ohne Inventar bleiben, von denjenigen Bauern, die ein Inventarstück erhalten, eine Abfindung erhalten, um die Benachteiligten bei Anschaffung von neuem Inventar zu unterstützen. In diesem Fall ist das Inventar vor der Verteilung durch den Vorsitzenden der Gemeinwirtschaft und die beiden Sachverständigen zwecks Festsetzung der Höhe der Abfindung entsprechend der von der Vollversammlung der Bauern aufzustellenden Sätze zu schätzen und anschließend an die landberechtigten Bauern des Dorfes zu verlosen.

Bei der Verlosung ist zu beachten:

- a) daß zu einem Pferd Wagen, Pflug und Egge gehören,
- b) daß Pferde und Rinder getrennt verlost werden, damit bei der bestehenden Knappheit an lebendem Inventar nicht derselbe Bauer ein Pferd und ein Rind erhält, während ein anderer leer ausgehen könnte,
- c) daß an der Verlosung von Rindern in erster Linie und bevorzugt diejenigen Bauern teilnehmen, welche ihre Tiere an die Wehrmacht abgegeben haben,
- d) daß eine gerechte Verteilung des Inventars angestrebt werden soll.

Über die Verwendung etwa vorhandener Überschüsse an landwirtschaftlichen Erzeugnissen über den Eigenbedarf der Bauern bis zur nächsten Ernte entscheidet der Gebietskommissar (Kreislandwirt) bei der Auflösung der Gemeinwirtschaft.

6. Empfangsbestätigung und Verpflichtungsschreiben

Jeder Bauer, der Land zur individuellen Nutzung erhält, muß eine Empfangsbestätigung mit der gleichzeitigen Verpflichtung unterzeichnen, daß er das Land ordnungsgemäß bewirtschaften, sich an den gemeinschaftlichen Arbeiten beteiligen und die gemeinschaftliche Haftung für Pflichtlieferungen übernehmen will.

Anm. : Es können auch alle oder mehrere Bauern eines Dorfes auf einem gemeinsamen Blatt unterschreiben.

7. Zum Zeitpunkt der Auflösung der Gemeinwirtschaft ist die Buchführung derselben abzuschließen. Ergeben sich hierbei Schuldbeträge, so sind die Bauern an die das Land zur individuellen Nutzung gelangt, für diese Schuldbeträge gemeinschaftlich haftbar und verpflichtet, sie abzudecken (z. B. unbezahlte Löhne an Arbeiter oder MTS). Mit der Verteilung des Landes und des Inventars sowie der Abgabe des Verpflichtungsschreibens und Abschluß der Bücher ist die Auflösung der Gemeinwirtschaft als abgeschlossen zu betrachten. Diese Auflösungsarbeiten sollen baldmöglichst beginnen, fortlaufend vor sich gehen und nicht an eine bestimmte Jahreszeit gebunden sein.

Dabei muß im Auge behalten werden, daß die Auflösung der Gemeinwirtschaft weder die Bestellungs- noch die Erntearbeiten stört.

§ 5. Bewirtschaftung des Landes und Erfassung der Pflichtlieferungen

1. a) Das gemeinsame Pflügen

Die Pflugarbeit in den aufgeteilten Dörfern erfolgt gemeinsam, indem alle Bauern, die Pferde besitzen, das Feld gemeinsam pflügen. Mit der Einsaat wird begonnen, sobald der entsprechende Feldschlag fertig gepflügt ist. Alle pferdebesitzenden Bauern sind verpflichtet, an der gemeinsamen Pflugarbeit teilzunehmen.

Wenn das Inventar an Einzelpersonen gegen Zahlung verteilt ist, wird diese gemeinsame Pflugarbeit entlohnt, indem jeder Bauer, der kein Pferd hat und dessen Feldstück gepflügt wird, an den Dörfältesten, die von der Vollversammlung der Dorfbauern vor der Inventarverteilung festgesetzte Vergütung übergibt.

Die auf diese Weise an den Dörfältesten abgelieferten Mengen an vergütetem Geld bzw. Erzeugnissen wird von diesem an alle Pferdebesitzer des Dorfes, die die gemeinsame Pflugarbeit gleichmäßig geleistet haben, auch gleichmäßig verteilt.

b) Hilfeleistung mit Pferdezugkraft im Falle der Vertei-

lung des Inventars an Einzelpersonen. Da in vielen Fällen durch den geringen Bestand an Pferden auf zwei bis drei Haushalte ein Pferd kommt, bestimmt der Dorfälteste, wen von seinen Nachbarn der Pferdebesitzer bei der Arbeit auf dem Felde (Eggen, Kornmähen, Ernteeinfahren usw.) mit Pferdezugkraft zu unterstützen hat.

Für diese Hilfeleistung entrichtet derjenige, der sie in Anspruch nimmt, ein Entgelt, dessen Höhe vor der Inventarverteilung durch die Vollversammlung der Dorfbauern bestimmt ist. Der zuständige Fachmann bei dem Gemeindebezirk hat das Recht, Bauern mit ihren Pferden auch im Nachbardorf für einen von ihm festgesetzten Lohn arbeiten zu lassen.

c) Die Arbeit der MTS

Wenn der Inventarbestand eines Dorfes zu gering ist, um eine ordnungsmäßige Bestellung der Felder durchzuführen, muß die MTS helfend eingreifen.

Die Bauern zahlen, durch ihren Dorfältesten vertreten, der die Verteilung der Zahlung auf die einzelnen Haushalte vornimmt, gemeinsam für die in der Siedlung geleistete Arbeit nach dem hierfür ausgearbeiteten Tarif.

Bei der Erntearbeit stellt die MTS dem Dorf nach Möglichkeit eine Dreschmaschine gegen entsprechende Zahlung zur Verfügung.

d) Die Aussaat

Die Aussaat erfolgt bei Vorhandensein von gemeinschaftlicher Saat gemeinsam. In allen Fällen, wo die Bauern persönlich über Saatbestände verfügen, erfolgt die Aussaat individuell.

e) Weitere Arbeiten

Die weiteren Arbeiten erfolgen individuell durch jeden Bauern einzeln auf seinem Acker. Sofern die Bauern sich selbst zu gemeinschaftlicher Arbeit zusammenschließen, liegen keine Bedenken dagegen vor.

Den von seinen Tieren anfallenden Dünger verwertet jeder Bauer auf dem ihm zugewiesenen Lande entsprechend dem Anbauplan.

f) Die Unkrautbekämpfung

Die Unkrautbekämpfung muß jeder Bauer auf seinem Felde durchführen. Ist

ein Bauer darin säumig, tätigt der Dorfälteste diese Arbeit für Rechnung des betreffenden Bauern und erlegt ihm eine Strafe auf. Der Dorfälteste ist für eine gewissenhaft durchgeführte Unkrautbekämpfung verantwortlich.

g) Gebäude und allgemeindliche Einrichtungen

Die Gebäude der Gemeinwirtschaft, die allgemeinen Zwecken dienen, sollen auch künftig von allen Dorfbauern benutzt werden können. Ebenso sollen auch die gemeinsamen Obstgärten und sämtliche andere allgemeinen Zwecken dienende Einrichtungen wie insbesondere der Wald des Dorfes - mit Ausnahme der Jagd Ausübung - von allen Bauern gemeinsam benutzt werden. Die Nutzung der Gebäude und des Waldes wie auch die Pflege der Obstbäume usw., Verteilung des Obstes unter den Bauern u. a. m. bestimmt der Dorfälteste entsprechend den Anordnungen der landwirtschaftlichen Dienststellen.

2. Pflichtlieferung und Erfassung

Von der deutschen Dienststelle wird für jeden Verwaltungsbezirk bis hinunter zu jedem Kreis bestimmt, wie groß die Pflichtlieferung an landwirtschaftlichen Erzeugnissen für den entsprechenden Bezirk ist.

Der Gebietskommissar (Kreislandwirt) verteilt die Lieferungen seines Kreises auf die Gemeindebezirke (ehemalige Selsowet), deren zuständige Fachleute auf die Dörfer, die Dorfältesten auf die einzelnen Bauern.

Für die richtige Erfüllung der auferlegten Pflichtlieferungen sind alle Dorfbauern gemeinschaftlich verantwortlich.

Bei Nichtlieferung seitens eines einzelnen Bauern muß der Dorfälteste den übrigen Bauern entsprechend mehr auferlegen, damit das ganze Dorf die vorgesehene Menge voll abliefern.

Bei Nichtlieferung der Pflichtmenge kann den Bauern als Strafe das Land fortgenommen und anderen Bauern zur Nutzung gegeben werden.

Die Höhe der Pflichtlieferung und die Preise werden rechtzeitig bekanntgegeben.

§ 6. Bereits aufgelöste Gemeinwirtschaftsbetriebe

Diese Ausführungsbestimmungen für die Umstellung der Gemeinwirtschaften zur individuellen Bodennutzung sollen auch für alle ehemaligen Kolchosbe-

betriebe angewandt werden, bei denen die Auflösung schon vor Inkrafttreten der Neuen Agrarordnung vor sich gegangen ist.

Eine Verteilung von Inventar soll dort, wo die Bauern es schon unter sich geteilt haben, nicht erneut vor sich gehen, falls nicht besondere Umstände dieses erfordern.

Ebenso soll im bevorstehenden Frühjahr eine Umteilung des Landes in bezug auf Wintersaatfelder in Fällen, in denen die Bauern selbst das Land geteilt haben, nicht getätigt werden, da inzwischen die Wintersaat schon entsprechend der Größe des bewirtschafteten Landes gesät ist.

Für diese Feldschläge soll die Neueinteilung im Herbst des Jahres 1942 nach der Ernte erfolgen. Die Unterschrift hat der Bauer auf der Empfangsbestätigung mit Verpflichtungsschreiben zu geben.

Den Bauern, die bereits den Kolchosbetrieb früher aufgeteilt haben, sind ebenfalls diese neuen Bestimmungen für die Bewirtschaftung bekanntzugeben.

§ 7. Schlußbestimmungen

Der Generalkommissar ist berechtigt, mit Zustimmung des Reichskommissars zu dieser Ausführungsanweisung ergänzende oder abändernde Vorschriften zu erlassen.¹⁾

Riga, den 23. März 1942.

Der Reichskommissar für das Ostland

(ORR Dr. Szogs)

1) Alfred Meyer: Das Recht der besetzten Ostgebiete, III D b 6¹.

MEMORANDUM DER OUN-R

(der deutschen Regierung am 23. Juni 1941 überreicht)¹⁾

I.

Unter den zahlreichen deutschen politischen Ansichten über die Lösung der ukrainischen Frage sowie unter den verschiedenen Konzeptionen, die sich mit einer in dieser Frage einzuleitenden deutschen Politik befassen, ist nichts zu finden, was die Bedeutung der einzelnen Komponenten dieses Gesamtproblems in ihrem ganzen Umfang ermißt und die innervölkischen ukrainischen Faktoren richtig einschätzt. Dabei werden sogar solche Momente unterschätzt, die auch vom deutschen Standpunkt aus von großer Wichtigkeit für das zukünftige deutsch-ukrainische Verhältnis sein können. Eine solche Einstellung, die ungenügende Beachtung aller innervölkischen ukrainischen Faktoren, kann eine falsche deutsche politische Linie der Ukraine gegenüber zur Folge haben, die ihrerseits eine unrichtige Taktik des deutschen Reiches bei der Lösung des ukrainischen Problems ergeben würde.

Es gibt sehr viele objektive, realpolitische Gründe für das Eingehen eines auf aufrichtiger Freundschaft beruhenden natürlichen Bündnisses zwischen Deutschland und der Ukraine und für eine, für beide Teile fruchtbare Zusammenarbeit auf allen Gebieten. Ein solches Bündnis kann, wenn die Lebensnotwendigkeiten beider Völker darin berücksichtigt werden, sehr eng gefaßt und von langer Dauer sein, da keine schwerwiegenden grundsätzlichen Gegensätze bestehen; im Gegenteil, es sind viele Möglichkeiten für eine gegenseitige Ergänzung vorhanden.

Eine falsch eingeleitete Politik kann dagegen nachteilige Folgen für die Beziehungen der beiden Völker, die später nur schwer zu überwinden sein würden, zeitigen. Denn die Grundlagen für ein Zusammengehen werden bereits bei Beginn der Zusammenarbeit und bei der Aufnahme der Beziehungen von zwei Völkern gelegt. Ebenso ist die weitere Entwicklung dieser Beziehungen durch die anfangs aufgestellten Richtlinien bedingt. Von diesen Richtlinien kann das Schicksal beider Völker abhängen.

1) Archiv: Osteuropa-Institut München. - Das Memorandum wurde von einer Kommission abgefaßt, zu der Ivan Gabrusevyč, Oleksa Hasyn, Stepan Bandera, Volodymyr Stachiv gehörten. Redakteur des Memorandums war V. Stachiv; er hat es auch als Referent für die außenpolitische Angelegenheiten der Führung der OUN-R unterzeichnet.

Die Grundlagen für ein deutsch-ukrainisches Freundschaftsverhältnis werden im Augenblick des begonnenen deutschen Feldzuges im europäischen Osten geschaffen. Da die ukrainischen Nationalisten schwer an der Verantwortung für das Schicksal und die Zukunft der Ukraine tragen, was sie durch die Tat bewiesen haben, ist für sie das Verhältnis Deutschlands zu dem von ihnen zu erringenden ukrainischen Staat von ausschlaggebender Bedeutung.

Diese Denkschrift soll die entscheidenden deutschen Reichsstellen, die die Wege und Methoden der auswärtigen Politik des Deutschen Reiches bestimmen, auf den Ernst des ukrainischen Problems aufmerksam machen, ohne von dem Gedanken geleitet zu sein, daß Denkschriften den Lauf der Geschichte aufzuhalten vermögen. Es wird in ihr von der Überzeugung ausgegangen, daß der gesamte Fragenkomplex nicht nur für die Ukraine, sondern auch für das Deutsche Reich von folgenschwerer Bedeutung ist, daß nur eine Lösung, die den geschichtlichen und völkischen Interessen der Ukraine voll entspricht, auch Deutschland zum Nutzen gereichen kann und daß eine für die Ukraine ungünstige Lösung Deutschland gleich großen Schaden zufügen würde. Dieser Gedankengang ist von solcher Beweiskraft, daß ein verantwortlicher Politiker ihn nicht übersehen sollte.

Im folgenden werden nur die Momente hervorgehoben, die die Interessen des Deutschen Reiches betreffen, was aber nicht bedeutet, daß die Interessen der Ukraine zurückstehen dürfen. Denn die ukrainischen Nationalisten vertreten in erster Linie die Interessen ihres eigenen Volkes.

Die einzelnen Fragen werden offen und klar behandelt, wie es dies die Verantwortung vor der Geschichte erfordert, so eindeutig, wie die weitreichenden Folgen der einen oder anderen Lösung in ihrer Zukunftsperspektive sein werden.

Diese Denkschrift würde diese Probleme nicht in der offenen Art aufwerfen, wenn nicht die tiefe Überzeugung dahinter stände, daß die dargelegten Momente auf volles Verständnis stoßen werden, bezwecken sie doch gleichermaßen das Wohl des ukrainischen wie des deutschen Volkes. Sie sind nicht absichtlich konstruiert, sondern in der Wirklichkeit und in der in ihr ruhenden potentiellen Kraft begründet.

II.

Die Geschichte der Ukraine und der Werdegang des ukrainischen Volkes stehen im Zeichen eines ununterbrochenen Zweifrontenkrieges: im Westen gegen Po-

len und im Norden und Osten gegen Moskau. Diese beiden Mächte versuchten wechselweise, den osteuropäischen Raum nach ihren Grundsätzen zu gestalten, die weder den völkischen noch den geopolitischen Gegebenheiten dieses Raumes entsprachen. Sowohl die polnische wie die russische Konzeption ging stets darauf aus, die Eigenart der unterworfenen Völker zu zerstören, ihre Kultur zu vernichten und ihre politischen Ideale auszurotten, um diesem dadurch entstandenen Völkerchaos ihren imperialistischen Willen aufzuzwingen. Dieses Ziel konnte jedoch nur in den Zeiten der Ohnmacht des ukrainischen Volkes mal von der einen, mal von der anderen Macht und, geschichtlich gesehen, auch nur für kurze Zeit erreicht werden.

Aus diesem Kampf wurde Polen in der neueren Geschichte zwei Mal ausgeschaltet, da es weder schöpferische, noch zur Beherrschung des osteuropäischen Raumes ausreichende Kräfte besaß. Das polnische Jagellonenreich brach infolge der andauernden Schläge des ukrainischen Volkes, das unter der Führung der Kosakenhetmane einen eigenen Staat zu gründen versuchte, in sich zusammen. Die Teilungen des polnischen Königreiches sind nur die Folgen der durch die polnisch-ukrainischen Auseinandersetzungen herbeigeführten Schwächung. Auch das Versailler Polen ist hauptsächlich an den völkischen Kämpfen in diesem Staat, bei denen die der Ukrainer am meisten ins Gewicht fielen, zu Grunde gegangen.

Nach dem jedesmaligen Ausscheiden Polens aus dem ukrainischen Zweifrontenkampf ergab sich für die Ukraine stets die Notwendigkeit, eine Entscheidung im Ringen mit Moskau herbeizuführen. Nachdem um die Mitte des 17. Jahrhunderts der ukrainische Hetman Bohdan Chmelnyzkyj den polnischen Einfluß in Osteuropa durch die ukrainische nationale Erhebung gebrochen und den ukrainischen Kosakenstaat errichtet hatte, verfolgte einer seiner Nachfolger, Hetman Ivan Mazepa, um die Wende des 18. Jahrhunderts das Ziel, die Ukraine auch von der Vormundschaft des russischen Zaren zu befreien und mit Hilfe des Schwedenkönigs Karl XII. die zur Vormachtstellung im osteuropäischen Raum drängende russische Macht zu dämmen. Dieser Versuch mißlang und das Schicksal der Ukraine war damit für zwei Jahrhunderte besiegelt. Auch heute treibt die gesamte ukrainische Volkskraft auf eine Entscheidung in dem Kampf um die Neugestaltung Osteuropas hin. Diese Auseinandersetzung zwischen Moskau und der Ukraine, zwischen den Völkern und Kulturen nivellierenden russischen Imperialismus, zu dessen Träger der Bolschewismus geworden ist, und der Ukrainischen Nationalen Revolution, die auch die Befreiung der von Moskau ausgebeuteten Völker herbeiführen wird, wird eine Fortsetzung der bereits eingeleiteten Neuordnung Europas sein. Denn der osteuropäische

Raum ist nicht nur ein organischer Bestandteil des europäischen Kontinentalsystems und dadurch aufs engste mit dem Schicksal dieses Kontinents verbunden, sondern er ist auch ein aktiver Mitgestalter an diesem Schicksal, besonders wenn es sich dabei um den ukrainischen Anteil am europäischen Aufbau handelt.

Die geopolitische Dynamik dieses Raumes und das politische Wollen des ukrainischen Volkes bedingen von vornherein ein Zusammengehen des von der Ukraine gestalteten Raumes mit der europäischen Mitte gegen die raumfremden Mächte. Polen war im Verlauf der Geschichte immer der Schrittmacher des Machtwillens Westeuropas, Rußland, das das Erbe der Nomadenhorden Asiens weltanschaulich wie machtpolitisch angetreten hatte, ist Träger der antieuropäisch ausgerichteten, zerstörenden Kräfte des Ostens.

Der Kampf um die Befreiung des ukrainischen Volkes hängt daher immer mit der Neugestaltung des osteuropäischen Raumes zusammen, die als eine Ergänzung der Neuordnung Europas zu betrachten ist. Diese Tatsache trat besonders in den letzten vier Jahrhunderten in Erscheinung.

Die Reformation, die in der Ukraine starken Widerhall gefunden hatte und Rußland ganz unberührt ließ, bewirkte eine Stärkung des nationalen Sichwiederfindens in der Ukraine; der dreißigjährige Krieg, der eine Schwächung des universalen Katholizismus mit sich brachte, begünstigte dadurch die Entscheidung in dem i. J. 1648 unter Führung von Chmelnytzkyj ausgebrochenen nationalen ukrainischen Aufstand gegen das katholische Polen. Die gewaltigen politischen Pläne dieses größten ukrainischen Staatsmannes, nach einer im Verein mit Brandenburg und Schweden vorgenommenen Teilung Polens, eine europäische kontinentale Ostfront herzustellen und diese in der südlichen Flanke auszubauen, haben heute noch ihre volle Bedeutung. Schweden, als die den Ostseeraum beherrschende Macht im Norden, und der Ukrainischen Kosakenstaat im Schwarzmeerraum im Süden sollten einen Schutzwall gegen den nichteuropäischen Osten schaffen. In diesen Plänen griff Chmelnytzkyj die Gedankengänge der Fürsten des Kyjiver Reiches im Mittelmeer auf, die stets zusammen mit der, den Ostseeraum beherrschenden Macht, eine Politik auf der Linie dieser europäischen kontinentalen Ostfront verfolgten. Denselben Weg ging auch Iwan Mazepa. Die aufkommende russische Macht vernichtete jedoch diese ukrainische Konzeption und baute eine Angriffsstellung gegen Europa aus, nachdem zuerst die Ukraine und dann auch Schweden aus diesem für Europa wichtigen Schicksalskampf ausgeschaltet waren. Nach dem Zusammenbruch der ukrainischen Abwehrfront gegen Osten i. J. 1709 in der

Schlacht bei Poltawa erfolgte im Jahre 1764 die Aufhebung der ukrainischen Autonomie und der "Kosakenfreiheiten" und 1781 die Einführung der für das übrige Russische Reich bereits geltenden Gouvernementsverwaltung.

Trotz dieses Schlages blieb für die Ukraine die Aufgabe bestehen, nach dem Osten vorzustoßen und die nahasiatischen Räume für Europa zu erschließen und damit wird sie zum europäischen Grenzraum gegen den Osten.

Dieser Aufgabe war sich auch der nach dem Ausbruch der russischen Revolution i. J. 1917 neuerstandene Ukrainische Staat bewußt, der ihr, nach Aufnahme der Freundschaftsbeziehungen mit dem Deutschen Reich und den Mittelmächten als einer europäischen Verpflichtung nachkam. Die Wiederherstellung der europäischen kontinentalen Ostfront, wobei Deutschland als der den Ostraum beherrschenden Macht die wichtigste Rolle zufiel, schien die aus dem Osten drohenden Gefahren für die Dauer fernzuhalten.

Die in der Folge der Ukraine gegenüber eingeleitete deutsche Politik entsprach jedoch nicht genügend den ukrainischen völkischen Bestrebungen, so daß es bald zu Verstimmungen in den deutsch-ukrainischen Beziehungen kam. Es wurden deutscherseits mehrfach Fehler begangen, die auch von den deutschen politischen Schriftstellern Dr. Paul Rohrbach und Axel Schmidt erörtert worden sind. Die deutsche Politik rechnete viel zu wenig mit der nationalen Psyche des Ukrainertums; sie verfolgte keine klaren politischen Ziele, sondern schwankte zwischen der staatlichen Selbständigkeit der Ukraine und der Wiederherstellung der russischen Einheit, wenn auf föderativer Grundlage. Bei den Ukrainern entstand daher die Überzeugung, daß dem deutschen Einmarsch in die Ukraine ausschließlich wirtschaftliche Zwecke zu Grunde lagen, um die Ernährungslage der Mittelmächte zu bessern und sicherzustellen. Noch in den späteren Zeiten wurde der Friedensvertrag von Brest-Litowsk "Brotfrieden" genannt. Diese deutsche Einstellung führte auch zur Einmischung in die innerpolitischen Angelegenheiten des jungen Staates; das Regime wurde gewaltsam geändert und Skoropadskyj, der sich auf russophile Kreise stützte und eine prorussische föderalistische Politik verfolgte, als Staatsoberhaupt eingesetzt. Ferner wurden an der sozialen Struktur des Landes deutscherseits eigenmächtige grundsätzliche Änderungen vorgenommen, was in keiner Weise geeignet war, eine Entspannung der Lage herbeizuführen.

Diese von falschen Voraussetzungen ausgehende deutsche Ostpolitik brachte nicht nur die Neugestaltung des europäischen Ostens zu Fall, sondern wirkte sich auch auf die späteren Zeiten aus und hinterließ bei den Ukrainern, besonders in der Ost-Ukraine, einen noch heute nachhaltigen Eindruck. Die obengenannten deut-

schen Mißgriffe, deren Ursachen in der Verkennung der Lage zu suchen sind, wurden in den letzten zwanzig Jahren von Moskau und der bolschewistischen, sowie auch von der russisch nichtbolschewistischen Propaganda ausgenutzt, um die Stimmung in der Ukraine gegen Deutschland zu beeinflussen. Mit diesen Tatsachen muß auch heute noch gerechnet werden.

III.

Wenn auch die deutschen Truppen bei ihrem Einmarsch in die Ukraine selbstverständlich dort zuerst als Befreier begrüßt werden werden, so wird sich diese Einstellung bald ändern können, falls Deutschland in die Ukraine nicht mit dem Ziel der Wiederherstellung des ukrainischen Staates und den entsprechenden Parolen kommt. Deutschland sucht ja im Osten nicht nur ein wirtschaftliches Gebiet, das als Rohstoffbasis bekannt ist, sondern verfolgt auch politische Ziele, die in dem Begriff der Neuordnung Europas zusammengefaßt sind.

Eine Neuordnung Europas ohne einen selbständigen nationalen ukrainischen Staat ist aber nicht denkbar; besonders dann nicht, wenn die Möglichkeit geboten ist, dem ukrainischen Volk zur eigenen Staatlichkeit zu verhelfen.

Stellt das heutige Staatsgebilde der Ukraine, das unter dem Namen Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik einen Bestandteil der Sowjetunion bildet, auch nur eine Fiktion dar, so bedeutet es doch immerhin einen großen Schritt vorwärts im Vergleich zu der Zeit vor dem Weltkrieg, in der im damals zaristischen Rußland sogar die Worte Ukraine, Ukrainer, ukrainisch, verboten waren.

Verfolgt man die Geschichte der ukrainisch-russischen Beziehungen während der letzten zwanzig Jahre, so kann man feststellen, daß Rußland nicht nur aus innerer Schwäche zum Nachgeben an der ukrainischen Front gezwungen war, sondern auch aus Gründen der Stärke der ukrainischen nationalen Bewegung.

Die Revolution des Jahres 1917 sowie der anschließende vierjährige Freiheitskrieg haben auf die Herausbildung eines ukrainischen nationalen Selbstbewußtseins und auf das Anwachsen des Strebens nach einem selbständigen Staat so nachdrücklich eingewirkt, daß der völkische Wille der Ukraine auch durch das zwanzig Jahre lange, auf äußerster Rücksichtslosigkeit aufgebaute Terrorregime des bolschewistischen Moskau nicht gebrochen werden konnte. Denn jeder Druck von seiten Moskaus erzeugt einen Gegendruck der ukrainischen revolutionären Bewegung.

Der zwanzigjährige revolutionäre Kampf in der Ukraine hat, obwohl in dessen Entwicklung auch starke Rückschläge zu verzeichnen sind, das nationale Bewußtsein des Ukrainertums noch verstärkt, was in seiner ganzen Tragweite zu übersehen, der außenstehende Beobachter nicht immer imstande ist. Die Kräfte des ukrainischen völkischen Widerstandes, als nationale Urkraft gesehen, und der kämpferische Wille der ukrainischen revolutionären Organisationen haben die Maßnahmen des bolschewistischen Moskau in der Ukraine oft genug zum Scheitern gebracht. Auch die raffiniertesten bolschewistischen Methoden haben, und diese Behauptung wird mit größtem Verantwortungsgefühl aufgestellt, dem ukrainischen völkischen Gedanken nicht den geringsten Schaden zufügen können. Die verschiedenartigsten Auseinandersetzungen, die ständig in der Sowjetunion stattfanden - handelte es sich dabei um völkische Fragen oder um Kämpfe um einen neuen sozialen Inhalt oder um solche um die Macht - fanden immer in der Ukraine ihren Ausgangspunkt und ihr Ende, denn hier wurde die negative Haltung der Bevölkerung gegen die bolschewistische soziale Unterdrückung durch unbedingte Einsatzbereitschaft für die völkischen Ideale gestärkt. Daß das bolschewistische Regime niemals festen Fuß fassen konnte, ist hauptsächlich dieser Einstellung des ukrainischen Volkes zu verdanken.

Es ist dabei nicht besonders hervorzuheben, daß das ukrainische Volk den grausamsten Terrormaßnahmen, die jemals ergriffen wurden, auch seine Kampfmethodik anzupassen wußte. Es gibt kein Gesetz und keine Verordnung des Regimes, das die ukrainische revolutionäre Bewegung und ihre Kampfgenossen nicht zu umgehen verstehen. In dieser Richtung wird auch das ukrainische Volk, dem der nötige Kampfinstinkt, gepaart mit Freiheitsliebe innewohnt, aufgeklärt.

Durch diese zwanzigjährige regimefeindliche Einstellung wuchsen in der ukrainischen Volksseele Elemente heran, die sich jedem Zwangsregime gegenüber, das die ukrainischen nationalen Forderungen der Ukraine nicht berücksichtigt, geltend machen werden. Es ist dabei immer davon auszugehen, daß die Ukraine völkisch und räumlich gesehen, sehr große Aufgaben zu lösen hat. Die richtige Lösung wird von entscheidender wirtschaftlicher und strategischer Bedeutung sein. Nur von der Haltung des ukrainischen Volkes wird es daher abhängen, ob die Ukraine ein Ergänzungsraum für das neugeordnete Europa werden wird oder ein Gefahrenherd. Man darf nicht vergessen, daß außer der deutschen Beeinflussung noch die von seiten Moskaus und auch Englands auf die Ukraine einwirken kann. Denn diese liegt im heutigen politischen Augenblick nicht, wie es räumlich der Fall ist, zwischen Deutschland und Moskau, sondern zwischen Deutschland und England, so paradox dies auch klingen mag.

Nach dem zwanzigjährigen bolschewistischen Zwangsregime ist das ukrainische Volk in allen Fragen, die seine Freiheiten betreffen, sehr empfindlich geworden und diese seelische Haltung ist nicht nur erklärlich, sondern sie muß auch stets mit berücksichtigt werden, wenn man in den Ukrainern Freunde und Bundesgenossen finden will. Diese unbegrenzte Freiheitsliebe zeigt sich bei den Ukrainern schon seit Jahrhunderten, nicht erst in den letzten zwanzig Jahren.

Dieser Drang nach Selbständigkeit, der Kampfwille und die stetige Abwehrbereitschaft gegen fremde Beeinflussung haben den Typ des heutigen Ukrainers geschaffen, der eine mißtrauische und ablehnende Haltung allen Fremden gegenüber einnimmt. Diese Eigenschaften haben sich besonders bei den Sabotagebewegungen in der Landwirtschaft und in der Industrie in der Sowjet-Ukraine erwiesen. Das soziale Experiment des Bolschewismus scheiterte vor allem an dieser Haltung und nicht nur an seiner eigenen doktrinären Starrheit. Es darf aber nicht vergessen werden, daß eine einsichtsvolle Politik diesen Ablehnungswillen in einen umso größeren Aufbauwillen umwandeln kann, wenn dies nur dem Ukrainer selbst überlassen bleibt. Der geringste Zwang würde nur entgegengesetzte Wirkungen auslösen.

Da die revolutionäre Bewegung der Ukraine in Europa entweder sehr wenig oder gar nicht bekannt ist, viele Komponenten überhaupt nicht mit in Rechnung gezogen, andere unterschätzt oder überschätzt werden, ist es Pflicht der ukrainischen Nationalisten, einen wenn auch nur bescheidenen Hinweis auf die Möglichkeit einer Lösung der ukrainischen Frage zu geben.

IV.

Abgesehen von den jeweiligen Wechselwirkungen der deutsch-russischen Beziehungen ist folgendes festzustellen:

Der europäische Kontinent wird heute von zwei imperialen Gedanken beherrscht, von der deutschen, auf die Neuordnung Europas ausgerichteten Reichsidee und von dem auf der Weltrevolution basierenden russischen Imperialismus. Solange Rußland den ukrainischen Raum mit den in ihm vorhandenen Kräftefaktoren beherrscht und ihn zur Basis seiner Macht ausbaut, um in Europa einfallen zu können, solange kann man nicht auf einen Bestand der in diesem Kriege eingeleiteten Neuordnung Europas rechnen. Es wurde bereits ausgeführt, daß die Ukraine sich im Laufe der Geschichte stets als einen Teil der europäischen Einheit betrachtete und um dieser Zugehörigkeit willen einen ununterbrochenen Schicksalskampf gegen Osten führte. Der jetzige völkische Kampf der Ukraine

gegen den Bolschewismus ist nur eine Fortsetzung dieses Ringens.

Auch wirtschaftlich ist die Ukraine ein Teil Europas. Dieses ist auf die Wirtschaft der Ukraine angewiesen und die Ukraine ihrerseits kann den bisher neugeordneten europäischen Raum ergänzen. Dazu kommt, daß die Ukraine nicht nur Agrarland und Rohstoffgebiet ist, sondern daß sie bereits eine starke Industrie entwickelt hat, die besonders für den osteuropäischen Raum von ausschlaggebender Bedeutung ist.

Strategisch gesehen, ist die Ukraine ebenfalls ein Bestandteil Europas, was besonders heute im europäischen schicksalhaften Ringen gegen die englische Einmischung in Erscheinung tritt.

Alle diese Tatsachen sprechen deutlich dafür, daß ein selbständiger ukrainischer Staat den Prozeß der Neuordnung Europas abschließen und dem europäischen Kontinent zur Stärkung und Weltbedeutung verhelfen wird. Nur ein starker unabhängiger ukrainischer Staat kann eine gesunde Entwicklung im osteuropäischen Raum gewährleisten. Denn nur die Ukraine wird imstande sein, die zerstörenden außer-europäischen Kräfte von Europas Ostfront fernzuhalten und außerdem den Gedanken einer völkischen Neuordnung in die benachbarten Länder des asiatischen Kontinents zu tragen. Diese Aufgabe wird der Ukraine umso leichter fallen, als sie die von Moskau unterdrückten Völker bereits heute für den Kampf gegen die bolschewistische Zersetzung organisiert und sie in diesem Kampf anführt. Zudem kennt die Ukraine die seelische Einstellung dieser Völker naturgemäß am besten. Dadurch nimmt sie eine Schlüsselstellung in der Entwicklung aller dieser Fragen ein, was von größter Bedeutung für Deutschland und die Neuordnung Europas wie für die der Ukraine benachbarten Völker sein wird. (Vergleich: A. Rosenberg - "Ukraine ein Knotenpunkt der Weltpolitik").

Der Ukrainischen Nationalen Revolution, die von dem Kampf um die Errichtung eines selbständigen ukrainischen Staates ausgeht, erhebt auch die Pflicht, den heutigen "russischen Raum" zu ordnen und den in russischer Knechtschaft befindlichen Völkern die Freiheit zu bringen. Dem bolschewistischen russischen Expansionstrieb, der getragen ist von der Idee einer sozialen Gleichmacherei (nicht einer sozialen Gerechtigkeit) und vom proletarischen Weltrevolutionsgedanken, kann nur eine ihm an Stärke und geistiger Tiefe überragende Idee entgegentreten. Wenn das bolschewistische Rußland von der "Selbstbestimmung bis zur Los-trennung der Völker" spricht, so darf dieses Prinzip auf keinen Fall ins Gegenteil verkehrt werden. Man muß ihm aber einen völkischen Inhalt geben und dies zu tun ist die Ukrainische Nationale Revolution imstande.

Man kann in Osteuropa nicht mit technischen Staats- und Verwaltungsmitteln, gestützt auf eine starke Okkupationsarmee, auf die Dauer herrschen. Das haben der heldenhafte Schwedenkönig Karl XII. und der französische Imperator Napoleon I. sowie später das wilhelminische Deutschland eingesehen. Auch Rußland, das diesen Raum am längsten beherrscht, stützt seine Herrschaft außer auf die Militärmacht und das terroristische Zwangssystem noch auf eine Idee, mag sie die der orthodoxen Kirche, des Panslawismus oder der sozialen Gleichmacherei sein. Das bolschewistische Moskau hat Methoden anzuwenden vermocht, manche in der Zivilisation tiefer stehende Völker zu gewinnen.

Der osteuropäische Raum läßt sich in Zukunft nur mit Hilfe von Ideen und im Einvernehmen mit den dort siedelnden Völkern beherrschen.

Schlußfolgerungen: Eine militärische Okkupation ist in Osteuropa auf die Dauer unhaltbar. Nur eine staatliche Neuordnung, aufgebaut auf dem völkischen Prinzip, kann dort eine gesunde Entwicklung gewährleisten. Nur ein selbständiger ukrainischer Staat wird diese Neuordnung aufrechterhalten können.

V.

Es ist verständlich, daß der Anschluß der Ukraine an das europäische Kontinentalsystem von Deutschland hauptsächlich aus wirtschaftlichen Gründen geplant ist. Die Ukraine ist heute der wichtigste Wirtschaftsfaktor der Sowjetunion und das an Bodenschätzen reichste Land von Europa. Die Ukraine wird den europäischen Großwirtschaftsraum in seiner Unabhängigkeit stärken und die europäische Wirtschaft durch ihre Produkte und ihre Fähigkeit, Waren aufzunehmen, ergänzen. Dabei wird sie in dieser Großraumwirtschaft einen eigenen Wirtschaftsraum bilden müssen, da die Ukraine ihrer Größe und wirtschaftlichen Bedeutung nach danach verlangt. Auch hier ist von besonderer Wichtigkeit, die wirtschaftliche Selbständigkeit der Ukraine zu beachten, denn: in der Ost-Ukraine besteht das lebhafteste Gefühl, das vielleicht ein wenig überheblich ist, daß die Ukraine das Wirtschaftsgebiet ist, von dem die ganze Wirtschaftsmacht und das Wehrpotential der Sowjetunion abhängt. Mag diese Überheblichkeit in der letzten Zeit durch den Aufbau der russischen Wirtschaftszentren in Mittelasien und Sibirien sich auch vermindert haben, so bleibt sie doch im Denken eines Ost-Ukrainers bestehen.

Das bolschewistische Rußland hat in der ersten Zeit seines Regimes auch auf

wirtschaftlichem Gebiet der Ukraine erhebliche Zugeständnisse gemacht, um mit den ukrainischen Bestrebungen auch nach dieser Richtung hin vorläufig nicht in Konflikt zu kommen. Erst später mit dem Beginn des I. Fünfjahresplanes wurde die wirtschaftliche Selbständigkeit der Ukraine nach und nach eingeschränkt und eine einheitliche Sowjet-Großraumwirtschaft geschaffen, in der die der Ukraine fast vollkommen aufging. Trotzdem setzt sogar die gegenwärtige sowjetukrainische Regierung ihre Versuche, die autonomen Rechte im Wirtschaftsleben zu wahren, um nicht endgültig im moskowitzischen Wirtschaftszentralismus aufzugehen, fort. Eine Verlagerung des wirtschaftlichen Zentrums nach Berlin unter Beibehaltung des zentralistischen Wirtschaftssystems und ohne die Sicherung der Selbständigkeit der ukrainischen Wirtschaft, kann die Ukraine in ihrem Streben nach einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Europa nicht befriedigen.

Schlußfolgerung: Der ukrainische unabhängige Staat muß wirtschaftlich selbständig sein, um einen organischen Bestandteil der europäischen Großraumwirtschaft bilden zu können und diese zu ergänzen.

VI.

Da die Interessen beider Völker ein natürliches Bündnis verlangen, muß das deutsch-ukrainische Verhältnis auf einer aufrichtigen Freundschaft aufgebaut werden. Die Zugehörigkeit der Ukraine zu dem von Deutschland geführten neugeordneten Europa legt ihr die Verpflichtung auf, im Ostraum die Wacht zu halten. Nicht nur die geschichtliche Überlieferung und die geopolitische Gegebenheit seines Raumes zwingen das ukrainische Volk dazu, sondern auch sein völkisches Wollen, das bereits im heutigen revolutionären Kampf seinen Ausdruck gefunden hat.

Das ukrainische Volk gehört zu den soldatischen Völkern des europäischen Kontinents: der Krieger war im fürstlichen Mittelalter sowie zur Kosakenzeit der Typ des Ukrainers schlechthin. Dieser Typ hat sich auch in der Zeit des Befreiungskrieges des ukrainischen Volkes in den Jahren 1917-21 sowie später in dem unterirdisch geführten revolutionären Kampf bewährt. Obwohl diese kämpferische soldatische Haltung manchmal sogar das staatsbildende Element überlagert hat, muß sie beim Aufbau des ukrainischen Staates ihrem Wert nach berücksichtigt werden. Eine ukrainische bewaffnete Macht ist das beste Mittel, diesen soldatischen Tugenden eine feste Form zu geben und sie zum Schutz

des ukrainischen Staates und des neugeordneten Ostraumes nutzbar zu machen. Die ukrainische Militärmacht würde die osteuropäische Kontinentalfront zu verteidigen haben, welche Aufgabe sie umso leichter durchführen kann, als die Ukraine, befreit aus ihrer Zweifrontenstellung, mit einer durch das Deutsche Reich gesicherten Rückendeckung, dort ihr ganzes Wehrmachtspotential einsetzen würde. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Rußland, auch wenn das gegenwärtige Imperium zertrümmert werden sollte, seine Zersetzungsarbeit aufgibt und Europa gegenüber eine Revanchepolitik einschlägt. Denn es war stets in seiner machtpolitischen und weltanschaulichen Haltung antieuropäisch bestimmt und wirkend, mit dem Ziel, Europa nach eigenen Grundsätzen zu "ordnen", seine Kultur zu zersetzen und die europäischen Völker zu nivellieren, so wie es das mit den Völkern seines eigenen Imperiums zu tun versucht.

Schlußfolgerung: Eine selbständige ukrainische Militärmacht, die der geistigen Haltung der Ukraine entspricht, wird ein Garant des deutsch-ukrainischen Bündnisses sein und den russischen Druck auf Europa auffangen.

VII.

Bei der Behandlung der ukrainischen Frage und der Inangriffnahme ihrer Lösung durch Deutschland spielen die psychologischen Momente, die den wirtschaftlichen und militärischen vorangehen, die hauptsächlichste Rolle.

Mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgen die Ukrainer die Zielsetzung der deutschen europäischen Politik, ihre Wege und die Methoden, die bei der Errichtung von neuen Staaten und bei Gebietserweiterungen der mit Deutschland verbündeten Staaten angewandt werden.

Es muß festgestellt werden, daß es für die Lösung der ukrainischen Frage keine Analogie gibt. Seit 1938 sind in Europa zwei Staaten neu entstanden: die Slowakei und Kroatien. Abgesehen von dem Größenunterschied und von der Bevölkerungstärke der Länder ist das ukrainische Problem von viel größerer Bedeutung, denn durch seine Lösung werden einschneidende Änderungen in der politischen und wirtschaftlichen Struktur des europäischen Kontinents vorgenommen und Fragen aufgeworfen, die von internationaler Wichtigkeit sind. Aber nicht nur von der endgültigen Lösung des Problems hängt der weitere Verlauf der deutsch-ukrainischen Beziehungen ab, sondern schon von den gleich zu Anfang angewandten Methoden.

Der Ukrainer ist sich heute bewußt, daß nur eine schöpferische Arbeit des gesamten Volkes, verbunden mit der Leistung des Einzelnen, das ganze Leben in der Ukraine am schnellsten erneuern kann. Was eine solche schöpferische Arbeit und die totale Mobilisierung der Volkskräfte bedeutet, das hat die Praxis des nationalsozialistischen Deutschland, wo der nationale Aufbau organisch erfolgte, dem Ukrainer vor Augen geführt.

Auch der Ukrainer, wie ihn die letzten zwanzig Jahre herausgebildet haben, ist fest entschlossen, die Grundlagen zu schaffen, die eine völkische Entwicklung in einem unabhängigen Staat gewährleisten. Mit dieser Entschlossenheit muß jede Macht rechnen, die, eigene Interessen dabei verfolgend, eine neue Ordnung im osteuropäischen Raum herbeiführen will.

Die Organisation Ukrainischer Nationalisten, die seit Jahren den gesunden Teil des Ukrainischen Volkes im revolutionären Kampf um die staatliche Unabhängigkeit der Ukraine führt und das gesamte ukrainische Volk für diese Aufgabe erzieht, ist gewillt, diesen Kampf bis zur Verwirklichung ihres völkischen Ideals zu führen.

Juni 1941

Organisation Ukrainischer Nationalisten

DENKSCHRIFT AN GENERALGOUVERNEUR HANS FRANK

vom 25. 8. 1941. ¹⁾

Eure Exzellenz, Herr Generalgouverneur!

In Zusammenhang mit dem europäischen Befreiungskampf im Osten, welcher die Lage des gesamten ukrainischen Volkes grundsätzlich geändert hat und in Zusammenhang mit der Eingliederung Galiziens in das Generalgouvernement, erlauben wir uns als Vertreter dieses Volkes, Ihnen, Herr Generalgouverneur, als dem höchsten Gebieter dieses Landes unsere Stellungnahme zu unterbreiten.

Sie, Herr Generalgouverneur, haben bereits Gelegenheit gehabt, die Ausdrücke der vollsten Loyalität der ukrainischen Volksgruppe im Generalgouvernement,

1) Nähere Angaben auf S. 231

sowie ihre entschlossene Bereitschaft, am deutschen Aufbauwerk im Generalgouvernement mitzuwirken, entgegen zu nehmen. Und Sie haben auch wiederholt festgestellt, daß sich diese Einstellung in der positiven Arbeit der Ukrainer voll bewährt hat.

Inzwischen sind große Ereignisse eingetreten.

Der Führer des Großdeutschen Reiches hat die Völker Europas zum Kampf gegen den Bolschewismus aufgerufen. Das ukrainische Volk ist bereits in einem harten und verhängnisvollen Kampf gegen den Bolschewismus seit 25 Jahren begriffen. In diesem Ringen hat unser Volk bereits Hekatomben von Opfern gebracht. Der Krieg, welcher am 22. 6. 41 ausbrach, gab auch uns Hoffnung auf unseren Sieg. Und wieder, wie im deutsch-polnischen Krieg, haben Abertausende von ukrainischen Volksgenossen ihr Leben geopfert, und durch diese Tat nicht nur ihre unbestrittene deutschfreundliche Einstellung, sondern auch die Bereitwilligkeit zum gemeinsamen Kampf und Opferbereitschaft des gesamten Volkes bewiesen. Dieser Wille unseres Volkes wurde im Schreiben des Sprechers des Ukrainischen Hauptausschusses Eurer Exzellenz bekanntgegeben.

Doch **diese** Ehre wurde dem ukrainischen Volke bis jetzt noch nicht gegönnt. Es ist aber weiterhin bereit, aktiv an der großen Sache mitzuwirken und alle seine Kräfte einzusetzen, um zum Sieg der deutschen Waffe beizutragen. Um diese Mitarbeit erfolgreich zu gestalten, erachten wir gewisse Voraussetzungen als unbedingt notwendig, welche durch den besonderen Charakter des ukrainischen Landes im Generalgouvernement bedingt sind.

1. Die Anerkennung der Sonderstellung der ukrainischen Volksgruppe und des ukrainischen Landes im Generalgouvernement,
2. die Anerkennung des Rechts auf autonome Gestaltung des ukrainischen Lebens in der Organisation der Ukrainischen Volksgemeinschaft,
3. Anerkennung des Rechts auf Mitbestimmung der Geschicke des Landes, der Pflicht der Mitverantwortung und Mitwirkung in der Verwaltung.

Das geschlossene ukrainische Gebiet, welches sich jetzt im Rahmen des Generalgouvernements befindet, ist nicht mehr ein Splitter des gesamten ukrainischen Territoriums mit 3/4 Millionen ukrainischer Bevölkerung, sondern ein großes ukrainisches Land mit 4 Millionen Ukrainern. Das innere Gewicht dieses Landes, sowohl im bezug auf die sonstigen Gebiete des Generalgouvernements, wie auch in bezug auf die Gesamtheit der ukrainischen Probleme, erfordert eine Sonderstellung der ukrainischen Volksgruppe und des ukrainischen

Landes im Generalgouvernement.

Sein besonderer Charakter wird sowohl durch die geschichtliche Entwicklung - was in der Anlage über den geschichtlichen Überblick ausführlich dargestellt wird - wie auch durch die innere Struktur dieses Landes bedingt. Das Generalgouvernement wurde von maßgebenden deutschen Stellen zur Heimstätte des Polentums bestimmt, Galizien dagegen bildet ein ausgesprochen ukrainisches Siedlungsgebiet, das von der Geschichte als Urheimat des gesamten ukrainischen Volkes mit Recht angesehen wird.

In vollem Vertrauen zu Ihnen, Herr Generalgouverneur, gestatten wir uns diese Sonderstellung ganz entschieden zu betonen und Ihre Aufmerksamkeit auf sie zu lenken. Wir verbinden die Hoffnungen unserer Volksgruppe mit Ihrer freundlichen Einstellung zum ukrainischen Volke, der Sie in Ihrem Akt in Lemberg am 1. 8. 41 vor der ukrainischen Abordnung Ausdruck gegeben haben und unterbreiten zu Ihrer wohlwollenden Beachtung nachstehende Wünsche der ukrainischen Volksgruppe, die ihre lebenswichtigsten Bedürfnisse und Interessen sichern sollen. Zugleich bringen wir zum Ausdruck den festen Willen dieses Teiles des ukrainischen Volkes, welcher im Akt vom 1. 8. 41 ins Generalgouvernement eingegliedert wurde, in loyaler Einstellung zu deutschen Behörden des Generalgouvernements an der Neuordnung unseres Landes positiv mitzuwirken. Diese Mitwirkung kann sich aber nur auf Grund der Anerkennung der Sonderstellung des galizischen Landes und der ukrainischen Volksgruppe im GG erfolgreich zu beiderseitigem Vorteil entwickeln. Durch Sicherung dieser Sonderstellung wird die deutschfreundliche Einstellung des ganzen ukrainischen Volkes im öffentlichen Sinne gefestigt und diese Einstellung zu einem der Grundpfeiler in der Neuordnung des gesamten ukrainischen Gebietes erhoben.

Bedürfnisse der ukrainischen Volksgruppe im GG

I. Sonderstellung des Landes

Das Gesetz der Regierung des Generalgouvernements sichert:

- 1/ Die Sonderstellung des Landes Galizien und der ukrainischen Volksgruppe im Generalgouvernement.
- 2/ Das Recht der ukrainischen Volksgruppe auf Mitverantwortung und die Pflicht der Mitbestimmung der Geschicke des Landes.

3/ Die Anerkennung der wirtschaftlichen Sonderstellung des Landes.

4/ Die Gleichberechtigung der ukrainischen Sprache mit der deutschen im öffentlichen Leben.

Da die deutsche Einstellung zum polnischen Volke im Generalgouvernement durch den deutsch-polnischen Krieg bedingt ist, das ukrainische Volk dagegen niemals deutschfeindliche Handlungen unternommen hat, im Gegenteil, immer deutschfreundlich gesinnt war, erachten wir den Wunsch nach der öffentlich-rechtlichen Sonderstellung des ukrainischen Landes und der ukrainischen Volksgruppe im Generalgouvernement als gerechtfertigt und gerecht. Die deutsche Wehrmacht hat nicht in einem Eroberungszuge, sondern in einem Befreiungskampf dieses mit Deutschland tief befreundete Land befreit. Mit unerhörter, aufrichtigster Begeisterung wurde sie vom ukrainischen Volk Galiziens empfangen, was auch von dem Befehlshaber General von Roques in seiner Ansprache während der Übergabe Galiziens an das Generalgouvernement bestätigt wurde: "Das werden wir nie vergessen".

5/ An den Distrikt Galizien wären die geschlossenen ukrainischen Siedlungsgebiete westlich vom San im Distrikt Krakau und westlich vom Bug im Distrikt Lublin anzuschließen, um die Sonderstellung des ukrainischen Landes zu ermöglichen.

Dieses Bedürfnis ergibt sich aus den vitalsten Lebensnotwendigkeiten der ukrainischen Volksgruppe. Wir erinnern in diesem Zusammenhang, daß das Bestreben nach einer verwaltungsrechtlichen Einheit und Sonderstellung der ukrainischen Gebiete in Österreich schon in österreichischer Zeit den obersten Grundsatz der ukrainischen Politik bildeten, welche sich in dieser Hinsicht auf eine fast 100 Jahre (1848) dauernde Tradition berufen kann. Nur den polnischen Einflüssen in Wien ist es zu verdanken, daß die Verwirklichung dieses Grundsatzes dauernd verschoben wurde. Erst im Dekret des letzten Kaisers vom 31. X. 1918, welches ein gesondertes ukrainisches Land (Ostgalizien und Nordbukowina) bildete, hatte er seine Anerkennung gefunden.

II. Die ukrainische Volksgemeinschaft

Die ukrainische Volksgruppe im Generalgouvernement lebt auf einem geschlossenen ukrainischen Siedlungsgebiet, welches die Urheimat des ukrainischen Volkes bildet. Auf diesem Gebiet hat sie vor Jahrhunderten ihr staatliches

Leben gestaltet. Jahrhundertelanger außerordentlich harter Kampf gegen das Polentum und die Grundlagen ihres völkischen Daseins haben ihre Lebenskraft gehärtet. Die Lage des Landes hat rege kulturelle Beziehungen mit der westeuropäischen Kultur ermöglicht. Dies hat dazu beigetragen, daß die völkische Individualität dieser Volksgruppe im modernen Sinn voll ausgeprägt und das nationale Bewußtsein bis in die untersten Stufen des Volkes durchgedrungen ist.

Infolgedessen verfügt diese Volksgruppe über genügend geistige und materielle Kräfte, um ihr eigenes Leben im Rahmen einer Volksgemeinschaft selbständig zu gestalten. Deshalb sehen wir als einzige Möglichkeit der Organisation dieser Volksgruppe nur die Form einer nationalen Volksgemeinschaft mit dem Recht auf volle kulturelle, wirtschaftliche und völkische Selbstverwaltung.

In der Anlage überreichen wir unseren Vorschlag über den Aufbau der ukrainischen Volksgemeinschaft und bitten Eure Exzellenz, Sie mögen ihn genehmigen und durch diese Tat den Grundstein zum neuen Aufbau des ukrainischen Lebens im Rahmen des Generalgouvernements legen.

III. Mitwirkung an der Verwaltung

1. In allen Stufen und Gebieten der Verwaltung wären amtliche Stellen neben den deutschen, mit ukrainischen Beamten zu besetzen. Die ukrainischen Beamten und Angestellten wären in bezug auf ihre beamtlich-rechtliche Stellung und Gehalt den deutschen gleichzustellen.
2. Die Angehörigen der polnischen Nationalität werden zur Besetzung der amtlichen Stellen zugelassen, wenn entsprechende ukrainische Fachleute nicht vorhanden sind. Dann müßten sie eine Prüfung in ukrainischer Sprache bestehen. Die leitenden Stellen werden mit Polen nicht besetzt.
3. Die Selbstverwaltungsorgane in geschlossenen ukrainischen Gebieten werden nur mit Ukrainern besetzt. Polen werden dort zugelassen, wo die polnische Bevölkerung die Mehrheit bildet.
4. Zur Erhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit wird neben der deutschen nur ukrainische Polizei gebildet.
5. Um den Mangel an Fachleuten auf den Gebieten des Verwaltungswesens zu beheben, werden von staatswegen entsprechende Kurse für ukrainische Volks-

angehörige in kürzester Zeit veranstaltet.

IV. Gerichtswesen

1. Neben den deutschen Gerichten bestehen im Distrikt Galizien, dem völkischen Charakter des Landes entsprechend, ukrainische Gerichte.
2. Die Amtssprache in den ukrainischen Gerichten, sowie in Staatsanwaltschaften, Notariaten, Vollstreckungsorganen und in der Rechtsanwaltskammer ist ukrainisch.
3. Leitende Stellen in den ukrainischen Gerichten und in den Anwaltschaften, insbesondere der Appelations-, Kreis- und Burggerichten und der Staatsanwaltschaft bei den Appelationsgerichten werden mit Ukrainern besetzt.

V. Militärische Ausbildung

Um der ukrainischen Jugend eine militärische Ausbildung angeeignet zu lassen, werden ukrainische militärische Formationen unter gemeinsamer deutsch-ukrainischer Führung gebildet.

VI. Bedürfnisse auf dem Gebiete der Kultur

a) Schulwesen

Die Neugestaltung des Schulwesens für die ukrainische Bevölkerung wäre auf folgenden Grundsätzen aufzubauen:

1. Die ukrainische Schuljugend wird von ukrainischen Schullehrern unterrichtet.
2. Ukrainische Volks-, Mittel- und Berufsschulen werden von ukrainischen Lehrkräften geleitet und von ukrainischen Schulinspektoren beaufsichtigt.
3. Die zur Zeit der Sowjetherrschaft bestehenden oder neugegründeten ukrainischen Schulen des unteren, mittleren und höheren Typus werden - was ihre Anzahl und Unterrichtssprache anbelangt - beibehalten, nur der Inhalt und der innere Ausbau des Unterrichtswesens wird dem nationalen Geiste, den westeuropäischen Grundsätzen der Pädagogik und dem deutschen Schulsystem angepaßt.

4. Der Aufbau des Schulwesens wird derart gestaltet, daß er die Auslese der begabtesten Kinder aus der Bauern- und Arbeiterschaft und ihre Weiterbildung in Gymnasien ermöglicht. Staatliche Stipendien an Begabteste werden weitgehend gewährt.

5. Durch weitgehende Organisierung der Fachschulen wird die Ausbildung der Berufskräfte für alle Gebiete ermöglicht. Insbesondere werden in kürzester Zeit Fachschulen des unteren und mittleren Typus für Landwirtschaft, Handel, Gewerbe, Genossenschafts- und Verkehrswesen gebildet.

6. Durch Eröffnung der Lehrerbildungsanstalten und Kurse soll dem Mangel an Volks- und Fachschullehrern abgeholfen werden. Die derzeit wirkenden Lehrkräfte ohne ausreichende Befähigung wären bis zu ihrer vollständigen Umschulung beizubehalten.

7. Die in Lemberg bestehenden ukrainischen Hochschulen:

- a) Iwan Franko-Universität mit ihren 5 Fakultäten (philologische, historische, mathematisch-physikalische, naturwissenschaftliche und juristische) nach Herabsetzung der Anzahl der Lehrstühle bis auf das Notwendigste,
- b) Medizinisches Institut,
- c) Tierärztliche Hochschule,
- d) Technische Hochschule (mit Fakultäten : Chemie, Architektur, Bauingenieurwesen, Maschinen, Elektrotechnik, Landwirtschaft und Forsten)
- e) Pädagogisches Institut,
- f) Konservatorium,
- g) Kunst- und Gewerbeschule,
- h) Griech-Kath. Theol. Akademie,

wären beizubehalten. Die zur Besetzung der Lehrstühle fehlenden Fachkräfte können durch Heranziehung der außerhalb Galiziens im Westen tätigen ukrainischen Wissenschaftler gewonnen werden oder die Lehrstühle können vorübergehend mit nicht-ukrainischen Kräften besetzt werden, bis der ukrainische Nachwuchs ausgebildet ist.

Wir hoffen, daß durch großzügige Förderung des ukrainischen Hochschulwesens seitens der Regierung des Generalgouvernements das Gedeihen der ukrainischen

Kultur, insbesondere der bisher von unseren Feinden immer arg unterdrückten Wissenschaft und die Heranbildung ukrainischer Intelligenz gewährleistet wird. Sie, Herr Generalgouverneur, als höchster Gebieter im GG und selbst ein berühmter Wissenschaftler, haben sich als Freund des Ukrainertums bewiesen, - das gibt uns Gewähr, daß unsere Hoffnung bei Ihnen, Excellenz, volles Verständnis und Wohlwollen finden wird.

8. Der Unterricht und die innere Verwaltung der Schulen für die ukrainische Volksgruppe sollen in ukrainischer Sprache erfolgen.

B. Wissenschaft

Das Ukrainische Wissenschaftliche Institut

Die neue Lage der ukrainischen Wissenschaft - die Lemberger Zweigstellen der Kiewer Akademie der Wissenschaften -, welche mit großem Eifer gearbeitet haben, sind durch die neue Grenzziehung von ihrer Zentrale abgetrennt worden - erfordert unbedingt die Gründung des Ukrainischen Wissenschaftlichen Institutes in Lemberg. Deshalb erachten wir als notwendig, daß das von Eurer Exzellenz in Ihrer großzügigen Förderung der ukrainischen Kultur ins Leben gerufene ukrainische wissenschaftliche Institut in Krakau, nach Lemberg verlegt wird, um dort die Rolle der Akademie für die Lemberger Zweigstelle fortzusetzen und im Allgemeinen die Bedürfnisse der ukrainischen Wissenschaft im Generalgouvernement zu vertreten.

C. Pressewesen

Das ukrainische Leben im modernen Sinne genügend differenziert, erfordert dementsprechend entwickeltes Pressewesen. Sowohl zur polnischen als auch zur bolschewistischen Zeit gab es nicht nur in Lemberg, sondern auch in größeren Provinzstädten Tageszeitungen, allgemeine Wochenzeitschriften in mehrerer Anzahl sowie Zeitschriften für besondere Gebiete. Aus wirtschaftlichen Gründen (Mangel an Papier) betrachten wir es zur Zeit als nicht angemessen, die ukrainische Presse in vollem Umfange zu reaktivieren. Jedoch die Gründung der wichtigsten Presseorgane in Lemberg - besonders für die allernächste Zeit - und zwar zwei Tageszeitungen und zwei Wochenschriften (für Intelligenz und breite Leserkreise) ist ein dringendes Bedürfnis.

Das ganze ukrainische Pressewesen wird der ukrainischen Führung im Generalgouvernement unterstellt und von ihr auch ausschließlich geleitet.

D. Verlagswesen

In Lemberg wird in kürzester Zeit ein allgemeiner ukrainischer Verlag gegründet, welcher die Veröffentlichung von sämtlichen Druckschriften (Bücher, Schulbücher, Karten, Bilder, Zeitungen und Zeitschriften) für die ukrainische Volksgemeinschaft übernimmt.

Die ausschließliche Leitung dieses Verlages muß der ukrainischen Volksgemeinschaft vorbehalten bleiben.

VII. Jugendorganisation

Zum Zwecke der körperlichen Ertüchtigung und Ausbildung der ukrainischen Jugend wird eine allgemeine ukrainische Jugendorganisation errichtet. Alle ukrainischen Sportanstalten und Sportvereine werden ihr unterstellt. Ihre Tätigkeit wird von der ukrainischen Volksgemeinschaft überwacht.

VIII. Vereinswesen

Hunderterte von ukrainischen Vereinen (mit ihren Zentralen in Lemberg und Tausenden von Zweigstellen) haben unter dem bolschewistischen Regime ihre Tätigkeit einstellen müssen.

In der neuen Lage besteht eine dringende Notwendigkeit, die wichtigsten unter ihnen ins Leben zu rufen. Es sind folgende Vereine zu reaktivieren:

1. Der Volksbildungsverein "Proswita" mit der Zentrale in Lemberg (1868 gegründet, trotz Verfolgungen der polnischen Machthaber besaß er im ganzen Lande über 4000 Ortsvereine) und in seinem Rahmen:

- a) das im XVI. Jh. gegründete Stauropygische Institut in Lemberg,
- b) die ebenfalls aus dem XVI. Jh. stammende "Ostrozka Fondacija",
(Ostroskyj-Stiftung) in Tarnopol,
- c) Katschkowski-Verein (Towarystwo Katschkowskoho)
- d) Verein "Ridna Schkola".

2. Die Schewtschenko-Gesellschaft der Wissenschaften in Lemberg (1873 gegrün-

det) mit der größten ukrainischen Bibliothek, Museen, Instituten, welche durch ihre wissenschaftliche Tätigkeit einen in der wissenschaftlichen Welt allgemein-bekanntesten Namen erworben hat. In ihrem Rahmen - das 1848 aus Spenden des gesamten Volkes gegründete Institut "Narodnyj Dim", welches durch polnische Machenschaften an einen Personenkreis abgegeben wurde, der dem Ukrainertum feindlich war.

3. Der Verein "Silskyj Hospodar" (Der Landwirt) in Lemberg, der sich zum Ziel die Hebung der landwirtschaftlichen Kultur setzte.

Das Vermögen der anderen Vereine ist an die Ukrainische Volksgemeinschaft zu übergeben.

IX. Wirtschaftliche Bedürfnisse

Trotz aller Unterdrückungsversuche des polnischen Staates, welche das Wirtschaftsleben des ukrainischen Volkes hemmen sollten, war unsere Wirtschaft in anhaltendem Aufschwung begriffen. Auf dem Gebiete des Genossenschaftswesens hatte das Ukrainertum eine führende Rolle inne. Das ist umso bemerkenswerter, als es im härtesten wirtschaftlichen und politischen Kampfe errungen werden mußte. Dies beweist eine bedeutende wirtschaftliche Potenz der ukrainischen Volksgruppe.

Es ist daher unser Wunsch, für diese Potenz im neuen Aufbauwerk des Generalgouvernements bei den deutschen Behörden die vollste Anerkennung zu finden. Durch eine allseitige Förderung der wirtschaftlichen Initiative wären dieser Potenz neue Möglichkeiten zu gewähren. Die Förderung ist umso erforderlicher, da das Sowjetregime alle materiellen Errungenschaften der ukrainischen Wirtschaft vernichtet hat, indem es jede wirtschaftliche Betätigung verstaatlichte. Die Wiedergutmachung aller Schäden, welche die Sowjetherrschaft der ukrainischen Wirtschaft zugefügt hat, ist ein dringendes Erfordernis des ukrainischen Lebens und Voraussetzung für das Gedeihen der ukrainischen Wirtschaft.

Insbesondere werden folgende Maßnahmen als dringend erachtet:

1. Die Rückerstattung an ukrainische Volkszugehörige, ukrainische Institutionen und an die ukrainische Kirche des ihnen unter der Sowjetherrschaft enteigneten Vermögens (Liegenschaften, gewerbliche Unternehmungen aller Art) und sonstige Sachwerte, welche durch Maßnahmen des bolschewistischen Re-

gimes ihnen verloren gegangen sind.

2. In Fällen, wo diese Rückerstattung unmöglich geworden ist, soll den Geschädigten volle Entschädigung gewährt werden.

3. Mit Rücksicht darauf, daß das gesamte jüdische Vermögen ursprünglich dem überwiegenden Teile des ukrainischen Volkes gehörte und nur durch den rücksichtslosen Rechtsbruch seitens der Juden und durch ihre Ausbeutung der ukrainischen Volksangehörigen in jüdischen Besitz übergegangen war, erachten wir es als Gebot der Gerechtigkeit, um moralische und materielle Schäden am ukrainischen Volke wiedergutzumachen, daß ein sehr bedeutender Teil des beschlagnahmten jüdischen Vermögens dem ukrainischen Volke wiederum übergeben wird. Insbesondere soll der gesamte jüdische Grundbesitz an ukrainische Bauern abgegeben werden.

4. Der gesamte Großgrundbesitz in Galizien soll unter staatlicher Aufsicht als Bodenreservoir für künftige Bodenreformen zu Gunsten des ukrainischen Bauerntums aufrechterhalten werden.

5. Durch entsprechende Maßnahmen wird die Überführung des Vermögens der staatlichen Genossenschaften, welche durch Verstaatlichung der ehemals selbständigen ukrainischen Genossenschaften entstanden sind, an bereits wiederhergestellte ukrainische Genossenschaften gesichert.

6. Zur Finanzierung der ukrainischen Wirtschaftsinitiative werden durch staatliche Zuschüsse ukrainische Agrar-, Handels- und Industrie-, Genossenschafts- und Kommunalbanken gebildet.

7. Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse, sowie Löhne und Gehälter in Galizien werden denen im GG gleichgestellt.

Schl u ß b e m e r k u n g

Zum Schluß gestatten wir uns ganz besonders darauf hinzuweisen, daß die Lage in Galizien, welche durch Lockerung aller Beziehungen infolge der nivellierenden Wirkung der Sowjetherrschaft und infolge der Kriegereignisse gekennzeichnet wird, ein sofortiges Eingreifen der deutschen maßgebenden Stellen im Sinne der in dieser Denkschrift hervorgehobenen Bedürfnisse erfordert. Besonders dringend ist die Bildung der gesetzlichen Rahmen für das ukrainische Leben auf der

Grundlage der ukrainischen Volksgemeinschaft, damit die ukrainische Führung die Möglichkeit bekommt, auch ihrerseits einzugreifen und die Lage unter den Gesichtspunkten der deutsch-ukrainischen Mitarbeit zu meistern.

Anlage

Aufbau der Ukrainischen Volksgemeinschaft im Generalgouvernement

I.

Die Ukrainische Volksgemeinschaft im Generalgouvernement ist die Sprecherin und Betreuerin der Belange der ukrainischen Volksgruppe im Generalgouvernement. Sie umfaßt die gesamte ukrainische Bevölkerung des Generalgouvernements. Sie ist die alleinige und ausschließliche Vertreterin der ukrainischen Volksgruppe und der ukrainischen Volksangehörigen im Generalgouvernement vor den Staatsbehörden in allen Angelegenheiten des völkischen Daseins und vor allem in kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Angelegenheiten.

Die Ukrainische Volksgemeinschaft ist eine Körperschaft im Sinne des öffentlichen Rechts.

Zum Wirkungsbereich der Ukrainischen Volksgemeinschaft gehört insbesondere:

1. Schutz und Pflege der ukrainischen Kultur, Kunst und Wissenschaft; Gründung und Erhaltung der Museen, wissenschaftlichen Gesellschaften, Bibliotheken, Theater, Chöre, Sängervereine, Musikinstitute, Ausstellungen, Filmproduktion, Lichtspiele, Konzerte; Schutz der historischen Denkmäler.
2. Ausschließlicher Verlag und Druck von Büchern, Zeitungen, Zeitschriften, Bildern, Karten und sonstigen Druckschriften für die ukrainische Volksgruppe.
3. Planung über den Aufbau des Schulwesens für das ukrainische Volk und Vorlage der Unterrichtspläne an die zuständigen staatlichen Behörden, insbeson-

dere Vorlage der Pläne über Unterricht der ukrainischen Sprache, Literatur, Geschichte, Volks- und Landkunde, Gründung und Erhaltung der ukrainischen privaten Lehranstalten.

4. Vorschläge über die Ernennung von Lehrkräften, Schulleitern und Schulinspektoren in Volks-, Mittel- und Berufsschulen und über die Besetzung der Lehrstühle an den Hochschulen sowie über die Ernennung von Rektoren.
5. Sorgen für die berufliche Umschulung der ukrainischen Volksangehörigen und Veranstaltung von Fachkursen.
6. Sorgen für kulturelle und nationale Aufklärung der ukrainischen Volksgruppe, Gründung der Volksbildungsvereine und Überwachung ihrer Tätigkeit.
7. Erziehung der ukrainischen Jugend, Sorgen für ihre körperliche Ertüchtigung, Führung der Jugendorganisationen, Vorschulbildung und Vorschul-erziehung, Führung der Kinderheime, Kindergärten, Kinder- und Jugendbüchereien, Gründung und Führung von Sportanstalten.

Punkte 8 und 9 sind unleserlich.

10. Sorgen für verwaltungstechnische Ausbildung der ukrainischen Kräfte für staatliche Verwaltung und Mitarbeit mit staatlichen Organen betreffs Besetzung des Verwaltungsapparates.
11. Soziale Fürsorge und Gesundheitswesen, Schutz des Kindes und der Mutter.
12. Zum Zwecke der Förderung des organischen Aufbaus der ukrainischen Volksgruppe bilden sich innerhalb der Ukrainischen Volksgemeinschaft unter der Leitung ihrer führenden Organe Berufsverbände: Verband der Bauern, der Arbeiter, der Landarbeiter, der Handwerker, der Kaufleute und Industriellen, der Berufssintelligenz, der Priester. Die Stellung der Berufsverbände innerhalb der Ukrainischen Volksgemeinschaft und ihre Form bestimmt die Ordnungsvorschrift.
13. Zur zielsicheren Durchführung der Aufgaben der Gemeinschaft werden von ihrer Führung je nach der Art der Aufgaben entsprechende Komitees, Sektionen und Vereine ins Leben gerufen.

II.

Der Ukrainischen Volksgemeinschaft gehört als Mitglied jeder erwachsene (voll-jährige) Volksgenosse beiderlei Geschlechts an. Wegen mangelhafter Führung kann einem Volksgenossen der Beitritt zur Gemeinschaft verwehrt werden, bzw. kann das Mitglied aus der Gemeinschaft ausgeschlossen werden.

Das nähere Verfahren über Aufnahme und Ausschluß, die Pflichten, Rechte, Aufgabenkreis der Mitglieder und ihre Stellung in der Gemeinschaft werden durch die Ordnungsvorschrift geregelt.

Die Mitglieder erhalten als Zeichen ihrer Angehörigkeit zu der Ukrainischen Volksgemeinschaft eine ukrainische Kennkarte.

III.

Die Verwaltung der Ukrainischen Volksgemeinschaft

An der Spitze der Ukrainischen Volksgemeinschaft steht der Führer der Gemeinschaft mit dem Zentralausschuß - als seinem beratenden Körper.

Die Ukrainische Volksgemeinschaft gliedert sich in die Kreis-, Stadt-, Gemeinde- und Ortsgemeinschaften mit den Kreis-, Stadt-, Gemeinde- und Ortsleitern (und mit entsprechenden Ausschüssen). Die Leiter werden vom Führer ernannt.

Die Beziehungen unter den leitenden Organen sowie der Aufgabenkreis der im I, 13 angeführten Organe werden näher in der Ordnungsvorschrift geregelt.

IV.

Die Finanzierung der Organisation der Ukrainischen Volksgemeinschaft

Die Einnahmen der Volksgemeinschaft bestehen aus:

1. der allgemeinen Nationalsteuer,
2. Staats- und Gemeindegeldern,
3. außerordentlichen Mitgliedsbeiträgen, die für besondere Zwecke erhoben werden können,

4. sonstigen Zuschüssen und Spenden. Einkommen aus Unternehmungen.
Die Ausgaben werden durch einen alljährlichen Haushaltsplan geregelt.

LISTE

der Untergrundpresse der OUN-R während der deutschen
Besetzung

gekürzt nach der Bibliographie von Prof. Lev Šankovskij
in Philadelphia - USA)

1. "Idea i Čyn" (Idee und Tat). Herausgegeben vom "Provid OUN" (Führung der Organisation Ukrainischer Nationalisten) in einer Auflage von 20 000 Exemplaren. Erschien vierteljährlich. Größe 187,5 x 271,8 mm. Die Zeitung wurde gedruckt und gab im Text Holzschnitte wieder. Ihre Richtung war ideologisch-politisch. Die erste Nummer erschien im November 1942. Unter der deutschen Besetzung erfolgten sieben Ausgaben von "Idea i Čyn". Die Ausgaben 8 - 10 wurden unter sowjetischer Besetzung veröffentlicht.¹⁾ Die letzte Nummer von "Idea i Čyn" wurde in Deutschland als Neudruck herausgegeben.²⁾

"Idea i Čyn" wie auch die Mehrzahl der anderen ukrainischen Untergrund-Zeitungen erschienen in der Druckerei "Praha", der größten Untergrund-Druckerei der Westukraine. Sie überlebte die deutsche Besetzung und fiel im Winter 1945/46 in die Hände der Bolschewisten. Die Druckerei

-
- 1) Sie werden beschrieben von L. Šankovskij in dem Buch "UPA und ihre Untergrund-Literatur", das in ukrainischer Sprache 1952 in Philadelphia USA erschienen ist.
- 2) Das Original hatte 72, der Neudruck 102 Seiten. Der Neudruck kann durch den Verlag "Ukraine von heute", München 2, Karlsplatz 8/III zur Verfügung gestellt werden.

war mit modernen Maschinen ausgerüstet, die auch einen Farbendruck ermöglichten. Sie war in einem mit Wald bedeckten Berg eingebaut. Man konnte nur zu Wasser, in einem Fischerboot in die Druckerei gelangen. Ein zweiter Eingang war nur für den Vorratsnachschub. Es gab dann noch einen dritten Eingang, der aber nur im Notfall zu benutzen war und zuerst gesprengt werden mußte. Niemand weiß, wie es den Sowjets möglich war, dieses Meisterstück der Untergrundorganisation zu entdecken. Es wird vermutet, daß jemand unter Folterung die ungefähre Lage verraten hat. Der genaue Platz wurde dann wahrscheinlich mit technischen Mitteln herausgefunden.

Die Bezeichnung "Praha" kam von der Inschrift: Druckerei PRAHA, NUSLE XVII, die auf allen Papieren und Veröffentlichungen dieser Druckerei stand. Diese Inschrift hatte die deutsche Polizei manchmal irreführt, da sie dachte, es handle sich um eine erlaubte ukrainische Veröffentlichung aus dem "Protektorat".

2. "Бюлетен". Herausgegeben von der OUN in der West-Ukraine, erschien monatlich als gedruckte Zeitung von verschiedener Größe. Sie war illustriert und eigentlich populär gestaltet. Das "Бюлетен" war ebenfalls von der Druckerei "Praha" veröffentlicht. Die erste Nummer erschien im Januar 1942, die letzte im Januar 1944. Auflage: 16 000 Exemplare. Insgesamt waren 12 Nummern erschienen, 1 - 10 im Jahre 1942, 11 im Jahre 1943 und 12 - 1944. Anstelle des "Бюлетен" erschien die Zeitung "Samostijnyk" (Der Unabhängige) mit einer Größe von 25 x 37,5 cm und 4-6 Seiten.
3. "Samostijnyk" (Der Unabhängige). Es war ebenfalls eine populäre Zeitung, die im Dezember 1943 zum ersten Mal erschien und monatlich zweimal bis Juni 1944. Insgesamt waren es 13 Nummern. Auf der ersten Seite befand sich gewöhnlich ein Leitartikel, auf der zweiten wurden Artikel über aktuelle Probleme gebracht oder Kommentare, auf den 3. - 4. Seiten eine Chronik des deutschen oder polnischen Terrors in der Ukraine, Nachrichten von der Front der UPA (Ukrainische Aufständische Armee) und aus dem Auslande. Manchmal war der Text illustriert und es waren auch literarische Beiträge (Gedichte, Erzählungen, Satyren) eingeschlossen. Die Zeitung wurde auf gutem Papier von der Druckerei "Dmytro Orlyk" veröffentlicht.
4. "Za ukraïnsku deržavu" (Für den ukrainischen Staat). Wurde von der OUN in der Druckerei "E. Legenda" 1942-43 als Magazin, 1944-45

als Zeitung in einer Größe von 23 x 32,5 cm hergestellt. Ihre Veröffentlichung wurde unter der bolschewistischen Besetzung fortgesetzt. Nr. 4 erschien in der zweiten Hälfte 1944, die Nr. 5-6, 7-8, 9-10 im Jahre 1945.¹⁾ Die letzte Nummer (9-10) hatte 10 gedruckte und illustrierte Seiten und wurde im Mai 1945 herausgegeben. Im Juni fiel die Druckerei, in der "Za ukrainsku derZavu" hergestellt wurde, in bolschewistische Hände. Sie war die zweitgrößte Untergrunddruckerei in der West-Ukraine.

5. "Visnyk ukrainskoi informacijnoi služby" (Nachrichtenblatt des ukrainischen Informationsdienstes. Es erschien vervielfältigt in einer Auflage von 500 Exemplaren und war nur zur Information der obersten Führer der OUN bestimmt. Es erhielten es nur die Führer ersten und zweiten Ranges.²⁾ Die anderen erhielten nur Auszüge. Das Blatt hatte eine Größe von 20 x 30 cm. Die Nr. 1-6 erschienen im Jahre 1942, die letzte Nr. (16) im Jahre 1943. "Visnyk informacijnoi služby" ist eine wertvolle Quelle für die ukrainische Politik unter der deutschen Besetzung. Er enthält Berichte aus erster Hand aus allen Teilen der Ukraine und gibt objektive und wertvolle Informationen über die Tatsachen. Leider sind in den Archiven im Exil nur wenige Exemplare vorhanden.

1) Sie werden ebenfalls in dem Buch "UPA und ihre Untergrund-Literatur" beschrieben.

2) Führer ersten Ranges waren die Mitglieder der obersten Führung des sog. Direktoriums und die Führer der einzelnen Abteilungen der Zentralen Führung der OUN. Die Führer zweiten Ranges waren die Provinzführer und ihre Abteilungsleiter. Führer dritten Ranges waren die regionalen Führer. Diese Unterteilung entsprach der territorialen Aufgliederung der Ukrainischen SSR; sie ist geteilt in "oblasti" (Gebiete, Provinzen) und diese wiederum in "rajony" (Regionen). Jedes Dorf hatte eine Untergrund - "stanycja" (Wache, Posten) mit "stanyčnyj" an der Spitze. Die Mitglieder waren in "zveno" (Gruppen) von 3-5 Mann organisiert. Mehrere "stanycja" bildeten eine "kušč" (Strauch) mit "kuščovyj" an der Spitze. Diese "kušč" einer Verwaltungsregion bildeten eine OUN-"Region" unter dem "rajonovyj providnyk" (Regionsführer) mit seinem Stab, der den dritten Organisations-Rang im Schema der OUN-R bildete.

6. Informations-Bulletins des Ukrainischen Informations-Dienstes. Es erschienen mehrere Bulletins unter verschiedenen Namen, alle im Umfange von gewöhnlich 4 Seiten. Es ist unmöglich, sie alle anzuführen. Die besten Veröffentlichungen waren:
- a) "Informacijnyj lystok" (Informationsblatt), das 1942 und 1943 alle 14 Tage erschien.
 - b) "Informator" wurde von der OUN-R in der Nordwest-Ukraine herausgegeben und ab der zweiten Hälfte 1943 vom Hauptquartier der Ukrainischen Aufständischen Armee mit 4 Seiten Umfang und einer Größe von 15 x 20 cm. Es trug das Wappen der OUN-R auf der Titelseite, als es von der OUN-R publiziert wurde und den "Trysub" als es das Hauptquartier der Ukrainischen Aufständischen Armee veröffentlichte. Insgesamt sind 30 Nummern des "Informator" erschienen. Auflage: 30-50 000 Exemplare.
 - c) "Visti" (Nachrichten). Wurde von dem UIS (Ukrainischer Informationsdienst) in einer Größe von 15 x 23 cm herausgegeben. Die erste Nummer erschien am 1. April 1944 mit einem Umfang von 20 Seiten. Im Juni 1944 folgte noch eine zweite Nummer dieses ausgezeichneten Bulletins, Mit dem Wechsel der Besatzungsarmeen wurde die Herausgabe jedoch abgebrochen. Auflage: 15 000 Exemplare.
7. Publikationen der ukrainischen Jugend. Es gab ihrer eine ganze Reihe und es ist unmöglich sie alle aufzuzählen. Es wurde großer Nachdruck auf das Erscheinen dieser Schriften gelegt und fast alle Druckereien druckten die Bücher, Broschüren und Flugschriften, um sie unter die ukrainische Jugend zu verteilen. Diese Tätigkeit war in der Zentral- und Ostukraine besonders stark. Unter diesen Schriften für die Jugend war eine der besten:
- a) "Prapory ukrainskoi molodi" (Die Banner der ukrainischen Jugend); wurde 1942 und 1943 in der Zentral-Ukraine als Beilage zu der Zeitung "Za samostijnu Ukraïnu" (Für eine unabhängige Ukraine) herausgegeben. Im Exil gibt es keinen Nachdruck dieses Magazins.
Ein anderes gutes Magazin war in Odessa
 - b) "Moloda Ukraïna" (Junge Ukraine). Ebenfalls eine Beilage des in Odessa herausgegebenen Magazins "Der Schwarzmeer-Bote".
 - c) "Junak" (Junge) wurde in der West-Ukraine herausgegeben und in der Druckerei der "Provid junactva" (Führung der ukrainischen Jugend),

"Krater"gedruckt, die die drittgrößte Untergrund-Druckerei der West-Ukraine war. Die Schrift war illustriert und 15 x 21 cm groß. Es kamen im Jahre 1942 9 Nummern heraus, 8 im Jahre 1943 und 6 im Jahre 1944. Auflage: 15 000 Exemplare.

Ab der zweiten November-Hälfte 1944 begannen die Herausgeber des "Junak" eine neue Veröffentlichung für die Jugend: " V i s t i d l j a j u n a c t v a " (Nachrichten für die Jugend). Dies war ein gedrucktes Magazin von 16 x 22 cm Größe mit gewöhnlich 6 Seiten Umfang. Es erschien alle 14 Tage und brachte Nachrichten sowie kurze Artikel.

8. Publikationen der Ukrainischen Aufständischen Armee (UPA):

A. " D o z b r o i " (Zu den Waffen). Veröffentlicht von der politischen Abteilung des Hauptquartiers der UPA und in ihrer Druckerei gedruckt. "Do zbroi" erschien monatlich und war illustriert (oft mit Wiedergaben des UPA-Malers Nil Chasevyč). Die erste Nummer erschien im Juli 1943 mit einem Umfang von 12 Seiten und einer Größe von 17,5 x 27,5 cm. Von dieser Monatszeitung sind noch vier weitere Nummern erschienen. Auflage: 10 000 Exemplare.

B. " V i s t i z f r o n t u U P A " (Nachrichten von der Front der UPA) enthielt Kommuniqués über die Operationen der UPA und wurde in der Druckerei der UPA hergestellt. Die Größe betrug 13,7 x 21,3 cm, der Umfang 4 Seiten. Die Herausgabe wurde während der sowjetischen Besetzung fortgesetzt.

C. " V i l ' n a U k r a i ' n a " (Freie Ukraine) war eine ideologisch-politische Monatsschrift der UPA. Hergestellt in der Druckerei "Poligraftrust Avangard" in einer Größe von 18 x 27,5 cm mit Beilagen in Form von Flugschriften. Die erste Nummer erschien im Februar 1943, die letzte wahrscheinlich (Nr. 9) im Oktober 1943. Auflage: 3000 Exemplare.

D. " U k r a i ' n s ' k y j p e r e c " (Ukrainischer Pfeffer), ein illustriertes humoristisches Magazin in Farbendruck. Jede Nummer umfaßte 12 Seiten und war 16 x 22 cm groß. Die erste und zweite Nummer erschien 1944, die dritte im März 1945, die letzte bekannte Nummer (Nr. 7) stammt aus dem Januar 1947. Im Exil befindet sich nur Nr. 3 und Reproduktionen einiger Karika-

turen, die in das Album "Ukrainische Untergrund-Kunst" aufgenommen wurden, das in Philadelphia durch "Prolog" herausgegeben wurde. Der Text dieses Albums ist zweisprachig, ukrainisch und englisch.

- E. " N a S f r o n t " (Unsere Front), herausgegeben durch die UPA-Gruppe "Pimsta Polissja" (Rache von Polesien) in der Druckerei "Svoboda" (Freiheit) in Kamin-Košyrsk. Größe 18 x 17,5 cm; jede Nummer umfaßte 4 Seiten mit der Beilage "Novynky" (Neuigkeiten) auf zwei Seiten und einer Größe von 15 x 20 cm. Die erste Nummer erschien am 1. Juli 1943, die letzte am 15. Dezember 1943. "Novynky" erschien stets eine Woche später. Es ist nicht bekannt, ob ihre Publikation auch 1944 fortgesetzt wurde.

9. Publikationen in der Zentral- und Ost-Ukraine:

Eine der ältesten ukrainischen Untergrund-Publikationen, die während der deutschen Besetzung erschien, war

- A. " Z a s a m o s t i j n u U k r a i n u " (Für eine unabhängige Ukraine). Sie erschien gedruckt in einer Größe von 28 x 42 cm, irgendwo im Gebiet von Kiev. Sie wurde begründet und herausgegeben von Dmytro Myron-Orlyk. Die erste Nummer erschien 1941, die letzte (Nr. 8) im Jahre 1943. Auflage: 12 000 Exemplare.

Ende 1943 wurde "Za samostijnju Ukrainu" zum Sprachrohr der OUN-R in der Nordwest-Ukraine. Es gab eine Spezial-Ausgabe anlässlich der ersten Konferenz der unterdrückten Völker (21. - 22. November 1943), die von der UPA organisiert worden war und noch eine Ausgabe im Jahre 1944. Ob es noch weitere gab, ist nicht bekannt.

- B. " V i s t i " (Nachrichten) wurde in Dnepropetrovsk gedruckt. 1943 erschienen vier Nummern.
- C. " Č o r n o m o r s k y j V i s n y k " (Schwarzmeer-Bote). Das gedruckte Magazin hatte eine Größe von 15 x 21 cm und erschien 1943 mit 3 Nummern. Alle diese Zeitungen hatten Beilagen für die Jugend.

Daneben gab es viele Bücher, Broschüren, Flugschriften und Flugblätter, Karikaturen, Liederbücher usw., die in den Druckereien der OUN-R und

UPA hergestellt wurden. In der Bibliographie von Lev Šankovskij "Die UPA und ihre Untergrundliteratur" sind allein für die Zeit der sowjetischen Besetzung (1944-50) 21 Zeitschriften angeführt, 60 Bücher und Broschüren, 81 Flugblätter, 21 Holzschnitte usw. Trotz allem sind dabei noch viele nicht berücksichtigt.

ZUSAMMENSETZUNG DES UKRAINISCHEN NATIONALKOMI-
TEES IN KRAKAU

(Begründet am 22. 6. 1941)

Andrijevskij Viktor, Antonovyč Roman, Artymovyč, Bahrjanivskij Mykola, Bazarko Ivan, Bazjak Ivan, Baran Mychajlo, Baran Stepan, Barščivskij Evhen, Bočynskij Volodymyr, Bohun Myran, Bojko Dmytro, Bojčuk Oleks, Boluch Vasyl', Bobrovskij Vasyl', Boršč Lev, Vesolovskij Jarema, Vitošynskij Ivan, Vitkovskij Borys, Vološyn Mychajlo, Voljanskyj Ivan, Vrecjona Evhen, Hajmanivskij, Halibej Mychajlo, Hlynka Lev, Horbačevskij Ivan, Horbovyj Volodymyr, Hrynevyč M., Hrynjoch Ivan, Hrypyšyn Ivan, Hima Ivan, Denysenko Pavlo, Dovhal' Spyrydon, Dubas Lev, Dužyj Mykola, Jevtymovyč Vartallomej, Zahajkevč Volodymyr, Zahrodskij Oleksander, Zeblikevyč Evhen, Ivanys Vasyl', Ivanyčkyj Borys, Il'nyčkyj Roman, Kardačivskij, Karpevyč Bohdan, Karchut Vasyl', Kal'ba Jaroslav, Kačmar Vasyl', Kybaluk Heofit, Kozak Ivan, Kordjuk Bohdan, Korytko Jurij, Kostečkyj Jaroslav, Kostjuk Juljan, Kozur Ivan, Kravciv Bohdan, Krat Mychajlo, Krochmaluk Vasyl', Kužminskij Oleksa, Livyčkyj Mykola, Lysjak Pavlo, Lobovyč Roman, Loguš Omelan, Ludskij Myron, Majivskij M., Majkovskij, Makarenko Andrij.

Martynjuk Andrij, Marunčak Mychajlo, Marčak Roman, Matuševskij Jurij, Mostovyč Mykola, Mudryj Vasyl', Nahajskij Vasyl', Naidko Serhij, Ostrovskij Volodymyr, Ochrymovyč Vasyl, Omeljanovyč-Pavlenko Ivan, Pavlykovskij Juljan, Pavljuk Antin, Palidvor Wasyl', Pelenskyj Zynovij, Postoljuk Petro, Prychodko Volodymyr, Ravlyk Ivan, Rak Jaroslav, Ryževskij Vasyl', Roščynskij Petro, Skočdopyl, Sovenko-Skrypnyk Stepan, Staruch Bohdan, Staruch Jaroslav, Tatomyr, Tymcjurak Volodymyr, Tomošyvskyj,

Trochymenko Klym Turčmanovyč Mychajlo, Chraplyvyj Evhen, Chronovjat Mychajlo, Genko Mykola, Čajkivskvj Iarjon, Čykalenko Lev, Čyževskij Mykola, Šemet Bohdan, Šeparovyč Juljan, Škurat Petro, Ševčenko Volodymyr, Šuচেvyč Stepan, Jakovliv Andrij, Janiv Volodymyr, Jaremko Ivan, Makaruška Ljubomyr, Malužynskyj Mykola.

(Diese Namen sind der Broschüre von Osyp Mstyslavec, "Pid čužymy praporamy", New York, 1946, entnommen.)

GEORG LEIBBRANDT - SEIN POLITISCHER LEBENSLAUF

Dr. Georg Leibbrandt, geb. 5.9.1899 in Hoffnungsfeld bei Odessa. Nach dem Besuch der Volksschule und Zentralschule in Hoffnungstal, Humanistisches Gymnasium in Dorpat. Abitur 1919 in Odessa. Studium in Deutschland, Geschichte, Volkswirtschaft, Philosophie und Völkerrecht. Promotion zum Dr. phil., Assistent am Institut für Kultur- und Universalgeschichte an der Universität Leipzig. Forschungsauftrag der Notgemeinschaft der Deutschen Wissenschaft über das Deutschtum und die Völker der Sowjetunion, sowie Forschungsauftrag der Rockefeller-Stiftung in USA, Canada und Genf. Vervollständigung seiner Kenntnisse in Völkerrecht und Völkerbeziehungen auch in Paris und London. Leiter der Ostabteilung im Außenpolitischen Amt, dabei auch Lehrauftrag an der Universität Berlin über die Geschichte der völkischen Bewegungen in Osteuropa.

Seit Gründung des Reichsministeriums für die besetzten Ostgebiete 1941 Hauptabteilungsleiter und Ministerialdirektor.

Veröffentlichungen: "Auswanderung aus Schwaben nach Rußland".
"Sammlung Georg Leibbrandt" (Quellen und Materialien zur Erforschung des Deutschtums in Osteuropa)
Schriftenreihe "Bolschewismus".
Schriftenreihe "Bücherei des Ostraumes", darin unter anderem Bände:
"Die Völker des Ostraumes," "Ukraine," "Kaukasien".
Herausgeber der "Weltpolitischen Bücherei"
Herausgeber von "Europa und der Osten".
Herausgeber des "Archiv für Außenpolitik und Länderkunde".

Bezüglich der Ostprobleme vertritt Dr. Leibbrandt die Konzeption, daß die

Völker des Ostens das Recht auf Selbstbestimmung und Eigenstaatlichkeit haben. Bei aller Würdigung der Leistungen des russischen Volkes, wie z. B. auf kulturellem und kolonialisatorischem Gebiet besteht kein Grund für die dauernde Beherrschung der anderen Völker der Sowjetunion gegen ihren Willen durch den Moskauer Staat. Leibbrandt trat in Wort und Schrift, sowie vor allem in seiner praktischen politischen Arbeit für die Befreiung der Völker des Ostraumes von der Moskauer Gewaltherrschaft und für ihre Eigenstaatlichkeit ein. Insbesondere sollen außer den baltischen Völkern die Ukraine, der Kaukasus, Weißruthenien und Turkestan ihre staatliche Selbständigkeit erhalten. Die Schaffung eines Systems von osteuropäischen Nationalstaaten müsse auf der Grundlage der historischen, wirtschaftlichen, geographischen und ethnographischen Gegebenheiten durchgeführt werden.

Nach Ausbruch des Krieges mit der Sowjetunion 1941 versuchte er als Leiter der Hauptabteilung Politik im Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete seine politische Konzeption in die Wirklichkeit umzusetzen; nach der Beseitigung des bolschewistischen Systems eine möglichst baldige Überführung der Völker Osteuropas auf dem Wege der Selbstverwaltung in staatliche Selbständigkeit mit voller Souveränität. Dabei müsse Deutschland mit diesen Staaten, sowie mit einem nationalen Rußland Bündnisverträge schließen, die ein freundschaftliches Verhältnis zu Deutschland auf die Dauer zu sichern hätten. Nach seiner Auffassung sind die Völker des Ostens nicht als Objekte einer wirtschaftlichen Ausbeutung, sondern als Subjekte der Politik bei der Neugestaltung des europäischen Ostens zu betrachten und entsprechend als politische Ordnungsfaktoren zu werten.

Wegen dieser seiner grundsätzlichen Einstellung zu den Ostvölkern, die nicht als "Untermenschen", sondern als Bundesgenossen zu behandeln sind, geriet er in scharfen Gegensatz zu der damaligen offiziellen Politik des Reiches, insbesondere zum Reichskommissar für die Ukraine, Koch, und ist 1943 von seinem Amt ausgeschieden.

BEMERKUNGEN ZUM WIENER SCHIEDSSPRUCH ¹⁾

I. Als Fachmann für Südosteuropafragen, insbesondere für das Volkstum, wurde ich im Herbst 1938 über amtliche Stellen gefragt, ob ich bereit sei, die kartenmäßigen Grundlagen für eine neue Grenzziehung zwischen Ungarn und die Slowakei zu erstellen. Die Anfrage kam an mich über den Volksgruppenführer der Karpatendeutschen, Karmasin, dem Göring gesprächsweise gesagt hatte, er könne seinen Einfluß dafür geltend machen, daß die Slowakei durch die ungarischen Revisionsforderungen nicht zu stark verkleinert würde, wenn die Slowaken den Ungarn selbst diskutierbare Grenzen anbieten würden. Durch Vermittlung des Berliner Instituts für Völkerrecht wurde die Verbindung zu dem Referenten im Auswärtigen Amt, Leg. Rat Altenburg, hergestellt, dem die Arbeitsergebnisse für seine Vorbereitungen zum Wiener Schiedsspruch zur Verfügung stehen sollten. Bei meinen Arbeiten unterstützte mich eine Berliner Studentengruppe.

Parallel dazu arbeitete auch ORR. Dr. Essen aus der Minderheitenabteilung des Reichsministeriums an Teilfragen der gleichen Aufgabe.

II. Mein grundsätzlicher Standpunkt war dabei, daß meine Arbeiten einzig und allein die volkstumsmäßige Abgrenzung zwischen Madjaren einerseits, Slowaken und Karpathenruthenen andererseits klären sollten. Ich war weiterhin der Auffassung, daß die Volkstums Grenzen im wesentlichen die Grundlage für die politische Grenzziehung abgeben könnten. Die Gründe dafür waren folgende: a) Bei der gegebenen Machtlage würden nicht nur keinerlei außenpolitische Konflikte zwischen den Völkern Südostmitteleuropas in der Folgezeit eintreten, sondern es würde sogar bei der fortschreitenden wirtschaftlichen Integration zu einer verhältnismäßig engen Zusammenarbeit zwischen ihnen kommen. b) Da seit 1918 die Periode der Grenzziehung nach imperialen, übervölkischen Gesichtspunkten zu Ende gegangen sei, müßten wir Deutsche diesen Grundsatz der Volkstums Grenze, den wir für uns selbst beanspruchten, auch auf die Nachbarvölker anwenden. Bei dieser Betrachtung mußte Ungarn als Restgebilde der alten imperialen Auffassung gelten, zwar nicht im Hinblick auf seinen gegebenen Gebietsstand, jedoch auf seine verhältnismäßig weitgehenden Revisionswünsche.

Dementsprechend wurden im Laufe der vorbereitenden Arbeiten alle Volkszählungen in den strittigen Gebieten sowohl unter ungarischer Herrschaft (1880, 1900, 1910) als auch während der tschechoslowakischen Periode (1920-1930) genau durchgearbeitet. Für viele Gemeinden zeigten die von Jahrzehnt zu Jahrzehnt

1) Ergänzende Bemerkungen von Dr. H. Klocke zum Band I dieser Arbeit

wechselnden Angaben über die Volkszugehörigkeit, daß diese außerordentlich stark von der politischen Gesamtlage und nur in geringem Grade von der ethnischen Zugehörigkeit oder dem individuellen Bekenntnis abhängig waren. Die Madjarisierungspolitik und die Assimilierungsfähigkeit des Madjarentums kam in den Angaben von 1880 - 1910 eindeutig zum Ausdruck.

Hinzu kam noch der weitere Tatbestand, daß in den strittigen Gebieten, insbesondere auf der geographischen Trennungslinie zwischen Hügel- und Tiefland in Marktgemeinden und Städten ein sehr hoher Anteil jüdischer Bevölkerung vorhanden war. In der Periode von 1918 hatte sich dieser Bevölkerungsanteil, der überdies noch starken Wanderungsbewegungen unterworfen war, zum Madjarentum bekannt. Die ungarischen Ansprüche, die auf das damalige Bekenntnis einer dritten Bevölkerungsgruppe zwischen Madjaren und Slowaken gegründet waren, mußten auf jeden Fall kritisch überprüft werden. - Ich führe diese Auffassung hier in dieser Breite an, weil ich glaube, daß sie in jenen Jahren von vielen Deutschen geteilt wurde, die eine Ordnung Mitteleuropas nach den 14 Punkten Wilsons nach der Zerschlagung der überbevölkerten Großstaaten für möglich hielten.

III. Nach diesen vorbereitenden Arbeiten versuchte ich bei einem kurzen Aufenthalt in Preßburg noch weiteres Material zur Klärung dieser Fragen zu erhalten. Nach meiner Rückkehr nach Berlin wurde ich völlig unerwartet zu dem SS-Obergruppenführer Heydrich gerufen. Ich war weder Partei- noch SS-Angehöriger. Nach einem längeren sachlichen Bericht, der nur von wenigen Zwischenfragen unterbrochen wurde, war die Unterredung beendet. Eine mir aus an sich zuverlässiger Quelle zugeleitete Nachricht, meine Tätigkeit im Sinne einer Berechtigung der erhobenen madjarischen Revisionsansprüche sei als eine Durchkreuzung der amtlichen außenpolitischen Linie aufgefaßt worden, und aus diesem Grunde sei ich zu Heydrich gerufen worden, konnte ich nicht überprüfen.

IV. Als die deutsche Delegation zu den Verhandlungen nach Wien fuhr, war das zusammengefaßte Ergebnis meiner vorbereitenden Arbeiten in der Hand von Legationsrat Altenburg. Ich selbst blieb mit dem Einzelmaterial zu Auskünften zur Verfügung. Im Laufe der Verhandlungen zeigte sich plötzlich, daß von italienischer Seite zugunsten der Ungarn große Gebiete mit slowakischer Bevölkerung bei Neuhäusl gefordert und von deutscher Seite auch zugestanden worden waren. Diese Tatsache stand genau so im Gegensatz zu einer Abgrenzung nach den Gesichtspunkten des Volkstums wie die Anerkennung der ungarischen Ansprüche auf Munkatsch und Uzhhorod. Ich glaube, daß so-

wohl von Gesandtschaftsrat Altenburg wie vom deutschen Geschäftsträger in Prag, Botschaftsrat Hencke versucht wurde, diese Grenzziehung abzuändern. Besonders stark war das Bemühen, die Rückgliederung deutscher Gemeinden in den strittigen Gebieten an Ungarn zu verhindern, weil man die Entvolkungs- politik Budapests gegenüber der deutschen Volksgruppe in den letzten Jahren deutlich feststellen konnte und nicht wünschte, daß weitere Volksdeutsche in Zukunft diesem Druck ausgesetzt würden. Den vereinten Bemühungen gelang es dann wenigstens zu erreichen, daß die Unterzips und die Schütt-Insel nicht von der Slowakei abgetrennt wurden.

Da mir gesagt wurde, daß man vielleicht noch versuchen könne, einen Einfluß auf Ribbentrop auszuüben, die Volkstumsgrundlagen für die Grenzziehung anzuerkennen, wenn man Seyß-Inquart bewegen könne, mit Ribbentrop zu sprechen, nahm ich den mir angebotenen Weg an. S. -I. ließ sich von mir noch einmal die ganze Lage, d. h. das Ergebnis von meinen Arbeiten und meine Auffassung vortragen, äußerte eindeutig und bestimmt, daß er nur einen Schieds- spruch auf dieser Grundlage für vertretbar halte. Er sagte zu, daß er sofort mit R. sprechen werde, fügte jedoch hinzu, daß der Außenminister derar- tige Volkstumsfragen nicht für konstitutive Elemente der Außenpolitik erach- te, sondern ihn, wenn er auch diese Fragen aus seiner volksdeutschen Herkunft genau kenne, als einen "Romantiker" betrachte. Seyß-Inquart ging dabei sowohl von der Vorstellung aus, daß man grundsätzlich im südöstlichen Mit- teleuropa - soweit die Verzahnung der Siedlungsgebiete der einzelnen Völker dies zulasse - politische Grenzen durch das Volkstum bestimmen müsse, als auch von der außenpolitischen Vorstellung, daß sich das Deut- sche Reich durch einen politisch-militärischen Zugriff Ungarns auf die Karpatenukraine stören lassen dürfe. Seyß-Inquart sprach in der Tat sofort mit Ribbentrop und unterrichtete mich anschließend recht impulsiv von dem Ergebnis. Die Unterredung war genau so ausgegangen, wie er voraus- gesagt hatte.

V. Das abschließende Presseprotokoll über den Schiedsspruch wurde auf Grund der uns zugeleiteten Kartenunterlagen und einiger grundsätzlicher Einführungs- worte dann von Gesandtschaftsrat Hencke und mir formuliert. Es war eine beson- ders unangenehme Aufgabe, das Ergebnis des Schiedsspruchs in einen positiven Zusammenhang mit dem Grundsatz gerechter Volkstumsgrenzen bringen zu müs- sen, da man diesen Zusammenhang von den sachlichen Gegebenheiten her glaub- te weitgehend verneinen zu müssen.

B I B L I O G R A P H I E

(Es werden nur jene Titel angeführt, die zusätzlich zur Bibliographie des 1. Bandes verwendet wurden.)

I. UNGEDRUCKTE QUELLEN

1. Orlovyc', Volodymyr: Polityčna dopovid' vyhološena na I. Velykomu Zbori Ukraïnskoï Holovnoi' Vyzvol' noi' Rady (UHVR) v červni 1944 r. (Politischer Vortrag zur I. Großen Versammlung des Ukrainischen Hauptbefreiungsrates (UHVR) im Juni 1944).

II. GEDRUCKTE QUELLEN

- Conspiracy: Nazi Conspiracy and Agression. Wahington 1947. 8 Bde., 2 Ergänzungsbände.
- Oshanizacija: OUN v svitli postanov Velykykh Zboriv, Konferencij ta inšych dokumentiv z borot'by 1929-1955. (Die OUN im Lichte der Beschlüsse der großen Versammlungen, Konferenzen und anderen Dokumenten aus den Kampfjahren 1929-1955.) Dokumentensammlung 1955.
- Postanovy: Postanovy II i III konferencij OUN samostijnjykyv-deržavnykyv, 1942. Pidpil'na brošura z 1943 r. (Beschlüsse der II. und III. OUN-Konferenzen.)
- Trials: Trials of War Griminals before the Nuernberg Military Tribunals. 15 Bde. Nürnberg 1946-49.

III. LITERATUR

1. Armstrong, John A.: Ukrainian Nationalism 1939-1945. New York 1955.
2. Bojko, Jurij: Problemy istoriozofii' ukraïnskoho nacionalizmu. Ny ČuŽyni 1950. (Probleme der Historiosophie des ukrainischen Nationalismus. Im Ausland 1950.)
3. Bojko, Jurij: U sjajvi našoho Kyeva. "Ukraïnske Slovo" u Kyevi v 1941 r. Na ČuŽyni 1955. (Im Abglanz unseres Kiev.)
4. Borot'ba: U borot'bi za volu-pid bojovymy praporamy UPA. Peredruk Krajovoho vydannia. Augsburg 1949 (Im Kampfe für die Freiheit - Unter den Fahnen der UPA.)
5. Borschak, Elie: Le III^{ème} Reich et l'Ukraine 1939-1945. Bulletin de l'Association d'études et d'informations politiques internationales. Supplément du No. 50. 1-15 juillet 1951.
6. Brandt, Karl: Management of agriculture and food in the German-occupied and other areas of fortress Europe. A study in military government. Stanford 1953.
7. Bulba-Boroveč, Taras: Zbrojny borot'ba Ukraïny (1917-1950). 1951. (Der bewaffnete Kampf der Ukraine 1917-1950.)
8. Churchill, Winston: Čerčill' Uiston. Izbrannye reči 1938-1943. Voprosy vojny i mira. Perevod s anglijskogo T. Davydova. London 1945. (Ausgewählte Reden 1938-1943. Fragen über Krieg und Frieden. Übersetzung aus dem Englischen v. T. Davydov.)

9. Čubaj, Mstyslav: Rejd orhanizatoriv OUN vid Popradu po Čorne More. Mjunchen 1952. (Der Zug der Organisatoren der OUN von Poprad zum Schwarzen Meer.)
10. Dnevnik : Dnevnik grafa Čiano, ministra inostran-nych del fašistskoj Italii. Bajrojt 1946. (Tagebuch des Grafen Ciano, Außenminister des faschistischen Italien.)
11. Druzyny : Ukraïnskych Nationalistiv u 1941-1942 rokach. München 1953. (Verbände der Ukrainischen Nationalisten in den Jahren 1941 - 1942.) Ein Sammelwerk.
12. Erhorn, J. : Kaukasien. Die Bücherei des Ostrau- mes. Neue verbesserte Auflage 1942.
13. Frank, Hans: Im Angesicht des Galgens. München-Gräfelding, 1953.
14. Freund, Michael: Geschichte des zweiten Weltkrieges in Dokumenten.
1. Der Weg zum Kriege 1938-1939. Freiburg-München 1953.
2. An der Schwelle des Krieges 1939. Freiburg-München 1955.
14. Herzog, Robert: Grundzüge der deutschen Besatzungs-verwaltung in den ost- und südost- europäischen Ländern während des zweiten Weltkrieges. Studien des Institutes für Besatzungsfragen in Tü- bingen zu den deutschen Besetzungen im 2. Weltkrieg. Tübingen, Mai 1953.
15. Hofer, Walther: Die Entfesselung des zweiten Welt- krieges. Eine Studie über die inter- nat. Beziehungen im Sommer 1939. Stuttgart 1954.

16. Istorija: Istorija Ukraїnskoho Vijska. (Geschichte der ukrainischen Armee.) Vinnipeg 1953.
17. Kentr Žynskyj, Bohdan: Na skandinavskomu sektori OUN v druhij svitovij vijni. Paris 1955. (Im skandinavischen Bereich der OUN im zweiten Weltkrieg.)
18. Kotorovyč, C.: Ukraїnske vyzvol'ne vijsko. (Do istorii šče malovidomoї spravy.) In: "Visti" č. 1-2-1953. Mjunchen. (Die Ukrainische Befreiungsarmee. Zur Geschichte eines noch wenig bekannten Vorganges.)
19. Krausnick, Helmut: Vorgeschichte und Beginn des militärischen Widerstandes gegen Hitler. In: Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament" 1954, S. 609-626.
20. Kubijovyč, V.: Počatky Ukraїnskoї dyvizii "Halyčyna". In: "Visti" bratstva kol. vojakiv 1. UD. UNA-č. 3-4-1954. (Die Anfänge der ukrainischen Division "Galizien".)
21. Lebed', Mykola: UPA. Ukraїnska Povstanska Armija iї heneza rist i diї u vyzvolnij borot'bi Ukraїnskoho narodu za Ukraїnsku samostijnju sobornu deržavu. München 1946. (Die Ukrainische Aufständische Armee, ihr Entstehen, Wachsen und ihre Taten im Freiheitskampf des ukrainischen Volkes um den ukrainischen selbständigen Staat.)
22. Manstein, Erich von: Verlorene Siege. Bonn 1955.
23. Martovyč, Oleh: Ukrainian Liberation Movement in modern times. Edinburgh 1951.

24. Martyneč, V. : Ideologija orhanizovanoho i.t. zv. vole-
voho nacionalizmu. Analityčno-porivnjal'
na studija. Vinnipeg 1954, (Die Ideolo-
gie des organisierten und sogenannten
voluntaristischen Nationalismus. Eine
analytisch-vergleichende Studie.)
25. Meissner, Otto: Staatssekretär unter Ebert-Hindenburg-
Hitler. Der Schicksalsweg des deut-
schen Volkes von 1918-1945, wie
ich ihn erlebte. Hamburg 1950.
26. Mirčuk, Petro: Ukraïnska Povstanska Armija. Mjunchen
1953. (Die Ukrainische Aufständische
Armee.)
27. Mirčuk, Petro: Akt vidnovlennja ukraïnskoï deržavnosti
30. červnja 1941 roku. Joho heneza
ta polityčne značennja. Nju-Jork 1952.
(Der Akt der Erneuerung der ukrainischen
Staatlichkeit am 30. Juni 1941. Seine
Genesis und politische Bedeutung.)
28. Moritz, Günther: Die deutsche Besatzungsgerichtsbarkeit
während des zweiten Weltkrieges.
Tübingen 1954.
29. Mstyslaveč, Osyp: Pid čužymy praporamy. (Unter fremden
Fahnen.) New York 1946.
30. Mühler, Josef: Das Generalgouvernement. Seine Ver-
waltung und seine Wirtschaft. Samm-
lung von Vorträgen der ersten wissen-
schaftlichen Vortragsreihe der Ver-
waltungsakademie des Generalgouver-
nement. Krakau 1943.
31. Očyma : Nimečky my očyma. Cykl stattej zastup-
nyka šefa SIPO i SD na distrikt "Haly-
čyna". "Sučasna Ukraina č. 1, 2, 4, 14,
16, 21, 22/1952. (Mit deutschen Augen-
des stellvertretenden Chefs der SIPO
und des SD des Distriktes "Galizien". Eine
Artikelserie in der "SU" Nr. 1, 2, 4, 14, 16, 21,
22/1952.)

32. Orhanizacija : Orhanizacija Ukraїnskych Nacionalistiv 1929-1954. Zbirnyk stattej u 25-littija OUN. Na čužyni 1955. (Die Organisation der Ukrainischen Nationalisten 1929-1954. Artikelsammlung zum 25. Jahrestag der OUN. Im Ausland 1955.)
33. Pańkivskij, Kost' : Pered pjatnadcjaty rokamy. Spomyny. Žurnaľ "Lysty do pryjateliv" Nju-Jork-Toronto 1956. (Vor fünfzehn Jahren. In: Zeitschrift "Blätter an die Freunde", New York-Toronto 1956.)
34. Papen, Franz von: Memoirs. Translated by Brian Conneth. London 1952.
35. Patrioty: Patrioty partii. Mjunchen 1946. (Patioten der Partei.)
36. Picker, Henry: Hitlers Tischgespräche im Führerhauptquartier 1941-42. Im Auftrag d. Inst. f. Zeitgesch. geordnet, eingel. und veröffentl. von Gerhard Ritter. Bonn 1951.
37. Probleme: Probleme des Ostraumes. Hrsgb. v. Georg Leibbrandt. Sonderveröffentlichung. Nur für den Dienstgebrauch. Berlin 1942.
38. Prokop, Myroslav: Ukraїnska polityka III. Rajchu v druhij svitovij vijni. In: Zeitschrift "Kyїв" 2-3/1955, Philadelphia. (Die Ukrainepolitik des Dritten Reiches im zweiten Weltkrieg.)
39. Ribbentrop, Joachim von: Zwischen London und Moskau. Erinnerungen und letzte Aufzeichnungen. Aus dem Nachlaß herausgegeben von Anneliese von Ribbentrop. Leoni am Starnberger See 1953.

40. Ričnycja : V četvertu ričnycju Ukraїnskoї Holovnoї Vyzvol'noi Rady. Mjunchen 1948. (Zum vierjährigen Bestehen des Ukrainischen Hauptbefreiungsrates.)
41. Rosenberg, Alfred: Letzte Aufzeichnungen. Ideale und Idole der nationalsozialistischen Revolution. Göttingen 1955.
42. Šankovskij, Lev: Pochidni hrupy OUN. In: 'Ukraїnskyj Samostynk ', München 1955/56. (Die Marschgruppen der OUN.)
43. Šankovskij, Lev: Ukraїnska Povstanska Armija. In: Istorija Ukraїnskocho Vijska. Vinnipeg 1953. (Die Ukrainische Aufständische Armee. In: Geschichte des ukrainischen Heeres.)
44. Šankovskij, Lev: Knyha pro Ukraїnskyj nacionalizm. (Ein Buch über den ukrainischen Nationalismus.) In: "Amerika", Philadelphia Nr. 76-86/1955.
45. Šankovskij, Lev: Miž nacystskym kovadlom i bol'sevytskym molotom. Ukraїna v planach nimciv. In: Zeitschrift "Kyїв", Nr. 1-7/1954, Philadelphia. (Zwischen nazistischem Amboß und bolschewistischem Hammer. Die Ukraine in den Plänen der Deutschen.)
46. Seraphim, Hans-Günther: Das politische Tagebuch Alfred Rosenbergs aus den Jahren 1934/35 und 1939/40. Nach der photographischen Wiedergabe der Handschrift aus den Nürnberger Akten herausgegeben und erläutert von J. -G. Seraphim, Göttingen, Berlin, Frankfurt 1956.
47. Tagebücher : Göbbels Tagebücher aus den Jahren 1942-43; mit anderen Dokumenten herausgegeben von Louis P. Lockner. Zürich 1948.

48. Toynbee, Arnold und Veronica M.: Hitler's Europe. Ed. by Arnold Toynbee and Veronica M. Toynbee. London, New York, Toronto 1954.
49. Ukraine: Ukraine. Die Bücherei des Ost-
raumes. Berlin 1942.
50. Ukraine: L'Ukraine indépendante. Recueil
d'articles. München 1946.
51. UPA: UPA in western Europe. New York,
Paris, London 1948.
52. Weinberg, G.L.: Hitlers Entschluß zum Angriff
auf Rußland. In: Vierteljahres-
hefte für Zeitgeschichte, Heft 4,
1953.
53. Weinberg, G.L.: Germany and the Soviet Union
1939-1941. Leiden 1954.
54. Wheeler-Bennet: Die Nemesis der Macht. Die
deutsche Armee in der Politik.
Düsseldorf 1954.
55. Żółtowski, Adam: Border of Europe. A study of the
polish eastern provinces. London
1950.
56. Messe, Giovanni: Betrachtung der deutschen Kriegs-
politik an der Ostfront. Russische
Front - Donezbecken, Oktober
1942. (Schreibmaschinenschrift)
57. Messe, Giovanni: Beobachtung der deutschen Politik
in der Ukraine. Russische Front -
Donezbecken, Mai 1942.
(Schreibmaschinenschrift)

IV. ZEITSCHRIFTEN UND ZEITUNGEN

1. Kyiv: Kyiv. (Ukrainische Monatszeitschrift) Philadelphia.
2. Lysty: Lysty do pryjateljiv. (Ukrainische Monatszeitschrift) New-York-Toronto.
3. Nacionalist: (Wöchentl. Beilage zur Wochenzeitung "Nastup".) Prag, 1940-43.
4. Nastup: (Ukrainische Wochenzeitung.) Prag, 1940-43.
5. Nove ukraïnske slovo: (Ukrainische Tageszeitung.) Kiev, 1941-43.
3. Ukraïnskyj Visnyk: (erschien unregelmäßig). Berlin 1940-45. Hrsg. von der UNO (Ukrainische Nationale Vereinigung.)

Personenregister

(Die Ziffern bezeichnen die Seiten)

Altenburg, G.	410, 411, 412	Baran, V.M.	285
Ambrasevicius, J.	205	Barbarossa, Kaiser	7
Andrijevskyj, D.	84, 88	Barvinŝkyj, O.	189
Andrijevskyj, V.	147, 191, 192, 406	Barŝčivŝkyj, E.	406
Antonescu, I.	204, 205, 223, 318	Barylak, A.	279
Antonescu, M.	204	Bayer, H.J.	170
Antonovyč, R.	406	Bazarko, I.	406
Arndt, F.	267	Becher, K.	296
Artymovyč	406	Becht	49
Atamanjuk	285	Becker	345
Bach-Zelewski, E. von dem	70, 199	Bennecke	320
Backe	45, 51, 52, 54, 56, 57, 60	Berežanŝkyj, O.	284
Bačynŝkyj, M.	231	Best K.R.W.	305
Bahasij	186	Bilak, S.	279
Bahrjanivŝkyj, M.	406	Bileňkyj, J.	208, 211, 236, 241, 242, 244, 245, 247, 249, 250, 253, 254, 279, 282
Bak-Bojčuk, T.	104	Bilynŝkyj, V.	284
Bala, O.	285	Bisanz	216, 250, 255,
Bandera, St.	116, 133, 136, 144, 177, 188, 190, 192, 193, 197, 217, 218, 219, 241, 242, 257, 258, 259, 272, 273, 302, 303, 308, 338, 374	Bismarck, O.v.	7
Baran, M.	406	Bissinger, E.	270
Baran, St.	406	Blobel	61
		Block, H.W.	269
		Bobrovŝkyj, V.	406
		Bočynŝkyj, V.	406
		Bodnar, I.D.	285
		Bohun, M.	146, 406
		Bojčuk, O.	406
		Bojdunyk, O.	88, 241
		Bojko, D.	406

Boluch, V.		Djačenko, P.	96
Bonin, B. v.	69,	Djak, E. A.	285
Boršč, L.	406	Dmochovskýj, R.	211, 279
Bormann, M.	46, 224, 226, 293, 294, 295, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303	Dobrianskýj, A.	104
Borovec, T.		Dolenko, V.	78
siehe		Dombrovskýj, A.	279
Bulba-Borovec, T.		Domylyšyn	285
Brauchitsch, W. v.	74	Dovhal, Sp.	146, 406
Braune	61	Drabatyj, I.	406
Bräutigam, O.	43, 45, 179	Drexler	320
Brehm, B.	267	Dubas, L.	406
Bruchal', St.	284	Durbak	250
Brygider, M.	198	Dužyj, M.	406
Bühler	192	Dyč, I.	285
Bulba-Borovec, T.	201, 202	Dzerovyč, B.	211, 279
Čabanivskýj, V.	96	Dzerovyč, J.	208, 244, 250, 252, 253, 256, 279, 282
Čajkivskýj, I.	407	Dzjubenko, Ju.	96
Canaris, W.	346, 348	Džolk	285
Caruk	285	Eckner, O.	268
Caruk, P.	285	Emmerich	49
Čatloš	221	Engel	5
Cenko, M.	407	Essen	410
Chaba	285	Fed'kiv, Z.	284
Chasevyč, N.	404	Fedorciv	285
Chonyvskýj, L.	181	Fedorovyč	285
Chraplyvyj, E.	189, 279, 407	Fedusevyč, J.	189, 241, 279
Christian	5	Fehl	153
Chronovjat, M.	96, 279, 407	Frank, H.	153, 165, 187, 213, 215, 220, 221, 230, 297, 319, 349, 350, 386
Chručkyj, S.	279	Franko, I.	392
Churchill, W.	3	Frauenfeld, A. E.	226, 321
Čykalenko, L.	407	Freitagh,	45
Cylynskýj, St.	285	Lorringhoven,	
Čyževskýj, M.	407	Frhr. v.	
Denysenko, P.	406		
Diokletian	274		

Friedrich, d.Gr.	8	(nochHitler)	158, 159, 165,
Funk, W.	40,		175, 179, 186, 187, 188, 196, 202, 210,
Fylypovyč, I.	236, 237, 279		213, 215, 216, 221, 224, 225, 226, 250,
Gabrusevyč, I.	374		273, 276, 282, 315, 324, 325, 326, 329,
Gasner, H.	153		330, 331, 349, 350
Gerullis, G.	139, 188	Hlibovyčkyj, V.	153
Ginant	221	Hluch, I.H.	285
Glembičkyj, M.	285	Hlynka, L.	406
Göring, H.	46, 48, 49, 52	Holod, R.	102
	60, 63, 226,	Holovinskyy, D.	285
	325, 410	Holovko, H.	189
Greiffenberg, General	4	Holubovyč, V.K.	285
Gruber	45	Holz	321
Hajdenko, F.	87	Hončar, Mychajlo	285
Hajmanivskyy	406	Horbačevskyy, I.	406
Halahan, V.	105	Horbovyj, V.	147, 192, 406
Halder, F.	4	Hrabar, I.	280
Halibej, M.	406	Hrabeč	285
Hamann	49	Hrebenjuk, E. S.	285
Hampe, K.	171	Hrehoraščuk, P.M.	285
Hanneken, v.General	51	Hrynevyyč, M.	406
Harder, H.Frh. v.	45	Hrynioch, I.	93, 174, 175
Hasyn, O.	189, 374	Hrypšyn, I.	406
Havrylyšyn, M.	285	Hucal, E.S.	285
Heč, I.	285	Huch	49
Heinrich	231	Ilnyčkyj, R.	145, 186, 187,
Heinrich d. Löwe	7, 8		188, 189, 193,
Hejda, D.	285		194, 406
Hencke, A.	412	Ivanciv, D.Ju.	285
Heusinger, A.	62	Ivanov	207
Hewel, W.	323	Ivanyčkyj, B.	406
Heydrich, R.	62, 63, 336, 411	Jaciv, D.	173, 189, 194
Hima, I.	406	Jagoda, H.	158
Himmler, H.	46, 48, 49, 60,	Jakobi	199
	61, 63, 75, 76,	Jakovlov, A.	407
	192, 305, 323,	Janiv, V.	147, 407
	342, 343, 384	Janyčkyj	285
Hirschfeld, von	301	Jaremko, J.S.	285
Hitler A.	2, 3, 4, 5, 6, 13,	Jarodskyy, O.	406
	14, 45, 46, 47, 52, 60, 63, 64, 65, 66, 68, 69,	Jary, R.	139, 188
	73, 74, 75, 80, 83, 84, 140, 147, 156, 157,	Javnyj, J.	188
		Jeremko, I.	407

Jevtymovyč, V.	192, 406	Koch, H.	178, 180, 187,
Jodl, A.	4		208, 209, 210,
Jusovius, von	49		211, 212, 213,
Kačmar, V.	406		215, 220, 221,
Kaczkowski, S.	394		239, 251, 257
Kaganovič, L.	158	Koeppen, ████	226, 323
Kal'ba, J.	406	Kolf, A.	187, 250, 253,
Kapustjanskýj, M.	84, 88, 95	Koloda, I.	285
Karatnyk, St.	285	Kolosovskýj, V.	96
Kardačivskýj,	406	Könighaus, Fr.	342
Karl XII,	376, 383	Konovaleč, E.	106, 154, 272
König von Schweden		Korchut, V.	406
Karl d. Große	7	Kordjuk, B.	212, 257, 406
Karmasin, Fr.	410	Körner	49
Karpevyč, B.	406	Korotnyk	285
Kasche, S.	226, 321	Korsemann	61
Katschkowski		Korytko, J.	406
siehe		Kostečkyj, J.	406
Kaczkowski		Kostelnyk, H.	218, 235, 251,
Kazanovskýj, B.	285		280
Keitel, W.	63, 64, 72,	Kostjuk, J.	406
	156, 226, 315,	Kostyšyn, A.	189
	318, 322, 325,	Koval', M.	285
	326, 329, 330	Kovalskýj, J.	285
Kentžynskýj, B.	84	Kovjak, H.	285
Klagges, D.	45	Kozak, I.	181, 285, 406
Kleist, E.v.	5, 223	Kozlovskýj	285
Klocke, H.	412	Kozubskýj, B.	211, 280
Klopfer	321	Kozur, I.	406
Klymiv-Legenda,	93, 175, 181,	Krat, M.	146, 406
I.	182, 189, 192,	Kravciv, B.	406
	193, 194	Kravciv, M.	235, 280
Klymyšyn, M.	143, 144	Kravs, A.	96
Knuth	296	Kroeger	61
Koch, E.	45, 186, 202,	Kromoluk, V.	406
	226, 296, 299,	Kube, W.	226, 319, 320,
	301, 302, 303,		321
	320, 321, 330,		
	408		

Kubijovyč, V.	99, 100, 102, 145, 152, 153, 184, 213, 221, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 244, 245, 246, 247, 249, 254, 255, 280	Levyčkyj, S.	280
		Lewitzky	
		siehe	
		Livyčkyj A.	
		Lindow, K.	342, 343
		Litzmann	320
		Livyčkyj, A.	201, 279
		Liwytzkyj	
		siehe	
		Livyčkyj	
Kučorškyj, P.M.	285	Ljubinečkyj, I.	285
Kulčynska, T.	201	Lobovyč, R.	406
Kundt	153	Loguš, O.	93, 406
Kušč,	96	Löhr	223
Kužminškyj, O.	406	Lohse, H.	45, 226, 319, 321, 330
Kuzyk, S.	247, 280		
Kvasnyčja, M.	284	Lopatynškyj, J.	174
Kvitkovškyj, D.	85	Losacker, L.	250
Kybaluk, H.	406	Ludškyj, M.	406
Lammers, H.H.	315, 323, 325, 326, 329, 330, 331	Luther	49
		Lutze, V.	320
Landfried	40	Lysjak, P.	406
Lasch	209, 215, 221, 249	Lysyj, V.	189, 211, 234, 237, 248, 249, 280
Lebed', M.	93, 178, 189, 192, 193, 194, 258	Lytvynjuk, D.P.	285
		Macha	199
Legenda, E.		Majivškyj, D.	93
siehe		Majivškyj, M.	406
Klymiv-Legenda, I.		Makarenko, A.	146, 406
Leibbrandt, G.	14, 23, 43, 45, 47, 293, 407, 408	Makaruška, L.	407
		Maleč, v.	96
Lemelsen	70	Malletke, W.	40, 45
Lemyk, M.	143, 144, 258	Malyčkyj, L. Ja.	285
Lenkavškyj, St.	173, 216	Malžynškyj, M.	407
Lepieskiewicz, W.	267	Manderbach	321
Levyčkyj, J.	10, 181, 183	Maňko, P.A.	285
Levyčkyj, K.	184, 186, 208, 219, 234, 237, 238, 242, 244, 250, 280, 282	Manstein, E. v.	5, 339, 341
		Manthey	320
		Manuil, Bischof	87

Marčak, R.	406	Mucha, A.	181
Marcks	4	Mudryj, V.	147, 192, 280, 406
Maritčak	189	Mudryk, A.	211
Markull, F.	47, 293, 307, 310	Müller	342, 351
Marquardt	307	Mussolini, B.	83
Martyneć, V.	81, 87, 88	Mychajljuk	285
Martynjuk, A.	406	Mychajljuk	285
Maruk	285	Mykytčuk	188
Marunčak, M.	406	Myron-Orlyk, D.	405
Masaryk, J.	176	Nahajškyj, V.	406
Masliv, A.		Naidko, S.	406
Masliv, M.	285	Napoleon I.	383
Mastij, I.	285	Nebe	61, 344
Matčak, M.	280	Nero	274
Matuševskýj, J.	406	Neuscheler, K.	45
Matzky	49	Nikolaj, Großfürst	10
Mazepa, I.	32, 376, 377	Nimčuk, I.	251, 280
Mechli	158	Noske	61
Medvid', I. N.	285	Nosske	350
Mel'nyk, A.	78, 81, 84, 88, 95, 106, 107, 124, 145, 148, 149, 150, 154, 155, 184, 214, 218, 239, 240, 241, 242, 250, 255, 279	Oberländer, Th.	139, 141, 195
Mel'nyk, M. S.	285	Očretnyj, A. .	285
Mende, G. von	257	Ochrymovyč, V.	145, 406
Messe, G.	71, 72	Ohlendorf, O.	61, 343, 345
Meyer, A.	45	Olchovyj, L.	189
Meyer	40, 321	Oleksianu	205
Meyr	61	Olijnyk, P. S.	285
Milanyč, A.	153, 231	Omeljanovyč -	406
Mirna, Z.	146	Pavlenko, I.	
Molotov, V. M.	4	Omeljanovyč -	95, 250, 279
Mommsen, Th.	30	Pavlenko, M.	
Moroz, N.	189	Omel'čenko, T.	81, 85, 96
Mostovyč, M.	406	Onačkyj, E.	88
		Osadca, I. A.	285
		Ostrovskýj, V.	406
		Ostrozskýj, K.	394
		Oven, W. van	167
		Palidvor, V.	406
		Palidovyč, M.	93
		Palienko, M.	96

Palij, A.	235, 246, 280	Radzkegyč, V.	280,
Pańčyšin, M.	189, 280	Raeder, E.	2, 3,
Pankivskyj, K.	189, 190, 221, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 244, 245, 250, 253, 254, 255, 280	Rak, J.	406
		Rasch	61, 344
		Rauff	345
		Ravlyk, I.	145, 173, 182, 188, 193, 241, 406
Panzinger	342	Rebet, D.	93
Paulus, Apostel	275	Rebet, L.	173, 180, 189, 193, 194, 212, 241, 257
Paulus, F.	4		
Pavelič, A.	107	Reichenau, W.	5, 223
Pavlenko, O.		Ribbentrop, J. v.	46, 147, 213, 320, 412
siehe			
Omelanovyč-		Riecke, H. J.	226, 323
Pavlenko		Rohrbach, P.	378
Pavljuk, A.	406	Roques, von	187, 389
Pavlyk	198	Roščynskyj, P.	406
Pavlykovskyj, J.	189, 211, 406	Rosenberg, A.	2, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 52, 55, 56, 60, 63, 65, 69, 70, 72, 80, 147, 165, 186, 208, 209, 210, 213, 226, 251, 289, 315, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 327, 382
Pelenskyj, Z.	406		
Pessterer,	61		
Petersdorff, von	321		
Petljura, S.	31, 106, 154, 279, 292		
Pfaffenrott, Fr.	164		
Piasečkyj, A.	189		
Pitulaj, V.	181		
Pobihušyŭj, E.	141, 198, 199		
Pohotovko, M.	96, 156		
Polanskyj, J.	220, 280		
Polikarp, Bischof	184, 274, 275		
Polanskyj, J.	221		
Postoljuk, P.	406		
Pročkiv, L.	285		
Prokop, M.	90, 93		
Proval'nyj, I. P.	285		
Pugačev, E.	302		
Pugatschew			
siehe		Roslak, M.	236, 237, 280
Pugačev		Rudenko, R. A.	64

Rundstedt, G. v.	5, 178, 213, 223	Šeptyčkyj, A.	168, 175, 177, 178, 184, 209, 214, 232, 237, 241, 244, 250, 252, 253, 256, 273, 279, 282
Runte	45	Seyss-Inquart, A.	412
Ryževskýj, V.	211, 280, 406	Ševčenko, T.	291, 394
Sagaidatschny, siehe		Ševčenko, V.	407
Sahajdačnyj		Ševčuk, M. A.	285
Sahajdačnyj, P.	32, 96	Sikorski, W.	227, 228, 229
Sahan, A.	285	Simon, Bischof	173
Sahla, von	301	Simovyč, V.	189, 231, 280
Samutin, P.	96	Sinkler, V.	96
Šankovskýj, L.	400, 406	Sinoŕev, G.	158
Sauckel, F.	319, 321	Sinoviev	
Savyčkyj	285	siehe	
Savyčkyj, B.	174	Sinoŕev	
Schepmann	320	Skočdopyl	406
Scheptytzkyj		Skoropada, P.	285
siehe		Skoropadsky	
Šeptyčkyj		siehe	
Schewtschenko		Skoropadskýj	
siehe		Skoropadskýj, P.	10, 183, 378
Ševčenko		Škirpa, K.	205, 206
Schickedanz, A.	40, 45, 226, 320, 321	Škurat, P.	146, 407
Schiller	365	Slipyj, J.	177, 218, 235, 238, 241, 248, 249, 250, 280
Schirach, B. von	156	Soltys, V.	285
Schlotterer von	40, 226, 323	Sorokivskýj, R.	284
Schmeer	321	Sovečkyj	285
Schmidt, A.	378	Sovenko-	406
Schmidt, Fr.	45	Skrypnyk, St.	
Schmidt	5	Speer, A.	300
Schobert, Ritter v.	5, 223	Stachanov	292
Schubert	50	Stachiv, E.	188, 189, 194
Šciborskýj, M.	145, 243	Stachiv, V.	257, 374
Seetzen	61	Stahlecker	61, 344, 345
Selzner	321		
Semenenko	78		
Šemet, B.	407		
Senyk-Hrybivskýj	243		
Šeparovyč, J.	407		

Stalin, V. V.	3, 93, 158, 226, 227, 228, 229, 268	Tiso, J.	296
Staruch, J.	145, 173, 186, 189, 193, 406	Tomošyvs'kyj	406
Stečko, J.	173, 174, 175, 176, 177, 183, 186, 187, 188, 189, 190, 193, 194, 214, 242, 257, 274	Tomsen	343
Stefaniv'skyj, M.	280	Tretjak, V. Ja.	285
Stefanovyč, J.	280	Triepel	306
Stepaniak, N.	234, 241	Trochymenko, K.	407
Stepovyj	284	Trockij, L.	158
Stoltze, E.	187	Trotzki	
Stresemann, G.	7	siehe	
Strölin	321	Trockij	
Stülpnagel, O. v.	5, 223,	Turčmanovyč, M.	407
Šuchevyč, R.	141, 174, 189 194, 195, 196, 198, 200	Turčyn, L.	208, 217, 236, 251, 281, 282
Šuchevyč, A.	147, 192, 407	Turkov'skyj, V.	193
Šurgot	285	Turula, P.	284
Suško, R.	88, 96	Udovyčenko, O.	95
Sydor, V.	198	Uhryn, A.	285
Sysak, M.	284	Valijs'kyj, A.	96
Szepticki		Velyčenko, M.	285
siehe		Velyčkiv'skyj	250, 279
Šeptyč'kyj		Vesolov'skyj, J.	406
Szogs	365, 373	Vitkov'skyj, B.	406
Szombatnely	221	Vitošyn'skyj, I.	406
Tamcjurak, V.	406	Vladimir	308
Telepko, I. D.	285	der Große	
Terboven,	226, 321	Voljan'skyj, I.	406
Thoma	61	Volochatjuk, A.	285
Thomas	49	Vološyn, M.	247, 281, 406
Thomas	61, 344	Vološyn, R.	93
Timošenko, S.	5	Vreciona, E.	145, 170, 182, 406
		Wagner	62, 63
		Walther	181
		Warlimont, W.	4, 68
		Wächter	153, 248, 249, 250
		Weihrauch	231
		Weinmann	188
		Weletschivskyj	
		siehe	
		Velyčkiv'skyj	

Westerkamp	153, 231,	Zahajkevyč, V.	406
Wilhelm	40	Zahorodnyj	285
Wilhelm II., Kaiser	7	Zajačkovskýj, R.	218, 237, 281
Wilson, W.	411	Zapp	61
Winkler	40	Zaporožec, A.P.	285
Witte	49	Ždanovyč, O.	97
Wittekind	7	Zeblikevyč, E.	406
Wrangel	10	Zenko	181
Wolf, H.H.	342	Zimmermann	294

Ortsregister

(Die Ziffern bezeichnen die Seiten)

Aachen	350	Brünn	146
Antoniny	286	Buczacz	167
Aleksandrija	286	Bukarest	204
Arbusynka	286	Čerkassy	289
Archangelsk	50, 158, 311	Černihiv	288
Baku	50, 224, 319	Černovic	209
Batum	50	Charkov	50, 78, 143, 289, 309
Berdjansk	286	Cherson	217, 289
Berdyčiv	286	Chorol	289
Berestja Lytov- ské siehe		Čornokinci	285
Brest-Litovsk		Velyki	
Berlin	62, 78, 81, 88, 95, 99, 144, 146, 155, 173, 180, 183, 186, 187, 188, 194, 197, 205, 206, 208, 211, 213, 216, 257, 279, 293, 300, 327, 331, 334, 337, 344, 345, 407, 411	Čortkiv	284, 285
Berlin - Lichterfelde	187	Čudniv	288
Bialystok	21, 224, 329 330, 331	Dnipropetrovské siehe	
Bila-Cerkva	286	Dnepropetrovsk	
Blyzhyci	286	Dobromyl	173
Bobryneč	286	Dorpat	407
Bohoduchiv	286	Dubno	267, 268, 286
Bohuslav	286	Dunaienci	286
Breslau	157	Drohobyč	173, 209
Brest-Litovsk	69, 286, 378	Dukla	141
Brijansk	50	Džuryn	284
		Fokšany	196
		Frankfurt/Oder	197, 198, 199
		Genf	407
		Genua	11
		Gorkij	50
		Grosnyj siehe	
		Grosnyj	
		Grosnyj	50
		Hajdač	286
		Hadynkivci	284, 285
		Hajsyn	286

Hangö	311, 313	Kirovohrad	287
Helsinki	84, 88	Kischinew	
Hoffnungsfeld	417	siehe	
Hoffnungstal	407	Kišinev	
Horlyci	156	Kišinev	50, 222
Horodok	173	Kocjubynči	285
Horodyšče	285	Kolomyja	247
Ivankiv	287	Konotop	287
Jahotyn	289	Konstjantynivka	287
Jarmolynci	289	Konstjantynohrad	287
Jaroslav	155, 156, 173	Korostyšiv	287
Jaroslavl	50	Korsuň	287
Jassy	204	Kostopil'	287
Juzivka	289	Kovel'	87, 287
Kachivka	287	Kowel	
Kalinin	22	siehe	
Kališ	146	Kovel'	
Kalynivka	287	Krakau	78, 84, 95,
Kamin-Košyrsk	405		98, 99, 117,
Kamjanec-	173, 287		141, 144, 145,
Podil'skyj			146, 148, 153,
Kamjanske	287		156, 157, 162,
Kerč	50		165, 174, 180,
Kertsch			181, 182, 184,
siehe			187, 191, 201,
Kerč			213, 215, 221,
Kiev	15, 30, 33,		230, 231, 234,
	38, 45, 50,		235, 236, 237,
	61, 78, 83,		244, 245, 247,
	89, 94, 104,		389, 393
	143, 172, 177,	Krasnodar	50
	178, 180, 183,	Krasnowardejsk	335
	186, 203, 209,	Kremenčuk	61, 217, 287
	210, 215, 221,	Krementschuk	
	223, 243, 273,	siehe	
	277, 279, 282,	Kremenčuk	
	287, 296, 297,	Kremijaneč	173, 287
	313, 318, 320,	Kriveňke	284
	335, 338, 405	Kriwoj-Rog	287, 336

Kronstadt	313	London	9, 206, 226, 227, 407
Krynycja	141, 156		
Kryveńke	284		
Kryvyj Rih siehe		Lublin	146, 230, 313, 389
Kriwoj-Rog		Lubni	287
Kupjańsk	287	Lučk	61, 171, 172, 209, 275, 287
Leipzig	407		
Lemberg	50, 61, 78, 90, 93, 104, 142, 144, 165, 167, 168, 169, 170, 173, 174, 175, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 185, 186, 187, 188, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 200, 205, 207, 208, 209, 214, 215, 216, 220, 221, 229, 230, 231, 233, 241, 244, 245, 250, 254, 256, 258, 262, 266, 268, 272, 274, 279, 281, 282, 283, 284, 308, 319, 388, 392, 393, 394, 395	Ludvypol	201
		Luzk siehe	
		Luck	
		Melitopol	287
		Michajlovka	61
		Minivci	287
		Mogilev	336
		Monastyrska	167
		Moskau	6, 15, 22, 45, 50, 207, 226, 313, 314
		Mosyr	202
		München	400
		Munkač	411
		Murmansk	50, 313
		Myačka	61
		Mykolaiiv	287
		Myrhorod	144, 258, 287
		Narwa	21
		Neuhammer	141, 195, 196
		Neuhäusl	411
		Nikolaev	61, 94, 217, 308, 335, 338
		Nikolajew siehe	
		Nikolaev	
		Nikopil'	288
		Nižyn	288
		Novoheorhijevsk	288
		Oberursel	343
Leningrad	50, 224, 312, 313, 314, 319		
Lepel	199		
Lityn	287		
Ljuboml'	287		
Lochvycja	287		

Ochtyrka	288	Rudki	269, 270
Odessa	50, 143, 195, 205, 224, 277, 318, 403, 407	Ružyn	288
Olevsk	201, 202, 288	Rybinsk	50
Oster	288	Rzešov	142
Pantalowice	142	Sambir	167, 262
Paris	407	Sambor	
Pavlohrad	288	siehe	
Perehinsko	247	Sambir	
Perejaslav	288	Sanok	104, 143, 144, 155
Peremyšl	142	Saratov	17, 23
Pervomajsk	288	Saratow	
Philadelphia	400, 405	siehe	
Pidhajci	167	Saratov	
Pinsk	202, 288	Sarny	288
Polozk	21 199	Sataniv	195
Poltava	288, 289, 378	Saubersdorf	195, 196
Prag	81, 87, 88, 95, 99, 106, 146, 156, 279	Šepetivka	288
Pressburg	411	Sevastopol	50
Probižna	285	Shitomir	
Proskuriv	195, 288	siehe	
Pryluky	288	Žytomir	
Przemysl	263	Simferopol	25, 288
Pyrjatyn	288	Skadovsk	61
Radymno	142	Skole	167
Reval	50	Slovjanske	288
Riga	45, 50, 330, 336, 373	Smila	288
Rivne		Smolensk	15, 22, 288, 335
siehe		Soločiv	195
Rovno		Šostka	288
Romyn	288	Stalingrad	50, 84
Rostow	45, 50	Stalino	50, 217
Rovaniem	313	Stanislau	173, 209, 215, 221
Rovno	61, 94, 209, 288, 289, 296, 301, 304, 307, 338	Stanivci	203
		Starokostjantyniv	288
		Sumy	288
		Synkiv	288
		Taganrog	61

Tal'ne	288	Warschau	95, 146, 156,
Taraŕča	288		188, 201, 207,
Tarnopol	61, 195, 209,		279, 312
	394	Wien	141, 156, 165,
Terebovlja	284		410, 411
Tiflis	38, 45, 50	Wiener Neustadt	141
Tilsit	21	Wilna	50
Tovsteŕke	284, 285	Winniza	
Tula	50	siehe	
Tver	22	Vynnycja	
Twer		Witebsk	21, 199
siehe		Wologda	
Tver		siehe	
Ulaŕkivci	285	Vologda	
Umaŕ	288	Woronesch	
Uŕhorod	411	siehe	
Vaŕkivci	203	Voroneŕ	
Vasylkiv	180, 285, 286	Zaporiŕŕzja	
Verchodniprovsk	286	siehe	
Versailles	278, 302, 304,	Zaporoŕ'e	
	305	Zaporoŕ'e	286
Vinnica		Zaslav	286
siehe		Zeŕov	187
Vynnycja		Zoločiv	173, 175, 181
Volodymyr-Volynsk	87	Zolotonoŕa	286
Vologda	50	Zolotyj Potik	285
Voroneŕ	16, 50	Zvenihorodka	286
Voznesensk	286	Zvjahel'	286
Vynnycja	95, 173, 195,	ŕytomir	89, 95, 144,
	203, 286, 338		203, 217, 222,
Vyŕnycja	203		223, 243, 287,
			338

